Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Stuttgart
vom 3. bis 8. Oktober 1898.

Preis 35 Pfennig.

Berlin 1898.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Stuttgart
vom 3. bis 8. Oktober 1898.

Berlin 1898.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).


K.K. HOFBIBLIOTHEK

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögensteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

---

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und dem Parteitage zu.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstagswahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt.
Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

§ 17a. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden betheiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf. Einwände der Preßkommission sind dem Parteivorstande zur Erledigung zu unterbreiten. Von Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition ist der Preßkommission vor der Entscheidung Mittheilung zu machen und ihre Ansicht einzuholen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Montag, den 3. Oktober 1898 und die folgenden Tage:

1. Konstituirung des Parteitages. Wahl des Bureaus. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes. a) Allgemeines — Agitation. b) Reichstagswahlen. c) Presse. d) Kassenbericht. Berichterstatter: J. Auer und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Wurm.
5. Das Koalitionsrecht. Berichterstatter: R. Fischer.
6. Bergarbeiter-Schutz. Berichterstatter: H. Sachse.
7. Die Maifeier 1899. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
8. Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. Berichterstatter: W. Liebknecht.
9. Die deutsche Zoll- und Handelspolitik. Berichterstatter: M. Schippel.
10. Anträge zum Programm und Organisation.
11. Sonstige Anträge.
12. Wahl der Parteileitung.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Kloß, Stuttgart. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Braun, Lechhausen.	Hoffmann, Bielefeld.	Leid, Berlin.
Brecour, Kiel.	Irmscher, Chemnitz.	Scheidemann, Gießen.
Brey, Hannover.	Kolb, Karlsruhe.	Franz Schmitt, München.

Mandats-Prüfungs-Kommission:

O. Braun, Königsberg.	Fritz, Berlin.	Krause, Glauchau.
Bruhns, Breslau.	Herrmann, Stuttgart.	Mehlhaff, Hamburg.
Brühne, Frankfurt a. M.	Hug, Bant.	Repp, Ladenburg.

Kommission für die Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen:

Auer.	Gottschalk-Königsberg i. P.	Meist-Köln.
Bebel.	Heine-Berlin.	Meister.
Bock.	Herbert.	Schippel.
Bruhns.	Kautsky.	Stadthagen.
Brühne-Frankfurt a. M.	Liebknecht.	Frau Zetkin.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Parteileitung.

Der Parteitag in Hamburg hatte, nachdem die Möglichkeit durch den günstigen Ausfall des Prozesses gegen den Partei-Vorstand, wegen angeblicher Verletzung des Vereinsgesetzes, dazu wieder gegeben war, einstimmig den Beschluß gefaßt, den Sitz des Parteibureaus von Hamburg wieder nach Berlin zurückzuverlegen. Die Uebersiedelung erfolgte sofort nach Schluß des Hamburger Parteitags.

Von den in Hamburg gefaßten Beschlüssen führte der über die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen nachträglich zu einer lebhaften Diskussion in der Presse. Nachdem das bisher von unserer Partei den preußischen Landtagswahlen gegenüber beobachtete, rein negative Verhalten durch den Hamburger Beschluß aufgegeben ist, wurde in den Reihen der Genossen die Frage aufgeworfen: ob der Beschluß dahin aufzufassen sei, daß die Wahlbetheiligung nur für Parteikandidaten (Wahlmänner und Abgeordnete) erfolgen dürfe, oder ob dort, wo es unmöglich sei, aus den eigenen Reihen Kandidaten aufzustellen, auch gestattet sei, für Kandidaten uns nahestehender Parteien oder solchen Kandidaten zu stimmen, welche eine gewisse Gewähr dafür bieten, daß sie den reaktionären Bestrebungen des preußischen Schlot- und Landjunkerthums Widerstand leisten werden. Die Beantwortung dieser Frage in unserer Parteipresse war eine sehr weit auseinandergehende. Während von der einen Seite, gestützt auf den Wortlaut des Protokolls über den Hamburger Parteitag (Seite 216 und 217) geltend gemacht wurde, daß, wenn unsere Genossen sich an der Landtagswahl betheiligen, dies nur geschehen dürfe für Parteikandidaten, wurde von anderer Seite ausgeführt, daß diese enge Auslegung nothwendig dahin führen müsse, daß der durch die Wahlbetheiligung hauptsächlich angestrebte Zweck: Verhinderung einer konservativen Majorität, vereitelt werde. Die Schwerfälligkeit des Dreiklassenwahlmechanismus, vor Allem aber die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe mache es vielen unserer Anhänger unmöglich oder bedrohe sie doch mit großen Gefahren für ihre soziale Existenz, wenn sie an der Wahlurne an der möglicherweise ihre Arbeitgeber sitzen, gegen diese für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen sollten. Dieses Opfer zu verlangen sei umso ungerechtfertigter, als die Möglichkeit, aus eigener Kraft die Majorität der Wahlmänner in einem Wahlkreise zu gewinnen, ein für alle Male ausgeschlossen sei, Kompromisse mit anderen Parteien durch den Parteitagsbeschluß aber ganz unzweifelhaft untersagt sind. Unter solchen Umständen sollte man es den Genossen der Orte und Kreise, wo die Partei nicht in der Lage sei, eigene Wahlmännerkandidaten aufzustellen, freigeben, für die Wahlmänner derjenigen Parteien zu stimmen, die den politischen und sozialen Fortschritt am wenigsten gefährden. Obwohl diese Preßerörterungen in der gesammten Partei großes Interesse hervorriefen und sich besonders auch unsere nichtpreußischen Parteiorgane in der lebhaftesten Weise an ihnen betheiligten, so kam es zu einer Verständigung doch nicht. Es wurden deshalb Vorschläge gemacht, durch neue Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen. Einer dieser Vorschläge ging dahin, den Parteitagsbeschluß der Reichstagsfraktion zu unterbreiten und von derselben eine authentische Interpretation zu erbitten, die dann für die Gesammtpartei bindend sein sollte. Dieser Vorschlag stieß

aber auf allgemeinen Widerspruch in der Partei, sodaß er der Reichstagsfraktion selbst garnicht unterbreitet wurde. Von anderen Seiten wurde in Vorschlag gebracht, den diesjährigen Parteitag früher als dies sonst üblich, vielleicht schon zu Ostern oder Pfingsten, abzuhalten, um zu ermöglichen, daß in der Partei noch vor den in diesem Herbst stattfindenden preußischen Landtagswahlen eine Einmüthigkeit erzielt werde.

Abgesehen davon, daß durchaus keine Garantie dafür vorhanden war, daß eine nochmalige Verhandlung dieser Frage, deren Erörterung doch in Hamburg so eingehend wie möglich erfolgt ist, zu einer vollständigen Uebereinstimmung in der Partei geführt haben würde, standen der Ausführung letzteren Vorschlages die diesjährigen allgemeinen Reichstagswahlen im Wege. Mitten in die Zeit hinein, wo die Agitation und die Vorbereitungen für die Reichstagswahlen bereits im vollen Gange waren, einen allgemeinen Parteitag zu berufen, daran konnte im Ernste garnicht gedacht werden.

Im selben Maße, wie die Reichstagswahlkämpfe in Sicht kamen, traten die Erörterungen über die Landtagswahlbetheiligung auch in den Hintergrund, um während der Zeit des eigentlichen Wahlkampfes ganz aus den Spalten unserer Presse zu verschwinden. Sofort aber nach Abschluß der Reichstagswahlen tauchte die Frage wieder auf, was seine Erklärung findet in der Thatsache, daß die preußischen Landtagswahlen im Laufe dieses Herbstes stattfinden werden. In verschiedenen Kreisen, so besonders in Breslau und Bielefeld (östliches Westfalen), haben die Genossen beschlossen, sich, soweit dies möglich, durch Aufstellung eigener Kandidaten an der Wahl zu betheiligen. Eine allgemeine Wahlbetheiligung unserer Partei, wie sie bei den Reichstagwahlen stattfindet, ist bei der Natur des Dreiklassenwahlsystems ausgeschlossen und auch von den entschiedensten Vertretern der Wahlbetheiligung nie für möglich gehalten worden. Die praktischen Erfahrungen, welche die Genossen bei den bevorstehenden Landtagswahlen sammeln, werden hoffentlich für die Zukunft zu einer gemeinsamen Richtschnur für die preußischen Genossen in dieser Frage führen.

* * *

Je stärker unsere Partei wird und je größer der Kreis der Aufgaben wird, denen unsere Genossen ihre Aufmerksamkeit zuwenden, desto mehr tritt die Bedeutung der Landes- und Provinzorganisationen in den Vordergrund. Dies hat sich besonders auch im letzten Jahre bei den Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen wieder gezeigt. Nachdem in fast allen Kreisen des Deutschen Reiches Kandidaten von unserer Partei aufgestellt worden sind, vielfach nur zu dem ausgesprochenen Zwecke, auf diese Weise auch die verstreut im Lande wohnenden Anhänger und Genossen in die Lage zu bringen, ihre Stimmen zu Gunsten unserer Partei abgeben zu können, ist die Möglichkeit, von einer Zentralstelle aus die Agitation zu regeln, natürlich vollständig geschwunden. Diese Aufgabe zu erfüllen obliegt jetzt den Provinz- und Kreisorganisationen, die sich ihrer Aufgabe im Allgemeinen auch vollständig gewachsen gezeigt haben. Wo es nothwendig und angängig war, sind vom Partei-Vorstande den Einzelorganisationen Hilfsmittel, Redner und Geld oder Agitationsschriften zur Verfügung gestellt werden. Daß dabei vielfach geäußerte Wünsche, besonders in Bezug auf bekanntere Parteiredner unbefriedigt bleiben mußten, ist auch in diesem Jahre wieder zu konstatiren. Trotz der immer noch mit ungeschwächten Kräften durch Private und Behörden betriebenen Saalabtreiberei, ist die Zahl der von unseren Parteigenossen arrangirten Versammlungen eine so große, daß es ausgeschlossen ist, daß den dabei zu Tage tretenden Wünschen nach bekannteren Rednern auch nur entfernt genügt werden könnte. Für die Entwickelung der Landesorganisationen werden die in einer Reihe von Einzelstaaten im Laufe des letzten Jahres erfolgten Abänderungen der vereinsgesetzlichen Bestimmungen von Bedeutung sein. So sind besonders in Bayern und

Sachsen durch Landesgesetze die Bestimmungen aufgehoben, wonach politische Vereine nicht mit einander in Verbindung treten durften und ist damit wenigstens theoretisch die Möglichkeit einer freieren Bewegung auf dem Gebiete der Parteiorganisation gegeben. Unsere Genossen in den benannten Ländern werden nicht versäumen, von der neu eingeräumten Bewegungsfreiheit Gebrauch zu machen. Ob es dabei der bekannten sächsischen Findigkeit und Auslegungskunst nicht gelingen wird, auf dem Wege der Verwaltungspraxis für unsere Partei wieder zu beseitigen, was man durch die allgemeine Gesetzgebung — besonders gedrängt durch das auch bei den bürgerlichen Parteien hervorgetretene Bedürfniß — einzuräumen sich gezwungen sah, wird die Zukunft lehren. Ein neues Mittel zur Chikane und Drangsalirung der Versammlungseinberufer dürfte in Sachsen in der, auf Drängen der konservativen Hetzer ins Vereinsgesetz aufgenommenen Bestimmung gegeben sein, wonach Minderjährigen die Theilnahme an Versammlungen, welche politischen Zwecken dienen, verboten ist. Bei der weitherzigen Auslegung, mit den Arbeitern und ihren Organisationen gegenüber Alles unter politische Zwecke rubrizirt wird, dürfte diese Bestimmung auch den gewerkschaftlichen Versammlungen gegenüber Anwendung finden und so in ihr ein Mittel gefunden sein, den minderjährigen Arbeitern das in der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht wieder wegzueskamotiren.

In Bayern hat neben der Aufhebung des Verbindungsverbotes eine Bestimmung in das Gesetz Aufnahme gefunden, wonach die Bestimmung des Artikels 15 des Vereins- und Versammlungsgesetzes, wonach Minderjährige und Frauenspersonen politischen Vereinen nicht angehören dürfen, insofern eine Einschränkung erfährt, als dieses Verbot aufgehoben ist „hinsichtlich großjähriger Frauenspersonen für solche politische Vereine, welche nur den besonderen Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenkreise oder nur Zwecken der Erziehung, des Unterrichts und der Armen- oder Krankenpflege dienen." Durch die vorstehend erwähnten gesetzlichen Maßnahmen ist für Bayern und Sachsen das Seitens des Reichskanzlers, Fürsten Hohenlohe, am 27. Juni 1896, Namens der verbündeten Regierungen gegebene Versprechen, die für die politischen Vereine bestehenden Koalitionsverbote aufzuheben, eingelöst. Nur Preußen hat jetzt noch den zweifelhaften Vorzug, daß es mit der Einlösung des feierlich gegebenen Ministerwortes im Rückstande ist, nachdem selbst die Majorität des Dreiklassenwahl-Landtags sich geweigert hat, die Vorlage des Ministers von der Recke zu akzeptiren. Ganz ohne Einfluß sind indeß die Verhandlungen der Parlamente über unsere vereinsrechtlichen Zustände und die bei diesen Gelegenheiten von allen Seiten erfolgten Verurtheilungen der Koalitionsverbote auch für Preußen nicht gewesen. Während früher kein Jahr verging, ohne daß gewerkschaftliche und politische Vereine wegen angeblicher Verstöße gegen den § 8 des Vereinsgesetzes aufgelöst und deren Vorstände deswegen gerichtlich verfolgt wurden, ist uns im letzten Jahre kein solcher Fall bekannt geworden. Der § 8 des Vereinsgesetzes hat eben auch für die preußische Regierung nur mehr den Werth eines Tauschobjektes, für dessen Hingabe man hofft ein paar andere, mehr wirksame reaktionäre Bestimmungen eintauschen zu können. Ob diese Hoffnungen sich in Zukunft erfüllen werden, dafür ist der Ausfall der bevorstehenden preußischen Landtagswahlen von entscheidender Wichtigkeit.

* * *

Auf dem Gebiete der Arbeiterorganisationen sind aus der letzten Zeit als Neuerungen die Arbeitersekretariate zu bezeichnen. In Berlin, Nürnberg, Stuttgart, München, Hannover existiren solche Institute bereits seit kürzerer oder längerer Zeit, in anderen Städten, so z. B. in Frankfurt a. M., bereitet man deren Einführung vor. Zur Wahrung der Interessen der Arbeiter auf den Gebieten des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung und des Koalitions-

rechtes haben die neuen Institute sich überall als große Wohlthat für die ihr Recht verfolgenden Arbeiter erwiesen.

Lohnbewegungen von dem Umfange wie der Hamburger Hafenarbeiterstreik im vorigen Jahre sind aus dem letzten Berichtsjahre nicht zu verzeichnen. An Ausständen, welche sich auf kleinere Arbeitergruppen beschränkten, hat es aber auch in diesem Jahre nicht gefehlt, ja sie dürften sogar in zahlreicheren Fällen vorgekommen sein wie im Vorjahre. Wie immer, wurden diese Kämpfe mit wechselndem Glücke geführt, doch dürfte im Allgemeinen eine, wenn auch nur geringe Lohnerhöhung, vielfach erzielt worden sein.

Für die brutale Rücksichtslosigkeit, mit der der Kapitalismus alle Hindernisse beseitigt, welche sich der Profitschneiderei in den Weg stellen, sind recht charakteristisch die Vorgänge in den Kohlengruben am Piesberg bei Osnabrück. Diese Werke sind in den letzten Jahren nicht mehr so ergiebig gewesen wie früher. Um die Ausbeute zu steigern, ordnete die Werksleitung kurzer Hand an, daß die bis dahin gefeierten besonderen katholischen Feiertage in Zukunft in Wegfall zu kommen haben und an diesen Tagen gearbeitet werden müßte. Die katholischen Arbeiter, die durch diese brüske Anordnung, sowohl in ihren wirthschaftlichen Interessen, wie auch in ihren religiösen Gefühlen auf das tiefste verletzt wurden, weigerten sich der Anordnung Folge zu geben und legten die Arbeit nieder. Obwohl nun ein kirchliches Interesse in Frage stand, die Ortsgeistlichkeit auch auf Seite der Arbeiter trat, die Leitung des christlichen Bergarbeiterverbandes die Berechtigung des Ausstandes anerkannte und Hilfe zusagte, von einer sozialdemokratischen Einmischung aber keine Spur vorhanden war, fuhr die gesammte Bourgeoispresse doch über die Streikenden her, als ob es sich um ganz — gewöhnliche Sozialdemokraten gehandelt hätte. Die Stumm-Presse schimpfte, wie sie seinerzeit über die Streikenden im Ruhr- und Saar-Revier geschimpft hatte, die Regierungsvertreter stellten sich auf die Seite der Unternehmer und schließlich desavouirte auch der Bischof die niederen Geistlichen. So von allen Seiten verlassen, waren die armen katholischen Arbeiter bereit, sich ins Unvermeidliche zu fügen. Nun zeigte sich aber das Kapitalprotzenthum ganz auf der Höhe, indem die Werkbesitzer erklärten, die Gruben ihrer geringen Ertragsfähigkeit wegen und zur Strafe für die Arbeiter dafür, daß sie gewagt hätten, die Schonung ihrer religiösen Ueberzeugung und ihrer wirthschaftlichen Interessen zu verlangen, in Zukunft zu schließen. Hunderte von Arbeiter und ihre Familien waren mit diesem Protzenbeschluß mit einem Schlage brod- und existenzlos und genöthigt, die Heimath zu verlassen, in der ihre Vorfahren und sie ihnen folgend, seit Jahrzehnten den Boden mit ihren Schweiß gedüngt hatten. Die Kapitalistenpresse feierte diesen Beschluß in begeisterten Artikeln, weil durch denselben den widerspenstigen Arbeitern einmal recht deutlich und wirksam gezeigt sei, daß die Unternehmer „Herren auf ihren Werken“ sein wollen und daß sie mit ihrem Eigenthum machen können was sie wollen. Vertreter von Kirche und Staat billigten aber das Vorgehen der Unternehmer und hatten für die hilflos aufs Pflaster geworfenen Arbeiter höchstens öde Moralsprüche und Belehrungen darüber, daß man den „Brodherrn“ nicht unvorsichtig reizen soll. Für die katholischen Bergarbeiter dürften die Vorgänge am Priesberg ein Denkzettel sein, den sie nicht sobald vergessen werden.

* * *

Hervorgehoben zu werden verdient auch, daß nicht nur die Polizei und Verwaltungsbehörden sich einseitig im Unternehmerinteresse in die Lohnkämpfe mischen, sondern, daß auch in der Rechtsprechung immer mehr die Tendenz zur Geltung kommt, strengste Strafen gegen die Vergehen, die aus angeblichen Verstößen gegen den § 153 der Gewerbeordnung resultiren, in Anwendung zu bringen und in der Auslegung der Strafbestimmungen selbst über alle früher

beobachteten Grenzen weit hinaus zu gehen. Vor Allem hat auch im letzten Jahre wieder der berüchtigte grobe Unfugsparagraph auf die Lohnkämpfe eine Anwendung gefunden, die nur in der einseitigsten Auffassung weiter richterlicher Kreise ihre Erklärung findet. So wurde besonders vielfach der Versuch gemacht, das sogenannte Streikpostenstehen unter den Unfugparagraphen zu bringen und eine ganze Anzahl von Gerichten hat in diesem Sinne auch entschieden. Daß gerade damit den Arbeitern ein wesentliches Mittel zur Nutzbarmachung des Koalitionsrechtes genommen wird, ist sicher, aber das ist auch der unausgesprochene Zweck all dieser Maßnahmen. In für die Unternehmer erfreulichen Gegensatz zu dem Verhalten der Behörden gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter stehen die Maßnahmen derselben Behörden dort, wo es sich um die Durchführung von Bestimmungen handelt, die zum Schutze der Arbeiter aufgestellt sind. Das zeigt sich besonders bei der soviel umstrittenen Bäckereiverordnung aus der Zeit des Ministers v. Berlepsch. Offen haben Bäckermeistervereinigungen erklärt, daß sie die Verordnung nicht beachten werden, von angesehenen Parlamentariern und ganzen Parteien wurden die Meister in diesen ihren Bestrebungen bestärkt und so ist es glücklich dahin gekommen, daß die Verordnung in der Mehrzahl der Bäckereien nur auf dem Papiere besteht. Von der Energie der Behörden aber, die überall gezeigt wird, wo es gilt angebliche Uebergriffe der Arbeiter abzuwehren, merkt man bei der Durchführung der Bäckereiverordnung nichts. Dasselbe gilt von den meisten zuständigen Behörden gegenüber der Durchführung der übrigen Arbeiterschutzbestimmungen. Wo aber die Aufsichtsbehörden wirklich zugreifen und Unternehmer, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, vor den Strafrichter bringen, geschieht es nicht selten, daß die Richter auf so minimale Strafen erkennen, daß dieselben in gar keinem Verhältniß stehen zu den Vortheilen, welche die Unternehmer aus der Mißachtung der Arbeiterschutzvorschriften ziehen. Die Klagen in den Berichten der Gewerbeinspektoren über diese Art der Rechtsprechung bilden eine stehende Rubrik. Der Umstand, daß unser höheres Beamtenthum und besonders auch der Richterstand sich fast ausschließlich nur aus den Kreisen rekrutirt, denen auch das Unternehmerthum entstammt, erklärt das feine Verständniß für die Interessen des letzteren in den Kreisen unserer Bureaukratie, während die Interessen, Bedürfnisse und die Gedankenwelt der Arbeiterschaft für diese Kreise meist ein verschlossenes Buch mit sieben Siegeln bleibt. Das erklärt auch das allgemein verbreitete und tief gewurzelte Mißtrauen der arbeitenden Bevölkerung gegen die gelehrte Rechtsprechung und die bureaukratische Verwaltungspraxis. Die Arbeiter haben die Ueberzeugung, daß dabei ihre Interessen zu kurz kommen müssen, weil Niemand da ist, der sie kennt und sich zu ihrem Anwalt aufwirft. Wo dagegen die Arbeiter selbst mit zur Entscheidung durch ihre Vertreter berufen sind, wie bei den Gewerbegerichten und den verschiedenen Instanzen der Arbeiterversicherung, ist dieses Mißtrauen nicht vorhanden.

* *
*

Der Strömung, die sich in der Verwaltung und Rechtsprechung gegen die Arbeiterbewegung kundgiebt, entspricht der viel erörterte Erlaß des Grafen von Posadowsky. Dieses vom 11. Dezember 1897 datirende Aktenstück, das durch Zufall zur Kenntniß der Redaktion unseres Zentralorgans „Vorwärts“ gekommen und von diesem am 15. Januar 1898 veröffentlicht ist, zeigt mit aller wünschenswerthen Klarheit, wohin der neueste Kurs der Reichsregierung steuert. Nachdem diese durch den Mund des neuen Staatssekretärs des Reichsamtes des Innern in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember 1896 hatte erklären lassen, daß sie darauf verzichte, die wiederholt versprochenen und in früheren Sessionen theilweise bereits eingebrachten sozialpolitischen Gesetze wieder vorzulegen, da „die freudige Mitwirkung der Unternehmerklasse“ fehle,

kündigte derselbe Redner gleichzeitig schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie und deren „bewußte und unbewußte Mitläufer“ an. Daß man dabei Alles als „sozialdemokratisch“ und deshalb verwerflich denunzirt, was im Interesse der Arbeiter verlangt, von dem Unternehmerthum aber bekämpft wird, ist eine altbewährte Praktik. Bei den Unternehmern am meisten verhaßt sind die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, weil sie eine Schutzwehr gegen brutale Vergewaltigungen und zugleich das Mittel bieten, die Unternehmer gegebenen Falls zu zwingen, günstigere Arbeitsbedingungen zu gewähren. Gegen diese Organisationen richtet sich nun der Geheimerlaß vom 13. Dezember 1896, der in den Vordergrund die Frage stellt, „ob nicht angesichts der durch die Arbeiterbewegung der letzten Jahre gelieferten Erfahrungen von der Gesetzgebung ein erhöhter Schutz gegen Mißbrauch der durch § 152 der Gewerbe-Ordnung gewährleisteten Koalitionsfreiheit zu verlangen sei?“

Der weitere Inhalt ist im Sinne der Bejahung dieser Frage gehalten und er klingt schließlich aus in die Vorschläge, im Sinne der Vorlage der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom Jahre 1890 eine „Erweiterung der strafbaren Thatbestände sowie auch eine Verschärfung des Strafmaßes in Anwendung zu bringen. Insbesondere wird in dem Erlaß auch die Frage aufgeworfen, ob nach den „gemachten Erfahrungen ein Bedürfniß vorliege, bei Ausständen arbeitswillige Personen gegen den Terrorismus der Ausständigen und Agitatoren besser zu schützen und Diejenigen zu strafen, welche, um Andere von der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit abzuhalten, Posten ausstellen, Arbeitsstätten, Zugänge zu denselben, öffentliche Straßen und Plätze (Bahnhöfe, Hafenplätze) überwachen; Arbeitswillige durch Reden oder Thätlichkeiten belästigen, ihnen das Arbeitsgeräth rechtswidrig vorenthalten oder beiseite schaffen?“

Um diese Fragen in ihrer arbeiterfeindlichen Bedeutung zu erfassen, muß man die heutige Rechtsprechung auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung kennen. Existiren doch Urtheile, die durch alle Instanzen Bestätigung fanden, wonach streikende Arbeiter, die ihren fortarbeitenden Kollegen zuriefen, sich ihres unkollegialen Benehmens zu schämen, wegen Drohung und Ehrverletzung zu mehrwöchentlicher Gefängnißstrafe verurtheilt wurden. Uebrigens kennzeichnete der Staatssekretär die Abhängigkeit der jetzigen Reichsregierung von den Unternehmerverbänden selbst, indem er offen bekannte, daß man mit dem Erlasse einen Wunsch der Unternehmer erfülle und daß die arbeiterfeindlichste Stelle desselben einer Eingabe der Baugewerksmeister-Innung entnommen sei. In seinem Uebereifer, die Gunst des Unternehmerthums der Regierung zu gewinnen, erklärte der Herr Staatssekretär sogar, daß er mit dem Erlaß als Wahlmanifest der Regierung vor die Wähler treten werde. Eine Ankündigung, die von unseren Genossen im Reichstag mit Beifall akzeptirt wurde.

• • •

Der Hamburger Parteitag stand bereits unter dem Eindruck der bevorstehenden Reichstagswahlen, das zeigte die Thatsache, daß die Debatte über dieselben einen ungewöhnlichen Umfang annahm und fast drei Sitzungen hindurch die Delegirten beschäftigte. Die bevorstehenden Wahlen wurden in der Debatte als ein Gradmesser für den Stand unserer Partei bezeichnet und deshalb besonders verlangt, daß wieder überall, wo unsere Partei Anhänger hat, eigene Kandidaten aufgestellt werden sollen. Selbstverständlich wurden auch für die anstehenden Wahlen Kompromisse mit anderen Parteien abgelehnt, dafür aber eine Reihe von Bedingungen aufgestellt, nach deren Anerkennung von Seiten eines gegnerischen Kandidaten bei Stichwahlen zwischen Gegnern wir unseren Anhängern empfehlen sollen, dem betreffenden Kandidaten die Stimme zu geben.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse und der Erfahrungen, die die Partei bei früheren Wahlen gesammelt hat, wurden seitens des Partei-Vorstandes alle nöthigen Vorbereitungen getroffen, so daß unsere Wahlorganisation lange vor dem Schlusse der letzten Reichstagssession und der Ausschreibung der Neuwahlen fertig war. Nur in Bezug auf den „Bericht über die parlamentarische Thätigkeit des Reichstags", der seit langen Jahren zu allen allgemeinen Wahlkämpfen unseren Agitatoren und Genossen geliefert worden ist, erwiesen sich die Vorbereitungen nicht ausreichend, insofern als die Vorarbeiten zu dem seit längerer Zeit bereits angekündigten sozialdemokratischen A.-B.-C.-Buch nicht zum Abschluß gebracht waren und das Buch deshalb nicht erscheinen konnte. Es mußte im letzten Augenblick Ersatz geschaffen werden, und durch das energische Zusammenwirken einiger Genossen ist es auch möglich gemacht worden, daß der Vorstand das „Handbuch für Sozialdemokratische Wähler" unseren Agitatoren, Vertrauenspersonen und Wahlkomitees so rechtzeitig zustellen konnte, daß dieselben einen Leitfaden zur Wahlagitation an der Hand hatten.

Das bei den Wahlen 1893 zum ersten Male angewandte System, „die Zentralisation in der Parteiorganisation aufzugeben und die provinziellen oder Landesgliederungen, welche sich in den letzten Jahren gebildet haben, bei der Durchführung des Wahlkampfes in entsprechender Weise heranzuziehen", hatte sich damals vorzüglich bewährt, und der Partei-Vorstand veranlaßte deshalb, daß auch dieses Mal wieder entsprechende organisatorische Einrichtungen, Zentral-Wahlkomitees 2c. gebildet wurden. Gestützt auf die Erfahrungen bei der Wahl 1893 wurden einzelne Wahlkreise, die damals anderen Agitationsbezirken zugetheilt waren, von diesen abgezweigt und denjenigen Komitees unterstellt, zu denen sie geographisch günstiger liegen oder mit denen sie im Laufe der Jahre schon zusammen gearbeitet hatten. Neue Agitationsbezirke wurden dieses Mal gebildet für den Regierungsbezirk Oppeln mit dem Sitz der Leitung in Königshütte (Ober-Schlesien), Regierungsbezirk Arnsberg 1.—4. Wahlkreis, Zentral-Wahlkomitee in Hagen i. W.; Baden 8.—10. Wahlkreis, Sitz des Zentral-Wahlkomitees in Karlsruhe; Mecklenburg, Sitz des Zentral-Wahlkomitees in Rostock. Die bei der Wahl 1893 für den Regierungsbezirk Aachen und die Provinz Unterfranken mit Aschaffenburg eingerichteten Zentral-Wahlkomitees sind dieses Mal ausgefallen und der Regierungsbezirk Aachen dem Kölner Zentral-Wahlkomitee, von der Provinz Unterfranken die Wahlkreise Aschaffenburg und Lohr dem Zentral-Wahlkomitee in Frankfurt a. M. und die übrigen Kreise dem Zentral-Wahlkomitee in Nürnberg unterstellt worden.

Danach wurde folgende Eintheilung der Agitationsbezirke getroffen; der Sitz des Komitees ist jeweilen in Klammern beigefügt:

Provinz **Ostpreußen** (Königsberg).

Provinz **Westpreußen** (Danzig).

Provinz **Brandenburg** (Berlin).

Provinz **Pommern** (Stettin).

Provinz **Schlesien**: 1.—8. Wahlkreis (Breslau). — Reg.-Bez. Breslau, 9.—13. Wahlkreis und Reg.-Bez. Liegnitz, 7. und 8. Wahlkreis (Oberlangenbielau). — Reg.-Bez. Oppeln (Königshütte). — Reg.-Bez. Liegnitz, 1.—6. und 9. und 10. Wahlkreis (Görlitz).

Provinz **Sachsen**: Reg.-Bez. Magdeburg (Magdeburg). — Reg.-Bez. Merseburg, ohne den 7. Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga (Halle a. d. S.). — Reg.-Bez. Erfurt, Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga und von Sachsen-Weimar, 1. und 3. Wahlkreis, sowie Schwarzburg-Sondershausen (Erfurt).

Provinz **Hannover**: 3.—5. und 7.—16. Wahlkreis (Hannover). — 1. und 2. Wahlkreis (Bant bei Wilhelmshaven). — 6., 18. und 19. Wahlkreis (Bremen). — 17. Wahlkreis (Hamburg).

Provinz Westfalen: Reg.-Bez. Münster, mit Ausnahme des Wahlkreises Borken-Recklinghausen und Reg.-Bez. Minden. Vom Reg.-Bez. Arnsberg den 8. Kreis, Lippstadt-Brilon, und die beiden Lippe (Bielefeld). — Reg.-Bez. Arnsberg, 5.—7. Wahlkreis und vom Reg.-Bez. Münster den 3. Wahlkreis, Borken-Recklinghausen, (Dortmund). — Reg.-Bez. Arnsberg, 1.—4. Wahlkreis (Hagen).

Provinz Hessen-Nassau: Reg.-Bez. Kassel, 1.—7. Wahlkreis und Waldeck-Pyrmont (Kassel). — Reg.-Bez. Wiesbaden, Hanau-Gelnhausen, den 1.—3. hessischen Wahlkreis und die bayerischen Wahlkreise Aschaffenburg und Lohr (Frankfurt a. Main).

Rheinprovinz: Reg.-Bez. Köln, Koblenz und Aachen und vom Reg.-Bez. Trier den 1.—3. Wahlkreis (Köln). — Reg.-Bez. Düsseldorf (Elberfeld). — Reg.-Bez. Trier, 4.—6. Kreis (Saargemünd).

Provinz Schleswig-Holstein: 1.—5., 7. und 9. Wahlkreis, Theile des 1. oldenburgischen Wahlkreises (Neumünster) — 6., 8. und 10., Lauenburg, Wahlkreis (Hamburg).

Königreich Bayern: Provinz Ober- und Niederbayern (München). — Provinz Schwaben und Neuburg (Augsburg). — Provinz Ober-, Mittel- und Unterfranken, letzteres ohne die Kreise Lohr und Aschaffenburg, die Provinz Oberpfalz (Nürnberg). — Provinz Pfalz (Ludwigshafen).

Königreich Sachsen: 1.—9. Wahlkreis (Dresden). — 11.—14. Wahlkreis (Leipzig). — 10. und 15.—17., 19.—21. Wahlkreis (Chemnitz). — 18., 22. und 23. Wahlkreis (Zwickau).

Königr Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen (Stuttgart).

Großherzogthum Hessen: 4.—7. Wahlkreis (Darmstadt). — 8.—9. Wahlkreis (Mainz).

Großherzogthum Baden: 1.—7. Wahlkreis (Freiburg i. B.). — 8.—10. Wahlkreis (Karlsruhe). — 11.—14. Wahlkreis (Mannheim).

Großherzogthümer Mecklenburg (Rostock).

Thüringsche Staaten: 1. und 2. gothaischer Wahlkreis, 2. weimarscher Wahlkreis und Theile von Eschwege-Schmalkalden (Gotha). — 1. und 2. meiningenscher Wahlkreis und Schwarzburg-Rudolstadt (Pößneck). — 1. und 3. weimarscher Wahlreis und Schwarzburg-Sondershausen (Erfurt).

Großherzogthum Oldenburg: 1. und 2. oldenburgscher Wahlkreis und 1. und 2. hannoverscher Wahlkreis (Bant).

Herzogthum Braunschweig: 1.—3. braunschweiger Wahlkreis (Braunschweig).

Herzogthum Altenburg (Altenburg).

Herzogthum Anhalt: 1. und 2. Wahlkreis (Dessau).

Reuß ä. L. (Greiz).

Reuß j. L. (Gera).

Hamburg: 1.—3. hamburger Wahlkreis, 17. hannoverscher Wahlkreis und 6., 8. und 10. holsteinscher Wahlkreis (Hamburg).

Bremen: Wahlkreis Bremen, 6., 8. und 19. hannoverscher Wahlkreis und 3. oldenburgischer Wahlkreis (Bremen).

Lübeck (Lübeck).

Elsaß-Lothringen (Straßburg).

Wie bereits erwähnt, hat sich vorstehende Eintheilung auch bei den diesmaligen Wahlen vollständig bewährt und ist es durch dieselbe ermöglicht worden, die organisatorischen und agitatorischen Arbeiten mit einer Intensivität durchzuführen, die niemals zu erreichen gewesen wäre, wenn die ganze Wahlaktion von einem Zentralpunkt aus hätte geleitet werden sollen.

Die erste offizielle Kundgebung unserer Partei zu den bevorstehenden Wahlen war ein Aufruf der früheren Reichstagsfraktion an die: „Parteigenossen und Wähler!" In dem Aufrufe, der die Unterschriften sämmtlicher 48 Ab-

geordneten trug, heißt es, daß bei der diesmaligen Reichstagswahl mehr auf dem Spiele stehe, als bei irgend einer früheren Wahl; es wird dann auf die Gefahren hingewiesen, die dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht drohen, „das bei den Liberalen nur laue Freunde, bei den Konservativen — einschließlich des Bundes der Landwirthe — nur offene und geheime Feinde hat". Weiter wies der Aufruf auf die Gefahren hin, die dem Koalitionsrecht und der Freizügigkeit der Arbeiter drohen, erinnert an die Pläne zur Vermehrung des Landheeres und an die Milliarde, welche die Flottenschwärmerei und die unfruchtbare Kolonialpolitik die Steuerzahler, d. h. bei unserem indirekten Steuersystem, die Konsumenten der Massenartikel kosten werde. Der Aufruf sprach sich für eine „stetige Handelspolitik aus, die auf dem Abschluß von Tarif- oder Meistbegünstigungs-Verträgen mit allen in den modernen Verkehr einbezogenen Völkern beruht und in hohem Grade geeignet sei, den friedlichen Wettkampf der Völker auf allen Gebieten der Kultur zu fördern".

Schärfster Kampf wird angekündigt gegen die Gegner einer solchen Handels- und Zollpolitik, gegen die Agrarier und die mit denselben Hand in Hand gehende schutzzöllnerische Großindustrie.

„Unser Kampf" — so schließt der Aufruf — „richtet sich gegen Rechtlosigkeit, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt. Unsere Losung ist: Tod der Noth und dem Müßiggang! ..... Wir kämpfen für eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung, in der Männer und Frauen als Freie und Gleiche leben und thätig sind, in der es keine Herrschaft des Menschen über den Menschen giebt und das Wohlsein als oberster Grundsatz aller menschlichen Ordnung anerkannt ist. Freiheit, gleiches Recht für Alle! Keine Rechte ohne Pflichten! Keine Pflichten ohne Rechte!"

Es folgt ein Appell an die deutschen Frauen, die als Wählerinnen noch nicht mitkämpfen, aber agitatorisch wirksam sein können: „Auch über das Recht der Frau zur Theilnahme am öffentlichen Leben, das die Sozialdemokratie allein von allen Parteien fordert, wird in diesem Kampfe mit entschieden. ... Parteigenossen! Wähler! Thut Euere Pflicht gegen Euch selbst, gegen das Vaterland, gegen die Menschheit! Der Wahlfeldzug beginnt! Drauf und dran! Vorwärts! Vorwärts zu Kampf und Sieg!

Nieder mit den Feinden des arbeitenden Volkes!

Nieder mit der Reaktion!

Hoch die Sozialdemokratie!"

Dieser Aufruf, mit dem der taktische und prinzipielle Aufmarsch der sozialdemokratischen Partei zum Abschluß gebracht war, erschien in unserem Zentralorgan am 10. April, knapp vier Wochen später hielt der Reichstag seine letzte Sitzung und erfolgte sein Schluß am 6. Mai.

War die Wahlbewegung vorher schon in vollem Gange, so steigerte sich dieselbe jetzt mit jedem Tage mehr. Unsere Presse führte den Vorkampf mit Geschick und Umsicht, an unsere Redner wurden, trotzdem von Seiten der Behörden und der gegnerischen Parteien die unglaublichsten Anstrengungen gemacht wurden, uns die Versammlungslokale abzutreiben, Anforderungen gestellt, die schon aus rein physischen Gründen nicht immer zu erfüllen waren. Millionen von Flugblättern wurden vertheilt, in denen theils unsere Parteigrundsätze entwickelt, theils die Angriffe der Gegner zurückgewiesen und ihre reaktionären, volksfeindlichen Ziele enthüllt wurden. Vom Parteivorstand gelangten gleich zu Beginn des Wahlkampfs drei Entwürfe zu Wahlflugblättern als Manuskripte gedruckt zur Versendung an die Zentralwahlkomitees. Außerdem wurde eine 16 Seiten starke, ausschließlich für die ländliche Bevölkerung bestimmte Flugschrift in Massenauflage hergestellt und den Wahlkomitees gratis zur Verfügung gestellt. Mit dem Vorstande der polnischen sozialdemokratischen Partei wurde ein Abkommen getroffen, wonach derselbe die von ihm herausgegebenen

Flugschriften in polnischer Sprache für die deutschen Kreise zur Verfügung stellte, in denen polnische Arbeiter von deutschen Unternehmern ausgebeutet werden. Dem Zentralwahlkomitee in Königshütte, für den Regierungsbezirk Oppeln, wurde gleich zu Beginn des Wahlkampfes ein mehrseitiges Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache in einer Auflage von 120 000 Exemplaren zur Verfügung gestellt. Von dem „Handbuch für Sozialdemokratische Wähler“ sind ca. 8000 Exemplare an unsere Agitatoren und Vertrauenspersonen gratis abgegeben worden. Ueber die pekuniären Unterstützungen der einzelnen Kreise im Wahlkampfe wird an anderer Stelle eingehend berichtet, hier sei nur bemerkt, daß der Wahlkampf dieses Mal Summen gekostet hat, wie noch nie ein Wahlkampf vorher. Der Partei-Vorstand war in der glücklichen Lage, auch weitgehenden Anforderungen nachkommen zu können und sind die Forderungen der meisten Zentralwahlkomitees im vollen Umfange akzeptirt worden. Alle gestellten Anforderungen zu erfüllen war freilich nicht möglich, wobei besonders bemerkt sein mag, daß theilweise aus Kreisen sehr hoch gespannte Anforderungen gestellt worden sind, von denen im Laufe der Jahre gar keine oder doch nur sehr minimale Beiträge an die Zentralkasse geleistet worden sind. Gewiß soll die Zentralkasse ein Ausgleichs-Institut sein zwischen den Parteiorten, wo Ueberfluß und denen wo Mangel an pekuniären Mitteln herrscht, aber daß die Zahl der Orte — und zwar auch solcher mit recht lebhafter Partei- und Gewerkschaftsbewegung —, von denen der Parteikassirer nur hört, wenn sie die Zentralkasse in Anspruch nehmen wollen, eine sehr große ist, bleibt immerhin ein beklagenswerther Zustand in der Parteiorganisation. Ein Agitationsmittel, das dieses Mal in viel ausgedehnterem Maße wie bei früheren Wahlen, zur Anwendung kam, war die Herausgabe spezieller Wahlzeitungen. Dieselben sind in den meisten Fällen wöchentlich oder vierzehntäglich in einer Nummer während der Wahlzeit erschienen. Diese Blätter fanden hauptsächlich in Kreisen Verbreitung, wo unsere periodische Parteipresse garnicht oder nur sehr schwach vertreten ist. Der Hauptinhalt dieser Wahlzeitungen, die unter theilweise sehr drastischen Titeln erschienen, war neben der Aufklärung der Wähler speziell der Widerlegung und Abwehr gegnerischer Angriffe gewidmet. Von den Wählermassen wurde dieses Kampfmittel sehr günstig aufgenommen.

Der Wahltag brachte nur für ungefähr die Hälfte der Wahlkreise die endgiltige Entscheidung, für die andere Hälfte waren Stichwahlen nöthig. Unsere Partei hatte im ersten Wahlgang 32 Wahlkreise erobert, darunter 29, welche bereits in der vorigen Legislaturperiode von Sozialdemokraten vertreten waren, während Hanau, Lübeck und Stuttgart neu gewonnen wurden. Leider wurden diese Gewinne durch eben so viele Verluste ausgeglichen. Die bisher von Sozialdemokraten vertretenen Wahlkreise Straßburg i. E., Reichenbach-Neurode i. Schl. und Mittweida-Frankenberg i. Sachs. gingen an die vereinigten Gegner verloren. Sechszehn Wahlkreise, die bisher von Sozialdemokraten vertreten waren, mußten in der Stichwahl vertheidigt werden, dazu kam, daß unsere Partei noch in weiteren 97 Kreisen in die Stichwahl kam, so daß der zweite Wahlgang an Umfang und Intensivität sich wenig vom ersten unterschied. Entsprechend den Beschlüssen des Hamburger Parteitags gab der Partei-Vorstand die Parole für die Genossen jener Kreise aus, wo zwei gegnerische Parteien zur Stichwahl standen. Dieser Parole wurde von den Genossen überall Folge geleistet, wo nicht ganz besondere lokale Vorgänge ein Abweichen nothwendig machte. So z. B. in Bochum, Duisburg und einigen anderen Kreisen des Westens, wo unsere Genossen, empört über das Verhalten des Zentrums in Dortmund, wo diese Partei offen ein Bündniß mit den nationalliberalen Kulturkämpfern gegen uns abschloß, im letzten Moment sich entschlossen, dem Zentrum einen Denkzettel zu verabreichen. Eine Reihe rheinisch-westfälischer Wahlkreise, so besonders Bochum, Duisburg und Hamm

fielen nun den Liberalen zu, während andernfalls das Zentrum sicher auf sie rechnen konnte. In der Zentrumspresse kam es um dieser Vorgänge willen nach den Wahlen zu recht lebhaften Auseinandersetzungen, wobei der Dortmunder Unterhändler der Zentrumspartei, Lamprecht Lensing, gerade keine Seide spann. Auch dieses Mal wieder gelang es einer ganzen Anzahl freisinniger Kandidaten, auf sozialdemokratischen Krücken bei den Stichwahlen in den Reichstag zu kommen, eine Hilfe, für die von freisinniger Seite nur in ganz vereinzelten Kreisen Gegenleistung gewährt wurde. Wo dies aber, wenigstens theilweise, geschehen zu sein scheint, wie in den drei von uns neu eroberten Lausitzer Kreisen, war es mehr die Angst vor den Wollzöllen als die Abneigung gegen die politische Reaktion, was einen Theil der freisinnigen Wählerschaft bestimmte, bei der Stichwahl einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben. Daß dort, wo die freisinnige Partei mit der sozialdemokratischen in Stichwahl stand, erstere sich aller der schoflen Kampfmittel bediente, deren Anwendung, wenn sie selbst darunter zu leiden hat, sie sonst an den Kartellparteien so scharf tadelt, entspricht zu sehr den alten Gewohnheiten des Freisinns, als daß es dieses Mal besonders hätte auffallen können. Den Freisinnigen gelang es, in Berlin den zweiten und fünften Wahlkreis uns mit ganz geringfügigen Majoritäten (15 und 59 Stimmen) mit Hilfe der Stöckergarde und der Antisemiten wieder zu entreißen. Ob indeß der Freisinn dieses Sieges froh werden wird, darüber wird in der Wahlprüfungskommission und im Plenum des Reichstags noch ein letztes Wort gesprochen werden.

Neben der Geschlossenheit der gegnerischen Parteien, die nur in ganz vereinzelten Kreisen nicht zu Stande kam und auch dann mehr in der Stimmenthaltung wie in direkter Stimmabgabe für unsere Kandidaten sich zeigte, war es besonders der amtliche Druck und die Beeinflussung durch die Unternehmer, welche bei den Stichwahlen eine Rolle spielten, um den Sieg unserer Partei zu verhindern. Besonders arg trat dieser Druck dieses Mal auch in den Staatswerkstätten und königlichen Bergwerken hervor. Nur so konnte es gelingen, uns Wahlkreise wie z. B. Kiel wieder zu entreißen.

Die Mehrzahl der Stichwahlen fanden am 24. Juni statt, nur in Bayern, Weimar und Mecklenburg waren sie auf ein paar Tage später angesetzt. Wie bei allen früheren allgemeinen Wahlen so brachten auch dieses Mal die Stichwahlen, im Verhältniß zur großen Zahl von Kreisen, an denen wir betheiligt waren, nur wenige Siege. Von den 16 Wahlkreisen unseres früheren Besitzstandes, welche wir in der Stichwahl zu vertheidigen hatten, gelang es nur sechs — Berlin III., Breslau-Ost, Braunschweig, Halle, Teltow-Beeskow und Waldenburg i. Schl. — zu behaupten. Zehn von diesen Kreisen: Berlin II. und V., Brandenburg, Dortmund, Höchst-Usingen, Kiel, München I., Plauen, Solingen und Stettin, gingen uns, meist mit geringfügigen Minoritäten, verloren. Diese Verluste aber, so bedauerlich sie für die Partei auch sind, sie werden reichlich aufgewogen durch die achtzehn neuen Wahlkreise, die unsere Partei bei den Stichwahlen eroberte. Unter den in der Stichwahl neu eroberten Kreisen befinden sich drei, Dresden-Altstadt, Hanau und Mannheim, die bereits in früheren Legislaturperioden von Sozialdemokraten im Reichstag vertreten waren. Das Schlußergebniß des Wahlkampfes für unsere Partei ist also 56 Mandate, von denen wir 35 bereits in der vorigen Legislaturperiode besaßen und 21 neu oder zurück erobert haben, von den letzteren Kreisen waren nämlich fünf bereits in früheren Jahren sozialdemokratisch vertreten.

Ein Bild, wie unsere Partei sich in den 56 Wahlkreisen, die jetzt sozialdemokratisch im Reichstag vertreten sind, entwickelt hat, giebt nachstehende Tabelle über die sozialdemokratische Stimmabgabe in diesen Kreisen seit Einführung des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Wahlrechts im Jahre 1867. Die fett gedruckten Ziffern bedeuten Sieg unserer Partei.

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	Ersatzwahlen in der Zwischenzeit	
Preußen:													
Königsberg	—	303	1365	2066	1108	248	4351	7987	12370	10968	13522	10.6.97	11914
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	6426	10280	13138	13196	—	—	—
Berlin III	—	519	1607	3991	6914	2452	6344	9088	12287	12732	11411	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	6070	—	—	—	10558	12945	14068	12766	—	—
Nachwahlen	—	—	1533	5765	—	3691	—	—	—	—	—	—	—
Berlin IV	—	1104	3860	10769	20224	13573	25386	32064	40709	46356	45293	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	22020	18979	—	—	—	—	—	—	—
Berlin VI	—	—	3161	9559	15707	10629	24258	30453	42274	51569	58778	—	—
Eng. Wahl.	—	—	6019	—	—	17378	24465	—	—	—	—	—	—
Nachwahlen	—	—	5149	12751	—	—	20327	26067	—	—	—	—	—
Niederbarnim	—	—	2142	2855	2775	935	2893	5680	13362	17044	24709	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	15411	18710	—	—	—
Teltow-Beeskow	—	—	1453	2608	4763	1265	4543	8668	19169	31424	42691	15.4.85	4514
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	22839	36330	51967	—	—
Sorau-Forst	—	—	1677	3661	2294	2290	3588	3806	6052	7012	8863	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9235	10513	—	—
Nachwahl	—	—	—	—	—	2231	—	—	—	—	—	—	—
Kottbus-Spremberg	—	—	545	1839	1242	955	2699	3964	5610	6452	7950	5.4.79	582
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	4933	7811	8558	10741	—	—
Breslau-Ost	—	175	1148	4273	6593	5243	6019	7781	10044	12736	12505	—	5415
Eng. Wahl.	—	—	—	7826	9789	8455	8808	10069	12766	—	15594	—	7589
Nachwahl	—	—	—	7815	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau-West	—	134	1814	4347	6412	4955	6221	8032	11511	13507	14820	14.1.89	7800
Eng. Wahl.	—	—	—	7276	8819	8313	8936	10779	13283	—	—	—	9949
Nachwahlen	—	—	—	7439	5184	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	7544	—	—	—	—	—	—	—	—
Waldenburg	—	—	846	3168	3912	1552	1244	—	6334	11386	11403	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	7476	—	—	—	—	—	12299	13043	—	—
Magdeburg	—	265	1208	2724	6253	5541	8112	11438	17261	16633	20125	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	6471	—	—	12301	13465	—	19074	—	—	—
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	18455	—	—	—	—
Calbe-Aschersleben	—	227	2594	4475	1016	298	2204	4837	12514	18630	17090	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	16387	—	18300	—	—
Halle a. S.	—	—	1250	2323	1046	1137	3535	6590	12808	12991	17840	18.6.69	1908
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	15109	14127	19511	30.6.96	15687
Weißenfels-Zeitz	—	904	1889	2542	2142	1449	3520	5591	10563	11716	13376	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	13602	13120	15794	—	—
Ottensen-Pinneberg	—	1815	6769	7923	5452	1157	3593	6520	10820	13097	15928	13.6.94	12231
Eng. Wahl.	—	—	—	8354	6753	—	—	9895	12993	13791	—	—	13814
Altona	—	3875	11782	11355	11662	6971	10770	15120	19533	20448	22589	—	—
Eng. Wahl.	—	6062	—	—	13224	9060	—	—	—	—	—	—	—
Nachwahl	—	—	—	13256	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	12815	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	1986	3853	5604	6588	5515	8839	12210	15789	19538	25045	4.5.69	2387
Eng. Wahl.	—	—	—	—	6082	5890	12253	16577	18940	22014	—	—	—
Elberfeld-Barmen	4674	5605	9606	11435	11325	7949	13031	15655	18473	19005	24145	—	—
Eng. Wahl.	—	8478	12948	14246	15220	12126	17256	18424	—	22605	—	—	—
Nachwahl	4920	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	7921	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	Ersatzwahlen in der Zwischenzeit	
II. Wahl													
I. L.-P.	6111	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	8915	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankf. a. M.	—	447	2368	3448	4080	4704	8602	8640	12653	13482	20019	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	8602	12166	12876	18088	17180	—	—	—
Hanau	—	1141	3908	5622	5351	4803	5503	5203	8446	9902	12692	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	9589	7682	9948	8245	—	11194	11927	—	—	—
Braunschw.:													
Braunschweig	—	2022	7747	9212	7870	5708	6764	10659	13621	15470	14661	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	10994	—	15665	—	16981	—	—
Holzminden	—	—	3752	1854	892	—	145	147	2698	5967	6327	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6226	8595	—	—
S.-Mein.:													
Sonneberg	—	—	1001	4842	809	—	3490	4659	7215	8686	8845	21.3.84	3482
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	8496	—	—	eng. W.	4839
												19.2.91	7103
												eng. W.	7650
Cob.-Gotha:													
Gotha	—	—	1436	6154	3518	1558	7440	8765	11205	12362	13235	15.3.69	953
Eng. Wahl.	—	—	—	8935	—	—	10754	11033	12769	—	—	—	—
S.-Weimar:													
Weimar I.	—	—	2731	3383	895	445	1452	1988	5323	6081	8626	10.3.81	373
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9791	11114	25.4.95	5742
												eng. W.	9440
Anhalt:													
Bernburg	—	595	5755	3292	412	—	225	1370	5496	9145	12817	30.X.94	9297
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14749	—	11569
Reuß:													
Reuß ä. L.	—	—	2654	4051	3082	2215	3890	4079	5885	6041	6339	—	—
Eng. Wahl.	—	—	3257	—	—	4711	—	4284	—	—	—	—	—
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	3848	—	—	—	—	—	—
Gera j. L.	—	1173	1097	1847	1896	2758	5539	6455	9955	11539	12044	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	6923	—	—	—	—	—	—
Lübeck:	—	543	2230	2514	1588	877	2432	4254	6394	7389	9729	1.7.80	1324
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	5168	7319	7871	—	—	—
Hamburg:													
Hamburg I.	1758	1886	4191	8962	10491	7563	12282	14497	17857	16935	18500	6.10.71	1474
Eng. Wahl	—	—	6262	—	—	—	—	—	—	—	—	15.4.83	9078
II. W. I. L.-P.	1067	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	eng. W	11715
Nachwahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16476	—	—	—
Hamburg II.	1461	2893	6117	10054	12447	9439	14278	18672	22518	20681	21791	1880	13155
Eng. Wahl.	—	—	8247	—	—	12315	—	—	—	—	—	—	—
II. W. I. L.-P.	1200	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg III.	—	292	3085	6138	6691	6108	10922	17803	26928	32936	41804	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	14644	19324	—	—	—	—	—
Elsaß-Loth.:													
Mülhausen	—	—	355	—	—	462	2939	570	9749	12158	13610	—	—
Bayern:													
München II	—	—	1709	2568	3252	2972	6399	11335	20594	21876	23116	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	13552	12494	—	—	—	—	—
Nürnberg	—	340	5355	10025	10162	9669	12582	14857	17045	18015	22598	2.12.97	20173
Eng. Wahl.	—	—	—	12090	—	12338	14412	—	—	—	—	—	—
Erlang-Fürth	—	861	2222	4458	—	2674	1506	2689	5811	6983	10045	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	8658	9889	12833	—	—

Wahlkreise	1867	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	Ersatzwahlen in der Zwischenzeit	
Speyer-Ludwigshafen	—	—	752	1708	1679	2912	4822	4052	5993	7433	12008	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	7259	—	—	8134	15471	—	—
Sachsen:													
Zittau	—	826	1518	1202	1921	2475	1904	1703	4898	5659	7814	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10944	—	—
Dresden r. E.	—	1132	3632	5411	7433	6231	6514	6942	11670	14420	20521	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15190	21729	—	—
Dresden l. E.	—	1317	3582	6940	9879	9079	8620	9175	13427	15035	17113	—	—
Eng. Wahl.	—	—	6469	10835	11619	10827	11106	10077	—	16189	19647	—	—
Dresd.-Land	—	748	3743	3880	5007	3789	6214	7958	12737	15650	22325	25.4.95	16512
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16943	—	—	—
Leipzig-Land	—	—	4627	9420	11253	10503	15233	19327	30127	33349	38933	—	—
Eng. Wahl.	—	—	7577	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nachwahl	—	—	5676	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	5512	3959	10084	12117	9899	10256	14512	15536	24641	23296	24772	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	14567	—	—	—	—	—	—	—
Glauchau-Meerane	—	7344	7777	11041	11579	6692	9513	9886	15266	15234	13437	20.1.73	10470
Eng. Wahl	7922	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.3.80	8225
II. Wahl													
I. L.-P.	5256	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nachwahl	—	—	—	10761	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau	8071	5875	8941	10971	10135	7327	11590	12913	17424	17971	18362	—	—
II. Wahl													
I. L.-P.	5416	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	—	—	—	—	—	12546	—	—	—	—	—	—	—
Stollberg-Schneeberg	—	3981	8141	7256	7906	4653	6065	7106	13264	14385	13730	21.8.86	8420
II. Wahl													
I. L.-P.	1918	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eng. Wahl	4296	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zschoppau	—	1959	1982	4928	4725	2149	3029	2768	6181	8144	8999	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	5886	7070	4528	—	—	—	—	10262	—	—
Auerbach-Reichenbach	—	3477	6515	8164	7011	2154	4064	6802	11301	13212	13154	19.X.80	3986
Eng. Wahl.	—	—	—	—	7979	—	9041	—	11799	—	—	15.3.92	11863
Württemb.:													
Stuttgart	—	451	2411	4646	4136	4131	3546	4496	10446	13340	17954	23.9.75	3847
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	13456	15837	—	—	—
Baden:													
Pforzheim	—	—	1599	954	—	470	1338	2312	5208	7148	10380	1880	489
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9738	12872	—	—
Karlsruhe	—	—	627	618	758	1383	3010	2736	5476	5881	9031	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12820	—	—
Mannheim	—	—	1056	1689	2376	2517	4846	5128	8701	10114	15244	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	14550	13062	19054	—	—
Hessen:													
Darmstadt	—	340	1244	2909	2190	1360	4892	4043	6069	5997	9018	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	7535	—	8817	7521	12471	—	—
Offenbach	—	3093	4126	5304	5557	5905	6924	8024	10334	11063	13404	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	10544	10539	11194	10505	—	13131	12802	—	—	—
Mecklenbg.:													
Rostock	—	433	1456	2742	815	380	744	1996	6974	7304	11338	—	—
Eng. Wahl.	—	—	—	—	—	—	—	—	7116	9184	12609	—	—

Der Fortschritt, den unsere Partei auch bei diesen Wahlen wieder gezeigt hat, drückt sich aber nicht blos in der Zahl der neu eroberten Mandate, sondern noch mehr in dem Zuwachs von Stimmen aus, die auf unsere Kandidaten gefallen sind. Zwar ein so gewaltiges Wachsthum, wie es die Partei bei den Wahlen von 1890 zeigte, kann dieses Mal nicht konstatirt werden. Das erklärt sich aber am besten aus der Thatsache, daß in einer Reihe von Wahlkreisen die unseren Bestrebungen am meisten zugänglichen Arbeiterwähler zum großen Theil bereits gewonnen sind, in der übrigen Wählerschaft aber unser Anhang langsamer wächst. In manchen Wahlkreisen, die für absolut sicher galten, wurde die Agitation auch nicht so intensiv wie früher betrieben und wurden die vorhandenen Kräfte mehr in benachbarten Kreisen verwendet. Auch der Mangel einer die Wähler besonders aufregenden Wahlparole sowie der Umstand, daß die Gegner in vielen Kreisen mit ihrer Agitation fast garnicht an die Oeffentlichkeit traten, sondern sich ausschließlich auf die amtliche Beeinflussung und den Druck des Unternehmerthums verließen, mögen vielfach dazu beigetragen haben, daß die Wahlbetheiligung im Verhältniß eine schwächere war, wie im Jahre 1893. Wenn trotzdem aber die Zahl der sozialdemokratischen Wählerschaft um ca. 318 000 Stimmen gewachsen ist und nach einer vorläufigen Aufstellung — eine offizielle Zusammenstellung der Wahlresultate ist noch nicht erschienen — auf die Kandidaten unserer Partei insgesammt $2^1/_8$ Millionen Stimmen gefallen sind, so ist dieser Erfolg um so höher anzuschlagen. Es kann uns deshalb kalt lassen, wenn unsere Gegner nach den Wahlen behaupteten, der Ausfall derselben habe in unseren Reihen sehr verstimmt, denn wir hätten sowohl in Bezug auf die Mandate, als auch auf die Zahl der abgegebenen Stimmen viel weiter gehende Erwartungen gehegt. Abgesehen davon, daß nicht abzusehen ist, woher gegenüber der Thatsache, daß wir die Zahl unserer Mandate um 8 verstärkt und unsere Stimmen sich um 318 000 vermehrt haben, bei uns eine besondere Mißstimmung über den Wahlausfall kommen sollte, darf an dieser Stelle auf die bezüglichen Verhandlungen auf dem Hamburger Parteitag verwiesen werden, wo der Referent über den Punkt „Reichstagswahlen“ dem Vorhalt gegenüber, etwas zu optimistisch zu sehen, ausführte:

„Den Optimismus, daß wir bei den kommenden Wahlen 30 Mandate gewinnen werden, theile ich so wenig wie mein Vorredner. Ich habe einfach erklärt, daß, wie immer der Ausfall der nächsten Wahlen sein könne, eine wesentliche Verschiebung der Parteiverhältnisse nicht eintreten dürfte, selbst auch dann nicht, wenn wir 15 oder 20, ja selbst wenn wir 30 Mandate erobern würden. Sie werden zugestehen, daß das nicht bedeutet: wir werden 30 Mandate erobern.“

In unseren Reihen haben also die hochgespannten Erwartungen, die uns von gegnerischer Seite aus sehr durchsichtigen taktischen Gründen unterstellt werden, nicht bestanden. Die sozialdemokratische Partei hat alle Ursache, mit den Fortschritten, die die Wahlen vom 16. Juni für sie gebracht haben, zufrieden zu sein.

Als für unsere Bewegung besonders erfreuliche Erscheinungen verdienen aus den Wahlergebnissen besonders nachfolgende drei Punkte hervorgehoben zu werden: Einmal, daß der Stimmenzuwachs mit Ausnahme eines einzigen Agitationsbezirks sich über ganz Deutschland vertheilt hat,*) unsere Bewegung

*) Nach einer Aufstellung, die wenige Wochen nach den Wahlen von privater Seite veröffentlicht wurde und deren Ziffern, wenn auch nicht als absolut genau, so doch als im Ganzen richtig bezeichnet werden können, vertheilt sich der sozialdemokratische Stimmenzuwachs in folgender Weise: Preußen etwa 200 000 Stimmen, davon entfallen auf Ostpreußen 20 000, Berlin 4000, Brandenburg 35 000, Pommern 3000, Bezirk Breslau 7000, Bezirk Liegnitz 13 000, Prov. Sachsen 25 000, Schleswig-Holstein 7000, Hannover 16 000,

also überall im Fortschritt begriffen ist und von einem Stillstand oder gar Rückschritt nicht die Rede sein kann. Zweitens, daß wir dieses Mal in Provinzen und Industriebezirken — Ostpreußen und Oberschlesien — Eingang gefunden und überraschend hohe Stimmenzahlen erreicht haben, wo noch bei der letzten Wahl 1893 von einer nennenswerthen sozialdemokratischen Bewegung garnicht geredet werden konnte, und drittens, daß das ländliche Proletariat sich dieses Mal zu Gunsten unserer Partei an der Wahl betheiligte, wie nie zuvor. Es kann auf Grund der bereits bekannten Zahlenergebnisse der Wahlen ausgesprochen werden, daß von den 318 000 Stimmen, welche die Partei dieses Mal mehr als 1893 aufbrachte, ein erheblicher Bruchtheil aus den Kreisen des ländlichen Kleinbesitzes und des Proletariats stammt. Daran ändert auch die Thatsache nichts, daß in einigen ländlichen Wahlkreisen Süddeutschlands die für unsere Partei abgegebenen Stimmen nicht gewachsen oder vereinzelt sogar zurückgegangen sind. Es ist dieser Stillstand resp. Rückgang wohl vor allem aus der bei den letzten Wahlen stärker hervorgetretenen Bauernbewegung zu erklären. Der Bauernhofsbesitzer, der selbst auf die Ausnützung fremder Arbeitskraft angewiesen ist, findet, soweit er nicht blind der Parole des Zentrums folgt, seine politische Vertretung im Bauernbund, der, zum Unterschied von der in Norddeutschland durch den Bund der Landwirthe hervorgerufenen, von Junkern geleiteten Agrarbewegung einen mehr kleinbürgerlich-demokratischen Charakter trägt. Der ländliche Arbeiter, Knecht, Häusler, Tagelöhner findet aber in der Bauernbewegung so wenig die Vertretung seiner wirthschaftlichen und politischen Interessen, wie im norddeutschen Bunde der Landwirthe. Fühlt der Junker sich als der von Gott bestimmte Führer der Bauern, so empfindet es der bäuerliche Grundbesitzer als eine durchaus verkehrte Einrichtung, daß der Knecht — „der Lump, der nichts hat und der keine Steuern zahlt“ — ein gleichberechtigter Reichstagswähler ist, wie der Bauer selbst. Die „Demokratie“, wie sie in den süddeutschen Bauernvereinigungen verstanden wird, ist von der Gleichberechtigung weit entfernt. In diesen Kreisen herrscht häufig noch ein Besitz- und Standesdünkel, wie kaum in anderen Bevölkerungsschichten. Daß Sprößlinge aus altadligen Geschlechtern eine eheliche Verbindung mit Mädchen aus bürgerlichen Kreisen eingehen, kommt vor, daß aber ein richtiger, besitzstolzer Bauer — selbst wenn die auf dem Gute lastenden Schulden und Ausgedinge dies erlauben — ein armes Mädchen aus der sozial tieferstehenden Schicht freien sollte, — das kommt wohl überhaupt nicht vor. Es kommt selbst dann nicht vor, wenn der junge Bauer in seinen Burschenjahren Beziehungen mit einem solchen Mädchen unterhalten haben sollte, die nicht ohne Folgen geblieben sind. „Bäuerin“ kann nur eines Bauern Tochter werden, als Bauer gilt aber nur der selbständige Besitzer von Grund und Boden im entsprechenden Umfange. Daß in einer Reihe von Fragen Berührungspunkte zwischen den Interessen der Bauern und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vorhanden sind, ist sicher. Dies gilt besonders in Bezug auf die Gegnerschaft gegen den Militarismus und die daraus resultirende Steuerlast. Für den Bauern, für den die Privilegien, die der Bourgeoisie durch die Institute des einjährig-freiwilligen Dienstes und des Reserve-Offizierthums eingeräumt sind, nicht wirksam werden, hat der Militärdienst fast nur Schatten-, aber keine

---

Westfalen 14 000, Hessen-Nassau 15 000, Rheinprovinz 12 000 und die 12 Wahlkreise, die dem neuen Agitationskomitee in Oberschlesien unterstellt waren 20 000 Stimmen. In Bayern wuchsen unsere Stimmen um 12 000, in Sachsen um 28 000, in Württemberg um 20 000, in den beiden Mecklenburg um 14 500, in Hessen-Darmstadt um 12 000, in Baden um 13 000, in Oldenburg um 1500, in den drei freien Städten um 18 000, in den Reichslanden um 4000 und in den thüringischen Staaten und Anhalt um mehr als 20 000. Ein kleines Minus weist die Stimmabgabe für unsere Partei nur im Großherzogthum Braunschweig auf.

Lichtseiten. Selbst der Vortheil, der den pommerschen und ost- und westpreußischen Rekruten aus der Berührung mit einer höheren Kultur erwächst, die er vorfindet, wenn er aus den Lehmhütten seiner Heimath nach den Kasernen der großen Städte versetzt wird, trifft für den süddeutschen Bauernrekruten in dem gleichen Maße nicht zu. Die viel ältere Kultur im Süden hat einen Ausgleich zwischen Stadt und Land im Gefolge gehabt, mit dem die Zustände in den östlichen Provinzen Preußens keinen Vergleich aushalten.

Von den Militär- und Steuerlasten aber abgesehen verfolgt der Bauernhofsbesitzer fast durchweg Interessen, die auf einer Marschroute liegen, die weitab von der unseren geht. Das in unseren Reihen vielfach verlangte Agrarprogramm würde zur Gewinnung dieser Bauern nur dann dienen, wenn wir ihnen auf allgemeine Kosten Vortheile einräumten, die wir ohne Verstoß gegen unsere Parteigrundsätze nie gewähren können.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß in den Provinzen, wo man den Großgrundbesitz nicht oder doch nur in geringem Umfange kennt, für unsere Partei keine Möglichkeit gegeben sei, Anhänger zu gewinnen. Es giebt auch unter den Bauern genau so wie unter den Handwerkern Einzelne, die sich den Blick durch ihre engeren Standesinteressen nicht trüben lassen und die wohl begreifen, daß der altväterliche Betrieb, der heute nur in Begleitung mühseligster eigener Ueberanstrengung und halber Versklavung der Lohnarbeiter sich über Wasser halten läßt, neben den modernen Betriebsformen, die mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit arbeiten, auf die Dauer doch nicht bestehen kann. Diese Einsichtigen, die sehr wohl begreifen, daß ihre bäuerliche Selbstherrlichkeit in nichts weiter besteht als in Frohndiensten für den Hypothekenbesitzer und im Bezahlen von Steuern und Abgaben an den Staat, den Kreis und die Gemeinde, sie marschiren heute schon vielfach in unseren Reihen. Diese schrecken auch vor der Forderung der Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum nicht zurück. Sie wissen und fühlen es am eigenen Leibe, daß ihr Eigenthum meist nur die Fessel ist, mit der der Kapitalismus sie in seine Dienste spannt.

Vor Allem aber werden wir auch in den Provinzen mit bäuerlicher Bevölkerung und ohne Großgüter und Gutsbezirke unser Hauptaugenmerk auf die Arbeiter und auf die Wahrnehmung ihrer Interessen richten müssen. Das sind unsere natürlichen Anhänger und sie werden um so leichter zugänglich sein, als deren Interessen und Bedürfnisse bisher von keiner anderen Partei berücksichtigt worden oder in Zukunft berücksichtigt werden können. Ueber die Lohn-, Arbeits- und besonders Wohnverhältnisse der Arbeiter auf den Gütern des Großgrundbesitzes haben wir mehrfach authentische Mittheilungen, die uns häufig ein erschreckendes Bild über die dortigen Zustände geben. Derartige Untersuchungen über die Lage des bäuerlichen Gesindes fehlen fast vollständig und doch unterliegt es für den Kenner nicht dem geringsten Zweifel, daß in manchen bäuerlichen Gegenden das Gesinde unter Verhältnissen lebt und besonders wohnt, die den schlimmsten Zuständen auf den ostelbischen Gütern in Nichts nachstehen. Wenn diese Zustände bisher weniger in die Erscheinung traten, so wohl nur aus dem Grunde, daß der Bauer häufig fast eben so schlecht lebt und wohnt wie das Gesinde, also der Kontrast fehlt, den das Herrenhaus der Junker und die Lehmhütte der Arbeiter bietet. Hinaus aufs Land wird also nach wie vor unsere Parole bleiben, wir können aber auch dort unsere Erfolge nicht als Bauern-, sondern nur als Arbeiterpartei erzielen.

Das starke Anwachsen unserer Partei bei den letzten Wahlen scheint für die Gegner ein neuer Ansporn zu sein, von ihren Kampfesmitteln noch mehr als bisher Gebrauch zu machen. Hunderte von Arbeitern wurden nach der Wahl aus ihren Arbeitsstellen entlassen, blos weil man sie im Verdacht hatte, daß sie am Wahltag für einen Sozialdemokraten gestimmt haben, oder weil

sie einen Stimmzettel oder ein Flugblatt für einen Arbeiterkandidaten weiter gegeben haben. Besonders auf den fiskalischen Gruben und Bergwerken und den Staatswerkstätten wurde die Gesinnungsriecherei dieses Mal in schlimmster Weise getrieben und damit Unglück und Noth in zahlreiche Familien getragen. In besonders brutaler Weise wurden diese Maßregelungen der Arbeiter, ihrer politischen Ueberzeugungen wegen, in den oberschlesischen Industriebezirken durchgeführt. Daß als Nachwehen zu den Wahlen auch eine Anzahl Prozesse gegen unsere Redner und Preßorgane anhängig gemacht sind, versteht sich bei unseren politischen Verhältnissen und der Neigung in den maßgebenden Kreisen, sich zwar selbst in der rücksichtslosesten Kritik der Opposition nicht den geringsten Zwang aufzulegen, dafür aber jedes unvorsichtige Wort des politischen Gegners mit Polizei und Staatsanwalt zu verfolgen, von selbst.

Eine Fluth schmutzigster Angriffe und aus den Fingern gesogener persönlicher Verleumdungen ergoß sich aus dem bekannten Hülleschen Flugschriften-Verlag über unsere Partei und ihren bekannteren Führern, und keine der politischen Parteien verschmähte es, sich des aus dieser trüben Quelle fließenden Unrathes im Kampfe gegen uns zu bedienen.

Als Folge der Wahlbewegung und als Zeugniß für den Aerger, den unser Wachsthum an gewissen Stellen bereitet hat, verdient auch die jetzt im großen Maßstabe betriebene Reinigung der Kriegervereine von oppositionellen Elementen und speziell von Sozialdemokraten bezeichnet zu werden. Generäle, die aus uns unbekannten Gründen in der Linie nicht mehr Verwendung finden, und die ihre dadurch gewonnenen Mußestunden den Kriegervereinen als Leiter widmen, haben sich nach den Wahlen in Reden und Aufrufen mit dröhnendem Pathos an ihre „Kameraden" gewandt und dieselben aufgefordert, die räudigen Schafe aus ihren Vereinen auszuschließen. Das geschieht denn jetzt auch auf der ganzen Linie und zwar mit einem Eifer, daß nicht nur die sozialdemokratischer Gesinnung verdächtigen Mitglieder, sondern auch Welfen, Freisinnige, ja sogar auch Antisemiten dieser Ketzerriecherei bereits zum Opfer gefallen sind. An sich eine lächerlich-kleinliche Maßregel, erhält sie ihre charakteristische Bedeutung dadurch, daß der Ausgeschlossene nichts von seinen geleisteten Beiträgen zurückerhält, aber alle erworbenen Rechte verliert. Je mehr Opfer also die Gesinnungsriecherei aufstöbert, desto profitabler gestaltet sich die Mitgliedschaft für den verbleibenden Rest. Patriotismus und Geschäft gehen also auch hier treulich Hand in Hand.

Leider haben uns die diesmaligen Reichstagswahlen einen Vorgang gebracht, wie er seit der Vereinigung der beiden Parteigruppen im Jahre 1875 nicht mehr dagewesen ist und sich hoffentlich auch in Zukunft nicht mehr wiederholen wird. Der leidige Zwist unter den Genossen im Wahlkreise Solingen, der schon so viele Parteitage beschäftigt hat und den man nach den Beschlüssen des vorjährigen Parteitags und nach den Erklärungen der beiden Parteien, die bei dieser Gelegenheit abgegeben wurden, in der Partei als endgiltig beigelegt betrachtet hat, er brach angesichts der bevorstehenden Neuwahlen mit erneuter Heftigkeit aus. Obwohl seitens der Parteileitung Alles geschah, um den Hamburger Beschluß durchzuführen und Georg Schumacher, unter der Zusicherung, daß er die vom Partei-Vorstand in Vorschlag gebrachten Arrangements der Solinger Blatt- und Druckereiverhältnisse als Ausführung der Hamburger Beschlüsse anerkannte, es erreichte, daß mehrere Tausend Mark Parteigelder zur Verfügung gestellt wurden, um Verpflichtungen aus der Schumacher'schen Blattgründung zu decken, für welche Schumacher neben einigen seiner Freunde die Bürgschaft übernommen hatte, brach er doch nach dem Empfange des Geldes sein in Hamburg und dem Parteivorstand gegenüber verpfändetes Wort. Unter lächerlichen Vorwänden behauptete er später, die

in Hamburg gemachten Zusagen seien vom Vorstand nicht erfüllt und deshalb sei auch er an sein gegebenes Wort nicht mehr gebunden. Er ließ sich von seinen Freunden wieder als Kandidat aufstellen und die Folge war, daß im Kreise zwei sozialdemokratische Kandidaturen sich gegenüber standen. Von Seiten des Partei-Vorstandes wurde nichts versäumt, um die Parteigenossen und Arbeiter des Kreises über den wirklichen Sachverhalt und den eigentlich Schuldigen aufzuklären. Der Erfolg blieb auch insofern nicht aus, als von den fünf in dem Kreise aufgestellten Kandidaten Schumacher erst an dritter Stelle rangirte, während unser Parteikandidat mit einem Liberalen in die Stichwahl kam. Bei dieser zeigte es sich nun erst eklatant, wie vollständig entfremdet Schumacher der Partei bereits war. Statt, wie von seinen alten Parteibekannten als selbstverständlich betrachtet wurde, nunmehr seine Anhänger aufzufordern, wie ein Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den Liberalen einzutreten, stellte er Bedingungen für seine Entscheidung bei der Stichwahl, die einfach für jeden Ehrenmann unannehmbar waren und denen man es auf den ersten Blick ansah, daß sie nur gestellt waren, um eine Verständigung unmöglich zu machen. Unsere Genossen im Kreise gaben die einzige, einem solchen Verhalten gegenüber gebührende Antwort, sie straften den abtrünnigen Verräther mit Verachtung, nahmen aber den Stichwahlkampf mit verdoppelter Energie auf. Schumacher aber und das Gros seiner Anhänger schwenkte zu den Liberalen ab und verhalf diesen auch zum Siege.

So ist der Partei ein alter und sicherer Wahlkreis verloren gegangen durch das verrätherische Gebahren eines Mannes, der sich seit 30 Jahren zu ihr zählte und sie 14 Jahre als Abgeordneter im Reichstag vertrat.

Die Genossen im Solinger Kreise haben Schumacher und fünf Genossen aus der Partei ausgeschlossen.

* * *

Neben den allgemeinen Reichstagswahlen hatte unsere Partei noch einige Wahlkämpfe zum Reichstag durchzufechten, wobei es sich um Ersatzwahlen handelte. Wenige Tage nach Schluß des vorjährigen Parteitags überraschte uns die Trauerbotschaft von dem plötzlichen Tode unseres unvergeßlichen Genossen Karl Grillenberger. Ein Herzleiden, das dem äußerlich so robust und kerngesund Scheinenden die letzten Jahre seines Lebens schon viel zu schaffen gemacht hatte, raffte ihn mitten aus seiner Thätigkeit für die Arbeiterschaft und für unsere Partei dahin. Die Partei hat durch seinen Tod einen tiefschmerzlichen Verlust erlitten.

Den Nürnberger Genossen fiel, nachdem sie das Andenken ihres bisherigen Vertreters im Reichstag und Landtag in würdiger und großartiger Weise gefeiert hatten, die Aufgabe zu, für Ersatz zu sorgen. Dabei waren besonders für die Landtagswahlen große Schwierigkeiten zu überwinden. Nach bayerischem Landtagswahlrecht bleiben die Wahlmänner während der ganzen Dauer der Legislaturperiode im Amt. Eine große Anzahl unserer Wahlmänner war aber seit der letzten Landtagswahl verzogen, viele von ihnen sogar genöthigt gewesen, um ihrer Brodstellen willen, nach Auswärts zu ziehen. Diese Genossen am Wahltage zur Stelle zu bringen, hat unendliche Mühen und auch erhebliche Kosten verursacht. Diese und viele andere Schwierigkeiten wurden aber überwunden und bei der Neuwahl der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Segitz, glänzend gewählt. Dasselbe war der Fall bei der kurz darauf folgenden Ersatzwahl zum Reichstag, bei der die Zahl der Stimmen für unsere Partei von über 18 000 auf über 20 000 stieg.

Sonst betheiligte sich unsere Partei im letzten Jahre an den Reichstagsersatzwahlen in der Westpriegnitz, wo durch Hilfe unserer Wähler bei der

Nachwahl der Freisinn den Konservativen den Kreis abnahm, im IX. schleswig-holsteinischen Wahlkreis und in Homburg-Kusel (Rheinpfalz) und dem fünften oberpfälzischen Wahlkreis.

Die Landtagswahlen im letzten Berichtsjahr haben insofern einen schlechten Anfang genommen, als der von den sächsischen Reaktionären durchgeführte Gewaltstreich — Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts und Ersatz desselben durch eine Nachäffung des preußischen Dreiklassenwahl-System — den gewünschten Erfolg gehabt hat. Von den sämmtlichen Abgeordneten unserer Partei, deren Mandate abgelaufen waren, ist keiner wiedergewählt worden. Nur in einem einzigen Wahlkreise — es fehlten uns hier nur wenige Stimmen an der Majorität, da unsere Genossen mehrfach in der zweiten Klasse und in ein paar Bezirken sogar in der ersten Klasse gesiegt hatten — wäre die Möglichkeit der Wahl unseres Abgeordneten gegeben gewesen, wenn unsere Genossen sich hätten entschließen können, mit den Antisemiten ein Kompromiß einzugehen. Letzteres geschah selbstverständlich nicht und so schieden sämmtliche zur Wahl stehende Abgeordnete aus dem Landtage aus. Ob gerade der letztere Vorgang, der zeigt, daß bei der Stärke unserer Partei in Sachsen es keineswegs ausgeschlossen ist, daß unsere Genossen den einen oder anderen Kreis selbst unterm Dreiklassenwahl-System zu erobern vermögen, nicht Anlaß sein soll, die Genossen jener Bezirke, welche sich bei der letzten Wahl von derselben fern hielten, obwohl gerade in ihren Bezirken unsere Partei selbst für sächsische Verhältnisse ungewöhnlich stark vertreten ist, sich in Zukunft doch an der Wahl zu betheiligen, das wird eine Frage sein, die auf den sächsischen Parteitagen wohl noch wiederholt zur Erörterung kommen wird. Daß agitatorisch die Landtagswahlen von unseren Genossen in nachhaltigster Weise und mit bestem Erfolge ausgenützt wurden, dürfte beweisen, daß, selbst wenn direkte Erfolge noch nicht erzielt werden können, die Betheiligung doch eine große praktische Bedeutung für unsere Bewegung hat.

In anderen deutschen Staaten hat unser Eingreifen bei den Landtagswahlen direkte Erfolge für unsere Partei gehabt. Es sind unsere alten Abgeordneten, wo ihre Mandate abgelaufen waren, wieder gewählt und neue Mandate dazu erobert worden in Baden, Meiningen, Weimar und Altenburg. In Württemberg hatte unsere Partei bei Landtagsersatzwahlen einen erheblichen Stimmenzuwachs aufzuweisen. Der Versuch unserer Hamburger Genossen, Sitze in der dortigen Bürgerschaft zu erobern, ist auch im letzten Jahre gemacht worden, leider aber ohne Erfolg. Die Betheiligung unserer Genossen an den Gemeindewahlen wächst von Jahr zu Jahr und zählen die Gemeinden, in deren Vertretung auch Sozialdemokraten sitzen, nach Hunderten. Im letzten Jahre haben sich, um nur einige größere Orte zu nennen, unsere Genossen mit Erfolg an den Gemeindewahlen betheiligt in: Arnstadt, Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Bremerhafen, Chemnitz, Crimmitzschau, Elmshorn, Gera, Geesthacht, Luckenwalde, Rixdorf, Spandau, Stuttgart u. a. O.

Dieselben Erfolge, wie in früheren Jahren, haben die organisirten Arbeiter auch im letzten Jahre wieder bei den Gewerbegerichtswahlen erzielt. Obwohl sie sich häufig einer sehr gemischten Gesellschaft von katholischen Arbeiter- und protestantischen Jünglingsvereinen, Christlich-Sozialen und Hirsch-Dunckerianer gegenüber sehen, bleibt doch der Sieg fast immer den Anhängern der Organisationen treu, die auf dem Boden der klassenbewußten Arbeiterschaft stehen. Diese fortschreitenden Siege unserer Gesinnungsgenossen haben auch im letzten Jahre wieder vielfach den Anlaß dazu geben müssen, das Institut der Gewerbegerichte in der gehässigsten Weise anzugreifen und auf deren „Reform", d. h. die Beseitigung der direkten Wahl der Beisitzer durch ihre Berufsgenossen, zu dringen. Aber gerade aus den Reihen der unparteiischen Gerichtsvorsitzenden selbst sind den Beisitzern und speziell auch

den Arbeiterbeisitzern Vertheidiger entstanden, die konstatiren, daß dieselben mit verschwindenden Ausnahmen ihr Amt in würdiger und gerechter Weise ausüben und, wie es ihre Pflicht ist, den Parteimann hinter den Richter zurücktreten lassen.

• • •

Die erste **Mai-Demonstration** ist in diesem Jahre, vom prachtvollsten Wetter begünstigt, großartig verlaufen. Die Versammlungen und Feste waren überall überfüllt und die Genossen benutzten die Massenansammlungen dazu, den Anwesenden neben der Bedeutung der Maifeier besonders auch die bevorstehenden Reichstagswahlen ins Gedächtniß zu rufen. Da dieses Mal der 1. Mai auf einen Sonntag fiel, so ist von den sonst üblichen Maßregelungen von Seiten der Unternehmer aus Anlaß der Maifeier und der damit verbundenen Arbeitsruhe dieses Mal nichts zu berichten. Dagegen hat es an polizeilichen Scheerereien auch heuer nicht gefehlt und besonders in einigen Bezirken Sachsens hat es Strafmandate geregnet, weil als Sozialdemokraten bekannte Arbeiter sich erlaubt hatten, am Sonntag, 1. Mai, mit ihren Familien und Freunden irgend ein Vergnügungslokal aufzusuchen. Mehrere Amtshauptmannschaften hatten nämlich für den 1. Mai „Massenspaziergänge" verboten. Da aber unsere Genossen nicht nach den Treffpunkten fliegen können, so erfolgten die Strafmandate.

• • •

Der **internationale Arbeiterkongreß** sollte nach einem Beschlusse des Londoner Kongresses im Jahre 1899 in Deutschland stattfinden. Obwohl von Anfang an Zweifel daran laut wurden, ob es möglich sei, in Deutschland einen solchen Kongreß abzuhalten, wurden von Seiten des Vorstandes alle nothwendigen Schritte gethan. Die Genossen mehrerer großer Parteiorte bewarben sich um die Ehre, die fremdländischen Delegirten der internationalen Bruderparteien in ihrem Orte begrüßen zu dürfen, und es durfte als sicher angenommen werden, daß der Kongreß, soweit dies von unserer Partei abhängig gewesen wäre, sich seinen Vorgängern würdig an die Seite gestellt hätte. Immer aber mußten wir uns wieder die Frage vorlegen, ob der Kongreß auch ungestört von Seiten der Behörden bleiben werde? Daß man denselben von vorneherein verbieten werde, war weniger zu befürchten, als wie, daß man gegen einzelne Delegirte vorgehen und sie, wie dies auf dem internationalen Bergarbeiter-Kongreß in Berlin mit einem belgischen und auf dem Breslauer Parteitag mit einem österreichischen Delegirten geschah, ausweisen und möglicherweise gar den einzelnen Regierungen (Rußland 2c.) ausliefern werde. Diese Befürchtung wurde von fast allen Genossen, deren Meinung der Vorstand einholte, getheilt. Der Vorstand glaubte die Verantwortung, unter solchen Verhältnissen, unsere Bruderparteien nach Deutschland einzuladen, nicht übernehmen zu können. Darum mußten wir den Gedanken aufgeben, den nächsten Kongreß im Jahre 1899 in Deutschland abzuhalten. Wir sehen uns deshalb gezwungen, unseren französischen Brüdern die Ehre zu überlassen, denen wir nach Kräften bei den Vorbereitungen für den nun in Paris abzuhaltenden Kongreß helfen werden.

• • •

Die **Parteipresse** hat im Laufe des letzten Jahres, soweit die Zahl der Blätter in Betracht kommt, eine Veränderung nicht erfahren. Inhaltlich und dem Umfange nach haben aber bei einer Reihe Blätter Aenderungen stattgefunden, die denselben sehr zum Vortheile gereichen. Ueberhaupt haben

die Genossen den früher gegebenen Rath, ihre Aufmerksamkeit mehr der Ausgestaltung und Verbesserung der bestehenden Blätter, wie der Neugründung von solchen zuzuwenden, befolgt. Mit der größeren Aufmerksamkeit, die dem Inhalt zugewendet wurde, und der reicheren Ausgestaltung der Blätter, hat vielfach eine ganz bedeutende Steigerung des Abonnements stattgefunden, wozu die rege Agitationsthätigkeit während des Wahlkampfes natürlich auch ihr gut Theil beitrug.

Es erscheinen zur Zeit politische Blätter:

wöchentlich	6	Mal	37
"	3	"	16
"	2	"	8
"	1	"	6
monatlich	1	"	1
			68

Außer diesen regelmäßig erscheinenden politischen Zeitungen werden von Agitationskomitees und Landesausschüssen verschiedener Provinzen in unregelmäßigen Zwischenräumen Agitationsblätter herausgegeben, die ihren bestimmten Namen tragen und mit fortlaufenden Nummern versehen sind. Diese werden gratis vertheilt und die Herstellungskosten aus den Kreis- oder Provinzkassen gedeckt.

Die wissenschaftliche Revue „Neue Zeit“, sowie die beiden Witzblätter „Der wahre Jakob“ und der „Süddeutsche Postillion“, sowie die illustrirten Unterhaltungsblätter „Neue Welt“ und „In Freien Stunden“ erscheinen in bisheriger Weise. Mit dem Steigen der Auflage der „Neuen Welt“, die als Sonntagsbeilage zu den meisten Parteiblättern beigegeben wird, ist auch das Defizit für dieselbe wieder gestiegen, so daß ernsthafte Maßnahmen zu dessen Beseitigung in Aussicht genommen werden müssen. Der im Parteiverlag erscheinende „Neue Welt-Kalender“ ist auch in diesem Jahre in steigender Auflage abgesetzt worden, ebenso der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene „Arbeiter-Notiz-Kalender“.

In Hunderttausenden von Exemplaren wurden die Maifest- und die Märzjubiläums-Nummer abgesetzt und zwar dieses Mal ohne die sonst üblichen polizeilichen Scheerereien.

Entsprechend der immer mehr wachsenden gewerkschaftlichen Bewegung hat sich auch die Presse dieser Organisationen im letzten Jahre entwickelt. Zwar sind neue Blätter nur vereinzelt und nur für kleinere Gewerkschaften ins Leben gerufen worden, aber die bestehenden älteren Gewerkschaftsblätter haben sich, was Inhalt und Auflage betrifft, mächtig entwickelt und gestalten sich in dem Emanzipationskampfe der deutschen Arbeiterklasse zu einer immer wirksameren Waffe.

* * *

Im **Zentralorgan** haben im verflossenen Jahre keine Aenderungen in der Zusammensetzung der Redaktion stattgefunden. Die Anfangs 1897 vorgenommenen Erweiterungen des Blattes durch die Unterhaltungsbeilage und die volkswirthschaftliche und literarische Rundschau haben sich zur Zufriedenheit der Parteigenossen eingelebt.

Preßkommission, Parteileitung und Redaktion haben den zum Ausdruck gebrachten Klagen, Wünschen und Anregungen nach Kräften Rechnung zu tragen gesucht. Auch in diesem Jahre gingen fast sämmtlichen Parteiblättern die Fahnenabzüge des „Vorwärts“ am Abend vor dem Erscheinungstage zu. Die Parteipresse nutzt dieses Hilfsmittel erfreulicherweise gut aus.

Eine erhebliche Steigerung der Ausgaben stellte sich beim Feuilleton heraus, dieselbe findet ihre Erklärung in dem Umstande, daß bei der vorjährigen Rechnungslegung blos zwei, diesmal aber vier Quartale der Unterhaltungs-

beilage in Rechnung stehen. Das Steigen des Postens Berichterstatterhonorare erklärt sich aus der durch die Wahlbewegung bedingten Steigerung der Zahl der Versammlungen, über die zu berichten war.

Trotz der Steigerung der Auflage um ca. 4000 Exemplare ist in Folge der verbesserten maschinellen Einrichtung die Druckrechnung nicht gestiegen.

Die Einnahmen aus dem Abonnement sind um 8927 Mk. 75 Pf. gestiegen. Bei den übrigen Einnahmeposten sind erhebliche Schwankungen nicht zu verzeichnen. Der Gesammtgewinn beträgt 53347 Mk. 75 Pf., er übersteigt den des vorangegangenen Geschäftsjahres um 5137 Mk. 75 Pf. Die Auflage des „Vorwärts“ hat sich auch nach den Wahlen auf über 52000 Exemplare gehalten.

Die genaue Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

1897/1898.

	Juli-September 1897		Oktober-Dezember 1897		Januar-März 1898		April-Juni 1898		Summe	
A. Eingänge:										
Abonnementsgelder durch die Expedition	97450	45	98353	35	100146	65	103044	75	398995	20
Abonnementsgelder durch die Post	7640	20	8372	15	8827	10	9361	40	34200	85
Inseraten-Einnahme . . .	25838	85	40987	80	32637	65	38968	40	138432	70
Gewinn aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition			1139	80					1139	80
Gesammt-Einnahme Mk.	130929	50	148853	10	141611	40	151374	55	572768	55
B. Ausgänge:										
Diverse Unkosten (Porto f. Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare, Agitation 2c. 2c.)	5162	20	7198	45	5057	30	4367	45	21785	40
Zeitungs-Abonnement . .	592	25	479	40	592	15	502	90	2166	70
Berichterstatter-Honorar . .	6736	90	10327	75	8030	95	8624	65	33720	25
Feuilleton	1810	30	1856	15	1683	90	3105	45	8455	80
Redaktion u. angestellte Mitarbeiter	13878	75	14117	55	14227	—	14233	35	56456	65
Depeschen und Parlamentsberichte	609	80	1190	30	1185	30	1403	85	4389	25
Neue Welt	6922	60	7012	50	7096	40	7359	30	28390	80
Gehälter der Expedition . .	2565	—	2625	—	2590	—	3005	—	10785	—
Miethe	1215	—	1247	50	1247	50	1247	50	4957	50
Gerichtskosten und Strafen .	80	90	232	--	155	45	941	85	1360	20
Redaktionsbibliothek . . .	714	75	46	20	26	65	513	90	1301	50
Druckrechnung	78667	70	91247	85	87669	85	88066	35	345651	75
Gesammt-Ausgabe Mk.	118906	15	137580	65	129562	45	133371	55	519420	80
Gewinn . . . . „	12023	35	11272	45	12048	95	18003	—	53347	75
wie oben unter A Mk.	130929	50	148853	10	141611	40	151374	55	572768	55

Der Gesammtüberschuß beträgt Mk. 53 347,75.

Berlin, den 16. September 1898.

Revidirt und für richtig befunden:

H. Meister. C. Oertel. H. Koenen. Clara Zetkin. Aug. Kaden.
Theodor Metzner. Erdm. Dubber.

Der Bericht der **Buchhandlung Vorwärts** über das Geschäftsjahr 1897/98 — von dem wir auch diesmal wie im Vorjahre Kenntniß erhielten — giebt von dem Stand des Geschäftes ein erfreuliches Bild. Der Geschäftsumsatz hat den aller früheren Jahre überholt und übertraf den des Vorjahres um 50 000 Mk. Diese Erscheinung ist gewiß zu einem Theile dem Umstande zuzuschreiben, daß in die Schlußperiode des Geschäftsjahres die Neuwahlen fielen, die naturgemäß das politische Leben mehr erregten und das Bedürfniß nach sozialpolitischer Literatur erhöhten, auf der anderen Seite erklärt sie sich daraus, daß mit Schaffung des Lieferungswerkes „In Freien Stunden" der Kundenkreis mit regelmäßiger Bezugsweise sich erweiterte. Dieses im Vorjahre ins Leben gerufene Lieferungswerk wurde vom 1. Januar 1898 ab inhaltlich um die Hälfte erweitert, ohne daß in der Ausstattung etwas verringert worden wäre oder eine Preiserhöhung stattgefunden hätte. Auch dem auf dem letzten Parteitag ausgesprochenen Wunsch, den Parteikolporteuren einen höheren Prozentsatz am Verdienst zukommen zu lassen, wurde seitens der Buchhandlung Vorwärts entsprochen und für die Einführung dieser Romanbibliothek durch Beilegung ausführlicher Prospekte in der gesammten Partei- und Gewerkschaftspresse eine erhöhte Propaganda entfaltet, trotzdem aber — wir brauchen daraus keinen Hehl zu machen — sind die von der Buchhandlung Vorwärts gehegten Erwartungen auf eine dieser Agitation und der Erweiterung des Inhalts entsprechende Erhöhung des Absatzes nicht in gewünschtem Maße in Erfüllung gegangen. Wir bedauern das umsomehr, als auf allen Parteitagen, in der Presse wie in Versammlungen, seit Jahren der Ruf nach solcher Literatur ertönte. Die in der Partei bisher von verschiedenen Seiten unternommenen Versuche, diesen Wünschen zu entsprechen, haben aber bisher sämmtlich die Unterstützung der Genossen nur in ungenügendem Maße gefunden. Gewiß sind durch die Vermehrung und die bessere Ausgestaltung der Parteipresse, namentlich auch auf feuilletonistischem Gebiete, zahlreiche Wünsche befriedigt worden; andererseits liefern aber gerade die Arbeiterfrauen und die Arbeiterjugend die Hauptrekrutirungsgebiete für die volksvergiftende mordspatriotische und muckerische Familienblätter-Literatur, und müßten die Genossen bei ihrer Agitation gerade hierauf ihr Augenmerk richten.

Der sozialpolitischen Propaganda hat die Buchhandlung Vorwärts auch im abgelaufenen Geschäftsjahre durch Herausgabe zahlreicher neuer Agitationsschriften nach Kräften zu dienen versucht. Die „März-Zeitung" wurde in 150 000 Exemplaren abgesetzt, Liebknecht's „Zum Jubeljahr der März-Revolution 1848" in 30 000 Exemplaren, die „Mai-Zeitung" in 292 000 Exemplaren, und Thurow's „Erfolge der Achtstunden-Agitation" in 10 000 Exemplaren. Die für die Arbeiterklasse wichtigsten Reichstagsverhandlungen wurden in Zehntausenden von Abdrücken in die Massen geworfen, um über die arbeiterfeindliche Schwenkung des neuesten Kurses auf dem Gebiete der Arbeiterschutzpolitik keinen Zweifel zu lassen: zum Beispiel „Klassenpolitik und Sozialreform" fand 119 000, „Graf Posadowsky und die Koalitionsfreiheit" 50 000, „Herrenhausjunker" 6000 Abnehmer, das „Protokoll des Hamburger Parteitages" erzielte eine Auflage von 28 800 Exemplaren, Hirsch: „Prostitution und Verbrechen" eine solche von 2800 Exemplaren. Vom „Arbeiter-Notiz-Kalender", der aus dem Verlage von Wörlein & Co. übernommen wurde, war die 20 000 starke Auflage schon zu Neujahr vergriffen, Calwer's Wahlbroschüre: „Wen wähle ich?" endlich wurde in 448 000 Exemplaren verbreitet und an sonstigen Flugblättern wurden 258 000 Exemplare seitens der Buchhandlung Vorwärts vertrieben. Von dem im Auftrage des Partei-Vorstandes herausgegebenen Handbuch für sozialdemokratische Wähler (5000 Auflage) wurden 3226 Exemplare an die in der Agitation thätigen

Genossen gratis abgegeben. Die Sammlung sozialistischer Theaterstücke wurde um ein neues Heft vermehrt: Preczang, „Töchter der Arbeit“, und das „Handbuch für Versammlungsleiter“ in 5000 Exemplaren abgesetzt.

Neben diesen Neu-Erscheinungen wurden Neuauflagen früher erschienener Parteischriften veranstaltet; Bebel: „Christenthum und Sozialismus“ (10 000), „Wahre Gestalt des Christenthums“ (2000); Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten“ (76 000), Douai: „Wider Gottes und Bibelglauben“ (2000); Keßler: „Ziel der Sozialdemokratie“ (5000); Kautsky-Schönlank: „Grundsätze und Forderungen“ (7000), Marx-Engels: „Kommunistisches Manifest“ (3000).

Im Ganzen wurden also seitens der Buchhandlung Vorwärts allein anderthalb Millionen sozialistische Agitationsschriften eigenen Verlags in die Massen geworfen, und fügen wir noch hinzu, daß auch in diesem Jahre aus ihrem Reingewinn der Parteikasse 19 000 Mk. für Parteizwecke zur Verfügung gestellt wurden, so können wir auch nach dieser Seite das Jahresergebniß befriedigend nennen.

* * *

Kassenbericht. Einnahmen wie Ausgaben weisen gegen den vorjährigen Bericht eine Steigerung auf. Während der letztere in Einnahme und Ausgabe mit 291 839,78 Mk. abschloß, zeigt der diesjährige eine Einnahme von 315 866,91 Mk., der eine Ausgabe von 343 105,60 Mk. gegenübersteht. Der ungünstigste Monat war der November mit nur 7807,19 Mk., die besten Monate waren März und Juli mit 42 574,52 Mk. bezw. 42 420,85 Mk. an allgemeinen Einnahmen.

War schon in den Vorjahren in vielen Parteiorten die Neigung vorhanden, möglichst hohe Beträge in den örtlichen Kassen anzusammeln, so wurde dies Bestreben mit dem Herannahen der Reichstagswahl natürlich noch stärker. Es hätte deshalb eigentlich auch erwartet werden können, daß die Zentralkasse bei der Reichstagswahl weniger als früher in Anspruch genommen werden würde. Das Gegentheil war aber der Fall. Während bei der letzten Wahl im Jahre 1893 die von der Zentralkasse geleisteten Zuschüsse 133 136,48 Mk. betrugen, belaufen sich die Ausgaben der Zentralkasse für Wahlagitation im Berichtsjahr auf 213 217,70 Mk. Von dieser Summe sind bis zum Abschluß der Rechnung 4000 Mk. wieder in die Hauptkasse zurückgeflossen, während die Rückzahlung von weiteren kleineren Beträgen in Aussicht gestellt ist. Andererseits kommen aber auch erfahrungsgemäß noch nach Monaten Nachforderungen von einzelnen Orten, die Defizits gemacht haben, so daß sich Rückzahlungen und Nachbewilligungen die Wage zu halten pflegen. Die letzte Reichstagswahl hat demnach die Zentralkasse mit zirka 80 000 Mk. mehr belastet als die Reichstagswahl im Jahr 1893. Da diese Anforderungen aus den laufenden Einnahmen des Jahres nicht bestritten werden konnten, mußte ein größerer Betrag der Reserve entnommen werden.

Bedeutend ist die Differenz zwischen der vorjährigen und der diesjährigen Preßunterstützung. Daß im Berichtsjahr 73 078,67 Mk. weniger für Preßunterstützung verausgabt wurden als im Vorjahre, ist auf zwei Umstände zurückzuführen. Einmal hat sich die geschäftliche Lage verschiedener bisher unterstützungsbedürftiger Parteiblätter soweit gebessert, daß sie entweder mit einem geringeren Zuschusse auskommen oder ganz aus der Reihe der subventionirten Blätter ausscheiden. Die von der Parteileitung auf Grund langjähriger Erfahrung ertheilten Rathschläge sind, wenn auch nicht überall, so doch vielfach beherzigt worden. Zweitens aber fehlt in der diesjährigen Aufstellung der für die „Neue Welt“ zu leistende Zuschuß, der erst in der nächsten Jahresrechnung zum Vorschein kommen und zwischen 20 000 und 25 000 Mk. betragen wird.

Im Einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. September 1897 bis 31. August 1898.

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:									
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Vermischte Einnahmen	
	Mk	Pf.	Mk	Pf.	Mk	Pf	Mk.	Pf.	Mk	Pf.	Mk.	Pf.
1897												
September	12333	41	8000	06	20	—	4313	35	—	—	—	—
Oktober	24597	78	10724	33	1840	—	—	—	12023	35	10	10
November	8527	19	7807	19	720	—	—	—	—	—	—	—
Dezember	36415	41	35465	41	800	—	150	—	—	—	—	—
1898												
Januar	29494	44	8792	87	8300	—	6128	57	11272	45	1	05
Februar	12357	69	11157	69	1200	—	—	—	—	—	—	—
März	42924	52	42574	52	200	—	150	—	—	—	—	—
April	29703	23	13354	28	4300	—	—	—	12048	95	—	—
Mai	12875	75	11245	75	1530	—	100	—	—	—	—	—
Juni	18415	55	18013	45	250	—	150	—	—	—	2	10
Juli	64927	15	42420	85	—	—	4503	30	18003	—	—	—
August	23294	79	22294	79	1000	—	—	—	—	—	—	—
	315866	91	231850	69	15160	—	15495	22[1])	53347	75	13	25

315 866,91 Mk.

	315 866,91 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. August 1897	7 086,18 „
Der Reserve entnommen	25 907,93 „
	348 861,02 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Ausgaben entfielen auf:																	
			Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf	Mk.	Pf.
1897																				
September	7216	73	495	—	159	—	3267	70	—	—	—	—	1421	63	1000	—	700	—	173	40
Oktober	17514	79	802	80	749	7	7389	75	—	—	—	—	2302	5	1000	—	5170	—	101	62
November . . .	13555	97	493	—	999	21	3186	30	1000	—	—	—	1280	96	2225	—	4220	—	151	50
Dezember . . .	17631	98	490	—	680	98	4108	90	500	—	3000	—	1232	10	7000	—	620	—	—	—
1898																				
Januar	10131	85	415	—	200	—	2591	70	—	—	2500	—	1184	65	3000	—	220	—	20	—
Februar	12439	15	788	65	—	—	1450	50	—	—	3600	—	180	—	3000	—	3220	—	250	—
März	12806	75	523	—	90	—	3742	20	—	—	4500	—	1956	55	200	—	1760	—	35	—
April	16153	81	1742	55	709	55	3727	90	7650	—	1000	—	1173	81	—	—	—	—	150	—
Mai	107779	54	1669	25	555	40	1976	—	98073	45	2000	—	765	44	2300	—	440	—	—	—
Juni	88759	30	70	—	—	—	2040	—	82696	80	—	—	1517	50	—	—	2420	—	15	—
Juli	22667	85	941	—	499	90	715	—	18794	5	845	—	1360	90	—	—	—	—	12	—
August	16448	38	684	60	876	60	4965	20	4503	40	—	—	937	58	800	—	2885	60	1795	40
	343105	60	9064	35[1])	5019	71	39161	15	213217	70	16945	—[2])	15313	17[3])	20525	—[4])	21155	60	2703	92

343 105,60 Mk.
Kassenbestand am 31. August 1898 5 755,42 Mk.
348 861,02 Mk.

Berlin, den 15. September 1898.

Revidirt und für richtig befunden:

H. Meister. C. Oertel. Theodor Metzner. Erdm. Dubber. H. Koenen. A Kaden. Clara Zetkin.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

[1]) Die diesjährigen Einnahmen aus Zinsen erscheinen aus dem Grunde besonders hoch, weil ein Posten von über 4000 Mk., der eigentlich unter die Einnahmen des Vorjahres gehört hätte, erst in die Rechnung dieses Jahres Aufnahme gefunden hat.

Bemerkungen zu B. Ausgaben:

[1]) Unterstützungen wurden wie üblich nur gezahlt an Parteigenossen oder an Angehörige von Parteigenossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonstwie geschädigt wurden.

[2]) Die Reichstagskosten sind gegen das Vorjahr um 10 584 Mk. niedriger. Das Mitglied der Fraktion, welches die Kassengeschäfte derselben führt, rechnet erst nach Schluß der Session endgiltig mit dem Kassirer ab. Aus diesem Grunde erscheint im Monat Juli für Reichstagskosten noch eine Ausgabe von 345 Mk.

[3]) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miethe für Bureauräume, Porto- und Telegrammgebühren, Druckkosten für Zirkuläre 2c., die Kosten für Kontrolle der Kasse u. s. w.

[4]) Während das Darlehns-Konto in Einnahme und Ausgabe sich in der Regel auszugleichen pflegt, übersteigen in diesem Jahre die Ausgaben die Einnahmen um 5365 Mk. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß eine Reihe von Darlehen gegeben wurden, die naturgemäß erst später und allmälig in die Parteikasse zurückfließen. Es haben erhalten die Parteigenossen im Verbreitungsgebiet des „Volksfreundes" in Offenburg i. B. 2000 Mk. als Betriebskapital für Uebernahme des „Volksfreund"; desgleichen die Parteigenossen in Braunschweig 4000 Mk. als Betriebskapital für den „Braunschweiger Volksfreund"; desgleichen die Parteigenossen in München 5000 Mk., um die eingeführte Vergrößerung der „Münchener Post" aufrecht erhalten zu können. Bisher haben erst die Münchener Genossen 1000 Mk. zurückgezahlt.

C. Ausgaben für die Parteipresse,
im Einzelnen nachgewiesen.

„Braunschweiger Volksfreund"	Mk.	1 500,—[1])
Elf.-lothr. Ausgabe der Mannheimer „Volksstimme"	„	2 540,—[2])
„Fränkische Volkstribüne"	„	1 600,—
„Königsberger Volkstribüne"	„	3 000,—[3])
„Rheinische Zeitung"	„	2 700,—[4])
„Saalfelder Blätter"	„	2 850,—[5])
„Solinger Freie Presse"	„	2 000,—[6])
„Vogtländische Volkszeitung"	„	765,60[7])
„Volksbote", Stettin	„	1 200,—[8])
„Volkswacht", Breslau	„	3 000,—[9])
	Mk.	21 155,60

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

[1]) Was bereits im vorjährigen Protokoll bezüglich des „Braunschweiger Volksfreund" bemerkt wurde, „daß noch weitere Opfer gebracht werden müssen, ehe das Blatt sich deckt und die Folgen des jahrelangen Haders überwunden sind", ist eingetroffen. Außer den bereits an anderer Stelle gedachten 4000 Mk. mußten noch 1500 Mk. direkt gegeben werden.

[2]) Die Ausgaben für die elsaß-lothringensche Ausgabe der Mannheimer „Volksstimme" halten sich auf der im vorjährigen Protokoll festgelegten Linie.

[3]) Die „Königsberger Volkstribüne" mußte weiter unterstützt werden, weil die Königsberger Parteigenossen den Wunsch hegten, ihr Organ auch während der Reichstagswahl dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Für die Zukunft ist die Frage des Erscheinungsmodus der „Königsberger Volkstribüne" noch eine offene.

[4]) Die „Rheinische Zeitung" hat sich wie im Vorjahr, so auch in diesem Jahre in erfreulichster Weise weiter entwickelt. Statt des ihnen zustehenden Zuschusses von 4000 Mk. haben die Kölner Parteigenossen nur 2700 Mk. in Anspruch genommen und dabei zugleich die begründete Hoffnung ausgesprochen, daß die „Rheinische Zeitung" im nächsten Jahr nicht mehr unter den subventionirten Blättern erscheinen wird.

[5]) Auch auf den geschäftlichen Stand der in Saalfeld erscheinenden Parteiblätter hat die Wahlbewegung günstig eingewirkt, so daß für die nächste Zeit eine Verringerung des Zuschusses möglich sein wird.

[6]) Diese Ausgabe wurde infolge des bekannten Beschlusses, den der Hamburger Parteitag in der Solinger Angelegenheit gefaßt hat, nöthig, um den früheren Abgeordneten Schumacher und seine nächsten Freunde von den für die „Solinger Freie Presse" eingegangenen Verpflichtungen zu befreien. Wie von seiten Schumacher und seiner Freunde dieses Entgegenkommen der Gesammtpartei beantwortet wurde, ist bekannt.

[7]) Die Unterstützung der „Vogtl. Volksztg." wurde nur aus dem Grunde nöthig, weil der Herausgeber, Genosse Künzel, seit Monaten schwerkrank darniederliegt, und, um das Weitererscheinen des Blattes zu ermöglichen, von seiten der Partei ein Geschäftsführer gestellt werden mußte.

[8]) Dieser Zuschuß wurde nöthig infolge der Uebernahme des Stettiner „Volksboten" durch die Stettiner Genossen. Voraussichtlich wird das Blatt auch fernerhin noch Hilfe bedürfen.

[9]) Die „Breslauer Volkswacht" ist leider auch im Berichtsjahr infolge der Drangsalirungen, denen sie ausgesetzt ist, nicht ohne Zuschuß ausgekommen.

Tabellariſche Ueberſicht

der ſeit dem Hamburger Parteitage eingegangenen Partei-Beiträge

1. September 1897 bis 31. Auguſt 1898.

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Auguſt
lachen	—	103,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
chim	—	35,00	—	—	11,00	—	—	8,00	—	—	—	—
ltona	9,00	1500,00	13,00	15,00	—	16,30	—	—	5,00	—	—	—
ſchersleben	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
ugsburg	20,00	20,00	—	20,00	20,00	20,00	—	40,00	20,00	—	40,00	20,00
uvelois	—	—	—	—	—	—	—	20,16	—	—	17,60	—
amberg	10	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	—	10,00	5,00	5,00	5,00	5,00
ant, 2. oldenb. Wahlkreis	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
armen	200,00	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—	—	100,00	400,00
armſtedt	—	—	—	—	4,45	—	—	—	—	—	—	—
arth	—	—	—	—	—	—	—	9,25	7,55	6,00	—	—
ayreuth	—	—	—	—	—	—	17,00	—	—	—	—	—
erlin I	50,00	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	—	—	200,00
„ II	500,00	898,58	400,00	—	200,00	250,00	400,00	350,00	—	—	800,00	500,00
„ III	—	—	900,00	320,00	—	350,00	—	—	—	—	3000,00	1000,00
„ IV	1000,00	1500,00	1000,00	1000,00	—	2700,00	2800,00	1000,00	1000,00	2200,00	2000,00	2000,00
„ V	400,00	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—
„ VI	2300,00	700,00	2100,00	1050,00	700,00	1350,00	3950,00	2350,00	3300,00	4500,00	3000,00	2150,00
erlin div.	460,00	520,10	245,45	682,70	324,80	462,09	954,16	852,56	814,55	691,65	6639,75	396,00
ern	—	50,00	50,00	50,00	—	—	—	100,00	50,00	50,00	50,00	50,00
ernburg	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	—
ielefeld	—	—	—	—	—	2,70	—	—	—	100,00	—	—
ochum	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
onn	—	—	21,33	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ramſche	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	18,00
remen	—	—	—	300,00	10,00	—	300,00	—	—	300,00	—	—
reslau	6,05	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—
rieg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
rüſſel	—	—	—	—	—	24,14	—	35,00	—	—	—	—
ünde	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—
ukareſt	—	—	—	—	—	—	—	80,00	—	—	—	—
unzlau	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—
uxtehude	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—
harlottenburg	—	135,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
hemnitz 16. ſächſ. Kreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00
hemnitz div.	—	—	—	—	—	—	21,90	—	—	—	—	—
oburg	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—
öln a. Rh.	—	—	—	—	—	—	80,00	—	—	—	—	—
öpenick	—	—	—	—	—	—	—	15,20	—	—	—	—
ottbus	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	—	—	—	—	—	—
refeld	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
rimmitſchau	—	300,00	—	200,00	—	200,00	—	200,00	—	500,00	—	—
unnersdorf	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
armſtadt	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—	100,00
elmenhorſt	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
öbeln	—	—	—	—	—	35,00	—	—	—	20,00	—	—
ölau	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ortmund	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	10,00	100,00	5,00
resden, 4. ſächſ. Kreis	—	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	Septembr	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Dresden, 5. sächs. Kr.	—	—	500,00	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—
Dresden div. . .	—	—	—	—	—	—	—	—	5,50	—	—	—
Düren	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—
Düsseldorfer Wahlkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00
Duisburg	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Durlach	—	6,00	—	—	—	—	—	—	41,00	—	—	—
Eikel	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elberfeld	—	—	—	200,00	—	—	400,00	—	—	400,00	—	200,00
Elmshorn	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elsterberg . . .	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Essen	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt	—	40,00	50,00	3,00	53,00	53,00	3,00	—	—	—	—	—
Ernstthal bei Hohenstein . .	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Falkenberg (O.-S.)	2,00	2,00	2,00	6,00	2,00	2,00	2,00	2,00	8,00	2,00	2,00	2,00
Flensburg . . .	—	—	—	—	—	60,00	—	—	—	—	100,00	—
Forst i. L. . . .	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	300,00	-
Frankenh. a. Kyffh.	—	—	—	—	—	—	10,00	—	10,00	—	2,80	—
Frankenthal . .	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	—	—	—	—	—	—	200,00	20,00	—	300,00	1000,00	—
Freiburg i. B. .	—	50,00	10,00	—	10,00	10,00	10,00	10,00	35,00	10,00	20,00	5,00
Freising	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Friedeb.-Arnswalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Furthwangen . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Gablenz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,20	—	—
Gelsenkirchen . .	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Gera (Reuß) . .	—	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—	—	100,00	150,00
Gießen	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	30,50	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Glückstadt	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Görlitz	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Gorzyn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Gotha	50,00	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Grabowsee . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9,00	—	—
Greiz	100,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—
Grimma	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grünberg-Freistadt	—	—	—	—	—	—	—	—	4,30	—	—	—
Güstrow	—	—	—	—	1,57	—	—	—	—	—	—	—
Häslicht	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Halbe	—	—	—	—	—	—	—	—	13,50	4,50	—	—
Halberstadt . . .	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	50,00	—	—
Halle u. Saalkr.	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg 1. Kr.	—	—	—	—	—	—	—	2000,00	—	—	2000,00	—
" 2. "	—	—	—	—	—	—	—	2000,00	—	—	2000,00	—
" 3. "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2000,00
Hamburg div. .	330,00	122,75	66,80	75,00	105,55	162,35	175,90	441,75	323,55	104,10	48,00	279,10
Hannover	—	—	1000,00	—	—	—	1000,00	2000,00	—	2000,00	—	1000,00
Hannover div. .	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Harburg 17. hannov. Kreis	—	—	—	—	—	—	300,00	—	300,00	—	—	—
Harburg div. . .	—	—	—	30,00	—	22,00	32,00	25,20	23,80	—	—	—
Hartha 10. sächs. Kr.	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Hastedt	10,00	10,00	10,00	—	20,00	—	—	20,00	20,00	—	20,00	—
Haynau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00
Heide	16,00	—	—	—	—	—	3,50	—	—	—	—	—
Heidelberg . . .	16,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Heidingsfeld . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Helmstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—
Hemelingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Herne	7,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hilden	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Höchst-Usingen, Wahlkreis	150,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Höchst	—	—	—	—	—	11,35	—	—	3,50	—	—	—
Hörde	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hohenstein	—	5,00	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Hundshübel	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—
Jauer	—	—	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—	—
Jena	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ilmenau	—	—	—	—	30,00	—	—	50,00	—	—	—	—
Innsbruck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—
Johanngeorgenstadt	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Itzehoe	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Kalau	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Karlsruhe	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—
Kaufbeuren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Kellinghusen	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Kiel	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—
Kirchhain	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,30	—
Klingenthal	0,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Königsberg	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Konradsthal	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Konstanz	3,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kopenhagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19,60
Kostheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Ladenburg	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Lambrecht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—
Lausigk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,00
Leipzig 12. u. 13. sächs Kreis	—	500,00	—	—	2000,00	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig, div. Beitr.	—	5,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—	25,00	—	3,50
Leppersdorf	26,71	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lichtenstein-Callenberg	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—
London	—	—	—	—	—	—	25,00	1020,00	204,00	—	209,25	—
Luckenwalde	—	1,00	—	—	—	—	50,20	—	—	—	—	—
Ludwigshafen	150,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00
Lübeck	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—
Lüdenscheid	—	—	3,65	—	—	—	—	—	—	—	—	150,00
Lugau	—	—	—	5,00	2,40	—	—	—	—	—	—	—
Luxemburg	—	400,00	—	200,00	—	—	400,00	—	—	200,00	—	—
Magdeburg, Wahlkr.	1000,00	—	—	—	—	300,00	—	—	—	1000,00	—	—
" div. Beitr.	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mainz	—	—	—	4,00	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Mannheim	—	—	50,00	—	50,00	—	—	—	—	—	100,00	200,00
Marburg	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Markersdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,20	—
Meerane	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Meißen	—	—	—	11,51	—	—	—	—	—	—	—	—
Memel	—	10,00	10,00	—	10,00	10,00	—	—	—	—	20,00	10,00
Minden-Lübbecke, Wahlkreis	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mittweida	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Mühlburg	17,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mülhausen i. E.	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mülsen St. Niclas	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[illegible]
München	30,00	25,00	5,00	41,30	26,50	—	310,00	5,00	30,00	5,00	505,00	5,00
M.-Gladbach	—	—	—	—	7,00	—	—	—	—	—	—	—
Mylau	—	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—
Neckarau	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Netzschkau	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Neudamm	—	—	—	—	—	—	—	—	11,00	—	—	—
Neudörfchen	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—
Neuhaldensleben-Wolmirstedt, Wahlkreis	—	90,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neu-Isenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Neviges	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Niederbarnimer Kreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1505,00
Niederhaslau	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Niederzwonitz	—	—	3,20	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nienburg	—	15,00	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Norden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00
Nürnberg	—	5,00	—	5,00	300,00	—	5,00	1,10	—	50,00	300,00	3,50
Oberlangenbielau	—	—	100,00	—	—	100,00	—	100,00	—	—	—	—
Oelsnitz i. V.	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	129,04
Oetzsch	—	—	—	1,60	—	—	—	—	—	—	—	—
Offenbach, Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Offenburg i. B.	—	22,00	3,35	—	7,35	—	41,42	—	—	—	—	—
Oggersheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Ohlau	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Olten	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—
Oranienburg	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Oschatz	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Osthavelland, Wahlkreis	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ottensen	—	10,00	—	—	500,00	10,00	—	—	10,00	—	57,50	—
Paris	—	—	—	—	—	160,00	—	—	440,00	—	—	—
Passing	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Peine	—	—	—	—	1,85	—	—	—	—	—	—	—
Pfersee	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Pforzheim	—	—	—	—	27,00	—	10,00	10,00	10,00	—	—	10,00
Pinneberg	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pirna	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Plauen i. V.	20,00	1,50	100,00	—	15,00	—	—	—	6,00	—	—	—
Pößneck	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Pries	—	—	—	—	—	—	22,00	—	—	—	—	—
Quedlinburg	—	25,00	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—
Rathenow	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Rawitsch	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00
Regensburg	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Reichenbach i. V.	—	—	—	50,00	—	—	51,50	—	—	—	—	—
Remscheid	—	—	13,00	—	4,00	—	—	—	—	1,00	—	—
Richzenhain	—	—	—	12,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	5,00	—
Ronsdorf	20,00	—	20,00	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Rostock	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rudolstadt	—	0,45	0,51	—	—	0,80	—	0,56	1,00	—	0,45	—
Ruhla	—	—	40,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Saarrevier	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00

Ort bezw. Kreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Sagan	—	—	—	3,00	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Sanct Ludwig	—	—	—	—	14,80	—	—	—	—	—	—	—
Sande	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Schalke	—	—	—	—	—	—	6,31	—	—	—	—	—
Schiffbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250,00	—
Schönebeck b. M.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—
Schöneberg	—	—	18,00	—	—	—	3,30	—	—	—	—	—
Schönheide	—	—	—	—	—	—	19,30	—	—	—	—	—
Schönlanke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Schönwalde	—	—	35,55	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schriesheim	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Schwelm	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwerin a. W.	—	—	3,85	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwiebus	—	—	—	1,30	—	—	—	—	—	—	—	—
Seesen	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Seidau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—
Siegen	6,00	—	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—
Solingen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,00
Sorau	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—	—	—	—
Staßfurt	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Stein	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stettin	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—	—
Straßburg i. E.	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Striegau	—	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—
Stuttgart	10,00	10,00	—	10,00	10,00	10,00	—	20,00	10,00	—	20,00	10,00
Suhl i. Th.	20,00	—	—	20,00	40,00	—	—	—	—	—	—	—
Tambach-Dietharz	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Teltower Wahlkr.	—	300,00	—	—	—	250,00	—	—	—	—	—	—
Thale a. H.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00
Tilsit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—
Velbert	16,50	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Vielau	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—
Waldenburg i. S.	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wandsbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00
Wanzlebener Wahlkr.	300,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Warnemünde	—	—	—	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—
Weida	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weißenfels	—	—	—	—	—	1,75	—	—	—	—	—	—
Werdau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	3,05
Werdohl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00
Wien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Wilkau	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Witten	—	—	—	—	15,00	4,21	—	—	—	—	—	—
Woltmershausen	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Württemberg	150,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	100,00	50,00	50,00	100,00	—	—
Wüste-Waltersd.	—	—	—	—	60,60	—	—	—	—	—	—	—
Zörbig	7,10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zürich	—	—	—	—	—	—	—	—	802,50	2,00	—	800,00
Zwickau	—	50,00	200,00	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—
Mann i. Mond	—	2400,00	—	—	2900,00	—	—	—	3400,00	—	2800,00	—
Nord. Wasserkante	—	—	—	30000,00	—	—	30000,00	—	—	—	—	—
„Vorwärts"	—	12023,35	—	—	11272,45	—	—	12048,95	—	—	18003,00	—
B. V. P. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15000,00	4000,00
X. Y. Z.	—	—	—	—	—	4012,50	—	2000,00	—	2000,00	—	—
Diverse	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	20,00	—	1720,80

Unser Strafregister. Wie in den früheren Jahren so hat es auch dieses Mal wieder eine reiche Ernte an Geld-, Haft- und Gefängnißstrafen für unsere Genossen abgesetzt. Je glänzender sich die Aussichten des Wahlkampfes für unsere Partei gestalteten, desto nervöser wurden unsere Gegner und desto häufiger die Denunziationen und Strafanzeigen gegen unsere Redner und Redakteure. Zahllos waren besonders die Anklagen und Strafmandate wegen Verbreitung von Wahlflugblättern. Zwar bestimmt § 43 der Gewerbe-Ordnung ausdrücklich, daß von der Zeit der Wahlausschreibung bis zur Beendigung der Wahl zur Verbreitung von Flugschriften eine polizeiliche Erlaubniß nicht nothwendig ist. Aber an solchen gesetzlichen Zwirnsfäden stößt sich ein gut Theil unserer Polizei nicht im Geringsten. Immer und immer wieder fanden Sistirungen der Flugblattvertheiler und Beschlagnahmungen der Blätter statt. Wann die Gerichte denn später auch freisprechen müssen, so war doch die sonst gesetzlich frei gegebene Agitation gestört, ungerechnet die Scheererei und Kosten, die jede Gerichtsverhandlung im Gefolge hat, auch wenn sie mit einer Freisprechung endet. Aber nicht überall haben diese Prozesse mit Freisprechungen geendet. Urvorsintfluthliche Bestimmungen über die Sonntagsheiligung oder der — grobe Unfug-Paragraph haben dazu herhalten müssen, das, was der Gesetzgeber ausdrücklich als straffrei sichern wollte, das Austheilen von Wahlflugblättern zur Wahlzeit — doch unter Strafe zu stellen.

Ungemein zahlreich waren die Strafverfolgungen auch im letzten Jahre und wurden unerhört hohe Strafen erkannt wegen Vergehen gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung. Aeußerungen, die im gewöhnlichen Verkehr unter den Arbeitern gang und gäbe sind und Niemand als verfänglich betrachtet, wurden vom Richter als „Bedrohungen" aufgefaßt und mit wochen- und monatelangem Gefängniß bestraft. Daß diese Judikatur ganz im Sinne und Geiste gewisser unter dem Einflusse der großindustriellen Unternehmer-Vereinigungen stehenden, maßgebenden Kreise gelegen ist, ist zweifellos, die gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit der Arbeiter aber muß darunter auf das schwerste leiden.

Es sind nach unseren Aufstellungen im letzten Jahre Strafen erkannt worden:

Monat	Gefängnißstrafen				Geldbuße
	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Mark
September	8	10	1	2	2130
Oktober	4	5	2	3	1861
November	4	2	4	—	2468
Dezember	1	8	3	6	737
Januar	1	10	2	5	1464
Februar	2	3	—	—	1066
März	5	—	2	3	1194
April	5	1	1	1	805
Mai	7	1	3	5	2825
Juni	5	10	3	5	850
Juli	4	11	—	5	2918
August	2	11	3	5	2135
Zusammen	54	7	1	3	19948

Bericht
über die
parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

30. November 1897 bis 6. Mai 1898.

Bei der Wahlkampagne dieses Sommers ist die Thätigkeit des Reichstags und die Betheiligung der sozialdemokratischen Fraktion an derselben so ausführlich in dem vom sozialdemokratischen Partei-Vorstande herausgegebenen und vom Berichterstatter redigirten „Handbuch für Sozialdemokratische Wähler“ erörtert worden, daß der an den Parteitag zu erstattende Bericht diesmal kürzer sein kann, als er sonst bei der Fülle des Materials sein müßte. Die Herausgabe des „Handbuchs“ veranlaßte es auch, daß dieser Bericht nicht, wie 1895 der Parteitag zu Breslau beschloß, bereits 4 Wochen nach Schluß der Session veröffentlicht wurde. —

Die letzte Session war besonders für die Arbeiter von außerordentlicher Wichtigkeit. Einerseits erhöhte die Regierung abermals die Forderungen für den unersättlichen Militarismus, andererseits kam, um die kapitalistischen Schichten der Flottenpolitik geneigter zu machen, nicht nur die bisher ohnehin so schwächliche Sozialreform zum Einschlafen, sondern es wurde den Bestrebungen der Arbeiter, sich durch ihre Organisation und Agitation bessere Lebensbedingungen zu erringen, offen heraus der Krieg erklärt.

Der bisherige Schatzsekretär Graf Posadowsky war durch den Einfluß der Stummschen wie agrarischen Richtung Minister des Innern geworden an Stelle des Herrn von Boetticher, mit dem der letzte Zeuge der sozialreformerischen Anwandlungen von 1890 aus der Regierung verschwunden war.

Der Geist des neuesten Kurses zeigte sich gleich in den ersten Tagen bei Besprechung des **Vereinsrechts**.

Der Reichstag hatte am 17. Juni 1896 und dann nochmals am 20. Mai 1897 den Antrag angenommen:

„Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.“

Wie am 10. Dezember 1897 dem Reichstage mitgetheilt wurde, hatte der Bundesrath diesen Gesetzentwurf den „zuständigen Ausschüssen“ überwiesen und darüber noch keinen Beschluß gefaßt. Das hieß also: Der Antrag war begraben! Am 11. Dezember 1897 stellte unser Etatsredner den Reichskanzler deshalb zur Rede und hielt ihm sein am 27. Juni 1896 abgegebenes Versprechen vor. Damals war von uns bei Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein Nothvereinsgesetz beantragt worden und Fürst Hohenlohe hatte folgende Erklärung abgegeben:

„Es besteht die begründete Zuversicht, daß das in den verschiedenen Staaten für politische Vereine erlassene Verbot, mit anderen Vereinen in Verbindung zu treten, außer Wirksamkeit werde gesetzt werden. Ich kann auf Grund der inzwischen unter den betheiligten Regierungen gepflogenen

Erörterungen diese Erklärung dahin ergänzen, daß es in der Absicht dieser Regierungen liegt, die Beseitigung des durch das Verbot geschaffenen Rechtszustandes herbeizuführen. Geschieht dies aber — und ich zweifle nicht, daß es geschehen wird — so wird . . . dieser Erfolg unter allen Umständen früher eintreten als dies durch eine Annahme des Antrages Auer in das Bürgerliche Gesetzbuch der Fall sein würde, weil das letztere erst mit dem Beginn des nächsten Jahrhunderts in Geltung gesetzt werden soll."

Unseren Bedenken gegenüber hatte damals der Minister von Boetticher erklärt, „daß die vom Reichskanzler abgegebene Erklärung eine rechtlich und politisch unanfechtbare ist".

Die Antwort der preußischen Regierung war im Mai 1897 die Vorlage eines Vereinsgesetzes an den preußischen Landtag gewesen, das zwar das Verbindungsverbot aufhob, dafür aber eine Reihe der reaktionärsten Vorschriften in das Gesetz brachte. Nur mit 4 Stimmen Mehrheit war dieses verkappte Umsturzgesetz abgelehnt worden. In der Reichstagssitzung vom 11. Dezember 1897 bestritt nun der Reichskanzler, daß es sich um die Einlösung eines von ihm gegebenen Versprechens handle. Er habe nur der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß das Verbot werde außer Wirksamkeit gesetzt werden!

Unsere Fraktion brachte im März 1898 den Wortlaut des Nothvereinsgesetzes beim Gesetzentwurf betr. freiwillige Gerichtsbarkeit als Zusatzantrag zu § 156 noch einmal ein und bot so den bürgerlichen Parteien des Reichstags Gelegenheit, den durch ihre Leichtgläubigkeit entstandenen Schaden wieder gut zu machen. Aber mit Ausnahme der Freisinnigen stimmten sie gegen unsern Antrag, trotzdem noch im Mai 1897 das Zentrum eine so lebhafte Entrüstung darüber zur Schau getragen hatte, daß „das in feierlicher Stunde gegebene Versprechen nicht eingelöst" sei.

Ebenso ablehnend verhielt sich die Reichstagsmehrheit gegen unsern Antrag betr. Schutz des Koalitionsrechts.

Unsere Fraktion hatte den bereits wiederholt von uns eingebrachten Gesetzentwurf betreffend das **Recht der Versammlung und Vereinigung und das Recht der Koalition** zu ihrem ersten Initiativantrag gemacht, so daß er bald zur Verhandlung gelangte. Durch Annahme desselben wären diese wichtigen Volksrechte gesichert worden; die Mehrheit des Reichstages lehnte aber sowohl die von der Freisinnigen Vereinigung beantragte Verweisung an eine Kommission ab, als auch den § 1, so daß eine weitere Berathung nutzlos wurde und wir daher den Rest unseres Antrages zurückzogen. Dasselbe Schicksal hatte eine von Rickert beantragte Abänderung unseres Antrages, die das Koalitionsrecht ausschied und und sich nur auf das Vereins- und Versammlungsrecht erstreckte.

Welche Gefahren dem **Koalitionsrecht** der Arbeiter drohen, hatte sich bereits in der Antrittsrede des neuen Ministers des Innern gezeigt, die unter dem lebhaftesten Beifall aller Reaktionäre sich gegen die Arbeiterkoalitionen wandte. Diese seien, wie Graf Posadowsky meinte, „bei uns nicht annähernd so nothwendig, wie in anderen Staaten mit anderem Wahlmodus"; die Arbeiterkoalitionen seien zum großen Theil nichts Anderes als Streikvereine.

Bald darauf, am 15. Januar 1898, war der „Vorwärts" in der Lage, das **geheime Rundschreiben des Grafen Posadowsky** vom 11. Dezember 1897 an die verbündeten Regierungen zu veröffentlichen, in dem er sie zu Mittheilungen aufforderte, wie die Streiks einzuschränken und welche Strafverschärfungen gegen „den Mißbrauch der durch § 152 der Gewerbe-Ordnung gewährleisteten Koalitionsfreiheit" zu verlangen seien. Unsere Fraktion nahm sofort Gelegenheit, den arbeiterfeindlichen Charakter dieses Erlasses

gründlich zu geißeln und nachzuweisen, wie diese angebliche Abwehr des Mißbrauchs nichts ist als eine völlige Vernichtung jeder Koalitionsfreiheit. Würden die Vorschläge, die der Posadowsky-Erlaß in Form von Fragen den Regierungen zumuthet, Gesetz, dann wäre, noch schlimmer als es bereits 1890 geplant, aber damals von uns noch glücklich abgewehrt wurde, die gewerkschaftliche Organisation und jeder Kampf der Arbeiter um bessere Lebensbedingungen unmöglich; die Unternehmer und die Polizei wären die unumschränkten Herren der Arbeiter. Voraussichtlich wird in der kommenden Session der Reichstag zu diesem neuesten Knebelungsversuch der Arbeiter aufgefordert werden. Gegen den **Terrorismus der Unternehmer**, die durch Verrufserklärungen, schwarze Listen und Aussperrungen geheim und öffentlich die Arbeiter sich unterwürfig machen wollen, hatte der Minister weder ein Wort des Tadels, noch ein Gesetz in Vorschlag. Bei der Berathung der vom Zentrum und Freisinn eingebrachten Gesetzentwürfe betreffend die **eingetragenen Berufsvereine** hielt es die Regierung garnicht erst für nöthig, Stellung zu nehmen; es genügte ja auch, daß Herr von Stumm erklärte, die Verhandlungen würden pro nihilo (vergeblich) sein. Sie blieben daher in der ersten Berathung stecken, nachdem noch durch unsere Redner nachgewiesen war, daß das Zentrum, falls es ihm mit dem Schutz der Arbeiterkoalitionen Ernst gewesen wäre, bei Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs dies hätte durch die That beweisen müssen und können.

Während so den Arbeitern die Erringung besserer Lebensbedingungen durch Organisation erschwert oder eine Erschwerung angedroht wurde, ist unter dem Minister Posadowsky der Ausbau des gesetzlichen **Arbeiterschutzes** völlig ins Stocken gerathen. Denn, meinte er, „ein Zuvielregieren in dieser Beziehung falle dem deutschen Volke geradezu auf die Nerven", „das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter könne man nicht nur auf den rechtlichen Vertrag stützen, es müsse auch ein gewisses Pietätsverhältniß bestehen", und er werde sich „weder durch die Agitationen der Sozialdemokratie, noch durch die Lehrmeinungen ihrer bewußten oder unbewußten Mitläufer in mißbräuchlicher Ausdehnung des Staatsbegriffs dazu bewegen lassen, alle Erwerbszweige politisch zu reglementiren, um schließlich einen sozialistischen Polizeistaat herbeizuführen, in dem sich die besitzenden Klassen zu bewußten Gegnern des Staates herausbilden würden."

Das Ausbauen des gesetzlichen Arbeiterschutzes heißt acht Jahre nach den Versprechungen der kaiserlichen Erlasse: Herbeiführen eines sozialistischen Polizeistaates! **Dies Alles aus Angst, es mit den besitzenden Klassen zu verderben**, die allerdings in ihren industriellen wie agrarischen Organisationen wiederholt gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung ganz energisch protestirten oder, wie z. B. die Bäckermeister, rundweg erklärten, daß sie auf das Gesetz pfeifen. Die Arbeiten der **Kommission für Arbeiterstatistik** sind daher auch, bis auf die Bäckereiverordnung und das ungenügende Konfektionsgesetz, bisher ohne jeden Erfolg geblieben; sie hat zwar Erhebungen angestellt über die Mißstände in der Müllerei, im Gast- und Schankwirthschaftsgewerbe, in den Ladengeschäften, neuerdings auch bei der Binnenschifffahrt und Flößerei, aber zu gesetzgeberischen Maßnahmen ist die Regierung nicht geschritten, ebensowenig wie die bereits 1891 in der Gewerbeordnung in Aussicht gestellte Ausdehnung des Arbeiterschutzes vollzogen wurde, durch welche die §§ 135—139b (über die Regelung der Arbeit von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen, sowie über die Gewerbeaufsicht) auch für Werkstätten ohne elementare Kraft Geltung bekommen würden. Aus den Reden des Grafen Posadowsky geht deutlich hervor, daß von ihm auch in Zukunft das Unternehmerthum keine weitere „Belästigung" zu befürchten hat; und am allerwenigsten will er dem Handwerk und der Hausindustrie zu nahe treten. Er meinte, der Reichstag solle sich beschränken, nicht fortgesetzt neue sozialpolitische Gesetze zu planen,

sondern zunächst einmal die vorhandenen Gesetze weiter ausbauen und in ihrem Wirkungskreis ausdehnen. Daß nicht einmal das Letztere geschieht, wiesen ihm unsere Fraktionsredner bei der Besprechung der Gewerbeaufsicht in eingehendster Weise nach.

In Bezug auf die **Arbeiterversicherung** verweigerte die Regierung ebenfalls die von uns geforderte Verbesserung. Eine Novelle zum **Unfallversicherungsgesetz**, erklärte Graf Posadowsky, habe er nicht vorgelegt, weil gegen die früheren Beschlüsse der Reichstags-Kommission von den Berufsgenossenschaften (der Unternehmer) „ernste und weitgehende Einwendungen erhoben" wurden — was für ihn trotz all der noch ernsteren Erinnerungen der Arbeiter gegen das bestehende Gesetz genügte, die Unfallversicherung mit all ihren Mängeln unangetastet zu lassen. Vergeblich wurde von uns die Regierung an ihre wiederholt gegebene Zusage, baldige Abhilfe zu schaffen, erinnert und gefordert, daß die drei Versicherungsgesetze mit einander verbunden würden, um die Verwaltung zu vereinfachen und die Leistungen für die Arbeiter zu erhöhen.

Dagegen erklärte Graf Posadowsky eine Abänderung des **Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes** für ganz „unbedingt geboten" und zwar im Interesse der östlichen, agrarischen Provinzen Preußens. Sollte etwa der Reichstag in der nächsten Session diesen Wünschen nicht willfahren, so drohte der Staatssekretär, daß „wir in Preußen gezwungen sein würden, auf administrativem Wege die Frage zu regeln". Hier, im Interesse der Agrarier, will der Staatssekretär also energisch vorgehen und zwar auf Kosten der Industriearbeiter, zu ihren Gunsten aber gegen die Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung aufzutreten, wagt er nicht!

Unsere Fraktion nahm bei jeder sich bietenden Gelegenheit Veranlassung, diesen Stillstand und Rückzug in der Sozialreform an den Pranger zu stellen und die Beschwerden und Wünsche der Arbeiter zum energischen Ausdruck zu bringen. Es geschah dies von zahlreichen Fraktionsmitgliedern bei den Etatsberathungen, da von unseren auf Arbeiterschutz bezüglichen **Initiativ-Anträgen** außer dem bereits erwähnten Antrag betr. das Koalitionsrecht, keiner mehr zur Verhandlung kam. Wir hatten die schon in früheren Jahren gestellten Arbeiterschutz-Anträge wiederholt:

> Obligatorische Errichtung von Gewerbegerichten mit Ausdehnung des Wahlrechts und der Wählbarkeit auf alle in Betracht kommenden Personen ohne Unterschied des Geschlechts vom zwanzigsten Lebensjahre ab; Aufhebung der Gesindeordnungen. Vorlegung eines Reichs-Berggesetzes. Errichtung von Reichs-Betriebsaufsichtsbehörden mit ausgedehnten Vollmachten, deren Beigeordnete, männliche und weibliche, auf Grund eines allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen sind. Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle in Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältniß im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen stehenden Personen auf acht Stunden festgesetzt wird.

Bei den Etatsberathungen legten wir die Mängel der **Gewerbeaufsicht** ausführlich dar und wiesen an der Hand der amtlichen Berichte nach, wie unzureichend sowohl Zahl und Art der Beamten ist, die zur Ueberwachung der gesetzlichen Schutzbestimmungen vorhanden sind, als auch letztere selbst, wobei das sogar von Beamten beklagte milde Verfahren der Gerichte gegen Unternehmer die gebührende Kennzeichnung erhielt. Die traurigen Mißstände, die ganz besonders in der **Bergwerksinspektion** vorhanden sind, fanden sachgemäße Kritik, und auf den Zusammenhang zwischen dem Mangel an genügender Aufsicht und den so zahlreichen Grubenunfällen hinweisend, forderten wir rasche und durchgreifende Hilfe, insbesondere auch durch Anstellung von Berginspektoren, die von den Bergarbeitern gewählt werden.

Wegen der **Milzbrandvergiftungen** der Arbeiter in Pinselfabriken und Roßhaarspinnereien, die wir schon seit Jahren zur Sprache gebracht hatten, verlangten wir vom Reichsgesundheitsamt ein energischeres Vorgehen als bisher; baldige Maßnahmen wurden von diesem auch in Aussicht gestellt, lassen aber noch immer auf sich warten.

Die beantragte **Gehaltserhöhung des Reichskanzlers** von 64 000 auf 100 000 Mk., sowie der Staatssekretäre von 24 000 auf 30 000 Mk., lehnten wir ab und wiesen darauf hin, daß kleine Gehaltserhöhungen der am schlechtesten besoldeten Unterbeamten von der Regierung aus Geldmangel verweigert wurden. Bei der Reichsjustizverwaltung brachten wir die **Behandlung der politischen Strafgefangenen** zur Sprache, forderten die seit 1870 verlangte **reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs** und eine dem § 16 des Reichs-Strafgesetzbuchs entsprechende Unterscheidung zwischen Zuchthäuslern und zu Gefängniß Verurtheilten. Der § 16 des Strafgesetzbuchs sagt: „Die zur Gefängnißstrafe Verurtheilten können in einer Gefangenanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessene Weise beschäftigt werden; auf ihr Verlangen sind sie in dieser Weise zu beschäftigen.“ Die Erklärung des Bundesraths vom Oktober 1897 hat aber nichts daran geändert, daß sozialdemokratische Redakteure mit Dütenkleben, Erbsenlesen, Roßhaarzupfen u. dergl. beschäftigt werden.

Beim **Postetat** rügten wir verschiedene Mißstände in der Verwaltung sowie die auch unter dem neuen Staatssekretär von Podbielsky nach Stephan'schem Rezept beliebte Ueberwachung der politischen Gesinnung des Beamtenpersonals. Wir traten für bessere Besoldung der Fernsprechgehilfinnen ein und beantragten, die Unterbeamten, welche nach dem 1. April 1895 angestellt sind, in dasselbe Anfangsgehalt zu bringen, wie die, welche vor dem 1. April 1895 bereits angestellt waren, ferner die Erhöhung des Höchstgehalts der Landbriefträger von 900 auf 1000 Mk. Diese Anträge wurden abgelehnt.

Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf, der das **Postregal** auch auf Briefe ausdehnt, welche innerhalb ihres mit einer Postanstalt versehenen Ursprungsortes verbleiben, wurde von uns insofern befürwortet, als wir von der Reichspost fordern, daß sie das Stadtbriefporto bedeutend herabsetzt und die bei den Privatposten bisher beschäftigten Angestellten entweder in den Reichspostdienst übernommen oder angemessen entschädigt werden. Der Gesetzentwurf wurde in einer Kommission begraben.

Vom **Reichseisenbahnamt** forderten unsere Redner ein energisches Einschreiten gegen Landeseisenbahnverwaltungen, die durch Ueberanstrengung des Personals die Eisenbahntransporte gefährden, so daß eine so große Anzahl schwerer Eisenbahnunfälle entstand; gleichzeitig verlangten wir, daß eine **Eisenbahn-Gewerbe-Inspektion** vom Reiche geschaffen werde. Höhere Besoldung der Unterbeamten und Verkürzung der Arbeitszeit würde die Unfälle wesentlich vermindern. Die Eisenbahnen wie die Post haben nur das Verkehrsinteresse zu berücksichtigen, nicht aber ihr Hauptaugenmerk auf Erlangung von Ueberschüssen zu richten, welche auf Kosten der Sicherheit, Raschheit und Billigkeit des Verkehrs, sowie der Angestellten zusammengescharrt werden. Energisch rügten wir, daß die Reichs-Eisenbahn-Verwaltung in Elsaß-Lothringen das **Petitionsrecht der Beamten** dadurch beeinträchtigt hatte, daß sie Beamte, angeblich für unpassende Ausdrücke in ihrer Petition, mit Geldstrafen belegte. Da sich bei den Verhandlungen ergab, daß die Reichstagsverwaltung die Petition im Original der Eisenbahnverwaltung zur Kenntnißnahme mitgetheilt hatte, stimmte der Reichstag unserer Forderung zu, daß künftig ein solcher Mißbrauch von Schriftstücken unmöglich gemacht werden soll.

Bei der Verwaltung des **Reichsheeres** hatten wir auch in diesem Jahre Beschwerden über Soldatenmißhandlungen zur Sprache zu bringen. Unsere Forderung, an Stelle der stehenden Heere ein **Milizheer**, eine Volkswehr, zu schaffen, wurde von unserm Redner, so wie schon früher, eindringlich befürwortet und darauf hingewiesen, wie der jetzige Militarismus als eine Schraube ohne Ende die Wohlfahrt aller Völker untergräbt.

Die Ausgaben für den **Militarismus** waren wiederum gestiegen; im Rechnungsjahre 1897 hatten sie 708,5 Mill. Mk. betragen, 1898 bereits (ohne die Marinevorlage) 730,3 Mill. Mk., sie betrugen damit mehr wie die Hälfte aller Ausgaben des Reichs. Für das **Landheer** waren 608,2 Mill. Mk. in den Etat gesetzt, für die **Flotte** 122 Mill. Mk. Dazu kamen noch 74 Mill. Mk. **Zinsen** für die 2250 Mill. Mk. **Reichsschulden**, die zu vier Fünftel für militärische Zwecke Verwendung gefunden hatten.

Unsere Fraktion stimmte wie stets gegen den Etat, sowohl weil die Mittel für denselben zum großen Theil durch die indirekten, die Aermeren am schwersten belastenden Steuern aufgebracht werden, als auch wegen seiner hauptsächlichen Verwendung für den Militarismus, dessen Rüstungen nicht den Frieden sichern, sondern die Kriegsgefahr noch vergrößern. Unsere Etatsredner haben diese kulturfeindliche Wirkung des Militarismus stets energisch klargestellt, die Mehrheitsparteien wie die Regierung haben uns widersprochen — jetzt muß selbst ein russischer Zar zugestehen, daß der Militarismus eine Geißel der Völker ist!

Unsere **Ablehnung des Etats** geschah und geschieht aber nicht nur wegen der Aufbringung und Verwendung der Mittel, sondern sie ist eine nothwendige Folge unserer ganzen grundsätzlichen Stellung zum herrschenden Klassenstaate, dem die Sozialdemokratie als Vertreterin der unterdrückten und besitzlosen Klasse alle Mittel verweigert, mit denen die politische und wirthschaftliche Unterdrückung der Arbeiter aufrecht erhalten werden kann.

Während auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge und des Arbeiterrechts nur Stillstand oder Rückschritt an der Tagesordnung waren, zeigten sich die Regierung wie die herrschenden Parteien um so eifriger, als es galt, die auf den großen Volksmassen ruhenden, ohnehin schon so drückenden Lasten und Pflichten noch zu vermehren.

Der **Etat** war auf rund 1434 Mill. Mk. angeschwollen; von denselben werden fast die Hälfte, 701 Mill. Mk., durch indirekte Steuern (Zölle und Verbrauchsabgaben) zusammengebracht und zwar hauptsächlich von den ärmeren Volksschichten, entsprechend ihrer Kopfzahl, obwohl gerade der Aermere von all diesen indirekten Steuern auf nothwendige Gebrauchsgegenstände, Nahrungs- und Genußmittel schwerer getroffen wird als der Wohlhabende und der Reiche. Für eine Verringerung dieser Last war weder die Regierung noch die Mehrheit des Reichstags nicht einmal angesichts der **Getreidenoth** zu haben, die uns im Mai d. J. veranlaßte, zu verlangen, daß die **Aufhebung der Getreidezölle**, die wir grundsätzlich fordern, wenigstens vom Mai bis Herbst d. J. eintreten möge. Unsere diesbezügliche in der letzten Sitzung des Reichstags zur Besprechung gelangende Interpellation wurde von der Regierung unter dem Beifall der Agrarier abschlägig beantwortet.

Vergeblich war auch unser Protest gegen die **Grenzsperren**, welche, gegen die dem Vieh angeblich drohende Verseuchungsgefahr eingeführt, nur den großen Heerdenbesitzern ꝛc. nützlich wurden, die sich an der durch mangelnde Einfuhr entstandenen Fleischnoth und demgemäßen Fleischvertheuerung bereichern.

Die **Branntweinsteuer und Liebesgabe** von jährlich 42 Mill. Mk., die aus der Tasche der Branntweintrinker hauptsächlich in die der Großbrenner fließt, wurde vor dem ihr in Folge Ueberproduktion drohenden Verschwinden schleunigst von der Regierung durch eine Gesetzesvorlage gerettet, der wir selbstverständlich unsere Zustimmung versagten.

Grundsätzlich ablehnend standen **wir auch der Marinevorlage** gegenüber, welche dem Reichstage auf 6 Jahre das wichtigste seiner wenigen Rechte, Bewilligungsrecht, nahm und dem Volke eine neue Last von 408,9 Mill. Mk. auferlegte. Wir beantragten, wenigstens die 117,5 Mill. Mk. jährlich übersteigenden Mehrausgaben auf dem Wege einer progressiven **Reichs-Einkommensteuer** von den jährlichen Einkommen über 6000 Mk. aufzubringen und etwaige Ueberschüsse zu einem Viertel zur Verminderung der Reichsschuld, den Rest zur Herabsetzung bezw. Aufhebung indirekter Reichssteuern, in erster Linie der Salzsteuer und der Verbrauchsabgabe für Zucker, zu verwenden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und nur beschlossen, daß der Mehrbedarf nicht durch Erhöhung der indirekten, den „Massenverbrauch belastenden Reichssteuern“ gedeckt werden darf.

Dieser Beschluß hindert die Regierung keineswegs, die Zölle auf Getreide, Fleisch, Tabak, Petroleum u. s. w. beim Abschluß der neuen Handelsverträge erhöhen zu lassen. Zum Ueberfluß hat auch — selbstverständlich nachdem der Reichstag seinen Beschluß gefaßt hatte — der Reichskanzler Fürst Hohenlohe im preußischen Herrenhause erklärt, „daß die Staatsregierung weit davon entfernt sei, sich gegen indirekte Steuern auszusprechen“. Und auf Antrag des konservativen Grafen Mirbach nahm das Herrenshaus eine Resolution an, welche erklärte, „daß nur durch den Ausbau der indirekten Steuern es möglich ist, den Bedürfnissen des Reichs Genüge zu leisten“. Die Aussichten auf Erhöhung der indirekten Steuern sind also größer wie je zuvor, zumal ja bereits neue Erhöhungen der Ausgaben für das Landheer in sichere Aussicht gestellt sind und solche für Marinezwecke bald folgen werden. Denn die angenommene Marinevorlage bindet zwar den Reichstag für die beschlossenen Summen, läßt aber der Regierung jederzeit die Möglichkeit, neue Forderungen vorzubringen, denn der Sollbestand der Marine wurde ja nur nach den „heutigen“ See-Interessen bemessen, nicht nach künftigen, die, entsprechend den Wirkungen der „Schraube ohne Ende“ größer sein werden als die früheren.

Unsere Fraktion hat so wie bisher grundsätzlich jede solche Forderung verweigert. Landheer wie Flotte, welch letztere ohne die Vorlage bis jetzt 1552 Mill. Mk. verbrauchte, dienen nur zur Unterstützung jener Eroberungspolitik, welche den Arbeitern schwere Lasten an Gut und Blut auferlegt, den Gewinn aber der besitzenden Klasse zufließen läßt. Ebenso protestirte der sozialdemokratische Fraktionsredner auch gegen den „Einbruch in China“, wie wir überhaupt der gesammten **Kolonialpolitik** Deutschlands ablehnend gegenüberstehen. Diese bringt nur neue Lasten, die, wie stets bisher, hauptsächlich von den Arbeitern getragen werden müssen, und der Gewinn kommt fast nur einigen großen Handelsherren zu Gute, während die Gefahr internationaler Verwickelungen und damit furchtbarer Opfer seitens der Volksmassen gesteigert wird. Auch bedroht sie die einheimischen Arbeiter mit der Einführung ausländischer Arbeiter, die in ihrer Lebenshaltung niedriger stehen als die deutschen Arbeiter, und erschwert deren Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Konkurrenz der in den Kolonien Beschäftigten, die mangels jeglichen Arbeiterschutzes schrankenlos der Ausbeutung des Kapitals preisgegeben sind. Gleichzeitig entzieht die Kolonialpolitik der Kolonisation im Innern, die im Interesse der Gesammtheit ebenso nützlich als nothwendig ist, die erforderlichen Mittel.

Der ganze Handel mit den **afrikanischen Kolonieen** betrug im letzten Jahre $11^1/_2$ Mill. Mk., die Aufwendungen des Reichs beliefen sich auf 13 Mill. Mk., waren also größer als der gesammte Umsatz. In den ersten 6 Jahren erforderten die Kolonieen einen Zuschuß von 35,3 Mill. Mk., ihr Antheil an der gesammten deutschen Einfuhr betrug

0,2%, an der Ausfuhr 0,1—0,3%! Welch klägliches Resultat! Für **Kiautschau** kam als erste Forderung ein Nachtragsetat von 5 Mill. Mk., den außer uns alle Parteien bewilligten; eine stetige und bedeutende Steigerung der Ausgaben auch für die chinesische Kolonie ist selbstverständlich.

Auch die **Dampfersubvention** für den Norddeutschen Lloyd in Bremen, welche seit 1886 sich auf 44,3 Mill. Mk. beläuft und von 4 Mill. auf 5,5 Mill. Mk., zahlbar bis zum Jahre 1912, erhöht wurde, lehnten wir einstimmig ab, da dieser Reichszuschuß für Unterstützung der ostasiatisch-australischen Linie in erster Linie den Aktionären des Lloyd zu Gute kommt.

Ablehnend mußte unsere Fraktion auch der endlich vorgelegten **Militärstrafgerichtsordnung** gegenüberstehen, da diese nicht im geringsten dem Verlangen des Volkes nach freiheitlicher Ausgestaltung des Gerichtsverfahrens entsprach, obwohl dies bei den oft furchtbar hohen Strafen, die das Militärstrafgesetzbuch kennt, besonders nothwendig ist. Alle von uns gestellten Anträge wurden niedergestimmt. Selbst die Oeffentlichkeit der Verhandlungen, die schließlich auf dem Papier angenommen wurde, ist ganz in das Belieben der Militärgerichte und des Kaisers gestellt, da sie „wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen oder der Disziplin" ausgeschlossen werden kann. Auch auf ehemalige Militärpersonen erstreckt sich innerhalb eines Jahres nach Beendigung ihrer Dienstzeit das Militärstrafgesetz, wenn sie wegen der ihnen während ihrer Dienstzeit widerfahrenen Behandlung sich einer Beleidigung, Körperverletzung, Herausforderung zum Zweikampf gegen einen früheren militärischen, noch im aktiven Dienste befindlichen Vorgesetzten schuldig machen. Diese Bestimmung kann fast völlig verhindern, daß über Militärmißhandlungen öffentliche Mittheilungen noch gemacht werden, da diese zu Beleidigungsprozessen des Mißhandelnden mit Leichtigkeit umgeformt vor die „im Interesse des Dienstes oder der Disziplin" zu verschließenden Thüren des Militärgerichts kommen können — ein Erfolg, den die Mehrheitsparteien des Reichstags auch beabsichtigten, weshalb sie für diese Machterweiterung des Militarismus stimmten.

So wenig wie dieses Militärstrafrecht den Anforderungen entsprach, die wir im Interesse einer freiheitlichen und gerechten Ausgestaltung des Rechtswesens stellen müssen, ebensowenig genügte der nach langem Zögern endlich vorgelegte Gesetzentwurf betr. die **Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen.** Eine Entschädigung unschuldig Verurtheilter, Verhafteter und Sistirter hatte die sozialdemokratische Fraktion bereits 1881 durch einen Antrag Frohme u. Gen. gefordert, 1892 abermals beantragt. Damals vertröstete die Regierung „bis zur systematischen Revision der Strafprozeßordnung". Als 1894/95 diese angeblich systematische Revision vorgelegt wurde und 1895/96 abermals zur Berathung kam, brachte sie außer zahlreichen anderen Mängeln auch eine völlig ungenügende Lösung dieser Frage, während gleichzeitig das Wiederaufnahmeverfahren erheblich verschlechtert werden sollte. Der Entwurf scheiterte im Plenum und 1897 brachte die Regierung den Entwurf zur Entschädigung unschuldig Verurtheilter, losgelöst von andern Aenderungen der Strafprozeßordnung. Aber er spricht nur demjenigen Verurtheilten Entschädigung zu, bei dem sich im Wiederaufnahmeverfahren die Unschuld ergeben hat und entschädigt soll nur der durch die Strafvollstreckung entstandene Vermögensschaden werden. Nicht entschädigt wird also die unschuldig erlittene Untersuchungshaft und Sistirung. Demgegenüber vertraten unsere Redner die Anschauung, daß der Staat die Pflicht habe, jede zu Ungebühr vollstreckte Beeinträchtigung der Freiheit seiner Bürger in vollem Umfange zu entschädigen, und daß gerade die Zahl der unschuldig Verhafteten und Sistirten eine bedeutend größere sei als die der Verurtheilten. Da durch diesen Gesetzentwurf außerdem zwei Klassen von

Verurtheilten geschaffen werden, weil er es in das freie Ermessen des Richters setzt, ob er entschädigen will oder nicht, so stimmten wir gegen den Entwurf. Unsere Opposition hat, wenn auch nicht das Rückgrat, so doch das Gewissen des Reichstages soweit geschärft, daß er einstimmig eine Resolution annahm, durch welche die Regierung aufgefordert wurde, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen betr. Entschädigung von solchen Personen, welche mit Unrecht Untersuchungshaft erlitten haben.

Zugestimmt haben wir der Abänderung der **Konkursordnung** und dem Gesetzentwurf über die Angelegenheiten der **freiwilligen Gerichtsbarkeit.** Bei letzterem gelang es uns u. A., trotz heftigsten Widerspruchs der Regierung, einen Antrag zum Schutze der polnisch sprechenden Reichsangehörigen durchzubringen, daß, wenn bei gerichtlichen Beurkundungen ein Betheiligter erklärt, daß er der deutschen Sprache nicht mächtig sei, bei der Beurkundung ein vereideter Dolmetscher zugezogen werden muß.

Nicht zustimmen konnten wir den Gesetzen betr. Aenderungen des **Gerichtsverfassungsgesetzes** und der **Strafprozeßordnung** sowie der **Zivilprozeßordnung,** obwohl sie einige Verbesserungen gegenüber den bisherigen Gesetzen enthalten, so auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung, die wesentlich auf Anregungen von unserer Seite hin zurückzuführen sind. So ist der Kreis der unpfändbaren Gegenstände erheblich erweitert worden, allerdings nicht unseren Anträgen in vollem Maße entsprechend. Auch ist die zwangsweise Zurückführung in das Arbeitsverhältniß und in die Ehe (durch eventuelle Haft) für unstatthaft erklärt. Diese Vortheile wiegen aber nicht die Nachtheile auf, die der erwerbsthätigen arbeitenden Bevölkerung von Neuem in diesem Gesetzentwurf gegeben sind, sei es durch neue Bestimmungen, sei es durch Festhalten an alte Bestimmungen, da die meisten unserer Verbesserungsanträge abgelehnt wurden.

Die vom Zentrum wiederum eingebrachte reaktionäre Aenderung und Ergänzung des Strafgesetzbuchs **(lex Heinze),** die von uns lebhaft bekämpft wurde, kam nicht zur Erledigung, ebenso einige andere, vom Zentrum resp. von Konservativen eingebrachten Abänderungsvorschläge für das Strafgesetzbuch.

Einem Antrage, der die Verwendung des **Saccharins** und anderer künstlicher Süßstoffe bei der Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln verbietet, stimmten wir zu, um die Konsumenten davor zu schützen, daß sie betrügerischerweise den nährwerthlosen Süßstoff anstatt des nährstoffreichen Zuckers erhalten.

Von unserer Seite war der Antrag gestellt, den **Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen** aufzuheben, wozu sich die Reichsregierung nach nunmehr 27 Jahren ihrer „Germanisirungspolitik" noch nicht entschließen kann; die Verhandlungen im Hause wurden nicht zu Ende geführt.

Unser Antrag, die **Majestätsbeleidigungs-Paragraphen aufzuheben,** der schon durch die Denunziationsseuche angeblicher Patrioten gerechtfertigt ist, kam nicht zur Verhandlung.

In allen Kommissionen des Reichstages war unsere Fraktion vertreten und arbeitete eifrig mit. Wenn es ihr nur in wenigen Fällen gelang, die von ihr zum Schutze des arbeitenden Volkes gestellten Anträge durchzubringen, so ist dies in der Zusammensetzung des Reichstages begründet.

Allein auf sich gestellt, ringsum von Feinden umgeben, kämpft die sozialdemokratische Fraktion gegen die kapitalistische Ausbeutung und den Klassenstaat, fest unser Endziel im Auge haltend: die Ersetzung der kapitalistischen Gesellschaft durch eine sozialistische, die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Anträge.

(Die Formel: „beantragen, der Parteitag möge beschließen“ lassen wir bei allen Anträgen der Raumersparniß halber fort.)

Tagesordnung.

1. Die Parteigenossen in **Breslau, Königsberg i. Pr.** und **Heidelberg**: Auf die Tagesordnung des Stuttgarter Parteitages als Punkt 5 zu setzen: „Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen.“

2. Die Parteigenossen in **Apolda**: Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „a) Die Koalitionsfreiheit. b) Die hausindustrielle Ausbeutung.“

3. Die Parteigenossen des **Niederbarnimer** und des **2. Berliner Kreises**: Auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Welche Forderungen sind an die Gesetzgebung aus dem Arbeitsvertrag zu stellen.“ Berichterstatter: **A. Stadthagen.**

4. Parteigenossen des **6. sächsischen Kreises**: Auf die Tagesordnung des Parteitages den Punkt zu setzen: „Unsere Stellung zur Sozialreform und zum kapitalistischen Staate“ und dazu einen geeigneten Referenten zu bestellen.

5. Der Genosse **Harnisch** in **Ludwigshafen**: Der Tagesordnung des Parteitages ist noch der Punkt einzufügen: „Unsere Stellung zum Militarismus und zur Kolonialpolitik.“

6. Die Parteigenossen in **Elberfeld**: Auf die Tagesordnung des Stuttgarter Parteitages ist der Punkt zu setzen: „Der Arbeiterschutz in den deutschen Bergwerken.“

Organisation.

Parteitag.

7. Die Parteigenossen in **Burg** und **Hannover**: „Die Parteitage haben möglichst in geographisch günstig gelegenen Orten stattzufinden.“

8. Die Parteigenossen des **Niederbarnimer Kreises**: „Den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen.“

9. Die Parteigenossen in **Hannover**: „Der nächste, 1899 stattfindende Parteitag ist in Hannover abzuhalten.“

10. Die Parteigenossen in **Magdeburg**: „Den nächsten Parteitag in Magdeburg stattfinden zu lassen.“

Taktik.

11. Die Parteigenossen in **Breslau**: „Den Partei-Vorstand aufzufordern, die Ergebnisse der Arbeiten der vom Breslauer Parteitag beschlossenen Studienkommission für die Agrarfrage im Laufe des nächsten Jahres zu veröffentlichen.“

12. Die Parteigenossen in **Mainz**: „Der Parteitag empfiehlt den sozialdemokratischen Vertretern in den Landtagen im Interesse eines einheitlichen Verhaltens in agrarpolitischen Fragen Fühlung mit einander zu nehmen und den Entwurf eines agrarpolitischen Aktionsprogramms auszuarbeiten, der dem nächsten Parteitag zur Berathung und Beschlußfassung vorzulegen ist.“

13. Der Genosse J. Brand in Hamburg: „Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, an allen Orten, wo eine gute politische und gewerkschaftliche Organisation besteht, die Diskussion über den Werth der Konsumvereine für die Arbeiterbewegung zu eröffnen, und zwar auf der Grundlage, daß unabhängig von der politischen und gewerkschaftlichen die Organisation des Konsumvereins geschaffen werde."

14. Die Parteigenossen des 5. Berliner Kreises: „Der Parteitag möge seine Stellung zum Militarismus präzisiren."

15. Die Parteigenossen in Breslau: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Agrarfrage und die Sozialdemokratie."

16. Die Parteigenossen des Kreises Calbe-Aschersleben: „Der Hamburger Beschluß, die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen betreffend, ist aufzuheben und den Parteigenossen anheimzustellen, schon bei der Urwahl für bürgerlich-oppositionelle Wahlmanns-Kandidaten einzutreten."

17. Die Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises: „Der Hamburger Beschluß, die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen ist dahin zu erläutern: Ob und inwieweit Erfolge aus der Wahlagitation zu erwarten sind, und deshalb in die Wahlagitation einzutreten ist, entscheiden die einzelnen Reichstags-Wahlkreise."

18. Die Parteigenossen in Harburg: „Dem Hamburger Beschluß, die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen betreffend, eine solche Fassung zu geben, daß er den Genossen eine unzweifelhafte, auf alle Fälle anwendbare Direktive giebt."

19. Die Parteigenossen in Magdeburg: „Der Parteitag wolle den Hamburger Beschluß, betreffend Betheiligung an der preußischen Landtagswahl, eine präzisere Fassung geben, damit die Gefahr der Kompromisse mehr beseitigt wird."

20. Die Parteigenossen des 3. Berliner Kreises: „Der Hamburger Beschluß über die Betheiligung an den Landtagswahlen bleibt aufrecht erhalten. Bei den Landtagswahlen haben die Urwähler und Wahlmänner nach denselben Grundsätzen zu verfahren, die bisher bei den Reichstagswahlen beobachtet worden sind. Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag genauere Bestimmungen festsetzt."

21. Die Parteigenossen der Kreise Bielefeld und Herford: „Die Betheiligung an der Landtagswahl hat auf Grund eines Wahlbündnisses mit der freisinnigen Volkspartei zu erfolgen, demgemäß gemeinsame Wahlmänner aufgestellt werden und der Sozialdemokratie eine entsprechende Anzahl von Abgeordnetenmandaten eingeräumt wird."

22. Die Parteigenossen des Kreises Torgau-Liebenwerda: „Der Beschluß des Hamburger Parteitages „Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen wird den einzelnen Kreisen überlassen" ist aufzuheben und der Beschluß des Kölner Parteitages ist wieder in Kraft zu setzen."

23. Die Parteigenossen des Niederbarnimer Kreises: „Der Parteitag möge, falls er zu den Landtagswahlen erneut Stellung nehmen sollte, beschließen:

Der Parteitag hält für die in diesem Jahre vorzunehmenden Wahlen zum preußischen Landtag folgende Beschlüsse aufrecht:

a) Den wiederholt auf Parteitagen gefaßten:

„Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, überall da, wo Erfolge, und seien dieselben auch nur propagandistischer Art, in Aussicht stehen, in die Wahlagitation einzutreten."

b) Den wiederholt, zuletzt auf dem Kölner und dem Hamburger Parteitag dahin gefaßten:

„Die Genossen haben keinerlei Kompromisse mit bürgerlichen Parteien einzugehen."

24. Die Parteigenossen in Breslau: „Der letzte Satz des Hamburger Parteitagsbeschlusses, lautend: „Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden“ wird aufgehoben.“

Dem verbleibenden Theile des Hamburger Beschlusses wird hinzugefügt:

„Den Parteigenossen der Wahlkreise, welche die Betheiligung beschließen, ist gestattet, die Wahl von Wahlmännern und Abgeordneten bürgerlicher Oppositionsparteien zu unterstützen, wenn die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind

a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtage alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen;

b) eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen zu geben.

Die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, für ihre Abmachungen mit anderen Parteien die Zustimmung des Partei-Vorstandes einzuholen.“

25. Genosse Wilhelm-Berlin: „Der Beschluß des Parteitages in Hamburg, betreffend die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen, ist aufzuheben.“

26. Die Parteigenossen in Königsberg: „Die Resolution des Hamburger Parteitages, betreffend die Betheiligung an den diesjährigen preußischen Landtagswahlen, wird folgendermaßen abgeändert:

1. Die Betheiligung an den diesjährigen preußischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse den Parteigenossen Erfolge im Sinne der Bekämpfung der Reaktion, und seien dieselben auch nur propagandistischer Art, ermöglichen. Ob solche Erfolge zu erwarten sind, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse.

2. Beschließen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbetheiligung, so kommen für dieselben folgende Grundsätze in Betracht:

a) Der Wahlkampf ist auf Grund unseres Parteiprogramms zu führen.

b) Wahlbündnisse sind nur mit solchen bürgerlichen Oppositionsparteien zulässig, deren Kandidaten sich verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag dringliche Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten und die Gemeindewahlen zu stellen und nachdrücklich zu unterstützen, sowie für die Aufhebung der landesgesetzlichen Sonderbestimmungen gegen die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und der Gesindeordnungen und deren Ersatz durch Bestimmungen nach den Grundsätzen der Reichsgewerbeordnung einzutreten, ferner auch alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, welche geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen. Die Parteigenossen dürfen sowohl als Urwähler wie als Wahlmänner nur bei Erfüllung dieser Voraussetzungen für die bürgerlichen Parteien ihre Stimme abgeben.

c) Ist die Wahl eigener Wahlmänner möglich, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben.

d) Ist die Aufstellung eigener Wahlmänner unmöglich, so ist die Wahl von Wahlmännern solcher Parteien, welche die Bedingungen unter b) erfüllen, geboten.

3. Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesammtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, betraut der Parteitag den Partei-Vorstand mit dieser Aufgabe."

27. Der Genosse Ernst Wilhelm-Berlin: „Diejenigen Delegirten, welche zu Preußen gehörende Wahlkreise vertreten, beschließen folgende, den öffentlichen Versammlungen vorzulegende und beim preußischen Abgeordnetenhause einzureichende Resolution:

In Erwägung, daß der preußische Landtag auf Grund eines Dreiklassenwahlsystems gewählt eine wahre Volksvertretung nicht bildet, dieses Dreiklassenwahlsystem den im Jahre 1848 gewährleisteten Volksrechten zuwiderläuft, und ferner dieses Wahlsystem von Vertretern des Volkes nicht berathen, sondern von der Regierung aufoktroirt ist, wird ein hohes Abgeordnetenhaus aufgefordert, sofort in eine Verfassungsrevision dergestalt einzutreten, daß an Stelle des Dreiklassenwahlsystems ein dem Reichstagswahlrecht gleichstehendes allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht gesetzt wird. Das Herrenhaus ist aufzuheben."

Allgemeines.

28. Die Parteigenossen des 2., 4. und 5. Berliner und des Niederbarnimer Kreises: „Als 4. Absatz des § 9 des Organisationsstatuts zu setzen: Und einem Vertreter der Preßkommission des Zentralorgans (Vorwärts) der Partei."

29. Die Parteigenossen in Solingen: „Dem § 10 des Organisationsstatuts folgenden Zusatz beizufügen: Erklären sich gegen einen Beschluß des Parteitages mindestens 10 Wahlkreise mittels Kreisparteiversammlungsbeschlüsse, so muß die betreffende Frage der Gesammtpartei zur Abstimmung unterbreitet werden. Die Abstimmung hat ebenfalls in Kreisversammlungen zu erfolgen. Das Resultat wird nach Wahlkreisen berechnet."

30. Die Parteigenossen des Kreises Bielefeld-Wiedenbrück:

„1. Die Beschlüsse der Kreiskonferenzen in denjenigen Kreisen, welche eine Organisation haben, sind für die Parteigenossen im Kreise bindend. Aufgehoben können diese Beschlüsse nur werden durch die entsprechenden Bezirksparteitage oder den allgemeinen Parteitag. Auch haben die Kreiskonferenzen das Recht, die Delegirten zum Parteitag zu wählen.

2. Die Beschlüsse der Bezirksparteitage sind bindend für die Genossen des Agitationsbezirks. Aufgehoben können diese Beschlüsse nur werden durch den allgemeinen Parteitag.

3. Die Anordnungen der Kreisvertrauensmänner, welche sich auf die Agitation im Kreise beziehen, haben Giltigkeit für die Vertrauensmänner im Kreise."

31. Genosse Berfus-Berlin: „Die Berechtigung der Sonderorganisation der polnisch-sozialdemokratischen Partei ist vom Standpunkt der Agitation und des internationalen Solidaritätsgefühls anzuerkennen und auszusprechen."

32. Die Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: „Die Vertrauenspersonen haben bei Schluß der Session, falls nicht außergewöhnliche Ereignisse dies früher zur Pflicht machen, in ihren Kreisen ein Flugblatt zur Verbreitung zu bringen, welches die Thätigkeit der Parteien resp. ihrer Vertreter in das richtige Licht stellt. Diese Gelegenheit ist auch zugleich zu benutzen, um Propaganda für die Arbeiterpresse zu machen."

33. Die Parteigenossen des 3. Berliner Kreises: „Den Bericht des Partei-Vorstandes sowie den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit früher als bisher, 4 Wochen vor Tagung des Parteitages, herauszugeben."

34. Die Parteigenossen in Burg: „Falls Schumacher und seine aus der Partei ausgeschlossenen Anhänger gegen ihren Ausschluß Berufung einlegen, zur Tagesordnung überzugehen."

35. Die Parteigenossen des Kreises Torgau-Liebenwerda: „Jeder Wahlkreis kann einen Delegirten zum Parteitag senden. Die Kosten trägt ohne Ausnahme die Parteikasse."

36. Genosse H. Vogel in Charlottenburg: „Die Genossen eines jeden Reichstagswahlkreises haben das Recht, einen Delegirten aus ihrer Mitte zu den Parteitagen zu entsenden, für den die Parteikasse Reise- und Taggelder nach einem bestimmten Satze zahlt. Die Kosten für weitere Delegirte haben die betreffenden Wahlkreise selbst zu tragen."

37. Die Parteigenossen in Königsberg: „Der Partei-Vorstand wird ersucht, in Zukunft bei dem Ausgabeposten „Reichstagskosten" unter voller Wahrung der Parteiinteressen auf Ersparnisse hinzuwirken."

38. Die Parteigenossen in Elbing: „Die Agitation in Westpreußen in Zukunft mehr durch finanzielle Mittel zu unterstützen."

39. Dieselben: „Die Parteileitung wird beauftragt, öfters Referenten, wenn irgend möglich bekanntere Parteigenossen, nach Westpreußen zu senden, diese müssen an Orten, wo keine agitatorischen Kräfte sind, einige Tage verweilen und mit den Genossen über die Agitation berathen."

40. Die Parteigenossen in Halberstadt: „Der deutsche Parteitag möge den Partei-Vorstand beauftragen, im Laufe des nächsten Jahres eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande und besonders unter den ländlichen Arbeitern für Abschaffung der Gesindeordnungen und sonstigen Ausnahmebestimmungen, welche die landwirthschaftlichen Arbeiter bedrücken, sowie für Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen in Bewegung zu setzen und hiermit gleich die schärfere Betonung der Programmforderung: „Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel, Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung" zu verbinden."

Gleichzeitig möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gesindeordnungen sowie der Handhabung derselben sowie den aus dem heutigen Aerzte- und Apothekenwesen auf dem Lande hervorgehenden Mißständen mehr Beachtung widmet und bedeutend mehr Werth beilegt, als bisher."

41. Die Parteigenossen in Wangen: „Von Parteiwegen ist eine bedeutend intensivere Agitation in den schwarzen Bezirken zu veranlassen, und sind nur die besten Redner in solche Gegenden zu senden."

42. Genosse Kiekisch-Torgau: „Der Partei-Vorstand ist verpflichtet, sobald ein Redner für eine Tour in Aussicht genommen ist, dies den Kreisvertrauensleuten der angrenzenden Kreise mitzutheilen, damit dieselben Vorkehrungen für Abhaltung von Versammlungen treffen können."

43. Die Parteigenossen in Münster: „Der Partei-Vorstand ist verpflichtet, im „Vorwärts" stets den Aufenthalt resp. Reiseroute der Redner, welche auf Agitation geschickt werden, bekannt zu geben. Die Parteiblätter haben dieses ebenfalls zu veröffentlichen."

44. Genosse Wilhelm-Berlin: „Die sozialdemokratische Partei hat sofort in eine Agitation zur Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems und für Erringung des allgemeinen u. s. w. Wahlrechts durch dazu geeignete Flugblätter sowie durch öffentliche Versammlungen einzutreten."

Presse.

45. Die Parteigenossen des 4. Berliner Kreises: „Der „Vorwärts" wird in Zukunft in seiner Ausstattung so erweitert, daß derselbe den örtlichen Berliner Verhältnissen mehr Rechnung trägt, damit für eine bessere Verbreitung desselben Sorge getragen werden kann. Ferner werden jährlich zwei vollinhaltliche Agitationsnummern in Massenauflage herausgegeben".

46. Dieselben sowie die des 5. Berliner Kreises und die Genossinnen Berlins: „Die in Stuttgart unter der Redaktion von Frau Klara Zetkin erscheinende Frauenzeitschrift „Die Gleichheit" wird in das Eigenthum der Partei übernommen und, zur Förderung der Frauenbewegung und Schaffung eines einheitlichen Mittelpunktes für sie, die Redaktion nach Berlin verlegt. Der Partei-Vorstand wird aufgefordert, die nothwendigen Schritte mit möglichster Beschleunigung zu thun."

47. Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow ꝛc.: „Den „Vorwärts" als Morgen- und Abendausgabe erscheinen zu lassen und erwägen, ob der lokale Theil vergrößert werden kann, um für die Vororte mehr Raum zu gewinnen."

48. Die Parteigenossen des 1. Berliner Kreises: „Der Parteitag beauftragt den Partei-Vorstand, eine Kommission von betheiligten Faktoren und Sachverständigen zu berufen, die über nachfolgenden Antrag berathet und Stellung nimmt: In Erwägung, daß die Haltung und Sprache des „Vorwärts" als Zentralorgan wohl dem Verständniß der Genossen entspricht, jedoch andererseits die Ueberbrückung zu der weniger eingeweihten Bevölkerungsschicht fehlt, ist neben der Vorwärts-Ausgabe eine Abendzeitung mit besonderem Abonnentenstand herauszugeben, worin die neuesten Ereignisse gebracht und die politischen Tagesfragen in gemeinverständlicher Weise behandelt werden, im Uebrigen die lokale Arbeiterbewegung und die allgemeinen lokalen Begebenheiten mehr Berücksichtigung finden, zum Preise von ? (50—60 Pf.) monatlich als Extraorgan oder auch als Abendausgabe betrachtet mit dem „Vorwärts" zusammen zum Preise von ? (1,40 Mk.) bezogen werden kann. Zur Realisirung dieses Vorschlages ist der Annoncenaufnahme ein weiterer Rahmen zu ziehen."

Handbuch.

49. Die Parteigenossen des 4. sächsischen Kreises: „Das sozialpolitische Handbuch von Dr. Lux in verbesserter Form neu herauszugeben."

50. Die Parteigenossen des 5. sächsischen Kreises: „Das sozialpolitische Handbuch von Dr. Lux in verbesserter, der Zeit entsprechender Ausgabe erscheinen zu lassen und zu möglichst billigem Preis in Verkauf zu bringen".

51. Die Parteigenossen in Flensburg: Alljährlich, nach Schluß der Reichstagssession, zum Handbuch für Wähler ein Ergänzungsheft herauszugeben, enthaltend die neueren sozialpolitischen statistischen Zahlen, sowie einen parlamentarischen Bericht, hauptsächlich der namentlichen Abstimmungen."

Broschüren.

52. Die Parteigenossen in Höchst: Alljährlich ist eine Broschüre über die Thätigkeit des Reichstags nach Schluß jeder Session herauszugeben und dieselbe den Vertrauenspersonen und Agitationskommissionen auf Verlangen gratis zu überlassen."

53. Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow ꝛc.: „Die im Parteiverlage erscheinenden Broschüren billiger abzugeben, wenn dieselben den agitatorischen Zweck erfüllen sollen."

54. Dieselben sowie die Genossen des 6. Berliner Kreises: „Der Partei-Vorstand wird ersucht, alle speziell für die Landbevölkerung wichtigen Reichstagsverhandlungen in Broschürenform zwecks Agitation zur unentgeltlichen Verbreitung zu bringen."

55. Die Parteigenossen in Straßburg i. E.: „Die Bebel'sche Broschüre: „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!" — eventuell in ergänzender Ueberarbeitung — in Massenauflage herstellen und den Parteigenossen im Reiche unentgeltlich zur Agitation zu überlassen."

56. Die Parteigenossen des 7. sächsischen Kreises: „Der Partei-Vorstand erhält den Auftrag, einen Genossen zu beauftragen, die Preßstimmen und Aussprüche einflußreicher Parteiführer, die auf Verschlechterung des Reichstagswahlrechts gerichtet sind, in einer Broschüre zusammenzufassen und diese baldigst herauszugeben.

57. Die Genossen Grempe und Maaß-Berlin: „Alle in parteigenössischem Verlage erscheinenden und erschienenen Schriften sind zu volksthümlichen Preisen abzugeben und damit der Massenverbreitung die Wege zu ebnen."

58. Die Parteigenossen des 5. Berliner Kreises: „Der Parteitag beschließt, den Partei-Vorstand aufzufordern, unverzüglich eine Agitationsbroschüre herauszugeben, in welcher die Geschichte und Entwickelung des bestehenden Koalitionsrechts, seine Anwendung in der Rechtsprechung, seine Verschlechterung durch Polizei- und Verwaltungsmaßregeln, sowie alle darauf bezüglichen Dinge und Vorgänge eingehend geschildert werden. Die Broschüre soll aber nicht nur in sachlich referirender Weise gehalten sein, sie soll auch die Behandlung, welche den Arbeitern gegenüber seitens der gesetzgebenden Körperschaften, der Gerichte, der Verwaltungs- und Polizeibehörden beliebt wird, gebührend kennzeichnen und dem gegenüberstellen, in welcher Weise die Unternehmer von den maßgebenden Instanzen beschützt und gefördert werden nach dem Grundsatze des Herrn von Bötticher: „Wir arbeiten ja nur für Sie." Alles das soll mit dem überreichlich vorhandenen Thatsachenmaterial statistisch belegt werden. Der Preis soll 10 Pfg. nicht übersteigen.

Flugblätter.

59. Die Parteigenossen in Braunschweig: „Der Partei-Vorstand wird beauftragt, ein Flugblatt herauszugeben, welches den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei der kaiserlichen Rede in Oeynhausen gegenüber vertritt. Dieses Flugblatt soll in ganz Deutschland verbreitet werden."

60. Die Parteigenossen in Aachen: „Um dem Volke die Unzulänglichkeit des preußischen Wahlgesetzes klarzulegen, ferner unter Berücksichtigung auf die im Volke herrschende Unwissenheit über den Zweck und die Ausübung des „preußischen Landtagswahl-Gesetzes" ist es unumgänglich nothwendig, daß die Parteileitung durch ganz Preußen ein Flugblatt vertheilen läßt, wodurch dem Volke die ihm nöthige Aufklärung gegeben wird."

61. Die Parteigenossen des 1. Hamburger Kreises: „Der Partei-Vorstand wird beauftragt, eine Reihe von Flugschriften herauszugeben, die an der Hand des Programms die Stellung der Partei zu den verschiedenen Fragen beleuchten, u. A.: „Wie stellt sich die Partei zum Militarismus, zur Religion, zur Schule, zur Rechtspflege, zur Steuergesetzgebung, zur Arbeiterschutzgesetzgebung, zu den Versicherungsgesetzen u. s. f." Diese Flugschriften sind möglichst zum Selbstkostenpreise abzugeben, damit je nach der Bevölkerung und dem Bedürfniß die einzelnen Wahlkreise diese Flugschriften in Massen zur Agitation beziehen können.

Allgemeines.

62. Die Parteigenossen in Düsseldorf: „Die Partei-Schriftsteller sind gehalten, bei Fremd- und anderen Wörtern, die in Schrift und Aussprache verschieden sind, die deutsche Aussprache in Klammern oder Randnote hinzuzusetzen."

63. Die Parteigenossen in Halberstadt:

„1. Es ist in unserem Zentralorgan „Vorwärts" eine Rubrik „Sprechsaal" einzurichten. Jeder organisirte Parteigenosse soll das Recht der freien Meinungsäußerung durch Benutzung dieser Rubrik genießen. Jeder für den „Sprechsaal" des Vorwärts eingesandte Artikel muß aufgenommen werden, wenn er folgenden Voraussetzungen entspricht. Thema: Jede Partei- und politische Frage; Umfang: Nicht über eine Spalte. Der Artikel darf keine persönlichen Beleidigungen enthalten und die Redaktion nicht der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen.

2. Es ist auf Kosten der Partei ein Preßbureau für außerdeutsche Angelegenheiten zu errichten, durch welches die deutschsprachlichen sozialdemokratischen Zeitungen mit selbständigen unparteiischen Berichten vom Auslande und Uebersetzungen aus amerikanischen, englischen und französischen Zeitungen unentgeltlich versorgt werden, um unsere Parteipresse dadurch von der deutschen gegnerischen Presse auch in Beziehung auf ausländische Nachrichten und außerdeutschen Angelegenheiten völlig unabhängig zu gestalten."

64. Genosse Petzold-Breslau: „Allen Agitationskomitees, Vertrauensleuten u. s. w. wird empfohlen, bei Herausgabe von Flugblättern gleichzeitig mit unseren Ideen die Texte unserer Kampfeslieder auf dem Agitationsmaterial zu veröffentlichen."

65. Genosse Scholz-Dresden: „Die Parteipresse hat jedem Parteigenossen auf Verlangen zur Aeußerung seiner Ansichten offen zu stehen und sind Einsendungen, welche der Einsender mit seinem Namen zeichnet, möglichst wortgetreu, zum mindesten jedoch sinngetreu aufzunehmen. Die Redaktionen sind nicht zu einer Zensur solcher Artikel berechtigt und dürfen in solchem Falle nur etwa strafbare Wendungen entsprechend ändern."

Parlamentarisches.

66. Die Parteigenossen in Braunschweig: „Die Fraktion zu beauftragen, sofort nach Zusammentritt des Reichstages wegen der angekündigten Zuchthausandrohung für Streikanreizer zu interpelliren und die stenographischen Berichte darüber als Flugschrift zu verbreiten."

67. Die Genossen Kiekisch und Schumann in Torgau und die Genossen in Hildesheim: „Die Reichstagsfraktion ist verpflichtet, den Antrag auf Einführung der dreijährigen Legislaturperiode in jeder Session zu wiederholen."

68. Die Parteigenossen des 4. sächsischen Kreises: „Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, den Antrag: „Einführung eines gesetzlichen achtstündigen Arbeitstages" erneut im Reichstag einzubringen."

69. Dieselben: „Der Parteitag in Stuttgart wolle dahin wirken, daß die Reichstagsfraktion keine Gelegenheit vorübergehen läßt, für ein einheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz für ganz Deutschland einzutreten."

70. Die Parteigenossen in Königsberg: „Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, eine Interpellation an die verbündeten Regierungen zu richten, wann dieselben, entsprechend dem Beschluß des Reichstags vom 11. März 1897, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen gewillt sind, wodurch die Rechtsverhältnisse zwischen den land- und forstwirthschaftlichen Arbeitern, sowie dem Gesinde einerseits und deren Arbeitgebern andererseits reichsgesetzlich geregelt werden."

71. Die Parteigenossen des Kreises Calbe-Aschersleben: „Die Reichstagsfraktion zu verpflichten, in der nächsten Reichstagssession einen Gesetzentwurf zum Schutze der in der Landwirthschaft beschäftigten Kinder und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen einzubringen."

72. Die Parteigenossen in Harburg: Der Reichstagsfraktion ist zur Berücksichtigung zu überweisen folgender Antrag: „Alle möglichen Gelegenheiten sind zu ergreifen, um im Sinne einer praktischen Landproletarierpolitik 1. die Abschaffung der Gesindeordnungen und Koalitionsverbote für ländliche Arbeiter und Gesinde, 2. die Errichtung von nach Art der Gewerbegerichte organisirter Landarbeiter- und Gesindegerichte, 3. die Gewährung unentgeltlicher ärztlicher Hilfe und freier Medizin auf dem Lande anzustreben."

73. Die Parteigenossen in Mainz: „Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion ersuchen, bei erster Gelegenheit einen Antrag auf Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit einzubringen."

74. Die Parteigenossen in Lüneburg: „Die Reichstagsfraktion ist aufzufordern, im Reichstag die Einführung eines Milizheeres zu beantragen."

75. Die Parteigenossen des Kreises Duisburg: „Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, mehr als bisher für Beschleunigung der Wahlprüfungen im Reichstage einzutreten."

76. Die Parteigenossen in Hildesheim: „Die Fraktion zu beauftragen, im Reichstage einen Antrag einzubringen, welcher besagt, daß bei den Reichstagswahlen in allen Wahlbezirken verschlossene Wahlurnen verwendet werden und nicht, wie das in unserem Wahlkreise so üblich, auf den Ortschaften offene Suppenschüsseln als Wahlurnen dienen."

77. Die Parteigenossen in Oberursel: „Auf unsere Reichstagsfraktion einzuwirken, daß dieselbe in der nächsten Session einen Antrag einbringt, wonach die verfügbaren Gelder der Alters- und Invalidenversicherung zu dem mäßigen Zinsfuß von 1 pCt. zu gemeinnützigen Zwecken abgegeben werden."

78. Die Parteigenossen des 5. Berliner Kreises: „Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, bei der Berathung des Militäretats den Antrag zu stellen auf Einführung des Milizsystems resp. der allgemeinen einjährigen Dienstzeit."

79. Genosse Vieth in Berlin: „Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, den in die Budget- und andere Kommissionen entsandten Abgeordneten das Eingehen von Versprechungen, welche sich auf die Geheimhaltung seitens der Regierungsvertreter gemachter vertraulicher Mittheilungen beziehen, nicht zu gestatten."

80. Derselbe: „Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, auf den ihr im Präsidium des Reichstags zustehenden Posten nicht, wie vor fünf Jahren, freiwillig zu verzichten, sondern ihre Ansprüche darauf mit allen Mitteln zur Geltung zu bringen."

81. Derselbe: „Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, mit dem im Reichstage herrschenden Usus zu brechen, wonach die Person des Kaisers nicht in die Debatte gezogen werden darf."

82. Die Parteigenossen des 10. badischen Kreises: „Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, in der beginnenden Legislaturperiode einen neuen Arbeiterschutzgesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen."

Resolutionen.

83. Die Parteigenossen in Braunschweig: „In Bezug auf den Braunschweiger Streitfall tritt der Parteitag folgender Entscheidung der Braunschweiger Parteigenossen bei:

„In Erwägung, daß der neue sozialdemokratische Verein gegründet worden ist, um die Durchführung der in Kraft getretenen Parteibeschlüsse zu erschweren und zu hintertreiben,

in Erwägung, daß der Verein sich berechtigt glaubte, durch Veranstaltung einer besonderen Lassallefeier eine Spaltung unter den Parteigenossen hervorzurufen und die von Parteigenossen aufgebrachten Gelder anderen Stellen als der Parteikasse zuzuführen,

in Erwägung, daß die Versammlungen des Vereins nur dem Zweck dienen, persönliche Streitigkeiten unter den Genossen anzustiften und die leitenden Genossen zu beschimpfen,

in Erwägung, daß die Mitglieder des Vereins verschiedentlich gegen die Ausbreitung des Parteiorgans, des „Volksfreund“, gearbeitet haben,
beschließt die Versammlung, der neue sozialdemokratische Verein steht außerhalb der Partei und hat nicht das Recht, Handlungen und Aeußerungen im Namen der sozialdemokratischen Partei zu vollziehen. Mitglieder dieses Vereins können daher nicht zugleich Mitglieder der Parteiorganisation, des sozialdemokratischen Arbeitervereins, sein und sind, wenn sie ihre dortige Mitgliedschaft nicht aufgeben, nicht mehr als Parteigenossen zu betrachten.“

84. Die Parteigenossen des 8. sächsischen Kreises: „Den Partei-Vorstand zu beauftragen, dem im Jahre 1899 zusammentretenden Parteitage, sofern bis dahin die diversen Verbote des Inverbindungtretens politischer Vereine in den deutschen Vaterländern aufgehoben sind, ein Organisationsstatut, den Gedanken der Zentralisation in fester Form festlegend, zur Beschlußfassung zu unterbreiten.“

85. Die Parteigenossen des 5. Berliner Kreises: „Das durchweg arbeiterfeindliche und zage Verhalten der freisinnigen Parteien bietet keinen Schutz gegen die Reaktion. Wirklicher und wirksamer Widerstand gegen alle volksfeindlichen Pläne wird durch bürgerliche Parteien niemals geleistet werden.

Der Hamburger Parteitagsbeschluß von 1897 bezüglich der Betheiligung an den Landtagswahlen ist aufzuheben und dafür eine energische Agitation zur Erringung des allgemeinen Stimmrechts für den Landtag zu entfalten.

Durch stete allgemeine Wahlenthaltung ist die völlige Bedeutungslosigkeit der Landtagswahl für die Interessen des Volkes am besten zu erweisen.“

86. Die Parteigenossen des 6. sächsischen Kreises: „Um eine energische und umfassende Agitation zur Feier des 1. Mai zu entfalten, beschließt der Parteitag:

Die Parteileitung wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß eine planmäßige Agitation für den Achtstundentag in Versammlungen, durch die Presse und durch Flugblätter betrieben wird.

Der Parteitag wiederholt die Forderung, für die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai zu sorgen.

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, den Achtstundentag aufs neue im Reichstage einzubringen.

Ebenso soll sie den Arbeiterschutzgesetzentwurf von 1890 in entsprechend abgeänderter Form wieder einbringen.

Sie hat bald nach dem Zusammentreten des Reichstages über das Schicksal des vom Reichstage gefaßten Beschlusses über die Einschränkung der übermäßig langen Arbeitszeit zu interpelliren.

Sie wird ferner ersucht, den Antrag auf Veranstaltung einer Enquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn einzubringen.

Die Landtagsfraktionen werden beauftragt, Gesetzentwürfe, oder, wo das nicht möglich ist, Interpellationen zur Einführung des Achtstundentages in allen Staatsbetrieben einzubringen.“

87. Die Parteigenossen des 6. sächsischen Kreises: „Die Sozialdemokratie erblickt in dem Bestreben des Kapitals, mit Gewalt Kolonialmärkte zu erschließen, seine Unfähigkeit, die Produktivkräfte zu beherrschen, die es selbst entwickelt hat.

Um den Waarenüberfluß zu beseitigen, fordert die Sozialdemokratie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Volksarmuth im eigenen Lande. Das deutsche arbeitende Volk kann selbst die Waaren verbrauchen, die es produzirt.

Die Sozialdemokratie bekämpft die Kolonialpolitik, weil durch sie und die damit unzertrennlich verbundenen Marineausgaben dem Volke Steuerlasten auferlegt werden, während den Nutzen davon nur die Großkapitalisten haben und weil das Endresultat der kolonialen Entwickelung eine Steigerung der Ueberproduktion und eine Handelskrisis sein muß, die zahlreiche Arbeitermassen aufs Pflaster werfen wird."

88. Die Parteigenossen des 6. sächsischen Kreises: „Die Sozialdemokratie erblickt im stehenden Heere die Hauptstütze des Ausbeuterstaates, eine enorme Vergeudung von Volkskraft und Volksgut und eine bleibende Gefahr für den Frieden unter den Völkern, sowie in der jetzigen preußisch-deutschen militärischen Organisation die bedingungslose Auslieferung der Söhne des Volkes unter das Kommando der Sprößlinge der Adelsfamilien und der Plutokratie.

Sie stimmt deshalb bis zur Einführung der Volksmiliz gegen die von der Regierung geforderte Präsenzstärke des Heeres und gegen alle Aufwendungen für die Waffenrüstung inklusive Geschütze und Munition, sowie gegen alle Festungs- und Kasernenbauten."

89. Die Parteigenossen des 6. sächsischen Kreises: „Die Sozialdemokratie bekämpft grundsätzlich den kapitalistischen Staat, weil er die Schutzwehr der Ausbeutung und der Apparat zur Unterdrückung der Arbeiter ist und mit dem Gute und Blute der ausgebeuteten Volksmassen die Beutezüge des Kapitals und die Konkurrenzkämpfe der Kapitalistengruppen wie der nationalen Kapitalistenklassen untereinander bezahlt.

Die Regierungen vermögen der Arbeiterklasse innerhalb der ihnen durch den kapitalistischen Charakter des Staates gezogenen Schranken entweder mit brutaler Gewalt oder mit der Politik der ruhigen Ueberlegung und Vermittlung entgegenzutreten.

Im ersteren Falle suchen sie die Arbeiter einzuschüchtern, im zweiten die Energie ihres politischen Auftretens einzudämmen.

Wenn auch die Erbitterung, mit der der Klassenkampf geführt wird, vom Verhalten der Regierung beeinflußt wird, so fürchtet doch die Sozialdemokratie die Unterdrückungsmaßregeln nicht. Ebensowenig darf sie mit den Regierungen Kompromisse eingehen.

Sie richtet ihre Politik nicht nach dem jeweiligen Verhalten der Regierungen, die nur die vollziehende Macht des kapitalistischen Staates ist, sondern nach der Klassenstellung des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats.

Ihr Ziel bleibt unter allen Umständen der Sturz der herrschenden Klasse und die Ergreifung der politischen Macht, um den kapitalistischen Charakter des Staates zu beseitigen, und ihn aus einem Unterdrückungswerkzeuge zu einem Befreiungsmittel der Arbeiterklasse zu machen."

90. Die Parteigenossen Kohn, Friedländer, Liepmann und 15 Genossen in Berlin: „Ausgehend von der Ueberzeugung, daß eine Besteuerung der Waarenhäuser in jeder Form nicht im Stande ist, der Weiterentwickelung des Großbetriebes im Handel irgend welche Schranken zu setzen, die Kosten und Lasten dieser Steuern vielmehr von den Geschäftsinhabern auf die Angestellten abgewälzt werden, spricht sich der Parteitag gegen jede Besteuerung der Waarenhäuser aus."

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

91. Die Parteigenossen des 5. Berliner Kreises: Dem § 9 des Organisationsstatuts als Absatz 4 einzufügen: Der Parteitag setzt die Diäten der Delegirten fest und sind dieselben aus der Parteikasse zu zahlen.

92. Die Parteigenossen des Kreises Kassel: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, in der nächsten Session des Reichstags einen Ergänzungsantrag zu § 43 al. 3 und 4 der Reichsgewerbeordnung einzubringen, dahingehend, daß die öffentliche Vertheilung von Druckschriften zu Wahlzwecken gesetzgebender Körperschaften jederzeit, also auch Sonntags, ohne vorherige polizeiliche Erlaubniß stattfinden könne.

93. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Handlungsweise bestimmter Behörden in Zukunft unmöglich gemacht wird, welche uns auf Grund einer älteren kurhessischen Sabbathordnung die Abhaltung von Versammlungen am Sonntag Mittag zwischen der Ortskirchenzeit verboten haben.

94. Die Reichstagsfraktion wird unter Hinweis auf die Oeynhauser Kaiserrede beauftragt, im Reichstage abermals den Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen (§ 95 St.-G.-B.) zu stellen.

95. Die Parteigenossen des Amtes Brackenheim: Resolution: „In Erwägung; daß die demokratischen Forderungen, welche die Sozialdemokratie an den heutigen Staat und Gesellschaft stellt, innerhalb derselben doch nicht endgiltig verwirklicht werden, sondern daß nur der Sozialismus im Stande ist, diese zu verwirklichen, fordert die heutige Mitgliederversammlung, daß bei Wahlversammlungen und bei der Agitation unsere letzten Ziele, die sozialistische Gesellschaftsorganisation, mehr als bisher in den Vordergrund zn treten habe."

96. Die Parteigenossen in Ottensen: Unsere Reichstagsabgeordneten werden ersucht, mit aller Energie und Nachdruck für Aufhebung des Impfzwangs, als einer veralteten dem Fortschritt der Zeit ins Gesicht schlagenden Einrichtung, einzutreten.

97. Resolution. Der Parteitag erklärt:

Der Parteitag begrüßt den Abrüstungsvorschlag des Kaisers von Rußland an sämmtliche Regierungen als eine Bekräftigung dafür, daß die entschiedene Opposition, die bis jetzt die Sozialdemokratie aller Länder den an Wahnsinn grenzenden militärischen Rüstungen entgegensetzt, ihre volle Berechtigung hat.

Die Sozialdemokratie ist mit dem Kaiser von Rußland darin einverstanden, daß die finanziellen Lasten, die diese unsinnigen Rüstungen den Völkern auferlegen, „die Volkswohlfahrt in der Wurzel treffen und die geistigen und physischen Kräfte der Völker in unproduktiver Weise aufzehren".

Der Parteitag konstatirt aber ausdrücklich, daß diese völkerverderbenden Rüstungen ausschließlich das Produkt des Ehrgeizes, der Eroberungs- und Herrschsucht der leitenden Klassen sind; daß die stehenden Heere eingestandenermaßen als Werkzeuge für die Unterdrückung der Völker und zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft dienen und daß bisher es Rußland mit in erster Linie war, das auf diesem Wege voranging, wie denn auch das russische Volk noch gegenwärtig das einzige Kulturvolk Europas ist, das selbst der ersten Anfänge zur Selbstregierung entbehrt.

Der Parteitag ist deshalb der Meinung, daß, soll der Vorschlag des Kaisers von Rußland ernst genommen werden, es nothwendig ist, daß die russische Regierung im eigenen Lande mit gutem Beispiel vorangeht, weitere

Rüstungen einstellt, die grausame Verfolgung politisch Andersdenkender aufhebt und dem russischen Volke diejenigen Rechte und Freiheiten gewährt, ohne die kein Volk seine Kulturmission erfüllen kann.

Im Uebrigen betrachtet der Parteitag das Vorgehen des russischen Kaisers als ein Zeichen, daß selbst in den autokratischen Kreisen Europas die Verderblichkeit der militärischen Rüstungen anerkannt wird — mögen auch politische Hintergedanken gewichtigster Natur zum Ausspruch dieser Erkenntniß beigetragen haben — und daß es hiernach erst recht Aufgabe der Sozialdemokratie und speziell ihrer Vertreter in den Parlamenten sein muß, diese Ansicht durch ihre Thätigkeit in immer weitere Kreise zu verbreiten und energischen Widerstand jedem Versuch zu leisten, die militärischen Rüstungen zu verstärken.

Nach Ansicht des Parteitages wahren die Völker ihre „heiligsten Güter" am sichersten, wenn sie den Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Völkerfrieden, Völkerfreiheit und Völkerwohlfahrt durch kräftige Förderung des sozialen Fortschritts im Sinne der Aufhebung der Klassengegensätze und der Hebung des Wissens und der Bildung auf allen Gebieten sich anschließen, die stehenden Heere beseitigen und für Schlichtung etwaiger internationaler Streitigkeiten denselben Weg betreten, den in jedem Kulturstaat die Bürger in Streitfällen betreten müssen, den Weg gerichtlicher Entscheidung. Denn so lange noch christlich sich nennende Regierungen und herrschende Klassen nur menschenmordende Kriege mit ihrem Gefolge von Jammer, Elend und allgemeinem Verderben als Weg zur Schlichtung von internationalen Streitigkeiten betrachten, ist unsere sich christlich nennende Zivilisation der blutigste Hohn und die stärkste Blasphemie auf die religiösen Lehren, die in Schulen, Kirchen und Kasernen gepredigt werden, ein Zeichen der Tartüfferie, die eine der moralischen Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaft geworden ist. **Bebel.**

98 (und 105). (Neue Fassung der Resolutionen 98 und 105.) **Resolution.**
Der Parteitag erklärt:

Die im Laufe des letzten Jahres seitens der ungarischen und der italienischen Regierung gegen die Anhänger der Sozialdemokratie und anderer oppositioneller Richtungen verübten Maßregelungen und Gewaltstreiche fordern durch ihre Grausamkeit und Gemeinheit die Entrüstung aller rechtlich Denkenden heraus.

Die sogenannten Rechtsnormen, die hierbei gegen die unglücklichen Opfer in Anwendung kamen — die brutale Polizeigewalt in Ungarn, die Farce der Militärgerichte in Italien —, kennzeichnen die beiden Staaten als Halbbarbarenstaaten und ihre herrschenden Klassen, unter deren Beifallsgeheul die Gewaltakte vollzogen wurden, als bar jeden Menschlichkeitsgefühls. Die Schuld dieser Klassen wird schon bewiesen durch die in jeder Beziehung entsetzlichen Zustände der unteren Volksschichten in Ungarn und Italien, Zustände, die das arbeitende Volk zur Massenflucht aus einem Vaterland nöthigen, das nur Elend und Noth, grausame Unterdrückung und Ausbeutung in den scheußlichsten Formen für sie übrig hat, und halbverthierte Messerstecher und Attentäter wie Luccheni erzeugt.

Diese Zustände sind ein abschreckendes Beispiel für ein jedes Kulturland, denn sie zeigen, was eine raubgierige und unterdrückungssüchtige Aristokratie und Bourgeoisie aus einem fleißigen Volke und einem fruchtbaren Lande zu machen vermögen.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller ehrlichen Leute auf diese Zustände.

Der Parteitag erklärt ferner:

Die Versuche, den Meuchelmord an der Kaiserin von Oesterreich gegen die Sozialdemokratie auszunutzen, um Ausnahmegesetze oder sonstige reaktionäre Maßregeln zu rechtfertigen, betrachtet der Parteitag als ein Attentat auf die kümmerlichen Rechte und Freiheiten des arbeitenden Volkes.

Keine Partei hat mehr als die Sozialdemokratie die Anschauung als falsch und verderblich bekämpft, daß der Mord, begangen an Personen in einflußreichen politischen Stellungen, irgend eine Verbesserung der bestehenden Zustände herbeiführen könne. Nicht die einzelne Person bestimmt den Gang der Dinge, sondern die herrschenden Klassen, gestützt auf ihre Machtmittel und ihren Einfluß.

Wenn trotzdem gewisse Leute versuchen, den Meuchelmord an der österreichischen Kaiserin in dem angedeuteten Sinne zu verwerthen, so nur weil sie durch Gewaltsmaßregeln gegen das arbeitende Volk ihre niedrigen, selbstsüchtigen Klasseninteressen fördern und ihren brennenden Haß gegen das Streben der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen, menschenwürdige soziale und politische Zustände herbeizuführen, befriedigen wollen.

Der Parteitag spricht den Vertretern dieser arbeiterfeindlichen Bestrebungen die ihnen gebührende Verachtung aus. Liebknecht. Bebel.

99. Gottschalk-Königsberg, Braun-Königsberg: Der Partei-Vorstand wird angewiesen, die Agitation in den ostelbischen Provinzen, ganz besonders die Agitation unter den ostpreußischen Landarbeitern, freigebiger als bisher durch Geldmittel und unentgeltliche Hergabe von propagandistisch brauchbarer Literatur zu unterstützen.

100. Gottschalk-Königsberg, Otto Braun-Königsberg: Der Partei-Vorstand wird aufgefordert, eine Broschüre herstellen zu lassen, welche die wirthschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und des Gesindes, sowie die Stellung der politischen Parteien gegenüber den auf Hebung und Besserung dieser Verhältnisse gerichteten Bestrebungen volksthümlich auseinandersetzt, und möglichst Genossen Bebel oder Genossen Haase-Königsberg für diese Aufgabe zu gewinnen.

101. Antrag Patzer u. Gen. zur „Agitation".

Der Partei-Vorstand wird beauftragt, jährlich in periodischen Zeitläuften in den verschiedenen Theilen Deutschlands von den bekannteren Rednern der Reichstagsfraktion Agitationstouren ausführen zu lassen, und zwar mit ganz besonderer Berücksichtigung der kleinen Industrie- und Mittelstädte.

102. Resolution zu Punkt 7 der Tagesordnung.

Der Parteitag sieht in der nach dem Sturze des Fürsten Bismarck eingeleiteten Handelsvertragspolitik einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem früheren internationalen Wettrennen nach immer neuen gegenseitigen Zollerhöhungen.

Das Interesse der deutschen Arbeiterklasse erfordert auch für die Zukunft nicht nur die möglichste Sicherstellung unserer Ausfuhr, durch umfassende vertragsmäßige Bindung der Auslandszölle, sondern auch die weitere Ermäßigung und schließliche Aufhebung aller unserer Lebensmittelzölle, welche gerade die ärmsten Schichten der Bevölkerung am schwersten bedrücken und in der Erhöhung ihrer Lebenshaltung hemmen.

Jeden Versuch der vereinigten Industrie- und Agrar-Hochschutzzöllner, die nothwendige Revision unseres Zolltarifs zu neuen Zollsteigerungen zu benutzen, wird die Partei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen als einen Beutezug gegen die deutschen Arbeiter und Konsumenten, der zudem das Ausland zu feindlichen Gegenmaßregeln herausfordern und zu erbitterten Zollkriegen führen muß. Schippel.

103. **Resolution Kautsky zu Punkt 7 der Tagesordnung.**

In Erwägung:

1. daß Lebensmittelzölle eine künstliche Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse herbeiführen und die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in Stadt und Land herabdrücken;

2. daß bei den heutigen Machtverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im Deutschen Reiche die Industriezölle nothwendigerweise mit Lebensmittelzöllen zusammenfallen;

3. daß die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um den Zollschutz entrathen zu können;

4. daß der Schutzzoll bei entwickelter Großindustrie das wirksamste Mittel ist die Bildung von Kartellen, Trusts und anderen festgeschlossenen Unternehmerverbänden zu fördern;

5. daß diese Verbände die Aufgabe haben, die Preise der Waaren über ihr normales Niveau zu erheben, wodurch sie stets die Masse der Konsumenten und speziell die Arbeiter, oft aber auch die Industrie selbst schädigen, die durch den „Schutz der nationalen Arbeit" angeblich gefördert werden soll, der sie aber die nothwendigsten Rohmaterialien und Hilfsstoffe (Eisen, Kohle) vertheuern;

6. daß diese Verbände aber auch ein mächtiges Mittel sind, die Vereinigungen der Arbeiter lahmzulegen, alle ihre Bestrebungen nach Hebung ihrer Lage zu nichte zu machen und sie in ein modernes Helotenverhältniß herabzudrücken;

7. daß die Schutzzölle gleichzeitig als Finanzzölle wirken und den Regierungen die reichsten Mittel liefern, den Militarismus zu entwickeln, der ohne die Schutzzollpolitik nie zu seiner jetzigen Höhe hätte gelangen können;

8. daß endlich die Schutzzölle der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenwirken, indem sie die aus den kapitalistischen Produktions- und Absatzverhältnissen entspringenden Interessengegensätze zwischen den Nationen künstlich vertiefen,

erklärt der Parteitag: die Schutzzollpolitik im Deutschen Reich wie in jedem Staatswesen entwickelter Großindustrie ist unvereinbar mit den Interessen des Proletariats, der Konsumenten, der ökonomischen und politischen Entwickelung und liegt allein im Interesse der großen Land- und Industriemonopolisten, sowie des Militarismus und der nicht unter demokratischer Kontrolle stehenden Regierungen, also der schlimmsten Feinde des Proletariats und der Demokratie. Es sind dieselben Klassen, die den Arbeiterkoalitionen mit dem Zuchthaus drohen und die Unternehmerkoalitionen durch den Schutzzoll zusammenschweißen.

Es ist daher geboten, namentlich bei der Erneuerung der Handelsverträge, jeden Schritt im Sinne der Verkehrsfreiheit zu unterstützen, dagegen alle Maßregeln aufs Schärfste zu bekämpfen, die auf Erhaltung oder gar Verstärkung des heutigen schutzzöllnerischen Regimes abzielen.

Kautsky. Bebel. Singer. Zetkin. Liebknecht. Meist. Stadthagen. Schoenlank. Schmidt-Frankfurt. Krumm. Hildenbrand. Gradnauer. Oertel. Herbert. Ulrich-Stuttgart. Segitz. Vollmar. Scherm. Heimann. Heymann.

104. Beantrage unter Zurückziehung des Antrags 93: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, das Vereins- und Versammlungsrecht, welches jetzt durch die Sabbathordnungen einzelner preußischer Provinzen aufs Höchste gefährdet wird und somit einen hauptsächlichen Theil unserer praktischen Agitation lahmlegt, durch einen im Reichstag einzubringenden Gesetzentwurf sicher zu stellen.

Thiel-Kassel.

105 siehe unter **98.**

106. Resolution zum Punkte Koalitionsrecht.

Unter der kapitalistischen Produktionsweise hat die Unternehmerklasse das Bestreben, jeden Fortschritt in der Produktionstechnik, jede Einführung arbeitsparender Maschinen, jede ihnen günstige Konjunktur des Arbeitsmarktes dahin

auszunützen, die Löhne der Arbeiter zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern und die politische und wirthschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterklasse zu erhöhen.

Die Arbeiter haben daher im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Hebung ihrer Lebenshaltung die Pflicht, mit allen im heutigen Klassenstaat verfügbaren politischen und wirthschaftlichen Kampfmitteln dieses kulturfeindliche Bestreben der Unternehmerklasse zu vereiteln.

Ein unentbehrliches Mittel zur Verbesserung der Lebenslage und zur Erhöhung der politischen und wirthschaftlichen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse ist die gewerkschaftliche Organisation und die ungehinderte Benutzung eines gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes.

Der Parteitag erklärt es als eine der ersten Aufgaben der Gesetzgebung, allen Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren und es gegen die unablässigen Anschläge des Unternehmerthums sicher zu stellen. Er wendet sich daher entschieden gegen die Drohung in der Tischrede des Kaisers zu Oeynhausen am 6. September 1898, demnächst der Volksvertretung einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, wonach Jeder mit Zuchthaus bestraft werden soll, der „gar zu einem Streik anreizt".

Streikandrohung und Streikverhängung sind für die Arbeiter im wirthschaftlichen Kampfe eben solche Waffen wie Aussperrungen, Kündigungsandrohung bei beabsichtigter Lohnherabsetzung u. dgl. für die Unternehmer, die durch ihre soziale Stellung und ihre geringe Anzahl den Arbeitern gegenüber im Vortheil sich befinden und soweit sie in Verbänden, Ringen und Syndikaten koalirt sind, von vornherein eine ungeheure Uebermacht gegenüber den Arbeiter besitzen.

Der Parteitag fordert die deutschen Arbeiter ohne Unterschied der politischen und religiösen Anschauungen auf, sobald dem Reichstag eine solche oder ähnliche Vorlage zugeht, Protestversammlungen zu veranstalten und die Abgeordneten zur Stellungnahme gegen eine solche Vorlage zu drängen.

Der Parteitag erblickt in der Kaiserrede das unzweideutige Zeugniß, daß die in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 in Aussicht gestellte Sozialreform seitens der Regierung aufgegeben ist. Der nunmehr erst im richtigen Lichte erscheinende Erlaß des Grafen Posadowsky zeigt, daß das Reichsamt des Innern statt des früher in Aussicht gestellten „Schutzes gegen eine willkürliche und schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft eine Politik der Unterdrückung der Arbeiterbestrebungen auf wirthschaftlichem Gebiete einleitet — eine Politik, die den letzten Arbeiter über das Märchen vom „sozialen Königthum" aufklären und ihn davon überzeugen muß, daß im heutigen Klassenstaat die Regierung immer mehr und immer deutlicher die Sachwalterin der Kapitalisteninteressen wird und allein die Sozialdemokratie die rückhaltlose und offene Vertreterin der Arbeiterinteressen ist.

107. Resolution über die preußischen Landtagswahlen.

Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen unter dem Drei-klassen-Wahlsystem kann nicht wie die an den Reichstagswahlen als eine Heerschau betrachtet werden, als ein Mittel, durch die Zählung unserer Stimmen einen moralischen Erfolg zu erreichen, sondern nur als ein Mittel, bestimmte praktische Erfolge zu erzielen, namentlich die Abwendung der Gefahr, daß die krasseste Reaktion die Mehrheit im Landtag erlangt.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, erklärt der Parteitag, daß die Betheiligung an den Landtagswahlen nicht in allen Wahlkreisen geboten ist, umsoweniger als bei der Kürze der Zeit, die uns von den preußischen Landtagswahlen trennt, nicht daran gedacht werden kann, die in dieser Frage jetzt weit auseinandergehenden Meinungen innerhalb der Partei einander so zu nähern, daß ein einheitliches Vorgehen der Gesammtpartei möglich ist.

Unter diesen Umständen überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Wahlkreise, über die Frage der Betheiligung zu entscheiden. Wird in einem Wahlkreis die Betheiligung beschlossen, so werden, falls es sich dabei um eine Unterstützung bürgerlicher Oppositionskandidaten handelt, die Kandidaten sich verpflichten müssen, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen.

Die zu dem Punkte preußische Landtagswahlen gestellten Anträge sind durch die Annahme dieser Resolution erledigt.

108. Resolution zum Bergarbeiterschutz. Die ständig an Intensität zunehmende großkapitalistische Gewinnung der Erdschätze (Kohlen, Erze, Salze 2c.) hat für die dabei betheiligten Arbeiter eine außerordentliche Zunahme der Unfallsgefahr zur Folge. Seitdem die deutschen Bundesstaaten, von der Mitte bis zum letzten Drittel dieses Jahrhunderts an, allmälig das Direktionsprinzip (Leitung der Gewinnungsarbeiten im Bergbau nur durch staatliche Betriebsbeamte, und Anlegung und Ablegung der Arbeiter staatlicherseits) aufgaben, also den Grubenbetrieb für das Privatkapital freimachten, nimmt auch die Zahl der im Betrieb getödteten und verletzten Bergarbeiter rapide zu, wie die amtlichen Statistiken lehren. Die heute im Sinne der verschiedenen deutschen Berggesetze (z. B. der §§ 198 und 199 des Allgemeinen Preußischen Berggesetzes vom 24. Juni $\frac{1865}{1892}$ gehandhabte Beaufsichtigung der Bergwerke durch die staatlichen Kontrollbeamten, hat die Zunahme der Betriebsunfälle nicht hindern können. Unsere heutige Berginspektion ist, wie die in letzten Jahren sich häufenden Massenunglücke im deutschen Bergbau und die dabei ans Tageslicht gebrachte Unzulänglichkeit der geübten Kontrolle klar erwiesen, nicht in der Lage, den Bergmannsstand vor zunehmender Lebensgefahr zu schützen. Auch die Ergebnisse der Krankheitsstatistik (Knappschafts- und Pensionskassenberichte) der Bergleute lassen erkennen, daß eine energische Aenderung des heute herrschenden Ausbeutungssystems in der heimischen Grubenindustrie im Interesse der Knappen dringend nöthig ist.

In Anerkennung dieser durch die öffentliche Kritik besonders im letzten Jahrfünft als unanfechtbar bewiesenen Thatsachen erklärt der Parteitag:

Eine gründliche Reform der Berggesetzgebung in Deutschland ist eine dringende Nothwendigkeit, damit Leben und Gesundheit der Bergleute nach Möglichkeit geschützt sind. Grundlinien dieser Reform sollen sein:

1. Festsetzung einer Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden, Ein- und Ausfahrt eingeschlossen. Ueberschichten, welche nicht zur Fortführung des Betriebes nöthig, sind zu verbieten. Wo die Temperatur in den Grubenräumen + 28° Celsius übersteigt, muß die Schichtdauer auf 6 Stunden ermäßigt werden.

2. Abschaffung des Akkordsystems für unterirdische Arbeiten.

3. Männlichen Arbeitern unter 18 Jahren ist die unterirdische und Frauen überhaupt jede Grubenarbeit zu verbieten.

4. Vermehrung der Grubenkontrolleure aus den Reihen der Bergarbeiter; auf höchstens 1000 Mann der Belegschaft soll ein Arbeiterinspektor kommen. Diese Hilfsinspektoren sind von den Arbeitern zu wählen und vom Staate zu bezahlen.

5. Für mit Schlagwetter-Gasen behaftete Grubenräume sind dafür vorgebildete Wetterbeamte anzustellen.

6. Errichtung zweckentsprechender Waschanstalten (Einzelbrausebäder) und Mannschaftsstuben (Kauen).

Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, den Erlaß eines deutschen Berggesetzes im Sinne dieser Forderungen zu beantragen. So lange aber eine reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes nicht eingetreten ist, sollen die sozialistischen Abgeordneten der bergbautreibenden Bundesstaaten in den respektiven Landtagen für eine Reform der Landesberggesetzgebung in obigem Sinne herbeizuführen suchen.

H. Sachse-Zwickau. Horn-Niederhaslau. Seifert-Zwickau. Biedermann-Delitzsch. A. Leopold-Zeitz. Plorin-Zeitz. Lange-Niederhällich (Plauenscher Grund). Höppner-Cotta. A. Winter-Beuthen (Oberschlesien). F. Merkowsky-Kattowitz. Schmidt-Essen a. R. Dohle-Bochum. A. Thiele-Halle. Bischel-Dortmund.

109. H. Meister: Der Parteitag beschließt, die neugewählte Parteileitung möge der Frage nahe treten, ob es sich nicht empfiehlt, die im Jahre 1890 festgesetzten und seitdem in damals beschlossener Höhe bezahlten Gehälter für die Parteibeamten zu erhöhen.

Protokoll.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 3. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

Im Dinkelacker'schen Saalbau traten um 9 Uhr Morgens die Delegirten zur ersten Sitzung zusammen. Im Hintergrunde der Tribüne erheben sich aus Lorbeer und Palmen die Büsten von Marx und Lassalle. Rothe Banner und Fahnen der Partei, der Gewerkschaften und sozialistischen Gesangvereine Stuttgarts umrahmen die Seiten. Kurz vor $^1/_2$10 Uhr eröffnet **Liebknecht** die Verhandlungen mit folgender Ansprache: „Genossinnen und Genossen! Als Aeltester habe ich im Namen der Parteileitung Sie willkommen zu heißen auf diesem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — dem neunten seit dem Fall des Sozialistengesetzes. Auch in Stuttgart stehen wir auf historischem Boden. Die Sozialdemokratie Deutschlands hat ja überall Stätten, wo sie gekämpft hat, aber ein ganz besonderes Interesse bietet uns Stuttgart, weil wir hier die sämmtlichen Phasen der proletarischen Entwickelung Deutschlands verfolgen können. Gestern schon auf dem herrlichen Feste, dessen Eindruck in uns immer fortleben wird, wurde von dem Genossen Greulich daran erinnert, daß 1865 hier die Arbeiterorganisationen Deutschlands, die damals auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft nach Schulze-Delitzsch'schem Muster und Vorschriften begründet waren, einen Kongreß in Stuttgart abgehalten hatten. Auf jenem Kongreß ging man unter dem Eindruck der jungen sozialistischen Bewegung dazu über, das allgemeine Wahlrecht zu fordern, durch dessen Proklamirung ausgesprochen wurde, daß die Arbeiterklasse zur Erringung ihrer Macht den politischen Kampf führen müsse. Die sozialistische Bewegung entwickelte sich mehr und mehr. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wuchs empor und neben ihm wurde von solchen, die den Rahmen seiner Organisation nicht für genügend hielten, die sogenannte Eisenacher Partei begründet. Diese schloß sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation an und hatte einen ihrer Kongresse in Stuttgart und zwar im Juli 1870. Der damalige Kongreß war aber ein Rumpf-Parlament der deutschen Arbeiter. Es war nur ein Theil der Arbeiter: die Arbeiterklasse, soweit sie zum Bewußtsein erwacht war, war noch in sich gespalten und der Gedanke der Nothwendigkeit des Zusammenhaltens, des einheitlichen Vorgehens, war noch nicht zum Durchbruch gekommen. Kaum hatten wir jenen Kongreß verlassen, da brach, heraufbeschworen durch die Gewalthaber, das Ungewitter des französisch-deutschen Krieges los und im Sturm der entfesselten Leidenschaften glaubte der Kapitalismus die deutsche Arbeiterbewegung ersticken zu können. Es kam der Leipziger Hochverrathsprozeß, es kamen die schwersten Verfolgungen ohne Zahl. Nachdem die Kommune in Paris niedergeschlagen war, glaubten unsere Feinde, den Sozialismus erstickt zu haben. Aber umgekehrt ging die Entwicklung. Gerade dieser heldenmüthige Kampf hatte das Proletariat der ganzen Welt aufgerüttelt und das Gefühl der internationalen Solidarität erweckt. Seit dem Stuttgarter Rumpf-Parlament von 1870 sind 28 Jahre verflossen — 28 Jahre des Kampfes, schwerer Opfer für uns, unter denen wir aber unaufhaltsam vorgedrungen sind, Schritt für Schritt mit der Entwicklung des Kapitalismus. Die Thoren, die da glaubten, durch Beseitigung einzelner Personen, durch

Polizeimaßregeln die Sozialdemokratie vernichten zu können, sie begriffen nicht, daß aus dem Boden der heutigen Gesellschaft der Sozialismus mit elementarer Naturkraft hervorwächst, gerade so wie im Frühling die Pflanzen, wenn die Sonne sie hervorlockt. Die deutsche Sozialdemokratie, die vor 28 Jahren in Stuttgart nur ein Rumpf-Parlament abhalten konnte, steht heute geeinigt da, heute haben wir im vollsten Sinne des Wortes das Arbeiterparlament der Sozialdemokratie Deutschlands. Wir gehen jetzt neuen, schweren Kämpfen entgegen. Der Mann, der glaubte, die Sozialdemokratie erdrücken zu können, in dessen Händen seit dem Tode des ersten Napoleon die größte Macht vereinigt war, der die Klassendiktatur der Bourgeoisie in einer Härte durchgeführt hat, wie es in keinem anderen Lande geschehen ist, er ist überwunden worden von der Sozialdemokratie. Und die Partei, die einen Bismarck niedergeworfen hat, wird wahrlich dessen kleine Nachfolger nicht fürchten. Aber je mehr der Kapitalismus sich bedroht fühlt, desto wüthender rafft er sich auf; er weiß, daß mit jedem Moment unsere Macht wächst. Bei den letzten Reichstagswahlen wurde von unseren Feinden alles aufgeboten, um dem Proletariat seine Rechte und Waffen zu nehmen, namentlich um ihm das allgemeine Wahlrecht und das Koalitionsrecht zu entreißen. Alles war vereinigt gegen uns, aber wir haben gesiegt, wenn wir auch an einzelnen Punkten schmerzliche kleinere Niederlagen erlitten haben. Im Großen und Ganzen ist uns der Sieg zugefallen und die $2^1/_8$ Millionen sozialdemokratischer Stimmen sind die sicherste Bürgschaft des endgiltigen Sieges, und außerdem, wie Freund Greulich gestern bemerkte, eine bessere Friedensbürgschaft als Alles, was von Seiten der herrschenden Klasse heute geschehen kann. Der Ansturm gegen uns bei der Wahl ist mißlungen! Wir haben gesiegt!

Aber der Kapitalismus, der jetzt um seine Existenz kämpft, sucht schon wieder nach Mitteln und Wegen, uns zu vernichten. Da ist vor einigen Wochen proklamirt worden, daß das Koalitionsrecht den Arbeitern genommen werden muß; es ist uns durch den Mund des deutschen Kaisers gesagt worden, daß seitens der Regierung ein Gesetz vorbereitet werde, welches gar die Anreizung zum Streik mit Zuchthaus bestraft! Nun, das Zuchthaus erschreckt uns Sozialdemokraten nicht. (Beifall.) Wie konnten wir denn überhaupt durch diese Ankündigung überrascht sein? Man sagt, Dichter sind Propheten. Ich las, ehe ich hierher ging, in den Gedichten von Heine. Schon vor länger als fünfzig Jahren hat Heine als die Zukunft Deutschlands, wenn das Polizeiregiment fortdauert, das nationale Zuchthaus verkündigt. Wohlan, jetzt stehen wir vor der Verwirklichung des nationalen Zuchthauses. Aber wir werden kämpfen für das Koalitionsrecht, wir werden kämpfen für das bedrohte Wahlrecht und wir werden aller unserer Feinde Herr werden. (Beifall.)

Alles wird ausgebeutet, um zu reaktionären Zwecken das rothe Gespenst an die Wand zu malen. Da traf neulich ein Dolchstich eine Frau, die Niemandem etwas zu Leide gethan hat. Wenn jemals ein unpolitischer Mord begangen ist, der unpolitischste aller Morde. (Zustimmung.) Aber sofort hieß es: das ist Anarchismus, und der Anarchismus ist die Frucht des Sozialismus, beide gehen aus demselben Boden hervor. Ehrlose Lüge. Wir Sozialdemokraten haben bei tausend Gelegenheiten ausgesprochen und nachgewiesen, daß Anarchismus und Sozialismus Antipoden sind, daß der Anarchismus in der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt, welche die freie Konkurrenz, den ökonomischen Krieg Aller gegen Alle proklamirt hat, und daß der Sozialismus, welcher dem Kapitalismus feindlich gegenübersteht, ebenso feindlich dem Anarchismus gegenüber steht. Der Anarchismus kann überwunden werden, nicht durch den Kapitalismus, sondern einzig durch den Sozialismus, der die kapitalistische Gesellschaft und mit ihr die Wurzeln des Anarchismus wegschaffen wird. (Sehr wahr!) Unter dem Eindruck dieser Mordthat glauben unsere Feinde

Stimmung machen zu können, sie wollen neue Gesetze schaffen, die uns knebeln. Das erschreckt uns nicht. Die Partei, welche zwölf Jahre des Sozialistengesetzes durchgemacht hat, pfeift auch auf die Gesetze, welche von den kapitalistischen Parteien in ihrer kurzsichtigen Beschränktheit etwa noch gegen uns geschaffen werden können. Wir werden den Kampf aufnehmen, und so wie wir vorher gesiegt haben, auch in Zukunft siegen. (Beifall.) Die bürgerliche Gesellschaft ist am Ende ihres Lateins! Ueberall Verwirrung und Kopflosigkeit. Da kommt z. B. der russische Kaiser, er, dessen Regierung wesentlich schuld daran ist, daß Europa von Waffen starrt, und macht den Vorschlag der allgemeinen Abrüstung. Das war eine Farce, ob ein kluger Streich, das weiß ich nicht, aber ich glaube kaum. Welcher Thor sollte sich dadurch haben täuschen lassen? Das jedoch steht fest: es giebt nur eine Partei, welche das Ideal des ewigen Friedens verwirklichen kann, und das ist die Sozialdemokratie. Wir sind die Partei des Friedens und erst mit Ueberwindung des Kapitalismus kann der Militarismus vernichtet werden. (Beifall.)

Immer mehr und mehr verzweifelt die kapitalistische Gesellschaft, sie wirft alle ihre alten Ideale bei Seite. Im Lager unserer Gegner ist die Verneinung des Rechts, die Unterdrückung der Freiheit und der Kultur; im Lager der Sozialdemokratie aber ist die Freiheit, ist der Friede, ist das Recht, ist die moderne Kultur. Für diese werden wir kämpfen, und unter unserem Schutz, vertreten durch uns, wird die Kultur siegen über die jetzt herrschende Unkultur.

Dem diesjährigen Parteitag steht eine schwere Aufgabe bevor. Zu den meisten Fragen, die Deutschland und Europa bewegen, werden wir in der einen oder andern Form Stellung zu nehmen haben, und groß ist das Arbeitspensum, das wir noch zu bewältigen haben. Diese Aufgaben, so schwer und schwierig sie sein mögen, der Parteitag wird sie lösen. Das hoffe ich nicht, das weiß ich. Und der Parteitag weiß, wir haben die Massen hinter uns, wir haben eine größere Macht als alle unsere Gegner, wir werden aller unserer Feinde Herr werden. (Beifall.)

Und nun erkläre ich den Parteitag für eröffnet und bitte, zur Konstituirung des Bureaus zu schreiten.

Ich erwarte Vorschläge aus der Mitte der Versammlung.

Metzner-Berlin schlägt Singer als Vorsitzenden vor.

Hoffmann-Bielefeld: Ich habe von meinem Kreise den Auftrag bekommen, den Parteitag zu ersuchen, diesmal den Genossen Singer nicht zum Vorsitzenden zu wählen. (Widerspruch.) Der Antrag enthält gar keine persönliche Spitze. Wir wissen, daß Singer deshalb immer und immer wieder zum Vorsitzenden der Parteitage gewählt worden ist, weil er ein vorzüglicher Vorsitzender ist; aber in Hamburg hat er die Mitte zwischen links und rechts nicht so recht gehalten und durch seine Interpretation sicherlich die Verwirrung wegen der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen mit veranlaßt. (Widerspruch.) Er hat als Vorsitzender nicht richtig demokratisch gehandelt, als er durch seine willkürliche Interpretation Alles einseitig erledigen wollte. (Widerspruch.) Ihre Unruhe zeigt mir ja, daß wir mit unserem Antrage nicht durchdringen werden. Darauf kommt es ja auch garnicht an. (Heiterkeit.) Wir wollten unseren Antrag nur hier zur Sprache gebracht haben und hoffen, daß diese Erfahrung dazu beitragen wird, die Geschäftsführung wieder etwas demokratischer zu gestalten.

Liebknecht: Die Kritik des Genossen Hoffmann ist völlig ungerecht. Singer hat den Hamburger Beschluß nicht willkürlich interpretirt, sondern erst den Kongreß befragt, ob er mit seiner Auslegung einverstanden sei. Gerade der Genosse aus Bielefeld ist am wenigsten zu dieser Kritik berufen, denn die Bielefelder haben sich direkt aufgelehnt gegen den Hamburger Beschluß.

Augustin-Berlin beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Der Bielefelder Antrag hat im ganzen Reiche nur lebhaftes Kopfschütteln erregt.

Der Antrag Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen und sodann Singer mit allen gegen eine Stimme zum Vorsitzenden gewählt.

Singer: Indem ich Ihnen meinen aufrichtigen und herzlichen Dank für das mir auch heut bewiesene Vertrauen ausspreche, glaube ich die Intentionen des Parteitages am besten zu erfüllen, wenn ich auf die eben geführte Debatte mit keinem Worte zurückkomme. Wenn mich etwas stolz darauf macht, zur Mitleitung dieses Parteitages berufen zu sein, so ist es die Ueberzeugung, daß dieses Parlament der Arbeit, wenn es nach dem Willen der herrschenden Klassen geht, ein Parlament zukünftiger Zuchthäusler ist. (Lebhafter Beifall.) Wir werden nicht aufhören, den Nücken und Tücken unserer Gegner Ruhe und zielbewußtes Handeln entgegenzusetzen. Und so wollen wir auch auf diesem Parteitage verhandeln, nicht um uns zu schützen, sondern um die ganze Zerfahrenheit unserer gesellschaftlichen Verhältnisse nachzuweisen. Und nun bitte ich den Parteitag, das Bureau zu vervollständigen, indem ich ersuche, Vorschläge für einen Mitvorsitzenden zu machen.

Zum zweiten Vorsitzenden wird hierauf Kloß-Stuttgart und zu Schriftführern Leid-Berlin, Brecour-Kiel, Franz Schmitt-München, Irmscher-Chemnitz, Hoffmann-Bielefeld, Kolb-Karlsruhe, Brey-Hannover, Braun-Lechhausen und Scheidemann-Gießen gewählt.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt: Fritz-Berlin, Mehlhaff-Hamburg, Braun-Königsberg, Hug-Bant, Krause-Glauchau, Herrmann-Stuttgart, Repp-Ladenburg, Brühne-Frankfurt a. M. und Bruhns-Breslau.

Die Arbeitszeit des Parteitages ist wie gewöhnlich von 9—1 und von 3—7.

Die provisorische Geschäftsordnung wird ohne Debatte genehmigt.

Nunmehr wird zur Feststellung der provisorisch vorgeschlagenen Tagesordnung geschritten. Dazu stehen die Anträge 1, 3—6 und Antrag 14, der mit Antrag 5 identisch ist, zur Verhandlung, Antrag 2 findet nicht genügende Unterstützung.

Bruhns-Breslau (zu Antrag 1): Ich begnüge mich, auf die Thatsache hinzuweisen, daß zwölf Anträge sich mit der Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen beschäftigen. Das beweist, für wie wichtig diese Frage in der Partei gehalten wird. Der Hamburger Beschluß hat in der That große Verwirrung geschaffen. Niemand ist mit ihm zufrieden, sowohl Freunde wie Gegner der Betheiligung halten seine Abänderung für nöthig. Ganze Kreise warten auf die Entscheidung in Stuttgart. Ich glaube daher, daß unser Antrag keinen Widerspruch finden wird, und schlage vor, die Frage der Betheiligung als Punkt 6 auf die Tagesordnung zu setzen.

Zubeil beantragt, eine Kommission von 15 Mitgliedern zu wählen, die alle Anträge, die sich mit der Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen befassen, berathen soll und dem Parteitag Bericht zu erstatten hat.

Albrecht-Halle ersucht um Ablehnung des Zubeil'schen Antrages. Gerade weil eine große Unklarheit und Verwirrung herrscht, muß sich das Plenum selbst damit beschäftigen, auch könnte in der Kommission leicht eine Majorisirung eintreten.

Gottschalk-Königsberg hält eine Beseitigung der Mißverständnisse nur durch eine Vorverhandlung in der Kommission für möglich. Die Kommission soll nicht ein gegebenes Faktum schaffen, sondern nur eine gesunde Grundlage für die Plenarberathung suchen, sonst liegt die Gefahr vor, daß durch einen Gewaltbeschluß ein versöhnender Abschluß verhindert wird. Daß das Referat über das Koalitionsrecht vorangehen muß, ist selbstverständlich. Gegenüber der durch die Oeynhauser Rede geschaffenen Lage schrumpft alles Andere zusammen.

Stadthagen ist gleichfalls für Kommissionsberathung. Der Hamburger Parteitagsbeschluß ist keineswegs unklar. Im Gegentheil, er ist einer der klarsten, die je gefaßt sind (Große Heiterkeit), aber gegenüber der Unzahl von Anträgen ist eine Vorberathung nöthig. Leider hat sich die ganze Frage aus einer rein praktischen Angelegenheit zu einer prinzipiellen Meinungsverschiedenheit herausgearbeitet. Ohne Kommissionsbericht würde die Debatte mindestens einen halben, wenn nicht einen ganzen Tag erfordern.

Zubeil: Unser Antrag will der Debatte im Plenum die Schärfe nehmen und die Spitze abbrechen. Wir sind der Meinung, daß diese Frage den Parteitag überhaupt nicht mehr beschäftigen soll. In die Kommission sollen Freunde und Gegner der Wahlbetheiligung gewählt werden.

Groth-Rostock: Wir haben uns genügend mit der Sache beschäftigt, wir wissen, was wir zu beschließen haben, eine lange Kommissionsberathung ist nicht erforderlich.

Schulz-Erfurt: Die Beschlüsse, die in einzelnen Kreisen bereits gefaßt sind, machen eine Kommissionsberathung wünschenswerth. Aber es dürfen durch den Beschluß dieses Parteitags die Kreise, die Wahlbetheiligung schon beschlossen haben, nicht gezwungen werden, ihren Beschluß rückgängig zu machen. Gerade dieser erste Versuch wird uns einen Ueberblick über unsere Kraft im Falle einer Wahlbetheiligung geben.

Hoffmann-Bielefeld: Wie sollen wir ohne vorherige Kommissionsverhandlung Klarheit schaffen, wo Liebknecht sogar gezwungen war, das Wort „ermöglichen" in sein Fremdwörterbuch aufzunehmen und eine besondere Interpretation davon zu geben.

Leutert-Apolda wünscht, daß vor der Ueberweisung an die Kommission noch eine kurze Aussprache stattfindet.

Eine weitere Erörterung findet nicht statt.

Sämmtliche auf die Landtagswahl-Betheiligung bezüglichen Anträge werden einer 15gliedrigen Kommission überwiesen.

Stadthagen (zu Antrag 3): Der Beschluß wurde von den Kreisen gefaßt vor der Oeynhauser Rede. Da nunmehr über das Koalitionsrecht ein besonderes Referat gehalten werden muß, wird es kaum möglich und nöthig sein, über den Arbeitsvertrag noch besonders zu referiren. Er selbst müßte das Referat ablehnen.

Der Antrag 3 wird hierauf abgelehnt.

Antrag 4 wird nach Begründung durch **Höppner**-Dresden abgelehnt.

Für die Anträge 5 und 14 spricht **Sassenbach**-Berlin: Die Anträge enthalten nicht eine hinterlistige Spitze, wie vielfach angenommen ist. Sie stehen im Zusammenhang mit den Anträgen 73, 74 und 78, die Anregung dazu hat die Rede des Zaren gegeben. Es fragt sich, ob angesichts der dadurch geschaffenen Lage es nicht angebracht ist, zunächst die Forderung der einjährigen Dienstzeit zu betonen.

Die Anträge 5 und 14 werden abgelehnt.

Den Antrag 6 befürwortet **Linxweiler**-Elberfeld: Er verweist auf die in der letzten Zeit gehäuften Unglücksfälle im Bergbau. Auch hier spielt die Zuchthaus-Androhung eine Rolle. Es ist durchaus nothwendig, daß der Parteitag auch zu dieser Frage Stellung nimmt.

Sachse-Zwickau betont gleichfalls diese Nothwendigkeit. Die Organisation der 40 000 Bergarbeiter ist eine äußerst schwache, sie würden es mit Freuden begrüßen, wenn die Partei eine recht kernige Resolution zu ihren Gunsten fassen würde. Durch übermäßige Arbeitszeit, in einzelnen Bezirken noch bis zu 14 Stunden, ist die Bergarbeiterschaft abgestumpft.

Plorin-Zeitz: Wir müssen Stellung nehmen und der Regierung unsere Forderungen unterbreiten, denn die Berichte der Aufsichtsbeamten sind durchaus einseitig.

Thiele-Halle tritt Namens der Mansfelder Bergleute für den Antrag ein. **Bischel**-Dortmund-Hörde desgleichen für das Ruhrrevier und **Winter**-Beuthen im Namen der Oberschlesier.

Hierauf wird beschlossen, den Bergarbeiterschutz als sechsten Punkt der Tagesordnung gleich nach dem Referat über das Koalitionsrecht zu verhandeln.

Damit ist die Tagesordnung folgendermaßen festgestellt: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes; 2. Bericht der Kontrolleure; 3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit; 4. Das Koalitionsrecht; 5. Bergarbeiter-Schutz; 6. Maifeier; 7. Deutsche Zoll- und Handelspolitik; 8. Anträge zu Programm und Organisation; 9. Sonstige Anträge. Die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen soll je nach Fertigstellung des Kommissionsberichtes zur Behandlung gelangen.

Singer: Bevor wir in die eigentlichen Verhandlungen eintreten, erfülle ich noch die freudige Pflicht, die auch diesmal von den ausländischen Bruderparteien entsandten Genossen zu begrüßen. Wir haben unter uns als Vertreter der schweizerischen Sozialdemokratie den sturm- und kampferprobten Genossen **Greulich**, für den besonders freudige Erinnerungen sich an den hiesigen Aufenthalt knüpfen müssen, wenn er, der vor 28 Jahren dem sozialdemokratischen Rumpf-Parlament mit beigewohnt hat, sieht, in welcher Weise die Sozialdemokratie Deutschlands gewachsen ist. Wir haben weiter unter uns von der Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie den Genossen **Ellenbogen**. Ferner ist in unserer Mitte als Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes des österreichischen Parlaments, jener muthigen und energischen Vorkämpfer für das österreichische Proletariat, der Genosse **Daszinsky**. Eine weitere Anzahl ausländischer Parteigenossen sind uns, wenn wir sie auch nicht als Delegirte begrüßen können, doch als liebe Gäste willkommen. Von französischer Seite sind anwesend die Genossen **Lagardelle** aus Paris, **Milhoud** aus Belfort und **Longuet**, der Enkel unseres großen Führers Karl Marx. Ferner erfreut uns durch ihren Besuch die holländische Genossin van Anrooy. Ich begrüße sie alle Namens des Parteitages herzlichst und brüderlich; wir danken ihnen dafür, daß sie erschienen sind, und wir hoffen, sie werden nach den Verhandlungen in ihre Heimath die Ueberzeugung mitnehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor, ihrer Pflicht sich bewußt, treu und unermüdlich Schulter an Schulter mit den Bruderparteien für das Proletariat aller Länder kämpfen wird. (Lebhafter Beifall.)

Eine Reihe von Begrüßungs-Telegrammen und Zuschriften werden bekannt gemacht, darunter eins aus Amsterdam und eins von **Leßner** in London.

Ellenbogen-Wien: Die Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie übersendet Ihnen durch mich Gruß und Glückwunsch! Wir fühlen uns eines Herzens und eines Sinnes mit Ihnen, wir wissen, daß unsere Ziele gemeinsam sind. An der Thatsache dieser brüderlichen Solidarität ändert auch nichts der Umstand, daß in letzter Zeit die politische Entwickelung der Verhältnisse unseres Landes uns andere Aufgaben zur Lösung zugewiesen hat, als ihnen. Es ist das der nationale Kampf, der unser Land in den tiefsten Tiefen aufgewühlt hat, und es ist gar kein Zweifel, daß das nationale Element eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Das Beispiel Oesterreichs beweist, daß die Bourgeoisie nicht im Stande ist, diese Frage zu beherrschen, geschweige denn zu lösen. Für die bürgerlichen Parteien Oesterreichs bedeutet der nationale Kampf nur Unterdrückung, und zwar Unterdrückung nicht blos fremder Nationen, deren freiheitliche Entwickelung sie hemmen wollen, sondern vor Allem Unterdrückung der freiheitlichen Bestrebungen der Angehörigen ihrer

eigenen Nation, soweit diese zur besitzlosen Klasse zählen. Der Kampf, der Oesterreich gegenwärtig durchtobt, bedeutet, soweit ihn die Bourgeoisie führt, lediglich Auflösung, Auflösung in letzter Linie selbst der staatlichen Formen, in die die Geschichte die österreichischen Völker zusammengefügt hat. Das Proletariat hingegen, dem dieser nationale Kampf ebenfalls aufgezwungen wurde, hat ihn nicht dazu benutzt, die Reaktion zu stärken. Mitten in dem Toben dieses Kampfes, mitten unter den zahllosen Verleumdungen, Lügen und Beschimpfungen, denen wir ausgesetzt sind — und wahrlich, soviel sie in Deutschland auch von Ihren Gegnern zu leiden haben, Ihre Gegner sind wahre Engel gegen unsere Gegner (Heiterkeit) —, mitten unter all' diesen Verleumdungen geht die Sozialdemokratie geradeaus ihren Weg, sie trennt nicht die durch sprachliche Verschiedenheit Getrennten, sie einigt sie und führt sie dem gemeinsamen Ziel aller österreichischen Proletarier entgegen. Darum sind es auch nicht blos die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs, die Ihnen durch mich ihre Grüße überbringen, sondern es sind die Sozialdemokraten aller Zungen; unsere polnischen Genossen, die die sozialdemokratische Kultur hinüber in den fernen Osten, in die polnische Barbarei tragen, die einen heroischen Kampf gegen das Schlachzizenthum führen, unsere czechischen Brüder, die unermüdlich gegen den kleinbürgerlichen Scheinradikalismus der Jungczechen kämpfen und besonders unsere italienischen Genossen, die da unten im Küstenland und in Südtirol durch eine mühsam aufgebaute gewerkschaftliche Bewegung es dahin gebracht haben, daß auch dem so lange von jeder Organisation ferngehaltenen italienischen Proletariat klar geworden ist, daß die Sünden der Bourgeoisie nicht durch Fürstenmord und blutige Straßenkrawalle gut gemacht werden, sondern nur durch eine zähe, langsam und sicher sich aufbauende Organisation. Sie Alle entbieten Ihnen Grüße! Wenn irgend Jemand in Oesterreich, so beweisen es gerade diese letzt genannten Genossen, daß sie das Prinzip der Internationalität kennen gelernt haben, denn sie sind es, die den anderen italienischen Arbeitern sagen, daß sie, wenn sie in fremde Länder kommen, nicht dazu beitragen dürfen, die Löhne der einheimischen Arbeiter zu drücken, sondern daß sie dieselben Löhne verlangen müssen. Alle österreichischen Sozialdemokraten halten das Prinzip des Internationalismus hoch, ja sie dienen ihrer eigenen Nation gerade dadurch, daß sie sich in der Gemeinsamkeit der Interessen aller Unterdrückten aller Nationen zusammenschließen. Darum glaube ich auch, daß wir Oesterreicher heute mit mehr Recht, mit tieferem Sinne und mit größerem Stolze als jemals ausrufen können: Hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Daszinsky-Krakau: Wenn ich als zweiter Oesterreicher spreche, so will ich damit keine Obstruktion treiben. (Heiterkeit.) Wir blicken zu Ihnen empor. Wir sind hier in Europa jetzt nicht mehr dabei, erst eine Massenbewegung in Gang zu bringen, sondern wir wollen die riesig anschwellenden Massen in diejenige Organisationsform hinüberführen, welche im Stande ist, den ganzen Ausbau des Kapitalismus zu stürzen. Und eben an dieser ruhigen organisatorischen Arbeit wird die Sozialdemokratie überall verhindert. Man will uns auch die ruhigste ökonomische Arbeit unmöglich machen. Wo bei uns in Oesterreich eine Organisation sich auch nur einigermaßen kräftig herausgearbeitet hat, wird sie sofort mit einem Ausnahmezustand bedacht, ganz so, als ob wir die ärgsten Bombenwerfer wären. Es besteht eine furchtbare Spannung überall in Europa, und wenn in dieser unheimlichen Situation, in dieser Riesenspannung, in der Politik des Volkes die Kräfte nicht in geworfenen Bomben und unsinnigen Putschen zum Abblitzen kommen, so ist das zum größten Theil, und das muß vor der Oeffentlichkeit anerkannt werden, gerade Euer Verdienst! Das hat die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer

Riesen-Organisation gemacht, daß in ganz Europa das Volk erkannt hat, daß Bomben und Putsche nichts nützen, sondern großen Schaden anrichten. Bei uns in Oesterreich, in der Heimath des Wurschtelpraters und der seligen Stimmungsmacherei (Heiterkeit), ist das die wichtigste, die heilsamste Lehre, die wir immer wieder schöpfen. Mit dem Gefühl der größten Bewunderung sehen wir immer zu Euch herauf. Die Kaltblütigkeit, die Nüchternheit bewundern wir, mit der Ihr jede Sache beurtheilt. In unseren Augen sind Sie als Gesammtpartei die Mathematiker der Revolution. Die Aufgaben, die auch vor uns stehen, lösen Sie immer als die Ersten. Sie sind die Fackelträger auf dem großen Marsche der Völker in die Zukunft. In diesem Sinne begrüße ich Sie, Genossen, auf das Herzlichste und wünsche Ihrer Arbeit das vollste Gedeihen. (Stürmischer Beifall.)

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten: 1. **Geschäftsbericht des Vorstandes.**

Klara Zetkin beantragt, den Punkt Taktik besonders zu behandeln und womöglich einen besonderen Referenten dafür zu bestellen, da sich in Bezug auf die Taktik ganz prinzipielle Meinungsverschiedenheiten herausgestellt haben.

Vorsitzender **Singer** giebt anheim, einen bezüglichen Antrag in der Diskussion zu stellen.

Auer: Ihnen ist rechtzeitig der Bericht des Partei-Vorstandes zugegangen, der in der Parteipresse veröffentlicht worden ist; er ist ziemlich umfangreich und enthält alles Wesentliche, daher kann ich mich sehr kurz fassen. Sie werden in der Diskussion ja ergänzen, kritisiren und Forderungen stellen können. Mir ist nicht bekannt geworden, daß bisher eine besondere, Beachtung herausfordernde Kritik an den Bericht des Partei-Vorstandes angelegt ist. Es ist nur bemängelt worden, daß manches im Bericht nicht steht. Wir im Partei-Vorstande geben gern zu, daß noch Manches in dem Bericht hätte Aufnahme finden können, aber eine gewisse Beschränkung war schon aus räumlichen Gründen geboten. Unsere Aufgabe ist vor Allem die Förderung der Agitation und der Organisation.

Wohl das meiste Interesse hat sich in Parteikreisen im letzten Jahre der Frage der preußischen Landtagswahlen zugewandt. Auch wir im Partei-Vorstand sind nicht theilnahmslos geblieben. Aber wenn auch Stadthagen der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß es nie etwas Klareres gegeben hat als den Hamburger Parteitagsbeschluß, so ist uns im Partei-Vorstand diese Klarheit nicht aufgegangen. Auch wir sind nicht einig. Wir hoffen aber, das es gelingen wird, eine Linie zu finden, auf der, wie ich schon in Hamburg sagte, es weder Sieger noch Besiegte geben wird. Wir erwarten, daß es zu einer Verständigung kommen wird, und daß die Erfahrungen, die man da, wo die Genossen Wahlbetheiligung beschlossen haben, machen wird, die beste Lösung für die Zukunft geben werde. Aber daran hat bei uns nie der leiseste Zweifel bestanden: die Stellung zu den Landtagswahlen hat mit der Parteizugehörigkeit und mit der Gesinnungstüchtigkeit der einzelnen Genossen absolut garnichts zu thun. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Beobachtung gemacht, daß Parteigenossen, an deren prinzipieller und parteitaktischer Gesinnungstüchtigkeit und Klarheit nicht der leiseste Zweifel sein kann, die sich völlig gleichwerthig sind in Bezug auf ihre Parteigenossenschaft, in dieser Frage mit ihren Meinungen schroff auseinander gingen. Wir haben gesehen, daß Diejenigen, die im Rufe — ob mit recht oder unrecht, bleibe dahingestellt — eines besonderen Radikalismus stehen, in dieser Frage einen Standpunkt einnehmen, den man von anderer Seite als den gemäßigsten zu bezeichnen beliebte, und umgekehrt. Das ist eine Frage der Taktik, die in der Praxis wie alle taktischen Fragen ihre beste Lösung finden. Nur in einem Falle war der Partei-Vorstand

in die Lage gesetzt, praktisch Stellung zu der Frage zu nehmen. Er entschied einstimmig dahin, daß der Hamburger Beschluß in der Weise auszulegen ist, daß wo die Wahlbetheiligung beschlossen wird, allerdings so weit als möglich Mittel der Partei zur Verfügung gestellt werden.

Neben dieser Angelegenheit waren es im letzten Jahre die **Reichstagswahlen**, die die Aufmerksamkeit und Thätigkeit der Parteileitung besonders in Anspruch nahmen. Ich glaube für sie in Anspruch nehmen zu können, daß wir alles, was innerhalb unserer Organisation und unserer Mittel möglich war, gethan haben. Selbstverständlich wäre, wenn mehr hätte geschehen können, auch noch mehr erreicht worden, deshalb bitte ich schon jetzt die Genossen, die mit einem Mandat hierhergekommen sind, über ungenügende Agitation Beschwerde zu führen, es ein klein wenig gnädig zu machen. (Heiterkeit.) Namentlich wird darüber Beschwerde geführt, daß nicht überall die besten Redner hingeschickt würden, Bebel, Liebknecht, Vollmar (Zurufe: Auer!), auch Auer ist verlangt worden. (Heiterkeit.) Gewiß, diese Wünsche sind entfernt nicht zum zehnten, zum hundertsten Theile befriedigt worden, wir haben eben nur einen Bebel, einen Liebknecht. So sind die Beschwerden über ungenügende Agitation nicht gerechtfertigt. Freilich, wenn alle die Hoffnungen sich hätten verwirklichen lassen oder nur das, was noch kurz vor der Wahl in Briefen und sonst an Hoffnungen und Erwartungen ausgesprochen worden ist, dann würden wir von den 397 Reichstagssitzen mindestens 396 besitzen. (Heiterkeit.)

Klagen und Unbefriedigtheit sind aber keineswegs am Platze. Ich habe die Empfindung, daß wir bei den **Reichstagswahlen geradezu großartig abgeschlossen** haben. Ich glaube, die dreihunderttausend Stimmen, die mehr für uns aus der Urne hervorgegangen sind als bei der vorigen Wahl, die 56 Mandate, die wir errungen haben unter Schwierigkeiten, wie sie keine andere Partei kennt, sind sehr wohl dazu angethan, daß wir mit Stolz und Befriedigung auf das Ergebniß der letzten Reichstagswahlen blicken können. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sollen es uns erst nachmachen, die Anderen alle. Es existirt keine Organisation, keine Wählerschaft, die unter solchen Schwierigkeiten und solchen Gegnern gegenüber so das Feld behaupten wird. Aber auch die Klagen über ein Zurückgehen der glaubensstarken Kampfesfreude sind gewiß nicht berechtigt. Parteigenossen, wenn der Glaube an die Sache in unseren Reihen nicht in dem Maße vorhanden wäre, wo sollten der Opfermuth und die Kampfestreue herkommen? (Sehr wahr!) Gewiß ist auch kalter Sinn und Verstand nothwendig, aber daneben ist auch der Glaube an die Sache wirklich nicht zu verachten, und die alte Glaubensstärke und Kampfesfreude haben gewaltig mitgewirkt. Wir haben doch als ganz besonders stark hervortretende Erscheinung zu konstatiren, daß wir besonders in ländlichen Distrikten Erfolge erzielt haben, wie noch nie bei einer früheren Wahl. Wer aber weiß, welche Schwierigkeiten die Agitation auf dem Lande hat, wie unsere Agitatoren hinausgegangen sind auf die Dörfer und die Gutshöfe, wie sie die Landproletarier aufgesucht und für die Arbeitersache gewonnen haben, der wird sich auch sagen müssen, welcher Opfermuth, welcher Glaube, welche Begeisterung dazu gehört, um alle diese Arbeit zu machen. Mit Hunden von den Höfen gehetzt, vom Büttel verfolgt, ins Gefängniß gesteckt sind unsere Agitatoren worden, und heraus aus dem Gefängniß, kaum ausgeruht, gingen sie wieder hin, um aufs Neue den Kampf, die agitatorische Thätigkeit aufzunehmen. Parteigenossen, wo solche Thätigkeit ist, da ist auch noch die alte glaubensfeste Kampfestreue vorhanden. (Beifall.) Gewiß ist der Eine oder Andere von uns kälter und ruhiger geworden, aber neben dem jugendlichen Kampf und Sturm bedarf es auch des ruhigen Blutes und ich glaube, daß diese beiden Bedingungen in unserer Partei ihre Vertretung finden.

Parteigenossen! Agitation und Organisation kosten Geld, nachher wird unser Finanzminister Ihnen Alles sagen, was der Partei-Vorstand auf dem Herzen hat. Aber auf einen Punkt darf ich schon jetzt hinweisen, nach und nach müssen wir uns klar darüber werden, daß die gewaltigen finanziellen Leistungen, die mit unserer Thätigkeit verknüpft sind, nicht mehr getragen werden können aus den Beiträgen der Genossen; es ist nothwendig, daß der Partei Einnahmequellen eröffnet werden. Wenn nun auch diesmal wieder der Gedanke auftaucht, daß das von der Partei gelieferte Agitationsmaterial, Broschüren, Zeitungen u. s. w. so billig als möglich hergegeben werden soll, so müssen Sie es sich selbst sagen, daß dieses an sich berechtigte Bestreben doch eine Grenze haben muß. Von einer Seite wurde ja sogar der Antrag gestellt, das Agitationsmaterial unter dem Selbstkostenpreis herzugeben. Als ich den Antragsteller fragte, wie er sich denn das denke, sagte er mir: Der Partei-Vorstand ist ja sonst so klug, möge er doch sehen, wo er die Mittel dazu herbekommt. (Heiterkeit; Zurufe: Berlin!) Ich zweifle ja nicht, daß der Partei-Vorstand sehr klug ist, ich gebe das zu (Heiterkeit), aber so weit reichen seine Kenntnisse doch nicht; und wie weit sie reichen müßten, dafür ein paar Zahlen. Sie wissen ja, daß eine gewisse gegnerische Presse uns gewohnheitsmäßig in den Verdacht bringt, daß eine goldene Internationale uns Geld zur Verfügung stellt. Sie wissen, daß das nicht wahr ist, trotzdem steht die Thatsache fest, daß wir Einnahmen haben, die nicht aus Beiträgen herrühren und nach und nach einen solchen Umfang in unserem Jahresbudget einnehmen, daß wir ruhig aussprechen können, hätten wir sie nicht, so müßten wir auf die Hälfte unserer Aufgaben verzichten, und würden unsere Agitation, der wir das, was wir sind, verdanken, nicht mehr machen können. Im Jahre 1896/97 wurde quittirt: Mann im Mond 10 200 Mk., Nord. Wasserkante 65 476 Mk., Vorwärts 48 210 Mk., Buchhandlung Vorwärts 10 000 Mk., X. Y. Z. 6 200 Mk., Insgesammt: 120 085 Mk. Im Jahre 1897/98: Mann im Mond 11 500 Mk., Nord. Wasserkante 60 000 Mk., Vorwärts 53 000 Mk., Buchhandlung Vorwärts 19 000 Mk., X. Y. Z. 8 012 Mk., Insgesammt: 151 860 Mk. Und von diesen Quellen meinte der Berliner Parteigenosse, daß wir sie einfach verstopfen sollten. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß die Sammlung von Beiträgen nicht nothwendig ist. Ich wollte Sie mit meinen Worten nur warnen, das Huhn zu schlachten, das die goldenen Eier legt. Damit komme ich zum Schluß: Daß Sie unsere Maßnahmen kritisiren, dazu sind Sie von ihren Wählern hierhergesandt. Wir wollen uns dieser Kritik gerne unterziehen. Nur möchte ich Sie bitten, kritisiren Sie gerecht und halten Sie im Auge, daß der Partei-Vorstand, und wenn wir auch noch so famose Kerle sind, sich aus Menschen zusammensetzt. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Den **Kassenbericht** erstattet

Gerisch: Im Vorjahre ist unsere Aufstellung über den Stand der Parteipresse lebhaft begrüßt worden. Bedauerlich ist aber, daß diese im Interesse der Partei liegende Aufstellung uns außerordentlich erschwert wird. Es giebt Parteigeschäfte, die zwei, drei Mahnbriefe unbeantwortet lassen. Ja, ein Parteigeschäft, die „Niederrheinische Volkstribüne" in Düsseldorf, hat wie im vorigen Jahre, so auch diesmal, trotz aller Briefe, es nicht für nöthig befunden, zu antworten. Im vorigen Jahre habe ich das Geschäft nicht namhaft gemacht. Gegen die Rückfälligen aber müssen wir die Rücksichten aufgeben. Im Allgemeinen bietet unsere Presse das Bild erfreulichen Wachsthums. Das geht aus den Zahlen hervor. Unsere täglich erscheinenden Blätter haben jetzt einen festen Abonnentenstand von 290 000, im letzten Jahre haben sie 34 000 Abonnenten gewonnen. Alle Tagesblätter haben an diesem Aufschwung theilgenommen. Der geringste Gewinn eines Blattes beträgt 43 Abonnenten. Die Gesammt-Einnahmen der Tagesblätter betragen 2 905 852 Mk., gegen das

Vorjahr mehr 328 000 Mk., und zwar aus Abonnements 1 887 022 Mk., aus Inseraten 1 018 880 Mk.; die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben 59 000 Abonnenten, gegen das Vorjahr 8000 mehr. Eines dieser Blätter hat 49 Abonnenten verloren, alle übrigen haben zugenommen. Im Hamburger Protokoll ist die Abonnentenziffer der dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter durch einen Druckfehler auf 41 083 angegeben, es mußte 51 083 heißen. Die Gesammt-Einnahme dieser Blätter betrug 289 394 Mk., gegen das Vorjahr mehr 42 517 Mk., und zwar aus Abonnements 199 916 Mk., aus Inseraten 89 478 Mk.; die zweimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben mit 18 000 Abonnenten um 3000 gegen das Vorjahr zugenommen; ihre Jahreseinnahme betrug 62 000 Mk. Abonnements 54 000 Mk., Inserate 8000 Mk., gegen das Vorjahr weniger 2435 Mk. Diese Verminderung ist aber nur scheinbar, sie erklärt sich daraus, daß in der Buchführung mancher Geschäfte die Einnahmen für das Tageblatt und das zweimal wöchentlich erscheinende Blatt nicht getrennt gehalten werden. Die einmal erscheinenden Blätter haben 11 880 Abonnenten, gegen das Vorjahr mehr 2292, die Einnahmen betrugen 20 722 Mk. (Abonnements 18 317 Mk., Inserate 2405 Mk.), gegen das Vorjahr mehr 120 Mk. Die Parteipresse hat demnach insgesammt 378 880 Abonnenten, gegen das Vorjahr mehr 46 000, ihre Gesammt-Einnahme betrug 3 277 968 Mk. und zwar aus Abonnements 2 161 255 Mk. und aus Inseraten 1 116 713 Mk.

Ich komme nun zu den Reichstagswahlen. Bei der großen Dezentralisation, welche in der Partei eingetreten ist, geben die Ausgaben der Zentralkasse, so bedeutend sie auch sind, doch kein annähernd richtiges Bild der Summen, welche der Wahlkampf gekostet hat, und der Opfer, welche von der Partei gebracht wurden. Ich habe mich deshalb bemüht, auch die Beträge zu ermitteln, die von den einzelnen Wahlkreisen, bezw. Provinzen selbst für Wahlzwecke aufgebracht wurden. Es ist nun freilich bisher nicht möglich gewesen, von sämmtlichen Zentralwahlkomitees Abrechnung zu erhalten. Soweit sie eingegangen sind, werde ich neben den Zuschüssen, welche die betreffenden Landestheile aus der Zentralkasse erhalten haben, auch die von den Parteigenossen selbst aufgebrachten Mittel anführen. Ostpreußen erhielt 9000 Mk., eine Abrechnung über die selbst aufgebrachten Gelder liegt noch nicht vor, Westpreußen erhielt 3500 Mk., 753 Mk. brachte es selber auf, Brandenburg erhielt 18 600 Mk., wovon 2000 Mk. zurückgezahlt wurden; selbst aufgebracht hat es 36 000 Mk., außerdem brachten die sechs Berliner Wahlkreise für Wahlzwecke 22 957 Mk. auf und gaben noch außer sehr beträchtlichen Zuschüssen für die allgemeine Agitation in Brandenburg 3200 Mk. für märkische Kreise aus; Pommern erhielt 7150 Mk., selber brachte es 3514 Mk. auf, Schlesien erhielt 19 553 Mk., wovon 621 zurückgezahlt wurden, selber brachte es, soweit bekannt, 11 606 Mk. auf, Posen erhielt 1596 Mk., selber brachten die polnischen Genossen etwa 1000 Mk. auf, die Provinz Sachsen erhielt 20 410 Mk., wovon 1000 Mk. zurückgezahlt wurden. Die Stadt Magdeburg brachte allein 6362 Mk. auf, wovon 3340 Mk. verausgabt wurden, der Bezirk Erfurt 10 586 Mk., wohlhabende Bezirke fehlen aber noch. Hannover erhielt, soweit die Agitation für die Provinz der Stadt Hannover unterstellt ist, 10 200 Mk.; selber brachte die Provinz 11 710 Mk. auf: von einem Kreise, dem vierten, steht die Abrechnung noch aus, die Provinz Westfalen erhielt 6150 Mk., selbst aufgebracht wurden, soweit bekannt, 12 918 Mk., Bochum fehlt, die Provinz Hessen-Nassau erhielt, soweit sie Kassel unterstellt ist, 8250 Mk.; die Stadt Kassel gab allein 4420 Mk. aus, die Provinz Hessen-Nassau, soweit sie Frankfurt a. M. unterstellt ist, nebst 8 Wahlkreisen vom Großherzogthum Hessen und 2 bayrischen Wahlkreisen, erhielt 10 150 Mk. Vom ersten nassauischen Kreis, dem einzigen dieses Bezirkes, von welchem eine Abrechnung vorliegt, wurden selbst 2370 Mk. aufgebracht. Die

Rheinprovinz erhielt 9000 Mk., selbst aufgebracht wurden, soweit bekannt, 15 270 Mk., die Provinz Schleswig-Holstein erhielt, soweit sie Neumünster unterstellt ist, 5500 Mk.; soweit bekannt, brachte die Provinz selber noch 22 916 Mk. auf. Das Königreich Bayern erhielt 10 900 Mk., selbst brachte es, soweit bekannt, 20 770 Mk. auf. Das Königreich Sachsen erhielt 22 000 Mk., wovon 1000 Mk. zurückgezahlt wurden. Ohne die Dresdener Bezirke brachte Sachsen selber 39 741 Mk. auf. Das Königreich Württemberg erhielt von der Zentralkasse keinen Zuschuß, selber brachte es 21 354 Mk. auf. Das Großherzogthum Hessen ohne die drei Frankfurt a. M. unterstellten Kreise erhielt 5100 Mk.; selber brachte es ohne Worms 9423 Mk. auf. Das Großherzogthum Baden erhielt 3600 Mk.; selber brachte es soweit bekannt, (ohne Bezirk Freiburg) 14 065 Mk. auf. Die beiden Mecklenburg erhielten 7700 Mk., selber brachten sie 7832 Mk. auf. Die dem Zentralkomitee in Gotha und Pößneck unterstellten Kreise erhielten 6000 Mk., ohne Rudolstadt brachten sie 4700 Mk. auf. Das Herzogthum Braunschweig erhielt 1060 Mk., was es selbst aufgebracht hat, steht dahin. Die dem Zentralkomitee in Bant unterstellten Kreise erhielten 1200 Mk., selber brachten sie 6965 Mk. auf. Die dem Hamburger Zentralkomitee unterstellten Kreise erhielt.n keinen Zuschuß, Hamburg gab selber 28 352 Mk. dafür her und die übrigen holsteinischen Kreise brachten selbst 40 500 Mk. auf. Bremen erhielt für seine Bezirke 2000 Mk. und brachte mit Bremerhaven 20 500 Mk. auf. Lübeck erhielt nichts und brachte 10 836 Mk. auf. Altenburg brachte für die Reichs- und Landtagswahl 3898 Mk. auf. Das Herzogthum Anhalt erhielt 1300 Mk. und brachte 7800 Mk. auf. Reuß jüngere und Reuß ältere Linie beanspruchten keine Unterstützung und brachten 1658 und 3305 Mk. auf. Die Reichslande erhielten 7000 Mk. und steuerten ca. 4000 Mk. zusammen.

Die Zentralkasse gab im Ganzen 213 217 Mk. Von den Kreisen selber geleistet wurden, soweit bis jetzt feststeht, 408 259 Mk., sodaß für Wahlzwecke 621 476 Mk. verausgabt wurden, doch darf die Gesammtausgabe nicht unter $^3/_4$ Million veranschlagt werden, da noch manche Kreise mit der Abrechnung ausstehen. Auf eine Erscheinung wollte ich noch besonders hinweisen.

Wir haben zwar gebeten, daß alle überschüssigen Mittel der Zentralkasse überwiesen werden, weil nur von da aus eine gerechte und gleichmäßige Vertheilung der Gelder sich ermöglichen läßt. Das ist aber leider nicht von allen Orten geschehen. Es giebt ja große und mustergiltige Parteiorte wie Berlin und Hannover, die streng so verfahren, andere aber können das Mitregieren nicht lassen. So haben die Hamburger für Mecklenburg 5000 Mk. hergegeben, von denen wir nichts wußten. Leipzig hat noch drei preußische Kreise unterstützt, ohne daß wir eine Ahnung hatten. Die in der Nähe wohlhabender Parteiorte liegenden Kreise fahren dadurch besser, als die entfernteren.

Noch eine Mahnung: Es ist in der letzten Zeit öfter vorgekommen, daß Vertrauensmänner schrieben: „Schickt uns 5000 Mk. und wir nehmen den Wahlkreis". Mit Recht sagt aber der Vertrauensmann von Pommern in seinem Bericht über die letzte Reichstagswahl: Mit Geld allein können wir die Dinge nicht machen, so lange die nothwendigen Vorbedingungen für den Erfolg fehlen. Es haben sich im letzten Wahlkampfe recht bedenkliche Erscheinungen gezeigt. Wahlkreise, deren Kosten über 6000 Mk. betrugen, haben aus eigener Kraft nur 100 Mk. aufgebracht; in solchen Kreisen ist es garnicht möglich, die Bewegung hochzuhalten.

Zum Schluß ein Wort über die Sammlung für die in Essen nach unserer Ueberzeugung unschuldig verurtheilten Bergleute. Sie ist sehr ergiebig gewesen und es sind 57 949 Mk. eingekommen. Das ermöglicht eine sehr reichliche Unterstützung. Jede Frau erhält monatlich 50 Mk., außerdem für jedes Kind 10 Mk. Die Aerztekosten wurden beglichen, die Apotheken-

rechnungen bezahlt, Umzugskosten vergütet, an Weihnachtsgeschenken für jedes Kind 20 Mk. ausgegeben. Kurz, es wurde in keiner Weise gekargt. Bisher wurden 19 424 Mk. so verausgabt. Jetzt verlassen die Verurtheilten nach und nach das Zuchthaus und es ist die Frage, was mit dem noch vorhandenen Geld geschehen soll. Soll es unter die Verurtheilten aufgetheilt werden? Wir haben mit den westfälischen Genossen, die den Fonds verwalten, in voller Einmüthigkeit beschlossen, daß außer den Unterstützungsgeldern jedem der Verurtheilten, der das Zuchthaus verläßt, eine Extra-Unterstützung von 500—600 Mk. gewährt werde, damit sie ihre Gesundheit wiederherstellen können. Es soll dann Jeder, je nach den besonderen Verhältnissen, bis zu 3000 Mk. erhalten, um sich eine neue Existenz gründen zu können. Wird in dieser Weise verfahren, so dürften unter Berücksichtigung weiterer, kleinerer Ausgaben, die sich heute noch nicht voraussehen lassen, von den gesammelten Geldern zwischen 15 und 20 000 Mk. übrig bleiben. Dieser Fonds soll die Zukunft der Verurtheilten sichern, denn es würde doch keinen besonders guten Eindruck machen, wenn man nach einigen Jahren hörte, daß sich dieser oder jener der Verurtheilten wieder in ungünstiger Lage befindet; aus diesem Grunde soll das Geld in dieser Form als Rückhalt dienen, insbesondere, da wir heute noch nicht sagen können, welche Folgen der Zuchthausaufenthalt für den Einzelnen gehabt hat. Des Weiteren soll das Geld noch als Fonds dienen für andere unschuldig und hart Verurtheilte, an denen auch in Zukunft und besonders, wenn die Zuchthausvorlage Gesetz geworden ist, kein Mangel sein wird. (Sehr gut.) Es ist aber von einem der Betheiligten, die das Zuchthaus verlassen haben, gegen diese Art der Eintheilung Einspruch erhoben worden. Er hat eine Vertheilung gefordert, die so ziemlich der Auftheilung gleich komme. Es wäre uns angenehm, wenn die Genossen uns ihre Meinung auch darüber kundgeben, wie in dieser Angelegenheit am besten verfahren werden kann. (Beifall.)

Den **Bericht der Kontrolleure** erstattet

Meister: Unser Bericht ist auch in diesem Jahre sehr kurz, gewiß ein erfreuliches Zeichen! Die Parteikasse wurde bei jeder Revision in musterhafter Ordnung gefunden. Wir haben auch das Zentralorgan regelmäßig revidirt und auch da eine musterhafte Ordnung gefunden. Auf Ersuchen der Buchhandlung Vorwärts haben wir, was ja eigentlich nicht zu unserer Kompetenz gehört, auch diese einer Revision unterworfen, und auch dort war Alles in Ordnung. Die Redaktionsbibliothek des „Vorwärts“, die sich nach unserer Ansicht nicht in den wünschenswerthen Verhältnissen befand, haben wir besser umgestaltet, so daß jetzt wohl das Wünschenswerthe erreicht ist. Da seitens der Berliner Genossen über das Annoncenwesen hier und da Klage geführt wurde, haben wir auch die Expedition des „Vorwärts“ revidirt und auch da zu Ausstellungen keinen Anlaß gehabt.

Beschwerden sind eingegangen zunächst seitens der Genossen in Bochum und Essen über Lütgenau. Die Kontrolleure konnten den Beschwerdeführern nicht ganz Recht geben, aber ein klein wenig mußte die Beschwerde als berechtigt anerkannt werden. Lütgenau befand sich damals gerade im Gefängniß, wir haben ihm später Mittheilung gemacht, daß er sich in gewisser Beziehung im Unrecht befand. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Bochumer eingesehen haben, daß Alles, was möglich war, geschehen ist und daß wir nicht weiter eingreifen konnten. Auch die Solinger Angelegenheit, die ja auf allen Parteitagen eine Rolle gespielt hat, hat sofort nach Schluß des vorigen Parteitages zu unleidlichen Verhältnissen geführt. Der Partei-Vorstand war nach seiner Ansicht nicht in der Lage, den Beschluß des Parteitages genau nach dem Wortlaut zur Ausführung zu bringen. Ein Theil der Genossen, die auf Seiten Schumachers standen, führten über den Vorstand Beschwerde bei den Kontrolleuren. Wir haben die Sache eingehend, namentlich nach der Seite hin geprüft,

ob es dem Vorstand möglich und der Partei nützlich gewesen sein würde, angesichts der Situation dem Wortlaut des Beschlusses Rechnung zu tragen. Wir sind einstimmig zu der Ansicht gelangt und haben dies den Beschwerdeführern klar zu machen versucht, daß der Vorstand, wenn anders er die Partei nicht schädigen wollte, nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat, die Antwort war von sämmtlichen Kontrolleuren unterschrieben.

Aehnlich wie in Solingen scheinen sich, wenn es so weiter geht, die Verhältnisse in Braunschweig zu gestalten. Eine gewisse Richtung in Braunschweig hat es für nothwendig erachtet, aus der bestehenden Organisation auszutreten. Die Ursachen sind persönlicher Natur, so weit wir unterrichtet sind. Die Betreffenden haben sich an die Kontrolleure gewandt, damit Remedur geschaffen wird. Wir waren aber nicht in der Lage, den Wünschen der Beschwerdeführer Rechnung zu tragen. Der Beschluß der Kontrolleure ist ja veröffentlicht worden. Die Beschwerde ging namentlich dahin, daß die Absetzung der Vertrauensmänner nicht in einer Parteiversammlung geschehen ist, sondern in einer öffentlichen Volksversammlung, wo jede Kontrolle über die Parteizugehörigkeit ausgeschlossen war. Es soll eine künstlich zusammengetrommelte Versammlung gewesen sein. Wir haben uns aber überzeugt, daß auch die früheren Vertrauensleute in eben solchen Versammlungen gewählt waren und daß es in Braunschweig Sitte ist, die Wahlen in derartigen Versammlungen vorzunehmen. Das war ein Hauptgrund, weshalb wir die Beschwerde zurückgewiesen haben. Der Parteitag wird sich leider noch selbst mit dieser Frage zu beschäftigen haben und ich kann Ihnen nur empfehlen, daß Sie, wenn Sie nun einmal die Frage prüfen, sie so eingehend prüfen, daß wir uns in Zukunft nicht mehr damit zu beschäftigen haben.

Eine weitere Beschwerde gegen den Vorstand ist eingegangen aus Eschwege; die Genossen wollten Geld haben zur Wahl, aber nach Ansicht des Vorstandes und auch der Kontrolleure hatten sie reichlich bekommen. Der Vorstand glaubte seine Schuldigkeit gethan zu haben, und gab den Eschwegern die Lehre, künftig etwas haushälterischer mit den Geldern umzugehen. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen. Dann hat der Genosse Moos, der vor Jahren durch ein Leipziger Schiedsgericht der Aemter in der Partei verlustig erklärt war, gebeten, die Kontrolleure möchten seine Rehabilitirung veranlassen. Wir haben dem Vorstand die Bitte unterbreitet, bei den Leipziger Genossen die nöthigen Schritte zu veranlassen, damit dem Wunsche des Betreffenden Rechnung getragen wird. Das ist inzwischen geschehen und ich bin beauftragt, im Namen der Kontrolleure die Leipziger zu bitten, den Wunsch zu erfüllen. Thatsächlich ist der Genosse ja längst rehabilitirt, er hat bei den letzten Wahlen gewirkt und vollauf seine Schuldigkeit gethan. Er ist gegenwärtig in Berlin und thut auch da seine Schuldigkeit.

In letzter Stunde sind dann noch zwei Beschwerden an uns gelangt, eine von Hülle, der sich durch Auer beleidigt fühlt. Auer hat, als es sich darum handelte, die Stelle am „Braunschweiger Volksfreund" zu besetzen, als Parteisekretär ein Telegramm nach Braunschweig geschickt mit den Worten: „Vorsicht, Weiber und Geld." (Heiterkeit.) Die Kontrolleure haben heute Morgen Sitzung gehabt und einstimmig den Beschluß gefaßt, daß es nach Prüfung der Sachlage nothwendig war, daß der Partei-Vorstand eingriff. (Sehr richtig.) Der Lebenswandel, den Hülle in Erfurt geführt hat, war ein derartiger, daß der Beschluß gerechtfertigt war, wonach er überhaupt auf fernere Zeit kein öffentliches Parteiamt bekleiden kann. Nun hat mich Hülle auch zugleich beauftragt, falls die Kontrolleure seinem Wunsche nicht Rechnung tragen, seine Beschwerde dem Bureau des Parteitages zu überweisen.

Die zweite Beschwerde vom Genossen Scholz in Dresden richtet sich in erster Linie gegen die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" und in zweiter

Linie gegen den Partei-Vorstand. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat sich geweigert, die Begründung eines Antrages zum Parteitag abzudrucken, und dasselbe that die Redaktion des „Vorwärts“. Wir haben es für eine Ueberschreitung unserer Kompetenz gehalten, wenn wir uns in die Einzelheiten der Redaktionen einlassen würden, und haben es abgelehnt, uns damit zu befassen.

Ich beantrage Namens der Kontrolleure Decharge für die Geschäftsführung des Partei-Vorstandes. (Beifall.)

Auf Vorschlag von **Singer** wird jetzt über die einzelnen Theile des Berichtes debattirt. Ueber die dazu gestellten Anträge soll die Diskussion erst später eröffnet werden.

Zu Punkt „Allgemeines und Agitation“ meldet sich Niemand zum Worte.

Bei Punkt „Reichstagswahlen“ bringt **Krüger**-Halle eine Beschwerde aus dem Wittenberger Kreise zur Sprache. Bei der Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Mitglied der Freisinnigen Vereinigung habe der Kandidat des Kreises, Genosse Rohrlack, Wahlenthaltung vorgeschlagen. Auer hingegen habe die Parole ausgegeben, gegen den Konservativen zu stimmen. Das sei ein Verstoß gegen den Beschluß des Hamburger Parteitages. Der Parteitag brauche ja nicht, wie es in einer Zuschrift des Genossen Rohrlack gewünscht wird, Auer seine Mißbilligung auszusprechen, aber er müsse in der einen oder anderen Weise dazu Stellung nehmen.

Scheidemann-Gießen wendet sich gegen einen vor Kurzem in den „Sozialistischen Monatsheften“ erschienenen Artikel über die letzten Reichstagswahlen. „Das krampfhafte Bestreben“, so heißt es in diesem Artikel unter Anderem, „sich den Wünschen und Anforderungen der Wähler anzupassen, die Rücksichtnahme auf alle möglichen Wählergruppen, auf den Bauern, den kleinen Geschäftsmann, den Handwerker, ist der Grund, daß wir bei den Wahlen verhältnißmäßig schlecht abgeschnitten haben, wir hätten mehr die sozialdemokratischen Endziele betonen müssen“. Ich möchte dem Schreiber dieser Zeilen, Genossen Schröer, doch den Rath geben, uns die Propagirung unserer Endziele nicht dadurch zu erschweren, daß Aeußerungen gethan werden, die zum Mindesten sehr mißverständlich sind und die wir in den Versammlungen immer erst zurückweisen und richtigstellen müssen. (Sehr wahr.) Ich meine, wir sind nicht eine industrielle Proletariatspartei allein, sondern wir sind mehr, wir sind eine Vertretung der gesammten nothleidenden Menschheit, die unter den schlimmen Folgen des Kapitalismus leidet. (Beifall.) Wer auf dem Lande zu thun hat, wer mit den kleinen Bauern, Handwerkern und Geschäftsleuten zu thun hat, der wird zugeben, daß wir in zahlreichen Versammlungen garnicht dazu kommen, unsere letzten Endziele klarzulegen, weil wir stundenlang uns mit unseren Gegnern herumbalgen müssen, um derartige Aeußerungen zurückzuweisen. (Sehr wahr.) Erleichtern Sie uns also die Agitation auf dem Land dadurch, daß Sie mit Ihren Aeußerungen recht vorsichtig sind, vor Allem richte ich diese Bitte an die, welche nur mit dem industriellen Proletariat zu thun haben.

Heymann-Göttingen ist der Ansicht, daß wir bei unserer Agitation nicht nur das industrielle Proletariat zu berücksichtigen, sondern daß wir uns auch mit den Fragen des agrarischen Produktionsprozesses zu beschäftigen haben; er könne auf Grund der Erfahrungen in seinem Reichstags-Wahlkreise nur den Wunsch nach einem agrarischen Aktionsprogramm äußern. Bei den Nachwahlen dürfe die Propaganda auch dann nicht vernachlässigt werden, wenn keine Aussicht vorhanden sei, den Kandidaten durchzubringen. Ebenso wie wir bei den Landtagswahlen gegen das ostelbische Junkerthum ankämpfen, müssen wir auch bei den Reichstags-Neuwahlen diesen Kampf energischer aufnehmen, dann wäre es uns vielleicht möglich gewesen, z. B. bei der Nachwahl in Pyritz-Saatzig, den Agrariern den Sitz noch zu entreißen. In Oldenburg-Plön sei man nur durch mangelhafte Agitation um die Stichwahl gekommen.

Bruhns-Breslau: Die Waldenburger Genossen hatten den Partei-Vorstand um Redner im Wahlkampf ersucht, der Partei-Vorstand vertröstete sie auf die Stichwahlen. Am letzten, dem wichtigsten Sonntage, veranstalteten sie eine Reihe von Versammlungen; es wurden ihnen als Redner Kühn, Tutzauer und Baake zugesagt. Es kam aber Niemand und dem ist vielleicht zum Theil der Mißerfolg bei der Stichwahl zuzuschreiben.

Stadthagen: Gewiß hat Auer Recht, daß keine Partei sich mit uns in der Zunahme der Stimmenzahl vergleichen kann. Aber für uns als Kampfpartei kommt es auf das Verhältniß zu der Zahl der Wahlberechtigten an. Wenn wir eine Kampfpartei sein wollen, die die Welt erobern will, so haben wir die Frage zu stellen: wie weit sind die sozialdemokratischen Gedanken propagirt? Und da wirken die nackten Zahlen weit angenehmer als die schönen Wünsche und Aeußerungen. Wir haben ständig zugenommen von 4 pCt. der Wahlberechtigten im Jahre 1874, außer in den beiden Ausnahmejahren 1878 und 1881, aber diesmal bei Weitem nicht in dem Maße, wie man es hätte erwarten müssen, wenn der sozialdemokratische Gedanke einigermaßen ähnlich fortgeschritten wäre wie früher. Im Jahre 1887 betrug die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Verhältniß zur Zahl der Wahlberechtigten 7,8 pCt., 1890 kam der große Aufschwung auf 13,91 pCt., dann 1893 auf 16,81 und jetzt ist nur eine Steigerung auf 18,40 erfolgt, d. h. nur um 1,59 pCt. in 5 Jahren, während sie in der vorletzten Legislaturperiode noch 2,3 und von 1887 auf 1890 sogar 6,9 pCt. betrug. Diesen unbestreitbaren Thatsachen gegenüber ist es nicht richtig, lediglich die Siegesfreude hervorzukehren, zu der wir berechtigt sind, wenn wir das Arbeiten der Gegner ansehen. Wir sollten fragen: liegt es nicht vielleicht doch an besonderen Verhältnissen, daß wir nicht in dem Maße zugenommen haben, wie wir es hätten erwarten können? Ich meine, solche Gründe sind vorhanden. Die Agitation während der Wahlthätigkeit ist doch nur der letzte Schluß, die Hauptsache ist doch die fortwährende Agitation und Organisation, und diese wird außerordentlich erschwert durch die zunehmende Wanderung aus dem Osten. Dann aber meine ich, daß Diejenigen, die fortwährend darauf hinzielen, das Endziel zurückzustellen, wesentlich dazu beigetragen haben, die Thatkraft und Kampffreudigkeit zu lähmen. Dresden hat durch die, in der Form ja manchmal fehlsame Agitation der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" einen glänzenden Erfolg erzielt, weil sie festgehalten hat an dem Endziel.

Aber nicht nur in der Presse, auch in der mündlichen Agitation ist man vielfach hinter dem Ziele zurückgeblieben, Sozialdemokraten zu erziehen. Der, ich will ja zugeben, unbewußte Versuch des Abdrängens von der ständigen Betonung des Endzieles hat hauptsächlich den Mißerfolg verschuldet, und dann auch Diejenigen, die darauf losdrängen, sich nicht mehr an die Indifferenten zu wenden. Wir sollten uns die ernste Mahnung zukommen lassen, daß wir, was Agitation und Organisation anlangt, insbesondere aber Agitation, zurückkehren zu der alten, der Sozialdemokratie allein würdigen Methode, das Endziel in den Vordergrund zu stellen und die Indifferenten aufzurütteln und nicht einem scheinbaren Gelehrtenthum nachzugehen, von Leuten, die meinen, erziehen zu können, während ich der Ansicht bin, die meisten von ihnen sollten erst noch lernen.

Baer-Krefeld: Bei der letzten Wahl wurde den rheinischen Parteiorten vorgeworfen, daß sie eine unrühmliche Ausnahme bilden. Man darf aber doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und an dem endlichen Sieg des Sozialismus im Rheinlande, in der sogenannten schwarzen Ecke, verzweifeln. So schlimm steht es im Rheinland nicht; besonders in Krefeld haben sich die Verhältnisse zu unseren Gunsten wesentlich geändert. Noch 1881 kamen auf jeden Sozialdemokraten 26 Zentrumswähler, 1889 nur noch zwei, und bei den Wahlen zum Gewerbegericht haben wir bereits Erfolge aufzuweisen.

Angesichts dieser Thatsache ist der uns gemachte Vorwurf durchaus unberechtigt. Gewiß, der Kampf ist bei uns schwerer als wo anders, aber trotzdem gewinnen wir dem Zentrum Boden ab, auch auf dem Lande. Nur macht die Bewegung nicht so rapide Fortschritte wie anderwärts. Wir mahlen langsam, aber sicher, und ich bin überzeugt, daß wir auch im Rheinland in nicht allzu ferner Zeit den endlichen Sieg erringen.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

$3^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Ulrich-Offenbach: Stadthagen hat den Vorwurf erhoben, daß manche Genossen ihre Gefühle und Ziele in den Silberschrank einschließen. Ich weiß nicht, ob Stadthagen einen solchen Silberschrank besitzt. Bei uns in Hessen ist so etwas nicht möglich, daß wir mit unseren Zukunftsidealen hinter dem Berge halten; dafür sorgen schon unsere Gegner, die uns immer ein so schönes Zukunftsbild als angeblich unseres vorhalten, daß wir darauf antworten müssen. Und dann machen wir kein Hehl daraus, daß wir als Sozialdemokraten Anhänger der Republik und des kollektivistischen Wirthschaftssystems sind, daß wir das gesammte Privateigenthum an Grund und Boden und an Arbeitsmitteln in das Eigenthum der Gesellschaft überführen wollen. Aber wenn brennende Fragen vorliegen, die das ganze Denken der Leute beschäftigen, dann tritt das Zukunftsbild naturgemäß im Augenblicke des Kampfes ganz von selbst zurück. Wir schweben doch nicht in den Wolken, sondern leben auf der Erde. Ich bin kein Neuling und kein Jüngling, aber bei jeder Wahl gehe ich mit mehr Feuereifer ins Geschirr. Ich frage Euch Alle, ob wir vor 20 Jahren mit solcher Klarheit von unseren Zukunftsidealen gesprochen haben wie jetzt. Ich habe in den schwärzesten Gegenden mit Erfolg agitirt, dort wo der Pfarrer es noch verstanden hat, die Weiber aufzuhetzen. Man hat behauptet, wir seien blos eine Partei der Industrie-Proletarier, dagegen muß ich auf das schärfste Verwahrung einlegen. Wir sind auch eine Partei der Landproletarier, wir sind die Partei des Proletariats überhaupt. Wir haben die Pflicht, alle Mühseligen und Beladenen zu uns herüberzuziehen. Neun Zehntel aller Bauern in Süddeutschland sind nur nominell Bauern, sind keine wirklichen Eigenthümer, sie sind zum Theil Lohnsklaven und viel schlimmer als die Lohnsklaven in den Fabriken. Für sie ist unser Zukunftsideal geradezu ein Evangelium. Für mich ist ein Agrarprogramm garnicht nothwendig, ich handle so, wie ich es im Interesse der Partei für nothwendig halte, auf dem Boden des jetzigen Programms. Man kann eine bestimmte Norm nicht geben, deshalb ist es auch kein Unglück, wenn wir ein Agrarprogramm nicht erhalten haben, mit gelehrten Abhandhandlungen darf man den Leuten ohnehin nicht kommen. Der Bericht des Partei-Vorstandes spricht davon, daß wir keine Bauernpartei, sondern eine Arbeiterpartei seien. Eine sozialdemokratische Partei sind wir, als solche müssen wir uns erhalten, als solche wollen wir wirken.

Morawski-Berlin: Wir haben in Posen im Allgemeinen in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse und der großen Verfolgungen bei den Reichstagswahlen zufriedenstellende Ergebnisse erzielt, in Schlesien waren die Erfolge sogar glänzende. In Westpreußen blieben sie zum Theil hinter den Erwartungen zurück, weil man sich dort nicht rechtzeitig von uns Agitationsmaterial beschafft hat. Wir sind getrennt marschirt, aber Schulter an Schulter haben wir geschlagen. Die Parteileitung hat uns nach Kräften unterstützt, wir haben da keine Beschwerde zu erheben; ich hoffe, daß Sie uns auch in Zukunft entgegenkommen.

Peus-Dessau: Auch ich gehöre zu Denen, die einen früher eroberten Wahlkreis nicht wieder errungen haben, trotzdem bin ich mit den Resultaten der Reichstagswahlen durchaus zufrieden, und ich glaube, wir haben Veranlassung, es allesammt zu sein. Wenn wir das Maß der politischen Aufklärung, das im Volke vorhanden ist, mit unseren Resultaten vergleichen, so konnten wir nicht mehr erwarten. Daß das stete Hervorkehren des Endzieles ein glänzendes Resultat verbürgt, steht mit den Thatsachen in Widerspruch. In beiden Anhalter Wahlkreisen und in meinem eigenen früheren, wo ich gearbeitet habe, haben wir durchaus glänzende Resultate erzielt. Ich meine gerade, daß wir, je mächtiger wir werden, je verantwortlicher unsere Stellung ist, wir auch die Verpflichtung haben, das Gegenwartsbedürfniß der Massen mehr zu befriedigen. Früher galt es, die Grundprinzipien zu betonen, jetzt sind die Prinzipien fest, sowohl in der Gewerkschafts- wie in der Parteibewegung. Der ganze Begriff Endziel ist mir zuwider, denn es giebt gar keine Endziele. Denn über die Endziele hinaus wird es selbstverständlich auch eine Welt von neuen Zielen geben. Heute kommt es darauf an, auf praktischem Boden zu arbeiten, die Massen zu veranlassen, mit uns zu gehen. Deshalb würden wir gerade den entgegengesetzten Erfolg erzielen, wenn wir den Rath Stadthagen's befolgen wollten. Worauf es ankommt, ist, daß wir den einzelnen Leuten viel klarer werden als bisher; das ist namentlich auch Sache der Presse. Wir sehen das ja in Berlin; der „Vorwärts" ist nicht für die große Sache der Bevölkerung und ihre Aufklärungsbedürfnisse geeignet. Er ist für ihr Verständniß zu hoch. Es wäre manchmal gut, wenn ein Provinzblättchen nach Berlin gebracht würde. Für uns ist die Situation augenblicklich noch dadurch ungünstig, daß die Mittelstandsbewegung noch Werbekraft hat. Hat sie erst mehr Fiasko gemacht, werden die Leute auch aus diesen Schichten mehr zu uns kommen. Das Hauptgewicht lege ich darauf, daß wir noch positiver, noch praktischer in der Gegenwart arbeiten. Das Endziel kommt, denke ich, von selber. Wir können es garnicht aus den Augen verlieren. Aber eine so mächtige Partei, wie wir es sind, hat die Verantwortung und muß zeigen, daß sie für die Massen, die hinter uns sind, auch etwas zu leisten im Stande ist, um unsere Prinzipien braucht uns nicht bange zu sein.

Heine-Berlin: Ich habe mir das Wort erbeten, um gegen die Behauptung aufzutreten, die völlig unbewiesen ist, die aber, fortwährend wiederholt, anfängt zu einem eingewurzelten Aberglauben zu werden. Es heißt, die Leute, die die letzten Ziele verschleierten, waren an gewissen Mißerfolgen schuld. Ich frage: Wer sind die Genossen, die das thun? Man nenne sie, dann wollen wir weiter reden. Aber man verschone uns mit allgemeinen Behauptungen, die nicht viel besser sind als Verdächtigungen. Im Allgemeinen sind es lediglich Temperamentsunterschiede, die den einen Genossen veranlassen, mehr als der andere von der zukünftigen Gesellschaft zu reden. (Sehr richtig.) Deshalb verarge ich es Niemand, den sein Temperament treibt, dies in den Vordergrund zu rücken. Aber wir möchten doch untersuchen, welche Grenzen das nach beiden Seiten hat. Ich meine, wir können und dürfen den Massen keine Zukunftsbilder der sozialistischen Gesellschaft vormalen. Wir dürfen es nicht aus wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit. Wenn die Gegner von uns verlangen, wir sollten ihnen solche Beschreibungen geben, so weisen wir das als eine unverschämte Zumuthung zurück, wir dürfen dann aber auch unsern Anhängern nichts davon vorerzählen. Darum hat Engels sein Buch über die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft geschrieben, um utopischen Spielereien ein für alle Mal ein Ende zu machen. Man suche uns nicht in einen endgiltig verlassenen Weg zurückzudrängen. Freilich, Wahlerfolge könnten wir erzielen, wenn wir in rückständigen Gegenden recht Vieles versprächen, ohne uns Sorgen darüber zu machen, wie wir diese Versprechungen halten wollten.

Aber auf wie lange würden diese Erfolge vorhalten? Eine oder auch zwei Wahlen, dann würden auf diese Art gewonnene Wähler wieder abfallen. Die Menschen sind ungläubige Thomase und wollen die Hand auf das legen, was sie glauben sollen. Aber in einem anderen Sinne als dem der Utopisterei können und müssen wir vom zukünftigen Ziele reden. Wir dürfen nicht das Bewußtsein verlieren, daß Alles, was wir thun, dienen soll, eine höhere Gesellschaft zu schaffen, eine aus der ökonomisch-technischen Entwickelung naturgemäß erwachsende Gesellschaft, und eine sozialistische Gesellschaft im Gegensatz zu einer rein individualistischen. Aber ich frage: Wo ist der Agitator, der beschuldigt werden kann, diese Ziele verhüllt zu haben? Ich kenne keinen. Kein Redner wird auf dies beste Mittel, seiner Rede Schwung und Feuer zu verleihen, verzichten. Und wie Genosse Ulrich gesagt hat, schon die Gegner sorgen dafür; nicht blos auf dem Lande, sondern sogar in Berlin mußten wir fortwährend Zukunftsstaats-Flugblätter der Gegner besprechen. Und wir hätten von unsern wahren Zielen reden müssen, auch wenn wir es nicht gewollt hätten. Aber auch dieser erlaubte und nothwendige Hinweis auf die Ziele kann nicht der ausschließliche oder nur vorwiegende Inhalt unserer Reden sein. Ja, er muß mit viel Maß verwendet werden. Ich bin der Letzte, der den sittlichen Werth, die Förderung der Willenskraft bestritte, die aus dem Glauben an eine solche bessere höhere Zukunft erwächst, aber leider ist der Appell an diesen Glauben ein Kampfmittel, dessen Wirkung gerade im umgekehrten Verhältniß zur Häufigkeit seiner Anwendung steht. Parteigenossen, nichts nützt sich im Gebrauch so schnell ab, als die Worte des Glaubens, häufig angewendet oder gehört, werden sie als Phrasen empfunden, und der begeisternde Prophet macht den abstoßenden Eindruck eines Pfaffen, wenn er sonst nichts zu bieten weiß. (Vollmar: er wird langweilig!) Ja, und langweilig den Massen, auch immer dasselbe zu hören. Was aber ewig neu die Massen aufrüttelt, ewig neue Aufgaben stellt, nie langweilig wirkt, das ist der Kampf um die gegenwärtigen konkreten Forderungen des Tages, um die Verbesserungen, die wir anstreben, weil sie den Weg in die große schöne Zukunft bedeuten. Das ist natürlich nichts Neues, im Gegentheil, das hat die Sozialdemokratie längst begriffen. Es findet seinen Ausdruck in der Ausführlichkeit des zweiten Theils des Erfurter Programms und in der ganzen praktischen Haltung der Partei seit vielen Jahren. Diese Taktik hat sich bewährt, und ich muß sagen, die Genossen, die sich über eine angeblich neue Taktik beschweren, die sind in Wahrheit diejenigen, die eine neue mit der altbewährten Praxis der Partei in Widerspruch stehende neue Taktik fordern. (Bravo.) Freilich berufen sie sich auf eine angeblich zu geringe Rate des Stimmenzuwachses, und die Genossin Zetkin findet es beachtenswerth, daß unsere relativ größten Fortschritte gerade in den Kreisen lägen, wo wir neu auftreten. Sie meint, das läge daran, daß wir dort genöthigt gewesen wären, mehr über unsere Ziele zu reden. Ich wundere mich, daß eine so scharfsinnige Frau sich so irren konnte. Wie schon bemerkt, waren wir auch in Berlin genöthigt, genug über unsere Ziele zu reden. Aber wir sehen ja auch ganz klar, wo der wirkliche Grund liegt. Ich denke doch, wir sind Alle Anhänger der Marx'schen materialistischen Geschichtsauffassung. Wir können nicht beliebig unsere Ueberzeugung jedem Kopfe übertragen, sondern durch materielle von unserem Willen unabhängige Verhältnisse ist die Zahl der Leute bestimmt, die unseren Ideen zugänglich sind. Darum ist es ganz natürlich, daß wir in Kreisen, in denen noch unberührte Massen sind, mehr Erfolge erzielen können, als in denen, wo wir das uns zugängliche Material schon früher aufgepumpt hatten. (Sehr richtig!) Stadthagen kennt doch die Verhältnisse in Berlin; er weiß, daß Singer's Wahlkreis eine Menge proletarischer Wähler an ihn selber abgegeben hat und dies auf die Rate der proletarischen Wähler im vierten Wahlkreis drücken mußte. Er weiß auch, wie der sogenannte Köllerkoup

fast zwei Jahre lang die Wahlvereine in Berlin lahmgelegt und ihr Wachsthum aufgehalten hatte. Er kennt auch die Wirkungen der Wandlungen in Berlin. Von dem, was ich selbst beurtheilen kann, vom dritten Wahlkreis in Berlin, gilt, daß wir ihn gehalten haben, weil wir Pessimisten waren, weil wir uns nicht einredeten, die proletarische Entwickelung sei unaufhaltsam und wir würden den Wahlkreis unbedingt halten, sondern weil wir glaubten, wir würden ihn verlieren und doppelt gearbeitet haben.

Aber ich muß mich noch gegen eine Behauptung wenden, nämlich, daß die gefährlichen Aeußerungen von Bernstein und Heine die Wähler lau gemacht hätten. Wenn das irgendwo hätte eintreten müssen, dann wäre es im dritten Berliner Kreise gewesen; aber im Interesse meiner Wähler muß ich es sagen, gerade von Denen, die lebhaft gegen meine Kandidatur waren, haben Einige am rüstigsten und freudigsten mitgearbeitet. Es ist eine Beleidigung der Genossen, wenn man behauptet, sie wären in Folge geringer Verstimmungen und Meinungsverschiedenheiten minder pflichtfreudig geworden. Solchen unbewiesenen Behauptungen wollte ich entgegentreten und ebenso den Versuchen, geringe Unterschiede in der Form aufzubauschen, als wären es Verschiedenheiten der Ueberzeugung, während wir doch in dieser einig sind.

Kiesel-Berlin: Auch ich wünsche, daß man mit den Ausdrücken etwas vorsichtiger umgeht; aber das gilt für die Agitation im Allgemeinen, ob sie nun auf dem Lande oder für Industriearbeiter getrieben wird. Peus hat gerade mit der Betonung des Endzieles große Erfolge errungen. Ich weiß nicht, wie es ihm heute zuwider sein kann. Das Endziel bildet, wie Schröer mit Recht sagt, das Rückgrat der Parteibewegung, die getragen wird auf absehbare Zeiten von den Industrieproletariern.

Hoffmann-Bielefeld: Wir hätten gern einen hervorragenden Redner bei der Stichwahl gehabt; war es denn nothwendig, daß ein erstklassiger Redner nach dem bombensicheren Nürnberg ging? Das muß doch verschnupfen. Was Stadthagen's Behauptung betrifft, so dürfen wir nicht den Prozentsatz nach den Wahlberechtigten nehmen. Wenn es an einer aufregenden Wahlparole fehlt, dann bleibt die Betheiligung zurück. Wir sind doch eben Menschen von Fleisch und Bein. Ferner kommt hinzu, daß wir Kreise haben, die absolut sicher sind. Da bleibt die Betheiligung zurück, weil die Genossen des Sieges zu sicher sind. Vielleicht rührt davon der Verlust von Berlin II her. Dagegen hilft nur die Organisation, worauf das Hauptgewicht zu legen ist. Endziel und Forderungen für die Gegenwart müssen beide propagirt werden. Sie gehören zusammen. In diesem Sinne kann ich mich den Ausführungen von Heine und Peus nicht anschließen. Der Landproletarier ist auf dem Wege zu uns, aber der Sturm auf die katholischen Wahlkreise ist uns noch nicht gelungen. Köln und Krefeld sind die einzigen Lichtblicke.

Schaal-Solingen: Während die Mehrzahl der Delegirten heute mit Befriedigung auf die Wahlen blicken kann, stehen wir Solinger als Aschenbrödel der Partei da. Aber wir versprechen Ihnen, daß in Zukunft solche Dinge nicht mehr möglich sein werden. Möge jeder Parteigenosse aus den Solinger Vorgängen die Lehre ziehen, daß er die Sache über die Person zu stellen hat. Wenn wir über fünf Jahre nochmals wählen können, dann werden wir den bezüglichen Kandidaten zum Teufel jagen und den Kreis wieder holen. (Beifall.)

Zubeil-Teltow: Ich bedaure, daß Auer in seinem Referat Berlin wieder bloßgestellt hat; sehr geschickt und taktvoll war das nicht, denn die Berliner sind doch nicht Schuld daran, wenn irgendwo ein dummer Antrag gestellt wird. Der Antrag ist ja in der Versammlung abgelehnt worden. Ich bin mit dem Ergebniß der Reichstagswahl sehr zufrieden. Bei der Agitation dürfen wir nicht nur die augenblicklichen Tagesfragen berühren, sondern wir müssen auf die Endziele unserer Partei hinweisen, wie sie in unserem Programm dargelegt

sind. Insoweit bin ich mit dem ausgezeichneten Artikel der Genossin Zetkin in der „Gleichheit" einverstanden. Ich bedauere nur, daß sie am Schluß in denselben Fehler verfällt, den sie Heine zum Vorwurf macht. Wenn wir auf dem Lande agitiren, so dürfen wir niemals vergessen, daß der Bauer, der noch etwas besitzt, für uns nicht zu gewinnen ist Das läßt sich ziffernmäßig nachweisen. Ist aber der Bauer erst in das ländliche Proletariat hinabgesunken, dann kann er durch die Agitation uns zugeführt werden; so ist es in Norddeutschland und so ist es auch in Süddeutschland. (Rufe: Ganz anders!) Nun, wenn es da ganz anders ist, darf auch kein Agrarprogramm geschaffen werden, sondern dann brauchen wir für jede Provinz ein besonderes Programm. (Zustimmung und Widerspruch.) Mit einem Agrarprogramm werden wir nicht einen Schritt weiter kommen. Nun behauptet Peus, der „Vorwärts" sei viel zu hoch, die Arbeiter verstehen ihn nicht. Peus möge doch einmal nach Berlin kommen und sich in den Kreisen der Genossen umsehen, allüberall wird er nur eine Meinung hören, daß der „Vorwärts" noch nicht hoch genug ist. Genosse Peus kennt eben die Berliner Verhältnisse nicht. Auf das Land können wir in meinem Kreise z. B. höchstens drei Mal im Jahre hinausgehen, damit können wir nicht viel ausrichten und deshalb müssen wir uns ein geistiges Bindemittel schaffen, ein billiges Blatt, das wir das ganze Jahr hindurch dem ländlichen Proletariat geben können, damit gewinnen wir die ländliche Bevölkerung. So lange wir aber das geistige Bindemittel nicht haben, wird der Sozialismus auf dem flachen Lande nur sehr langsam vorschreiten. Schlesien ist durchaus kein Beweis für das Gegentheil, denn dort ist unser Erfolg ein sprungweiser. Warten wir doch erst ab, was wir in fünf Jahren für Erfolge erzielen werden! Von solchen sprungweisen Erfolgen bleibt gewöhnlich nicht viel übrig, wir müssen die Agitation immer wieder von vorne anfangen. Auch bin ich nicht der Ansicht wie Peus, daß wir in den Industriebezirken schon genug Agitation getrieben haben, daß die großen Städte schon ausgepumpt sind. Im Gegentheil ein großes Stück Arbeit ist in den großen Städten und den Industriezentren noch zu verrichten. Versuchen wir das industrielle Proletariat zu gewinnen, dann wird unsere Agitation auf dem flachen Lande eine leichtere werden. (Beifall.)

Linzweiler-Elberfeld: Man kann in Zukunftsbild-Agitation Unterlassungssünden begehen, man kann aber auch zu viel thun. Was soll man dazu sagen. daß es in einem Flugblatt in Mecklenburg heißt: der Grund und Boden wird gesellschaftlich bearbeitet werden, wenn es aber Jemand vorzieht, wird ihm ein Stück vom Grund und Boden überwiesen werden, das für seinen und seiner Familie Unterhalt reicht!

Bebel: Auer hat in seinem Referat seine große Befriedigung über den Ausfall der letzten Reichstagswahl ausgesprochen, ich bedauere diese Befriedigung nicht theilen zu können. Ich gebe recht gern zu, daß gewisse Momente bei der letzten Wahl es erklärlich machten, daß der Aufschwung der Partei nicht in dem Maße eintrat, wie es vielleicht Viele unter uns gehofft haben. Thatsache ist, daß die letzte Wahl im Allgemeinen eine schwächere Wahlbetheiligung erzeugte, als die Wahlen in den Jahren 1893, 1890 und 1887 und natürlich mußte auch die Sozialdemokratie darunter leiden. Ich gebe auch weiter zu, daß die prozentuale Steigerung nicht in derselben Weise eintreten kann, wie bei den früheren Wahlen. Denn je größere Zahlen eine Partei auf sich vereinigt, repräsentiren die einzelnen Prozentzahlen auch um so größere Zahlen, aber eins muß doch hervorgehoben werden: unsere Gewerbezählung und die statistischen Mittheilungen über die Entwickelung der Bevölkerung zeigen uns, daß die Zunahme gerade der proletarischen Kreise in den letzten 15 Jahren und speziell den letzten fünf Jahren eine erhebliche gewesen ist. Wenn wir diese Momente im Zusammerhang im Auge haben, muß ich allerdings sagen, daß das Resultat der letzten Jahre durchaus nicht ein sehr erfreuliches war. Gewiß haben wir

mehr gewonnen wie jede andere Partei, aber wir hätten mehr gewinnen können. Und ich meine, wir sollten uns doch die Frage vorlegen, woran das liegt. Hier ist nun ein lebhafter Kampf darüber entstanden, daß die Einen sagen: es ist zu wenig Zukunftsstaats-Politik gemacht worden, die Anderen: man hat zu wenig die praktischen Fragen betont. Der Vorwurf, daß die Endziele der Partei nicht genügend berücksichtigt werden, ist ein alter; wir haben ihn seit einigen 20 Jahren auf allen Parteitagen gehört. (Sehr wahr!) Schon 1877 von mir in Gotha, aber damals wurden von mir auch die Beweise vorgebracht und ich hätte gewünscht, daß auch heute Diejenigen, die die Klagen erheben, Thatsachen vorgeführt hätten. (Sehr wahr!) Ich brauche z. B. nur auf die Kandidatenrede zu verweisen, die Heine in Berlin gehalten hat, in der er den bekannten Vorschlag von der Kompensation zum Ausdruck brachte. Vielleicht könnte man dann Denen, die von einer fehlerhaften Politik sprechen, das Resultat der Heine'schen Wahl als Dementi entgegengehalten, denn er hat einen Sieg errungen, den man vielfach nicht erwartet hatte. Ich will gleich hinzufügen, ich habe die Ueberzeugung, daß diese seine Haltung es nicht gewesen ist, die ihm den Sieg verschafft hat. (Lebhafte Zustimmung.) In Bezug auf die Frage, was bei den Wahlen geschehen soll, antworte ich: wir haben ein Programm und für dieses haben wir in seiner Ganzheit zu agitiren. (Lebhafte Zustimmung.) Darin können wir keinen künstlichen Unterschied machen, nicht sagen, jetzt nehmen wir den Theil des Parteiprogramms, für den agitiren wir, und den anderen lassen wir liegen. Sollte dieser Fehler vorgekommen sein, dann bringe man die Thatsache vor, dann nenne man die Personen. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir Alle darin einig sind, daß wir dem schwer kämpfenden Kleinbürger und auch dem Bauernstand auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung keine Rettung bieten können, dann sind wir gezwungen, ihnen im Wahlkampf mit unseren Endzielen zu kommen. (Lebhafter Beifall.) Wir können dem kleinen Bürger und Bauern nicht mit Arbeiterschutz, mit Arbeiterversicherung kommen, denn dafür hat er kein Verständniß, vielleicht ist er sogar dagegen, denn sie legen ihm Opfer auf, jedenfalls nützen sie ihm nichts. Andererseits müssen selbstverständlich bei der Wahl eine Menge praktischer Fragen, die im Reichstag zur Erörterung kommen, im Vordergrund der Erörterung stehen, und da muß man klar unsere Grundsätze entwickeln. Auf Detailmalerei der künftigen Gesellschaft können wir uns dabei nicht einlassen, weil wir nicht wissen, wie die Zukunft der Menschheit sein wird. Aber so weit zu gehen, wie wir es heute aus dem Munde von Peus gehört haben, das geht erst recht nicht. (Sehr wahr!) Er sagt, es giebt kein Endziel; ja, wenn das philosophisch gemeint ist, lasse ich es gelten. Aber eine Partei, die kämpft, eine Partei, die bestimmte Ziele erreichen will, die muß auch ein Endziel haben. (Lebhafter Beifall.) Mit dem Standpunkt von Peus kommt man dahin, wohin er thatsächlich schon in seinem Blatt gelangt ist, nämlich dazu, es sei praktisch, daß wir den ersten Theil des Programms einfach abschaffen und dafür den zweiten ausführlicher ausgestalten. (Hört! Hört!) Da sage ich aber, dann hören wir auch auf Sozialdemokraten zu sein. (Lebhafter Beifall.) Aber da es sich heute darum handelt, nach den Ursachen zu suchen, die das nichtbefriedigende Resultat der Wahlen verschuldeten, komme ich auf drei Dinge, die allerdings nicht für die Allgemeinheit in Betracht kommen. Vor allen Dingen hat man sich in einer großen Reihe von Wahlkreisen, namentlich älteren, von vornherein mit viel zu großen Siegeshoffnungen getragen. (Zustimmung.) Man war der Ueberzeugung, wir werden auch dies mal wieder siegen, weil wir bisher gesiegt haben; das ist ein falscher Standpunkt. Ich stand von jeher auf dem Standpunkt, wenn ich auch tausend Mal der Ueberzeugung bin, wir werden siegen, dann muß ich öffentlich so reden, als wenn ich fürchte, wir werden unterliegen. (Beifall.) Denn wir wollen nicht nur siegen, sondern auch glänzend siegen. In dieser Beziehung sind

unsere Hoffnungen sehr in die Brüche gegangen. Der „Vorwärts", der im Uebrigen während der Wahlperiode ausgezeichnet redigirt war (lebhafte Zustimmung), hat doch den Fehler gemacht, daß er so that, als ob gar kein Zweifel sein könne, daß wir alle sechs Berliner Wahlkreise erobern würden. (Sehr wahr!) Im 4. und 6. Berliner Wahlkreise mit ihrem ungeheuren Proletariat mußten wir mit ganz anderen Stimmenzahlen aufmarschiren Wo derartige Verhältnisse zu Tage treten, da ist es in der Regel mit der Organisation nicht so bestellt, wie es sein sollte. (Sehr wahr!) Ganz mit recht ist gesagt worden: wollen wir siegen, dann müssen wir organisiren, müssen den Sieg vorbereiten. Aber wenn es z. B. vorgekommen ist — es fällt mir nicht ein, heute einen Vorwurf zu machen; ich will nichts weiter, als daß Ihr es das nächste Mal besser macht — daß, wie mir aus dem 2. Berliner Kreise von einer Anzahl von Leuten, die für uns gestimmt haben, mitgetheilt worden ist, daß sie während des ganzen Wahlkampfes nicht ein einziges Flugblatt und nicht einmal einen Stimmzettel in die Wohnung erhalten haben, dann hat man in Berlin in Bezug auf die Organisation gesündigt. (Sehr wahr!) Endlich ein Drittes, Parteigenossen. Ich habe das Gefühl seit Langem, daß unsere Preßerzeugnisse, sowohl die Parteipresse im engeren Sinne, wie auch die Parteiliteratur, bisweilen nicht diejenige Verbreitung findet, wie sie es sollte (Zustimmung.) Und ich lege ein großes Gewicht darauf, daß man auch in dieser Beziehung besser organisirt. Es muß über den engeren Kreis der Parteigenossen hinausgegangen werden: es müssen durch Presse und Broschüren neue Genossen geworben werden. Wenn da gründlich gearbeitet wird, dann können wir das nächste Mal mit anderen Resultaten aufwarten, als es diesmal der Fall war. (Lebhafter Beifall.)

Stadthagen: Nach der Rede Bebel's brauchte ich kein Wort hinzuzufügen, aber einige Bemerkungen, die in der Diskussion gefallen sind, muß ich zurückweisen. Ich habe mich außerordentlich gefreut, daß die krassen Zahlen, die ich vorzubringen die unangenehme Pflicht hatte, einige Derer auf die Tribüne getrieben hat, welche die Zahlen ignoriren, um wenig befriedigende Wahlerfolge in gute umzuwandeln. Peus suchte die Zahlen zu kritisiren, die ich vorgetragen habe, aber die Kritik war hinfällig. An der Thatsache kann nicht gerüttelt werden, daß die Sozialdemokratie keinen Grund zur besonderen Befriedigung über das Wahlresultat haben kann, wenn sie eine Kampfpartei sein soll. Wenn Peus im „Anhalter Volksblatt" vorschlug, den ersten Theil des Programms zu streichen, so habe ich diesem Vorschlage kein Wort hinzuzusetzen. Peus und Heine haben ihre Ansichten hier so klar zum Ausdruck gebracht, daß ich keine besondere Thatsachen anzuführen brauche. Bebel erinnerte an den Gothaer Parteitag 1877. Damals war die reaktionäre Strömung in der Partei so stark, daß die Fortsetzung von Engels' „Anti-Dühring" untersagt wurde. Wir kommen jetzt beinahe ebensoweit. Phantastische Ausmalungen des Zukunftsstaates haben nichts mit der Betonung des Endzieles zu thun. Dies Endziel darf nicht verschleiert werden. Gerade dort, wo wir prinzipielle Agitation getrieben haben, hatten wir die größten Erfolge gehabt, in Ostpreußen, in Oberschlesien, in der Provinz Brandenburg. Unser Endziel ist das, was naturnothwendig aus der Entwickelung der Gesellschaft herauswächst, die Sozialisirung der Gesellschaft. Darauf muß beständig hingewiesen werden, und daran läßt es unsere Presse fehlen. Ja man möchte sagen, wir haben da die größten Erfolge erzielt, wo wir keine Presse hatten. (Widerspruch) Wo ist der agitatorische Ton in unserer Presse, wo das Hinweisen auf das Endziel? Wir müssen die großen Gesichtspunkte wieder mehr in den Vordergrund rücken. Sonst kann uns mit Recht gesagt werden: Ihr seid National-Soziale, Ihr seid Christlich-Soziale, Ihr seid Sozial-Liberale, aber bei Leibe keine Sozialdemokraten.

Braun Königsberg weist den Vorwurf von Morawski bezüglich des mangelhaften Agitationsmaterials für die Polen zurück. Die Flugblätter, die

uns von polnischen Genossen geschickt worden sind, waren absolut nicht zu gebrauchen. Sie liegen heute noch unbenutzt da. In Ostpreußen haben wir gute Erfolge errungen, aber wir werden uns damit nicht begnügen, sondern weiter agitiren. Da ist noch viel zu thun, unsere Endziele haben wir niemals verschleiert, sondern immer und immer wieder darauf hingewiesen, selbst unter der rückständigsten Bevölkerung. Wir haben sogar in ländlichen Wahlkreisen, z. B. in Labiau-Wehlau, ganz ungeahnte Erfolge errungen. Es kommt viel weniger darauf an, wie man arbeitet, sondern daß überhaupt gearbeitet wird. (Sehr richtig!) Wo Flugblätter und Stimmzettel vorhanden waren, haben wir auch etwas erreicht, ob wir das Endziel mehr betont haben oder nicht, das war ganz gleichgiltig. Nur darf man die Parteiliteratur nicht zu theuer herstellen, denn was nützt uns die schönste Broschüre, wenn Diejenigen, für die sie geschrieben ist, sie nicht kaufen können. Man darf nicht immer darauf sehen, daß an der Parteiliteratur so viel verdient wird.

Heuckeroth-Hagen beschwert sich darüber, daß der Partei-Vorstand zu wenig gethan hat, um Eugen Richter aus dem Kreise zu verdrängen. Es habe fast den Anschein erweckt, wenigstens habe sich die Ansicht Bahn gebrochen, als liege dem Partei-Vorstand daran, daß der große Eugen wieder gewählt wird. (Heiterkeit.) Selbst Liebknecht, der in der Gegend war, habe den Kreis Hagen umgangen.

Frau **Zetkin**-Stuttgart: Wenn ich hier den nämlichen Ton der Komplimentschneiderei anschlagen wollte, den der Reichstags-Abgeordnete Heine mir gegenüber beliebt hat, so würde ich erklären, daß er mit sehr feinem advokatorischem Talent und Geschick den Versuch gemacht hat, den Boden des Kampfes zu verschieben. (Sehr richtig.) Niemand von uns Allen ist es eingefallen, den Reichstags-Abgeordneten Heine wegen seiner Stellung zum Zukunftsstaat hier interpelliren zu wollen, es handelt sich hier wahrlich nicht um das Bild, das er sich vom Zukunftsstaat macht, auch nicht um die mehr oder weniger häufige Betonung unserer Endziele, sondern um etwas ganz anderes, um die ganz phantastischen Anschauungen, die sich der Reichstags-Abgeordnete Heine von der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft macht, und die er in seiner Politik zum Ausdruck bringt. Seine Ausführungen haben übrigens auch ein sehr interessantes Licht auf seine Stellung zu den Endzielen geworfen. Der Reichstags-Abgeordnete Heine hat hier erklärt, die mehr oder weniger häufige Betonung des Endziels ist nur eine Sache des Temperaments der Agitatoren. Ich habe geglaubt, daß die Betonung unseres Endziels bis jetzt Sache einer wissenschaftlichen Erkenntniß, einer politischen Ueberzeugung, nicht aber Sache des Temperaments ist. (Sehr wahr!) Aber damit will ich mich jetzt nicht beschäftigen, denn darum handelt es sich nicht, sondern um die Politik, die Genosse Heine vertreten hat und die er formulirt hat unter dem Schlagwort der Kompensationspolitik: Kanonen für Volksrecht. Auf deutsch gesagt: Schacherpolitik mit dem kapitalistischen Staat. Dazu hat der Parteitag Stellung zu nehmen, denn diese Erklärung ist nicht ohne Einfluß gewesen auf unsere Reichstags-Wahlagitatian. Auch ich gehöre zu denjenigen Agitatoren, die durch Nord und Süd, durch Ost und West gekommen, und glauben Sie mir, so und so oft, wenn ich unser Programm, unsere Stellung zum Militarismus entwickelte, ist mir nicht nur von Seiten der Gegner, sondern auch der Genossen entgegengerufen worden: „Kanonenfrage; Kompensationspolitik". Und es wird viele Genossen geben, die bei der Agitation dieselbe Erfahrung gemacht haben. Ich glaube nicht, daß ich in dieser Beziehung vereinzelt dastehe. Die Anschauungen Heine's gipfeln in dem Standpunkt, daß es Militärforderungen giebt, die für die Arbeiterklasse indifferent sein sollen. Zu solchen gehören, seiner Meinung nach, z. B. die Frage der Anschaffung neuer Geschütze.

Indifferent soll für die Arbeiterklasse die Frage der Bewilligung der Mittel für neue Geschütze sein, die, nachdem der Zar unter die Friedensstifter gegangen ist, vielleicht viel eher gegen den inneren Feind losgehen als gegen den äußeren! Ich bin der Ansicht, daß die ganze Taktik, die Heine empfohlen hat, auf einer falschen Auffassung vom Wesen der kapitalistischen Gesellschaft basirt. Das gelangt recht deutlich in der Broschüre zum Ausdruck, die er unter dem Titel verfaßt hat „Wählen oder nicht wählen?" Was er da zur Frage der Landtagswahlen sagt, ist durchaus nebensächlich gegenüber der allgemeinen Taktik des Possibilismus, die er dort empfiehlt nach dem Muster der französischen Possibilisten, deren Devise war, die sozialistischen Forderungen in so kleine Dosen zu theilen, daß sie Jedem annehmbar sein können. Wie will da der Reichstags-Abgeordnete Heine es machen, den Sozialismus in so kleinen Dosen zu verabfolgen, daß seine Annahme z. B. für Herrn v. Stumm möglich wäre (Heiterkeit), oder für Herrn v. Kardorff oder noch weiter hinauf für Se. Majestät den deutschen Kaiser Wilhelm II., dessen Stellung zur Frage der sozialen Bewegung ja bekannt genug ist?

Wir wollen nicht nach Art eines Konzils von alten Kirchenvätern Scheiterhaufen errichten für einzelne Personen, die abweichender Meinung sind; wohl aber wollen wir mit überzeugender Wucht zum Ausdruck bringen, daß die Masse der Delegirten, daß die Gesammtheit des deutschen Proletariats nicht hinter diesen Personen steht, sondern hinter denen, die unentwegt stehen auf dem Boden des proletarischen revolutionären Klassenkampfes. (Sehr richtig!) Daß die Meinungen verschieden sind, daß abweichende Meinungen auftauchen, das ist nicht etwa der Vorläufer von Spaltungen, wie sie unsere Gegner prophezeit haben. Bei all jenen Schäfer-Thomasiaden ist ja nur der Wunsch der Vater des Gedankens. Wir sind eine Partei, lebenskräftig genug, um verschiedene Meinungen ertragen zu können. Nicht daß diese abweichenden Meinungen da sind, ist das charakteristische und bedenkliche. Die abweichenden Meinungen erklären sich sehr leicht aus bestimmten geschichtlichen Bedingungen, unter denen sich der Klassenkampf des Proletariats vollzieht. Aber was bedenklich ist, das ist das Streben, das durch das Zentralorgan begünstigt wird, den Unterschied der Meinungen nicht klar und scharf zum Ausdruck zu bringen, sondern versumpfen zu lassen. Dagegen müssen wir Verwahrung einlegen. Die Sozialdemokratie ist nicht eine Sekte, nicht eine Partei des Aberglaubens, die an Formeln hängt. Deshalb ist es nothwendig, daß wir Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck bringen und klären. So lange wir keine Gegenbeweise haben, werden wir nach wie vor auf dem alten bewährten Boden der Sozialdemokratie stehen. Wenn es dem Reichstags-Abgeordneten Heine gelingt, vollgiltige Beweise für die Richtigkeit seiner Taktik der Kompensation zu erbringen, so gebe ich ihm die Versicherung, so alt ich bin, ich erkläre vielleicht noch eines Tages: Vater Possibilismus, liebe Mutter praktische Politik ich habe gesündigt im Himmel und vor Dir. (Heiterkeit.) Aber so lange die Beweise für die Richtigkeit des Heine'schen Standpunktes nicht erbracht sind, hat der Parteitag in Uebereinstimmung mit den Genossen zu erklären, daß wir bezüglich des Weges, der uns zum Ziele führt, bezüglich unserer Auffassung von der Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse behufs Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische auf dem Boden des Programms stehen, das uns bis jetzt von Siege zu Siege geführt hat, nicht aber auf dem Boden des Possibilismus, den Genosse Heine uns gewiesen hat. (Lebhafter Beifall.)

Grenz-Leipzig: Dank dem Genossen Stadthagen ist die Sache jetzt so in Fluß gerathen, wie wir sie gerne haben wollen. Seit 30 Jahren gebrauchen wir das Reichstags-Wahlrecht. Die Wünsche und Prophezeiungen, die an den Gebrauch des freien Wahlrechts geknüpft wurden, sind nicht in Erfüllung

gegangen. Bei Vielen stellt sich der Gedanke ein, es nützt nichts; daher kommen die Rückschläge und ich fürchte, sie kommen noch schlimmer. Alte Genossen fragen uns: woher kommt dies denn. Da ist der Fall Lütgenau. Wie ist so etwas möglich am grünen Holze, bei einem Manne, der fünf Jahre lang das Volk vertreten hat. Wie steht es mit uns, wenn er mit solch dreisten Zumuthungen an die Partei heranzutreten wagt. Dann die Stellung mancher Genossen zum Militarismus. Wenn man alle die Ereignisse der letzten Jahre überschaut, dann muß man sagen, wir sind in die Breite, aber nicht in die Tiefe gewachsen. Früher kamen die Genossen zusammen und vertieften sich ins Programm. Jetzt streiten sie sich über neue Gründungen. Sie blicken nur noch in die Gegenwart. Wir müssen wieder prinzipieller auftreten, als bisher, sonst können wir uns auf ärgere Rückschläge gefaßt machen.

Leid-Berlin: Die letzte Reichstagswahl hat nicht die Erregung wie sonst in die Massen getragen. Daraus erklärt sich das Wahlergebniß für uns. Gearbeitet ist im 6. Wahlkreise genug worden. Die Rede von Peus erinnerte an die Ausführungen mancher Freisinnigen, daß wir uns mit ihnen auf dem Boden der Forderungen in der Gegenwart verständigen könnten. Ohne Idealismus nur mit praktischer Politik können wir keine Fortschritte machen.

Schoenlank-Leipzig. Ich kann die Ausführungen der Genossin Zetkin im Allgemeinen unterschreiben. Wenn ich mich zum Worte melde, so thue ich es hauptsächlich, um davor zu warnen, daß wir etwa den Parteitag benutzen, durch eine Art vatikanischen Konzils einen Beschluß gegen Diejenigen, die anderer Meinung sind, zu fassen. Ich glaube nämlich, daß Neunzehntel der Gesammtpartei auf dem Standpunkt steht, daß die alte proletarische revolutionäre Taktik die einzig mögliche für die Sozialdemokratie ist. Wir wollen nicht den Anschein erwecken, daß wir die Minderheit majorisiren oder terrorisiren wollen, aber das wollen wir feststellen: Man soll keine Vogelstraußpolitik treiben und verschleiern, daß in der That ernste Meinungsdifferenzen in der Partei über die allgemeine Parteitaktik bestehen. Aufgabe des Parteitages ist es, ernsthaft und gründlich diesen Differenzen auf den Grund zu gehen und zu zeigen, wie sich die Mehrheit der Parteigenossen dazu stellt. Ich glaube, wenn das geschieht, so wird die praktische Politik der Partei, die Propaganda und die politische Aktion der Partei keinen Schaden leiden. Schaden aber wird sie leiden, wenn die Politik des Abgeordneten Heine wirklich zum leitenden Gesichtspunkt unserer Fraktion gemacht wird, wenn die Thatsachen, um die es sich handelt, die Differenzen über unsere Stellung zu den einzelnen Fragen, zum Militarismus, zur Kolonialpolitik, zur Zoll- und Handelspolitik nicht klargestellt sind. Wenn wir darin nicht ganz klar sehen, so werden wir das erleben, was bisher jede demokratische Volkspartei erlebt hat, wir werden, wenn wir nicht immer klar und rein das Ziel im Auge behalten, Schaden erleiden. Die Taktik des Possibilismus ist heute besonders interessant, wenn man erwägt, daß die Sozialreform von Oben Fiasko gemacht hat, wenn man bedenkt, daß zwar der Zar die Friedenskundgebung erläßt, aber in demselben Augenblick sämmtliche Militärmächte zu neuen Rüstungen schreiten. Die Politik des Possibilismus träumt von einer Vermittelung, während die sozialen Gegensätze immer schärfer werden, während die Zuchthausvorlage in Aussicht gestellt wird. Es ist ganz klar, daß in der großen Masse der klassenbewußten Arbeiter der Protest gegen diese Auffassung durchdringt, aber es ist nothwendig, daß das ausgesprochen wird und daß der Minderheit gesagt wird: Gut, Ihr mögt diese Absichten haben, wir sitzen nicht über Euch zu Gericht, aber wir wollen darauf hinweisen, daß die große Mehrheit die alte Politik nicht aufgeben kann bei der Gefahr der Selbstvernichtung. Ich meine deshalb, wir sollen die Diskussion über die Taktik nicht etwa kurz abbrechen. Denn wenn die Diskussion jetzt abgebrochen wird, wird die Frage ganz von selbst bei dem parlamentarischen

Bericht noch viel eingehender behandelt werden müssen, wozu ja der Bericht der Fraktion die genügende Grundlage giebt. Auf keinen Fall aber dürfen wir verschleiern und Vogelstraußpolitik treiben. Sagen wir ehrlich, daß Meinungsdifferenzen da sind, und bringen wir sie zur Lösung. Verderben wir uns nicht unsere gute alte Agitation durch eine opportunistische Auffassung. Hüten wir uns vor einer Versumpfung, vor einem Aufgeben des Klassenkampfes, ohne den wir nie zur Erreichung des Endziels kommen, ohne das wir nichts wären, als eine kleinbürgerliche Oppositionspartei. (Beifall.)

Krumm-Gießen: Zubeil mag Recht haben, daß die Bauern in der Gegend, wo er agitirt, nicht für uns zu haben sind, bei uns sind diese Bauern Großgrundbesitzer. In seiner Allgemeinheit ist der Satz: die Bauern sind nicht für uns zu haben, falsch. Bauern mit einem Besitz unter fünf Hektar sind wohl für uns zu gewinnen; dafür haben wir in Süddeutschland in vielen Kreisen die Beweise. Unvorsichtige Aeußerungen über die Religion und den sogenannten Eigenthumsfanatismus der Bauern werfen uns bei der Agitation arge Knüppel zwischen die Beine. Haben wir erst 76 pCt. Kleinbauern, dann können die 24 pCt. machen, was sie wollen. Wir verschweigen bei unserer Agitation durchaus nicht unsere Endziele.

Peus-Dessau: Wenn ich den Satz aussprach: es giebt keine Endziele, so kann er nicht die Bedeutung haben, die man mir hier absichtlich unterschob. Was mir am „Endziel" mißfällt, ist, daß es die dogmatische Auffassung der Dinge fördert. Zahllose Arbeiter fragen uns, wie soll es denn einmal zur Verwirklichung Eurer Endziele kommen. Da ist es von Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß das Endziel nichts anderes ist, als die Entwickelung der Gesellschaft, die in sich selbst ihre Gesetze hat und sich an der Hand unserer Gegenwartsforderungen vollzieht. Daraus erklärt sich auch mein Vorschlag, den theoretischen Theil des Programms von seinen praktischen Forderungen zu trennen. Ueber den Inhalt des ersten Theils streiten sich unsere Theoretiker. Ein Programm aber soll nach meiner Auffassung nur Forderungen enthalten, sonst nimmt es leicht die Form des Bekenntnisses an. Ich dachte an eine Art Aktionsprogramm, wie es Vollmar seiner Zeit vorgeschlagen hat, wobei die praktischen Forderungen weiter auszubauen waren. Der theoretische Theil des Programms soll natürlich nicht beseitigt werden, sondern etwa in Form eines Manifestes zum Ausdruck gelangen. Wenn wir im Programm sagen wollen, wie das sich später entwickelt, dann sind wir zum Glauben an Autoritäten genöthigt. Die ganze Behauptung, als handle es sich hier um einen Gegensatz zwischen sogenannten Opportunisten und zielbewußten Sozialisten, ist also ganz überflüssig. Um das Endziel können wir ganz unbesorgt sein. Wir werden nicht einen Schritt davon abgehen, wenn wir, da wir mächtig geworden sind, Forderungen der Gegenwart zu erfüllen und dazu auch verpflichtet sind, da wir als mächtige Partei die Verantwortung haben, diese Gegenwartsforderungen zu betonen.

Prinz-Frankfurt a. M.: In Bezug auf die Entsendung der Redner ist nicht genügend Sorge getragen worden. Wir haben darin Erfahrungen gemacht; in Wahlkreisen, in denen wir genügende Agitation entfalten konnten, haben wir glänzende Resultate erzielt unter schwierigen Verhältnissen, während wir auch andere Kreise hätten erobern können, wenn wir nur die tüchtigen Redner gehabt hätten. Ich habe Liebknecht z. B. in Wahlkreisen gesehen, wo er kurz vorher schon gewesen war. Möge der Partei-Vorstand für die Zukunft dieser Wahlkreise Sorge tragen.

Greiner-Aschersleben: Wir haben in einem Wahlkreise zu thun gehabt, der durchsetzt ist mit halb industrieller, halb ländlicher Bevölkerung. Wir mußten mit der Darlegung unserer Ziele herauskommen, dafür sorgten schon unsere Gegner. Mit positiven Forderungen können wir auch dem ländlichen

Proletariat gegenüber große Erfolge erzielen. Das haben wir in unserem Wahlkreise gezeigt. Ich bedaure, daß der von uns in Hamburg gestellte und angenommene Antrag betreffend die Beseitigung der Gesindeordnung vom Partei-Vorstand nicht die gehörige Ausführung erhalten hat.

Schöpflin-Burgstädt: Die agitatorische Bedeutung von Versammlungen in den Gegenden, wo unsere Parteibewegung schon stark ist, sollte man doch nicht überschätzen. Im 15. sächsischen Wahlkreis haben wir großartige Versammlungen gehabt, der alte Liebknecht ist da gewesen, wir glaubten, unser ist die Welt und doch siegten wir nicht. Ganz anders ist es mit solchen Versammlungen in indifferenten Gegenden, die Hauptsache ist der innere Ausbau der einzelnen Wahlkreise durch Agitation und Organisation.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

Gradnauer spricht dagegen. Es handelt sich um prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, die man zu Ende diskutiren muß, wenn ich die Sache auch nicht so tragisch nehme wie Schoenlank. Wir müssen den Angegriffenen Gelegenheit geben, sich zu vertheidigen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Jacob-Berlin II: Wir sind bei der diesmaligen Wahl in ungünstigerer Lage gewesen als bei der vorigen. Es haben da verschiedene Ursachen mitgespielt, es fehlte uns im Allgemeinen mehr an Material, die Wählerschaft aufzurütteln. Die Gegner sind diesmal geschlossen zusammengegangen, und ich habe schon bei den Stadtverordnetenwahlen, wo das gleichfalls der Fall war, darauf aufmerksam gemacht, daß wir in diesem Falle den Wahlkreis wahrscheinlich verlieren würden. Die Genossen haben kräftig gearbeitet, zum Theil unter Schädigung ihrer wirthschaftlichen Existenz. Aber wir konnten unsere Organisation nicht so ausbauen, zum Theil, weil wir Rathschläge befolgten, die sich hinterher nicht als nützlich erwiesen.

Rosa Luxemburg: Die Reden von Heine und Anderen haben bewiesen, daß sich in unserer Partei ein äußerst wichtiger Punkt verdunkelt hat, nämlich das Verständniß von der Beziehung zwischen unserem Endziel und dem alltäglichen Kampfe. Da wird gesagt: das vom Endziel ist eine hübsche Stelle in unserem Programm, die gewiß nicht vergessen werden darf, aber in keiner unmittelbaren Beziehung zu unserem praktischen Kampfe steht. Vielleicht findet sich eine Anzahl Genossen, die so denken: eine Spekulation über das Endziel sei eigentlich eine Doktorfrage. Ich behaupte dem gegenüber, daß für uns als revolutionäre, als proletarische Partei keine praktischere Frage existirt als die vom Endziel. Denn bedenken Sie: worin besteht eigentlich der sozialistische Charakter unserer ganzen Bewegung? Der eigentliche praktische Kampf zerfällt in drei Punkte: den gewerkschaftlichen Kampf, den Kampf um die Sozialreform und den Kampf um die Demokratisirung des kapitalistischen Staates. Sind diese drei Formen unseres Kampfes eigentlicher Sozialismus? Durchaus nicht. Zunächst die gewerkschaftliche Bewegung! Schauen Sie nach England, dort ist sie nicht nur nicht sozialistisch, sondern zum Theil ein Hinderniß für den Sozialismus. Die Sozialreform wird vom Kathedersozialismus, den National-Sozialen und ähnlichen Leuten ebenfalls betont. Demokratisirung ist aber etwas spezifisch Bürgerliches. Die Demokratie hatte die Bourgeoisie schon vor uns auf ihre Fahne geschrieben. Was macht uns dann in unserem alltäglichen Kampfe zur sozialistischen Partei? Es ist nur die Beziehung dieser drei Formen des praktischen Kampfes zum Endziel. Nur das Endziel ist es, welches den Geist und den Inhalt unseres sozialistischen Kampfes ausmacht, ihn zum Klassenkampf macht. Und zwar müssen wir unter Endziel nicht verstehen, wie Heine gesagt hat, diese oder jene Vorstellung vom Zukunftsstaat, sondern das, was einer Zukunftsgesellschaft vorangehen muß, nämlich die Eroberung der politischen

Macht. (Zuruf: Dann sind wir ja einig!) Diese Auffassung unserer Aufgabe steht im engsten Zusammenhang mit unserer Auffassung von der kapitalistischen Gesellschaft, dem festen Boden unserer Anschauung, daß die kapitalistische Gesellschaft sich in unlösbare Widersprüche verwickelt, die im Schlußresultat eine Explosion nothwendig machen, einen Zusammenbruch, bei den wir den Syndikus spielen werden, der die verkrachte Gesellschaft liquidiren wird. Aber wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß wir die Interessen des Proletariats zur vollen Geltung bringen können, dann wären solche Aeußerungen unmöglich, wie sie in der letzten Zeit gefallen sind von Heine, daß wir auch Konzessionen auf dem Gebiete des Militarismus machen können; dann die Aeußerung von Conrad Schmidt im Zentralorgan von der sozialistischen Majorität im bürgerlichen Parlament und namentlich Aeußerungen wie von Bernstein, daß, wenn wir einmal ans Ruder kommen, wir auch dann nicht im Stande sind, den Kapitalismus zu entbehren. Als ich das las, sagte ich mir: welches Glück, daß 1871 die sozialistischen Arbeiter Frankreichs nicht so weise waren, denn dann hätten sie gesagt: Kinder, legen wir uns ins Bett, unsere Stunde hat noch nicht geschlagen, die Produktion ist nicht konzentrirt genug, damit wir uns am Ruder erhalten können. Aber dann hätten wir statt des großartigen Schauspiels, des heroischen Kampfes, ein anderes Schauspiel erlebt, dann wären die Arbeiter nicht Heroen gewesen, sondern einfach alte Weiber. Ich glaube, daß die Erörterung darüber, ob wir, wenn wir zur Macht kommen, im Stande sind, die Produktion zu einer gesellschaftlichen zu gestalten, ob sie schon dazu reif ist, daß das eine Doktorfrage ist. Für uns darf nie ein Zweifel sein, daß wir nach der Eroberung der politischen Macht streben müssen. Eine sozialistische Partei muß sich immer der Lage gewachsen zeigen, sie darf nie vor ihren eigenen Aufgaben zurückschrecken. Dann müssen unsere Ansichten über das, was unser Endziel ist, vollständig geklärt sein, wir werden es verwirklichen, trotz Sturm und Wind und Wetter. (Beifall.)

Fritz-Berlin: Soweit ich in den Versammlungen des dritten Berliner Kreises gewesen bin, kann ich keinen Unterschied machen zwischen einem Heine, Stadthagen oder Bebel. Heine hat unser Programm in vortrefflicher Weise entwickelt, wenn er auch nicht immer und immerfort das Endzielt betont hat. Bebel hat ja auch darauf hingewiesen, daß schon 1877 dieselben Klagen laut geworden sind. Damals war Heine noch nicht unter uns. Dann soll man aber auch nicht einzelne Personen, gegen die man vielleicht eine Antipathie hat, auf das Schaffot bringen. Auch bezüglich dessen, was über den vierten und sechsten Berliner Kreis gesagt ist, muß ich erwidern, daß nicht alle Wünsche betreffs der Organisation zu erfüllen sind. In Berlin ist ein Hinderniß der Organisation die stark fluktuirende Bevölkerung. Heine wird sich gegen die Genossin Zetkin selbst vertheidigen können. Aber bemerken will ich doch: Was hat man aus seiner Ausführung gemacht! Er sagte, er könne sich sehr wohl denken, daß man einer demokratischen Regierung künftig einmal Kanonen bewilligen könnte. Das ist aber auch alles. Was hat man aus den heutigen Ausführungen von Peus schon gemacht! Die alte Taktik, die uns so weit gebracht hat, wird uns auch weiter führen. Aber nehmen Sie die Worte, wie sie gesprochen werden, und machen Sie nicht etwas Anderes daraus, und bauen Sie nicht darauf Anschuldigungen.

Fendrich-Offenburg: Man soll zwar höflich gegen Damen sein, aber Genossin Luxemburg wird auf Höflichkeit in diesen Dingen keinen Werth legen. Ich muß sagen, sie ist gewissermaßen mit der Anmaßung, etwas Neues zu sagen, vor uns hingetreten und hat uns mit Gemeinplätzen gedient. (Widerspruch.) Was sie vorgetragen hat, das wissen wir längst Alle. Halten wir unser Pulver trocken, haben wir das Herz auf dem rechten Fleck und unser Ideal darin, das ist mehr werth als Phrasen. Sie kennen meine Anschauungen und können sich das Uebrige ungefähr selber denken. (Heiterkeit.)

Was die Bauernagitation betrifft, so haben wir im 10. badischen Wahlkreise ziemlich viel bäuerliche Stimmen erhalten; aber wir dürfen nicht vergessen, der Bauer wählt immer impulsiv, aus Gelegenheitsgründen, die bei der nächsten Wahl gar keine Rolle mehr zu spielen brauchen. In Süddeutschland hat das Zentrum uns gezeigt, was es noch immer über die Bauern vermag. Seien wir recht „vorsichtig" in Sachen der Religion, hat ein Redner heute gesagt. Das Wort gefällt mir nicht, es hört sich so an, als wollten wir die Leute fangen. Nein! Halten wir uns an unser Programm, das ausdrücklich sagt, Jeder kann in religiösen Dingen denken, wie er will. Wie viele Atheisten sind nicht lediglich Nachschwätzer, die mit ihrem Atheismus renommiren, ohne ihn wissenschaftlich begründen zu können.

Die weitere Diskussion wird gegen 7 Uhr abgebrochen.

Singer theilt mit, daß der Antrag 16 betreffend die „Gleichheit" zurückgezogen wird.

Eingegangen ist außer vielen Sympathie-Kundgebungen ein Schreiben der Redaktion des „Arbeiter-Gedankens", Organ der Petersburger Arbeitervereine. Es giebt dem Parteitag Kunde von den Verfolgungen, denen die russische Arbeiterbewegung ausgesetzt ist. Ueber 1000 Personen sind verhaftet, zwei Geheimdruckereien geschlossen. Trotzdem lassen die russichen Arbeiter den Muth nicht sinken. Sie hoffen auch von diesen Parteitag neue Belehrung zu erhalten.

Singer: Wir sagen den russischen Arbeitern unseren wärmsten Dank für ihre Kundgebung und hoffen, daß es auch ihnen gelingen wird, ihre und gleichzeitig die Feinde des Proletariats aller Länder zu überwinden.

Schluß der Sitzung.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 4. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet die **Mandatsprüfungs-Kommission** Bericht durch

Herrmann-Stuttgart: Es sind anwesend 215 Delegirte mit 246 Mandaten aus 196 Wahlkreisen. Außerdem sind 37 Genossen ohne Mandat zugegen: Kontrolleure, Mitglieder der Fraktion und des Partei-Vorstandes. Gegen die Giltigkeit der Mandate von Gerstenhauer und Brunke aus Braunschweig ist ein Protest eingelaufen, da die Wahl in einer nicht vom Vertrauensmann einberufenen Versammlung erfolgte. Die Mandatsprüfungs-Kommission hat den Parteisekretär Pfannkuch gutachtlich angehört und stellt einstimmig den Antrag, dem Protest stattzugeben und die Mandate von Gerstenhauer und Brunke für ungiltig zu erklären.

Brunke-Braunschweig: Ich kann hier nicht die ganze Braunschweiger Angelegenheit erörtern, damit wird sich ja der Parteitag noch zu beschäftigen haben. Der Delegirte unserer Gegenpartei in Braunschweig ist gewählt worden in einer Versammlung, zu der Welfen, Antisemiten, Innungsmeister auf die Beine gebracht waren, die sonst für uns nicht zu haben sind, die absolut nicht in die Verhältnisse eingeweiht waren. Wir wurden in der Versammlung niedergeschrieen, ja wir konnten uns nur mit Mühe entfernen, ohne Schläge zu bekommen. Wir sind es, die die Arbeit verrichtet und die Ruhe hergestellt haben, aber unser Vertrauensmann wurde vergewaltigt. Uns ist das Mandat von 350 ehrenwerthen Parteigenossen ertheilt worden. Erkennen Sie die Mandate nicht an, so verschlimmern Sie die Sache nur. Da sich der Parteitag mit der Angelegenheit doch zu beschäftigen hat, so bitte ich Sie, die Beschluß-

fassung über die Giltigkeit der Mandate wenigstens so lange auszusetzen, bis die Neuner-Kommission gesprochen hat.

Blos: Sie haben eben einen kleinen Vorgeschmack vom Braunschweiger Krakehl bekommen, der später noch vor einer besonderen Kommission verhandelt werden soll. Selbstverständlich will ich auf die Dinge in dieser Breite nicht eingehen. Ich will Sie nur bitten, dem Beschluß der Mandatsprüfungs-Kommission beizutreten. Wenn die beiden Mandate jetzt kassirt werden, so ist das ohne jede Einwirkung auf die Verhandlungen vor der Kommission, es ist ganz gleich, ob die beiden Herren dort als Delegirte erscheinen oder als Nicht-delegirte. Wir erkennen die Sonderorganisationen nicht an. Ich bitte Sie nur, nehmen Sie das Vorgetragene nicht tragisch. Mein Vorredner hat gesagt, er und seine Freunde seien Diejenigen, die die Arbeit geleistet hätten. Für diese Arbeit danken wir, denn sie bestand in Krakehlen. Seitdem wir auf die Mitarbeit dieser Herren verzichtet haben, hat unser Parteiorgan den Höchst-stand an Abonnenten erzielt. Der bisherige Partei-Vorstand, die Landespartei-Versammlung und die Kontrolleure haben unserm Beschluß beigestimmt, vertrauen Sie diesen Instanzen!

Brühne-Frankfurt a. M. ersucht gleichfalls um Zustimmung zum Antrag der Mandatsprüfungs-Kommission. Die Braunschweiger, die die beiden neuen Delegirten gewählt haben, wären, wenn sie sich der Parteiorganisation hätten einfügen wollen, verpflichtet gewesen, in die erste vom Vertrauensmann ordnungsmäßig einberufene Parteiversammlung zu gehen. Das haben sie nicht gethan.

Nach kurzer Diskussion werden die Mandate von Brunke und Gerstenhauer mit großer Mehrheit für ungiltig erklärt.

Singer erklärt, daß der weiteren Anwesenheit der beiden Genossen auf dem Parteitage zur Aufklärung der Braunschweiger Differenzen nichts im Wege stehe, im Gegentheil erwünscht sei.

Die Mandatsprüfungs-Kommission wird der bisherigen Uebung entsprechend auf Vorschlag Singers wieder als Justiz-Kommission (Heiterkeit) in Thätigkeit treten.

Hierauf wird die Debatte über den Abschnitt des Geschäftsberichts des Partei-Vorstandes, Reichstagswahl und Taktik, fortgesetzt.

Voigt-Berlin IV: Auch gegen die Genossen des vierten Berliner Wahlkreises ist der Vorwurf erhoben worden, daß sie ihre Schuldigkeit nicht gethan haben, man vergißt dabei aber, daß ein großer Theil des Kreises an Niederbarnim abgetreten ist, ein Bezirk mit über 3000 Wählern. Die Stimmenzahl ist um 900 zurückgegangen, wir haben also thatsächlich einen Zuwachs. Das beste Mittel, in die zu uns noch nicht gehörenden Schichten der Bevölkerung einzudringen, ist die Presse, die uns verläßt, wenn wir auf die Indifferenten wirken wollen. Das Zentralorgan kann dies nicht leisten, und ein Berliner Blatt haben wir nicht. Es ist gesagt worden, die Siegeszuversicht war zu groß. Ja, aber auch die Presse war theilweise zu siegesgewiß und selbst manche Kandidaten haben bisweilen nicht voll ihre Schuldigkeit gethan. Die Thätigkeit der Genossen, die sich zur Verfügung stellen, ist eine so intensive, daß sie bald verbraucht sind. Diesen Dingen muß abgeholfen werden. Man hat vorgeschlagen, die Organisation anders zu gestalten, aber in welcher Weise das geschehen soll, darüber ist man sich nicht einig. Der größte Uebelstand ist der, daß man zu wenig Leute zu der intensiven Arbeit heranzieht. Hier muß in erster Linie Remedur geschaffen werden.

Schaal-Osthavelland: Unser Kandidat Schröer ist gestern von Scheidemann wegen eines auf die Landagitation bezüglichen Artikels in den „Sozialistischen Monatsheften" angegriffen worden. Die Kreiskonferenz hat diesen Artikel durchaus gebilligt. Es ist gar nicht möglich, bei uns in anderer Weise vor-

zugehen. Die Industriearbeiter, die durch die Wohnungsverhältnisse aufs Land getrieben werden, sind die besten Agitatoren für uns.

Gradnauer: Mir scheint, daß seit dem Falle des Sozialistengesetzes immer mehr die Diskussionen unter den Parteigenossen in wissenschaftlicher Beziehung, anknüpfend an aktuelle politische Fragen nachgelassen haben. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes war gewissermaßen ein Heißhunger unter den Genossen nach Lektüre und Diskussion. Das war fördernd, anregend. Im Laufe der Zeit hat das nachgelassen. Das ist eine bedauerliche Erscheinung, hängt aber zusammen mit einer anderen besonders bedauerlichen Erscheinung in der Entwickelung der Partei; das ist der Mangel an intelligenten führenden Kräften, die nicht in demselben Maße sich vermehrt und verbessert haben, wie die Partei an Umfang und Fülle ihrer Aufgaben gewachsen ist. Wenn wir da nun aber den Wunsch haben müssen, derartige Kräfte heranzuziehen, dann scheint es mir im höchsten Grade verfehlt zu sein, derartige Diskussionen zu pflegen, wie dies gegenüber Heine geschehen ist. (Sehr richtig.) Ich meine, wir haben diese Leute nöthig in der Partei und man sollte deshalb Genossen, die sich vielleicht diese oder jene Abweichung zu Schulden kommen lassen, nicht gleich mit dem allergröbsten Geschütz in der allerschroffsten Weise zurückstoßen. Heute sagt man, wir wollen keine Ketzergerichte abhalten, aber in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" stand zu lesen, Heine ist kein Sozialdemokrat, er ist kein Parteigenosse, er soll sein Mandat niederlegen. Ja, Genossen, Heine hat sich, wie ich weiß, mit dem Gedanken getragen, sein Mandat niederzulegen. Das war eine ganz falsche Empfindlichkeit. Seine Freunde haben ihm davon abgerathen und er selbst ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß man sich etwas Dickfelligkeit angewöhnen muß. Ja, aber dann soll man es den Genossen nicht schwer machen und sie nicht abschrecken, durch derartige Angriffe, in unseren Reihen zu kämpfen. Und solche Angriffe sind gegen Heine gerichtet worden. Ich billige das nicht, was Heine in seiner Kandidatenrede gesagt hat. Man hat gesagt, Heine ist ein besonderer Praktikus in der Partei. Nun, ich finde nicht, daß er sich besonders praktisch gezeigt hat, denn er hat eine Frage angeschnitten, mit der wir heute garnicht zu rechnen haben, er hat aber damit noch kein Staatsverbrechen an der Partei begangen. Was hat er denn gesagt? Er wird ja selbst noch nachweisen, wie übertrieben das ist, was man ihm unterstellt. Ja, die Genossen des sechsten sächsischen Kreises haben sich in ihrem Antrage doch auch für Kanonenbewilligungen ausgesprochen, nämlich, wenn wir einmal die Milizarmee haben. Heine hat doch nur gesagt, wenn wir die politische Macht erobert haben, dann können einmal Zustände eintreten, die uns in solche Lage bringen. Er hat sich vielleicht nicht so scharf ausgedrückt, wie es der Antrag thut, aber im Grunde ist die Abweichung gering, deshalb darf man nicht in der Weise gegen ihn vorgehen. Nun sagt man, wir haben ja nichts dagegen, wenn abweichende Meinungen vorhanden sind, es soll nur nichts vertuscht werden. Gewiß, der Meinung bin ich auch. Wir wollen Klarheit haben und nichts verschleiern und vertuschen. Aber das, was diese Genossen, die Ankläger sein wollen, thun, ist etwas anderes. Es sind Genossen, die gewiß die besten Absichten haben, aber sie haben sich in gewisse fixe Ideen verrannt. Wenn die kleinste, ihnen als unrichtig erscheinende Aeußerung gemacht wird, so glauben sie, die Partei ist in Gefahr, sie müssen sie wieder auf die richtigen Wege führen. (Sehr wahr!) Und dabei wird dann aus einer Mücke ein Elephant gemacht. Ja, wenn Heine ein sehr ehrgeiziger und ruhmsichtiger Genosse wäre, was er nicht ist, so könnte er diesen Genossen dankbar sein. Ohne die Propaganda, die man für ihn gemacht hat, wäre er wohl ein sehr schätzenswerther Genosse, aber so hat man ihm eine ganz besondere Bedeutung verschafft. All das war nicht so wichtig, daß es nöthig war, einen so großen Skandal hervorzurufen.

Ich habe den größten Respekt vor den Theoretikern unserer Partei. Sie sind die Wegweiser; aber ein theoretisches Arbeiten, ein Wegweisen kann ich das nicht nennen. Was von gewisser Seite unternommen ist, das ist die Kritikasterei, das grenzt an Skandalirerei. Dazu kommt noch der Ton, in dem diese ganzen Angriffen gehalten waren. (Sehr gut!) Meiner Ansicht nach ist wenig Sachliches gesagt. Wenn aber etwas Sachliches dabei war, so hätten die Genossen das Sachliche durch die Art ihres Tones unendlich geschädigt. Wie war es denn mit den Unabhängigen? Auch sie sind nicht wegen prinzipiell abweichender Meinungen entfernt worden, sondern wegen der Verleumdungen und ungerechten Angriffe. Ich will die jetzige Lage nicht damit vergleichen. Aber auch jetzt ist die Polemik in einem ungehörigen Tone geführt worden, so ist z. B. gesagt worden, was stellt Ihr Heine auf, früher habt Ihr ja Munckel gehabt und der war genau so gut wie Heine. Ja, wenn man so polemisirt, wenn in einer solchen Weise gearbeitet wird, wo soll es dann hinkommen? Das einzig Gute bei dieser Art der Polemik ist, daß der größte Theil unserer Presse es zurückgewiesen hat, in ähnlicher Weise zu polemisiren. Wenn irgend Jemand in Berlin derartige Dinge gesagt und versucht hätte, damit Anklang zu finden, dann hätte ein großer Parteiskandal daraus werden können. Wir wollen nicht die Kritik unterdrücken. Aber ich möchte den Genossen, die sehr viel Kritik üben wollen, empfehlen, in erster Linie Selbstkritik zu üben. (Beifall.)

Heymann-Göttingen wendet sich gegen die Genossin Luxemburg. Es ist üblich geworden, an der Arbeit unter der indifferenten Masse draußen im Lande Kritik zu üben, ohne daß man die Verhältnisse kennt. Von einer Verleugnung der Parteiprinzipien durch die Agitatoren kann gar keine Rede sein. Man sieht die Dinge durch eine Brille, die den Thatbestand verschleiert. Wir sehen, daß viele Genossen von dem agrarischen Produktionsprozeß gar keine Ahnung haben. Statt uns zu kritisiren, erleichtern Sie uns lieber die Arbeit, indem Sie die Verschuldungstabellen vornehmen und eine gemeinverständliche Broschüre darüber schreiben, daß der Bauer schon heute meist nicht mehr Eigenthümer, sondern Lohnsklave des Hypothekengläubigers ist. (Lebhafte Zurufe: Sie selber! Heiterkeit.) Noch ein psychologisches Moment. Von sachlichen Differenzen habe ich nichts bemerkt. Der Ton ist es, der die Differenzen macht, und die sachliche, nicht gehässige Tonart ist gegenüber der Indifferenten agitatorisch weit wirksamer als die rauhbeinige.

Fendrich-Offenburg: Die Genossin Zetkin stand vor mir auf der Rednerliste, als sie dann merkte, daß ich hinter ihrem Wagen herfuhr, ist sie abgestiegen und fährt nun stolz auf dem Hinterwagen hinterdrein. (Heiterkeit.) Gestern Abend haben mir einige Genossen gratulirt zu meiner Rede gegen die Weibsleute. Ich verwahrte mich entschieden dagegen, denn ich habe keine Rede gegen die Weibsleute gehalten. Aber deshalb, weil eine Frau einen Gemeinplatz sagt, soll man nicht Beifall klatschen. (Sehr wahr!) Hätte ein Mann die gestrige Rede der Rosa Luxemburg gehalten, Niemand hätte Beifall geklatscht. (Sehr wahr!) Wenn Frauen an der Debatte sich betheiligen, sollen sie auch auf das Vorrecht der Frauen verzichten, und, wenn sie es mit einem badischen Rauhbein zu thun haben, unter Umständen auch auf die Höflichkeit. (Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Schrader-Osnabrück begründet und Heine-Berlin bekämpft, wird abgelehnt.

Thiel-Kassel: Stadthagen sagte gestern, wo unsere Presse am wenigsten verbreitet war, hatten wir die größten Erfolge. Das darf nicht unwidersprochen bleiben. Die Aeußerung, die unbeachtet bliebe, wenn sie von einer obskuren Persönlichkeit außerhalb des Saales gethan wäre, wird von unseren Gegnern aufgegriffen und gegen uns auf das Schlimmste ausgenutzt werden. Deshalb muß dagegen protestirt werden. Wir Redakteure der Parteipresse müssen an

den Mirza Schaffy'schen Vers denken, wonach jeder eingebildete Wicht von der Presse etwas verstehen will, nur der Redakteur gilt nichts. (Heiterkeit.)

Vollmar: Es war ursprünglich nicht meine Absicht, zu dieser Frage zu sprechen, denn die Stimmung schien mir gut, es war offenbar die wohlwollende Absicht vorhanden, möglichst objektiv und umsichtig zu urtheilen. Aber die Wendung, die die Debatte gestern Abend genommen, der nervös gereizte Ton, der hereingebracht, und die Doktrinen, die dabei zu Tage gefördert wurden, veranlassen mich, ein paar Worte zu sagen. Die Geschichte von der Versumpfung der Partei ist eine recht alte. Es giebt Leute, die da meinen, ein Parteitag sei nicht vollständig, wenn dieses Lied nicht gesungen wird. (Heiterkeit.) Denn noch auf jedem Parteitag ist ein Moment gekommen, wo ein apokalyptischer Reiter hervorgesprungen ist, um den nahen Untergang der Partei zu verkünden. Auf Neulinge mag das ja seinen Reiz haben. Aber durch das ewige Wiederholen werden solche Dinge nicht interessanter. Außerdem ist die Wiederholung auch ganz nutzlos, denn die Partei hat sich unbeirrt weiter zu ihrer jetzigen Höhe und Reife hinaufgesumpft. (Große Heiterkeit und Beifall.) Ich meinerseits rege mich daher über solche Dinge garnicht auf und pflege zumeist auch jedes Wort der Entgegnung zu sparen. Ich sage mir einfach, daß es eben Leute giebt, die mehr zum Dogmatiker und Doktrinär, zum Sekten- und Mahdistenthum veranlagt sind als zum Politiker, der es mit dem lebendigen Leben zu thun hat und dem eine Handvoll praktischer Emanzipationsarbeit stets ein ganzes Schock Theoreme überwiegen muß. So wenig ich also über die Wirkung des gestern Gehörten besorgt bin, so sind uns die alten Einwände doch in einer solchen Form vorgetragen worden, daß man es nicht ohne Widerspruch passiren lassen kann. In dem Genossen Fendrich hat sich, wie man sonst über seine Worte denken mag, offenbar der Ingrimm entladen über eine ganze Richtung, die mit Dresden in engster Verbindung steht und die seit Jahr und Tag die Partei ärgert und langweilt durch die hochmüthige, alleswissende Art, mit der sie über Alles von oben herab aburtheilt. (Lebhafter Beifall.) Genosse Fendrich hat mit Recht gestern Verwahrung eingelegt gegen die prätentiöse Art, mit der zu den alten Veteranen der Partei gesprochen worden ist wie zu Schuljungen. (Lebhafte Zustimmung.) Was wir uns vor 20 Jahren längst an den Schuhsohlen abgelaufen haben, wird uns schulmeisterhaft jetzt als etwas Neues vorgetragen!

Fräulein Luxemburg zeigt sich ausgerüstet mit dem äußeren Rüstzeug des Marxismus und erweckt dadurch den Anschein der Wissenschaftlichkeit. Aber der genauer Zusehende nimmt bald wahr, daß ihre Schlüsse zu einem großen Theile nichts als Trugschlüsse sind. Da wird zum Beispiel gesagt: Der Arbeiterschutz werde ja doch nur gegeben, weil er im Interesse des Kapitalismus selbst gelegen sei. Nun erinnere ich mich aber, daß ein Mann mit dem nicht ganz unbekannten Namen Marx einmal die Wiedergeburt der englischen Arbeiterklasse vom Erlaß der Fabrikgesetze datirt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Dann ist uns gesagt worden, die Trade-Unions seien reaktionär und sozialistenfeindlich. Und es ist wiederum ein Marx gewesen, der die englischen Gewerkschaften die Preiskämpfer des europäischen Proletariats genannt hat. (Beifall.) Auch ist es noch die Frage, wo praktisch für das Loos der Arbeiterklassen mehr erreicht worden ist, und wo thatsächlich mehr in der Richtung der Demokratisirung und Sozialisirung geschieht, — in England oder bei uns. Schließlich hat Fräulein Luxemburg das revolutionäre Gewissen wecken wollen, indem sie meinte: wenn die französischen Arbeiter 1871 so klug, so abgeklärt gewesen wären, wie wir heute sind, dann hätten sie wahrscheinlich nicht losgeschlagen, sondern „sich ruhig ins Bett gelegt". Nun hat es ja wenig Werth, bei historischen Geschehnissen hintennach zu klügeln, was hätte gethan werden sollen, weil sie gewöhnlich mit elementarer Gewalt kommen. Aber schlechter würden die fran-

zösischen Arbeiter ihrer Sache doch auch kaum nicht gedient haben, wenn sie damals „geschlafen" hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Jedenfalls, so viel ist sicher, daß die Annahme, als ob die Kommune einfach ein Stück Sozialdemokratie gewesen sei, so unhistorisch als möglich ist. Aber freilich hängt das mit der ganzen Auffassung des Fräulein Luxemburg zusammen, denn sie scheint auf dem Standpunkt zu stehen, daß Gewaltstreiche stets einen sozialistischen Charakter haben müssen. (Widerspruch des Frl. Luxemburg.) Nun, anders ist die Aeußerung doch garnicht zu verstehen: daß wir jetzt in einer Zeit leben, wo jeden Augenblick etwas Unerwartetes geschehen könne und wo die Sozialdemokratie plötzlich zur Macht kommen könne und also vorbereitet sein müsse, sie auszuüben. Das ist aber nicht eine Theorie der deutschen Sozialdemokratie, sondern die Ansicht des Blanquismus (lebhafte Zustimmung), der sich einbildet, zu jeder beliebigen Zeit, ohne Rücksicht auf die ökonomische und politische Entwickelung und über den Kopf des Volkes hinweg die Macht durch Handstreiche erobern zu können. Wenn in der deutschen Sozialdemokratie je wer auf diesem Standpunkte gestanden hat, so ist diese Zeit glücklicherweise längst hinter uns. Und wir haben uns weiter nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts zu entwickeln. (Beifall.) Ich sage im Gegensatz zu Fräulein Luxemburg: es könnte der deutschen Sozialdemokratie garnichts Unglückseligeres passiren, als daß wir vorzeitig in die Lage kämen, die politische Macht zu übernehmen, denn wir würden nicht befähigt sein, sie ersprießlich zu gebrauchen und sie festzuhalten. Wir wollen die Macht nicht durch künstliche Mittel, sondern durch innere Nothwendigkeit gewinnen, die allein Unwiderstehlichkeit und sicheren Erfolg verbürgen, — dann, wenn vor Allem die ökonomischen Bedingungen gegeben sind. Und wir wollen, — wie ich schon auf einem früheren Parteitag einmal gesagt habe — die Macht dem Volke nicht ablisten, noch abzwingen, sondern mit seinem eigenen Willen soll sie uns zufallen. Fräulein Luxemburg hat in ihren Artikeln den Unterschied zwischen „Revolutionären" und „Gemäßigten" dahin definirt: die Revolutionäre seien die, welche thätig sind im Hinblicke auf die Ergreifung der politischen Macht, während die Gemäßigten thätig seien mit der Intention, die Arbeiterklasse zu heben und die schrittweise Erweiterung der gesellschaftlichen Kontrolle herbeizuführen. Parteigenossen, wenn das nicht auf den Blanquismus hinausläuft, dann ist es nichts als eine Haarspalterei, für welche mir jedes Verständniß fehlt. (Sehr richtig!) Denn wenn ich ein Ziel erreiche, erscheint es mir von untergeordnetem Werth, welche theoretischen Erwägungen dabei im Einzelfalle wirken mögen. (Zurufe des Genossen Parvus.) Warten Sie doch. Sie können mir ja dann mit 24 Leitartikeln in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" antworten! (Große Heiterkeit.) Die ganze Idee, daß man, indem man heutigen Zielen nachgeht, „das Endziel hinausschiebe", ist so unsozialistisch, vor Allem so unmarxistisch wie nur irgend möglich. Denn der moderne Sozialismus geht von dem Gedanken aus, daß der Erfolg unserer ganzen Agitation nicht von unserem eigenen Belieben abhängt, sondern daß die Entwickelung in unserem Sinn mit innerer Nothwendigkeit vor sich gehen muß. Wer die Lage des arbeitenden Volkes ökonomisch, politisch, geistig, kurz kulturell hebt, der befähigt es zum Weiterkämpfen, stärkt seine Macht und schreitet sicheren Fußes auf dem Wege, der zur schließlichen Ergreifung der politischen Gewalt führt. Wäre dieser immanente, selbstwirkende Trieb nicht vorhanden, dann könnten wir uns mit unserer ganzen Agitation begraben lassen. (Lebhafter Beifall.) Parteigenossen! Ich komme zu Ende und sage, daß sich nach meiner Meinung alle die angegriffenen Männer, Heine und Schmidt und Bernstein durch ihre Anregungen jedenfalls vielmehr verdient gemacht um die Partei, als Solche, die uns nur die alten Clichee's fort und fort aufs Neue präsentiren. Im Uebrigen fürchte ich nichts für eine Partei von solcher Kraft wie die unsrige, die in der erfreulichsten Entwickelung ist. Die deutsche Sozialdemokratie ist

fertig geworden mit den vielen äußeren Gegnern, sie wird sich auch von der Phrase zu emanzipiren wissen. (Großer Beifall.)

Heine: Ich muß offen sagen, die Angriffe, die gegen mich gerichtet sind bei Gelegenheit der Berathung über den Bericht des unglücklichen Partei-Vorstandes, haben keinen besonders tiefen oder ernsten Eindruck auf mich gemacht, am allerwenigsten die kindlichen Anzapfungen auf meinen Advokatenberuf, die ich nun schon seit dem Tage, wo ich öffentlich hervorgetreten bin, jede Woche über mich ergehen lassen muß. Etwas billigeres giebt es doch eigentlich garnicht. Was würde wohl Frau Zetkin sagen, wenn ich ihr gegenüber von Frauenlogik spreche, was würde Schoenlank, der wüthendste Hasser aller Kanonen und Säbel, sagen, wenn ich ihm seine Mensurschmisse vorhalten würde? (Große Heiterkeit.) Oder was würden Sie sagen, wenn man dem früheren Drechsler Bebel gegenüber ausführen wollte, er drechsele die Parteigrundsätze so lange zurecht, bis sie sich in ihr Gegentheil abgeschliffen haben, oder wenn man ausführen würde, die Gründe von Singer hätten noch nicht einmal das Gewicht eines Schneiders? Wo kommen wir hin, wenn man mit derartigen albernen Witzen argumentirt? So habe ich z. B. in der Zeitung gelesen — gehört habe ich es nicht —, daß Schoenlank mir gestern zugerufen hat: „Was verstehst denn Du von Marx“. Gegen derartige zünftige Gelehrsamkeit muß ich Verwahrung einlegen. Ich habe zwar nicht den Dr. phil. gemacht, auch nicht das Glück oder Unglück gehabt, mit 20 Jahren Leitartikel über den Marxismus zu schreiben, aber man kann sich theoretische Kenntnisse aneignen, auch wenn man nicht zur Zunft gehört. Was sollen denn all die Mätzchen bedeuten? Was soll es heißen, wenn Schoenlank das Wort Genosse Heine sofort in Abgeordneter Heine korrigirt? Was soll es heißen, wenn Frau Zetkin fort und fort von dem Reichstags-Abgeordneten Heine redet. (Sehr gut.)

Ich lege keinen Werth auf solche Aeußerlichkeiten, ich will nur zeigen, mit welchen kleinen und kindischen Mitteln man vorgeht. Frau Zetkin, soll ich Sie vielleicht künftig gnädige Frau anreden? Ich bin dazu bereit. (Heiterkeit.) Ich lege diesem Herumackern auf mich nicht die geringste Bedeutung bei. Ich bin wirklich nicht so grün und jung in der Partei, wie gewisse Leute glauben, wenn ich auch erst seit ein oder zwei Jahren politische Reden halte. Seit vielen Jahren gehöre ich der Partei an und ich habe den Grundsatz befolgt, mich nicht vorzudrängen, sondern zu warten, bis man mich ruft. Ich habe die Zeit ausgenutzt, um etwas zu lernen. Es muß ja auf jedem Parteitag irgend ein Sündenbock abgeschlachtet werden und ich bin ja heute in guter Gesellschaft, denn nachher wird ja noch Bebel nach allen Regeln des hergebrachten Ritus geschächtet werden. (Heiterkeit.) Wogegen ich mich aber wende, das ist der Versuch einer Legendenbildung in der Partei, die sich gestern zeigte in der Zusammenstellung Heine-Lütgenau. Ich bin ja bereit, mit gutem Humor mich als Prügelknaben für Bernstein und andere Leute benutzen zu lassen, aber ich möchte doch energisch Verwahrung dagegen einlegen, daß ich in bezug auf die Anwendung der Prügelstrafe mit Lütgenau übereinstimme. Es ist also eine recht frivole Unterstellung, oder eine recht große Unaufmerksamkeit gewesen, wenn man mich mit Lütgenau in einen Topf geworfen hat. Auf diese Art soll Antipathie erweckt werden. Auch bei der Behauptung von der Verschleierung der Endziele ist eine Legendenbildung aufgetreten; abgesehen von einem mecklenburger Flugblatt, wo davon gesprochen sein soll, daß auch in der zukünftigen Gesellschaft noch Parzellenbesitz erhalten bleibt, ist auch nicht ein einziger Beweis dafür erbracht worden, daß Jemand das Endziel verschleiert, am wenigsten ist der Beweis von mir erbracht worden. Ich habe hier einige meiner Flugblätter, in einem davon sind den Endzielen volle 49 Zeilen gewidmet; dagegen liegt mir hier ein viel kürzeres und darum besseres Flugblatt

von Singer vor, worin auch nicht ein Wort von der zukünftigen Gesellschaft steht. Ich erblicke darin keinen Vorwurf, Jeder kämpft nach seiner Art.

Die Genossin Luxemburg hat eine große Rede gegen mich gehalten, die von Vollmar bereits genügend charakterisirt ist; neu war das, was sie gesagt hat, ebensowenig wie das, was ich gesagt habe. Der Unterschied ist nur der, daß ich gesagt habe: was ich vorbringe, um Stadthagen's Ansicht zu widerlegen, sind olle Kamellen, während sich Rosa Luxemburg mit dem Nimbus einer neuen Weisheit umgeben hat. Frau Zetkin hat es sich ebenfalls nicht nehmen lassen, einen Legendenfaden gegen mich zu spinnen, indem sie behauptet, ich hätte mich in meiner Broschüre für die Taktik der französischen Possibilisten erklärt. Davon habe ich kein Wort geschrieben, und Genossin Zetkin hat sich auch heute früh bei mir entschuldigt und zugegeben, daß sie sich geirrt hat. In der Broschüre stand nämlich genau das Gegentheil. Ich hob in der Broschüre ganz ausdrücklich hervor, daß, wenn ich von Possibilismus spreche, ich nicht an die bekannte Sekte in Frankreich und deren Taktik denke. Da sehen Sie, wie windig die ganze Polemik ist, wenn die Leute nicht einmal lesen können. (Heiterkeit.) Vielleicht wird Ihnen Genossin Zetkin nachher auseinandersetzen, daß das, was geschrieben ist, ganz gleichgiltig ist und daß der innere Gedankengang maßgebend ist. Ja, wenn sie besser in meiner Seele lesen kann, als ich, so mag es gut sein. Ich weiß aber, daß ich durch meine Handlungen das Gegentheil bewiesen habe. Nun hat Genossin Zetkin auch noch den entsetzlichen Fall Heine in die Debatte gezogen. Auch hier wieder handelt es sich um eine Legendenbildung. Es ist behauptet, ich hätte meine Kandidatur damit angepriesen, daß ich der Partei eine neue Politik, die Kompensationspolitik aufdrängen wollte. Das Gegentheil ist wahr. Wenn ich wirklich eine neue Politik einführen wollte, dann hätte ich sehr wohl gewußt, daß erstens der Zeitpunkt unmittelbar vor der Wahl der ungeeignetste war und daß es zweitens sehr unangebracht war, wo ich zum ersten Mal auftrat, eine neue Taktik zu empfehlen. Als die Genossen mir die Kandidatur anboten, da sprach ich mit ihnen unter vier Augen, wie es ein gewissenhafter Mann soll, über meine Stellung zu gewissen Fragen. Ich sagte ihnen namentlich, daß mir die auf dem letzten Parteitage gegen Auer und Schippel gerichteten Angriffe sehr unsympatisch sind, und ich bat sie, sich zu überlegen, ob ihnen nicht ein anderer Kandidat genehmer wäre. Trotzdem haben sie sich für mich entschieden. In meiner Wahlrede sagte ich kein Wort davon. Da legte mir einer von Denen, die einen anderen Kandidaten wünschten, Fragen über diesen und sechs andere Punkte vor, wie ich zur Religion stehe, und andere Ungezogenheiten. Als ehrlicher Mann mußte ich ehrlich darauf antworten, und ich sagte, ich habe über eine gewisse Frage eine abweichende Meinung, aber in bezug auf praktische Politik stehe ich ganz auf dem Standpunkte, den die Partei bisher eingenommen hat. Ich bin in Wahrheit der, der auf dem alten Standpunkte steht, während Diejenigen, die sich darüber beschweren, Diejenigen sind, die eine neue, mit der bisherigen Praxis in Widerspruch stehende Politik der Phrase einführen wollen. Ich bin geneigt, mich und Alle, die praktische Politik treiben wollen, für weit radikaler zu halten, als die, welche den dünnen Kaffee ihrer Ausführungen mit recht viel revolutionärem Zucker zu versüßen suchen. Auf den Artikel in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ antworte ich nicht und werde ich nicht antworten. Vollmar und Gradnauer haben mich ja in Schutz genommen. Ich danke ihnen dafür, aber mir persönlich verbietet meine Würde, auf derartige verdächtigende Angriffe zu erwidern. Nun sagt zwar die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, ich hätte durch mein Schweigen Alles zugegeben. Ich habe nichts zugegeben, es lohnt mir nicht, darauf zu antworten. Und nun bitte ich, richten Sie über die Sache, ich habe ein dickes Fell mitgebracht. Ich wußte, was mir bevorstand; ich habe das ehrliche Streben, der Partei zu

dienen und habe das bewiesen in Berlin. Die Genossen haben mich trotz meiner hochverrätherischen Aeußerung aufgestellt und ich habe mit ihnen gemeinsam in ernstem, tüchtigen Kampfe diesen höchst gefährdeten Wahlkreis gehalten trotz der Knüppel, die uns die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" und ihre Freunde mitten im Wahlkampf zwischen die Beine geworfen haben. (Sehr richtig!) Meinetwegen nennen Sie uns Verräther. Wenn das aber kein Verrath war, uns mitten im Wahlkampf in den Rücken zu fallen, dann giebt es keinen Verrath. Und nun mögen die beiden Parzen Zetkin und Luxemburg ihre Fäden weiter spinnen. Es ist nichts so fein gesponnen, alles kommt ans Licht der Sonnen, und die Sonne des Tages vertragen diese Spinnweben nicht. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, der von Weyl befürwortet, von Frau Zetkin bekämpft wird, wird angenommen.

Frau Zetkin (persönlich): Ich will dem „nichtsnutzigen Gerede", das mir vorgeworfen ist, noch hinzufügen, daß ich mich bei Herrn Rechtsanwalt Heine nicht entschuldigt habe, sondern daß ich ihm erklärt habe, daß formell in seiner Broschüre nicht steht, wir sollen die französischen Possibilisten nachahmen, daß aber nach meiner festen Ueberzeugung der ganze Sinn seiner Ausführungen ist, wir sollten dieselbe Taktik befolgen.

Für diesen Theil des Vorstandsberichtes erhält das Schlußwort Auer: In der Debatte sind ja mancherlei Streitfragen erörtert worden, die für uns von größtem Interesse waren, aber mit dem eigentlichen Gegenstand nicht in unmittelbarer Beziehung standen. Als Referent aber muß ich zunächst auf die Reichstagswahlen zurückkommen und auf die Kritik, die in der Debatte an der Thätigkeit des Partei-Vorstandes geübt worden ist. Genosse Zubeil hat behauptet, ich hätte die Berliner Genossen angegriffen. Das hat mir absolut ferngelegen. Ich habe mich nur gegen die Aeußerung eines Berliner Genossen in einer Berliner Versammlung über den Antrag betreffs der Buchhandlung gewandt. Die Berliner Genossen werden doch nicht für jede Dummheit, die in irgend einer Versammlung gesprochen wird, die Verantwortung übernehmen wollen. (Heiterkeit.) Ich habe die Aeußerung der Berliner Genossen nur als typisch für gewisse in der Partei überhaupt vorhandene Ansichten angeführt. Dann sind andere Einwürfe gegen mich erfolgt. Es ist darüber geklagt worden, daß ich bei der Stichwahl im Wahlkreise Wittenberg-Schweidnitz das Aviso per Draht gegeben habe, für den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung gegen den konservativen Kandidaten einzutreten. Das habe ich gethan und solche Anweisungen noch nach verschiedenen anderen Wahlkreisen geschickt. Ich glaube aber, damit in direkter Ausführung des Hamburger Beschlusses (Antrag Bebel und Amendement Katzenstein) gehandelt zu haben, der unser Verhalten für die Stichwahlen festlegte und unser Eintreten für einen Kandidaten davon abhängig machte, daß diese gewisse Voraussetzungen erfüllen. Im Wittenberger Kreise kandidirte der Konservative v. Leipziger, ihm gegenüber stand der Kandidat der freisinnigen Vereinigung, Herr Siemens, dessen Liberalismus allerdings frei von jeder radikalen Anwandlung ist. Besser als Herr v. Leipziper aber war Siemens unter allen Umständen. Meine übrigen Kollegen vom Vorstand waren auf Agitation. Ich mußte selbständig handeln und übernehme auch in vollem Umfange die Verantwortung. Genosse Rohrlack hat mir deswegen schwere Vorwürfe gemacht. Ich suchte mich zu vertheidigen, glaube aber nicht, daß ich Rohrlack überzeugt habe. (Heiterkeit.) Rohrlack war besonders deshalb gegen die Unterstützung von Siemens, weil dieser sich geweigert hatte, in der Erklärung die Bestimmung f zu unterschreiben, worin er gegen jede Vermehrung des stehenden Heeres und der Marine zu stimmen versprechen sollte. Ich lasse dahingestellt, ob diese Weigerung nicht unter Umständen auch für mich ein genügender Grund gewesen wäre, den Wortlaut der Depesche anders zu fassen, aber von

dieser Weigerung war mir nichts mitgetheilt. Ich wurde vom Vertrauensmann nur gefragt, sollen wir für Siemens stimmen oder uns der Abstimmung enthalten. Bewährte Parteigenossen, deren Radikalismus ganz unzweifelhaft ist, haben mir später gesagt, für Siemens hätten wir stimmen müssen, auch wenn er die Bedingung f nicht unterschrieben hat; na, wenn das am grünen Holz geschieht, dann habe ich mich sehr im Verdacht, daß ich auch dieser Meinung gewesen wäre, wenn ich von der Weigerung gewußt hätte. Jedenfalls habe ich im Sinne der Hamburger Parteitagsbeschlusses gehandelt, sollte aber trotzdem das beantragte Mißtrauensvotum gegen mich ausgesprochen werden, na, ich sterb' auch daran nicht. (Heiterkeit.) Genosse Heymann hat den Vorwurf erhoben, daß die Partei bei den Nachwahlen nicht ihre Schuldigkeit thue. Nun, er ist ein junger Genosse und braucht nicht Alles zu wissen. (Heiterkeit.) Mit der ganzen Frische und Offenheit der Jugend hat er uns Alten gründlich den Kopf gewaschen, hoffentlich wird er auch einmal ein alter Esel. (Große Heiterkeit.) Dann wird er wissen, daß die Partei gerade bei den Nachwahlen tüchtig eingreift. Wie konnten wir sonst gerade bei den Nachwahlen solche Erfolge erzielen. In der vorigen Legislaturperiode haben wir bei Nachwahlen vier Sitze erobert. Bei der Nachwahl in Kyritz-Saatzig standen die Genossen unter dem Eindruck, es lohne sich nicht; der kurz vorhergehende Hauptwahlkampf habe gezeigt, daß nichts zu machen sei. Genosse Peus hat einen Ausspruch gethan, den ich ihn doch näher zu erklären bitten muß. Er sagte: „Wären die fünf Berliner Wahlkreise gewonnen worden, dann wäre der Kuhhandel nicht möglich gewesen." Das muß aufgeklärt werden.

Vorsitzender **Singer**: Ich glaube die Aufklärung sofort geben zu können. Peus hat nicht von einem Kuhhandel gesprochen, bei dem die **Partei** betheiligt war. Er hat gesagt, wären die fünf Berliner Kreise von uns gewonnen worden, so wäre der Kuhhandel zwischen den Freisinnigen und Konservativen vermieden worden. (Peus bestätigt diese Darlegung.)

Auer: **Stadthagen** hat einen Vorgang aus der Parteigeschichte unrichtig dargestellt. Auf dem Parteitag in Gotha ist durchaus nicht aus reaktionären Gründen das Erscheinen von Engels' „Anti-Dühring" verhindert worden. Wir hatten damals nur ein dreimal wöchentlich erscheinendes Zentralorgan, auf dessen Raum die lange Serie der Engels'schen Artikel nicht zugeschnitten war. Ich will nicht leugnen, daß es damals Dühringianer in der Partei gab, denen die Engels'schen Artikel zu scharf und rücksichtslos gegen Dühring schienen, aber Niemand dachte an Unterdrückung dieser Artikel. Schließlich verständigte man sich, die Fortsetzung der Artikel in der wissenschaftlichen Beilage des Zentralorgans zu veröffentlichen.

Greiner tadelte, daß der Vorstand nicht die Agitation gegen die Gesinde-Ordnung besonders betrieben habe. Es ist aber ein altes Herkommen, daß bei unserer Wahlagitation für alle unsere Forderungen agitirt wird. Ein besonderes Hervorheben einer einzelnen Forderung ist da nicht angängig. Erfreulich war es, daß die Klagen über nicht genügende Entsendung hervorragender Redner eingeschränkt worden sind. Ein Redner beklagte, daß Liebknecht nicht in Hagen gesprochen habe, und meinte, es habe sich in Hagen die Ansicht verbreitet, daß es dem Partei-Vorstand darauf ankomme, den großen Eugen nicht aus seinem Wahlkreise zu verdrängen. Das ist ganz richtig. Daß Richter gewählt wird, dafür hat die freisinnige Partei zu sorgen, nicht wir. Wenn wir ihn aus Hagen herausdrängen können, mit Vergnügen soll es geschehen. Aber soweit sind wir noch nicht, und wir müssen unsere Kräfte dort ausnützen, wo wir sie am besten brauchen. Liebknecht hat vierzig Wahlversammlungen abgehalten, Bebel hat dasselbe gethan, Singer hat wie ein Buch geredet (Heiterkeit), Liebknecht war in Solingen nöthig und in Dortmund, wo es galt, unsern Besitzstand zu vertheidigen. Durch Hagen ist er hindurch gefahren; zwischen Berlin und Solingen liegen

aber noch eine ganze Reihe von Städten, durch die er ebenfalls hindurch gefahren ist. (Heiterkeit.) Bebel fand, daß ich die Wahlergebnisse für uns zu erfreulich beurtheile. Meine Zufriedenheit ist natürlich auch nur relativ; mehr wäre mir auch lieber gewesen; aber eine drittel Million Stimmen mehr bei einer Verminderung der Wahlbetheiligung von 72,2 auf 67,7 pCt., das ist denn doch ein Resultat, das uns befriedigen kann. Wir sollten den Pessimismus nicht übertreiben. Wer da weiß, welche Summe von Opfern gebracht wurde, um dieses Resultat zu erzielen, der sollte es nicht herabsetzen. Nehmen wir doch unsern Leuten nicht die Begeisterung, das Feuer! Sagen wir zu ihnen doch nicht: Ihr Schweinigel, Ihr habt nicht Eure Schuldigkeit gethan! (Große Heiterkeit.) Nein, wir können sagen, wir haben Erfolge gehabt, und sie sind groß! (Zustimmung.) Die Sozialdemokratie hat einen Zuwachs von 17,8 pCt. gehabt, während fast alle andern Parteien mehr oder minder starke Rückgänge aufweisen. Daß so Viele nicht gewählt haben, hängt doch nicht allein von uns ab, da spielt das gesammte politische Leben eine große Rolle. Die, die von der Urne weggeblieben sind, sind gerade Diejenigen, die man als die Mitläufer zu bezeichnen pflegt. Aber die Phalanx unserer Partei ist großartig marschirt, und wir haben alle Ursache, zufrieden zu sein, und ich bin zufrieden und halte es für meine Pflicht, den Genossen keine Vorwürfe zu machen, sondern ihnen zu sagen: Ihr habt es brav gemacht, macht es das nächste Mal noch besser!

Nun ist wiederum der alte Streit über die Verschleierung der Endziele da. Ich bestreite, daß wir mit unseren Endzielen, mit unserem Programm hinter dem Berge gehalten haben. In dem Aufruf der Fraktion, der zu Beginn der Wahlbewegung hinausging Namens der Partei, der gewissermaßen die Sturmfahne ist, die wir hinaustrugen in den Kampf, findet sich am Schluß folgende Stelle: „Unser Kampf richtet sich gegen die Rechtlosigkeit, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt. Unsere Losung ist: Tod der Noth und dem Müssiggang! Wir kämpfen für eine Staats- und Gesellschaftsordnung, in der Männer und Frauen als Freie und Gleiche leben und thätig sind, in der es keine Herrschaft des Menschen über den Menschen giebt und das Wohlsein als oberster Grundsatz aller menschlichen Ordnung anerkannt ist: Freiheit, gleiches Recht für Alle! Keine Rechte ohne Pflichten! Keine Pflichten ohne Rechte!“ Ich dächte, das ist eine offene Sprache. Deutlicher sich auszudrücken ist wohl nicht möglich. Da soll man uns wirklich nicht damit kommen, daß in irgend einem obskuren mecklenburgischen Wahlkreise dem Arbeiter ein kleines Gärtchen versprochen ist. Wir wissen ja nicht, ob nicht auf dem Wege des Erbpacht-Systems oder sonstwie wirklich einmal einer sein Gärtchen bekommen darf. Gehört es ihm auch nicht, schinden darf er sich doch darauf. (Heiterkeit.) Man soll solche Dinge doch nicht ins Kleinliche herunterziehen; man soll die großen Gesichtspunkte festhalten und da kann man der Partei nicht den Vorwurf machen, daß sie mit verhüllten Fahnen gekämpft hat. Nicht Jeder ist natürlich im Stande, alle radikal geschriebenen Leitartikel auswendig zu kennen. (Heiterkeit.) Jeder redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und wenn nicht Dummheiten gemacht werden, wo sollen die gescheidten Sachen nachher herkommen? (Heiterkeit.) Dasselbe gilt von den Angriffen wegen der Versumpfung der Partei. Neu sind auch diese Vorwürfe wahrhaftig nicht, aber interessanter werden sie durch ihre Wiederholung auch nicht, schon wegen des persönlichen Schauspiels, das auf mich wenigstens keinen schönen Eindruck macht. Wenn ich hier als warnende Kassandra Schoenlank stehen sehe (große Heiterkeit), den Schoenlank, der vor einigen Jahren uns in Breslau erzählte, daß wir unsere Begriffe revidiren müßten (erneute Heiterkeit), da meine ich doch, mit solchen Vorkommnissen sollte man uns besser verschonen. Gewiß sind unter uns verschiedene Meinungen, verschiedene Temperamente, gewiß glaubt der Eine sein Ziel früher erringen zu können, der Andere ist bedächtiger und

glaubt, es geht nicht so rasch. Ich gehöre zu den Bedächtigen, aber ich bin auch mit den Radikalsten immer noch ans Ziel gekommen, habe Einzelne sogar noch um eine Nasenlänge geschlagen. Es ist Manchem schon die Puste ausgegangen, der sich gar zu sehr überstürzen wollte. (Heiterkeit und Beifall.) Aber daran müssen wir uns eben gewöhnen, daß Temperamentsunterschiede bestehen und auch falsche Meinungen unterlaufen, und vor Allem muß die Form eine etwas freundlichere sein. (Sehr wahr!) Es ist ja genug gesagt worden über die Gewohnheiten, die sich in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" eingebürgert haben und die arme Genossin Rosa Luxemburg (Heiterkeit), die viel Prügel bekommen hat, hat sie nicht verdient; sie ist nur der Prügelknabe gewesen für einen Anderen, den wir nicht prügeln konnten, weil er sich nicht vertheidigen kann. (Parvus ruft: Warten Sie ab.) Preß- und Redefreiheit wird unmöglich, wenn man einen Ton anschlägt, der es einem Anderen unmöglich macht, darauf noch zu antworten. (Sehr richtig!) Und auch diese ironischen Redewendungen! Der Herr Reichstags-Abgeordnete! Seit wann ist es denn ein Verbrechen, Reichstags-Abgeordneter zu sein? Ich bin es seit 21 Jahren. Ein Vergnügen ist es nicht, aber eine Schande ist es doch auch nicht. (Heiterkeit.) Ich habe immer die Empfindung, daß ein Theil Derjenigen, die so ganz giftig über die Reichstags-Abgeordneten herfallen, eigentlich dieses Amt so sehr überschätzen, daß Sie sich immer ärgern, daß sie es noch nicht geworden sind. (Große Heiterkeit.) Und dann weiter: Rechtsanwalt! Es ist ja ganz richtig, Bauern sprechen in der Regel nicht schön von den Advokaten, aber wir sind doch keine Bauern, wir sollten uns im Gegentheil freuen, daß wir Rechtsanwälte unter uns haben, und der Genosse Heine ist schon Manchem nützlich geworden, dadurch, daß er Rechtsanwalt ist. (Sehr wahr!) Also derartige Auslassungen sollten wir lassen; wohin soll es führen, wenn wir solche Reden hören von Vertreterinnen des Geschlechts, das angeblich das unterdrückte ist. (Heiterkeit.) Ich bin ja kein großer Schwärmer nach dieser Richtung hin, dafür bin ich bekannt (Heiterkeit), aber als ich die Genossin Zetkin gestern ihre Angriffe so herunterschmettern hörte (große Heiterkeit), da habe ich mir doch gesagt: und das ist das unterdrückte Geschlecht! (Große Heiterkeit.) Was soll da erst einmal werden, wenn das frei und gleichberechtigt ist! (Stürmische Heiterkeit.) Dabei ist der Genosse Heine noch ein schöner junger Mann. (Stürmische Heiterkeit.) Wie wird es erst uns alten Kraxlern ergehen! Wo solche Debatten entstehen, entspringen sie der Angst, wir könnten von der rechten Linie abweichen. Ich fürchte, daß bei Manchem diese Angst entsteht, weil er in sich selbst nicht gefestigt ist. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.) Festigen Sie sich in sich und dann brauchen Sie nicht zu fürchten, daß wir versumpfen werden. (Stürmischer Beifall.)

Es folgt die Diskussion des Abschnitts des Geschäftsberichts **Presse.**

Seyferth-Leipzig beschwert sich über die Haltung des „Vorwärts" zu dem Streit in der Buchdrucker-Organisation. Die ausgeschlossenen Gegner der Tarifgemeinschaft sind bewährte Parteigenossen, die der „Vorwärts" anders hätte behandeln sollen. Berichte von unserer Seite sind verkürzt, verspätet oder garnicht vom „Vorwärts" abgedruckt worden.

Frau **Zetkin:** Ich schicke voraus, daß ich nicht als „unterdrücktes Geschlecht", sondern als Parteigenossin spreche. Genosse Gradnauer ist vorhin gewissermaßen in der Rolle eines Hofbeschwichtigungsrathes aufgetreten und hat sich darüber beschwert, daß der Heißhunger nach Diskussionen seit dem Fall des Sozialistengesetzes nachgelassen hat. Zum Schluß aber hat er sich darüber beklagt, daß es zu viel Diskussion giebt und die Presse gefeiert, weil sie nicht auf jede Anregung zur Erörterung wichtiger Fragen eingeht. Ich bin im Gegentheil der Ansicht, daß unsere Presse gerade nach der Richtung der Diskussion grundsätzlicher und taktischer Fragen weit

mehr thun sollte, als sie bisher gethan hat. Daß verschiedene Meinungen auftauchen, ist kein Unglück, das wird auch Niemand von uns als ein Zeichen der Versumpfung auffassen, sondern als ein Zeichen der Lebenskraft und Fortentwicklung der Partei. Bedenklich ist nur, daß man die Verschiedenheit der Meinungen in Abrede zu stellen sucht, daß man sie nicht in genügender Breite in der Oeffentlichkeit diskutirt, und daß man behauptet, alle Meinungsverschiedenheiten seien nur Sache des Temperaments, des mehr oder weniger häufigen Gebrauchs bestimmter Worte. Es sind Fragen aufgetaucht, die in unserer Presse eine eingehendere Erörterung verdient hätten, vor allem die von Bernstein angeregte Frage über das Endziel. Bernstein hat sich unstreitig ein hohes Verdienst dadurch erworben, daß er eine Reihe von Problemen angeschnitten hat, die eingehender wissenschaftlicher Erörterung bedürfen. Aber er hat auch die bekannte Aeußerung betreffs der niedrigen Bewerthung unseres Endziels gethan: Das Ziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles. Und das am Vorabend des Wahlkampfes. Es zeigt, wie weit Bernstein dem deutschen Parteileben entfremdet ist, wenn er in dem Augenblick, wo wir uns anschicken, in den Wahlkampf zu ziehen, einen solchen Artikel veröffentlicht. Bernstein's Auffassung nach wird allmälig durch die gewerkschaftliche und gesetzliche Kontrolle des kapitalistischen Eigenthums dies so weit eingeschränkt, daß eines schönen Morgens dem Kapitalisten selbst die Lust am Besitze vergangen ist, weil sein Eigenthum gleichsam nur noch als Rechtsfiktion weiterbesteht. Diese Auffassung kann uns nicht gleichgiltig sein, denn wenn wir den Standpunkt Bernstein's theilen, so müßten wir das Schwergewicht legen nicht auf die Eroberung der politischen Macht in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern auf die Erreichung einzelner kleiner sozialer Reformen, durch die nach Meinung Bernstein's die sozialistische Gesellschaft vorbereitet wird, so daß wir da ein Stückchen sozialistischen Zukunftsstaats bekommen, dort ein Stückchen, die wir sozusagen nur zusammenzuflicken haben. Mich hat es gewundert, daß diese grundsätzlich ganz neue Auffassungsweise bis heute noch nicht in aller Gründlichkeit in der „Neuen Zeit“ selbst erörtert worden ist, und daß diese abweichende Meinung veröffentlicht wurde, ohne daß wenigstens seitens der Redaktion in einer Fußnote Stellung dazu genommen ward; vielfach entstand die Ansicht, daß Bernstein in seinem Artikel den Standpunkt der Redaktion und der gesammten Partei vertreten habe.

Ich erhebe weiter den Vorwurf gegen das Zentralorgan, daß es angeschnittene Fragen nicht in genügender Weise erörtert. Früher hieß es, Genosse Liebknecht ist daran Schuld. Nun, in den vier Monaten, wo er in Charlottenburg gesessen hat, konnte doch seine Person nicht das Hinderniß für die Haltung des „Vorwärts“ bilden, und was haben wir da gesehen? Die Haltung des „Vorwärts“ war die vollständige Haltlosigkeit, da kam jener Artikel über Kiautschou, wo der „Vorwärts“ unsere grundsätzliche Auffassung zur Frage der Kolonialpolitik mit Stillschweigen überging, dafür sich aber zu dem billigen Möchte-gern-Witz aufschwang, die deutsche Arbeiterklasse brauche doch nicht die Interessen der Mandschudynastie zu schützen. Wir haben ferner gesehen, daß die Ansichten des Genossen Heine nicht in derjenigen Weise im „Vorwärts“ erörtert wurden, wie sie hätten erörtert werden müssen. Denn was Heine gesagt hat, ist thatsächlich nicht etwa eine neue Taktik, das ist die Politik, die schon 1891 empfohlen ist unter der Devise: dem guten Willen die offene Hand! Wo hat denn die Regierung uns die offene Hand entgegengestreckt? Die eiserne Faust hat sie uns entgegengehalten! Auf die praktische Arbeit weist Heine hin. Haben wir, die man radikal nennt, keine praktische Arbeit vollbracht? Als Heine lange noch nicht Genosse war, hat Schoenlank schon sehr wesentlich praktische Reformarbeit geleistet, nicht nur durch seine Artikel, sondern durch seine sehr verdienstvolle Arbeit über die Fürther Queck-

silber-Spiegelbelegungs-Arbeiter und ihre Lage. Heine meint, daß die praktische Arbeit gelegentlich auch auf dem Wege des Kompromisses geschehen kann: wir aber wollen unsere Forderungen auf dem Wege des Kampfes gegen den Kapitalistenstaat durchsetzen. Damit ist nicht zu verwechseln, daß wir auch die kleinste Abschlagszahlung annehmen, sobald sie unseren Forderungen entspricht. Wir wissen, daß wir die praktischen Forderungen nur stückweise verwirklichen können, aber wir wissen, daß wir diese stückweisen Konzessionen nicht erringen durch die Einsicht der Regierungen von oben, sondern durch den Kampf von unten gegen oben. Wenn man uns hier sagt, das ist die Taktik der Phrase, so antworte ich, man erklärt hier, die revolutionäre Phrase bekämpfen zu wollen, was man aber thut, ist, daß man den ausgiebigsten Gebrauch macht von der opportunistischen Phrase. Zu diesen Tendenzen sollte die Parteipresse schärfer Stellung nehmen als bisher. Ganz besonders gilt dies vom „Vorwärts", der sich um die Diskussion einer ganzen Reihe wichtiger Parteifragen in scheuer Verlegenheit herumdrückt. Für uns kann es sich nicht darum handeln, zu verschweigen, sondern Klärung zu schaffen und alle auftauchenden Meinungen zur Erörterung zu bringen. Nur so werden wir weiter und weiter vorwärts schreiten. (Beifall.)

Stadthagen: Ich setze voraus, daß die Genossen, deren Thätigkeit heute angegriffen ist, den besten Willen haben, und von den Redakteuren des „Vorwärts" weiß ich, daß sie bestrebt sind, das Beste zu leisten. Das kann mich aber nicht abhalten, die Thätigkeit des „Vorwärts" zu kritisiren als eine solche, wie sie für Berlin und die Partei nicht geeignet ist. Es ist ja ein böses Ding, am „Vorwärts" Kritik zu üben, weil da bald auf seine Eigenschaft als Zentralorgan, bald auf die eines Lokalblattes verwiesen wird. Mir liegt es ferne, irgend eine Person anzugreifen, aber wenn die Genossen Denjenigen, die eine andere Ansicht vertreten, immer zurufen, sie sollen nicht mit Phrasen um sich werfen, so möchte ich fragen, womit werft Ihr denn um Euch? Gott sei Dank ist der Magen der Partei noch gut genug, um Eure Phrasen ertragen zu können. Der hier angeschlagene Ton ist nicht ein solcher, wie er unter Genossen üblich sein sollte, selbst wenn der Sprecher zufällig weiblichen Geschlechts ist. Den Vorwurf des Genossen Fendrich, daß ich nur Gemeinplätze sage, nehme ich gern auf mich. Ich würde mich nur freuen, wenn die angeblichen Gemeinplätze der Genossin Luxemburg bei ihm allmälig so fest werden, daß es wirkliche Gemeinplätze für ihn und seine Leser sind. Der springende Punkt ist der, daß wir die Zeitungen nicht schreiben für uns, die wir mitten in der Partei stehen, sondern wir müssen besonderen Werth auf die agitatorische Kraft legen, und in dieser Hinsicht erfüllt das Zentralorgan seine Aufgabe nicht. Ich sagte gestern scherzhaft, daß unsere Fortschritte da am bedeutendsten sind, wo wir keine Presse haben. Das hat ein Genosse ernst genommen. Thatsächlich haben wir ja auch in Ostpreußen, in einem Theile von Brandenburg und in Oberschlesien, wo wir große Erfolge errungen haben, nur eine wenig verbreitete Presse. In Mecklenburg, da hat unsere Presse lebendige agitatorische Kraft. Wir brauchen durchaus nicht etwa alle Tage unser Programm zu veröffentlichen. Wohl aber sollten wir jedesmal, anknüpfend an konkrete Vorgänge, auf unsere Ziele hinweisen. Mir aber wurde in einem Artikel über die Leutenoth im „Vorwärts" gerade die Bemerkung gestrichen, daß die Leutenoth endgiltig nur abgestellt werden kann in einem sozialistischen Gemeinwesen. Gerade solche Hinweise auf unsere Ziele im Anschluß an aktuelle Fragen können uns neue Reihen von Proletariern erschließen. Warum hat der „Vorwärts" nicht schon früher über das Koalitionsrecht und den Arbeiterschutz ausführliche Artikel gebracht? Das wäre weit wichtiger, als ein Artikel über irgend welche Weltpolitik. Gerade die Fragen, die den Arbeiter angehen, die mit seinen wirthschaftlichen Verhältnissen in engster Verbindung stehen, sollten mehr in den Vordergrund treten.

Bei der Frage der Landtagswahl hat der „Vorwärts" auch nicht befriedigt. Man kann Gegner oder Anhänger der Betheiligung sein, aber das muß man verlangen, daß ehrlich diskutirt wird. Wenn z. B. in einem Artikel vom 17. September gesagt ist, daß die Zuchthausvorlage auch vom preußischen Landtage angenommen werden kann, so ist das entweder Unwissenheit oder Demagogie.

Singer: Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß der Redner gegen Genossen, die sich hier nicht vertheidigen können, den Vorwurf der Demagogie erhebt.

Stadthagen: Dann bleibt nur die erste Möglichkeit übrig. Der „Vorwärts" muß ein Organ werden, das agitatorisch wirkt. Wir müssen die Köpfe revolutioniren, die uns noch nicht angehören. Darin, daß es ein Fehler war, daß der „Vorwärts" nicht kurz vor der Wahl die Bernstein'schen Artikel debattirt hat, kann ich der Genossin Zetkin nicht beistimmen. Es war richtig, daß die Redaktion derartige Fragen vor der Wahl beiseite schiebt. Darauf aber müssen wir achten, daß das Zentralorgan ein werbendes Organ wird, das die Indifferenten zu Sozialisten macht.

Mit Zustimmung des Parteitags ertheilt **Singer** hierauf dem Genossen Parvus, obgleich er kein Mandat hat, das Wort.

Parvus: Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" und speziell meine Person ist bereits in die Debatte hineingezogen worden, noch bevor der Punkt Presse auf der Tagesordnung stand, so groß war das Bedürfniß, hier ein Inquisitionsgericht abzuhalten, und zwar gerade in jenen Kreisen, die sich selbst dagegen verwahren, daß hier ein Ketzergericht abgehalten werden soll. Gradnauer, der früher selbst Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" war, hat sie am stärksten angegriffen. Ich weiß nicht recht, wie er sich die Parteidiskussion vorstellt; einmal sagt er, Diskussionen in der Partei sind unbedingt nothwendig, auf ihre geringe Verbreitung führt er sogar das unbefriedigende Resultat der Reichstagswahlen zurück, und dann sagt er: Parteidiskussionen schaden. Parteidiskussionen müssen sein, wo Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Daß sie einen persönlich gehässigen Charakter tragen, bedauere auch ich; ich bezweifle aber, daß in einer Partei, in der man eine Sache ernst nimmt, es zu vermeiden ist, daß mitunter Ausdrücke unterlaufen, die den Angegriffenen nicht angenehm sind, besonders wenn man sich als den schwächeren Theil fühlt. Es ist sehr seltsam, daß gerade solche als Vertreter der höflichen Form in der Parteiliteratur aufgetreten sind, die sich gelegentlich durch ihr Temperament zu einem ganz anderen Verhalten haben hinreißen lassen, z. B. Auer. Zu verwerfen ist eine Parteidiskussion nur in dem Falle, wenn ein Streit ohne sachliche Veranlassung vom Zaune gebrochen wird. Man müßte aber beweisen, daß das in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" geschehen ist. Heine hat sich bezüglich seiner abweichenden Meinung nicht ganz klar ausgedrückt. Seine Auslassungen über die do ut des- (gieb, damit Dir auch wieder gegeben werde) Politik machen ja einen harmlosen Eindruck, weil in diesem Augenblick ein Entgegenkommen der Regierung einfach undenkbar ist und eine solche Politik als utopisch erscheinen muß. Dieses brutale Verhalten der Regierung tritt aber nicht in jedem kapitalistischen Staate zu Tage: Wir sehen in England eine andere Taktik, und in dem Moment, wo man auch in Deutschland zu der Einsicht kommt, daß man die sozialdemokratische Bewegung nicht mit Zuchthausmitteln bekämpfen kann, daß man es hier mit einem Produkt der ökonomischen Entwickelung zu thun hat, in dem Moment wird die Heine'sche Idee gefährlich. Die Entwickelung wird dazu führen, daß man ein parlamentarisches Auskommen mit der Sozialdemokratie sucht, und dann werden die Ideen, die Heine jetzt schüchtern ausspricht, praktisch werden. Wir sollen doch aus der Erfahrung lernen, aus England und aus Frankreich mit dem Possibilismus, und solche Ideen im Keime ersticken. Das ist durchaus

keine neue Taktik, die ich Ihnen empfehlen wollte. Vollmar sagt: seht her, wie schön hat sich die Partei zu ihrer Stärke hinaufgesumpft! Er hat nur vergessen, daß seine Vorschläge zur Taktik, die er 1891 machte, von der Partei mit großer Mehrheit abgelehnt wurden; also sie hat sich hinaufgesumpft gegen die Taktik Vollmar's, und so muß es auch in Zukunft sein. Vollmar hat das Gespenst des Blanquismus vorgeführt, aber das sind doch Dinge, über die wir längst hinaus sind, wir wissen wohl, daß wir praktische Arbeit zu leisten haben. Als die Partei noch klein war, hatte sie keine Möglichkeit, große praktische Politik zu treiben, da hat sie sich auf das Dogmatische konzentrirt, mit ihrer Macht und Größe erhöht sich auch die Möglichkeit praktischer Arbeit; aber desto schwieriger ist es auch, diese äußerst mannigfältige politische Thätigkeit von dem Grundsatze unseres sozialrevolutionären Programms aus zusammenzufassen und zu leiten. Wie überwinden wir diese Schwierigkeiten? Dadurch, daß wir uns stets Klarheit schaffen über die Situation, in der wir uns befinden, über die Aufgaben, die wir zu erfüllen, über das Ziel, das wir uns gesetzt haben. Das kann nur durch Parteidiskussion geschehen. 1890 hat die Partei in richtiger Erkenntniß der Schwierigkeit ihrer Aufgabe der Presse eine größere Aufmerksamkeit gewidmet, sie hat den „Vorwärts" zum Zentralorgan gemacht und die „Neue Zeit" zum Wochenblatt als die wissenschaftliche Revue der Partei, die ihre Aufgaben und Ziele theoretisch zusammenfassen soll. Und wohin sind wir jetzt gelangt? Von allen Seiten wird Klage erhoben, daß der „Vorwärts" kein leitendes Organ ist, und in dem wissenschaftlichen Parteiorgan stellt sich ein leitender Redakteur in direkten Gegensatz zu den Grundlagen nicht nur des wissenschaftlichen Sozialismus, ja selbst unseres Parteiprogramms, und es findet sich Niemand innerhalb der Redaktion, der dagegen Verwahrung einlegt. Ich bin keineswegs der Meinung, daß der Partei jetzt größere Gefahren drohen als je; im Gegentheil. Die Bewegung ist immer mehr theoretisch gereift, aber das enthebt uns nicht der Nothwendigkeit, immer und immer wieder Kritik anzulegen und darauf zu sehen, daß der Weg der uns bisher von Sieg zu Sieg geführt hat, eingehalten wird, und in dem Sinne bitte ich Sie, die Parteidiskussionen nicht aufhören zu lassen und für ein leitendes Organ und eine wissenschaftliche Revue zu sorgen, die für die Einhaltung unseres Prinzips und Programms sorgt. Unser Programm ist nichts Zufälliges, kein Papierfetzen, sondern es ist das Ergebniß des Jahrhunderts der Geschichte des proletarischen Klassenkampfes, und dieses Ergebniß ist eine **politische** Thatsache, die sich weder wegstreichen, noch hinwegschwätzen läßt.

Die weitere Diskussion wird abgebrochen.

Singer theilt das Ergebniß der Wahl der **Kommission für die Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen** mit. Abgegeben wurden 233 Stimmzettel. Hiervon waren 9 ungiltig, weil mit mehr als 15 Stimmen beschrieben, bleiben somit giltige Stimmen 224. Gewählt sind **Bebel** mit 208, **Liebknecht** mit 157, **Bruhns** mit 154, **Auer** mit 146, **Heine**-Berlin mit 140, **Gottschalk**-Königsberg i. Pr. mit 118, **Meister** mit 117, **Kautsky** mit 112, **Brühne**-Frankfurt a. M. mit 100, **Herbert** mit 98, **Bock** mit 91, **Meist**-Köln mit 91, **Schippel** mit 91, Frau **Zetkin** mit 85 und **Stadthagen** mit 83 Stimmen. 83 Stimmen erhielt auch Dr. **Quarck**, gegen den das Loos entschied. Die übrigen Stimmen zersplitterten.

Singer bittet die Kommission, sich zu konstituiren und überweist ihr die auf die Landtagswahlen bezüglichen Anträge 16—27, Antrag 85 und alle sonst noch zu dieser Frage einlaufenden Anträge.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über Punkt **Presse** geht weiter.

Rosa Luxemburg: Vollmar hat es mir zum bitteren Vorwurf gemacht, daß ich als junger Rekrut in der Bewegung die alten Veteranen belehren will. Das ist nicht der Fall. Es wäre überflüssig, weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß die Veteranen auf demselben Boden stehen wie ich. Es kommt hier überhaupt nicht darauf an, irgend Jemand zu belehren, sondern eine bestimmte Taktik zum klaren und unzweideutigen Ausdruck zu bringen. Daß ich noch meine Epauletten in der deutschen Bewegung erst holen muß, weiß ich; ich will es aber auf dem linken Flügel thun, wo man mit dem Feinde kämpfen, und nicht auf dem rechten, wo man mit dem Feinde kompromisseln will. (Widerspruch.) Wenn aber Vollmar gegen meine sachlichen Ausführungen das Argument ins Feld führt: Du Gelbschnabel, ich könnte ja Dein Großvater sein, so ist das für mich ein Beweis, daß er mit seinen logischen Gründen auf dem letzten Loche pfeift. (Lachen.) Thatsächlich hat er im Laufe seiner Ausführungen eine Reihe Aeußerungen gethan, die im Munde eines Veteranen zum mindesten befremdend sind. Seinem niederschmetternden Ausspruch von Marx über den Arbeiterschutz halte ich den anderen Marx'schen Ausspruch entgegen, daß die Einführung des Arbeiterschutzes in England geradezu die Rettung der bürgerlichen Gesellschaft selbst bedeutete. Vollmar sagte ferner, es sei falsch, die gewerkschaftliche Bewegung nicht als sozialistische zu behandeln und verwies auf die Trades-Unions. Ja, hat denn Vollmar garnichts von dem Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Trades-Unionismus gehört? Weiß er nicht, daß die alten Trades-Unionisten ganz auf dem verstockten bürgerlichen Standpunkt stehen? Weiß er nicht, daß kein Anderer als Engels es war, der die Hoffnung ausgesprochen hat, jetzt werde in England die sozialistische Bewegung vorwärts schreiten, weil England auf dem Weltmarkt die Präponderanz verloren hat und im Zusammenhang damit die Trades-Unions-Bewegung neue Bahnen betreten müsse. Den Blanquismus hat Vollmar als Schreckgespenst vorgeführt. Kennt er nicht den Unterschied zwischen Blanquismus und Sozialdemokratie? Weiß er nicht, daß bei den Blanquisten eine Hand voll von Emissären im Namen der Arbeiterklasse, bei der Sozialdemokratie die Arbeiterklasse selbst die politische Macht erobern soll. Das ist ein Unterschied, den man nicht vergessen darf, wenn man ein Veteran der sozialdemokratischen Bewegung ist. Drittens hat er mir die Unterschiebung gemacht, daß ich für Gewaltmittel schwärme. Ich habe weder in meinen Ausführungen, noch in meinen Artikeln gegen Bernstein in der „Leipziger Volks-Zeitung" den geringsten Anlaß dazu gegeben. Ich stehe gerade auf dem entgegengesetzten Standpunkte und ich sage, das einzige Gewaltmittel, das uns zum Siege führen wird, ist die sozialistische Aufklärung der Arbeiterklasse im alltäglichen Kampfe. Meinen Ausführungen konnte man kein größeres Kompliment machen, als durch die Behauptung, daß sie etwas ganz Selbstverständliches seien. Gewiß muß das für einen Sozialdemokraten etwas Selbstverständliches sein, aber nicht für Alle hier auf dem Parteitag ist es etwas Selbstverständliches (Oh!), z. B. für Genossen Heine mit seiner Kompensationspolitik. Wie verträgt sich diese mit der Eroberung der politischen Macht? Worin kann die Kompensationspolitik bestehen? Wir verlangen Stärkung der Volksrechte, demokratische Freiheiten, der kapitalistische Staat verlangt Stärkung seiner Machtmittel und Kanonen. Gesetzt den günstigsten Fall, daß das Tauschgeschäft von beiden Seiten ehrlich geschlossen und gehalten wird, so steht das, was wir erhalten, nur auf dem Papier. Schon Börne sagte: Ich rathe Niemandem, auf eine deutsche Konstitution eine Hypothek zu nehmen, denn alle deutschen Verfassungen gehören

zu den Mobilien. Konstitutionelle Freiheiten, wenn sie bleibenden Werth haben sollen, müssen durch Kampf, nicht durch Vertrag gewonnen werden. Was aber der kapitalistische Staat von uns eintauschen würde, das hat eine feste, brutale Existenz. Die Kanonen, die Soldaten, die wir bewilligen, verschieben die objektiven materiellen Machtverhältnisse zu unseren Ungunsten. Es war aber kein Anderer als Lassalle, der sagte: „Die wahre Konstitution eines Landes besteht nicht in der geschriebenen Verfassung, sondern in seinen thatsächlichen Machtverhältnissen.“ Das Ergebniß der Kompensationspolitik ist also immer, daß wir die Verhältnisse zu unseren Gunsten blos auf dem Papier, zu Gunsten der Gegner aber in der objektiven Wirklichkeit verschieben, daß wir unsere Position im Grunde genommen schwächen, diejenige des Gegners aber stärken. Ich frage, ob man von einem Menschen, der das vorschlägt, behaupten kann, daß er in ernster Weise die Eroberung der politischen Macht erstrebt. Ich glaube, die Entrüstung, mit der Genosse Fendrich die Selbstverständlichkeit dieser Bestrebung betonte, war blos irrthümlich an mich adressirt, sie richtete sich im Grunde gegen Heine; sie war nur der Ausdruck des schroffen Gegensatzes, in den sich Heine zu dem proletarischen Gewissen unserer Partei gesetzt hat, als er von einer Konzessionspolitik gegenüber dem kapitalistischen Staat zu sprechen wagte.

Dann die Aeußerung von Konrad Schmidt, daß die Anarchie der kapitalistischen Herrschaft durch gewerkschaftliche Kämpfe und derartiges beseitigt werden könne. Wenn etwas zu dem Programmsatze von der Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht Anlaß gegeben hat, so war es die Ueberzeugung, daß auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für die Beseitigung der kapitalistischen Anarchie kein Kräutlein gewachsen. Jeden Tag wächst die Anarchie, die furchtbaren Leiden der Arbeiterklasse, die Unsicherheit der Existenz, die Ausbeutung, der Abstand zwischen Arm und Reich. Kann man von Einem, der die Lösung durch kapitalistische Mittel herbeiführen will, behaupten, daß er die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse für nothwendig hält? Also auch hier richtet sich die Entrüstung Fendrich's und Vollmar's nicht gegen mich, sondern gegen Konrad Schmidt. Und dann die bewußte Aeußerung in der „Neuen Zeit“. „Das Endziel, was es immer sei, ist mir nichts, die Bewegung ist mir Alles!“ Auch wer das sagt, steht nicht auf dem Standpunkt der Nothwendigkeit der Eroberung der politischen Macht. Sie sehen, daß manche Parteigenossen nicht auf dem Standpunkt des Endziels unserer Bewegung stehen, und darum ist es nöthig, das zum klaren unzweideutigen Ausdruck zu bringen; und wenn es je nothwendig war, so gerade jetzt. Die Schläge der Reaktion sausen hageldicht auf uns herab. Auf die neueste Rede des Kaisers muß die Antwort in der Debatte gegeben werden. Klipp und klar müssen wir sagen, wie der alte Cato: „Im Uebrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß“. Die Eroberung der politischen Macht bleibt das Endziel und das Endziel bleibt die Seele des Kampfes. Die Arbeiterklasse darf sich nicht auf den dekadenten Standpunkt des Philosophen stellen: „das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir Alles“; nein, umgekehrt: die Bewegung als solche ohne Beziehung auf das Endziel, die Bewegung als Selbstzweck ist mir nichts, das Endziel ist uns Alles. (Beifall.)

Thiele-Halle: Nach dem Bericht des Partei-Vorstandes zählten unsere Parteiblätter insgesammt 390 000 Abonnenten. Das ist nur der fünfte bis sechste Theil unserer Reichstagswähler. An diesem verhältnißmäßig geringen Abonnentenstande sind Ursachen mit Schuld, deren Beseitigung nicht in unserer Macht steht. Hierher gehören die Anfechtungen, denen die Leser unserer Blätter auf dem Lande und in kleinen Städten seitens der Behörden und Unternehmer ausgesetzt sind. Andere hindernde Ursachen können jedoch beseitigt werden. Wir werden da namentlich den redaktionellen Ausbau fördern müssen. Wer, wie ich selbst, zum Federvieh gehört, weiß, mit welchen unendlichen Schwierigkeiten die Parteiredaktionen zu kämpfen haben.

trotz der Ueberanstrengung der Parteiredakteure. Und dabei giebt es leider immer noch einzelne Parteigenossen, welche meinen, sie brauchten sich nur auf den Redaktionsstuhl zu setzen, um Redakteur zu sein. Das Redaktionsbudget fast sämmtlicher Parteizeitungen mit Ausnahme von vielleicht einem halben Dutzend, ist so gering bemessen, daß wir in Depeschen, Berichten 2c. nach anderer Richtung selbst mit manchem kleineren bürgerlichen Blatte nicht konkurriren können. Mit einer anderen Gruppe von Schwierigkeiten haben die Expeditionen zu kämpfen, die oft genug kleine Filialen wieder eingehen lassen müssen, weil von deren Verwaltern nicht abgerechnet wird. Manches läßt sich durch Wiederholung der Preßkonferenz, wie eine solche vor zwei Jahren stattfand, verbessern. Es ist sehr wünschenswerth, daß noch in diesem Jahre eine Preßkonferenz stattfindet. — Wenn der Partei-Vorstand in seinem Berichte sagt, die Parteiblätter benützten fleißig die ihnen zugehenden „Vorwärts"-Abzüge, so muß doch gesagt werden, daß diese Abzüge in vielen Fällen auch den bescheidensten Ansprüchen nicht genügen. Wenn möglich, müssen die Abzüge mit späteren Zügen versendet werden. — Bei den Preß-Unterstützungen ist zu moniren, daß die „Fränk. Volkstribüne" mit 1600 Mk. unterstützt worden ist. Als vor zwei Jahren die Würzburger Genossen 1000 Mk. Unterstützung verlangten, um die letzten Schulden zu bezahlen, bewilligte der Partei-Vorstand nichts, und das Blatt mußte eingehen. Jetzt, wo es im Verlage des Genossen Oertel in Nürnberg als Kopfblatt der „Fränk. Tagespost" erscheint, sind 1600 Mk. Zuschuß bewilligt worden, das ist auffällig, und der Partei-Vorstand wird nicht umhin können, den Sachverhalt aufzuklären. — Werfen wir uns mit ganzer Kraft auf weitere Verbreitung unserer Parteipresse, räumen wir die übergroßen Schwierigkeiten aus dem Wege, mit denen die Parteiredaktionen zu kämpfen haben, und bedenken wir, daß die Zahl der Abonnenten unserer Parteiblätter ein weit sichererer Maßstab für die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens ist, als die bloße Zunahme unserer Stimmen bei den Reichstagswahlen. Daß im vergangenen Jahre unsere Blätter 46000 Abonnenten gewonnen haben, ist jedenfalls ein Beweis, das seitens der Parteiredaktionen mit größtem Fleiße gearbeitet worden ist.

Frohme: Das Auftreten der Genossin Luxemburg und des Genossen Parvus lassen deutlich erkennen, mit welchen Faktoren, welcher Geistesrichtung wir hier zu thun haben. Ich möchte Frau Zetkin ausnehmen; sie ist gewiß von den edelsten Absichten erfüllt, wenn sie sich auch auf einen falschen Weg hat fortreißen lassen. Diesen Milderungsgrund gewähre ich den Genossen Parvus und Genossin Luxemburg nicht. Deren Auftreten hat auf mich den Eindruck gemacht, als komme es ihnen nur darauf an, ein bischen Brillantfeuerwerk zu machen . . .

Singer: Ich muß die Genossen doch dagegen verwahren, daß sie nur um ein Schauspiel aufzuführen, um zu täuschen, hier ihre Ausführungen machen. Derartige Insinuationen sollten unterbleiben.

Frohme: Wenn ich mir vergegenwärtige, in welch' unerhörter Weise Parvus gegen unsere besten, angesehensten, vernünftigsten Männer Wochen und Monate lang geeifert und gegeifert hat, dann muß man mir es zu gute halten, wenn ich gegen die parlamentarische Ordnung verstoße. Parvus sagte, es scheint ihm, hier werde ein Ketzergericht abgehalten. Er ist der ärgste Ketzerrichter, er hat sich in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" in einer Art und Weise gegen die Aufgaben unserer Parteipresse vergangen, daß der Parteitag einmal entschieden dagegen Stellung nehmen sollte. Parteiblätter haben sein Verhalten Unfug und Vergehen genannt. Ich gebe ihnen voll Recht. Hat er nicht behauptet, daß Auer und Heine im Gegensatz zu der bisherigen Taktik Opportunismus, Schacherpolitik treiben wollten? Unsere Taktik ist die alte geblieben; sie hat uns groß gemacht. Mit radikal klingenden Phrasen, mit dem Heraushängen des rothen Lappens erobert man keine politische Macht. (Sehr richtig!)

Den wirthschaftlich Nothleidenden zu helfen, darauf hat unsere Taktik Rücksicht zu nehmen. Genossin Luxemburg sprach von einem linken Flügel, der kämpft, und von einem rechten, der mit dem Feinde schachert. Ja, wo ist denn auch nur das leiseste Anzeichen für solches Schachern? Luxemburg spricht wie eine Göttin aus den Wolken und wirft mit bestechenden Phrasen um sich, ohne den leisesten Beweis anzutreten. Ich wollte gerne sehen, wie Parvus und Luxemburg mit den Theorien, die sie hier vertreten haben, auch nur einen einzigen Wahlkreis erobern könnten, und das ist zur Eroberung der politischen Macht doch nöthig. Mögen die Beiden hinter den grünen Tischen bleiben und wissenschaftliche Prinzipien erörtern und klären. Uns aber, die wir den Kampf zu führen haben und die Verantwortung zu tragen haben, vor Mit- und Nachwelt, uns überlassen Sie die Feststellung der Taktik! (Beifall.)

Gradnauer: Genosse Bebel sagte gestern, der „Vorwärts" habe vor der Wahl eine zu große Zuversicht zur Schau getragen. Ich möchte demgegenüber, wenn auch etwas Richtiges an dieser Meinung ist, darauf hinweisen, daß der „Vorwärts" doch auch häufig eindringlich die Genossen gewarnt hat, nicht zu siegeszuversichtlich zu sein. Und warum hat uns denn Bebel, wenn er dieser Ansicht ist, keinen Wink gegeben, er weiß ja, wie gern die Redakteure des „Vorwärts" bereit sind, seinem Rathe zu folgen. Ueber die Angriffe der Genossin Zetkin habe ich mich eines äußerlichen Grundes wegen sehr gewundert; sie ist bekanntlich Mitglied der Parleitung und kommt alle Jahre in dieser Eigenschaft mehrere Male nach Berlin, wo sie Gelegenheit hat, Uebelstände, die sie wahrnimmt, zur Sprache zu bringen und Mittel und Wege zur Abhilfe vorzuschlagen. Meines Wissens hat sie das nicht gethan, und ich möchte beinahe sagen, daß das eine Unterlassungssünde ist. Vielleicht wäre schon Abhilfe geschaffen oder doch eine Einigung erzielt, wenn sie ihre Ausstellungen im engeren Kreise vorgebracht hätte. Sie sagt weiter, früher habe man die Mängel des „Vorwärts" den Genossen Liebknecht zugeschrieben, aber als Liebknecht nicht da war, war der „Vorwärts" ganz haltlos. Nun, ich habe niemals auf dem Standpunkt gestanden, daß Liebknecht an den Uebelständen im „Vorwärts" schuld ist. Es ist eine Thorheit, das zu behaupten, aber ebenso thöricht ist es, irgend eine andere einzelne Person in dieser Weise anzugreifen. Die Mißstände liegen nicht an einzelnen Personen, sondern sie liegen tiefer begründet, in einer Fülle von Schwierigkeiten, denen das Zentralorgan unterworfen ist. Einerseits wurde der „Vorwärts" getadelt, daß er in agitatorischer Beziehung nicht lebendig genug sei. Ja, verehrte Parteigenossen, in dieser Beziehung könnte wohl manches besser sein, das gebe ich ohne Weiteres zu, ich glaube, daß im „Vorwärts" hier und da mancher Artikel anders geschrieben sein könnte, aber deswegen so zu verallgemeinern, wie Genosse Stadthagen gethan hat, das halte ich für falsch. Wir haben doch im „Vorwärts" die ausgezeichneten, in der ganzen Parteipresse unübertroffenen agitatorischen Artikel von Liebknecht. Stadthagen mag uns doch die Leute zeigen, die noch packender schreiben können. Wir sind doch nicht alle Liebknechts. Aehnlich steht es mit dem Vorwurf, daß wir die Endziele nicht besonders betont haben. Das muß ich entschieden bestreiten, wir haben bei allen möglichen Gelegenheiten, hauptsächlich bei Betrachtungen über Mittelstandsbewegungen, über sozialreformerische bürgerliche Bewegungen unsere Endziele, auch im Wahlkampfe, vorgebracht. Stadthagen müßte mit ganz anderen Beweisen aufwarten. Was ist denn eigentlich das Ideal von Stadthagen, wie möchte er den „Vorwärts" redigirt haben? Stadthagen hat ja selbst während der Wahl eine Zeitung herausgegeben, die in einigen Kreisen der Provinz Brandenburg verbreitet wurde. Mir liegt es fern, zu sagen, daß diese Zeitung nicht gut war, aber wenn der „Vorwärts" ebenso redigirt würde, wie der „Wähler" von Stadthagen, so würden sicherlich ebenso viel Kritiker kommen. (Ruf: Noch mehr!) Ich habe Stadthagen unter vier Augen gefragt, wie er denn eigentlich das Blatt haben will, und da sagte er, ich

denke mir es so, wie das Hamburger „Echo". Ich schätze das Hamburger „Echo" ganz außerordentlich, es ist ein vorzüglich geleitetes Parteiorgan, aber so himmelweit unterscheidet es sich in Sprache und Agitation nicht vom „Vorwärts". All das veranlaßt mich, die Vorwürfe von Stadthagen für unbegründet zu halten.

Genossin Zetkin meinte, daß der „Vorwärts" zu wichtigen Parteifragen nicht Stellung genommen habe, ich bin durchaus der Ansicht, daß das Zentralorgan zu wichtigen Fragen Stellung nehmen muß, aber hier liegt gerade die allergrößte Schwierigkeit vor. In der Provinzpresse kann jeder Einzelne sich nach seiner Individualität hinsetzen und losschreiben, da hat es nicht so viel zu sagen, wenn einmal ein Fehler vorkommt. Ganz anders im Zentralorgan. Die gegnerische Presse schnappt jede Kleinigkeit auf und bauscht alles zur Staatsaktion auf. Dazu kommt die Doppeleigenschaft des Blattes als Zentralorgan und Lokalorgan. Denken Sie doch z. B. an die preußischen Landtagswahlen! Es ist unsere Pflicht, mit den Berliner Genossen auf gutem Fuße zu leben. Die Berliner, die durch die Eigenschaft des „Vorwärts" als Zentralorgan außerordentlich benachtheiligt sind, stellten sich auf einen anderen Standpunkt als der Hamburger Parteitag. Was sollten wir thun? Wir mußten den Hamburger Beschluß ausführen, und damit waren die Berliner Genossen nicht sehr zufrieden. Es bleibt uns also in solchen Fällen nichts übrig, als unsere Kampfesfreude etwas zu zügeln. Bei der Gelegenheit noch eine kleine Abschweifung. Stadthagen hat erklärt, daß wir in diesem Kampfe das Koalitionsrecht vollständig falsch behandelt haben, und er hat von Unwissenheit oder Demagogie gesprochen. Die Sache verhielt sich so, daß eine Notiz im „Vorwärts" erschien, in welcher Zitate aus Herrenhausreden von Dr. Giese und Freiherrn v. Stumm wiedergegeben waren, die sich dahin geäußert haben, daß sie durch die lex Recke die Streikmöglichkeit den Arbeitern nehmen wollen, und es war daran die Bemerkung geknüpft, daß ein solcher Versuch von Neuem gemacht werden könnte. Stadthagen ist doch ein sehr findiger Jurist, er sollte doch nicht so schlecht denken von den preußischen Geheimräthen, daß er ihnen nicht zutraut, sie könnten auch einmal den Versuch machen, über die Reichs-Gewerbe-Ordnung hinweg durch den preußischen Landtag das Koalitionsrecht zu nehmen.

Weiter macht die Genossin Zetkin uns den Vorwurf, daß wir einige Fragen nicht genügend behandelt haben, z. B. die Heine-Frage. Ich bin auch durch die Ausführung der Genossin Dr. Luxemburg noch nicht davon überzeugt, daß es sich hier um eine große Partei-Angelegenheit handelt. Ich halte auch heute noch daran fest, daß die Sache aufgebauscht ist. Dazu kommt, daß sich die Reichstagsfraktion mit der Sache beschäftigt hatte und zu dem Schluß gelangt ist, daß keine Veranlassung vorliegt, gegen Heine einzuschreiten. (Sehr richtig!) Es kam ferner dazu, daß wir am Vorabend der Reichstagswahl standen. Sollten wir vielleicht gegen Heine vorgehen und die ganze Berliner Wahlbewegung stören? Da wären uns die Genossen von Berlin schön auf den Kopf gekommen und mit vollem Recht. Genau so verhält es sich mit anderen Fragen. Es ist die Kolonialfrage gestreift, die ja auch eine Sache von großer Bedeutung sein soll. Auch hier hat die Reichstagsfraktion bereits gesprochen und es wurde klargestellt, daß prinzipielle Gegensätze oder Abweichungen nicht vorlagen. Ebenso war es mit der Bernstein-Frage. Wir sollten dazu Stellung nehmen. Das ist aber nicht so einfach. Wir hatten sofort, als wir die Aeußerungen im „Vorwärts" mittheilten, erklärt, daß es unmöglich sei, in einem Tageblatte Stellung dazu zu nehmen, wir haben allerdings eine gewisse Mißbilligung von Anfang an durchblicken lassen. Wo sollten wir denn die Kräfte hernehmen, um uns als Tageblatt in solche Polemik einzulassen? Die Redakteure sind bei uns wie bei den meisten Parteiblättern

mit der täglichen handwerksmäßigen Arbeit geradezu überlastet. Es giebt höchstens ein bis zwei Blätter in Deutschland, wo der Chefredakteur in der Lage ist, seine ganze Kraft wissenschaftlichen Fragen zu widmen. Um mit Parvus den Kampf zu führen, dazu hätten wir einen besonderen Redakteur anstellen müssen. (Heiterkeit.) Für die Erörterung wissenschaftlicher Fragen sind nicht die Tageblätter da, sondern die „Neue Zeit". Kritik am „Vorwärts" zu üben, ist nicht nur gut, sondern auch wünschenswerth, damit immer weitere Verbesserungen vorgenommen werden, und ich kann nur sagen, die Redaktion des „Vorwärts" hat das beste Bestreben, man darf nur nicht eine Kritik üben, die die thatsächlichen Verhältnisse verkennt. Wer eine sachliche Kritik gegen den „Vorwärts" führt, der kann nicht so sprechen, wie es Genossin Zetkin gethan hat. Wie würde es der Genossin Zetkin, deren Temperament, deren Leistungen, deren schriftstellerische Thätigkeit ich bewundere, gefallen, wenn ich in derselben Weise die „Gleichheit" kritisiren wollte? Dabei würde die Genossin Zetkin auch nicht gut wegkommen. Es ist ihr nicht gelungen, mit ihrer Zeitung eine größere Arbeiterinnenbewegung hervorzurufen. Das liegt natürlich nicht an ihr allein, sondern an mannigfaltigen Umständen, aber etwas Schuld könnte man auch ihr persönlich daran beimessen, wenigstens wenn man so kritisiren wollte, wie sie den „Vorwärts" kritisirt hat, dann müßte man ihr sagen: Du schreibst ja derartig doktrinäre Leitartikel in Deiner Zeitung, Nummer für Nummer ungefähr dasselbe. (Sehr gut!) Es wäre mir nicht eingefallen, eine derartige Aeußerung zu machen, wenn die Genossin Zetkin nicht in dieser Weise den „Vorwärts" kritisirt hätte. Bitte, kritisiren Sie, aber sachlich. Dann wollen wir Ihnen auch versprechen, daß wir, soviel in unseren Kräften steht, bessern wollen, um unser Zentralorgan zu einem wirklich guten Parteiblatt zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Bebel: Parteigenossen! Ich habe zunächst nicht im eigenen Namen, sondern im Namen eines Abwesenden zu sprechen, der mehrfach angegriffen worden ist und mich beauftragt hat, eine Erklärung zu verlesen. Es ist Eduard Bernstein. Er wußte, daß seine Artikelserie Gegenstand des Angriffs hier werden würde. Um deswegen bittet er mich, folgende „Erklärung" zu verlesen:

„Die in der Serie „Probleme des Sozialismus" von mir niedergelegten Ansichten sind neuerdings in sozialistischen Blättern und Versammlungen zur Erörterung gelangt und es ist die Forderung ausgesprochen worden, daß der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu ihnen Stellung nehmen solle. Für den Fall, daß dies geschieht und der Parteitag auf die Forderung eingeht, sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt.

Das Votum einer Versammlung, und steht sie noch so hoch, kann mich selbstverständlich in meinen, aus der Prüfung der sozialen Erscheinungen gewonnenen Anschauungen nicht irre machen. Was ich in der „Neuen Zeit" geschrieben habe, ist der Ausdruck meiner Ueberzeugung, von der ich in keinem wesentlichen Punkt abzugehen mich veranlaßt sehe.

Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß ein Votum des Parteitages mir nichts weniger als gleichgiltig sein kann. Und darum wird man es begreifen, wenn ich vor allen Dingen das Bedürfniß fühle, mich gegen fälschliche Auslegung meiner Ausführungen und falsche Schlußfolgerungen aus ihnen zu verwahren. Verhindert, selbst auf dem Kongreß zu erscheinen, thue ich dies hiermit auf dem Wege schriftlicher Mittheilung.

Es ist von gewisser Seite behauptet worden, die praktische Folgerung aus meinen Aufsätzen sei der Verzicht auf die Eroberung der politischen Macht durch das politisch und wirthschaftlich organisirte Proletariat.

Das ist eine ganz willkürliche Folgerung, deren Richtigkeit ich entschieden bestreite.

Ich bin der Anschauung entgegengetreten, daß wir vor einem in Bälde zu erwartenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft stehen und daß die Sozialdemokratie ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale Katastrophe bestimmen, bezw. von ihr abhängig machen soll. Das halte ich in vollem Umfange aufrecht.

Die Anhänger dieser Katastrophentheorie stützen sich im wesentlichen auf die Ausführungen des „Kommunistischen Manifestes". In jeder Hinsicht mit Unrecht.

Die Prognose, welche das „Kommunistische Manifest" der Entwickelung der modernen Gesellschaft stellt, war richtig, soweit sie die allgemeinen Tendenzen dieser Entwickelung kennzeichnete. Sie irrte aber in verschiedenen speziellen Folgerungen, vor Allem in der Abschätzung der Zeit, welche die Entwickelung in Anspruch nehmen würde. Letzteres ist von Friedrich Engels, dem Mitverfasser des „Manifestes", im Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich" rückhaltlos anerkannt worden. Es liegt aber auf der Hand, daß, indem die wirthschaftliche Entwickelung eine weit größere Spanne Zeit in Anspruch nahm als vorausgesetzt wurde, sie auch Formen annehmen, zu Gestaltungen führen mußte, die im „Kommunistischen Manifest" nicht vorausgesehen wurden und nicht vorausgesehen werden konnten.

Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das Manifest schildert. Es ist nicht nur nutzlos, es ist auch die größte Thorheit, sich dies zu verheimlichen. Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichsthums wird nicht von einer zusammenschrumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter.

Die Konzentrirung der Produktion vollzieht sich in der Industrie auch heute noch nicht durchgängig mit gleicher Kraft und Geschwindigkeit. In einer großen Anzahl Produktionszweige rechtfertigt sie zwar alle Vorhersagungen der sozialpolitischen Kritik, in anderen Zweigen bleibt sie jedoch noch heute hinter ihnen zurück. Noch langsamer geht der Prozeß der Konzentration in der Landwirthschaft vor sich. Die Gewerbestatistik weist eine außerordentlich abgestufte Gliederung der Betriebe auf; keine Größenklasse macht Anstalt, aus ihr zu verschwinden. Die bedeutsamen Veränderungen in der inneren Struktur der Betriebe und ihren gegenseitigen Beziehungen kann über diese Thatsache nicht hinwegtäuschen.

Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen. Unter dem Einfluß dieser und getrieben von der sich immer kräftiger regenden Arbeiterbewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals eingesetzt, die zwar heute noch sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer mehr Gebiete des Wirthschaftslebens ihrem Einfluß unterzieht. Fabrikgesetzgebung, die Demokratisirung der Gemeindeverwaltungen und die Erweiterung ihres Arbeitsgebiets, die Befreiung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens von allen gesetzlichen Hemmungen, Berücksichtigung der Arbeiterorganisationen bei allen von öffentlichen Behörden vergebenen Arbeiten kennzeichnen diese Stufe der Entwickelung. Daß in Deutschland man noch daran denken kann, die Gewerkschaften zu knebeln, kennzeichnet nicht den Höhegrad, sondern die Rückständigkeit seiner politischen Entwickelung.

Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen demokratisirt werden, umsomehr verringern sich die Nothwendigkeiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen. Wer an der Theorie der Kata-

strophen festhält, muß die hier gezeichnete Entwicklung nach Möglichkeit bekämpfen und zu hemmen suchen, wie das die konsequenten Verfechter dieser Theorie übrigens früher auch gethan haben. Heißt aber die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat blos die Eroberung dieser Macht durch eine politische Katastrophe? Heißt es die ausschließliche Besitzergreifung und Benutzung der Staatsmacht durch das Proletariat gegen die ganze nichtproletarische Welt?

Wer das bejaht, der sei hier an zweierlei erinnert. 1872 erklärten Marx und Engels im Vorwort zur Neuauflage des „Kommunistischen Manifestes“, die Pariser Kommune habe namentlich den Beweis geliefert, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigene Zwecke in Bewegung setzen kann“. Und 1895 hat Friedrich Engels im Vorwort zu den Klassenkämpfen ausführlich dargelegt, daß die Zeit der politischen Ueberrumpelungen, der von „kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen“ heute vorbei sei, daß ein Zusammenstoß auf großem Maßstabe mit dem Militär das Mittel wäre, das stetige Wachsthum der Sozialdemokratie aufzuhalten und selbst für eine Weile zurückzuwerfen, — kurz, daß die Sozialdemokratie „weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz“ gedeiht. Und er bezeichnet demgemäß als die nächste Aufgabe der Partei, „das Wachsthum ihrer Stimmen ununterbrochen in Gang zu halten“ — bezw. „langsame Propaganda der parlamentarischen Thätigkeit“.

So Engels, der, wie seine Zahlenbeispiele zeigen, bei alledem die Schnelligkeit des Entwickelungsganges immer noch etwas überschätzte. Wird man ihm nachsagen, er habe auf die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse verzichtet, weil er es vermieden sehen wollte, daß das durch die gesetzliche Propaganda gesicherte stetige Wachsthum der Sozialdemokratie durch eine politische Katastrophe unterbrochen werde?

Wenn nicht, wenn man seine Ausführungen unterschreibt, dann wird man auch vernünftigerweise daran keinen Anstoß nehmen können, wenn erklärt wird, was die Sozialdemokratie noch auf lange hinaus zu thun habe, sei, statt auf den großen Zusammenbruch zu spekuliren, „die Arbeiterklasse politisch zu organisiren und zur Demokratie auszubilden, und für alle Reformen im Staate zu kämpfen, welche geeignet sind, die Arbeiterklasse zu heben und das Staatswesen im Sinne der Demokratie umzugestalten“.

Das ist es, was ich in meinem angefochtenen Artikel gesagt habe und was ich auch jetzt noch seiner vollen Tragweite nach aufrecht erhalte. Für die vorliegende Frage läuft es auf das Gleiche hinaus wie die Engels'schen Sätze, denn die Demokratie heißt jedesmal soviel Herrschaft der Arbeiterklasse, als diese nach ihrer intellektuellen Reife und dem Höhegrad der wirthschaftlichen Entwickelung überhaupt auszuüben fähig ist. Uebrigens beruft sich Engels an der angeführten Stelle auch noch ausdrücklich darauf, daß schon das Kommunistische Manifest „die Erkämpfung der Demokratie als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des streitbaren Proletariats proklamirt“ habe.

Kurz, Engels ist so sehr von der Ueberlebtheit der auf die Katastrophen zugespitzten Taktik überzeugt, daß er auch für die romanischen Länder, wo die Tradition ihr viel günstiger ist als in Deutschland, eine Revision von ihr hinweg für geboten hält. „Haben sich die Bedingungen für den Völkerkrieg geändert, so nicht minder für den Klassenkampf“, schreibt er. Hat man das schon vergessen?

Kein Mensch hat die Nothwendigkeit der Erkämpfung der Demokratie für die Arbeiterklasse in Frage gestellt. Worüber gestritten wurde, ist die Zusammenbruchstheorie und die Frage, ob bei der gegebenen wirthschaftlichen Entwickelung Deutschlands und dem Reifegrad seiner Arbeiterklasse in Stadt

und Land der Sozialdemokratie an einer plötzlichen Katastrophe gelegen sein kann. Ich habe die Frage verneint und verneine sie noch, weil meines Erachtens im stetigen Vormarsch eine größere Gewähr für dauernden Erfolg liegt, wie in den Möglichkeiten, die eine Katastrophe bietet.

Und weil ich der festen Ueberzeugung bin, daß sich wichtige Epochen in der Entwickelung der Völker nicht überspringen lassen, darum lege ich auf die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie, auf den Kampf um das politische Recht der Arbeiter, auf die politische Bethätigung der Arbeiter in Stadt und Gemeinde für die Interessen ihrer Klasse, sowie auf das Werk der wirthschaftlichen Organisation der Arbeiter den allergrößten Werth. In diesem Sinne habe ich seiner Zeit den Satz niedergeschrieben, daß mir die Bewegung Alles, — das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nenne, nichts sei, und in diesem Sinne unterschreibe ich ihn noch heute. Selbst wenn das Wort „gemeinhin" nicht angezeigt hätte, daß der Satz nur bedingt zu verstehen war, lag es ja auf der Hand, daß er nicht Gleichgiltigkeit betreffs der endlichen Durchführung sozialistischer Grundsätze ausdrücken konnte, sondern nur Gleichgiltigkeit oder, vielleicht besser ausgedrückt, Unbesorgtheit über das „Wie" der schließlichen Gestaltung der Dinge. Ich habe zu keiner Zeit ein über allgemeine Grundsätze hinausgehendes Interesse an der Zukunft gehabt, noch kein Zukunftsgemälde zu Ende lesen können. Den Aufgaben der Gegenwart und nächsten Zukunft gilt mein Sinnen und Trachten, und nur soweit sie mir die Richtschnur für das zweckmäßigste Handeln in dieser Hinsicht geben, beschäftigen mich die darüber hinausgehenden Perspektiven.

Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die Expropriation der Kapitalisten sind an sich keine Endziele, sondern nur Mittel zur Durchführung bestimmter Ziele und Bestrebungen. Als solche sind sie Forderungen des Programms der Sozialdemokratie und von Niemand bestritten. Ueber die Umstände ihrer Durchführung läßt sich nichts voraussagen, es läßt sich nur für ihre Verwirklichung kämpfen. Zur Eroberung der politischen Macht aber gehören politische Rechte, und die wichtigste Frage der Taktik, welche die deutsche Sozialdemokratie zur Zeit zu lösen hat, scheint mir die nach dem besten Weg der Erweiterung der politischen und gewerblichen Rechte der deutschen Arbeiter zu sein. Ohne daß auf diese Frage eine befriedigende Antwort gefunden wird, würde die Betonung der anderen schließlich nur Deklamation sein.

London, den 29. September 1898. Ed. Bernstein."

Ich glaube, daß es nothwendig war, diese Erklärung hier zur Sprache zu bringen, angesichts der Erörterungen, die sich an die Person Bernstein's und seiner Ansichten knüpften. Ich glaube, wir können Bernstein noch besonders dankbar sein, daß er durch diese Erklärung gewissermaßen einen Extrakt dessen gegeben hat, was er in einer längeren Reihe von Artikeln in der „Neuen Zeit" ausgeführt hat, und so Denjenigen, die sich in Zukunft mit dieser Frage beschäftigen werden und beschäftigen werden müssen (Zustimmung), das erleichtert hat. (lebhafter Beifall.) Ich erkläre gleich, daß ich nicht auf dem Standpunkt Bernstein's stehe, ich weiche in wichtigen Punkten von ihm ab. Bei wiederholtem Lesen dieser Erklärung habe ich den Eindruck gewonnen, daß sich Bernstein in sehr tiefen Widersprüchen mit seinen eigenen Ausführungen befindet. Aber darüber kann der Parteitag nicht sprechen, denn hier handelt es sich nicht um Fragen der Taktik, sondern unserer gesammten Grundanschauung (lebhafte Zustimmung), und die lassen sich nicht auf einem Parteitage entscheiden; die müssen sehr gründlich pro und contra in der Presse erörtert werden. Warum das die „Neue Zeit" nicht gethan hat, darüber wird sich mein Freund Kautsky wohl nachher aussprechen. Aber ich bin auch nicht gewillt, mich heute auf die überaus wichtige Frage der Taktik einzulassen.

Wir haben gestern und heute Reden gehört, die mit dem eigentlichen Thema fast nichts zu thun hatten. (Heiterkeit.) Nur Thiele und Gradnauer sprachen zur Sache; die Anderen aber behandelten eine Frage, die außerordentlich wichtig ist, die wir erörtern müssen, die aber dazu erst vorbereitet werden muß. Der Parteitag hat es ganz mit recht abgelehnt, die Frage der Taktik noch in letzter Stunde auf die Tagesordnung zu setzen; es wäre dabei heute nichts herausgekommen. Ich werde also zu keiner der hier geäußerten Fragen Stellung nehmen. Nur einige kurze Bemerkungen. Die Frage, betreffend die Aeußerung des Genossen Heine in seiner ersten Rede, ist für mich insofern abgethan, als ich als Mitglied der Fraktion auskömmlichste Gelegenheit hatte, in der Sitzung, in der Heine auf unsere Einladung erschienen war, meine abweichende Meinung auszusprechen. Die Fraktion hat auch, wie allbekannt, in dieser Frage eine Erklärung gefaßt und damit ist die Sache erledigt. Für mich könnte ein Disput mit Heine erst dann wieder entstehen, wenn er Anschauungen entwickeln oder Handlungen begehen sollte, die mit meiner Auffassung unverträglich sind. Das ist zwischen jener Rede und heute nicht geschehen. Aus denselben oder ähnlichen Gründen bin ich auch nicht in der Lage, mich irgendwie über die Haltung des „Vorwärts" zu äußern. Als Mitglied des Partei-Vorstandes habe ich häufig Gelegenheit genommen, mich mit der Redaktion auszusprechen, auch für meine Person. Es wäre geradezu eine Taktlosigkeit, wenn ich unter solchen Verhältnissen mich hier weiter auf eine Diskussion über diese Frage einlassen wollte. Was nun aber die Polemik gegen die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" anlangt, so will ich dem hier anwesenden früheren Leiter dieses Blattes ganz offen erklären, daß ich sehr oft mich über seine Opposition und Kritik der Parteipresse und auch der Parteileitung gefreut habe, aber daß ich es auch ebenso mit aller Entschiedenheit verurtheilen muß, daß er in der Mehrzahl der Fälle bei dieser Kritik sich eines Tones und einer Ausdrucksweise bedient hat, die es dem angegriffenen Theil unmöglich machte, sich in eine ruhige Erörterung einzulassen. (Sehr wahr!) Angesichts der Situation, in der wir uns befinden, angesichts der Erklärung Bernstein's, angesichts der Thatsache, daß diese Anschauungen Bernstein's in einem gewissen Theile der Partei ein Echo gefunden haben, und der Nothwendigkeit, sich mit ihr zu beschäftigen, kann auch ich nur mit dem Wunsche schließen: Diskutiren wir nach allen Richtungen, aber diskutiren wir objektiv und vergessen wir nicht, daß wir als Parteigenossen zu Parteigenossen sprechen. (Lebhafter Beifall.)

Kautsky: Es ist gegen verschiedene Redner der Vorwurf erhoben worden, daß sie garnichts Neues zur Sache gebracht, den Kongreß sehr enttäuscht hätten. Ich fürchte, daß dieser Vorwurf auch mich treffen wird, wenn man von mir erwartet, daß ich etwas besonderes Neues sagen werde. Ich halte das nach den großen Debatten, die wir bereits gehabt haben, für ganz unmöglich; alle entscheidenden Gesichtspunkte sind bereits vorgebracht. Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn nicht meine Amtsführung angegriffen worden wäre und mein Stillschweigen in Folge dessen mißdeutet werden könnte. Es handelt sich um die Bernstein'schen Artikel. Ich habe es mit Vergnügen bemerkt, daß Niemand mir einen Vorwurf aus der Veröffentlichung der Artikel gemacht hat. Von allen Seiten ist anerkannt worden, daß diese Artikel sehr wichtige Probleme behandeln, sehr wichtige Gesichtspunkte in die Diskussion werfen, die für die Entwickelung unseres geistigen Lebens nützlich und nothwendig sind. Nur hat man der Redaktion der „Neuen Zeit" den Vorwurf gemacht, daß sie diese Artikel ohne Erwiderung gebracht habe. Das wäre unbedingt nothwendig gewesen; denn so nützlich diese Artikel als Objekt für die Diskussion sind, so verderblich müßten sie sein, wenn sie ohne Widerspruch blieben, wenn sie gar in Zukunft für die Taktik der Partei maßgebend würden. Ich kann nun sagen, daß Niemand mehr verwundert ist, daß sich aus diesen Artikeln in der „Neuen

Zeit“ keine Diskussion entwickelt hat, als ich selbst. Ich habe erwartet, daß alle Diejenigen, die gegen Bernstein losgegangen sind, es in der „Neuen Zeit“ thun würden. Die „Neue Zeit“ ist das Diskussionsorgan der Partei. Ich hatte erwartet, daß vor Allem auch die Genossin Luxemburg in der „Neuen Zeit“ Bernstein angreifen würde. Das ist nicht geschehen. In Folge dessen ging viel Zeit verloren; weitere Zeit ging dadurch verloren, daß andere Leute mir Artikel gegen Bernstein versprochen, aber nicht gegeben haben. Inzwischen ist ein Artikel von Plechanow erschienen, weitere werden folgen. Ich bin nicht selbstbewußt genug zu glauben, daß es darauf angekommen wäre, daß ich unmittelbar, nachdem Bernstein gesprochen, dazu Stellung genommen hätte. Ich glaube, die Partei hat nichts daran verloren, daß ich es nicht gethan habe. Nun hat man aber dieses mein Schweigen als Zustimmung oder, wie Parvus sagte, als Rathlosigkeit aufgefaßt. Nun, dem Vorwurf der Rathlosigkeit brauche ich nicht entgegenzutreten; aber der Ansicht, daß ich deshalb nicht geantwortet habe, weil die Redaktion der „Neuen Zeit“ vollständig auf dem Standpunkte Bernstein's stehe, möchte ich entgegentreten.

Ich ergreife sehr ungern das Wort, denn ich muß mich auseinandersetzen mit einem Manne, mit dem ich mich 18 Jahre lang in innigster Kampfgenossenschaft befinde, mit einem Mann, der in der schwersten Zeit der Partei an vorderster Stelle im Kampfe stand, der deswegen im Exile weilt, der nicht die Möglichkeit hat, seinen Standpunkt hier zu vertreten. Aber wo es gilt, Zweideutigkeiten zu beseitigen, können wir natürlich deswegen nicht Rücksichten nehmen. Ich werde mich nur bemühen, jedes verletzende Wort zu vermeiden und die unnöthige Schärfe der Diskussion nicht weiterzuführen.

Sie haben durch den Mund Bebel's die Erklärung Bernstein's gehört. Ich glaube, der gesammte Parteitag wird sich vor Allem verwundert haben darüber, daß Bernstein es für nöthig hält, eine Reihe von Punkten zu betonen als besonders nothwendig, worüber gar keine Meinungsverschiedenheit besteht. Wenn er uns auseinandersetzt, daß der gesetzliche Weg für uns im gegebenen Moment vortheilhaft ist, daß die Gesetzlichkeit nicht uns tödtet, sondern unsere Gegner, daß wir die Aufgabe der Reformen haben, demokratischer und ökonomischer, die Aufgabe, das Proletariat zu organisiren, so muß Jeder fragen: wie kommt Bernstein dazu, das zu sagen? Giebt es irgend einen Menschen in der Partei, der nicht auf dem Standpunkte steht? Hier tritt deutlich zu Tage, daß Bernstein die Fühlung mit der Partei verloren hat. (Zustimmung.) Ich muß das leider sagen: Bernstein hat sich aus einzelnen Wendungen in der Presse, in verschiedenen Reden ein ganz falsches Bild von der Partei gemacht. Er glaubt, daß wir Blanquisten sind, die auf einen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht spekuliren rc. Ich glaube, es giebt keinen Parteigenossen, der daran denkt.

Ferner setzt uns Bernstein auseinander, daß die Entwickelung nicht so schnell vor sich geht, wie Manche es wohl annehmen. Auch dieser Punkt, glaube ich, braucht nicht im Gegensatz zu Bernstein betont zu werden. Die Voraussetzung des Tempos der ökonomischen Entwickelung ist Sache des Temperaments.

Ich gehöre nicht zu Denjenigen, die alle Differenzen leugnen; im Gegentheil, es liegen sehr große Differenzen vor, Differenzen taktischer und theoretischer Natur, die immer vorgelegen haben, seit die Partei besteht, und die sich sicherlich noch vertiefen werden, je größer die Partei wird, je mehr sie eine politische Macht wird; aber gerade die Frage des Tempos ist eine Frage des Gefühls, des Temperaments. Aber Bernstein geht darüber hinaus. Er sucht die Langsamkeit der Entwickelung mit Argumenten zu begründen, denen ich durchaus nicht beistimmen kann. Er setzt uns auseinander, daß die Zahl der Besitzenden, der Kapitalisten wächst, daß also die Grundlagen falsch sind, auf denen wir unsere

Ansichten aufgebaut haben. Ja, wenn das richtig wäre, dann wäre der Zeitpunkt unseres Sieges nicht nur sehr weit hinausgeschoben, sondern dann kämen wir überhaupt nicht ans Ziel. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Kapitalisten zunehmen und nicht die Besitzlosen, dann entfernen wir uns immer mehr vom Ziel, je mehr die Entwickelung vor sich geht, dann festigt sich der Kapitalismus, nicht der Sozialismus, dann kommen wir überhaupt nicht ans Ziel. (Lebhafter Beifall.) Aber gerade darauf will ich heute nicht eingehen, denn dann müßte ich gegen Bernstein polemisiren und das möchte ich soviel wie möglich vermeiden, da, wo es nicht nothwendig ist. Ich müßte auf die Berufs- und Einkommensstatistiken und dergleichen eingehen, und dazu ist der Parteitag nicht der Ort. Aber soviel ist sicher, daß das Wort von Marx noch heute wahr ist: Zunahme des Kapitals bedeutet auch Zunahme des Proletariats.

Weiter sagt Bernstein, daß die zukünftige Geschichte sich nicht mehr in Katastrophen entwickeln wird, daß die Zeit der Katastrophen vorüber sei. Er hat auf verschiedene Aeußerungen von Engels hingewiesen, die das beweisen sollen. Ich kann ihm darin nicht beipflichten. Ich habe jetzt nicht alle Zitate von Engels so genau im Gedächtniß, daß ich sagen könnte, in welchem Zusammenhange sie gefallen sind; aber ich weiß mich keiner Aeußerung von Engels zu erinnern, die besagen würde, daß Katastrophen künftighin ausgeschlossen seien.

Ich habe nicht die Absicht, Sie mit einer Katastrophentheorie zu langweilen. Ich möchte nur denjenigen Theil der Bernstein'schen Krisentheorie hier behandeln, der auch hier in der Versammlung Widerhall gefunden hat, nämlich die Fragen politischer Krisen und Katastrophen. Bernstein ist der Ansicht, daß die Entwickelung sich von jetzt an friedlich, allerdings nicht ohne Kämpfe, aber doch ohne große Katastrophen vollziehen kann. Das Proletariat gewinnt immer mehr politische Rechte, immer mehr ökonomische Macht durch die Gewerkschaftsbewegung, durch Einfluß in der Verwaltung der Gemeinden, die Bildung von Kooperativgenossenschaften u. s. w.; so werde die sozialistische Produktionsweise allmälig die kapitalistische überwuchern, bis diese eines Tages in der sozialistischen Gesellschaft aufgeht. Diese Ansicht ist als thöricht hingestellt worden. Nein, diese Ansicht von Bernstein beruht auf sehr triftigen Thatsachen. Sie hat nur den einen Fehler, und unser Unglück ist es, daß diese Thatsachen nicht in Deutschland zu finden sind, sondern in England. (Sehr wahr!) Nun wird man sagen: Ja, ganz richtig; England ist ja aber das klassische Land der kapitalistischen Produktionsweise, England zeigt uns unsere eigene Zukunft. Der Ansicht bin ich nicht. England ist allerdings das klassische Land des Kapitalismus, aber England ist ein ganz ausnahmsweises Land in Bezug auf seine politische Stellung, in Bezug auf seine Entwickelungsgesetze in politischer Beziehung, in Bezug auf seine politischen Tendenzen. In England sehen wir die Verhältnisse anders wie in der ganzen Welt. Dank seiner Geschichte, dank seiner insularen Lage sehen wir dort einen großen Staat ohne Armee, ohne Bureaukratie, ohne Bauernstand, eine ganz minimale Landwirthschaft — die landwirthschaftliche Bevölkerung beträgt nur 10 pCt. der Gesammtbevölkerung. Wir sehen in England, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit viel geringer ist als anderswo trotz der ökonomischen Fortschritte, daß das englische Kapital bereits viel zu groß geworden ist, um in der englischen Industrie allein Unterkunft zu finden. Das englische Kapital ist angelegt in der ganzen Welt; der Theil des in der englischen Industrie angelegten Kapitals wird relativ immer geringer und der Theil der Bourgeoisie, der direkt an der Ausbeutung der englischen Arbeiter interessirt ist, dadurch auch immer geringer. Die Menschen sind aber von Natur zum Mitleid veranlagt, und das spricht immer mit, wo nicht eigene Interessen entgegenstehen. Und so sehen wir, daß die Bourgeoisie in England Arbeiterstreiks unterstützt, wo kapitalistische Gesellschaften die Gewerkschaften vernichten wollen. Der

Philanthropismus ist in England eine Macht, wie nirgends sonst. Dort ist es in Folge dessen möglich, daß die Arbeiter auf friedlichem Wege ohne eine Katastrophe allmälig zur Macht gelangen. Das hat bereits Marx vor mehr als zwanzig Jahren gesagt, indem er schrieb, daß England dasjenige Land sei, in welchem ein friedlicher Uebergang von Kapitalismus zum Sozialismus möglich sei. Möglich! Denn Katastrophen sind nicht ausgeschlossen. Wie die englische Bourgeoisie sich stellen wird, wenn die Arbeiter von ihrer politischen Macht Gebrauch machen, was sie bis jetzt nicht thun, ob die heutigen Bourgeois dann nicht gegen das sozialistische Proletariat rebelliren, das können wir jetzt noch nicht wissen. Solche Zustände wie in England finden Sie sonst nirgends in der ganzen Welt, auch in Amerika, das mit England sonst so viel gemeinsam hat, finden Sie ganz andere Zustände. Nirgends ist die Neigung zu gewaltigen Katastrophen so groß, so naheliegend, wie in Amerika, und schon Amerika allein würde die Bernstein'sche Theorie über den Haufen werfen. Aber auch bei uns in Europa steht es nicht anders. Ueberall Militarismus in höchster Ausgestaltung, überall eine Bureaukratie, die absolutistisch herrscht, nicht nur in den monarchischen Staaten, sondern auch in Frankreich. Wir haben ferner auf dem Kontinent von Europa einen maßgebenden Einfluß des Großgrundbesitzes, die Bourgeoisie beugt sich unter die Säbelherrschaft, sie hat aufgehört, eine demokratische Macht zu sein. Hier bei uns giebt es nur eine demokratische Macht, das ist das Proletariat. Wir können die demokratischen Reste aus der Jugendzeit der Bourgeoisie vielleicht noch benutzen, aber daß diese die Möglichkeit hätte, neue demokratische Rechte zu erobern, das ist ausgeschlossen, das ist nur möglich durch das Proletariat selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Bernstein meint, daß wir erst die Demokratie haben müssen, um dann Schritt für Schritt das Proletariat zum Siege zu führen, so sage ich, die Sache steht bei uns umgekehrt, der Sieg der Demokratie bei uns wird bedingt durch den Sieg des Proletariats. (Lebhafter Beifall.) Wir können zur wahren Demokratie garnicht gelangen ohne das Proletariat. Ich gebe zu, daß das eine sehr schwierige Aufgabe für uns ist, das Proletariat kann sich nicht leicht entwickeln ohne Demokratie. Ich gebe zu, daß der Weg, den das englische Proletariat geht, besser ist, weniger Opfer erfordert, und daß wir wünschen müssen, denselben Weg gehen zu können; aber der Gang der Geschichte wird nicht von frommen Wünschen bestimmt, sondern von Thatsachen, und diese sagen uns, daß der Weg Englands für uns ungangbar ist, daß der Sieg der Demokratie nur durch den Sieg des Proletariats erfolgen kann.

Glaubt aber einer, daß dieser Sieg möglich ist ohne Katastrophe? Ich wünsche es, aber ich glaube es nicht. (Zustimmung.) Die Demokratie und auch das Proletariat wird immer mehr in die Defensive gedrängt, der Liberalismus hat abgedankt. Statt daß die bürgerliche Demokratie vorwärts geht, geht sie zurück, und wir stehen unter dem Zeichen des Vordringens der Reaktion. Es ist ein gordischer Knoten, der sich da immer mehr verwickelt, und daß dieser auf einem anderen Wege gelöst werden kann, wie jener alte, glaube ich nicht. Wir sehen allüberall in Europa große Katastrophen sich vorbereiten. Steht nicht Oesterreich vor einer Katastrophe? Steht nicht Italien vor einer blutigen Katastrophe, nicht Spanien? Schickt sich Frankreich nicht an zu einem schweren Kampf zwischen der bürgerlichen Freiheit und dem Militarismus und Pfaffenthum? Und wovon redet man in Deutschland? Redet man etwa von Erweiterung der Rechte des Volkes, von Erweiterung des Koalitionsrechtes? Nein, man redet von Staatsstreich, von Abschaffung des Wahlrechts, vom Zuchthaus. Das sind die Aussichten, die uns offen sind, und bei diesen Aussichten ist der Weg, den Bernstein vorschlägt, undenkbar. (Lebhafter Beifall.) Wäre Bernstein in unserer Mitte, er wäre der Erste, der diesen Weg verurtheilen würde; das ist meine feste Ueberzeugung.

Uns stehen schwere Kämpfe bevor, und was wir für diese Kämpfe vor Allem brauchen, ist der Glaube an uns selbst, ist die Siegeszuversicht. (Stürmischer Beifall.) Nicht die Siegeszuversicht, die uns vielleicht dazu führt, den Gegner zu unterschätzen, den Gegner leichtfertigerweise zu provoziren oder die Hände in den Schooß zu legen; nein, wir müssen gefaßt sein auf schwere Opfer, und diese Zuversicht kann nur darin bestehen, daß wir sagen: wie schwer die Opfer auch sein mögen, und wenn wir auch eine augenblickliche Niederlage erleiden, zum Schluß muß der Sieg doch unser sein. (Stürmischer Beifall.) Man hat Bernstein vorgeworfen, daß seine Artikel unsere Siegeszuversicht verringern, dem kämpfenden Proletariat in die Arme fallen. Dieser Ansicht bin ich nicht. Wäre ich es, dann wäre es allerdings eine Pflichtverletzung gewesen, wenn ich als Redakteur eines sozialistischen Blattes die Artikel Bernstein's aufgenommen hätte. Aber so ist es nicht. Unser Glaube an uns selbst darf nicht ein Köhlerglauben sein, er darf nicht auf überlieferten Anschauungen beruhen, die man unbesehen hinnimmt und die jetzt vielleicht nicht mehr standhalten können; unser Glaube an uns selbst muß auf immer neuer Prüfung beruhen. Wenn die Artikel von Bernstein wirklich den Einen oder Anderen in seiner sozialistischen Ueberzeugung wankend gemacht haben sollten, dann wäre es nur ein Beweis, daß es um solche Leute nicht sehr schade ist (sehr gut!), daß ihre Ueberzeugung nicht sehr tief gewurzelt hatte, und daß sie die erste Gelegenheit benutzten, um uns den Rücken zu kehren, und dann können wir froh sein, daß es jetzt schon geschieht, statt bei einer Katastrophe, wo wir jeden Mann brauchen. (Lebhafter Beifall.) Nein, Bernstein, hat uns nicht entmuthigt, sondern uns nur zum Nachdenken veranlaßt (Beifall), dafür wollen wir ihm dankbar sein. Aber wir wollen nicht kämpfen auf der Bahn, die er uns vorschlägt, wir wollen kämpfen auf der Bahn, die uns die Verhältnisse vorschreiben, und dann werden wir siegen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Heine-Berlin: Sehr zu meinem Bedauern bin ich hier wieder in die Debatte über die Presse verwickelt worden, die mich eigentlich nichts angeht. Frau Zetkin und Frl. Luxemburg haben doch ihre heute früh durch den Debatteschluß abgeschnittenen Reden nicht hinunterwürgen können, sondern sie mir jetzt noch versetzt. (Heiterkeit.) Ich gedenke nun nicht zu wiederholen, was ich heute früh gesagt habe, sondern will blos feststellen, daß die Genossinnen die falschen Behauptungen über meine Aeußerungen wieder aufgestellt haben. Ich begnüge mich, dies zu erklären, damit es nicht heißt, ich gäbe etwas zu. Was ich gesagt habe, ist bekannt und ich nehme nichts davon zurück. Ich weiß, daß es nur zwei Möglichkeiten giebt, die Macht des Proletariats zu begründen. Entweder man setzt den herrschenden Klassen die Pistole des Bewilligungsrechts im Parlament auf die Brust oder — die wirkliche Pistole. Daß wir auf den zweiten Weg verzichten müssen, hat noch der alte Engels kurz vor seinem Tode auseinandergesetzt. Ihm stimme ich bei. Bleibt also nur der andere Weg. Nennt ihn Schacherpolitik oder wie Ihr wollt, aber verlangt nicht, daß ich ihn wegwerfe, ehe Ihr einen dritten gezeigt habt. So lange die Richtung der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" keinen anderen Weg nennt, aber gegen den von mir empfohlenen protestirt, so lange muß sie sich gefallen lassen, daß Vollmar ihr Blanquismus vorwirft. Gepredigt hat Frl. Luxemburg zwar die Gewalt nicht, aber die Logik läßt ihr keine andere Möglichkeit übrig.

Auf die Kautsky'sche Rede kann ich nicht eingehen, weil ich nicht genügend vorbereitet bin; nur das eine will ich sagen: ich habe aus den Artikeln Bernstein's nicht entnommen, daß er eine neue Taktik, die im Widerspruch mit der bisherigen stände, empföhle. Vieles, was Kautsky über den Unterschied zwischen englischen und deutschen Verhältnissen gesagt hat, ist gewiß richtig, aber ich ziehe daraus nur den einen Schluß: wenn bei uns die bürgerliche Demokratie schwach ist

und wir genöthigt sind, direkt eine proletarische Demokratie zu schaffen, so sind wir doppelt verpflichtet jedes, auch das unscheinbarste Mittel zur Erringung der Macht für die Arbeiterklasse anzuwenden. (Beifall.) Wenn einmal das Parlament in die Lage käme, den herrschenden Klassen wirksam die Pistole des Bewilligungsrechts auf die Brust zu setzen, so wäre es Verrath, wenn man dies unterließe, doktrinären Erwägungen zuliebe.

Haberland-Barmen: Die „Neue Zeit" hat verschiedentlich wichtige taktische Fragen angeschnitten, aber die Diskussion nicht zu Ende geführt. Die Redaktion sollte die Genossen auffordern, ihre Meinung zu äußern, damit ein wirklicher Abschluß erzielt wird.

Ein Schlußantrag, den Hoffmann-Bielefeld bekämpft, wird abgelehnt.

Schmidt-Essen führt Beschwerde über Lütgenau wegen seines Verhaltens bei Aufnahme von Berichten in die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung". Die Kontrolleure haben sich in Schweigen gehüllt.

Frau **Zetkin**: Die Milderungsgründe, die Genosse Frohme für mein Eingreifen in die Debatte angeführt hat, weise ich zurück. Ich beanspruche aber die gleiche Anerkennung, die man meiner ehrlichen Ueberzeugung hat zu Theil werden lassen, auch für alle anderen Personen, die mit in die Debatte von einem anderen Standpunkte aus eingegriffen haben, als Heine, Frohme u. s. w. Ich gehöre zu Denen, die die Art der Polemik der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" bezüglich der Form des Angriffs und der Verquickung mit persönlichen Momenten gemißbilligt haben. Aber diejenigen unserer Parteiorgane, vor Allem der „Vorwärts", die von den Ausführungen der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" immer nur das Persönliche, immer das Taktlose, das Ungeschickte aufgegriffen und den eigentlichen sachlichen Kern ganz außer Acht gelassen haben, stellten sich meiner Ansicht nach auf ein noch niedrigeres Niveau der Diskussion und haben durch diese Art und Weise der Polemik die Auseinandersetzungen in der Partei nicht gefördert. Genosse Gradnauer hat den Vorwurf gegen mich erhoben, daß ich als Mitglied der Parteileitung mich einer Unterlassungssünde schuldig gemacht habe, weil ich die Mängel des „Vorwärts" nicht beanstandete. Nun, meine Mitkontrolleure wissen, daß unsere Thätigkeit in der Hauptsache der Kontrolle der geschäftlichen Angelegenheiten gewidmet war. Wir haben uns zweimal mit dem „Vorwärts" beschäftigt und da habe ich — davon kann Genosse Gradnauer überzeugt sein — in der Diskussion aus meinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Nur habe ich damals den jetzt als irrig erkannten Standpunkt vertreten, daß Genosse Liebknecht, um mich eines populären Ausdrucks zu bedienen, das Karnickel war, das angefangen hat, und daß seine redaktionelle Thätigkeit ganz allein an den Mängeln des Blattes Schuld sei, eine Ueberzeugung, die ich gegenwärtig nicht mehr habe. Aber auf Gradnauer scheint, seitdem er in der Redaktion des „Vorwärts" ist, der Mantel des Elias gefallen zu sein. Er hat mir überhaupt das Recht, am „Vorwärts" Kritik zu üben, abgesprochen mit Rücksicht auf die Mängel der „Gleichheit". Ich meine, daß man ein vierzehntägig und ein täglich erscheinendes Blatt, ein Organ für die Frauen und das Zentralorgan der Partei mit verschiedenem Maßstabe messen muß. Der Ansicht bin ich niemals gewesen, daß die „Gleichheit" eine große Arbeiterinnenbewegung hervorrufen könne, denn das ist Sache der Agitation und der Organisation. Eine Zeitung wie die „Gleichheit" kann keine Bewegung ins Leben rufen, sie kann nur eins thun, sie kann innerhalb der Bewegung schulend und fördernd wirken, und das hat die „Gleichheit" gethan. Die „Gleichheit" hat als Hauptziel verfolgt, die Genossinnen, die im Vordertreffen des Kampfes stehen, prinzipiell klar auf den Boden der Sozialdemokratie zu stellen und sie nicht von der bürgerlichen Frauenrechtlerei durchseuchen zu lassen und diese Aufgabe hat die „Gleichheit" erfüllt. Außerdem: wenn die „Gleichheit" das allermiserabelste Blatt der Partei wäre, so könnte man mir in der Folge doch

weder die Fähigkeit noch das Recht absprechen, Kritik zu üben an der Beschaffenheit des „Vorwärts". (Heiterkeit.) Es ist der Standpunkt des Zünftlerthums, daß Jemand, der nicht malt, kein Recht hat, ein Urtheil über ein Bild abzugeben, daß Jemand, der nicht den Ring des Nibelungen komponiren kann, auch nicht das Recht hat, über Musik zu urtheilen. Mir sind die am „Vorwärts" herrschenden Schwierigkeiten sehr wohl bekannt, aber trotzdem habe ich die Ueberzeugung, daß der „Vorwärts" nicht leistet, was er leisten könnte. Er ist nicht das leitende geistige Blatt der Partei. Er hinkt vielfach mit seinem Urtheil, mit seiner Berichterstattung hinterdrein. Als Zentralorgan hat er die Pflicht, unparteiisch zu sein und zu allen Aeußerungen des Parteilebens ohne Voreingenommenheit Stellung zu nehmen, alle Meinungen zum Ausdruck kommen zu lassen. Aber er sollte nicht haltlos sein. Aber nicht nur der Inhalt des Zentralorgans läßt sehr viel zu wünschen übrig, auch der Ton. Abgesehen von dem, was Liebknecht schreibt und was, trotzdem Liebknecht ein Mann im Silberhaar ist, noch von der agitatorischen Kraft und Begeisterung des Jünglings durchglüht ist, muß man offen sagen, daß der „Vorwärts" nicht agitatorisch wirkt. Vielmehr ist er in seinem politischen Theil, soweit nicht Liebknecht's Mitarbeit in Betracht kommt, die konzentrirte Langeweile. (Heiterkeit.) Es ist eine schwere Aufgabe, sich durch den „Vorwärts" durchlesen zu müssen. Diese Meinung theilen Viele, wenn sie sie auch nicht offen aussprechen.

Was die weiteren Ausführungen betreffs der Haltung der Presse zur Taktik betrifft so hieße es, geflickte Schienen nach Bochum tragen (Heiterkeit), wenn ich darauf noch eingehen wollte, nachdem Kautsky in so meisterhafter Weise sich sowohl mit der Bernsteiniade wie mit der Heinerei auseinandergesetzt hat. Wir sind nicht hierher gekommen, um Veteranen zu belehren, sondern um der Katze die Schelle anzuhängen. (Heiterkeit.) Wir wollten, daß die Fragen, um deren Erörterung man sich bis jetzt herumgedrückt hat, offen diskutirt werden, es sollte zum Ausdruck gelangen, daß die Mehrzahl der Delegirten, die Masse der Parteigenossen nichts wissen will von einer Taktik, die da fordert, wir wollen die nöthigen sozialen Reformen, das tägliche Brot im Klassenkampf erringen auf dem Wege des „Ich gebe, damit Du giebst". Nein, wir wollen die nothwendigen Reformen in der heutigen Gesellschaft durchsetzen als proletarische, revolutionäre Kampfespartei, in stetem Kampfe gegen die Regierung, gegen den kapitalistischen Staat, der bisher noch nie der Arbeiterklasse die offene Hand, sondern stets nur die gepanzerte Faust entgegengestreckt hat. (Beifall.)

Liebknecht: Genossinnen und Genossen! Ich werde mich hier nicht gegen das wenden, was meine Freundin Zetkin in Bezug auf die Art und Methode der Agitation gesagt hat; ich stehe da im Wesentlichen auf demselben Boden wie sie. Aber auf einige andere Bemerkungen von ihr muß ich mit einigen Worten eingehen. Wenn sie meint, daß in der „Gleichheit" leichter Fehler vorkommen können oder dürfen, als im „Vorwärts", weil die „Gleichheit" nur alle vierzehn Tage erscheint, der „Vorwärts" aber täglich, so ist das ein recht mangelhaftes Argument. Der „Vorwärts" muß als Tageblatt eilig, ohne Zeit zu langem Ueberlegen, in der Hitze des Gefechts hergestellt werden. Da kommen leicht Fehler vor. Und ich bestreite nicht, daß der „Vorwärts" manche Fehler begangen hat und auch manche Fehler hat. Ich verlange aber, daß dabei berücksichtigt wird, was ich schon in Gotha gesagt habe. Dort wurde der Vorwurf erhoben, daß der „Vorwärts" bei Streitfragen keine leitende Rolle spiele. Ich sagte schon damals, das kann er nicht, er muß als Zentralorgan den Strömungen folgen, er muß sich hüten, bei streitigen Fragen in einseitiger Weise Stellung zu nehmen. Der „Vorwärts" ist ein Doppelorgan: Zentralorgan und Lokalorgan zugleich. Das sind zwei nicht gut mit einander vereinbare Eigenschaften. Wäre er nur Lokalorgan, dann konnte er in ähnlicher Weise wie das „Hamburger Echo", die „Leipziger

Volks-Zeitung", „Sächsische Arbeiter-Zeitung" sein. Er hätte selbstverständlich eine von den Genossen eingesetzte einheitliche Redaktion und könnte zu jeder Frage sofort Stellung nehmen. Der „Vorwärts" hat den verschiedenen Strömungen Rechnung zu tragen und Fühlung zu suchen mit dem Vorstande. Ich stehe als Chefredakteur darin, ernannt von der Partei. Die übrigen Redakteure ernennt der Vorstand. Das ist ein Dualismus. Es sind in der Redaktion verschiedene Meinungen vertreten, wie in der Gesammtpartei. Da ist es oft schwer, einen Ausgleich zu finden. Ich kann sagen, in den neun Jahren, seit ich Chefredakteur des „Vorwärts" bin, habe ich mehr Friktionen und Aerger gehabt, als in meinem ganzen früheren politischen Leben. Es liegt das nicht an den Personen, sondern an der unglücklichen Doppelnatur des „Vorwärts" und den daraus sich ergebenden Verhältnissen, die auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sind. Es hat insbesondere Unzuträglichkeiten gegeben jetzt bei der Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. Die Berliner Genossen sind in ihrer ungeheueren Mehrheit gegen die Betheiligung. Das ist im „Vorwärts" nicht genügend zum Ausdruck gekommen. Darüber ist eine bedeutende Unzufriedenheit entstanden, und der Gedanke, die Funktionen des Zentralorgans von denen des Lokalorgans zu trennen, ist dadurch gestärkt worden. Ehe dies Verhältniß in gründlicher Weise geregelt ist, mögen Veränderungen in der Zusammensetzung der Redaktion vorgenommen werden, soviel sie wollen, es wird nie Alles so glatt gehen, wie bei einem reinen Lokalblatt. Nur da ist Einheitlichkeit möglich. Im „Vorwärts" wäre die Einheitlichkeit nur möglich, wenn ich das Recht hätte, alle meine Mitredakteure und überhaupt alle Mitarbeiter zu ernennen oder wenn in der Partei in allen taktischen Fragen Einheitlichkeit bestände. Diese haben wir aber nicht. Es wird Sache späterer Parteitage sein, in Bezug auf den „Vorwärts" gründlich zu ändern.

Nun zur Debatte über die Taktik. Frau Zetkin meinte, von ihr sei der Katze die Schelle umgehangen worden. Darin täuscht sie sich. Die Art, wie gestern die Debatte geführt wurde, war eher geeignet, eine ihren Wünschen entgegengesetzte Stimmung zu erzeugen. Als aber Kautsky auf dem Boden des Prinzips und zur Höhe der Theorie und der Wissenschaft sich erhebend, in der Sache dieselben Darlegungen brachte, gab ihm der ganze Parteitag jubelnd seine Zustimmung. Kautsky hat die Debatte über die Taktik erst auf die ihr gebührende prinzipielle Höhe geführt. Gegen den guten Ton ist hüben und drüben gesündigt worden. Erbitterte und gereizte Kritik wurde geübt und heftige Antworten hat sie gefunden. Mit Parvus war ich sachlich meistens einverstanden, nicht aber mit dem unangenehmen, schulmeisterlichen, nicht parteigenössischen Ton, mit dem er die Dinge von oben herab behandelt. In anderer Form wäre eine gedeihliche Debatte mit ihm möglich gewesen. Es ist von Ketzerrichterei gesprochen worden. Nicht der Parteitag hat Ketzerrichterei geübt — er war blos empört, daß man gegen die Partei Ketzerrichterei treiben wollte, und hat hiergegen reagirt. Es wäre aber thöricht, zu bestreiten, daß Grund zu scharfer Kritik vorhanden ist. Ich bedauere deshalb, daß die Frage der Taktik nicht als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Das hätte eine einheitliche Debatte gegeben. (Zustimmung.) So kam man vom Hundertsten ins Tausendste, allein eine Debatte über die Taktik haben wir doch bekommen. Wo Interesse, wo Bedürfniß vorhanden ist, da läßt es sich nicht unterdrücken, da bricht es hervor. Daß wir, trotz abweichender Meinungen, im Wesen zu einer Einigung gelangt sind, schließe ich aus dem einstimmigen Beifall, der der Rede Kautsky's folgte. Wären Bernstein's Ausführungen richtig, dann könnten wir unser Programm und unsere ganze Vergangenheit, die ganze Sozialdemokratie begraben lassen, dann würden wir aufhören, eine proletarische Partei zu sein. Für Bernstein ist

der Aufenthalt in England verderblich geworden. Ein Geist wie Marx mußte in dem ökonomisch vor allen anderen Ländern klassisch entwickelten England sein, um dort die Natur der kapitalistischen Gesellschaft zu studiren und sein „Kapital" zu schreiben; Bernstein aber läßt sich imponiren von der kolossalen und zu gleicher Zeit demokratischen Entwickelung der englischen Bourgeoisie. Der Unterschied zwischen den Verhältnissen hier und in England besteht darin, daß England seit dritthalb Jahrhunderten das Mittelalter beseitigt hat, während wir hier noch mit mittelalterlichem Plunder kämpfen müssen. Deutschland hat nicht den Vorzug politischer Reformen durch das Bürgerthum und kontinuirlicher Entwickelung, bei uns herrscht der Zickzackkurs, das Bürgerthum ist nie zur Herrschaft gelangt und das Proletariat ist noch nicht stark genug, die Herrschaft zu erlangen. Das deutsche Bürgerthum hat politisch abgedankt und das Junkerthum, die Prätorianer des Kapitals, sind bereit, jeden Augenblick die Dinge zu einer Katastrophe zu treiben. Thöricht ist es, unter solchen Umständen zu glauben, es sei keine Katastrophe zu erwarten. Blicken Sie nach Italien! Nach den blutigen Metzeleien und den Blutgerichten dort! Blicken Sie nach Ungarn und Frankreich! Und Deutschland — wer will behaupten, daß angesichts der Zuchthaus-Vorlage eine friedliche Entwickelung bei uns gesichert sei? Wer will da sagen, daß die Zeit politischer Katastrophen, gewaltsamer Kämpfe vorüber ist? Wir wollen sie nicht, wahrhaftig nicht, aber der Geist, der Bismarck bis in den Tod beseelte, der ihn nichts sehnlicher wünschen ließ, als das Proletariat auf die Barrikaden zu locken und zu hetzen, er herrscht heute noch. Katastrophen werden von uns zu vermeiden gesucht, aber von unseren Feinden vorbereitet. (Beifall.) Da gilt es, in Bezug auf Taktik und Prinzip festzustehen. Ein Hinübergleiten in falsche, in andere als die alterprobten Bahnen muß vermieden werden. Da ist nun die Heine'sche Angelegenheit. Ich will sie nur streifen; ich habe die Aeußerungen Heine's nicht gehört, indeß wie sie auch lauteten, es war die Ansicht eines Einzelnen und die sozialistische Fraktion hat alle solche Velleitäten alle Zeit aufs Schärfste verurtheilt. Wir haben von Anfang das gesammte Militärbudget verweigert und werden fortfahren, es zu thun. Aber andere bedenkliche Dinge liegen vor. Neigungen in staatssozialistischer Richtung sind aufgetaucht, Neigungen, in der Schutzzollpolitik dem Junkerthum Entgegenkommen zu zeigen, sind aufgetreten. Da sollten wir nur dankbar sein Denen, die heute die Alarmglocke hier geläutet haben. Die Theorie ist leicht, die Praxis schwer. In Bezug auf das Prinzip ist keine Meinungsverschiedenheit, nur in Bezug auf die Anwendung des Prinzips. Leicht kann auf praktischem Gebiet zu weit rechts oder links gegangen werden; um so nothwendiger ist es, um so mehr ist es unsere Pflicht, darauf zu achten, daß kein Seitensprung, keine Irrfahrt gemacht wird. Freilich gerade die Seite, die der Katze die Schelle umgehängt haben will, hat meines Erachtens selber eine viel ärgere Verirrung begangen. Parvus hat bei der Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen den Boden des Klassenkampfes verlassen und dazu gerathen, der preußischen Bourgeoisie zu ihrer Kräftigung die Hand hinzureichen. Das ist in meinen Augen eine viel größere und gefährlichere Verirrung, als das Heine'sche Kanonenwort.

Je mehr im Staat und in der kapitalistischen Gesellschaft die Gegensätze sich zuspitzen, desto mehr gilt es, einig und geschlossen zu sein. In dem Augenblick aber, wo wir die Grenzlinie zwischen uns und den bürgerlichen Parteien verwischen, wo wir die Genossen nicht mehr klar erkennen lassen: was ist proletarisch und sozialistisch, was bürgerlich-liberal oder bürgerlich-demokratisch, ist auch die Kraft unserer Partei verloren. In dem Boden des proletarischen Klassenkampfes liegt die Kraft unserer Partei; in dem Augenblick, wo wir ihn verlassen, ist es wie mit der elektrischen Kraft: ist der Strom unterbrochen, so schwindet die Kraft — wir stehen kraftlos da.

Wir hören auf die Sozialdemokratie zu sein, wenn wir aufhören, eine **proletarische** Partei, die Partei des **proletarischen Klassenkampfes** zu sein.

Es ist aus dem Munde Bernstein's das Wort gefallen: „Die Bewegung ist mir Alles, das Endziel Nichts". Das ist eine große Thorheit. Denn was ist eine Bewegung ohne Ziel? Ein planloses Umherirren. (Sehr wahr!) Die Genossin Luxemburg hat umgekehrt gesagt: „Das Endziel ist mir Alles, die Bewegung Nichts". Das ist ebenfalls falsch. Wie ist das Endziel ohne Bewegung zu erreichen? Nein: Bewegung **und** Endziel — Bewegung **zum** Endziel, das ist die richtige Lösung, und das Endziel ist die **Niederwerfung der kapitalistischen Gesellschaft**. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Ein **erneuter Schlußantrag** wird nunmehr **angenommen**.

Persönlich bemerkt

Parvus: In den acht Jahren meiner sogenannten persönlichen und gehässigen Diskussionen habe ich niemals einem Anderen unlautere Motive vorgeworfen. Ein Schelm giebt mehr als er kann, wir haben von Frohme nicht mehr erwartet. Weit näher geht mir aber, was Bebel und Liebknecht gegen mich gesagt haben. Denn sie habe ich mir zu Musterbildern meiner politischen Thätigkeit genommen. Ihr selbst, Liebknecht und Bebel, waret niemals so, wie Ihr mich haben wollt. Ihr waret ebenso persönlich wie ich.

Frohme: Was Parvus von mir erwartet hat, ist mir sehr gleichgiltig. Ich konstatire nur, daß seine Behauptung, er habe Niemandem unlautere Motive unterschoben, unwahr ist. Er hat das gethan (**Parvus:** Wo?) und zwar in einer Art und Weise, die die allgemeinste Entrüstung hervorgerufen hat. Er sprach von Leuten, die jeden Augenblick bereit seien, die Sache des Proletariats an die Regierung zu verkaufen (**Parvus:** Niemals!), wenn sie geneigt sei, Kompensationen zu gewähren. Wenn er da sagt, das sei keine Verdächtigung, dann ohrfeigt er sich moralisch selber.

Parvus: Einen Beweis hat Frohme nicht angeführt. Ich überlasse den Zuhörern, wo die moralische Ohrfeige ist.

Zum Punkt **Kassenbericht** liegen Wortmeldungen nicht vor.

Meister streift in seinem Schlußwort kurz die Essener Beschwerde. Die Kontrolleure haben den Beschwerdeführern schon geantwortet, die Antwort hat ihnen aber nicht gefallen. (Heiterkeit.)

Zum Geschäftsbericht des Vorstandes erhält **Gerisch** das Schlußwort. Die Essener Angelegenheit, die hier zur Sprache kam, ist ganz unwesentlich. Es handelt sich um die Aufnahme eines Berichts in der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung", den der Schriftführer einer Versammlung ungeschickt abgefaßt hatte. Was die Zuwendung für die „Fränkische Volkstribüne" betrifft, so liegen die Dinge so, daß das Würzburger Unternehmen mit 1000 Mk. nicht zu saniren war, wie Thiele behauptete; das ganze Unternehmen hing in der Luft, eine eigentliche Buchführung war nicht vorhanden. Redner bittet die Genossen dringend, mit der Neugründung von Blättern vorsichtig zu sein. Was die Verwendung der Essener Gelder betrifft, so hat die Kommission für die Verwaltung der Gelder sich mit 7 gegen 2 Stimmen auf folgende Resolution geeinigt:

„In Erwägung, daß die Unterstützung der Familien dank der Opferwilligkeit der Parteigenossen in angemessener Weise geschehen konnte;

ferner, daß den aus ihrer Strafhaft entlassenen Essener Verurtheilten ein Betrag zur Erholung ihrer Gesundheit bis zu 600 Mk. und zur Gründung einer bürgerlichen Existenz eine Summe bis zu 3000 Mk. zuerkannt wird; beschließt das Komitee den Ueberschuß des Unterstützungsfonds dem Partei-Vorstand zur Verwendung für ähnliche Opfer der heutigen Justiz zu überweisen. Das Komitee weiß, daß es mit diesem Beschluß den Intentionen der Geber gemäß gehandelt und dem Verlangen

der Einsender verschiedener Partei-Orte, daß eine Austheilung des ganzen Fonds unter die Verurtheilten nicht stattfinden soll — entsprochen hat."

Ich möchte dieser Resolution gegenüber erklären, daß der bisherige Vorstand an der Auffassung festhält, daß das Geld in erster Linie für die Essener Verurtheilten aufgehoben bleiben muß. Wir schlagen vor, das Geld als separaten Fonds zu verwalten und für Nothfälle den Verurtheilten zu reserviren. Nur unter ganz besonderen Umständen würden aus demselben andere Opfer der Justiz zu unterstützen sein. Ich will aber nicht verhehlen, daß einer der zunächst Betheiligten, der Genosse Schröder, Protest gegen unseren Vorschlag erhoben hat. Er hat seine Ansicht über die Vertheilung der Gelder in einem an den Vorsitzenden der Kommission, den Genossen Wunderlich in Bochum, gerichteten Briefe niedergelegt und gebeten, dem Parteitag von dem Inhalt des Briefes Kenntniß zu geben. Ich verzichte aus gewissen Gründen auf die Verlesung des Briefes, lege ihn aber beim Bureau nieder, wo Jeder, der sich dafür interessirt, ihn einsehen kann.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über den Vorschlag Gerisch bezüglich der Vertheilung der für die Essener Verurtheilten gesammelten Gelder.

Singer bemerkt, daß er einen Beschluß eigentlich nur deshalb provozirt, weil der Partei-Vorstand der moralischen Billigung der Gesammtpartei durch ihre Delegirten sicher sein wolle. Der Partei-Vorstand habe wiederholt erklärt, daß er gar kein Interesse daran habe, das Geld irgendwie anders zu vertheilen als zum Besten Derer, für die es gesammelt ist; ihm liege aber daran, zu hören, ob seine Auffassung von der Partei getheilt wird.

Die Anwesenden erklären sich mit dem Vorschlage des Partei-Vorstandes einverstanden.

Singer: Ich will hoffen, daß dieser Beschluß auch nach der anderen Seite hin des Eindrucks nicht entbehren wird.

Hierauf wird dem Vorstande einstimmig Decharge ertheilt.

Singer: Der nächste Punkt der Tagesordnung: der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, wird voraussichtlich zu einer umfangreichen Diskussion führen, und es ist nicht rathsam, dieselbe kurz abzubrechen. Da wir aber alle Ursache haben, mit der Zeit zu geizen, so schlage ich Ihnen vor, im Einverständniß mit dem Referenten, jetzt den Punkt: **Die Maifeier 1899** zu berathen.

Damit ist der Parteitag einverstanden.

Mit zur Debatte gestellt werden die beiden genügend unterstützten Anträge des 6. sächsischen Kreises (siehe Antrag 86):

1. Die Parteileitung wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß eine planmäßige Agitation für den Achtstundentag in Versammlungen, durch die Presse und Flugblätter betrieben wird.
2. Der Parteitag wiederholt die Forderung, für die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai zu sorgen.

Berichterstatter **Pfannkuch:** Der Hamburger Parteitag lehnte es ab, die vorjährige Resolution als bindend für mehrere Jahre zu fassen, wir müssen uns also auch heute wieder mit der Frage beschäftigen. Ein Grund, in der Maifeier eine Aenderung eintreten zu lassen, liegt nicht vor, und deshalb schlage ich Ihnen namens der Parteileitung heute wieder die Annahme der Hamburger Resolution vor. Dieselbe lautet:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der

Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste der Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

In Hamburg machte Genosse Stolten den Versuch, eine Aenderung herbeizuführen, aber die Debatte zeigte, daß hierfür keine Neigung vorhanden war. So weit ich die parteigenössischen Kreise kenne, besteht auch heute nicht die Absicht, eine Aenderung an unserem bisherigen Verhalten zu treffen, wir werden also gut thun, die Hamburger Resolution anzunehmen. Der Antrag der Genossen des sechsten sächsischen Kreises ist wahrscheinlich deshalb gestellt, weil der Partei-Vorstand in diesem Jahre keinen Aufruf erlassen hat, aber die Agitation war bereits allerorts im Gange, so daß es gegenstandslos geworden war, die Genossen noch besonders anzufeuern. Ich halte den Antrag für überflüssig, denn wenn es sich als nothwendig herausstellen wird, eine planmäßige Agitation einzuleiten, so wird es der Partei-Vorstand von selbst thun, und daß dabei die Frage des Achtstundentages in den Vordergrund treten wird, ist selbstverständlich. Es ist nicht nöthig, der Parteileitung noch eine besondere Direktive zu geben. Man glaubt von bestimmter Seite immer darüber wachen zu müssen, daß die Parteileitung ihre Pflicht erfüllt, bis jetzt haben aber die zweitägigen Verhandlungen ergeben, daß die Genossen mit der Thätigkeit der Parteileitung zufrieden gewesen sind. Was den zweiten Antrag betrifft, so ist derselbe abgelehnt, sobald Sie die vom Partei-Vorstand beantragte Resolution annehmen. Ich meine, wir haben keine Veranlassung, die Kraftprobe mit dem Kapitalismus zu suchen. Können wir ihr nicht ausweichen, so wird sich kein Genosse finden, der feige genug wäre, ihr auszuweichen. So lange uns aber die Kraftprobe nicht aufgedrängt wird, werden wir sie nicht suchen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen und einstimmig die vom Partei-Vorstand beantragte Resolution anzunehmen.

Wortmeldungen zu diesem Punkte lagen nicht vor.

Nachdem **Höppner** (6. sächsischer Kreis) seine Anträge zurückgezogen hat, wird die **Resolution des Partei-Vorstandes angenommen** und nach Verlesung einiger eingelaufener Telegramme die Sitzung um 7 Uhr geschlossen.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Kloß.

Zum **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit**, wozu die Anträge von 66 bis 82, 86 (Absatz 4 bis 8), 92, 94, 96 und 104 mit zur Verhandlung gestellt werden, erhält als Berichterstatter das Wort

Wurm: Ich will mich auf die Einzelheiten unserer parlamentarischen Thätigkeit während der letzten Session nicht einlassen, da Ihnen ja der gedruckte Bericht über die Thätigkeit der Fraktion vorliegt, sondern nur die großen Gesichtspunkte hervorheben, obgleich sie schon in der bisherigen Debatte gestreift sind. Der Bericht, der übrigens nur von einem einzelnen Fraktionsmitgliede verfaßt ist und nicht von der ganzen Fraktion durchgesehen wird, hat in seiner Begründung der Thätigkeit all die Motive zusammengefaßt, die bisher in der Fraktion maßgebend waren bei ihren Abstimmungen. In erster Linie handelt es sich dabei um die Stellung zum Militarismus und zur **Kolonialpolitik**, diese beiden Lebensfragen für die Arbeiterbewegung. Das

sind sie in der That. Solange der Militarismus in seiner heutigen Form besteht, solange eine stehende Armee blind gehorchen muß dem obersten Kriegsherrn, solange ist die Gefahr vorhanden, daß diese Armee auch gegen den inneren Feind ins Feld geführt wird. Es ist ja von jeher der sehnlichste Wunsch aller Reaktionäre, Heer und Volk einander gegenüber zu stellen. 1848 hieß es: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten, 1878 sprach Graf Eulenburg von der Flinte, die schießt, und dem Säbel, der haut, und Bismarck's Wünsche nach dieser Richtung werden gerade jetzt wieder durch die Indiskretionen des Herrn Busch enthüllt. Unsere Gegner träumen von einem Zusammenstoß zwischen Militär und Volk, und große Kreise im gegnerischen Lager setzen Alles daran, diese Träume zur Wirklichkeit zu machen. Das ist die drohende Gefahr der Katastrophe von oben. Der Militarismus ist nicht nur eine Gefahr für den Frieden nach außen, sondern auch für den Frieden nach innen, denn die Gefahr liegt nur zu nahe, daß die Machthaber sich eines schönen Tages die Frage vorlegen: wozu haben wir denn eigentlich ein so vorzügliches Werkzeug, wenn wir es nicht benützen sollen gegen Die, die uns im Lande unbequem sind, denen wir das Recht der Existenz nicht zuerkennen? Deshalb schrieb ich in dem gedruckt vorliegenden Bericht der Fraktion:

„Unsere Fraktion stimmte wie stets gegen den Etat, sowohl weil die Mittel für denselben zum großen Theil durch die indirekten, die Aermeren am schwersten belastenden Steuern aufgebracht werden, als auch wegen seiner hauptsächlichen Verwendung für den Militarismus, dessen Rüstungen nicht den Frieden sichern, sondern die Kriegsgefahr noch vergrößern. Unsere Etatsredner haben diese kulturfeindliche Wirkung des Militarismus stets energisch klargestellt, die Mehrheitsparteien wie die Regierung haben uns widersprochen — jetzt muß selbst ein russischer Zar zugestehen, daß der Militarismus eine Geißel der Völker ist!

Unsere Ablehnung des Etats geschah und geschieht aber nicht nur wegen der Aufbringung und Verwendung der Mittel, sondern sie ist eine nothwendige Folge unserer ganzen grundsätzlichen Stellung zum herrschenden Klassenstaate, dem die Sozialdemokratie als Vertreterin der unterdrückten und besitzlosen Klasse alle Mittel verweigert, mit denen die politische und wirthschaftliche Unterdrückung der Arbeiter aufrecht erhalten werden kann."

Ueber diese unsere Stellung zum Etat und zum Militarismus ist in der Fraktion niemals eine Meinungsverschiedenheit zu Tage getreten, und soweit dies außerhalb der Fraktion geschehen ist, handelt es sich um Mißverständnisse. Auf einem solchen Mißverständniß beruht es, meiner Meinung nach, daß die Frankfurter „Volksstimme" diese Stelle aus meinem Bericht in Gegensatz stellte zu dem Ergebniß der Verhandlungen auf dem Hamburger Parteitag, zu den Ausführungen von Schippel und Auer. Nach dem Protokoll, Seite 138, hat aber damals Auer ausdrücklich gesagt: „Wir sind gegen alle Bewilligungen, weil wir grundsätzliche Gegner des Militarismus sind". Ich sehe also keinen Widerspruch. Sollte ich mich täuschen, können wir uns hier ja darüber aussprechen. Eine zweite Meinungsdifferenz, die sich nachher als ein Mißverständniß herausstellte, hat die Fraktion beschäftigt: Es war die Rede Heine's im dritten Wahlkreise. Der erste Bericht über die Rede im „Vorwärts" war ungenau. Heine veröffentlichte dann den genauen Wortlaut. Daraus ging hervor, daß er gleich zu Anfang gesagt hat: „Das, was wir als Militarismus grundsätzlich bekämpfen müssen, ist das heutige Armeesystem und der Geist der Armee, der dem des Volkes entgegengesetzt wird. Deshalb ist es selbstverständlich, daß ich dieser Regierung nie einen Mann und einen Groschen bewilligen würde, auch das nicht, was für die Armee unbedingt nöthig

wäre. Erst im weiteren Verlauf der Rede sagte Genosse Heine: „Wer von vornherein erklärt, einer Anforderung des Gegners gegenüber, immer und unter allen Umständen blos nein sagen zu wollen, der verzichtet damit gerade so gut auf das in seiner Bewilligung liegende „Kompensationsobjekt“, wie der, der sofort ja sagt.“ — — „Es giebt militärische Aufwendungen, die an sich zur Vertheidigung der Nation nothwendig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen. Dazu würden z. B. die neuen Geschütze gehören.“ — — „Solche Militärforderungen könnte nach meiner Meinung auch der Sozialdemokrat bewilligen, wenn er genügende Gegenleistungen erhielte, wenn werthvolle Volksfreiheiten dafür gewährt würden.“ Aus diesen Aeußerungen entnahm so ziemlich die gesammte öffentliche Meinung, daß Heine gesagt habe: „Kanonen für Volksrechte“, und daß er die Kanonen dem herrschenden militärischen System innerhalb des Klassenstaates bewilligen wolle. Die Fraktion hat sich mit dieser Frage beschäftigt und Genosse Heine hat da die bündige Erklärung abgegeben, daß davon absolut nicht die Rede sein könne. Nach dieser bündigen Erklärung, an der zu zweifeln wir nicht das geringste Recht haben, erließ am 23. Februar 1898 die Fraktion folgende Erklärung: „Nachdem die Fraktion auf Grund der Erklärungen des Genossen Heine sich überzeugte, daß der Gedanke ihm fern gelegen hat, sich mit dem herrschenden System in eine Kompensationspolitik einzulassen, und daß er durchaus auf dem Boden der bisherigen Taktik der Partei und der Fraktion steht, erklärt die Fraktion, daß für sie die Angelegenheit befriedigend erledigt ist.“

Die Mißverständnisse, die sich an diese Rede Heine's anknüpften, kamen daher, daß Genosse Heine in den Fehler verfallen war, den er gestern bei Anderen so scharf tadelte: daß er nämlich Zukunftsstaatsmalereien vorbrachte. Daß wir unser Bewilligungsrecht ausüben können, um Macht zu gewinnen, ist selbstverständlich; das ist ja das Wesen des Parlamentarismus. Aber dem Staate, der seine Macht anwendet gegen das Volk, wird auch Genosse Heine keine neuen Mittel bewilligen. Heine sagte gestern, wir setzen dem Staat die Pistole des Bewilligungsrechts auf die Brust. Nun, wenn wir dem Staate die modernen Pistolen, die Kanonen bewilligen, dann setzen wir nicht ihm, sondern er uns die Pistole auf die Brust. Wir fordern, daß die Vertheidigung des Landes organisirt wird auf demokratischer Grundlage, wir fordern das Milizsystem, weil dies die demokratische Organisation ist, weil das Milizsystem es unmöglich macht, daß die Armee ein blindes Werkzeug in der Hand des obersten Kriegsherrn ist und daß ihr eines Tages kommandirt werden könnte, ihr müßt auf Vater und Mutter schießen. Der Kriegsminister meinte unseren Rednern Bebel und Liebknecht gegenüber, daß das Milizsystem theurer werden würde, als das jetzige System des stehenden Heeres. Das ist nicht richtig. Aber selbst, wenn es richtig wäre, so meine ich, könnte keine Summe dem arbeitenden Volke zu hoch sein, um den heutigen Militarismus, das System des stehenden Heeres und des blinden Gehorsams, diesen Alp der Volksfreiheit, los zu werden, um so dem Volke Freiheit zu schaffen für seine wirthschaftliche und politische Entwickelung und damit für die Erwerbung seines Brodes. Die zweite wichtigste Frage ist die Kolonialpolitik. Auch hier hat innerhalb der Fraktion nicht die geringste Meinungsverschiedenheit bestanden. Der Bericht der Fraktion läßt über unsere Stellung nicht den geringsten Zweifel. Die Gründe sind mit voller Klarheit und Schärfe dort dargelegt. Auch hier kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion, nicht mit Fraktionsmitgliedern, sondern mit der Redaktion des „Vorwärts“, die in der China-Politik eine andere Stellung einnahm. Hierauf erließ die Fraktion am 20. Januar 1898 folgende Erklärung: „Zu dem Eroberungszug nach China steht die Fraktion in der entschiedensten Gegnerschaft; die Redner der Fraktion werden bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit dieser Anschauung Ausdruck

geben." Die Gründe, die die Fraktion veranlaßten, gegen die Kolonialpolitik Stellung zu nehmen, sind Gemeingut sozialdemokratischen Denkens. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir dem herrschenden System nicht auf Kosten der Arbeiter Mittel zu Gunsten der kapitalistischen Klasse bewilligen können, die die Möglichkeit der Ausbeutung noch steigern. Unsere Kolonialpolitik hat ja mit Recht den Spott der Welt herausgefordert. Wenn wir bedenken, daß unsere werthlosen afrikanischen Besitzungen einen Zuschuß von jährlich 13 Millionen erfordern, der ganze Handel dagegen nur 11 Millionen beträgt, wovon ein Fünftel der Einfuhr noch auf Spirituosen entfallen, so kann man sich ein Bild davon machen. Aber China wird werthvoller sein! hieß es damals. Nun, was bisher über den Werth von Kiautschou verlautet, das fordert zum Spott und zur Verhöhnung heraus. Wenn wir aus den Schilderungen von Paul Goldmann in der „Frankfurter Zeitung" hören, wie klug und weise unser Kolonialamt es verstanden hat, Kiautschou zu einer kleinen Polizeifiliale Deutschlands zu machen, wenn wir hören, daß man zwar nicht für genügende saubere Wohnungen für die Soldaten sorgte, daß man sich aber beeilte, dafür zu sorgen, daß man nicht ohne Schwimmhosen badet und daß die Hunde einen Maulkorb haben (Heiterkeit), dann muß man sich wundern über die junkerlich-bureaukratische Weisheit, die sich in diesen Erlassen bekundet. Nein, wir haben kein Vertrauen, daß es dieser junkerlichen Bureaukratie möglich sei, eine solche Kolonialpolitik zu treiben wie etwa England. Wir Sozialdemokraten haben uns von vornherein ablehnend gegen die Kolonialpolitik verhalten und wir haben keine Veranlassung, in Zukunft eine andere Stellung einzunehmen. Wir wissen, daß jede Ausdehnung der Kolonialpolitik den Militarismus stärken muß.

Wenn Meinungsverschiedenheiten auftauchen, so ist es einer demokratischen Partei erste Pflicht, sie in öffentlicher Diskussion zu verhandeln. Versteckenspiel und Vertuschen ist einer demokratischen Partei unwürdig. Bisher haben alle Meinungsverschiedenheiten, die auftauchen, nachträgliche Erklärung als Mißverständnisse gefunden. Aber ich habe die feste Zuversicht: Wenn es nicht mehr Mißverständnisse geben sollte, wenn wirklich andere Meinungen eines Tages auftreten sollten, dann wird die Partei durch ihre maßgebende Vertretung, den Parteitag, das Steuerruder des Parteischiffs ergreifen und mit einem hörbaren Ruck nach links werfen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Kloß** stellt die Unterstützungsfrage bezüglich der zur Verhandlung gestellten Anträge. Die Anträge 74, 77, 79 und Absatz 6 von 86 finden nicht genügend Unterstützung. Antrag 78 ist erledigt durch die Unterstützungsfrage zu 73 und 74, Antrag 93 zurückgezogen zu Gunsten von 104.

Auf Vorschlag von **Singer** erstreckt sich die Diskussion zunächst auf die bisherige Thätigkeit der Fraktion, beziehungsweise auf den Bericht von Wurm.

Böhle-Straßburg: In dem Berichte des Partei-Vorstandes ist auf die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte aufmerksam gemacht. Ich setze es als selbstverständlich voraus, daß die Fraktion auch in der nächsten Session einen bezüglichen Antrag stellen wird. Die Fraktion scheint aber der falschen Meinung zu sein, daß die Durchführung der Gewerbegerichte in den Reichslanden vollendet ist. Dem ist nicht so! Auch in dieser Beziehung äußert sich die Wirkung des Ausnahmegesetzes. Mit aller Energie muß darauf gedrungen werden, daß diese Schmach des 19. Jahrhunderts endlich beseitigt wird.

Dr. **Quarck**-Frankfurt a. M.: Wie Genosse Wurm bin ich der Meinung, daß Meinungsverschiedenheiten bezüglich der praktischen Politik, wenn solche in erheblicher Weise vorhanden sind, bei diesem Punkt vorzubringen wären. Hier handelt es sich um unsere aktuelle Politik, wie sie von unserer Fraktion an offizieller Stelle im Reich vertreten wird. Hier hätte meines Erachtens mit Demjenigen eingesetzt werden müssen, was in den zwei ersten Verhandlungstagen so breit besprochen worden ist, wenn an dem Vorgebrachten etwas politisch

Erhebliches gewesen wäre. Der größte Fehler unserer theoretischen Kritiker, so sehr man in Einzelheiten mit ihnen übereinstimmen kann, ist aber eben, daß sie keine Politiker sind und die Fühlung mit der praktischen Arbeiterbewegung verloren oder nie gehabt haben. Daher erklären sich die Debatten der letzten Tage, die glücklich damit abschlossen, daß unser Freund Kautsky uns mit einer Reihe von Katastrophen-Prophezeiungen überraschte. Dabei stehen wir in einer politischen Situation, in der die Kanonen des preußischen Militarismus schärfer als je gegen uns gerichtet sind, in der eine Zuchthausvorlage gegen das Koalitionsrecht droht und in welcher der Kampf mit dem preußischen Junkerthum, unserem gefährlichsten Feind, bei den preußischen Landtagswahlen unmittelbar bevorsteht. Theoretische Erörterungen über das Endziel in einer solchen Lage haben etwas sehr Eigenthümliches. Es giebt Genossen, welche nach den zwei Tagen die ganze Nacht noch im Traume schwer mit dem Endziel gerungen haben und heute früh mit einem kolossalen Katzenjammer erwacht sind. (Heiterkeit.) Ich habe deshalb nur das Wort ergriffen, weil Genosse Wurm unser Blatt erwähnte. Wir haben auf den Widerspruch hingewiesen, der zwischen dem Fraktionsbericht und der bekannten Aeußerung Auer's wegen der Soldaten besteht, die wir nicht mit Stöcken ins Feld schicken können. Wenn jetzt Genosse Wurm als Parlamentsberichterstatter erklärt, daß es sich nur um eine mißverstandene Aeußerung Auer's dreht, daß Auer ganz auf dem Standpunkt des Fraktionsberichts steht, und wenn Auer dem nicht widerspricht, so haben wir keinen Anlaß mehr, auf die Sache näher einzugehen und in der heutigen politischen Lage skeptischer zu sein als der Fraktionsberichterstatter. Wir freuen uns dann, daß wir in der Militärfrage allesammt einig auf dem klaren und energischen Standpunkt des Fraktionsberichts stehen. (Zustimmung.)

Singer: Es ist ja durchaus erklärlich, daß, nachdem hier zwei Tage lang über die von der Partei einzuschlagende Taktik, über die Weiterverfolgung des Endzieles der Partei gesprochen worden ist, der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion nicht mehr den Raum in der Diskussion einnehmen wird, den er sonst vielleicht gefunden hätte. Aber ich bin der Meinung, daß es doch nothwendig sein wird, auch bei dieser Gelegenheit festzustellen, daß durch die Diskussion namentlich am gestrigen Nachmittag, durch den lebendigen Beifall, den die Ausführungen der Genossen Kautsky und Liebknecht in dieser Frage gefunden haben, festgestellt ist, daß die Thätigkeit der Fraktion, welche bisher genau auf demselben Standpunkt gestanden hat, den die beiden Genossen in ihren Ausführungen gegen Bernstein, Heine, Vollmar und Andere gekennzeichnet haben, demjenigen entspricht, was die Gesammtpartei von ihrer parlamentarischen Vertretung verlangt. Wir haben innerhalb der Fraktion, entsprechend den Ansichten, die die Partei auf ihren Parteitagen Jahr für Jahr zum Ausdruck gebracht hat, immer den Standpunkt vertreten, wir sind nicht im Parlament um des Parlaments wegen, sondern wir sind im Parlament, um die Forderungen der Arbeiterklasse zu vertreten und zu erkämpfen. (Sehr richtig!) Ist aber dieser grundsätzliche Standpunkt richtig, dann kann im Parlament von einer Kompromisselei, von einer Taktik, wie sie jetzt von Manchen empfohlen wird, nicht die Rede sein, dann kann keine Rede davon sein, daß man Kanonen gegen Volksrechte austauscht. Nach unserer eingehenden gestrigen Diskussion kann ich mit Freuden konstatiren, daß der Standpunkt der Gesammtpartei in keiner Weise geändert ist. (Sehr richtig!) Und ist das der Fall, dann brauchen wir über Vergangenes uns nicht mehr lange aufzuhalten, dann wird auch denjenigen Genossen, die, wie ich überzeugt bin, aus lautersten Gründen der Meinung sind, daß die bisherige Taktik der Partei in bestimmten Dingen geändert werden muß, der Beweis geliefert sein, daß die Gesammtpartei keine andere Vertretung ihrer Sache im Parlament will, als bisher. (Sehr wahr!) Das ist das erfreuliche Fazit, welches man aus den gestrigen

Verhandlungen ziehen kann. Wenn in einer Reihe von einzelnen Fragen Meinungsabweichungen vorhanden sind, so ist das durchaus erklärlich, denn wir sind keine Fraktion von Automaten, wir sind eine Fraktion von lebendigen Menschen, die Jeder für sich ihre Ansicht haben. Das, was uns eint, was uns Allen gemeinsam ist, das ist unser Programm, das ist die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, das ist der Kampf für Befreiung der arbeitenden Klasse. Die nothwendige Aufgabe ist, niemals abzuweichen von dem Standpunkte des Klassenkampfes. (Beifall.) In diesem Rahmen können über einzelne Fragen Meinungsverschiedenheiten herrschen. Es kann sich aber nicht darum handeln, daß die Gesammtthätigkeit der Partei in irgend einer Weise geändert wird.

Dem Fraktionsbericht selbst habe ich nichts hinzuzufügen. Ich bin überzeugt, daß der Bericht im Großen und Ganzen die Ansicht aller Mitglieder der Fraktion wiedergiebt, deshalb will ich den Parteitag mit Wiederholungen nicht aufhalten, sondern nur die Ueberzeugung und den Wunsch aussprechen, daß die Fraktion auch in der Folge fortfahren wird, so wie bisher dem Programm entsprechend die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen. (Beifall.)

Ohne auf die Anträge im Einzelnen jetzt einzugehen, möchte ich nur ganz im Allgemeinen an den Parteitag die Bitte richten, sich doch zu überlegen, daß die Erfüllung der Aufgaben, die der Parteitag der Fraktion stellt, auch von Umständen innerhalb des Parlaments selbst abhängt. (Sehr richtig!) Der Parteitag und die gesammte Partei darf aus dem Umstande, daß vielleicht der eine oder andere Antrag nicht sofort eingebracht oder verhandelt wird, nicht etwa den Schluß ziehen, daß die Fraktion den ihr vom Parteitag gegebenen Aufträgen gegenüber harthörig ist. Sie dürfen überzeugt sein, daß dann die parlamentarische Lage Schwierigkeiten mit sich bringt, die die Einbringung oder Verhandlung der Anträge unmöglich machen. Ich werde nachher Gelegenheit haben, das bei den einzelnen Anträgen nachzuweisen. In diesem Augenblick lag mir nur daran, daß auch aus der Mitte der Fraktion heraus öffentlich vor der Partei und vor unseren Gegnern konstatirt wird, daß, mögen auch einzelne abweichende Stimmen in der Presse oder in Versammlungen sich geltend machen, weder in der Fraktion noch in der Partei daran gedacht wird, das große Prinzip, das uns zusammengeführt hat und der energische Kampf für die Erringung unserer Endziele auch nur um Haaresbreite zu verlassen. (Lebhafter Beifall.)

Schoenlank: Ich kann Wort für Wort unterschreiben, was Wurm im Auftrage der Fraktion von dieser Stelle ausgesprochen hat. Wenn jemals die Vermittelungs-, die Ausgleichspolitik kläglich Fiasko vor den Thatsachen erlitten hat, dann jetzt. Kanonen sollen gegen Volksrechte eingetauscht werden. Nun, die Regierung ist gerne bereit, uns Volksrechte gegen Kanonen zu geben, aber in dem Augenblick, wo wir die Volksrechte praktisch anwenden wollten, da würden die bewilligten Kanonen gegen die Volksrechte und ihre Vertheidiger losgehen. (Sehr richtig.) Die Kanonenpolitik ist eine Utopie, sie zeugt von einem sehr geringen Verständniß der Situation und der Entwicklung der Dinge. In einem Augenblick, wo die deutsche Bourgeoisie vollkommen einig ist, auf wirthschaftlichem Gebiete Hungerpolitik zu treiben, die Brodzölle zu erhöhen; in einem Augenblick, wo der Militarismus und Marinismus mit den dreistesten Anforderungen hervortreten, nachdem eben erst die Flottenvorlage bewilligt ist; in einem Augenblick, wo das deutsche Bürgerthum, soweit es Einfluß besitzt, das allgemeine Wahlrecht für den eigentlichen Krebsschaden ansieht, dem Arbeiter das Wahlrecht nehmen will, zu einer Zeit, wo die deutsche Bourgeoisie, geführt von einem Mann wie dem Grafen Posadowsky und inspirirt durch den Herrn von Saarabien, v. Stumm, nicht allein fordert, daß das arbeitende Volk politisch entrechtet wird, sondern ihm auch das höchste soziale und ökonomische Recht, das Koalitionsrecht entreißen will; in einer Zeit

des Kampfes der koalirten Kapitalisten des mobilen und agrarischen Kapitals; in einer solchen Zeit haben wir alle Ursache, bei aller Objektivität in der Diskussion, bei Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen, dafür zu sorgen, daß wir die Kampfpartei sind, die wir allein berufen sind zu sein, eine geschlossene, einheitliche, rücksichtslose, radikale Taktik befolgen; unsere letzten Ziele offen darzulegen, auf das schärfste zu betonen, daß nur mit der alten proletarischen Taktik, die keine Vermittelungs- und keine Versöhnungspolitik kennt, Kampf bis zum Aeußersten, Kampf gegen dieses System, Kampf gegen die Ueberseepolitik, gegen die verstiegene Kreuzfahrerromantik, gegen die Gesellschaft, die mit eiserner Faust zerschmettern will die Volksrechte, das Koalitionsrecht. Dazu brauchen wir einen Zusammenschluß aller Genossen. Da müssen diese Meinungsverschiedenheiten, die garnicht so tief gehen wie unsere Gegner meinen, zurücktreten gegenüber unserer aktuellen wichtigsten Hauptaufgabe, dem Zusammenschluß der Partei im Parlament, in der Presse, in der Organisation, dem Kampf für die Erhaltung unserer kümmerlichen Volksrechte. (Beifall.)

Peus: Ich hatte soeben den Eindruck, als wären wir in einer Volksversammlung (sehr richtig), in der wir nöthig hätten zu lernen, was wir schon seit Jahrzehnten wissen. (Sehr wahr.) Das war nicht der Ausdruck des Machtgefühls (sehr wahr), sondern der Angst. (Sehr gut.) Wir haben keinen Grund, so zu thun, als ob man mächtiger ist, als wir thatsächlich sind. Schoenlank sagt, wenn man Kanonen bewilligt gegen Volksrechte, dann werden die Kanonen auf die Volksrechte schießen. (Sehr richtig!) So leicht schießt es sich mit Kanonen nicht. (Lachen.) Die Erregung über den Militarismus ist im Volke schon jetzt sehr groß, und diejenigen Leute, die es sich so leicht vorstellen, auf das Volk zu schießen, könnten in dem Augenblick, wo sie das wirklich thun wollten, doch sehr böse Erfahrungen machen. Wir haben alle Veranlassung, mit aller Ruhe, mit aller selbstbewußten Ruhe unsere Arbeit, wie wir sie bisher gethan haben, an der Aufklärung des Volkes weiter zu thun, und brauchen nicht ängstlich zu sein, als ob man alsbald mit Kanonen auf uns schießen wird. Wir bieten uns nicht den Kanonen an und brauchen deshalb auch nicht zu befürchten, daß wir mit ihnen in Konflikt kommen. Darum sehe ich nicht ein, warum wir uns so Angst machen sollen, als ob es schon morgen losgehen könnte. Mir scheint, daß man mit großen Worten die Massen fortreißen möchte. (Sehr gut.) Es geht nicht so schnell, wie wir es uns einbilden. Der kapitalistische Staat von heute ist nach 10, nach 50 Jahren ein ganz anderer. Es steht mit dem Denken, das uns Marx und Engels gelehrt haben, im Widerspruch, wenn wir den kapitalistischen Staat uns so verhärtet vorstellen, als ob er immer derselbe bliebe. Der bestehende Staat ist immer ein Kompromiß der verschiedenen Machtverhältnisse. Heute ist der Kapitalismus noch so mächtig, die Arbeiterklasse noch so schwach, daß der Staat ganz natürlich den kapitalistischen Interessen Rechnung trägt. Wenn wir aber dafür sorgen, daß die Arbeiterklasse mächtiger wird als die kapitalistische, und das wollen wir ja, dann muß auch dieser Staat Rechnung tragen dieser Macht der Arbeiterklasse. Darum habe ich auch keine Sorge, daß wir nicht schließlich unser Ziel erreichen. Weil ich ganz fest davon überzeugt bin, daß die jeweiligen Machtverhältnisse weit entscheidender sind als papierne Gesetze. (Lachen.) Wir verfolgen unser Ziel, die Arbeiterklasse zur Macht zu bringen, in ruhiger Arbeit und dann wird auch eines Tages die Möglichkeit der Umwandlung des heutigen Staates, auch des Militarismus kommen. Ich sehe schon im Geiste die Zeit kommen, wo wir den heutigen Militarismus umwandeln werden in eine gymnastische Turnanstalt des Volkes. (Lachen und Beifall.)

Baerer-Harburg: Wir sind und bleiben eine Kampfpartei und haben deshalb keine Angst. (Beifall). Aber wir müssen vorbereitet sein auf das, was kommen kann, denn es geht etwas vor in den hohen Regionen. (Beifall.)

Ulrich-Offenbach: In der allgemeinen Situation hat sich durch die Oeynhauser Rede absolut nichts geändert. Daß man uns im Zuchthause haben möchte, wußten wir schon früher. Zu der Aufregung Schoenlank's war kein Grund. Es ist der alte Kurs und deshalb brauchen wir nicht mit Kanonen nach Spatzen zu schießen. Allerdings bin ich nicht der Meinung des Peus, daß die Kanonen nicht so leicht losgehen können, aber wir müssen selbstverständlich unverrückt in engem Zusammenschluß auf unser Ziel marschiren. Darüber besteht kein Meinungsunterschied. Auch Genosse Heine ist der Ueberzeugung, daß wir nur mit Aufbietung aller Kraft und unter Befolgung der bisherigen Taktik dem Gegner imponiren und vorwärts schreiten können. Es ist gar keine Veranlassung, uns an rrrrevolutionären Phrasen zu berauschen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Ich behaupte, mindestens so revolutionär zu sein als jene Herren und Damen, die uns in den letzten Tagen ihre besonderen revolutionären Auffassungen vorgetragen haben. (Sehr gut!) Mindestens manchmal kommt es mir sogar vor, als ob wir in unserer Ruhe (sehr wahr!) und unserer klaren Voraussicht desjenigen, was kommen wird, weit revolutionärer sind, als die, die immer revolutionär reden. Wir haben keine neue Taktik einzuschlagen. Wir haben auf dem alten Wege weiter zu arbeiten. Gewiß, man wird uns in der nächsten Zeit schärfer anfassen, man wird uns wieder durch Nadelstiche zu Dummheiten zu verleiten suchen. Demgegenüber haben wir die Pflicht, uns in unserer Ruhe nicht beirren und uns weder nach rechts noch auch nach links von unserer Haltung abdrängen zu lassen. (Beifall.)

Besching-Bremen: An dem Bericht der Fraktion habe ich nichts auszusetzen. Ich bin mit der Thätigkeit unserer Vertreter im Parlament völlig einverstanden. Hingegen kann ich der Ansicht Ulrichs, daß sich die Situation nicht geändert hat, nicht beistimmen. Die Februarerlasse können doch nicht das Produkt derselben Anschauung sein wie die Oeynhauser Rede. (Sehr richtig.) Dem Druck von Oben müssen wir Druck von Unten entgegensetzen und deshalb muß unsere Fraktion sofort beim Zusammentreten des Reichstags eine Interpellation über die Lage einbringen. Die Situation ist erregt und deshalb müssen wir die Mittel suchen, die uns über diese erregte Lage hinweghelfen.

Schoenlank: Ich habe keine Veranlassung eingehend auf Peus einzugehen, seine phantastische Vorstellung von der Umwandlung des kapitalistischen Staates entspricht so wenig der wissenschaftlichen Ueberzeugung, die wir haben, daß mich seine Bemerkungen, ich hätte wie ein Volksversammlungsredner, das heißt, wie der Parteigenosse zu Parteigenossen reden muß, geredet, sehr kühl lassen. Besser im Tone eines Volksversammlungsredners reden, als im Tone eines langweiligen Sonntagnachmittags-Predigers. (Heiterkeit.) Genosse Ulrich ist mit mir grundsätzlich nicht einverstanden. Er predigt Ruhe und Geduld in demselben Augenblick, wo die Arbeiterklasse ergrimmt ist und Front macht gegen die Zuchthausvorlage, in demselben Augenblick, wo das Schaugericht der Sozialreform von Oben sich verwandelt hat in die rücksichtslose Zwangspolitik des Kerkers und Zuchthauses. Kaltes Blut hat die Sozialdemokratie stets bewahrt. Die Aufrüttelung der Massen ist unsere Aufgabe. Vielleicht hätten wir eine ähnliche Taktik, wie sie Genosse Ulrich empfiehlt, auch bei der Reichstagswahl anwenden sollen. Damit hätten wir schöne Resultate erzielt. Wir sind nicht dazu da, um dem arbeitenden Volke Beruhigungsmittel zu geben, aufrütteln zum Kampfe wollen wir die Massen. Was bedeuten denn die großen Worte von Peus? Ist es etwa nicht wahr, daß der deutsche Kaiser ausdrücklich die Einbringung einer Vorlage angekündigt hat, die etwas einführt, was bisher in keiner Gewerbe-Ordnung des Deutschen Reiches möglich und denkbar gewesen ist, die das Zuchthaus in Aussicht stellt für die sogenannte Anreizung zum Streik? Wenn das kein Umschwung ist, dann giebt es überhaupt keinen Fortschritt von den schwächeren Mitteln der Gewalt zu

den allerschärfsten. Noch nie ist im Deutschen Reiche so offen die Verschlechterung des Reichstags-Wahlrechts gefordert worden. Ist das keine Thatsache? Und wird die Verschlechterung nicht kommen? Anzeichen genug sind da. Haben nicht angesichts des Genfer Attentates die einflußreichen Stumm'schen Organe sofort geschrieen: her mit einem neuen Sozialistengesetz! Da muß das Volk aufgerüttelt, organisirt werden zum Protest, um wenigstens die schlimmsten Pläne der Reaktion zu vereiteln. Die große Masse der deutschen Arbeiter ist mit mir der Meinung, daß man jetzt nicht beruhigen darf, sondern rufen muß: Auf zum Kampfe! (Beifall.)

Dr. **David**: Die Nervosität eines Einzelnen mag hingehen, aber nicht die Nervosität einer ganzen Partei. (Sehr richtig.) Am allerwenigsten ist sie am Platze der Nervosität der Regierung gegenüber. (Sehr richtig.) Wir machen damit mehr aus ihr, als wirklich vorhanden ist. Gerade dieser Nervosität gegenüber heißt es für uns, ruhig zu bleiben, kaltes Blut zu haben und auf dem Wege weiter zu schreiten, den wir bisher gegangen sind. Stellen Sie sich vor, wir Alle machten es so wie Genosse Schoenlank. Wir gäben zu, daß wir vor einer drohenden Gefahr stünden und griffen zu einer rabiaten Taktik. Lieferten wir damit der Regierung nicht gerade das erwünschte Material für ihre Zuchthausvorlage, womit sie die bisher widerstrebenden Theile des Bürgerthums gewinnen könnte? (Sehr richtig.) Es ist schädlich, wenn wir uns in diesem Moment nervös zeigen, wir dürfen nicht, wenn wir vom kapitalistischen Staat sprechen, immer nur an Preußen-Deutschland denken. Es giebt auch kapitalistische Staaten, wo andere Zustände herrschen, z. B. die Schweiz, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Umbildung des kapitalistischen Staates zur demokratischen Form ist eine Nothwendigkeit des Kapitalismus selbst. Sie sehen ja, wie der moderne Kapitalismus damit ringt, aus der Staatsform herauszukommen, die dem preußischen Junkerstaat aufgezwungen ist. Nun ist heute wieder die Kanonenfrage angeschnitten. Ich erinnere daran, daß Heine ja ausdrücklich gesagt hat, er glaube nicht daran, daß wir in Deutschland in absehbarer Zeit Zustände erlangen, wo man Kanonen gegen Volksrecht austauschen könnte. Es war eine reine Doktorfrage, aber sehen Sie doch auf die Schweiz. Die Schweiz ist auch ein kapitalistischer Staat und trotzdem bewilligen unsere Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften Waffen für das Heer. Faßt man die ganze Kanonenfrage als Doktorfrage auf, so hat man wahrlich nicht nöthig, drei Tage lang mit Kanonen auf Kanonen zu schießen. (Heiterkeit.) Verbringen wir also nicht noch einen Tag mit diesen Debatten. An der Haltung der Fraktion haben Sie nichts auszusetzen. Geben Sie also Ihre Zustimmung dazu, daß sie auf dem bisherigem Wege fortfährt. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird angenommen.

Kloß schlägt vor, daß jetzt zunächst die einzelnen Anträge begründet werden und daß dann über alle gemeinsam debattirt wird.

Mit diesem Vorschlag ist der Parteitag einverstanden. Es beginnt die Begründung der einzelnen Anträge.

Den Antrag 66 (Interpellation wegen der angedrohten Zuchthausvorlage) begründet **Heymann**-Göttingen: Wir wollen nicht die Fraktion mit Aufträgen überhäufen, sondern nur veranlassen, daß durch die Interpellation einmal klar gelegt wird, daß unsere Verfassung nur das Feigenblatt des Absolutismus ist. Wir dürfen nicht abwarten, bis im Reichstag die Zuchthausvorlage eingebracht wird, sondern wir meinen, daß die beste Abwehr der Hieb ist. Die Verbreitung der stenographischen Berichte über die Verhandlungen wird ein gutes Agitationsmittel bilden.

Antrag 67 (Regelmäßige Wiederholung des Antrags auf 3jährige Legislaturperiode) wird von **Evers**-Hildesheim begründet: Der Antrag ist gestellt,

um einmal offen zu zeigen, daß die bürgerlichen Parteien, namentlich das Zentrum, zwar vor der Wahl die Devise ausgegeben haben: Schutz dem allgemeinen Wahlrecht, daß sie aber später bei der Stichwahl diesen Standpunkt verlassen haben. Es muß gezeigt werden, daß die Volksrechte bedroht sind. Dazu kommt, daß, wenn die Wahlen nur alle fünf Jahre stattfinden, sich unter den Genossen eine gewisse Schlaffheit geltend macht.

Den Antrag 68 (Einführung des Achtstundentages) begründet **Braune**-Dresden: Die Forderung des Achtstundentages, auf die besonders die Gewerkschaften Werth legen, muß vom Parteitag hochgehalten werdn, damit die Gewerkschaften sehen, daß die Partei etwas für sie thut.

Auf die Begründung des Antrags 69 (einheitliches Vereinsgesetz) wird verzichtet.

Antrag 70 (Interpellation wegen Aufhebung der Gesindeordnung) begründet **Braun**-Königsberg: Es handelt sich darum, die Fraktion durch einen Beschluß anzuhalten, die Regierung zu interpelliren, wann sie den Skandal beseitigen will, daß die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter noch immer unter einem Ausnahmegesetz stehen. Werden landwirthschaftliche Arbeiter gemißhandelt, dann wird auf die Gesinde-Ordnung hingewiesen, die es erlaubt, hält ein landwirthschaftlicher Arbeiter es bei seinem Herrn nicht mehr aus, so wird er wie ein Sklave zurückgeführt. Die Fraktion muß energisch auf Abhilfe dringen.

Zur Begründung des Antrags 71 (Schutz der Kinderarbeit in landwirthschaftlichen Betrieben) führt **Greiner**-Aschersleben aus, daß die Ausbeutung der Kinderarbeit sehr zunimmt. Einen besonders krassen Fall hat das Parteiorgan besprochen; da es aber nicht möglich war, alle Einzelheiten zu beweisen, so wurde der Redakteur zu Gefängniß verurtheilt. Das hat uns veranlaßt, den Antrag einzubringen. Es muß endlich einmal von Reichs wegen gegen die Ausbeutung der Kinderarbeit etwas geschehen, denn das ist nicht mehr als billig. Man darf nicht glauben, daß die Landarbeit für die Kinder nicht gesundheitschädlich ist. Ebenso gut wie die in der Industrie beschäftigten Kinder müssen auch die in der Landwirthschaft thätigen geschützt werden. Eine landesgesetzliche Regelung genügt nicht, denn hierbei wird doch nur den Wünschen der Agrarier Rechnung getragen, die ja in den meisten Landtagen die Majorität haben.

Den Antrag 72 (Abschaffung der Gesindeordnung, Einführung von Landarbeiter- und Gesindegerichten, Unentgeltlichkeit ärztlicher Hilfe und freie Medizin) begründet **Baerer**-Harburg.

Zur Begründung des Antrages 73 (Einjährige Dienstzeit) bemerkt **David**-Mainz, daß schon ähnliche weitergehende Anträge seitens der Fraktion früher gestellt waren. Meinungsverschiedenheiten können darüber nicht bestehen. Ein äußerer Anlaß liegt vor, da das Bestreben herrscht, die zweijährige Dienstzeit nur auf bestimmte Zeit zu bewilligen, nicht aber sie gesetzlich festzulegen und sie abhängig zu machen von Bewilligungen weiterer Mittel. Dazu kommt, daß der Antrag ein vorzügliches Mittel ist, den Erlaß des Zaren auszunutzen. Schon Engels hat darauf hingewiesen, daß eine allgemeine Abrüstung nur auf dem Wege einer allmäligen Verkürzung der Dienstzeit möglich ist. Unsere französischen Genossen sind uns auf diesem Wege vorangegangen. Es ist eine taktische Nothwendigkeit, daß auch die deutsche Sozialdemokratie einen Vorstoß unternimmt. Die Antragsteller haben sich absichtlich eine gewisse Beschränkung auferlegt in der Befürchtung, man könnte darin schon wieder eine Kompromisselei erblicken. Aber thatsächlich ist die Einführung der einjährigen Dienstzeit ein Weg, um dem Endziel näher zu kommen. Die Forderung der einjährigen Dienstzeit erwirkt uns Sympathien bei Freund und Feind, wie Jeder erfahren hat, der auf dem Lande Agitation getrieben hat. Unsere Gegner gerathen dadurch stets in eine

unangenehme Situation, denn im ganzen Volk herrscht eine tiefe Mißstimmung gegen das Privilegium der jetzigen einjährigen Dienstzeit. Gegen dies Privilegium wollen wir Sturm laufen, aber nicht, indem wir es abschaffen, sondern indem wir es verallgemeinern. Der Beweis dafür, daß eine einjährige Dienstzeit völlig genügt, ist hinreichend erbracht. Wenn auf die höhere Bildung der Einjährigen hingewiesen wird, so sind wir gern bereit, die allgemeine Bildung zu heben. Ich bin überzeugt, daß wir, sobald unsere Schulen besser sind, sehr schnell zur Einjährigen-Dienstzeit kommen. Die Forderung des Milizsystems ist viel schwerer zu begründen, als die Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit. Wir müssen doch an die gegebenen Verhältnisse des heutigen Militarismus anknüpfen und denselben allmälig zum Milizsystem umwandeln. Auch Hauptmann Krafft weist ja nach, daß sogar eine Dienstzeit von neun Monaten genügt. Stimmen sie dem Antrag zu und stoßen sie sich nicht daran, daß er eine Beschränkung enthält, denn gerade diese Beschränkung ermöglicht es, auf die Massen einzuwirken. Dann wird auch der dümmste Bauernjunge einsehen, daß die Sozialdemokratie das Wohl des Volkes will. Wir selbst werden unserem Endziel näher kommen, und wir werden den Beweis erbringen, daß wir solidarisch sind mit unseren Genossen im Ausland, mit den Genossen in Frankreich, dem sogenannten Erbfeinde. (Beifall.)

Antrag 78 ist durch die Begründung des Antrages 73 mitbegründet.

Antrag 75 (Beschleunigung der Wahlprüfungen) findet keine Begründung.

Antrag 76 (Einführung verschlossener Wahlurnen) begründet **Evers**-Hildesheim mit der Nothwendigkeit, die Agitation unter der Landbevölkerung zu erleichtern, die sich fürchte, sozialdemokratische Stimmzettel abzugeben. Er bittet um Ueberweisung des Antrages an die Fraktion zur Berücksichtigung.

Die Anträge 80, 81 und 82 finden keine Begründung.

Antrag 86 (Neueinbringung des Achtstundentages und des Arbeiterschutzgesetz-Entwurfes) wird von **Höppner**-Dresden begründet: Das Bedürfniß nach einer erneuten Verhandlung des Arbeiterschutzgesetz-Entwurfes der Fraktion im Reichstage ist allgemein in der Partei gerade angesichts der Oeynhausener Rede vorhanden.

Die Anträge 92, 94 und 104 (Sicherung der Druckschriftenvertheilung, des Versammlungsrechtes und Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen) begründet **Thiel**-Kassel: Es wirft ein bezeichnendes Licht auf unsere politischen Zustände, daß der Antrag 92 überhaupt noch nöthig ist. Man sollte glauben, die Vertheilung von Druckschriften während der Wahlzeit sei gegen Vergewaltigung seitens untergeordneter Behörden sichergestellt. Da sollte doch unsere Fraktion einmal im Reichstage den Herren, die ihre eigenen Hausgesetze haben zur geistigen Bekämpfung der Sozialdemokratie, gehörig auf die Finger klopfen. Zumal bei uns in Hessen ist es nothwendig. Redner giebt ein drastisches Bild der Wahlfreiheit und des Wahlgeheimnisses bei den letzten Wahlen in der Provinz Hessen. Im Antrag 104 beantragen wir nur, daß das Wenige, was wir an Vereins- und Versammlungsrecht besitzen, uns nicht noch beschnitten wird. Was Antrag 94 anlangt, so stehe ich nicht auf dem Standpunkte des Genossen Peus, daß ihn die Oeynhausener Rede kalt läßt. Ich denke, keinen Menschen läßt es kalt, wenn er als Zuchthausaspirant bezeichnet wird. Der Braunschweiger Antrag, der eine Interpellation wegen der Kaiserrede fordert, geht mir nicht weit genug; ich denke, wir haben alle Veranlassung, den Punkt über das i zu setzen und nachdrücklich rückhaltslos und demonstrativ unsere Meinung zu sagen. Dazu muß aber erst der Riegel des § 95 des Reichs-Strafgesetzbuches beseitigt werden.

Dr. **Wehl**-Berlin spricht für den Antrag 96 aus Ottensen, der die Aufhebung des Impfzwanges fordert. Selbstverständlich kann sich eine politische Partei unmöglich auf einen Standpunkt in wissenschaftlicher Beziehung festlegen.

Auf dem Frankfurter Parteitag wurde ein Antrag, der die Partei verpflichten wollte, gegen den Impfzwang Stellung zu nehmen, nur gegen eine große Minorität abgelehnt. Aber ganz unbeschadet der Stellung des Einzelnen zum Impfzwange — man kann ein überzeugter Parteigenosse sein und ein fanatischer Anhänger des Impfzwanges — haben wir alle Veranlassung, aus konstitutionellen Gründen den Grafen Posadowsky zu interpelliren, warum er die Resolution Förster, die vom Reichstag angenommen ist, in einer Kommission die Impffrage grundsätzlich zu prüfen, nicht ausgeführt hat. Es handelt sich um eine Kontroverse der Wissenschaft, da hat eine politische Partei wie wir nicht das Recht, für einen Zwang einzutreten.

Damit haben alle zum parlamentarischen Bericht gestellten Anträge ihre Begründung gefunden.

Es ist ein Antrag zur Geschäftsordnung eingegangen, alle diese Anträge der Fraktion zu überweisen.

Nunmehr wird die Diskussion eröffnet.

Singer: Anknüpfend an die wenigen Worte, die ich vorhin gesprochen habe, kann ich nur wiederholen, daß wenn die Fraktion den Aufträgen, die ihr der Parteitag wiederholt gegeben hat, nicht in allen Fällen nachgekommen ist, dies nicht etwa aus Geringschätzung geschah, sondern weil wir den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen mußten. Aehnlich stehe ich zu der übergroßen Mehrzahl der hier gestellten Anträge. Ich halte die in den meisten Anträgen gegebenen Anregungen für außerordentlich nützlich und eine große Anzahl von ihnen für durchaus berechtigt, namentlich so weit sie sich auf das wirthschaftliche Gebiet erstrecken. Alles was wir auf wirthschaftlichem Gebiet im Reichstag beantragt und vertreten haben, deckt sich mit Forderungen, die in diesen Anträgen gestellt werden, und ein Theil der heutigen Anträge ist ja bereits im Reichstage behandelt worden. Wenn man glaubt, daß man diese Anträge immer wiederholen muß, so ist das für gewisse Fälle richtig, aber auch das hängt von Umständen ab, die wir nicht bestimmen können. Vergessen wir das eine nicht, wir haben im Parlament nach dem dort geltenden Usus einen Tag in der Woche, an dem Petitionen und Initiativanträge der Fraktionen behandelt werden. Sie können ungefähr ermessen, wieviel von dieser Verhandlungszeit auf die Initiativanträge kommt, wenn ich darauf hinweise, daß von allen Fraktionen Anträge gestellt werden und daß man, um eine einigermaßen vernünftige Verhandlung zu ermöglichen, die Bestimmung treffen mußte, daß die Anträge der Fraktionen der Reihe nach behandelt werden, und daß jede Fraktion erst dann wieder mit einem Antrag herankommt, wenn alle anderen Fraktionen an der Reihe gewesen sind. Wenn Sie berücksichtigen, daß das nur einmal in der Woche geschieht, so können Sie sich ungefähr denken, wie lange die Session dauern müßte, um die hier gestellten Anträge alle zur Verhandlung zu bringen. Man glaube nicht, daß die Anträge, wenn sie gestellt sind, auch sofort verhandelt werden. Die Anträge, die sich auf wirthschaftlichem Gebiet bewegen, sowie ein Theil der Anträge, die mehr die politische Seite betreffen, halte ich durchaus für berechtigt.

Noch ein Wort über den Antrag 94, der die Fraktion beauftragt, abermals den Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen zu stellen. Diesen Antrag haben wir bereits früher eingebracht und ich glaube, es entspricht auch der Absicht der Fraktion, ihn gegenüber den jetzt veränderten Verhältnissen aufs Neue einzubringen. (Sehr gut.) Wir standen von Anfang an auf dem Standpunkt, daß wir den deutschen Kaiser so wenig wie jedem Anderen an sich das Recht bestreiten, seine Ansicht über die einzelnen Tagesfragen zu äußern. Aber die konstitutionelle Fiktion der Unverletzlichkeit des Kaisers kann nur darauf begründet sein, daß der Kaiser sich nicht in politische Tagesfragen einmischt. (Sehr richtig.) Nimmt er, was wir ihm auch nicht

bestreiten wollen, das Recht in Anspruch, die öffentliche Meinung nach bestimmter Richtung hin zu leiten, dann muß er sich auch gefallen lassen, daß dagegen diejenige Kritik ausgeübt wird, die innerhalb des allgemein geltenden Rechts möglich ist. (Lebhafte Zustimmung.) Und so wenig wir uns Ausnahmegesetze gegen uns gefallen lassen können, so wenig können wir Ausnahmegesetze zu Gunsten des deutschen Kaisers dulden. (Sehr wahr.)

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um einige der Anträge zu bekämpfen und werde zum Schluß den Antrag stellen, diese Anträge abzulehnen, alle übrigen aber der Fraktion als Material zu überweisen. Sie können sicher sein, daß keine dieser Anregungen vernachlässigt wird, aber es hieße, uns, der parlamentarischen Vertretung, eine Last auferlegen, wenn Sie die Bestimmung träfen, die und die Anträge müssen jetzt eingebracht werden. Sie müssen sich nach meiner Meinung dazu entschließen und können auch der Fraktion den geeigneten Zeitpunkt überlassen, in der sie von der Anregung Gebrauch machen will. Das ist der richtige Weg und es geschieht Niemand ein Schaden. Zu den Anträgen aber, die ich bekämpfen muß, gehört zunächst Antrag 69. Ein ähnlicher Antrag hat einen früheren Parteitag beschäftigt, damals ist er, wie ich glaube, mit Recht abgelehnt worden. Mit noch größerem Recht aber muß er heute abgelehnt werden, denn mehr wie damals hieße heute die Forderung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechtes für Deutschland, ganz Deutschland unter die preußische Pickelhaube bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben keine Veranlassung zu wünschen, daß in den Ländern, in denen ein besseres Vereins- und Versammlungsrecht besteht als in Preußen, das preußische Vereinsrecht eingeführt wird. (Sehr wahr!) Glauben Sie doch nicht, daß es in der heutigen Situation in Deutschland möglich ist, ein Vereins- und Versammlungsrecht durchzuführen, wie wir es wünschen. (Sehr wahr!) Nein, im Augenblicke an den Vereins- und Versammlungsgesetzen rütteln, bedeutet, eine Verschlechterung derselben herbeiführen. (Sehr wahr!)

Zwei weitere Anträge habe ich zu bekämpfen, weil sie überflüssig und nach meiner Auffassung hin fast undurchführbar sind. Der Antrag 80 ist zunächst überhaupt falsch, denn vor 5 Jahren haben wir garnicht auf einen etwaigen Anspruch aufs Präsidium verzichtet, der Antragsteller meinte wahrscheinlich den Moment, wo der Reichstag es abgelehnt hat, Bismarck zum achtzigsten Geburtstag zu gratuliren, und wo in Folge dessen eine Veränderung im Präsidium stattfand und die Rede davon war, daß die sozialdemokratische Fraktion als drittstärkste einen eventuellen Anspruch erheben würde. Ansprüche nach dieser Richtung haben wir aber überhaupt nicht erhoben. Ganz abgesehen aber davon meine ich, es ist dies aber blos meine persönliche Auffassung, daß wir keinen Werth darauf zu legen haben, im Präsidium des Reichstages zu sitzen. Wir sind viel freier, viel unabhängiger, wenn wir außerhalb des Präsidiums sind. Daß wir dabei nicht auf eine unseren Stärkeverhältnissen entsprechende Vertretung in den Kommissionen und den anderen Reichstagsinstitutionen verzichten, versteht sich von selbst. Aber heute gilt das Reichstagspräsidium als die Repräsentation des Reichstages, und daß wir keinen Grund haben, uns danach zu sehnen, diesen Reichstag mit zu repräsentiren, das versteht sich von selbst.

Denselben Standpunkt nehme ich ein zum Antrag 81; das ist einer der Anträge, die wirkungslos sind und sein müssen, denn wir bestimmen ja nicht den Usus, und brechen wir mit ihm, so wird damit noch nicht die Auffassung der Majorität des Reichstags geändert, die auf dem gegentheiligen Standpunkt steht. Wie wir stehen, wissen ja die Parteigenossen. Wem von den Rednern des Reichstages wird es denn vom Präsidium verwehrt, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen? Doch nur den Sozialdemokraten, allerdings immer erst dann, wenn sie es bereits gethan und das Nöthige gesagt haben. Aber, daß wir einen Antrag stellen auf Aenderung der Geschäftsordnung bezüglich

einer Sache, die garnicht darin steht, davon kann keine Rede sein. Ich bin überhaupt der Meinung, daß wir eine viel zu starke Partei geworden sind, als daß wir Anträge stellen, von deren Nutzlosigkeit wir von vornherein überzeugt sind.

Das deckt sich nicht etwa mit der Auffassung, daß man dann überhaupt keine Anträge stellen sollte. Nein, wir müssen unsere Anträge stellen, obgleich oder vielleicht weil die Majorität ihnen nicht zustimmt, aber wir sollen keine Anträge stellen, von deren Undurchführbarkeit und Nutzlosigkeit wir selbst überzeugt sind. (Beifall.) Die Anträge, die wir stellen, können nicht damit zurückgewiesen werden, daß ihre Ausführung unmöglich ist, daß sie keinen moralischen und materiellen Werth haben, sondern sie werden abgelehnt, weil die herrschenden Klassen ihre Rechte nicht einschränken lassen wollen, weil unsere Anträge etwas für das Volk verlangen. Auch möchte ich rathen, auf dem Gebiete solcher Anträge etwas vorsichtiger zu sein. Wir wollen uns das Wort, das wir heute auf der Tribüne des Reichstages haben, nicht beschränken lassen. Erinnern Sie sich doch des Vorganges, als der Staatsanwalt einen Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens gegen Liebknecht wegen seines Sitzenbleibens beim Kaiserhoch stellte, wie da dieser Reichstag die Gelegenheit benutzt hat, um eine sogenannte Maulkorbbestimmung für die Sozialdemokratie in die Geschäftsordnung hineinzubringen. Sollen wir so närrisch sein, der Majorität erst Veranlassung geben, „Besserungen" in die Geschäftsordnung hineinzubringen, die bis jetzt nicht darin stehen? (Sehr richtig.)

Die übrigen Anträge bitte ich der Fraktion als Material zu überweisen. In diesem Vorschlage liegt keine Verkleinerung der Bedeutung dieser Anträge, aber es ist der einzige Weg, um ihnen gerecht zu werden. Sie können, Parteigenossen, zu der Fraktion das Vertrauen hegen, daß kein Antrag verloren geht.

Der Antrag Singer wird zur Diskussion gestellt.

Schrader-Osnabrück schließt sich den Ausführungen Singer's an.

Groth-Schwerin: Als Mecklenburger hätte ich besondere Veranlassung, mich gegen Singer's Ausführungen zum Antrag 69 zu wenden. Aber die Gründe, die er anführte, waren für mich durchschlagend. Ich will nur kurz darauf hinweisen, weshalb wir Mecklenburger besondere Veranlassung haben, ein Reichs-Vereinsgesetz zu wünschen. Politische Vereine und Versammlungen sind bei uns nur erlaubt, wenn das Ministerium es gestattet. Uns erlaubt es natürlich nichts. Wir haben uns aber zu helfen gewußt. Wir halten unsere Parteitage in Lübeck ab. In dem offiziellen Regierungsorgan wird jetzt aber erklärt, daß alle Delegirten, die den Parteitag in Lübeck besucht haben, unter Anklage gestellt werden sollen, weil sie einer nicht erlaubten Versammlung beigewohnt haben. Es ist ungeheuerlich, wir sollen bestraft werden, weil wir in Lübeck gethan haben, was in Lübeck erlaubt ist. Wir sind neugierig auf die Erkenntnisse der Gerichte. Der Artikel sagt aber schon, sollten wir freigesprochen werden, so müßte das Vereinsgesetz so verschärft werden, daß wir gewissermaßen in Mecklenburg internirt würden. Nun, so lange die Freizügigkeit noch besteht, werden wir wohl noch verreisen können, trotz unserer Junker! So liegen die Zustände bei uns, durch die wir hauptsächlich nur durch schriftliche Agitation ankämpfen können. Wir verlassen dabei niemals den Boden des Programms, das Gegentheil könnte aus der Stelle hervorgehen, die Genosse Linxweiler aus einem mecklenburgischen Flugblatt zitirt hat. Er hätte sich vorher an uns um Aufklärung wenden und nicht nach Eugen Richter einen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz zitiren sollen. Natürlich sagt das Flugblatt nicht, daß jeder ländliche Arbeiter sich im Zukunftsstaat einen Garten und ein Häuschen aussuchen könne, die Stelle steht vielmehr durchaus in Uebereinstimmung mit Kautsky's und Schoenlank's Erläuterungen zum Erfurter Programm. Dort heißt es auf Seite 25: Für die Kleinbetriebe wird wohl auch nach dem Siege des Proletariats das Privateigenthum an den Produktions-

mitteln fortdauern, von Konfiskation der kleinen Bauerngüter und Handwerksstellen phantasiren blos unsere Gegner. Ganz in diesem Sinne heißt es nun in jenem Flugblatt: Wir werden die Häusler und Büdner, die selbst ihr bischen Acker bestellen, die also keine Lohnarbeiter ausbeuten, nicht wie die Großgrundbesitzer enteignen, sondern ihnen die Wahl stellen, ob sie Einzelbetrieb oder genossenschaftlichen vorziehen. Wir sind überzeugt, sie werden bald aus eigenem Interesse letzteres wählen. So und nicht anders heißt es in jenem Fluglatt.

Nachmittags-Sitzung.

$3^1/_4$ Uhr. Die Debatte wird fortgesetzt.

Baker-Hamburg: Die Fraktion wird ja nichts versäumen, was im Interesse der Parteigenossen liegt, aber auf die Verhältnisse muß man sie doch aufmerksam machen, da sie ihr ferner liegen, als den Landagitatoren. Ich bedaure, daß der Antrag 69 nach den Ausführungen Singer's wohl nicht zur Annahme gelangt, besonders mit Rücksicht auf die mecklenburgischen Verhältnisse ist er eine Nothwendigkeit. Das Gleiche gilt von dem Wahlurnen-Antrag.

Brecour-Kiel tritt für den Antrag 92 ein. Eine Agitation auf dem Lande sei nur möglich, wenn die Bestimmung des § 43 der Gewerbe-Ordnung dahin erweitert wird, daß die Vertheilung von Druckschriften zu Wahlen auch Sonntags ohne polizeiliche Erlaubniß stattfinden könne. Die Fraktion müsse bei der Berathung des Antrages dafür sorgen, daß diese Bestimmung nicht etwa nur auf dem Papier steht. In Schleswig-Holstein haben sich die Behörden einfach über das Gesetz hinweggesetzt, es wurden Genossen inhaftirt, die, als die Wahl schon ausgeschrieben war, Flugblätter vertheilt haben! Eine Beschwerde beim Landrath hatte keinen Zweck, es wurde geantwortet, daß der Gendarm nicht gewußt habe, daß die Wahl schon ausgeschrieben war! Die inhaftirten Genossen, die auf der Torpedo-Werft beschäftigt waren, wurden aus der Arbeit entlassen. Das ist ein neuer Beweis dafür, wie wenig Rücksicht die Staatsbetriebe auf die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Arbeiter nehmen. Auf solche Fälle muß im Reichstage nachdrücklich hingewiesen werden.

v. Elm befürwortet den Impfzwang-Antrag. Die große Mehrheit unserer Genossen ist gegen den Impfzwang und eine Volksabstimmung würde ihn mit überwältigender Mehrheit verurtheilen. Im Gegensatz zu Singer tritt v. Elm für die Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Herbeiführung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechtes ein. Der Reichstag wird sich keinesfalls zu einer Verschlechterung verstehen. Mecklenburg, Hamburg werden nicht früher ein besseres Recht auf diesem Gebiete haben, als bis ein Reichsgesetz es erzwingt. Besonders die gewerkschaftliche Bewegung ist daran interessirt. So lange die Einzellandtage darüber zu bestimmen haben, kann unsere Kritik im Reichstage nicht durchgreifend sein.

Gottschalk-Königsberg: Zu den nach dem Antrage Singer's der Fraktion als Material zu überweisenden Anträgen gehört auch Antrag 96, der damit als ein für unsere Partei diskutabler hingestellt wird. Meiner Ansicht nach hat dieser Antrag mit den Interessen der sozialdemokratischen Partei überhaupt nichts zu thun, er will nur die Partei festlegen zu Gunsten der Impfzwangsgegner. Die Antragsteller urtheilen voreilig, indem sie den Impfzwang für eine veraltete, dem Fortschritt der Zeit ins Gesicht schlagende Einrichtung erklären. Nicht eine einzige medizinische Autorität steht auf diesem Standpunkt. Wohin kommen wir mit dem Argument, daß die Partei diese Sache zu ihrer machen müsse, weil sie die großen Massen angehe! Ist denn Alles, was die Proletarier anlangt, in unserem Sinne eine proletarische Frage? Berührt diese Frage irgendwie die wirthschaftliche Lage der Proletarier in ihrem Klassengegensatz zum Kapitalismus. Lehnen Sie daher den Antrag 96 rundweg ab.

Heymann-Braunschweig: Der Vorredner hat das Wesentlichste von dem, was ich sagen wollte, schon vorweggenommen. (Große Heiterkeit.) Es ist ein grober Unfug, in diesen Fragen den Genossen die Freiheit der Entschließung zu nehmen. Damit wird aber Mißbrauch getrieben. Wir wollen dem groben Unfug nicht noch Nahrung geben, daß der Arbeiter durch das Krankenkassengesetz gezwungen wird, sich an einen wissenschaftlich gebildeten Arzt zu wenden, und nachher kommt der Vater des kranken Kindes und geht zum Naturarzt und der andere Arzt hat die Verantwortung.

Ein Schlußantrag, den **Schöpflin**-Burgstädt damit begründet, daß man doch unmöglich in dieser Debatte noch auf den Kneipp'schen Malzkaffee kommen könne, wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Wurm: Soweit die Anträge der Fraktion als Material überwiesen werden, glaube ich, versichern zu dürfen, daß die Fraktion die Winke, die ihr damit gegeben werden, berücksichtigen wird. Ich habe allerdings auch den Wunsch, daß der Impfantrag der Fraktion nicht überwiesen werden möge. Ich bin zwar für meine Person auch Impfgegner, ich meine aber, wir haben gar keine Veranlassung, diese rein medizinisch-technische Frage mit unserer Partei zu verquicken. (Beifall.) Im Uebrigen freue ich mich, aus der Debatte konstatiren zu können, daß ein ernster Widerspruch gegen die Thätigkeit der Fraktion nicht zu Tage getreten ist. Wenn der Genosse Quarck meinte, manche Parteigenossen hätten nach den Debatten über das „Endziel" schwere Träume gehabt, so glaube ich, das kann nur den Genossen passirt sein, die in dieser Beziehung ein schlechtes Gewissen hatten (Sehr gut! und Heiterkeit), denn ein gutes Gewissen ist ein sanftes Ruhekissen! Nichts ist falscher als eine Taktik des Leisetretens, wie Genosse Peus sie empfohlen. Wenn wir auf die Gefahr hinweisen, so haben wir noch lange keine Angst vor ihr. Im Gegentheil, wir zeigen gleichzeitig, welche Mittel wir gegen sie anwenden: die Organisation der Arbeiterklasse, die die Reaktion überwinden wird. Wir zeigen gleichzeitig, daß und warum wir revolutionär sind, daß wir glauben, nicht anders kann eine Aenderung herbeigeführt werden, als durch eine vollständige Umgestaltung unseres Wirthschaftswesens von Grund aus. Umsomehr hat es mich geschmerzt, daß ein alter Mitkämpfer, der sonst wahrhaftig nicht zu den Leisetretern gehört, so billige Witze gemacht hat über das Wort „Revolution". (Sehr wahr!) Ueberlassen wir doch das Schnarrrren den Gardelieutenants. (Beifall.) Wir wollen nicht die Revolution mit Heugabeln, mit Dolch und Dynamit; das weiß unsere Gegnerschaft, die uns das nachsagt, so gut wie wir. Aber die Forderung der revolutionären Umgestaltung der Wirthschaftsordnung, d. h. der Umgestaltung von Grund aus, ist die Grundlage unseres Seins. Und die Revolutionen des Bürgerthums — haben wir etwa Anlaß darüber zu spotten? Hut ab vor den Revolutionären von 1793 und von 1848, ohne sie gäbe es kein Deutsches Reich, ohne sie gäbe es keinen Deutschen Reichstag, ohne sie gäbe es keinen sozialdemokratischen Parteitag. Wir haben keinen Anlaß, über das Revolutionäre auch nur im Geringsten zu witzeln und zu spotten.

Der Zusammenhang unserer wirthschaftlichen und politischen Lage ist so eng, daß es ganz klar ist, wie gerade der Militarismus die nothwendige Folge des Kapitalismus ist; er ist die einzige Zuflucht des Kapitalismus. Schauen wir doch um uns. Ueberall ist die Herrschaft des Generalstabs, überall Bayonette, dann Abrüstungsvorschlag, der aus dem Lande des größten Despoten kommt. Wenn die Despoten abrüsten wollen, dann müßten wir aufrüsten, denn so weit werden die Regierungen nicht gehen, daß auch der letzte Mann des stehenden Heeres verschwindet. Es werden Prätorianertruppen, es wird eine Söldnerschaar übrig bleiben, die sich der Kapitalismus hält, um sich gegen den inneren Feind zu wehren. (Sehr wahr.) Darum halte ich es auch für nicht

richtig, wenn Genosse Dr. David gesagt hat: Wie schön ist es, wenn wir den Bauern sagen können, wir wollen die Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr. Das soll leichter begreiflich sein als die Forderung des Milizsystems. Ich bin entgegengesetzter Ansicht. Das ist keine grundsätzliche Agitation, wenn wir nur die Erleichterung des Militarismus fordern, wir haben auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Militarismus hinweisen. Beide sind Geschwisterkinder, und wenn auch der Kapitalismus nach außen abrüsten sollte, weil er die Lasten nicht mehr tragen will, nach innen behält er den Militarismus, weil er ihn schützen soll gegen die Arbeiter. (Sehr richtig.) Demgegenüber hat die Arbeiterklasse, hat die Sozialdemokratie die Forderung zu erheben: Demokratisirung des Heerwesens. Nicht wehrlos wollen wir das Land machen; wir wissen sehr gut, daß, bis die Zeit kommen wird, wo die Streitfragen auf friedlichem Wege geschlichtet werden, die Rüstungen unvermeidlich sind, aber wir verlangen, daß diese Rüstungen nicht ein Werkzeug sind, das in erster Linie gerichtet ist gegen die, die sie bezahlen müssen, zu deren Schutze sie angeblich gemacht werden. Nicht Kanonen für die Regierung, Kanonen für das Volk wollen wir haben. Das Volk in Waffen, die bewaffnete Miliz, welche die grauenhaften Zusammenstöße zwischen Kindern desselben Volkes unmöglich macht, die wir unter allen Staatsformen gesehen haben. David sagt uns, daß der Kapitalismus in seinem eigenen Interesse demokratisch werden muß. Gewiß, die Herren Kapitalisten wollen selbst da sitzen, wo jetzt das Junkerthum sitzt. Glauben Sie aber nicht, Genosse David, daß der Kapitalismus, wo er nicht durch eine mächtige Arbeiterklasse davon abgehalten wird, auch bei demokratischer Regierungsform gegebenenfalls auf die Arbeiter schießen lassen wird? Sind die Metzeleien von Fourmies vergessen, wo das Blut der französischen Arbeiter floß? Und es giebt dagegen nur ein Mittel: die Einführung des Milizheeres. — Die Debatten der Mainzer Genossen haben gezeigt, wie entgegen allen herumschwirrenden Gerüchten die Partei einig und gefestigt dasteht in ihren Grundanschauungen. Wir sehen, daß keine Beschwerde über die Thätigkeit der Fraktion vorgebracht wurde, wir sehen, daß der Parteitag die Grundsätze billigte, die die Fraktion zu ihrem Vorgehen veranlaßten, und so können wir getrosten Muthes der Zukunft entgegensehen. Mag man uns bedrohen, mag man uns verfolgen, wir haben Schlimmeres überstanden. Wir werden vielleicht noch Schlimmeres bekommen, aber auch das werden wir überstehen, wenn wir einig und fest auf der Grundlage unseres Programms unsere revolutionären Forderungen der Umgestaltung der wirthschaftlichen Ordnung aufrecht erhalten und geschlossen in den Kampf ziehen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Der Fraktion werden als Material überwiesen die Anträge 66, 67, 68, 70, 71, 72, 73, 76, 82, 86 Abs. 7, 92, 94 und 104. Abgelehnt werden die Anträge 69, 80, 81, 96. Angenommen wird Antrag 75. Die übrigen zum Bericht über die Thätigkeit der Fraktion gestellten Anträge sind durch die früheren Beschlüsse erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung: **Das Koalitionsrecht.**

Berichterstatter **Richard Fischer:** Meine Aufgabe kann es heute selbstverständlich nicht sein, hier vor den Vertretern der deutschen klassenbewußten Arbeiterschaft erst die Bedeutung des Koalitionsrechts zu schildern als Waffe für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse durch die Beseitigung und Zertrümmerung der kapitalistischen Ausbeutung. Meine Aufgabe kann es auch nicht sein, hier Ihnen die Kämpfe zu schildern, die die deutsche Arbeiterschaft führen mußte, um wenigstens für die Industrie-Arbeiter das Koalitionsrecht grundsätzlich zugestanden zu erhalten. Wenn wir heute diese Frage auf die Tagesordnung gestellt haben, so deshalb, weil wir, die Vertreter der deutschen klassenbewußten Arbeiterklasse, auf die Oeynhausener Rede unsere Antwort geben, gegen die bei dieser Gelegenheit ausgesprochene Drohung Stellung nehmen müssen. Die

deutschen Arbeiter würden es nicht verstehen, man würde es uns als Feigheit, als Zeichen der Schwäche und Furcht anrechnen, wenn wir dazu schweigen würden! Und, Parteigenossen, wir sind Alle darin einig, zur Feigheit und zur Furcht haben wir keinen Anlaß. Hat der Kaiser zu Oeynhausen in seiner Tischrede den westfälischen Unternehmern seinen Schutz und seine Hilfe versprochen, „um sie vor wirthschaftlich schweren Stunden zu bewahren", wohlan, so wollen wir, das Arbeiterparlament, den Arbeitern unsere Hilfsbereitschaft damit ausdrücken, daß wir sie auffordern, sich zu rüsten und zu waffnen, damit sie selber sich vor den wirthschaftlich schweren Stunden bewahren können, mit welchen die Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßregeln der Unternehmerklasse, der Reichs- und Bundesregierungen sie bedrohen. Bei der grundsätzlichen Stellung, die wir der Monarchie gegenüber einnehmen, bei unserer Auffassung von der staatsrechtlichen Stellung des Monarchen im Klassenstaat würden wir heute die Oeynhausener Rede vielleicht nicht zu verhandeln haben, wenn wir nicht erfahren hätten, daß, was der Kaiser dort ausgesprochen hat, zugleich auch in den innersten Herzenswünschen und geheimen Absichten der deutschen Unternehmerklasse ein Echo gefunden hat Man braucht blos auf die Thatsache zu verweisen, wie die Vertreter der deutschen Baumwollen- und Eisenbarone mit einer gewissen affenartigen Geschwindigkeit ihre Bereitwilligkeit dem Kaiser erklärten, alle Unterdrückungsmaßregeln zu unterstützen, die er, der Kaiser, nicht etwa der Reichstag, die gesetzgebende Körperschaft, wünschen würde. Wir haben hierin wieder eben einen Beweis für die Thatsache, daß die deutsche Bourgeoisie bereits bei dem Grade der Knechtseligkeit angelangt ist, daß sie nur noch in autokratischem Regimente, in der Militärdiktatur die Möglichkeit sieht, ihre Klassenprivilegien sich zu erhalten. Wir können auch auf die Thatsache hinweisen, daß die deutsche Unternehmerpresse vom Schlage der Stumm'schen „Post" diese Kaiserrede mit wahrem Jubel begrüßte. Allen voran der Oberoffiziosus der Kapitalistenklasse, der zwar nicht mit Spree-, aber mit Weihwasser getaufte Galizier Schweinburg, der gegen 12 000 Mk. Jahresgehalt jahraus jahrein die deutschen Arbeiter wegen mangelnder christlicher und deutscher Gesinnung beschimpft. Er nannte die Rede eine erlösende That. Erst als man allgemein merkte, daß nicht blos die Sozialdemokraten, die sogenannten Streikhetzer, sondern die ganze deutsche Arbeiterklasse diese Zuchthausdrohung wie einen Peitschenhieb ins Gesicht empfand, da suchte diese Presse zurückzuhufen, da begann man, an der Kaiserrede zu drehen und zu deuteln. Sogar die „Nordd. Allg. Ztg." wagte zu schreiben: „über den Inhalt des Gesetzentwurfs läßt sich vernünftigerweise erst reden, wenn derselbe bekannt geworden ist", wofür freilich das Agrarblatt „Die deutsche Tageszeitung" sie mit der betreffenden Bemerkung abführte, „eine so große Taktlosigkeit sei bei einem offiziösen Blatte geradezu unverständlich". Andere Blätter, wie die „Köln. Ztg.", verlegten sich darauf, die Zuchthausandrohung als einen Lapsus linguae (als ein Versprechen, falschen Ausdruck) hinzustellen und die feigsten Jammerlappen waren, wie immer, die Freisinnigen. Während Eugen Richter seine alte Jeremiade herleierte, daß der Monarch nur in konstitutionellen Hosen an die Oeffentlichkeit treten soll, sagte das „Berliner Tageblatt": „man müsse weniger auf die Worte als auf den Sinn der Kaiserrede schauen. Der Kaiser wünsche lediglich die Unmöglichmachung von Ausschreitungen". Gegen dieses Versteckenspiel, gegen diese Täuschung, gegen diesen politischen Betrug müssen wir Stellung nehmen. Wir haben ja gewiß nicht die Aufgabe zu untersuchen, in welchem Lichte diese Blätter die Person des Kaisers nach solchen Deutelungen — wenn man an ihre Aufrichtigkeit glauben wollte — erscheinen lassen. In der Aera der Majestätsbeleidigungsprozesse können wir das getrost der Staatsanwaltschaft überlassen. Aber die Ausführungen des Monarchen, dessen Entrüstung über die Reichstags-Majorität beim Bismarck-Jubiläum, dessen Verurtheilung der „vaterlandslosen Gesellen" bei der vorletzten Marinevorlage und der „vaterlandslosen Rotte, die nicht werth ist,

den Namen Deutsche zu tragen", den jubelnden Beifall des größten Theils dieser Presse fand, sind auch wörtlich zu nehmen, wenn er versichert:

„Das Gesetz naht sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin Jeder, er möge sein was er will, und heißen wie er will, der einen deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, **mit Zuchthaus bestraft werden soll.** Die Strafe habe ich damals versprochen und ich hoffe, daß das Volk in seinen Vertretern zu mir stehen wird, um unsere nationale Arbeit in dieser Weise, soweit es möglich ist, zu schützen."

Man mußte sich im ersten Augenblick sofort fragen: wenn schon die bloße Anreizung zum Streik als ein Verbrechen aufgefaßt werden soll, das mit dem Brandmal der Ehrlosigkeit, mit Zuchthaus zu bestrafen ist, welche Strafe ist dann eigentlich groß genug, um den Streik selber zu treffen? (Sehr wahr) Wenn man den Gedanken logisch verfolgt, muß man dahin kommen, daß, wenn schon auf die Anreizung Zuchthaus gesetzt ist, den Streikenden selbst die Todesstrafe treffen müßte. (Sehr gut!) Und damit fällt die Drohung eigentlich ganz in sich selbst zusammen. Aber daß die Worte ernst gemeint waren und daß es sich nicht um ein Versprechen handelte, das wird sofort klar, wenn man sich den Werdegang dieses Gedankens ansieht. In Bielefeld versprach der Kaiser dem Pastor Bodelschwingh „schwerste Strafe" dem, der einen Arbeitswilligen an der Arbeit hindere; wenige Monate später konnte der „Vorwärts" den bekannten Geheimerlaß des Grafen Posadowsky veröffentlichen, der trotz aller Versicherung des Staatssekretärs von der deutschen Arbeiterschaft als ein Attentat auf die Koalitionsfreiheit aufgefaßt wurde. Während der Wahlbewegung haben die Regierungs- und bürgerliche Presse und Parteien nicht aufgehört zu versichern, daß alle Behauptungen von einer Bedrohung des Koalitionsrechts nichts als sozialdemokratische Verhetzung, erlogene Behauptungen seien, und jetzt — wenige Wochen nach der Wahl — die Kaiserrede, die Zuchthaus androht und zwar Jedem, er möge sein wer er will, und heißen wie er will, der „gar zu einem Streik anreizt". Das ist so klar, so deutlich, daß nur ein Narr oder ein Betrüger an der Gefahr zweifeln kann, welche der auf dem Wege der Koalition und Arbeitseinstellung für eine Besserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiterklasse droht. (Sehr richtig!) Auch Graf Posadowsky sprach schon bei der Verhandlung über seinen Erlaß davon, auch die „bewußten und unbewußten Mitläufer der Sozialdemokratie" würden die Machtmittel des Staates zu fühlen bekommen. Man sieht also den Zusammenhang ganz klar. Nun sind wir Sozialdemokraten gewiß die Letzten, die sich über diese Kaiserrede besonders aufregen oder gar entrüsten. Im Gegentheil, wir sehen in ihr die Bestätigung unserer Auffassung, daß die in den Februar-Erlassen angekündigte Sozialreform zur Zeit — denn wir wissen ja nie, was morgen kommt — aufgegeben ist. Und diese Thatsache ist eine glänzende Rechtfertigung unserer damaligen Stellungnahme zu diesen Erlassen. An dem guten Willen des Kaisers haben auch wir damals nicht gezweifelt, wohl aber mußten wir nach unserer Kenntniß der ökonomischen und politischen Zusammenhänge, bei unserer Ueberzeugung, daß im Klassenstaate unter Aufrechterhaltung des Klassenstaats-Charakters die Regierung auf die Dauer nichts anderes sein kann, als die politische Exekutive der politisch und wirthschaftlich herrschenden Kapitalistenklasse, an der Durchführung und Verwirklichung dieser kaiserlichen Versprechungen durch die gesetzgebenden Faktoren, die Vertreter der kapitalistischen Interessen, zweifeln. Stärker als der gute oder böse Wille des Einzelnen erweist sich eben immer die Macht der Verhältnisse. Das deutsche Reich ist ein Klassenstaat und deshalb entscheiden auch in der Regierung und in der Gesetzgebung die kapitalistischen Interessen, und die Posadowsky, die Thielen, die Brefeld — das sind blos andere Namen für die Begriffe Stumm,

Krupp, Kardorff, Mirbach rc. Was sie thun und lassen, ist einfach die Wahrung der kapitalistischen Interessen auf agrarischem wie industriellem Gebiete! Dabei ist es völlig gleichgiltig, ob sie dies selbst nicht einmal wissen und begreifen, und es in ehrlicher Ueberzeugung vielleicht sogar bestreiten, daß dem so ist.

Aber wenn auch das Deutsche Reich ein Klassenstaat ist, so ist doch die Art Weise, wie unsere Reichsregierung und unsere Großkapitalisten diese Interessen gegen die Bestrebungen der Arbeiterklasse gewahrt wissen wollen, speziell preußisch. Und diese spezielle Methode ist zu erklären aus dem Umstande, daß wir im Deutschen Reiche eben überall die Rudimente des Polizei- und Feudalstaates an uns tragen. In England herrscht die Bourgeoisie, der Großkapitalismus unbestritten, aber solch kleinliche, bureaukratisch und polizeilich beschränkte Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterklasse kennt man dort nicht, und das ist nicht etwa ein Zeichen der Schwäche der englischen Bourgeoisie, der Furcht vor der Arbeiterbewegung, nein, im Gegentheil ein Zeichen ihrer Stärke, ihres Kraftbewußtseins. Bei uns glauben die Unternehmer vom Schlage der Stumm und Haßler, die Sozialpolitiker von der ökonomischen Einsicht der Posadowsky, Tirpitz, Goßler, Brefeld und Thiele, man könne mit ein paar Stafparagraphen die ganzen den Unternehmern so unangenehmen Streikbewegungen aus der Welt schaffen.

Genau vor 100 Jahren hat England seine Koalitionsverbote erlassen, 1800 seine Verschwörungsbill, die jeden Versuch der Organisation mit Zuchthaus bedrohte, Parlament, Polizei und Richter stellten sich schamlos und zynisch in den Dienst der Unternehmerklasse. Zu Dutzenden wurden die englischen Arbeiter, sogar Frauen und Minderjährige ins Zuchthaus gesteckt! Umsonst! 1824 mußte das Parlament die Koalitionsverbote wieder aufheben. Und nun, hundert Jahre später, soll bei uns von der Regierung und den Unternehmervertretern den Arbeitern, „die zum Streik anreizen", das Brandmal der Ehrlosigkeit in Gestalt der Zuchthausstrafe aufgedrückt werden, während selbst bei Hoch- und Landesverrath der Richter wenigstens die Ehrlosigkeit der Gesinnung ausdrücklich konstatiren muß. Hier ist die That von vornherein zu einer ehrlosen gestempelt. Da muß man sich in der That fragen, ob man denn in jenen Kreisen gar keine Ahnung hat von dem Denken und Fühlen der Arbeiterklasse. Ehrenhafte Arbeiter, die, um für Weib und Kind das traurige Lebenslos zu mildern, für sich und ihre Kameraden ein paar Pfennige mehr Lohn zu erhalten, zum Streik anreizen, also die Arbeitseinstellung empfehlen, für sie agitiren, sollen wie Räuber und Mörder, wie Gauner und Betrüger, wie Kuppler und meineidige Schufte ins Zuchthaus geschickt werden. Den Hamburger Unternehmern ist aber zugerufen worden, sie sollten nur fest zusammenstehen, die englischen Metallarbeiter wurden wegen ihres ruhigen festen Zusammenstehens beim Achtstunden-Kampf offen belobt. Der deutsche Arbeiter aber, der zum Streik anreizt, soll ins Zuchthaus gesteckt werden! Die deutschen Korpsstudenten werden wegen ihres Korpsgeistes belobt, die preußischen Junker wegen ihres Standesbewußtseins als „Edelste und Beste der Nation" gerühmt, wenn aber die „Unfreien", wenn die Arbeiter ihr Standesbewußtsein, ihr Klassenbewußtsein bethätigen, für dessen Bekundung durch den Streik agitiren wollen, dann soll die Gesetzgebung sie — ehrlos machen. (Beifall.) Richter und Polizei sollen sie ins Zuchthaus stecken! Ja noch mehr: in allen jenen Kreisen wird angeblich der geringste Verstoß gegen diesen Korpsgeist, gegen die Standesehre als ein Verstoß gegen den Ehrbegriff angesehen, der mit der gesellschaftlichen Aechtung bestraft wird, und hier beim Arbeiter soll unter Umständen die Gesetzgebung den Grundsatz aufstellen, daß nicht der als ehrlos gelten soll, der offen die überall geltenden Forderungen von Treu und Glauben mit Füßen tritt, der seinen Klassengenossen das gegebene Wort bricht, der offen zum Verräther seiner Klassengenossen wird, sondern Derjenige, welcher seine Brüder zur Bethätigung der Klassenehre auffordert. Das wäre nach unserer Auffassung die logische Folgerung und praktische Wirkung

eines solchen Gesetzes. Gegen solche, allen modernen Rechtsanschauungen widersprechenden Absichten müssen wir nicht nur protestiren, sondern offen den Kampf aufnehmen. Freilich, wenn Zuchthausstrafe auf der Anreizung, also Aufforderung zum Streik läge, wie bequem wäre das für die Unternehmer. Da könnte man kurzerhand jeden Agitator, jeden Gewerkschaftsführer, jede Lohnkommission, jedes Streikkomitee in die Untersuchungshaft abführen lassen, und unsere Unternehmer haben so viel Vertrauen zu unseren Richtern und zu unserer Polizei, zu glauben, daß das sofort in allen Fällen geschehen würde. Aller und jeder Lohnkampf wäre beendet. Wenn dann die ihrer Rathgeber und ihrer Vertrauensleute beraubten Massen sich zu Exzessen hinreißen ließen — nun, wir wissen ja, daß die Polizei in Preußen jüngst vom Minister von der Recke den Befehl erhalten hat, bei etwaigen Unruhen sofort scharf zu schießen, Blut zu vergießen. Und wir thun Herrn v. d. Recke vielleicht nicht Unrecht, wenn wir nicht ihm allein die Vaterschaft dieses Gedankens zuschreiben. Seit Jahren hören wir ja die Auffassung in Deutschland vertreten, daß die soziale Frage in letzter Linie eine militärische sei, daß sie nicht auf gesetzlichem, sondern auf militärischem Wege zu lösen sei.

Nun sagen uns freilich die Siebengescheidten der bürgerlichen Parteien: Ach was, Ihr braucht Euch ja garnicht so zu ängstigen, die Regierung wird keine solche Vorlage, die auf Zuchthaus lautet, im Reichstage einbringen. Und selbst wenn sie es wagen sollte, dann ist bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages gar keine Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit gegeben, daß ein solcher Gesetzentwurf die Majorität im Reichstag findet. Möglich! Aber nach den wiederholten und so ostentativ geäußerten Wünschen und Anschauungen des Kaisers wird die Regierung einen schweren Stand haben, diese Dinge anders zu machen als sie verkündet worden sind. Und dann kennen wir ja auch die alte Ministertaktik, Zuchthaus zu fordern, wenn man Gefängniß will. Aber für diese Politik haben die Arbeiter kein Verständniß, weil sie die Auffassung haben, daß überhaupt kein Anlaß vorhanden sei, die Strafbestimmungen irgendwie zu verschärfen. Und dann müssen wir die deutschen Arbeiter immer wieder und immer wieder darüber aufklären, wie der deutsche Kaiser über ihre Streikbewegung und über ihre Klassenkämpfe denkt und wie er die Wortführer in diesen Kämpfen betrachtet und behandelt wissen will. Wir aber sagen, was dem Unternehmer recht ist, ist dem Arbeiter billig. Die Unternehmer können sich koaliren, wie sie wollen, sie können Aussperrungen androhen, kein Staatsanwalt hat bis jetzt gefunden, daß dadurch die Arbeiter beunruhigt oder „genöthigt" werden. Sie können schwarze Listen zirkuliren lassen, kein Staatsanwalt hat bisher in der Charakterisirung und Bezeichnung als Streikhetzer eine Beleidigung gefunden. Wohlan, diese Aktionsfreiheit der Unternehmer beanspruchen wir für die Arbeiter auch! Auf dem Papiere des Strafgesetzbuches haben wir sie heute schon, aber diese Gleichheit auf dem Papiere bedeutet nicht Gleichheit in der Praxis.

Was in der Aera der Bielefelder und insbesondere der Oeynhausener Rede auf dem Boden der heutigen Gesetze alles möglich ist, und wie die deutschen Richter für die Erfüllung der Wünsche des Kaisers auch ohne Gesetzesänderung gesetzliche Handhaben zu finden wissen, dafür ein paar Beispiele: In Magdeburg, das ja den Ruf Sachsens mit Erfolg zu übertreffen scheint, wurde wegen Bedrohung 14 Tage Gefängniß verhängt, weil in einem Flugblatt stand: „Bis jetzt ist es den Unternehmern nicht gelungen, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen, daß es auch in Zukunft nicht geschieht, das wird unsere Sorge sein." Ein anderes Gericht verhängte wegen Nöthigung einen Monat Gefängniß, weil zwei Arbeiter eines Abends einen Streikbrecher begleiteten. Der eine Angeklagte hatte versucht, seinen weiterarbeitenden Kollegen zum Streik zu überreden, während der andere zur Seite ging. Das Gericht folgerte, daß

durch die stumme Rolle, die der zweite Begleiter ausführte, der Streikbrecher genöthigt gewesen wäre, die Vorhaltungen des anderen mit anzuhören. Wegen groben Unfugs wurden in einer Reihe von Fällen bis zu vier Wochen Gefängniß verhängt für die Worte: „Zuzug fernzuhalten!“ In Dresden wurde Genosse Horn zu zwei Monaten Gefängniß oder 500 Mk. Geldstrafe deshalb verurtheilt, und das Gericht motivirte dies damit, weil nicht blos die Fabrikanten sondern auch die Lieferanten und Aktionäre beunruhigt würden. Eben dort wurde der Maurer Busse zu 7 und Fischer zu 5 Monaten und 2 Wochen verurtheilt, weil sie am 1. Mai arbeitende Kollegen durch Drohungen gezwungen haben sollen, 50 Pf. in die Streikkasse zu spenden. Aehnliche Fälle sind beinahe Tag für Tag aus der deutschen Gerichtspraxis zu konstatiren. Sehen wir uns nun ein paar Fälle an, wo der Richter Bedrohung angenommen hat. In Frankenthal wurde ein Küfer zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er einen Drohbrief an Arbeitswillige geschrieben. In Berlin erhielt ein Arbeiter eine Gefängnißstrafe von einem Monat, weil er zu einigen „Arbeitswilligen“ die Aeußerung that: „Seht Euch die Kollegen an!“ In einem anderen Falle gab es einen Monat Gefängniß, weil ein Arbeiter einen anderen mit den Worten zu beeinflussen gesucht habe, es sei nicht schön, wenn Arbeiter ihren älteren Kollegen in den Rücken fallen! Der Gerichtshof erklärte die Aeußerung für strafbar, weil sie den Vorwurf einer hinterlistigen Handlungsweise und damit eine Ehrverletzung enthalte und auch den Erfolg gehabt habe, daß die Kollegen vor dem Betreffenden ausspieen. In Wiesbaden erhielten zwei Maurer eine Woche Gefängniß, weil sie zu einem Arbeitswilligen gesagt hatten: Geh heim, Du hast nicht ausgeschlafen. Für bloßes Streikpostenstehen wurde in Rostock in Dutzenden von Fällen Gefängniß verhängt; ebenso in Nürnberg, und das Brandenburger Gericht erhöhte eine Polizeibuße, weil grober Unfug vorliege, auch ohne daß der Versuch gemacht werde, von der Arbeit abzuhalten. Und wenn wirklich einmal einer sich hinreißen ließ zu einer gewaltthätigen Handlung, dann werden drakonische Urtheile gefällt, die wirklich eine schärfere Strafbestimmung unnöthig erscheinen lassen sollten. In Dresden erhielt ein Maurer 6 Monate Gefängniß, weil er einem Streikbrecher mit Verhauen gedroht, in Berlin 4 Monate und der Richter führte ausdrücklich an, daß die „gutgesinnten und fleißigen“ Arbeiter geschützt werden müssen. In Lübeck wurden bei dem Streik in der Kersten'schen Fabrik streikende Arbeiter bis zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt, weil sie sich zu einigen Thätlichkeiten gegen andere Arbeiter hinreißen ließen. Ein Arbeitswilliger, der auf die Streikenden, die von ihm zehn Meter entfernt standen, schoß, wurde nicht angeklagt, sondern erschien als Zeuge im Prozeß. Ein Arbeiter, der einem polnischen Streikbrecher die Mütze vom Kopf schlug, bekam 7 Monate Gefängniß. In Erfurt wurde der Steinmetz Fromm zu einem Jahr Gefängniß wegen Hausfriedensbruch, Nöthigung und Körperverletzung verurtheilt, während sogar der Staatsanwalt mit sechs Monaten die Handlung für gesühnt erachtete. In Bielefeld wurden vier und sechs Monate wegen Mißhandlung verhängt, in Berlin erhielt wegen Nöthigung der Zigarrenarbeiter Fengler neun Monate und wegen Hausfriedensbruch und Mißhandlung noch weitere drei Monate Gefängniß und der Maurer Koppe ebenfalls wegen Nöthigung neun Monate, weil er einem Arbeitswilligen mit dem Schirm gedroht habe. Das sind doch Urtheile, welche die Klage über mangelnde Strafmöglichkeit in eigenthümlichem Lichte erscheinen lassen und, wir können hinzufügen, mit dem Fühlen und Denken der Arbeiterklasse in schroffem Widerspruch stehen. Denn die Richter übersehen in solchen Fällen nur allzusehr den Sprachton und die Ausdrucksweise, die in Arbeiterkreisen von früher üblich sind. Wenn alle die Knochen entzweigeschlagen würden, die z. B. bei Bauarbeitern entzweizuschlagen angedroht werden, dann gäbe es schon längst keine arbeitsfähigen Bauarbeiter mehr. Aber im Ernste

denkt bei solcher Drohung Niemand an die wirkliche Ausführung der angedrohten Handlung. (Sehr richtig!)

Und dann vergleichen wir gegenüber diesen Urtheilen an Arbeitern das Maß von Milde, das oft angewendet wird, wenn es sich um Unternehmer handelt. Vor wenigen Wochen ist in Altenburg ein Streik gewesen, da hat der Unternehmer zu den Arbeitenden gesagt, wenn Jemand zu Euch herankommt, dann haut ihn mit der Wasserwaage über den Kopf. Und als das Streikkomitee den Arbeitern Gelegenheit geben wollte, sich von dem gleichen Maß, das gegenüber Arbeitern und Arbeitgebern vor Gericht angewendet wird, zu überzeugen, und Klage erhob, da wurde die Klage zurückgewiesen, weil der Richter erklärte, es sei eine angebrachte Warnung und Aufforderung, sich gegen rechtswidrige Angriffe nöthigenfalls mit Gewalt zu vertheidigen. In Hamburg wurde bekanntlich ein Streikbrecher freigesprochen, der einen Streikenden durch einen Pistolenschuß schwer verletzt hatte. In Lübeck wurden anläßlich einer Prügelei zwischen Streikenden und Nichtstreikenden die Streikenden bis zu 10 Monaten Gefängniß verurtheilt, die Erhebung der Anklage gegen den Streikbrecher hingegen, der auf 10 Meter Entfernung einen Revolverschuß abgab, ohne bedroht zu sein, wurde abgelehnt. Man kann sich also ungefähr ein Bild machen, was die deutsche Arbeiterklasse zu ertragen hätte, wenn noch weitere Verschärfungen durchgesetzt würden. Und dann müssen wir auch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, wie die Klassengesetzgebung es längst fertig gebracht hat, Strafparagraphen anzuwenden, bei deren Erlaß kein Mensch an diese Praxis gedacht hat. Hat jemals bei Schaffung des Erpressungsparagraphen daran gedacht werden können, daß Leute verurtheilt werden könnten, die bei der Unterhandlung mit ihren Arbeitgebern ihren Forderungen dadurch Nachdruck gaben, daß sie sagten: Werden sie nicht bewilligt, wird die Sperre verhängt. Und da haben wir Urtheile von 6, 7, 9 Monaten Gefängniß. Aber ich habe noch keinen Staatsanwalt gesehen, der eine Erpressung darin sah, wenn die Unternehmer sich koalirten zum Zwecke einer Lohnherabsetzung, und wenn sie ihren Arbeitern erklärten: Fügt Ihr Euch nicht, so müßt Ihr nach Ablauf der Kündigungszeit Eure Arbeit verlassen. Diese Beispiele, die sich um Dutzende und Aberdutzende vermehren ließen, beweisen unwiderleglich, erstlich, daß heute schon die Arbeiter in der Praxis minderen Rechtes sind als die Unternehmer, zweitens, daß die heutige Gesetzgebung mehr als ausreicht, etwaige Ausschreitungen strenge zu bestrafen. Mag daher das Material des Grafen Posadowsky, das er sich auf so eigenthümliche Weise verschafft (denn kein Arbeiter, keine Gewerkschaft ist nach ihren Erfahrungen gefragt worden, sondern diese Erhebungen erstrecken sich auf bloße polizeiliche Gutachten), ausschauen, wie es will, für ein objektives Material wird es von Niemandem gehalten werden können. Wir aber wissen durch den jahrzehntelangen Kampf, in dem wir stehen, daß zu einer Aenderung der Gesetzgebung nach der Richtung, wie sie angedroht ist, gar keine Veranlassung vorliegt. Die deutsche Arbeiterklasse protestirt deshalb gegen jede Verschlechterung des heutigen Standes der Gesetzgebung. (Beifall.)

Nun kommt für uns noch die wichtige Frage: wie werden sich die einzelnen Parteien dazu stellen? Und da bin ich der Meinung, daß die Arbeiter sehr mißtrauisch sein müssen. Erinnern wir uns doch, daß im preußische Landtage die Freikonservativen und Nationalliberalen bei der lex Recke ganz offen nach Unterdrückung der Streikbewegung riefen, daß auch die Nationalliberalen sich, wenn nicht die Wahlen vor den Thüren gestanden hätten, für das „kleine Sozialistengesetz" der Freikonservativen entschieden hätten. Auch die Freisinnigen sind in dieser Frage durchaus nicht zuverlässig; erinnern wir uns nur der Abkommandirungen Richter's unter dem Sozialistengesetz, an den Umfall Gutfleisch's in der Verschlechterungskommission der Arbeiterschutz-Kommission. Und jetzt schreibt die „Vossische Zeitung": die Strafe für den Ausstandszwang

sei zu mild; hätte man bei Erlaß des Gesetzes eine Woche in Minimum und ein Jahr in Maximum verlangt, so wäre kein Bedenken dagegen laut geworden, und auch heute noch wäre gegen solche Verschärfung kein Bedenken, wenn das Vereinsgesetz sicher gestellt und erweitert wäre. Dann ließe sich über manche Bestimmung reden, die den Mißbrauch verhüten will. Also schon der halbe Umfall. Und das Zentrum, auf dessen Stimmen es hauptsächlich ankommt? Vorläufig hat allerdings der Führer des Zentrums bei Berathung des Posadowsky-Erlasses sein „Niemals“ der Regierung zugerufen. Aber der Umfall einzelner Zentrumsleute bei der jeweiligen Verlängerung des Sozialistengesetzes und die offen arbeiterfeindliche Richtung der schlesischen und rheinischen Magnaten bieten durchaus keine Garantien. Die Arbeiter können sich daher auf keine der bürgerlichen Parteien verlassen, sie müssen aus eigener Kraft den Kampf führen, und dazu ist vor Allem Organisation nöthig. Noch mehr als bisher müssen wir für die politische und gewerkschaftliche Organisation agitiren, aber wir müssen die Agitation auch in die uns noch fernstehenden Massen tragen, immer wieder und wieder die Nothwendigkeit des Klassenkampfes betonen, immer wieder und wieder die Klassengegensätze ihnen vor Augen führen, sie von der Unversöhnlichkeit dieser Klassengegensätze überzeugen, die die moderne Gesellschaft geradezu in zwei Welten trennen, die im Denken und Empfinden, im Urtheile über Recht und Unrecht soweit auseinandergehen, daß, was in ihren Kreisen als Bürgertugend und Bürgerpflicht gilt, von ihnen bei uns als ehrlos, als Verbrechen angesehen wird, das mit Zuchthaus bestraft werden muß. (Beifall.)

Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn wir mit dieser Agitation nicht bei jedem Arbeiter, der auch nur ein bischen politisches Empfinden besitzt, Verständniß für die Gemeinsamkeit der Interessen erweckten. Lassen wir den hunderttausenden von katholischen Arbeitern, die heute noch hinter den Zentrumsfahnen marschiren, ihren lieben Herrgott und ihren Glauben. Wenn wir sie erst von der Interessengemeinsamkeit mit uns, der Interessengemeinsamkeit aller Arbeiter und dem Gegensatze ihrer Interessen zu denen ihrer katholischen, protestantischen oder jüdischen Arbeitgeber überzeugt haben, dann wird sich auch das Andere finden. Ich weiß dies aus meiner eigenen Entwickelung.

Und da ist die Ankündigung der Zuchthausvorlage ein vorzügliches Agitationsmittel! Nützen wir daher die Gelegenheit aus. Das monarchische Gefühl, das vielleicht noch da und dort bei einzelnen Arbeitern vorhanden war, geht ohnehin immer mehr flöten. Wir müßten ja geradezu feige Hundeseelen sein, wenn wir diese ewige Betonung des „inneren Feindes“, der „vaterlandslosen Rotte“ und jetzt gar die Drohung, daß jeder Arbeiter, der „gar zum Streik anreizt“, als ehrloser Zuchthäusler behandelt werden soll, unerwidert lassen würden. Wenn der Kaiser es nöthig erachtet, uns Sozialdemokraten in dieser Weise den Fehdehandschuh hinzuwerfen, so nehmen wir ihn auf. (Lebhafter Beifall.) Wir haben den Muth, den Arbeitern allüberall und allezeit zu sagen, daß sie von der monarchistischen Regierung nichts zu hoffen, sondern Alles zu fürchten haben und daß die nothwendige Voraussetzung des endgiltigen Sieges der politisch in der Sozialdemokratie organisirten Arbeiterklasse als Klasse, zur Beseitigung der Klassenherrschaft, die Bekämpfung und Besiegung des monarchistischen Gedankens ist. Wir sprechen aus der Seele aller deutscher Arbeiter, wenn wir ihnen zurufen: Nicht beim Kaiser, nicht bei der Regierung, nicht bei den bürgerlichen Parteien im Parlament findet Ihr die rücksichtslose Vertretung Eurer Klasseninteressen, die findet Ihr einzig und allein bei der angeblich vaterlandslosen Sozialdemokratie.

Und ich meine, wenn wir diese Agitation hinaustragen, zu keiner Zeit waren die Chancen für das Wachsthum der Partei, für die Werbung neuer Rekruten günstiger als heute. Und darum bitte ich Sie, die von mir Ihnen unterbreitete Resolution (106) einstimmig anzunehmen. (Minutenlanger stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Augustin-Berlin: Nach der glänzenden Begründung der Resolution durch Genossen Fischer können wir nichts Besseres thun, als dieselbe einstimmig ohne Diskussion anzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Stubbe-Hamburg widerspricht dem Antrag, da er mit dem Passus der Resolution, der von der Veranstaltung von Protestversammlungen redet, nicht völlig einverstanden sei. Protestversammlungen allein genügen nicht, sie müssen einheitlich von einer Stelle aus geleitet werden.

Der Parteitag beschließt, von einer Diskussion Abstand zu nehmen.

Hoffmann-Bielefeld bedauert, daß er nicht zu Worte gekommen ist. Als Vertreter des Kreises Bielefeld-Wiedenbrück, wo alle die Dinge vorgekommen sind, hätte er dem Parteitag doch noch etwas Neues sagen können.

Hierauf wird die von Fischer beantragte Resolution einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt **Singer**, daß der Referent Sachse zum Punkt „Bergarbeiterschutz" und Schippel zum Punkt „Zollpolitik" Werth darauf legen, erst morgen zu reden.

Es folgt somit die Verhandlung über Punkt 6: **Die preußischen Landtagswahlen.**

Berichterstatter **Liebknecht:** Nur wenige Worte. Unsere Kommission ist gewählt worden, um eine längere Debatte abzuschneiden und um zu ermöglichen, daß ein einheitlicher Beschluß gefaßt werden kann. Es würde in dem jetzigen Augenblick, wo wir bezüglich des Koalitionsrechts die Nothwendigkeit eingesehen haben, dem Feinde geeint gegenüberzustehen, sehr thöricht sein, über die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen uns in heftige Debatten zu stürzen, in Debatten, die, wenn, was absolut sicher, keine Verständigung erzielt würde, dazu führen müßten, daß zwar nicht eine Spaltung, aber doch eine Trennung der Partei entstünde, weil der eine Theil durch den anderen majorisirt wäre. (Sehr richtig!) Die Aufgabe der Kommission war eine sehr einfache. Jeder von uns war sich des Zweckes der Kommission bewußt und beide Theile waren darin einig, daß es galt, eine beiden Theilen annehmbare Form zu finden, die uns aus der Schwierigkeit herausreißt.

Daß eine allgemeine Betheiligung, eine Betheiligung der Gesammtpartei nicht mehr möglich ist, daß jetzt keine Richtschnur gegeben werden kann, nach welcher die Partei in ihrer Gesammtheit zu verfahren hat, darüber waren wir Alle uns vollständig klar. Wenn in den letzten Monaten die Meinungen statt sich einander zu nähern, im Gegentheil immer weiter auseinander gegangen sind, dann war jede Hoffnung ausgeschlossen, daß die Meinungen sich hier auf dem Parteitag einander genügend nähern würden, um einen die Gesammtpartei bindenden Beschluß zu ermöglichen. So galt es denn, da eine allgemeine Betheiligung nicht nur durch die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, sondern auch durch die Nähe der Wahl ausgeschlossen ist, alle streitigen Punkte bei Seite zu schieben, und uns dahin zu einigen, die Entscheidung über die Wahlbetheiligung den einzelnen Wahlkreisen zu überlassen. Die Genossen der einzelnen Wahlkreise, in denen ja die Lage eine sehr verschiedene ist, haben sich also darüber schlüssig zu machen, ob sie sich betheiligen wollen und können oder nicht. Wir haben es für unthunlich gehalten, eine Direktive von oben zu geben; wir haben es vermieden, zu sagen, der Parteitag will oder auch nur, er empfiehlt das und das, weil wir uns sagten, daß das eine Vergewaltigung Derer wäre, die gegen jede Betheiligung sind. So haben wir uns denn nach Vorschlägen von Bebel, Kautsky und von mir auf die Resolution geeinigt, die wir Ihnen unterbreiten und für die wir Alle gestimmt haben, mit Ausnahme von Meist-Köln, der das gebundene Mandat hatte, unter allen Umständen für Wiederherstellung des alten Kölner Beschlusses zu stimmen.

Selbstverständlich ist mit dieser Resolution der Hamburger Beschluß aufgehoben. Nach Meinung aller Mitglieder der Kommission ist jetzt jeder Streitpunkt aus dem Weg geräumt und jedem, auch dem entschiedensten Gegner der Wahlbetheiligung ist es möglich, der Resolution zuzustimmen. Ich spreche die Hoffnung aus, daß der Parteitag sich einstimmig für die Resolution erklären wird. (Beifall.)

Hoffmann-Bielefeld: Ich ergreife nur das Wort, weil Genosse Liebknecht in der ersten Sitzung gesagt hat, die Bielefelder haben gegen den Hamburger Parteitagsbeschluß verstoßen. Dagegen muß ich protestiren, wir haben dem Beschluß entsprechend gehandelt.

Ein Schlußantrag wird, nachdem Thiele-Halle dafür gesprochen hat, angenommen.

In seinem Schlußwort bemerkte **Liebknecht**, daß er seine Meinung, als hätten die Bielefelder gegen den Hamburger Beschluß gehandelt, aufrecht erhalten müsse.

Hierauf wird die Resolution 107 angenommen, die in Bezug auf die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen gestellten Anträge sind damit erledigt.

Es folgt die Berathung der **Anträge zur Organisation** 7, 8, 28, 30, 35, 36 und 91.

Die Unterstützung reicht nicht aus zu den Anträgen 8, 29, 35, 36. Diese Punkte scheiden aus der Diskussion aus.

Bretz-Hannover begründet Antrag 7 (die Parteitage in geographisch günstig gelegenen Orten abzuhalten): Parteitage an den Grenzen des Reiches verursachen nennenswerthe Kosten, die auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden können. Was für außerordentliche Parteitage gut ist, kann für ordentliche Parteitage billig sein.

Görcke-Charlottenburg begründet den Antrag 28 (auf Vertretung der Preßkommission des „Vorwärts“ am Parteitag): Ein Vertreter der Preßkommission muß auf den Parteitagen anwesend sein, um Auskunft zu geben. Wenn wir diesmal noch keinen Vertreter zum Parteitage entsandt haben, so geschah dies deshalb, weil wir — wie immer in Berlin — zu bescheiden waren. (Heiterkeit.)

Hoffmann-Bielefeld begründet den Antrag 30 (bezüglich der Kompetenz der Kreiskonferenzen und Bezirksparteitage): Die Anträge sollen bestimmen, was die Kreiskonferenzen, die Bezirks-Parteitage und die Kreis-Vertrauensmänner zu sagen haben. Punkt 2 soll skandalöse Vorgänge wie in Sachsen unmöglich machen, wo sich Leipzig einfach über den Beschluß der Landeskonferenz hinwegsetzte. Vielleicht ist die Form der Anträge nicht sehr glücklich, aber dem kann ja hier abgeholfen werden. Eine Unzuträglichkeit ist, daß die Kreis-Vertrauensmänner meistens vor dem Parteitage gewählt werden. Wenn nicht juristische Bedenken dagegen sprechen, bitten wir um Annahme des Antrages.

Nunmehr wird die Diskussion über die gestellten Anträge betreffend die Organisation eröffnet.

Leutert-Apolda erklärt sich gegen den Antrag 7. Wenn wir den Parteitag im Prinzip fest in die Mitte Deutschlands verlegen, wird das Bild des Parteitages verschoben. Lassen wir dem Parteitag freie Hand.

Antrag 7 wird abgelehnt.

Zu Antrag 28 hebt Auer hervor, daß mit der Annahme zwar kein Unglück angerichtet werde, daß der Antrag selber aber, seiner Meinung nach, überflüssig sei. Die Vertretung des „Vorwärts“ ist Sache der Parteileitung und der Redaktion. Die Preßkommission mit ihren erweiterten Befugnissen kann doch nur die Aufgabe haben, die Interessen der Berliner Genossen dem „Vorwärts“ gegenüber wahrzunehmen und zu vertreten. Dies Verhältniß

sollten wir doch nicht stören, wenn wir nicht in Zukunft recht unliebsame Auftritte haben wollen. Was soll es heißen, wenn sich die Preßkommission vor dem Parteitage als Vertreter des Zentralorgans gerirt; da ist der Partei-Vorstand, der dasselbe thut, und die Redaktion, die die Verantwortung hat. Wir sollten nicht so viel Instanzen schaffen. Es liegt auch kein Bedürfniß für den Antrag vor. Wenn ich recht unterrichtet bin, sind vier Mitglieder der Berliner Preßkommission als Delegirte hier anwesend. Die Berliner Parteigenossen können auf den Parteitagen überhaupt eine starke Vertretung haben. Berlin kann 18, die beiden Wahlkreise vor den Thoren Berlins 6 Delegirte entsenden, 16 Abgeordnete wohnen zur Zeit in Berlin, hierzu kommen Vertreter der Redaktion, der Buchhandlung und in Berlin wohnende Kontrolleure, so daß wir, wie die Dinge liegen, 40—50 Berliner Genossen auf dem Parteitag haben können. Das Ziel einer ausreichenden Delegation Berlins ist also erreicht. Schon deshalb liegt kein Anlaß vor, der Preß-kommission einen Delegirten zu gewähren. Erwähnen will ich, daß der Vorstand zu dieser Frage keinen Beschluß gefaßt hat, sondern dem Parteitag die Entscheidung anheimstellt. Ich habe nur meine persönliche Ansicht ausgesprochen.

Kiesel-Berlin erklärt sich mit den Ausführungen Auer's einverstanden.

Voigt-Berlin: Die Preßkommission will nicht einen Delegirten haben als Vertretung des „Vorwärts“, sondern um etwaige Angriffe auf ihre Thätigkeit abzuwehren. Auf diesem Standpunkt stehen die Genossen des vierten Wahl-kreises. Die Mehrkosten spielen keine Rolle. Die Verhältnisse liegen so, daß alles in Berlin zusammentrifft, daher die Möglichkeit der 40 Vertreter. Mit unserem Antrage hat das nichts zu schaffen, Auer's Einwände sind daher hinfällig.

Thiele-Halle widerspricht dem Antrage: Für uns ist die Preßkommission des „Vorwärts“ nicht ein Deut mehr als die jedes anderen Organs.

Gerstenberger-Niederbarnim erklärt sich für den Antrag, der einfach die logische Folge des § 17a des Organisationsstatuts sei, wonach die Preßkommission auch die prinzipielle und taktische Haltung des „Vorwärts“ zu kontrolliren hat. Wenn Auer darauf hinweist, daß heute viele Mitglieder der Preßkommission anwesend sind, so ist das doch nur ein Zufall. Wie es in Zukunft sein wird, wissen wir nicht.

Hiermit schließt die Diskussion. Der Antrag 28 wird **abgelehnt**.

Es folgt die Diskussion über Antrag 30.

Bär-Krefeld hält den Antrag für unannehmbar, weil danach ein Beschluß einer Kreiskonferenz nur sehr schwer wieder aufgehoben werden kann.

Förster-Hamburg ist ebenfalls gegen den Antrag. Würde derselbe angenommen, so könnte man es erleben, daß sich in Zukunft der allgemeine Parteitag mit Beschlüssen der Kreiskonferenzen zu befassen hat. Das würde nur zu Streitigkeiten führen.

Steinigans-Solingen: Der Antrag steht mit den Prinzipien der Demo-kratie in direktem Widerspruch. Aus den Ausführungen des Genossen Hoffmann geht hervor, daß die Genossen in Kollision mit ihrer Organisation gerathen. Ich kann den Genossen nur den Rath geben: Studiren Sie die Prinzipien der Demokratie, dann werden Sie eine passende Form für ihre Organisation finden.

Hoffmann-Bielefeld wendet sich gegen die Vorwürfe des Vorredners und bittet nochmals um Annahme des Antrages. Daß der Parteitag nach Annahme des Antrages mehr mit lokalen Angelegenheiten beschäftigt werde als jetzt, glaube er nicht. Man müsse doch die bestehenden Verhältnisse formuliren.

Der Antrag 30 wird **abgelehnt**.

Es folgt die Berathung der Anträge, die sich auf die **Taktik** beziehen, es sind das die Anträge 11, 12, 13, von denen nur die beiden ersten genügend unterstützt werden.

Den Antrag 11 (Veröffentlichung der Arbeiten der Studienkommission für die Agrarfrage) begründet **Bruhns**-Breslau: Pfannkuch hat auf eine Anregung Katzenstein's auf dem Hamburger Parteitage geäußert, die Sache dürfte nicht über's Knie gebrochen werden. Man müsse zur Sammlung und Sichtung des Materials Zeit haben. Jetzt sei wieder ein Jahr vergangen und die Frage nach den Arbeiten der Studienkommission wohl berechtigt. Wenn überhaupt an Studienergebnissen der Argrarkommission nichts oder nicht viel vorhanden sei, so solle hier das auch ausgesprochen werden.

Zur Begründung des Antrages 12 (auf Ausarbeitung eines Agrarprogramms) führt

David-Mainz aus: Genosse Zubeil hat neulich gemeint, wir brauchen kein Agrarprogramm. Ich bin aber der Ansicht, daß ein solches Programm nöthig ist, um in den Landtagen in agrar-politischen Fragen einheitlich vorgehen zu können. Sind wird nur erst in theoretischen Beziehungen einig, dann wird auch die praktische Agitation leichter werden. Auf die Materie selbst will ich nicht eingehen, wohl aber möchte ich den Redakteuren und Schriftstellern den Rath geben, sich, wenn sie eine Aeußerung über eine Agrarfrage thun, zu überlegen, ob sie damit nicht der praktischen Landagitation Schwierigkeiten bereiten.

Die Diskussion über Antrag 11 wird eröffnet.

Pfannkuch: Die Agrarkommission wird wohl noch einige Jahre arbeiten müssen, ehe sie mit ihren Studien fertig ist. Fühlen die Genossen dann noch das Bedürfniß, von dem Ergebniß der Studien Kenntniß zu nehmen, so mögen sie dann einen Antrag stellen. Inzwischen mögen sie ruhig so wie bisher auf dem Lande agitiren, nicht aber derartige Anträge stellen. (Heiterkeit.)

Die Debatte wird geschlossen. Der Antrag 11 wird abgelehnt.

Zu Antrag 12 weist **Vandert**-Apolda auf die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern hin. Der Antrag sei überflüssig.

Zubeil ist der Ansicht, daß die bisherigen Broschüren für die Landagitation nur sehr wenig geeignet sind, man kommt auch ohne Agrarprogramm mit dem allgemeinen sozialdemokratischen Programm auf dem Lande aus. Belasten wir uns nicht mit unnützem Ballast, sondern gehen wir schrittweise vorwärts, dann werden wir auch mit der Zeit die Bauern für uns gewinnen.

Scheidemann-Gießen ist gegen den Antrag, und zwar gerade deshalb, weil ihm ein Agrarprogramm oder eine Richtschnur für die Agitation auf dem Lande dringend erwünscht ist. Die Agrarfrage sei aber, wie ihm der jetzige Parteitag beweise, in weiten Arbeiterkreisen noch nicht geklärt, und es könnte nichts Schlimmeres für die Agitation geben, als wenn wir ein zweites Breslau erleben müßten. Man würde uns auf dem Lande sagen, wir wollten nichts für die Landproletarier thun, während seither in Wahrheit ein Agrarprogramm deshalb nicht zu Stande kam, weil wir den Kleinbauern keine Versprechungen machen wollten, von denen wir nicht bestimmt wüßten, ob wir sie halten könnten und ob ihre Verwirklichung auch den Kleinen auf dem Lande nützen würde. Es falle ihm schwer, gegen den Antrag zu sprechen. Er sei überzeugt, daß Diejenigen, welche jetzt noch auf dem hohen Roß sitzen, dereinst selbst ein Agrarprogramm verlangen würden. Keiner von uns denkt daran, „Revolution zu machen". Aber wir wollen und müssen doch die politische Macht erobern. Das sei aber nur dann möglich, wenn wir die Mehrheit der Bevölkerung für uns gewinnen. Diese Mehrheit können wir jedoch nur dann erlangen, wenn wir auch die kleinen Bauern und die Landarbeiter gewinnen. Die Industriearbeiter allein bilden keine Mehrheit.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt **David**, daß er die Bearbeitung der Fragebogen aus Süddeutschland schon vor einem Jahre nach Berlin gesandt habe und dem

Vorstand anheimgegeben habe, ob er die Drucklegung angesichts der großen Unkosten veranlassen wolle.

Pfannkuch: Es hat mir fern gelegen, dem Genossen David oder einem anderen Mitgliede der Agrarkommission einen Vorwurf zu machen. Glaubt David das nöthig zu haben, so will ich erklären, daß er außerordentlich Mühe, Zeit und Fleiß auf die ihm überwiesenen Arbeiten verwendet hat. (Sehr richtig.) Das Anerkenntniß darf man ihm nicht versagen.

Hierauf wird Antrag 12 abgelehnt.

Damit sind die Anträge zur Taktik erledigt.

Schluß der Sitzung.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 6. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Kloß.

Zur Verhandlung steht Punkt 6 der Tagesordnung: **Bergarbeiterschutz.**

Berichterstatter **Sachse**-Zwickau: Die Organisation der Bergarbeiter ist noch schwach, die sächsischen Berg- und Hüttenleute sind zu allerletzt in die Organisation eingetreten. In den 70er Jahren ist allerdings bereits ein Versuch dazu gemacht worden, aber es war damals nur ein Strohfeuer. Auch seit 1890 ist die Organisation wieder sehr zusammengeschrumpft. Daß sie da nicht eine große Macht zur Erringung eines Arbeiterschutzes entfalten konnte, ist naheliegend. Unsere Forderungen wurden im sächsischen Landtage zum größten Theil zurückgewiesen, mit der Begründung, daß Sachsen nicht allein den Bergarbeiterschutz einführen könne, weil seine Kohlenbergwerke dann konkurrenzunfähig werden würden. Seit dieser Zeit haben wir auf allen Kongressen dahin gewirkt, daß in allen Bundesstaaten dem Bergarbeiterschutz mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird und daß namentlich die großen Unglücksfälle besprochen werden. Leider beweist die Unglücksstatistik, daß die Zahl der Unglücksfälle nicht wie in anderen Betrieben zurückgegangen, sondern gestiegen ist. Es liegt auf der Hand, daß es nothwendig ist, eine schärfere Inspektion und einen besseren Arbeiterschutz anzuwenden, um die Zahl der Unglücksfälle zu vermindern. Die Vorschriften an und für sich sind ja gut, aber mit der Befolgung derselben steht es anders. Da liegt der Hase im Pfeffer. Darauf müssen wir unsere Aufmerksamkeit lenken. Vor Jahren ging die Behauptung immer wieder durch die Presse, daß die meisten Unfälle Montags stattfinden. Man wollte damit sagen, daß der Kater vom Sonntag die Unfälle verschulde. Diese Behauptung ist eine lügnerische. Die Statistik der Knappschaftsgenossenschaften hat sie widerlegt. Mit der ständigen Steigerung der Zahl der Unfälle wird auch die Nothwendigkeit immer größer, für Bergarbeiterschutz zu sorgen. Aber weder die Regierung noch die maßgebenden Arbeitgeber haben bisher für eine bessere Inspektion gesorgt. Die jetzigen Vorschriften mögen ja in vielen Bezirken genügen, aber die Revisionen reichen nicht aus, dazu ist die Zahl der Beamten viel zu gering. Man kann doch zum mindesten verlangen, daß jedes Werk vierteljährlich mindestens einmal revidirt wird, eine monatliche Revision wäre sicher auch nicht zu viel. Wir fordern aber außerdem, daß man mit der Kontrolle auch Bergarbeiter betraut, die ständig auf dem Werke sind und wenn nöthig jeden Tag inspiziren können. Es ist eine nicht wegzustreitende Thatsache, daß bei den Revisionen jetzt sehr häufig Betrügereien vorkommen. So sind auf unserem Kongreß Fälle mit Thatsachen belegt worden, wonach gefährliche Orte im Betriebe einfach verschlagen wurden. Wenn der Revisionsbeamte kam, dann mußte sich der Beamte etwas weiß machen lassen, da er die Betriebsorte nicht kennt. Bei Arbeiterinspektoren wäre

das unmöglich. Ein weiterer Uebelstand ist die vorherige Anmeldung der Revision. Da ist es dann kein Wunder, wenn keine Verstöße gegen die bergpolizeilichen Vorschriften gefunden werden. Die Leiter der Bergwerke und die Beamten haben häufig dieselbe Bergakademie besucht, daraus resultiren Beziehungen, die der strengen Berginspektion nicht förderlich sind. Kein Arbeiter kann sich bei der Berginspektion beschweren, ohne daß es zur Kenntniß der Bergwerksleitung kommt. Er hat dann seine Entlassung zu gewärtigen. Nur ein Beispiel dafür: Ein Arbeiter brachte seine Beschwerden in der Berginspektion vor und beschrieb die Gefährlichkeit der Strecke. Statt sich zu überzeugen, ob die Schilderung auf Wahrheit beruhe und eventuelle Abhilfe zu schaffen, wurde dem Arbeiter erwidert: Er sei zu ängstlich und eigne sich nicht zum Grubenarbeiter, sondern nur zum Tagarbeiten. Damit waren Lohnreduktionen verbunden, die sich der Arbeiter nicht gefallen ließ; er beschwerte sich darüber und wurde entlassen. Aehnliche Fälle ereignen sich sehr häufig. Wenn derartige Sachen vorkommen, dann ist es klar, daß die Vorschriften nur auf dem Papiere stehen. Nun ist die Frage, ob die Bergbau-Industrie in der Lage ist, größere Lasten zu tragen, um eine Mehrausgabe für den Schutz ihrer schwer geplagten Lohnsklaven zu leisten. Die „Kölnische Ztg.“ hat kürzlich selbst dargelegt, daß die Dividenden sich seit 1885 im Durchschnitt verdoppelt haben, von $5^1/_2$ auf 11 pCt. im Jahre 1897. In diesem Jahre sind die Ueberschüsse noch viel größer als in dem schon sehr günstigen vorigen Jahre. Es liegt also nur an dem guten Willen der Bergbau-Industrie. Die preußische Regierung hat eine Kommission nach England geschickt zum Studium der dortigen Verhältnisse. Die Kommission ist zurückgekehrt, die Ergebnisse ihrer Studien sind noch nicht bekannt. Aber schon die bloße Verlautbarung der Ansicht, daß eine Zuziehunng der Arbeiter zur Herbeiführung einer besseren Kontrolle nöthig sei, hat wie eine Bombe bei den Bergbau-Industriellen eingeschlagen. Sie kennen ja die Eingabe derselben an die preußische Regierung und die Gründe, die sie angeführt haben. Es wurden Bedenken politischer Art geltend gemacht und darauf hingewiesen, daß bei Wahlen die Massen aufgereizt, unzufrieden gemacht und der Sozialdemokratie zugeführt werden könnten. Wir haben auf unseren Kongressen bereits die Nothwendigkeit einer Reform des Bergarbeiterschutzes von Reichswegen, die Nothwendigkeit eines einheitlichen deutschen Reichs-Berggesetzes betont und die Regelung des Knappschaftswesens gefordert, aber bisher ohne Erfolg.

Es bleibt mir nur noch übrig, auf die von uns beantragte Resolution 108 näher einzugehen. Wir fordern in der Resolution zunächst eine achtstündige Maximalschicht. In den allermeisten Kohlenrevieren ist dieselbe länger, ja in einer Anzahl müssen die Woche sieben Schichten gethan werden, und so kommen statt der nominellen acht- und zehnstündigen in Wirklichkeit zwölf- und vierzehnstündige Schichten heraus. Da wird einfach von oben dekretirt: jetzt geht das Kohlengeschäft gut, jetzt muß Beischicht gemacht werden. Da heißt es, die Leute, die in großer Hitze arbeiten müssen, ruhen ja inzwischen aus, arbeiten mit Pausen und so reduzirt sich die Arbeitszeit. Es muß aber darauf gedrungen werden, daß im Interesse der Gesundheit und des Lebens dieser Arbeiter strenge eine sechsstündige Schicht eingehalten werde. Ferner verlangen wir die Abschaffung des Akkordes, des Gedingesystems, eines Mordsystems im wahrsten Sinne des Wortes. Daneben besteht auf manchen Bergwerken noch ein Tantiemensystem. Die Beamten erhalten Prämien und die Arbeiter, die möglichst viel schaffen. Daher kommt es, daß die Unfallziffern in Deutschland beständig steigen. Nun wird gesagt, ja, in anderen Ländern gehen die Unfallziffern zurück und es besteht dort doch auch im Bergbau das Akkordsystem. Aber in diesen Ländern, wie in England und Frankreich, besteht die Arbeiter-Inspektion im Bergbau. Wir sind überzeugt, daß diese ganz gut durchzuführen ist und daß unsere Forderung

durchgeführt werden muß im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter. Die Kosten würden sich für ganz Deutschland nur auf $1^1/_2$ Millionen belaufen. Unsere weiteren Forderungen sind die Anstellung von dafür vorgebildeten Wetterbeamten für mit Schlagwettergasen behaftete Grubenräume und die Errichtung von zweckentsprechenden Waschräumen und Mannschaftsstuben. Von einer Aenderung des Knappschaftswesens, die ebenfalls nöthig ist und die unser Freund Hué verlangt, steht in der Resolution nichts, weil wir es ja hier nur mit dem Bergarbeiterschutz zu thun haben. Die Knappschaftskassen, die neben der Alters- und Invalidenversicherung dem Bergarbeiter eine Zuschußrente geben sollen, erfordern hohe Beiträge, die oft mehr als eine Mark betragen. Wenn ein Arbeiter nun aus seinem Revier ausscheidet, verliert er jeden Anspruch an die Kasse. Wir verlangen daher, daß ihm in diesem Falle seine gezahlten Beiträge zurückgezahlt werden. Ich lasse mich auf weitere Einzelheiten nicht ein. Nehmen Sie unsere Resolution, die die Reichstagsfraktion veranlassen will, mit aller Energie für ein einheitliches deutsches Berggesetz und einen wirksameren Bergarbeiterschutz einzutreten, einstimmig an. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung beantragt Agster, der Resolution ohne Debatte zuzustimmen.

Bebel widerspricht diesem Vorschlage. Die Frage ist von so außerordentlicher Wichtigkeit, daß der Parteitag geradezu verpflichtet ist, eingehend darüber zu debattiren. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag Agster wird abgelehnt.

Schmidt-Essen bringt die Wünsche der Bergarbeiter im Ruhrrevier vor, die darin gipfeln, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags mit allen Mitteln dahin wirken möge, daß ein allgemeines Reichs-Berggesetz zu Stande komme. Schon in Folge der vielen Massenverunglückungen muß die Berginspektion eine Erweiterung erfahren, und zwar müssen praktische Bergarbeiter als Unterinspektoren von ihren Kollegen durch geheime Wahl gewählt und vom Staate angestellt und besoldet werden. Der Minister Brefeld hat ja selbst im preußischen Abgeordnetenhause zugegeben, daß die Berginspektion einer Reform bedarf und daß ein der Neuzeit entsprechender Apparat zur Grubeninspektion herangezogen werden soll, aber die Bergarbeiter hoffen wenig oder garnichts vom Abgeordnetenhause. Das Schicksal der Bergnovelle vom Jahre 1892 hat ja zur Genüge bewiesen, daß sich die Mitglieder des preußischen Landtages auf das allernothwendigste beschränken. Und jetzt haben die Bergwerksbesitzer und Grubenbarone schon wieder einen Vorstoß gegen diesen seitens des Ministers geplanten Aufsichtsapparat unternommen. Aehnlich steht es in Sachsen. Alle Forderungen der Bergarbeiter, die achtstündige Schichtzeit, das Verbot der Gedingsarbeit, eine Reform des Berggesetzes, sind vom Landtage abgewiesen worden. Hinsichtlich der Bewetterung der Gruben verlangen die Bergleute die Zuführung guter Luft und die Anwendung aller zu Gebote stehenden technischen Mittel für diesen Zweck. Weiter sind die Wettermessungen 3 bis 5 Meter von Ort zu Ort vorzunehmen, um festzustellen, wieviel frische Luft dem Bergmanne in Wirklichkeit zugeführt wird. Bei der ganzen Reform muß man immer den Gesichtspunkt im Auge behalten, daß die Regelung nicht auf dem Wege der Landesgesetzgebung, sondern von Reichs wegen zu erfolgen habe. Seit lange hegen die Bergarbeiter den Wunsch, die sämmtlichen Knappschaftskassen des Deutschen Reiches zu einer einzigen umfassenden Kasse zu verschmelzen, damit wäre die Existenzfähigkeit dieser Kassen gesichert, ihre Leistungsfähigkeit würde erhöht und mancherlei Schädigungen der Bergarbeiter beim Verziehen aus einem Knappschaftsbezirk in den anderen würde vermieden. Den größten Unwillen der Bergarbeiter erregt der § 90 des Bochumer Knappschafts-Statuts, wonach den Knappschaftsmitgliedern die Reichsrente auf die Knappschaftspension aufgerechnet wird. Den Bergarbeitern ist der höhere Beitrag für die Knappschafts-

kasse auferlegt, aber für die höheren Pflichten erfolgt keine Gegenleistung. Wird gegen dies System von den Bergarbeitern entschieden Front gemacht, so treten Maßregelungen ein. Und steht ein Bergarbeiter einmal auf der schwarzen Liste, dann findet er nirgends mehr Beschäftigung und geht der Rechte verlustig, die er durch Beitragszahlung an die Knappschaftskasse erworben hat. Ich könnte Ihnen noch sehr trübe Bilder aus dem Ruhrrevier vorführen. Es sind auf einer Anzahl Zechen so zahlreiche und große Mißstände eingerissen, daß es unmöglich ist, mit dem bisherigen Inspektionsapparat weiter zu hantiren. Wir müssen eine untere Inspektion hinzubekommen, um unsere Wünsche vortragen zu können. Während meiner ganzen Arbeitszeit habe ich noch nichts von einer Inspektion zu sehen bekommen. Geht man und beschwert sich über einen Mißstand, so gilt man für einen Nörgler, bekommt schlechte Arbeit, Gedinge-Abzug, wird entlassen, kommt auf die schwarze Liste und läuft dann wie ein räudiges Schaf vergebens von einer Grube zur anderen. So ist es mir gegangen. Nehmen Sie sich der Bergarbeiter an. „Wer Du auch seist, gieb Ehr dem Bergmannsstande!" (Lebhafter Beifall.)

Horn-Niederhaßlau: Wir legen auf die Besprechung der Mißstände im Bergbau hier großen Werth. Die Bewegung der Bergarbeiter selber wird zu unterdrücken gesucht. Die Maßregelungen beim Bergbau treffen die Arbeiter viel schwerer als in anderen Betrieben, weil die Bergarbeiter so isolirt dastehen mit ihrem Kassenwesen, da kommen in der Organisation leicht Rückschläge vor. Hoffentlich bringen die Verhandlungen hier einen neuen Aufschwung. Der Redner zählt die Maßnahmen auf, die gegen die sächsische Bergarbeiter-Organisation im Laufe der Jahre getroffen worden sind. Als wir zuerst die Mißstände im Bergbau aufdeckten, leugnete die offiziöse Presse Alles ab. Ein praktischer Arbeiter weiß sich bei Unfällen häufig rascher zu orientiren als ein höherer Beamter. In den Einzellandtagen ist es kaum möglich, über diese Sachen zu reden. Uns in Sachsen ließ das Kammerpräsidium nicht einmal die Forderung vertreten, daß die sächsische Regierung im Bundesrath für den Erlaß eines einheitlichen Berggesetzes eintreten solle. Ist ein großes Unglück passirt, dann wird in der Presse für die Hinterbliebenen gesammelt. Für diese Summen könnte durch Unfallverhütung viel mehr geschehen. Nehmen Sie unsere Resolution einstimmig an. (Beifall.)

Morawski-Berlin: Kurz vor dem großen Unglück in der Kleophasgrube kamen viele Zuschriften an die „Gazeta Robotnicza", die sich darüber beschwerten, daß die Leitern oben und unten zu zwei und drei fortgenommen würden, um die Arbeiter am sofortigen Verlassen der Arbeit zu verhindern, wenn sie beendet wäre. Die Arbeiter würden sich im Falle eines Unglücks nicht sofort retten können. Unser Blatt veröffentlichte den Bericht. Der Redakteur erhielt eine Anklage wegen Beleidigung und wurde zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Während er saß, geschah das furchtbare Unglück auf der Kleophasgrube, das 114 Bergleute fortgerafft hatte, da schrieben bürgerliche Zeitungen, ein Drittel der Verunglückten hätte sich retten können, wenn die Leitern dagewesen wären. (Hört! hört!) Nachträglich wurde von Oben in Erinnerung gebracht, daß die Leitern nicht fortgenommen werden dürfen. Ich habe aber, als ich jetzt in Oberschlesien war, von den Arbeitern erfahren, daß der alte Schlendrian weitergeht. Die Leitern sind an vielen Stellen wieder nicht da. Hier ist eine Arbeitskontrolle von Seiten der Bergleute nothwendig. Ein zweiter wunder Punkt ist die Vertrauensarztfrage. Auf die Atteste der Privatärzte wird, wenn es sich um den Anspruch auf eine Rente handelt, nichts gegeben, maßgebend sind allein die Vertrauensärzte der Grubenverwaltung, ein Uebelstand, der schwer empfunden wird und die krassesten Fälle zeitigt.

Ein **Schlußantrag** wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Dr. Winter-Beuthen: Die Anträge auf Schluß der Diskussion scheinen zwar zu beweisen, daß die vorliegende Frage des Bergarbeiterschutzes genügend geklärt sei; auch ist die einstimmige Annahme der Ihnen vorgelegten Resolution völlig sicher. Trotzdem ist es noch nöthig zu zeigen, in wie hohem Grade ein Bergarbeiterschutz nothwendig ist. Die Wichtigkeit der Bergarbeiterfrage beruht in der Wichtigkeit der Montanindustrie, von ihr hängen alle anderen Industriezweige ab. Gelingt es uns, die hunderttausende deutscher Bergarbeiter auf ein höheres Niveau zu bringen, denn das beabsichtigen wir doch mit dem geforderten Bergarbeiterschutz, dann haben wir die gesammte deutsche Arbeiterbewegung ganz bedeutend gefördert. Hierin liegt die große politische Bedeutung der Bergarbeiterfrage. Leider kann ich hier nicht die vorliegende Frage noch weiter von diesem Gesichtspunkte aus betrachten, sondern muß mich auf die Anführung von Thatsachen beschränken, um wieder einmal einen Lichtstrahl auf das in doppelter Beziehung schwarze Oberschlesien fallen zu lassen. Es ist das besonders deshalb nöthig, weil es gerade jetzt in Oberschlesien selbst zu tagen beginnt. Die Unfallzahlen sind in Oberschlesien, obwohl wir dort keine schlagenden Wetter haben, ganz besonders hoch. Sie hören meist nur von den Massenverunglückungen und ich brauche Sie in dieser Beziehung nur an die Namen Schwientochlowitz, Kleophasgrube, Borsig, Orzegow, Rosdzie u. dgl. zu erinnern, aber von den täglich, ja stündlich sich ereignenden Unfällen hören Sie nichts. In den vier Jahren von 1893 bis 1896 wurden ca. 33 000 Unfälle in der oberschlesischen Montanindustrie gezählt, jeder zehnte Mann kommt jetzt jährlich einmal „dran". Die Zahl der zu Tode Verunglückten ist bis auf 264 im Jahre 1896 gestiegen. Es war interessant zu sehen, daß die höchsten Unfallzahlen in einem der Privatregalbezirke erreicht wurden, die ja noch ein ganz besonderes Kennzeichen Oberschlesiens sind. Die steigende Höhe der Unfallzahlen beweist mit aller nur wünschenswerthen Deutlichkeit die Nothwendigkeit neuer scharfer Maßregeln zum Schutze der Arbeiter. Besonders schlimm steht es auch mit dem oberschlesischen Knappschaftswesen. Gerade jetzt ist eine Bewegung zu Gunsten einer Verbessernng des Knappschaftsstatuts im Gange. Jetzt haben die Werkbesitzer alle Rechte, die Arbeiter alle Pflichten. Durch die Schaffung einer ausgedehnten Organisation, die den zu wählenden und die Arbeiterinteressen vertretenden Knappschafts-Aeltesten einen Rückhalt gewähren soll, soll versucht werden, diesen Mißstand zu beseitigen. Schlimmer noch als mit dem Knappschaftswesen steht es mit den Werkpensionskassen-Einrichtungen, durch die bei den Maßregelungen die Arbeiter zum Theil hunderte von Mark verloren haben, die sie nach und nach in Beiträgen haben zahlen müssen.

Ein wichtiger Grund dafür, daß gerade für Oberschlesien Bergarbeiterschutz nöthig ist, ist die Thatsache, daß die Herren der oberschlesischen Montanindustrie dieselben Herren sind, die Ihnen als Agrarmagnaten und Junker mit ihrer leider noch so großen politischen Bedeutung bekannt sind. Mit dieser Thatsache aber steht die andere in unmittelbarem Zusammenhange, daß gerade Oberschlesien das Land der Privat-Regalbezirke ist, der Bezirke, in denen es staatliche Aufsichtsbeamte überhaupt noch nicht giebt und in denen millionenreichen Leuten jährlich neue Millionen als Steuern in die unergründlichen Taschen fließen, ohne einen Finger zu rühren. So bezieht z. B. Herr v. Tiele-Winkler blos von einer Grube, der traurig berühmten Kleophasgrube, jährlich eine halbe Million Mark. Sogar der Staat, der seinerseits den Grubenherren die Bergabgaben geschenkt hat, muß diesen Privatregalherren die Taschen füllen helfen. Und dabei ist erwiesen, daß theilweise, vielleicht ganz die Bergregalgerechtigkeiten nichts weniger als „wohlerworben" sind. Trotzdem verstehen sich die oberschlesischen Regalherren nicht etwa dazu, auf ihre Rechte zu verzichten. Nein, sie wollen sie erweitert haben, wie das einige jetzt noch nicht erledigte Prozesse beweisen. Ein anderer gerade in Oberschlesien sehr sichtbarer Mißstand

ist die Qualität der dort thätigen Beamten. Bergrath Triebel-Ratibor macht selbst auf diesen Mißstand aufmerksam und muß dabei erwähnen, daß von den Unterbeamten seines Reviers ca. zwei Drittel kaum lesen und schreiben können, dabei aber in so rigoroser Weise mit den Arbeitern umgehen, daß sie sogar in Oberschlesien, wo doch sonst das Prügeln noch Brauch und Mode ist, wegen Mißhandlung und Körperverletzung gerichtlich bestraft werden mußten. (Hört! Hört!) Durch die einstimmige Annahme der vorgeschlagenen Resolution werden Sie auch Oberschlesien einen wichtigen Dienst erweisen und die dort so frisch aufblühende Bewegung bedeutend fördern. (Beifall.)

Thiele-Halle: Eine unendliche Menge von stillem Leid und Elend ist es, unter denen die Proletarier seufzen, die sich den herzlichsten Gruß „Glück auf" bieten. Bei Halle liegt das Zeitzer und Weißenfelser Braunkohlenrevier und das Mansfelder Erzgebiet. Im Braunkohlenrevier herrschen dieselben Mißstände, welche von den Genossen Sachse und Horn schon betreffs der Steinkohlengruben berichtet worden ist. Das Gedinge ist niedrig und wird oft genug noch willkürlich gekürzt. Die Schichtdauer ist lang und wird durch Ueberschichten noch mehr ausgedehnt, denn die Revisionen sind unzureichend. Als im vergangenen Sommer der Berginspektor seine Ankunft angemeldet hatte, wurde auf einer Grube rasch die sehr wacklige Brücke ausgebessert, und die ausgebesserten Stellen wurden mit Schmutz bestrichen, damit nicht zu sehen war, daß die Reparatur noch neu war. Noch trauriger sind die Verhältnisse im Mansfelder Revier. Hier tritt zu den übrigen Leiden noch ein unerhörter geistiger Zwang. Die Bergleute werden zu unentgeltlichen Dienstleistungen für Beamte herangezogen, sie müssen gehorchen, wenn sie nicht schlechtes Gedinge haben oder ganz abgelegt sein wollen. Von der Mansfelder Gewerkschaft abgelegt zu werden, bedeutet aber für den Gemaßregelten, aus der Heimath getrieben zu werden, da der Gewerkschaft in jener Gegend fast alle größeren industriellen Betriebe gehören. Die Ablegung ist sogar erfolgt lediglich um deswillen, weil die Betreffenden dem Berg- und Hüttenarbeiter-Verbande angehörten. Besonders laute und schmerzliche Klagen werden aus dem Mansfelder Gebiete laut über Rentenquetschung und Rentenverweigerung. Man beschäftigt den Verunglückten nach seiner Wiederherstellung mit leichter Arbeit, und ist die Zeit der Unfallanmeldung verstrichen, so kann er gehen. Bei den Knappschaftskassen ist der Unterschied zwischen den ständigen und nichtständigen Mitgliedern, deren letztere wohl alle Pflichten, aber nur wenige Rechte und fast keinen Einfluß auf die Kassenleitung haben, zu tadeln und zu beseitigen. Werden Mißstände ans Licht gezogen, so ist die Staatsanwaltschaft leicht bei der Hand, sich der Bergwerksverwaltungen anzunehmen. Wie bequem die Unternehmer in der Lage wären, für erweiterten Bergarbeiterschutz Ausgaben zu machen, lehrt das Beispiel der Riebe'schen Montanwerke, die im vergangenen Jahre insgesammt über 3115000 Mk. für Arbeitslöhne verausgabten, aber fast 2800000 Mk. Ueberschuß erzielten. Nehmen wir uns der Gedrücktesten der Gedrückten durch Annahme der Resolution an, ziehen wir die verlassenen deutschen Bergleute an die starke Brust der Sozialdemokratie und suchen wir ihnen proletarischen Stolz einzuhauchen, damit auch sie Hand anlegen zur Besserung ihrer traurigen Lage. (Beifall.)

Greiner-Aschersleben: Thiele hat die Verhältnisse sehr zutreffend geschildert. Den Arbeitern in den Salzwerken muß auch bei der Ausführung der Arbeit ein größerer Schutz gewährt werden. Sie werden in einer so intensiven Weise in Anspruch genommen, daß man Arbeiter im Alter von über 30 Jahren nicht mehr anlegt. (Hört! hört!) Die Herren in den Bergwerken wissen, daß sie das Mark des 30jährigen Arbeiters bereits so ausgesogen haben, daß seine Arbeit ihnen nicht mehr nutzbringend sein kann. Zeigen Sie den Bergarbeitern, daß Sie gewillt sind, auch ihnen den Kampf um ihre Existenz zu erleichtern. (Beifall.)

Plorin-Zeitz: Der Arbeiterschutz ist für die Bergarbeiter noch viel nöthiger als für die übrigen industriellen Arbeiter, da ihre Thätigkeit weit gesundheitsschädlicher ist. Der jetzige Schutz reicht keineswegs aus, um den Bergarbeiter vor körperlichem und geistigem Verfall zu schützen. Namentlich ist die Arbeit in Braunkohlen-Bergwerken noch gefährlicher als in Steinkohlen-Bergwerken Wir in unserem Kreise, wo nur Braunkohle gewonnen wird, haben daher die allermeiste Veranlassung, die Arbeiter vor Schaden zu bewahren, zumal da die Kontrolle bei uns mangelhaft ist. Dazu kommt, daß die Lebenshaltung in Zeitz-Weißenfels eine solche ist, daß die Arbeiter garnicht im Stande sind, sich genügend zu ernähren. Die Arbeiter kommen herunter, sie haben keine höheren Ideale und sind in Folge dessen leider auch schwer von der Nothwendigkeit einer Organisation zu überzeugen. Die Streiks der Bergarbeiter sind so gering, daß das Unternehmerthum keine Veranlassung hat, sich darüber besonders zu beschweren. Wir müssen den Bergarbeitern ein menschenwürdiges Dasein bereiten und deshalb bitte ich, die Resolution anzunehmen.

Knoop-Frankfurt: Aus dem Nassauer Revier möchte ich noch Einiges hinzufügen, dort werden Löhne von 40 bis 45 Mk. im ganzen Monat verdient. Auf die Schicht kommen da vielfach noch nicht 80 Pf. (Hört! Hört!) In welcher Weise man mit den Arbeitern dort umgeht, ersehen Sie daraus, daß ein Obersteiger dort sagte, er werde für die alten Leute einen Scharfrichter kommen lassen, um sie wegzufegen, da sie doch nichts nütze sind. (Pfui!) In diesem Bezirke ist das Zentrum maßgebend, hat aber absolut nichts gethan. (Sehr wahr!) Als wir hingekommen sind, wurden wir von den Zentrumsleuten als Hetzer und Aufwiegler bezeichnet. Zeigen wir den Bergarbeitern durch die That, daß wir die einzige Partei sind, die ihre Interessen vertritt. (Beifall.)

Schmitt-München: All' das, was von den Rednern bis jetzt gesprochen, trifft auch auf die oberbayerischen Bergarbeiter zu. Auch ihre Arbeitskraft wird aufs Aeußerste ausgebeutet. Von dem Direktor des oberbayerischen Bergwerks rührt das Wort her: Man muß von den Bergarbeitern das Unmögliche verlangen, um das Mögliche zu erreichen Auf zwei Monate wurde das Prämiensystem eingeführt. Die Leute arbeiteten Tag und Nacht. Nachdem so festgestellt war, was aus den Arbeitern herauszuschinden war, wurden die Löhne entsprechend verkürzt Größere Unfälle sind noch nicht vorgekommen, aber einzelne Verunglückungen kommen beständig vor. Welche Mühe haben diese armen Teufel, um ihre Rente zu erlangen. Einem Bergarbeiter wird das linke Augenlid gelähmt, der Arzt erklärte, daß sei nur ein Schönheitsfehler. (Hört!)

Die Meisten von Ihnen werden gelesen haben, daß die Bergarbeiter sich zu einem Verein zusammengethan haben und daß die Direktion, sobald sie davon Kenntniß erhielt, die organisirten Arbeiter auf die Straße warf. Darunter waren Arbeiter, die 18 Jahre lang beschäftigt waren und sich nichts haben zu schulden kommen lassen. Ich war selbst beim Direktor, um ihn zur Zurücknahme der Verfügung zu bewegen; aber Sie hätten nur sehen sollen, wie er mich behandelte. Ein solcher Zynismus ist mir noch nicht vorgekommen. Meine Vorstellungen nützten nichts und er ließ mich schließlich einfach stehen. Die Arbeiter waren nicht nur brodlos geworden, sondern auch ihre Beiträge zur Knappschaftskasse gingen ihnen verloren. Es ist Zeit, daß wir uns dieser Aermsten der Armen annehmen und ihre unglückliche Lage lindern. (Beifall.)

Schrader-Osnabrück: Wie nothwendig eine reichsgesetzliche Regelung der Berggesetzgebung ist, das hat in diesem Sommer recht drastisch der Streik am Piesberge bewiesen. Es handelte sich da um gutgläubige Katholiken und nicht um Lohnforderungen. Die reine Ausbeutungswuth des Kapitals wollte den Leuten ihre althergebrachten Feiertage nehmen. Katholische Geistliche, Mitglieder des Zentrums, waren es, die den Kapitalisten hilfreich an die Hand gingen und ihnen riethen, durch Ueberstunden die Arbeiter die Feiertagsschichten

einbringen zu lassen. Also Ultramontane wollten die Arbeiter veranlassen, noch mehr als bisher ihre Arbeitskraft anzuspannen. (Hört! hört!) Und als die Arbeiter sich das nicht gefallen ließen und die Arbeit einstellten, und als die Unternehmer nicht genügend Arbeitskräfte von Auswärts heranziehen konnten, da griffen sie zu einem Radikalmittel: sie stellten den Betrieb ein, ließen das Werk versaufen mit den Hunderttausende an Werth repräsentirenden Maschinen, um ein Exempel zu statuiren, um gefügige Arbeiter zu erhalten. Durch Reichsgesetz müßte solchen Manipulationen ein Riegel vorgeschoben werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Resolution findet einstimmige Annahme.

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung: **Die deutsche Zoll- und Handelspolitik.** Hierzu liegen die Resolutionen 102 und 103 vor.

Berichterstatter **Schippel:** Von den beiden hierzu vorliegenden Resolutionen steht in der von mir eingebrachten etwas, worüber wir Alle einig sein werden. Es steht darin, daß wir die Handelsvertrags-Politik weiter unterstützen wollen, weil wir sie für richtig halten. Es steht weiter darin, daß die Arbeiterklasse gegen jeden Lebensmittelzoll und gegen jeden agrarischen Zoll auftreten wird und daß, wenn neue Anläufe kommen, Zölle, auch solche industrieller Art, zu erhöhen, wir die Reichstagsfraktion verpflichten, diesen Zollerhöhungen nicht zuzustimmen. Die zweite Resolution von Kautsky und Genossen schließt Alles ein, was in meiner steht, aber sie geht weiter und proklamirt den Grundsatz, daß wir, die Vertreter der Arbeiter, alle der Meinung sind, daß wir überhaupt keines Industriezolles in Deutschland mehr bedürfen. Am wichtigsten ist hier der Punkt drei, daß die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um des Zollschutzes entrathen zu können. Dafür möchte ich die Partei nicht verpflichten. Wir wollen die Dinge an uns herankommen lassen, wir sind ja im Allgemeinen Alle Freihändler. Ich wüßte wenigstens nicht, wer von uns heute für einen Schutzzoll eintreten würde. Aber ich plaidire dafür, daß wir uns nach dieser Seite nicht festlegen, sondern freie Hand behalten.

Und nun gestatten Sie mir einige allgemeine Bemerkungen vorauszuschicken. Ich war noch bis in die letzten Tage hinein unschlüssig, ob ich mich in meinem Referat beschränken sollte auf einen Rückblick, was in den letzten Jahren in der Zollpolitik geschehen ist, und auf einen Ausblick in die Zukunft. Ich will aber doch lieber etwas weiter ausholen. Schon deshalb, weil in den letzten Tagen von angesehenen Parteiblättern, wie der „Leipziger Volkszeitung" und dem „Hamburger Echo", eine Erklärung des Parteitages für den Freihandel als eine „grundsätzliche" Forderung hingestellt worden ist.

Da darf ich es wohl als allgemeine Anschauung bezeichnen, daß man meint, der Freihandel sei so eine Art internationaler Völkerverbrüderung. Während heute die Völker gegen einander kämpfen, würde der Freihandel ein Schritt sein zur Versöhnung der Völker. Ein Berliner Redner hat einmal diese Ansicht sehr drastisch zusammengefaßt, indem er gegen die Weltpolitik protestirte, die mit Kriegsschiffen auf die Meere hinausgeht, und sagte, die proletarische Weltpolitik: das ist der internationale Freihandel, die Handelsfreiheit. Diese Ansicht ist sehr alt. Als die Freihandelsagenten in alle Welt hinausgegangen sind, da haben sie genau dasselbe Evangelium gepredigt. Cobden hat seinerzeit an H. Aschworth geschrieben: „Offenbar würde es gut sein, unsere Freihandelsagitation auf die Friedensbewegung aufzupfropfen. Sie sind schließlich eines und dasselbe. Ich habe mich oft gewundert, daß die Freunde die Sache des Freihandels nicht vertreten als den Weg, und zwar den einzigen Weg, zum allgemeinen ewigen Frieden." Und der deutsche Freihandelsmann Prince-Smith, den Sie Alle aus den Schriften Lassalle's kennen, drückt sich in seiner

Rede über die weltpolitische Bedeutung des Freihandels so drastisch aus, daß ich mir erlauben will, die wichtigsten Stellen zu verlesen. Er sagt da:

„Die Freihandelsfrage ist eine Frage von weltpolitischer Bedeutung. Die durch die Handelsfreiheit zu bewirkende Befestigung friedlicher internationaler Beziehungen ist noch viel wichtiger als der unmittelbare wirthschaftliche Gewinn wohlfeilerer Versorgung mit Befriedigungsmitteln. Die weltpolitische viel mehr noch als die blos wirthschaftliche Reform ist das große Ziel, nach welchem auch die prinzipiellen Freihandelsmänner streben und für welches sie den Gemeinsinn begeistern möchten. Die Größe dieses Zieles erhebt auch gegenüber der Schwierigkeit der Erreichung desselben ihren Muth. Auch nicht unabsehbar fern liegt seine Verwirklichung und dann die Erkenntniß desselben verbreitet sich täglich mit wachsender Stärke. .... Arbeiten wir daran, eine allgemeine klare Anschauung zu verbreiten von der volkswirthschaftlichen Weltgemeinde, deren Einheit nicht durch Staatsgrenzen zerstückelt werden darf. Verbreiten wir die Anschauung, daß die in der wirthschaftlichen Produktion wetteifernden Nationen bei freiem friedlichem Verkehr nicht anders als sich gegenseitig förderlich sein können, daß im Wege des freien Handelsverkehrs das eine Volk sich niemals auf Kosten des anderen bereichern kann, daß sogar der Gewinn relativ stets am reichlichsten ist für das wirthschaftlich schwächere, d. h. für das am wenigsten in der Industrie vorgeschrittene Volk! ... Erheben wir also den Geist des Volkes auf die Höhe unseres volkswirthschaftlichen Prinzips. Die Welt sieht sich von diesen Höhen viel schöner, reicher, friedlicher an."

Ich meine, in ganz klassischer Klarheit und Einfachheit ist hier gesagt, was man von der Freihandelsbewegung erwartet. Blicken wir zurück, was daraus geworden ist! Zuerst schien es ja, als ob der Freihandel sich über alle Staaten verbreiten wird. Die Engländer hatten ihre Lebensmittel- und Rohstoffzölle, ihre Fabrikatszölle abgeschafft; da begann die Freihandelsbewegung auf dem europäischen Kontinent. Napoleon III. hat, ohne die Einwilligung der Kammern einzuholen, die er auch nicht bekommen hätte, einfach durch Dekret die Zölle herabgesetzt. Er hat durch Handelsverträge die Zölle herabgesetzt, weil dazu die parlamentarische Zustimmung nicht nöthig war. Dann hat Preußen den Trumpf des Freihandels ausgespielt gegen Oesterreich und durch den deutsch-französischen Handelsvertrag einen so niedrigen Vertragstarif geschaffen, daß entweder der Zollverein gesprengt wurde oder daß Oesterreich niemals in den Zollverein eintreten konnte. Es war ausgeschlossen, daß Oesterreich derartige Zollsätze annehme, und es war ausgeschlossen, daß man etwa Differentialtarife hätte schaffen können. Die anderen Zollvereinsstaaten haben sich nach schweren Kämpfen diesem Vertrag angeschlossen, und so hat der Freihandel damals auch eine wichtige politische Rolle gespielt. Diese Bewegung hat weiter und weiter um sich gegriffen, man hat überall in Mittel- und Westeuropa Handelsverträge geschlossen; zum Freihandel sind wir ja nie gekommen, aber allmälig sind die Zollsätze doch niedriger geworden.

Und als in den siebziger Jahren der Rückschlag kam, da waren es Länder wie Rußland, Nordamerika und die englischen Kolonien, die noch hohe Zölle hatten. Ich erwähne das, weil man sehr oft sagt, ja wer war es denn, der die Schutzzölle gebracht hat? Bismarck! Hätten wir den nicht gehabt, wenn ein anderer Mann an seiner Stelle gewesen wäre, so hätten wir den Schutzzoll nicht gehabt. Parteigenossen! Einmal darf man nicht einen Mann, der doch auch nur ein Mensch war, derartig ins Uebermenschliche verzerren. Das kann kein Mensch, das ist nicht sozialdemokratisch, so etwas glauben zu wollen. Die Schutzzölle waren längst da; in Amerika und auch bei uns in Europa waren Zolltarife schon geschaffen oder auf dem Wege, geschaffen zu werden. Wir haben den Schutzzoll nicht inszenirt, wir haben ihn auch nicht am weitesten

getrieben; wir haben immer einen relativ mäßigen Schutzzoll in Deutschland gehabt, und wir können es uns ruhig verbitten, wenn man uns den Vorwurf macht, wir hätten die anderen Länder in den Schutzzoll hineingetrieben. Aber sie sind alle schutzzöllnerisch geworden: Oesterreich, Italien, Frankreich, die Schweiz, freie Gemeinwesen, Republiken so gut wie monarchische Staaten. Und das kann doch kein Zufall sein: Die Menschheit läuft doch nicht allesammt auf dem Kopf herum. Es müssen tiefere Ursachen für einen solchen Entwicklungsgang vorhanden sein.

Nun komme ich zu einem Satze, der ja auch in der Partei weit verbreitet ist. Man sagt, die Reaktionäre sind es, die für die Schutzzölle kämpften und welche die Oberhand behielten. Der Schutzzoll hat ja immer den Anstrich des Reaktionären und der Freihandel hat immer den Anschein, als ob er liberal, als ob er fortschrittlich ist.

Was sagt denn die Geschichte dazu? In der Parteipresse zitirt man immer Karl Marx und ich habe gewiß eine große Hochachtung für Karl Marx. Aber man darf auch nicht auf Worte schwören. Ich führe die Stelle an. Sie lautet: „Das Schutzzollsystem ist konservativ, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution; in diesem revolutionären Sinne stimmen wir für den Freihandel.“ Wie oft ist dieses Wort wiederholt worden und wie oft hat man daraus geschlossen: wer für den Fortschritt ist, muß Freihändler sein, und wer für die Reaktion ist, muß Schutzzöllner sein.

Sehen wir uns einmal die Schutzzollstaaten an. Die Rede von Karl Marx ist in den vierziger Jahren gehalten. Ich wähle deshalb nur Beispiele, die später oder doch wenige Jahre zurückliegen.

Wer sind die Freihändler in den Vereinigten Staaten? Sind das die vorwärtstreibenden Elemente? Nein, das sind die Plantagenbesitzer, die großen Sklavenhalter auf den Baumwollpflanzungen. Sie wollen ihre Baumwolle billig nach England schicken und dafür sollen als billige Rückfracht die englischen Industrieprodukte hereinkommen. Sie wollen keine Industrie, keine Lohnarbeiterklasse in Amirika haben, sie wollen die Sklavenherrschaft behalten auf Grund des Freihandels. Wer aber sind dort die Schutzzöllner? Das sind die Leute, die im Norden, in den Küstengebieten wohnen. Die freien früheren englischen Bürger, sie wollen Amerika zu einem unabhängigen Industriestaat machen, wie jeder fortgeschrittene Staat es heute sein muß. Die Schutzzöllner sind dort die fortgeschrittenen Elemente die Amerika nicht zur Ackerbau- und Pflanzerkolonie herabgedrückt haben wollen, die von dem großen Industriegebiet Neu-England träumen. Also, der Schutzzoll ist, wenn wir diese Ausdrucksweise einmal gebrauchen wollen, das revolutionäre Element innerhalb der alten Gesellschaft. Vielleicht keiner hat dieser Stimmung der schutzzöllnerischen Elemente so scharfen Ausdruck gegeben wie Friedrich List, der bekannte deutsche Schutzzöllner, der selber in Amerika erheblich thätig gewesen ist bei der Schaffung von Schutzzöllen. Da heißt es:

„Wenn die Freistaaten nicht fabriziren, keine Seemacht aufbringen wollen oder können, dann haben die Bostoner den Thee vergeblich in die See geworfen, dann ist all ihr Deklamiren über Unabhängigkeit und künftige Nationalgröße eitel, dann thun sie besser, sobald als möglich in die englische Kolonialabhängigkeit zurückzukehren. Die amerikanischen Sklavenhalter und Baumwollenpflanzer werden dann ihre schönsten Träume in Erfüllung gehen sehen. Auch hat in der That ein solches Verhältniß dem Patriotismus, den Interessen und Bedürfnissen dieser Pflanzer schon seit längerer Zeit besser eingeleuchtet als die nationale Selbständigkeit und Größe von Nordamerika. Nur in der ersten Aufwallung von Freiheit und Independenz schwärmten sie von industrieller Selbständigkeit. Von da ab wurden sie kühler und seit einem Vierteljahrhundert ist ihnen die gewerbliche Prosperität

der mittleren und östlichen Staaten ein Greuel, suchen sie im Kongreß den Beweis zu führen, die Prosperität Amerikas sei durch die Industrieherrschaft Englands über Nordamerika bedingt. Was will das anders sagen, als daß Nordamerika reicher und glücklicher wäre, wenn es zu England wieder in das Verhältniß seiner Kolonie zurückkehrte? Gäbe es nun eine Macht, die mit dem Plan schwanger ginge, die amerikanische Union in ihrem Aufschwung niederzuhalten und sie sich für alle Zeiten industriell, kommerziell und politisch dienstbar zu machen? Das Mittel zu diesem Zweck läge nicht ferne, man brauchte nur zu verhindern, daß eine Manufakturkraft in den atlantischen Staaten aufkomme, man brauchte nur dem Prinzip der absoluten Freiheit des auswärtigen Handels in Amerika Geltung zu verschaffen, denn werden die atlantischen Staaten nicht manufakturirend, so können sie sich nicht nur nicht auf dem gegenwärtigen Standpunkt ihrer Kultur erhalten, sie müssen sinken, in jeder Hinsicht sinken."

Dies Verhältniß zwischen den konservativen Freihändlern und den — ich gebrauche nochmals die Ausdruckweise der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" — revolutionären Schutzzöllnern spinnt sich fort bis zum Bürgerkrieg, ja die exportirenden Farmer sind heute noch Kerntruppen des Freihandels, aber wahrhaftig nicht Kerntruppen des Fortschritts. Die Schutzzöllner sind die Revolutionäre, die eine höhere Wirthschaftsordnung aufbauen und sie schützen wollen gegen äußere Angriffe, die ihr lebensgefährlich sein können.

Wie war es in Deutschland bei den früheren Zollvereinskämpfen? Sie wissen ja Alle, die Preisfechter des Freihandels waren die Großgrundbesitzer, die ostelbischen Landjunker, die Reaktionäre, die Feudalen, die ihre Schafherden aufzogen, ihre Wolle nach England liefern wollten, ebenso das Getreide, das Nutzholz aus den Wäldern. Revolutionär waren sie nicht. Nein, sie wußten ganz genau, der Freihandel hätte die Entwickelung in Deutschland zurückgehalten. Und wer waren die Schutzzöllner? Die gegen den Feudalismus und die absolute Staatsform als Klasse auftretende Bourgeoisie, die Baumwollspinner in Preußen, in Sachsen, Württemberg, Baden und Bayern, die großen Fabrikbesitzer, die Eisenindustrie am Rhein und in Südwestdeutschland. Zweifellos haben die Schutzzölle — freilich waren es stets mäßige Schutzzölle — die Entwickelung viel rascher vorwärts getrieben, sie sind auch das treibende und beschleunigende Element in unserer Entwickelung gewesen. Und wenn wir heute hier sitzen, verdanken wir es zum Theil den Schutzzöllnern.

Bei List gelangt auch die Sehnsucht, das verspießerte, verbauerte Deutschland zum Industriestaat zu machen, zu ergreifendstem Ausdruck. Da heißt es:

„Eine Nation, die blos Agrikultur treibt, ist ein Individuum, dem in seiner materiellen Produktion ein Arm fehlt. Bei der großen landwirthschaftlichen Produktion besteht Willkür und Knechtschaft, Aberglaube und Unwissenheit, Mangel an Kultur und Verkehrs- und Transportmitteln, Armuth und politische Ohnmacht. Im bloßen Agrikulturstaat wird nur der geringste Theil der in der Nation liegenden geistigen und körperlichen Kräfte geweckt und zur Ausbildung gebracht, nur die ihr zu Gebote stehenden Naturkräfte und Naturfonds können benutzt, keine oder nur wenige Kapitalien können gesammelt werden. Man vergleiche Polen mit England. Beide Nationen sind einst auf der gleichen Stufe der Kultur gewesen und jetzt — welcher Unterschied! Die Manufakturen und Fabriken sind die Mütter und die Kinder der bürgerlichen Freiheit, der Aufklärung, der Künste und Wissenschaften, des inneren und äußeren Handels, der Schifffahrt und der Transportverbesserungen, der Zivilisation und der politischen Macht. Wenn irgend eine Nation zur Pflanzung einer nationalen Industrie berufen ist, so ist es die deutsche, wenn irgend eine Nation von einem ihren Zuständen angemessenen Schutzsystem reiche Früchte zu erwarten hat für das Aufkommen ihrer inneren

Manufakturen, für die Vermehrung ihres auswärtigen Handels und ihrer Schifffahrt, für die Vervollkommnung ihrer inneren Transportmittel, für die Blüthe ihres Ackerbaues, sowie für die Behauptung ihrer Unabhängigkeit und die Vermehrung ihrer Macht nach außen, so ist es die deutsche. Noch erfüllt indessen das deutsche Schutzsystem seine Zwecke nur in sehr unvollkommener Weise, solange nicht Deutschland seinen Bedarf an Baumwollen und Flachs-Maschinengarn selbst spinnt, solange es nicht seine Bedürfnisse an Kolonialwaaren unmittelbar aus den Ländern der heißen Zone bezieht und sie mit eigenen Manufakturprodukten bezahlt, solange es nicht diesen Handel mit eigenen Schiffen betreibt, solange es seiner Flagge keinen Schutz zu gewähren vermag, solange es kein vollständiges Strom-, Kanal- und Eisenbahn-Transportsystem besitzt, solange nicht der deutsche Zollverein auf alle deutschen Küstenländer und auf Holland und Belgien sich erstreckt."

Das sind die Worte eines Schutzzöllners, aber gewiß nicht eines Reaktionärs. Die damaligen Freihändler dagegen sind nicht blos Feinde der Industrie, nicht blos Feinde der Bourgeoisie; die damaligen Freihändler sind auch Arbeiterfeinde. Die Löhne in der zollgeschützten Industrie sind ihnen noch zu hoch. 1848 überreichten die Deputirten sämmtlicher landwirthschaftlichen Vereine in Sachsen der Nationalversammlung in Frankfurt eine Denkschrift, in der es heißt: „Die höheren Arbeitslöhne lassen diesen Vortheil der Rückwirkung der Industrie auch auf das Gedeihen der Landwirthschaft verschwinden, anderentheils darf man nicht übersehen wollen, daß die Industrie Sachsens dem Ackerbau die nöthigen Arbeitskräfte entzogen habe, daß diese letzteren bereits effektiv fehlen. In Sachsen fehlt es nicht an Arbeit, sondern an Arbeitern für die Landwirthschaft, namentlich in den Industriebezirken. Sachsens Aufgabe ist, der Landwirthschaft wieder Kräfte zuzuführen. Eine Ausdehnung der Industrie liegt nicht im Interesse Sachsens." Also um die Arbeiter nicht emporkommen zu lassen, sind die Herren Freihändler!

So können Sie es weiter verfolgen, Jahr für Jahr, Jahrzehnt für Jahrzehnt. In den sechziger und im Anfang der siebziger Jahre ist es genau so. Wie oft haben die Großgrundbesitzer Anträge gestellt, die Eisenzölle abzuschaffen, weil es ihnen unangenehm war, daß in die Industriebezirke die Arbeiter einwandern.

Fast alle Industrien, nicht nur bei uns, sind aufgewachsen unter dem Schutzzoll. Mit der englischen Industrie hat es seiner Zeit auch nicht anders gestanden. Wo Sie heute auch hinblicken, nehmen Sie Oesterreich, nehmen Sie die jungen aufstrebenden Balkanstaaten, Ungarn, Italien, Spanien, alle diese Staaten haben sich zunächst mit einer Schutzzollmauer umgeben, um ihre Industrie nicht niederrennen zu lassen. Und da hat der Schutzzoll, man mag stehen, wie man will, eine revolutionäre Wirkung geübt. Damit ist nicht gesagt, daß wir für ihn eintreten sollen. Aber gestehen wir doch die thatsächliche Entwickelung zu. Nehmen wir einmal das Verhältniß zwischen Oesterreich und Ungarn. Ungarn ein Ackerbauland, Oesterreich ein entwickeltes Industrieland. Die revolutionären Elemente, Kossuth und Genossen, plädirten in den vierziger Jahren für Schutzzoll, aber die österreichische Regierung gab ihnen die Schutzzölle nicht. Diese Elemente verzichten auf eine eigene Industrie nicht, sie wollen keine Kolonie Oesterreichs sein, dazu ist heute der Ungar schon viel zu selbstbewußt, fühlt sich schon viel zu sehr als selbständige Nation und weiß, daß er es nicht sein kann, wenn er nicht fußt auf einer starken Industrie. Und was macht Ungarn, da es den Schutzzoll nicht haben kann. Es giebt Boden umsonst, es giebt Steuerfreiheit für eine Reihe von Jahren, es giebt Ausnahmetarife, es giebt Staatsunterstützung für aufstrebende Etablissements, es giebt für Maschinen die Zölle zurück u. s. w. Das ist doch auch ein Schutzsystem und das wiederholt sich von Staat zu Staat.

Nun Parteigenossen! Das glaube ich aus der Erfahrung, der Wirthschaftsgeschichte der Völker entnehmen zu können. Aber es beruhigt vielleicht die Parteigenossen, von einer sozialdemokratischen wissenschaftlichen Autorität diese Ansichten über die Rolle des Schutzzolles bestätigt zu sehen. Friedrich Engels sagt über den Schutzzoll:

Vor ungefähr fünfzehn Jahren reiste ich im Eisenbahnwagen mit einem intelligenten Glasgower Geschäftsmann, der ein besonderes Interesse an Eisen nahm. Die Rede kam auf Amerika, er gab mir die alten Freihandelsredensarten zum Besten: Sei es nicht unbegreiflich, daß geriebene Geschäftsleute, wie die Amerikaner, ihren einheimischen Hüttenbesitzern und Fabrikanten Tribut zahlen, wo sie doch denselben oder gar einen besseren Artikel für den halben Preis von hier aus beziehen können? Dann folgten Beispiele, wie wahnsinnig hoch sich selbst die Amerikaner besteuerten, um ein paar geldgierige Besitzer von Eisenhütten zu bereichern. „Nun", sagte ich, „die Sache scheint auch eine andere Seite zu haben; Sie wissen, daß in Kohlen, Wasserkraft, Eisen und anderen Erzen, wohlfeilen Nahrungsmitteln, einheimischer Baumwolle und anderen Rohstoffen Amerika Hilfsquellen und Vortheile besitzt, worin ihm kein europäisches Land das Wasser reicht, und daß diese Hilfsquellen nur dann vollständig entwickelt werden können, wenn Amerika ein Industrieland wird; Sie werden ferner zugeben, daß heutzutage ein großes Volk wie die Amerikaner nicht blos ackerbauend bleiben kann; daß das eine Verurtheilung zu ewiger Barbarei und Unterordnung wäre. Heutzutage kann kein großes Volk bestehen ohne eigene Industrie. Nun gut, wenn Amerika ein Industrieland werden muß und wenn es alle Aussicht hat, hierin seine Nebenbuhler nicht nur zu erreichen, sondern selbst zu schlagen, dann stehen ihm zwei Wege offen: Entweder bei freiem Handel während meinetwegen fünfzig Jahren einen äußerst kostspieligen Konkurrenzkampf zu führen gegen die englische Industrie, die ihm um hundert Jahre voraus ist, oder aber durch Schutzzölle die englische Konkurrenz um meinetwegen fünfundzwanzig Jahre auszuschließen mit der absoluten Gewißheit, daß am Ende der fünfundzwanzig Jahre die amerikanische Industrie auf dem Weltmarkte ihren Platz behaupten wird. Welcher der beiden Wege ist der wohlfeilste und der kürzeste? Darum handelt es sich. Wenn Sie von Glasgow nach London reisen, so können sie den gesetzlich vorgeschriebenen Bummelzug (Parliamentary Train) nehmen; Sie zahlen einen Penny die Meile und fahren zwölf Meilen die Stunde; aber das fällt Ihnen nicht ein, dazu ist Ihnen Ihre Zeit zu lieb. Sie reisen Expreßzug, zahlen zwei Pence die Meile und machen vierzig Meilen die Stunde. Nun gut, die Amerikaner ziehen vor, ein Expreßbillet zu nehmen, um so viel rascher vorwärts zu kommen." Mein schottischer Freihändler hatte kein Wort der Erwiderung.

Das ist eine ganz richtige Auffassung. Der Freihandel kann unter Umständen revolutionär sein, aber auch der Schutzzoll kann es sein. Denn revolutionär sein heißt doch mit dem Expreßzug reisen und nicht mit dem Bummelzug.

Ich komme jetzt zu unserem Klassenstandpunkt. Wie stehen die Arbeiter zu dieser Frage? Sie werden herausgefühlt haben, daß die Arbeiter eine sehr verschiedene Stellung dazu einnehmen müssen. Wo die Industrie sich erst entwickeln soll, da sind die fortschrittlichen Elemente der Arbeiterklasse immer schutzzöllnerisch, wo die Industrie aber stark und mächtig ist, da werden sie immer freihändlerisch sein, aber internationale Freihändler können wir nicht sein. Wir können es den jungen Staaten, den kolonialen Freistaaten z. B., nicht verwehren wollen, ihre Industrie mit Hilfe der Schutzzölle zu entwickeln, daher können wir keine Propaganda für den internationalen Freihandel treiben. Wir würden bei Erfüllung solcher Forderungen unseren ungarischen, polnischen, russischen, rumänischen Arbeiterbrüdern einfach die Hälse abschneiden. Da sind

Interessengegensätze auch in der Arbeiterklasse vorhanden, denen wir ruhig ins Gesicht sehen müssen. Wir lehnen die Propaganda für den internationalen Freihandel ab. Die Frage der internationalen Arbeiterbewegung steht damit im Einklang. Ueberall da, wo die Industrie erst emporgebracht wird, sind die Arbeiter schutzzöllnerisch. Haben sie darum ihren Klassenkampf nicht vertreten, sind sie nicht stürmisch genug vorwärts gegangen? Haben wir ihnen darum Vorwürfe zu machen? Nein, sie haben ihre Klasseninteressen zusammenfallen sehen zunächst mit denjenigen der Großindustrie, der industriellen Bourgeoisie. In Amerika ist unsere Parteipresse wohl im Allgemeinen freihändlerisch veranlagt, sie bekämpft aber vorwiegend nur die übertriebenen Hoffnungen, die man auf die Schutzzölle setzt. Aber freihändlerisch eingeschworen sind auch die zielbewußtesten amerikanischen Arbeiter nicht, und ich würde ihnen das auch sehr verdenken, denn der Schutzzoll ist dort auch wohl heute noch im Allgemeinen eine Lebensbedingung der Industrie.

Man spricht so viel von Australien, man sagt, das ist das Land des staatlichen Arbeiterschutzes, da ist der Achtstundentag, da sind alle möglichen staatlichen Einrichtungen zu Gunsten der Arbeiter. Jawohl, aber die dortigen Arbeiter sind sammt und sonders schutzzöllnerisch. In dem Werke von Walker über die australische Demokratie liest man:

„Ein großer Theil der Arbeiter Australiens besteht aus überzeugten Anhängern des Schutzzolls, das Wort in seinem weitesten Sinne genommen; schließt man von den parlamentarischen Arbeitervertretern auf die Meinung der Arbeiter selber, so werde darüber Einstimmigkeit herrschen. In Viktoria, Südaustralien und Neu-Seeland (also im Freihandelsstaate), haben die Arbeitervertreter um der Einigkeit willen die Tariffrage fallen lassen, aber die Mehrheit ist schutzzöllnerisch und möchte die Tariffrage durch Volksabstimmung entschieden sehen. Dadurch glauben sie den Schutzzoll zu erreichen und für ihre weiteren Ziele die Kräfte ungehindert frei zu erhalten. In Queensland heißt es im Arbeiterprogramm ebenfalls, daß die Tariffrage keine Parteifrage sei. Der Schutzzoll, gestehen die Arbeitervertreter ein, erhöht den Preis für den Konsumenten, aber sie behaupten, daß die Kraft der Gewerkschaften hinreichen sollte, eine Lohnerhöhung zu erzwingen. Um ihre Gründe gleichsam in der Nußschale darzustellen: Es sei besser, hohe Preise und gute Löhne zu haben, wie billige Waaren, schlechte Löhne und häufige Arbeitslosigkeit."

Für die deutschen Arbeiter früherer Jahrzehnte ließ sich ähnliches feststellen. Ich habe mir hier noch eine Stelle notirt, die recht charakteristisch ist. Lüning schreibt im Jahre 1845: „Der Zollverein selbst hat das Prinzip der Handelsfreiheit, welches er bisher ziemlich strenge festhielt, zum theil aufgegeben und das ist am Ende ein größerer Gewinn, als die Ausdehnung über einige Provinzen. Mit dieser Handelsfreiheit haben uns die Engländer einmal derb über den Löffel barbirt, überall predigten englische Agenten die Nothwendigkeit der Handelsfreiheit, das heißt, sie verlangten freie Einfuhr für englische Fabrikate, ließen aber nach England nicht Mann oder Maus herein; und wir Deutsche waren schwärmerisch genug, uns durch das beigesetzte Wort „Freiheit" englische Habsucht und englischen Eigennutz für tiefe auf Menschenliebe gestützte Staatsweisheit verkaufen zu lassen. Es versteht sich übrigens von selbst, daß Handelsfreiheit der Zweck und das Ziel der zivilisirten Welt ist, aber die deutsche Industrie braucht Schutz gegen die durch ungeheure Kapitalien und die höchste Vollendung der Maschine furchtbare Konkurrenz der Engländer." Sie schrieb damals ein sozialistisch gefärbter Radikaler in einem Buch, das sich an die Arbeiterschaft wandte.

Und nun komme ich zu unserer Partei. Wenn ich die Resolution Kautsky richtig verstehe, so bedeutet sie, jetzt ist Deutschland unbedingt soweit,

daß es die Konkurrenz jedes Staates bestehen kann. Unsere Industrie hat nichts zu befürchten, sie wird gefördert werden, wenn wir den Freihandel für Deutschland haben. Ich persönlich will das nicht bestreiten, ich habe auch schon eine ganze Reihe von Leitartikeln in diesem Sinne geschrieben, aber wogegen ich mich wenden möchte, das ist der Versuch, die Partei festzulegen auf eine Anschauung, die wir doch nicht so einfach als unbestritten und zweifelsfrei hinstellen können.

Wie hat sich denn die Partei sonst verhalten? Es ist charakteristisch, daß immer und immer wieder in der deutschen Arbeiterklasse die Befürchtung hervorgebrochen ist, soweit sind wir noch nicht, daß wir unseren Markt ganz frei öffnen können. Auf dem Gothaer Kongreß im Jahre 1876 ist es abgelehnt worden, die Partei auf freihändlerischem Boden festzulegen. Sie kennen ja Alle die dort gefaßte Resolution. Dieselbe lautet:

„Der Kongreß erklärt, daß die Sozialisten Deutschlands dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampfe zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüberstehen; daß die Frage, ob Schutzzoll oder nicht, nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Noth der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirthschaftlichen Zuständen wurzelt, daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzzöllen eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen."

Das ist eine ganz klare und meines Erachtens auch ganz vernünftige Stellungnahme. Machen wir uns doch klar die Stellung der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Wer sind heute die führenden Freihändler? Das sind die internationalen Handel Treibenden, die Seeleute, die Kaufleute. Diese werden von selbst immer eine Neigung zum Freihandel haben. Wenn unsere Industriellen noch Schutzzölle für nöthig halten, wenn wir keine starke Gegenströmung dagegen heute in der deutschen Industrie wahrnehmen — denn Alles, was man uns da vorerzählt von einer starken Agitation gegen die Zölle, trifft einfach nicht zu — ich sage, wenn die Industrie unter Schutzzöllen litte, wären die Industriellen die Ersten, die dagegen ankämpften. Sind denn die Interessenkonflikte in Deutschland heute schon wirklich so, daß man sagen kann, es kommt zur Umkehr? Die freisinnige Agitation gegen die Zölle geht einfach vom Standpunkt des Konsumenten aus; da zeigt es sich gerade, daß wir, wenn wir unseren Klassenstandpunkt bewahren wollen, sehr häufig genöthigt sein werden, viel weiter rechts zu stehen als die abgebröckelten Elemente aus der bürgerlichen Gesellschaft. Wer sind denn die Nichts-wie-Konsumenten? Das sind die Beamten, die Bureau-Angestellten mit festen Gehältern, die kleinen Leute aus dem Mittelstand, deren Einkommen vielleicht noch heruntergeht, wenn die Großindustrie sich entwickelt; da sind Diejenigen, die mit jedem Pfennig haushalten müssen. Die freisinnigen Spießbürger, die freisinnigen Philister sind die Kerntruppen des Freihandels bei uns und werden es sein. Die Arbeiter aber sind nicht reine Konsumenten, sie sind gewissermaßen Mitantheilshaber an jeder wenn zunächst auch künstlich beförderten Erweiterung der Großproduktion. Das Endziel, die höhere Entwicklung unserer Industrie, ist uns Alles. Das bischen Preisbewegung und Preiserhöhung kann für uns nichts bedeuten. Also nicht als Konsumenten haben die Arbeiter darüber zu urtheilen, sondern als Theilnehmer an dem heutigen Produktionsorganismus. Bedenken Sie doch, was hier geschaffen wird, das ist unser Erbtheil, das uns einmal zufallen wird, und das wollen wir hochhalten. Den Kampf um den Freihandel für die Industrie zu führen, dazu sind wir nicht die Leute, das muß aus unserer Industrie selbst herauswachsen.

Nun ist es charakteristisch, sowie Zollfragen gekommen sind, haben immer und immer wieder einzelne von unseren Abgeordneten sich für Zölle interessirt. Ich glaube nicht, daß sie übermäßig dafür begeistert waren, vielleicht haben sie sich damals auch nicht so sehr mit diesen Fragen beschäftigen können, aber immer wieder bröckelt es und kommt die Zustimmung aus Arbeiterkreisen für Industriezölle, freilich nur für solche.

Als die Garnzölle herabgesetzt wurden, war es Herr v. **Schweitzer**, der dagegen sprach. Die Agrarier wollten sie abschaffen. Ich weiß nicht, ob sein Standpunkt unter den gegebenen Verhältnissen ein berechtigter war, aber er war ein kluger, überlegender, praktisch erfahrener Kopf und er äußerte damals: „Von meinem Parteistandpunkt aus kann für eine Aufhebung bestehender Schutzzölle oder für eine Verminderung derselben nur in zwei Fällen eingetreten werden: Erstens nämlich bei einem Industriezweige, der in vollster Blüthe ist, der dem Auslande gegenüber vollständig konkurrenzfähig ist, ebenso im entgegengesetzten Falle, wenn nämlich ein Industriezweig vorliegt, der im Absterben begriffen, der zweifellos dem Untergange verfallen ist."

Dann kamen die Eisenzölle, kam die Frage der Wirkung der französischen Ausfuhrprämien, und da war es der Genosse **Bracke** — wieder einer der erfahrensten Parteigenossen, die wir gehabt — der davor warnte, ohne weiteres in das Lager der Freihändler überzugehen. Er äußerte am 28. April 1877: „Wir erkennen an, daß es eine Anzahl von Fällen geben kann, wo es geboten ist, der heimischen Industrie einen Schutz durch Zölle zu gewähren. Diese Fälle sind die folgenden: Erstens, wenn es sich handelt um eine sich entwickelnde und zu guter Hoffnung berechtigende Industrie, wenn also die Industrie im eigenen Lande noch zurückgeblieben ist gegenüber der gleichen Industrie im Auslande, aber die Bedingungen vorhanden sind, sie konkurrenzfähig zu machen gegenüber dem Ausland. In solchen Fällen würden wir die vorübergehende Erhebung eines Schutzzolles für gerechtfertigt anerkennen. Im einem andern Fall, wenn nämlich die Beseitigung eines bestehenden Schutzzolls einen vernichtenden Einfluß auf die Industrie im eigenen Lande ausüben würde, würden wir auch anerkennen, daß es sich hier rechtfertigt, den bisherigen Schutz weiter beizubehalten. Es handelt sich da mit um die Lage der Arbeiter; gesetzt den Fall, eine Industrie habe sich während des Bestehens eines Schutzzolls entwickelt und durch Aufgabe dieses Zolls werde dieselbe plötzlich dem Ausland gegenüber konkurrenzunfähig gemacht, so würde das auch die Folge haben, daß eine große Anzahl von Arbeitern brodlos würde, und das können wir nicht wünschen. Ich betone da dem Herrn Abgeordneten Dr. Hirsch gegenüber, daß wir sehr wohl die Harmonie der Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern anerkennen, wo sie vorhanden ist, daß wir es aber nicht für recht halten, wenn man eine Harmonie da findet, wo keine ist. Ein letzter Fall, in welchem wir gegen einen Schutzzoll uns nicht feindselig verhalten würden, ist folgender: wenn durch Reformen auf gewerblichem Gebiet eine ungünstigere Stellung der heimischen Industrie gegenüber der des Auslandes platzgreifen sollte. Das würde z. B. der Fall sein, wenn für die eigene Industrie Kinder- und Frauenarbeit sehr beschränkt würden, während die ausländische noch mit diesen billigeren Faktoren arbeitet. Ich sage also, in einem dieser Fälle würden wir die Erhebung eines Schutzzolls für nicht ungerechtfertigt erachten." So weit unser Genosse Bracke.

Dann komme ich zu der bekannten Rede des Abgeordneten **Kayser**, die die Anfechtung erfahren hat in der „Laterne", die damals in Brüssel als verbotenes Blatt erschien. Auch Kayser ist bei der Berathung des Zolltarifs für eine ganze Reihe von Zöllen eingetreten. Er erklärte am 17. Mai 1879: „Ich will nur sagen, daß ich für diese Position, wie sie uns von der Regierung vorgeschlagen ist, stimmen werde, wie auch ähnlich für die übrigen, weil ich

in dieser wie in den übrigen Positionen einen Bruch mit dem Freihandelssystem gemacht sehe. Meine Herren! Für mich ist Eisenindustrie so zu sagen das Knochengerüst des Wirthschaftssystems, und ich bin der Ueberzeugung, daß in dieses Knochengerüst die englische Krankheit — ich meine darunter eine Krankheit, die die ganze Stellung des Industriezweiges etwas erweicht und stört — gekommen ist. Meine Herren, bei der Schutzzoll- und Freihandelsfrage haben wir uns vorzüglich gefragt, in welcher Weise ist der eingeführte Schutzzoll im Stande, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Ich erwarte nicht, daß durch die Einführung irgend eines Zolls auf irgend einen Gegenstand der jetzt so außerordentlich niedrig stehende Lohn um viel erhöht werden wird. Allein ich hoffe, daß die Unterkunft der Arbeitslosen eher wird stattfinden können als gegenwärtig. Ich will zum Ende kommen, indem ich hervorhebe, daß ich aus dem Grund, und ich wiederhole das noch einmal, für die einzelnen Schutzzollpositionen stimme, weil ich glaube, daß für die Gegenwart eine Belebung der Industrie eintreten wird, obwohl ich — und diese Reserve anzuführen, müssen Sie mir schon gestatten — glaube, daß ebenso wie die äußere Konkurrenz zu einer Krisis geführt hat, auch die innere Konkurrenz zu einer Krise führen wird. Aber über die Schwierigkeiten des Augenblicks werden wir zum theil hinweggebracht werden. Ich bin vorzüglich der Meinung, daß man nicht alles beim Alten lassen soll, wie es der Herr Abgeordnete Bamberger wünscht, also hier es nicht dabei lassen, daß der Gegenstand, der einmal frei von Zoll war, auch davon frei bleibt, sondern ich halte es für meine Verpflichtung überall da, wo ich bei Prüfung des einzelnen Falles sehe, daß wirklich ein Uebel in einem bestimmten Industriezweig vorhanden ist, dann auch dem vorhandenen Mittel, welches das Uebel beseitigen soll, zuzustimmen.

Ich will die Gegenartikel in der „Laterne" kurz streifen, weil nämlich in der Parteipresse behauptet worden ist, für unsere Partei sei seit diesen Artikeln die Frage des Schutzzolles endgiltig beseitigt. Da muß man ungemein genügsam sein, wenn man diese Artikel für eine Widerlegung der schutzzöllnerischen Bestrebungen hält. Was für ein Verständniß der Artikelschreiber für die damalige Schutzzollbewegung gehabt hat, das geht schon daraus hervor, daß er schreibt: „bis April wird diese ganze Schutzzollbewegung erloschen sein (Heiterkeit), sie ist ja nur durch Geld erkauft. Wenn der Schutzzöllner für das Stück gedruckte öffentliche Meinung 10 000 M. giebt, dann kommen die Freihändler, die mehr Geld haben, und bieten 50 000 M." Und dann kommen alle die Späße: „Wenn man die Grenzen sperrt von Land zu Land, weshalb nicht auch von Stadt zu Stadt, von Stuttgart bis Cannstatt, von Berlin bis Potsdam?"

Und dann geht es in persönlichem Ton gegen den Abgeordneten Kayser los. (Bebel: Ach, lassen Sie das doch!) Da heißt es: „Wackerer Jüngling, Breslauer Hanswurst, gut, daß die Partei dieses Früchtchen los geworden, ödes Gemengsel unverdauter schutzzöllnerischer Phrasen, meistens den Bismarck'schen Frühstücksblättern entnommen. Dazwischen immer wieder ein burleskes Angebell, mit dem der dicke Herr den Präsidenten förmlich um einen Ordnungsruf anflehte, um mit guter Manier abschieben zu können. Als ehrsamer Handlungsdiener schrieb er sich noch mit i, dann änderte er es in y um. Will uns der neue Demosthenes etwa glauben machen, er stamme von den alten Griechen ab?" (Große Heiterkeit.) U. s. w., u. s. w.

Parteigenossen! Es ist ja nicht unmöglich, daß auch ich nachher stark angegriffen werde, aber bitte, werden Sie dann nicht in dieser Art persönlich! (Heiterkeit.) Eigenthümlich aber ist auch die Art der sachlichen Behandlung. Eigentlich ist die „Laterne" weder für Freihandel, noch für Schutzzoll, sondern sie ist für den sozialistischen Zukunftsstaat. Da heißt es:

„Also steckt unser Heil nicht im Schutzzoll, sondern in der Vereinigung aller Länder zum Zweck einer Wirthschaft, welche die Produkte der Kultur

dem arbeitenden Volke zukommen läßt." „Schutzzollpfaffen auf der einen Seite, Freihandelsprediger auf der andern." „Ich behaupte, daß sie alle beide — Klasseninteressen verfolgen, nur halte ich es für unsere Pflicht, gerade den Charlatanismus derjenigen von beiden zu entlarven, die jeweilig auf dem Regierungskarren sitzen und uns ihr volksbeglückendes Mittel appliziren wollen."

Sitzt der Freihandel auf dem Regierungskarren, wird gegen den Freihandel losgelegt, sitzt der Schutzzoll auf dem Regierungskarren, gegen den Schutzzoll. Die Hauptsache ist, daß ordentlich losgelegt wird. Was man im Augenblick will, braucht man ja nicht zu sagen, man erstrebt eben die große Zukunftsweltwirthschaft. Aber noch charakteristischer ist es, daß durch die Artikel fortwährend schutzzöllnerische Anwandlungen gehen. Da heißt es:

„Wer würden denn in einem sozialistischen Gemeinwesen die Hauptkäufer sein? In erster Linie der Staat für die hunderterlei Verwaltungen und humane Zwecke, die zu seiner Aufgabe gehören. Dann die Produktivgenossenschaften, Gewerkschaften, Vereine aller Art. Nun, sie brauchen ja blos ihre Bedürfnisse vorzugsweise den inländischen Produzenten, das heißt, sich selbst gegenseitig abzukaufen! Wenn das auswärtige Kapital auf seine Waaren keine Bestellungen erhält, so wird es sich nicht damit amüsiren, sie uns zuzuschicken, und wir brauchen keine Leute anzustellen, die ihnen an der Grenze den Weg versperren. Man schämt sich eigentlich, eine so einfache Sache erst erörtern zu müssen, aber seitdem die Flamme unserer Presse in Deutschland ausgelöscht ist, denken unsere Gegner, im Dunkeln ist gut munkeln, und möchten gerne Spaltungen in der Partei hervorrufen, deshalb war es nöthig, daß wir über diese wichtige Frage Allen, die sich im Zweifel befanden, ein kleines Licht aufsteckten.

Auf Seite 50 heißt es weiter:

„Ich könnte mir denken, daß ein Volk unter abnormen Zuständen, z. B. um eine freie und kollektive Nationalindustrie zu organisiren, für eine begrenzte, provisorische Zeitdauer und für bestimmte Industriezweige die Konkurrenz der ausländischen auf kapitalistische Ausbeutung beruhende Produktion durch Zölle balanzirte. Derartige Maßregeln würden indeß auch erst gerechtfertigt sein, wenn alle Versuche, den nöthigen Schutz im Vertragswege zu erlangen, gescheitert oder von vornherein aussichtslos waren."

Also, wenn wir einmal den sozialen Staat haben, dann müssen wir auch einen Schutz haben, aber dann brauchen wir keinen Zollschnüffler an der Grenze, denn die Produktivgenossenschaft bestellt dann einfach nichts! Nun, der kapitalistische Staat braucht allerdings Zollschnüffler, aber in der Sache ist das ganz dasselbe. Die anderen Mittel werden nur durch die andersartigen Umstände bestimmt.

Ich verlasse jetzt die „Laterne". Aber charakteristisch ist es, gleich hinterher, nachdem diese Frage angeblich für die Partei beseitigt war, starb der Genosse Reinders-Breslau und an seiner Stelle wurde Hasenclever aufgestellt. Er hat sich durch die „Laterne" garnicht einschüchtern lassen, sondern in seinem Brief an die Wähler hat er sich unter Umständen für Schutzzölle ausgesprochen. Er sagt in demselben: „Schutzzölle für wirklich bedrängte Industrieen können unter Umständen für unser Land, auch für die Arbeiter günstig wirken, doch dürfen diese Zölle der Natur der Sache nach nur vorübergehend sein. Ich könnte also zum Beispiel wohl, wie es die Mehrzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten gethan hat, für einen mäßigen Zoll auf Eisen stimmen, doch müßte ich mich, wie gesagt, von der Nothlage dieser Industrie überzeugt haben. Für einen hohen Zollsatz aber würde ich bei einem Industriezweige, der nothleidend ist, nur dann mich erklären können, wenn eine recht kurze Dauer der Zollerhebung im Gesetzentwurf vorherzusehen wäre, damit niemals aus dem reinen Schutzzoll ein wirksamer

Finanzzoll entstehen könnte. Ein reiner Schutzzoll ist übrigens dem Herrn v. Bismarck auch ziemlich gleichgiltig, da ein solcher nicht besonders geeignet ist, die Lücken in der Reichskasse zu stopfen. Wenn die Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel? auch durchaus keine Prinzipienfrage für die Sozialdemokratie ist, sondern lediglich eine Machtfrage zwischen Großindustriellen und Großhändlern, so halte ich doch dafür, daß bei weiter entwickelten Kulturländern der freie Austausch der Waaren selbstverständlich sein wird und das Zusammenbrechen der letzten Zollschranke nur eine Frage der Zeit ist. Solange aber die jetzt dominirenden Reiche auf so verschiedenartiger und theilweise noch tiefer Kulturstufe sich befinden, werden einige Zollschranken als sogenannte Nothwehr vorhanden bleiben." Hasenclever wahrte sich also immer das Recht, sich die Dinge erst anzusehen, und legte sich nicht von vornherein fest.

Der Kongreß von Wyden hat es abgelehnt, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Es heißt da in einer beantragten Resolution: „Betreffs der Frage Schutzzoll oder Freihandel schließen wir uns völlig der Resolution an, welche seinerzeit vom Genter Weltkongreß mit Einstimmigkeit angenommen wurde, daß namentlich diese Frage eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie sei." Man ist damals darüber zur Tagesordnung übergegangen.

In dem Protokoll von St. Gallen finde ich ein Referat von Auer, in dem auch er sich ganz richtig immer das Recht wahrt, die Dinge je nach den konkreten Umständen zu beurtheilen: „So hinfällig, durch die Thatsachen ad absurdum geführt, auch die Behauptung sei, daß durch Schutzzölle die soziale Frage in ihren Schärfen gemildert oder ihrer Lösung näher gebracht werden könne, so sei doch andererseits nicht zu leugnen, daß Schutzzölle als Kampfmittel gegen Staaten, welche jeder Arbeiterschutz-Gesetzgebung gegenüber sich ablehnend verhalten und so durch rücksichtslose Ausbeutung der Kinderarbeit eine unerträgliche Schmutzkonkurrenz bereiten, durchaus am Platze sein könnten." Auer hat sogar, weitergehend, noch hinzugefügt: „Wenn eine internationale Regelung über die Fragen des Arbeiterschutzes stattfinden sollte, sei sogar eine vollständige Abschließung gegen ablehnende Staaten gestattet." Auch in der Gegenwart sind schutzzöllnerische Neigungen unter Parteigenossen ganz unleugbar. Wenn man von den Kulis spricht, von den Arbeitskräften, die man nicht ins Land hineinlassen will, ja, ist es denn im Prinzip etwas anderes als Schutzzoll? Wenn man in England seitens des Cobdenklubs sagt, der Freihandel müsse sich auch auf die Arbeitskraft erstrecken, der Ausschluß der fremden Arbeiter sei barbarisch; ich gehe eine Wette ein, die Hälfte oder wohl die große Mehrheit unter Ihnen hier würde es sich sehr überlegen, dem so ohne jede Beschränkung „grundsätzlich" zuzustimmen. Ich selber fürchte von dieser Konkurrenz ja nichts, aber die immer so radikal auftreten, die leben ja immer in der Angst vor den Kulis. Wir haben ferner Staaten, wo die Arbeiter mächtig sind, im Kapland, in Australien. Dort sind es die Arbeiter, die Gesetze durchgebracht haben, durch die sie sich gegen diese Konkurrenz der Arbeitskraft schützen. Nun, ist das nicht auch eine Art Schutzsystem? Sperrt sich da die Nation nicht auch ab gegen die Arbeitskraft der fremden Nation? Und wenn wir uns gegen die Arbeitskräfte sperren, dann wird es vielleicht auch einmal nöthig sein, auch die Waaren nicht hineinzulassen; denn die Aussperrung der Kulis würde uns nichts nützen, wenn die Kuli-Waaren weiter beliebig frei herein zu uns kämen. Wie gesagt, ich sehe die Dinge nicht so gefährlich an, ich theile nicht die Gespensterfurcht Anderer, doch das sind Fragen, die man diskutiren, auf die man sich aber nicht festlegen soll.

Nun Parteigenossen! Ich komme jetzt zum Schluß und Sie kommen zum Essen. (Heiterkeit.) Ich hoffe Ihnen gezeigt zu haben, daß die Frage Schutzzoll oder Freihandel niemals Klassenfrage der Arbeiter werden kann. Je nach dem Standpunkt sind die Arbeiter in den einzelnen Ländern schutzzöllnerisch

oder freihändlerisch und sie thun recht daran. Ich glaube Ihnen auch gezeigt zu haben, der Freihandel ist nicht immer der Friedensengel, sondern sehr oft auch das Mittel für die Vergewaltigung schwächerer Völker, die in ihrer Entwickelung zurückblieben. Zweifellos ist unsere internationale Kultur dadurch gefördert worden, daß überall und überall Industriestaaten entstanden sind. Wenn man von revolutionärem Wirken sprechen will, dann hat es der Schutzzoll eher gethan wie der Freihandel. An allen Ecken der Welt hat er Industrieansätze hervorgerufen, die nachher mächtige Industrieen geworden sind.

Wenn ich nun zur Resolution komme, so kann ich kurz sein. Ich sage nochmals: hätte ich einen Leitartikel zu schreiben gehabt, würde ich ihn wahrscheinlich so geschrieben haben wie Kautsky seine Resolution; denn das sind Anschauungen, die uns vielfach gemeinsam sind. Aber meine Resolution unterscheidet sich dadurch, daß sie uns nur festlegt gegen die Lebensmittelzölle. Fallen die Landwirthschaftszölle, dann wird die Industrie um so mächtiger; wir sind für die Handelsverträge, wir werden jede Zollerhöhung ablehnen, aber im Uebrigen bitte ich Sie: Legen Sie sich nicht fest und stimmen Sie meiner Resolution zu. (Lebhafter Beifall. Händeklatschen.)

Bebel zur Geschäftsordnung: Schippel hat ein sehr gutes Referat gehalten, aber auch wenn die Resolution Kautsky nicht vorläge, wäre es klar, daß in der Partei abweichende Meinungen bestehen. Es handelt sich um eine Frage, die im Augenblick nicht spruchreif ist, die aber in der nächsten Zeit im Parlament sehr aktuell werden wird, und wo es nothwendig ist, daß der Parteitag, wenn er dazu Stellung nimmt, es erst thut, wenn er von allen Seiten Aufklärung bekommen hat. (Sehr wahr.) Daher schlage ich vor, es zu machen, wie bei früheren Gelegenheiten, und für Diejenigen, die wesentlich abweichender Meinung sind, **Kautsky als Korreferenten** zu bestellen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Frage muß objektiv behandelt werden, hier gilt es nicht, einen schlecht zu machen, hier gilt es, die Wahrheit zu suchen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorschlag **Bebel's** wird **angenommen.**

Schluß der Sitzung $1^1/_4$ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 7. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_2$ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer.**

Zur Verhandlung steht Punkt 7 der Tages-Ordnung: **Die deutsche Zoll- und Handelspolitik.** Als Korreferent erhält das Wort

Kautsky: Ich befinde mich als Korreferent in einer etwas eigenthümlichen Situation. Schippel sagte gestern, er hätte gegen die von mir eingebrachte Resolution theoretisch nichts einzuwenden. Ich befinde mich in derselben Lage; auch ich habe theoretisch gegen die Resolution Schippel nichts einzuwenden. Dennoch muß ich Sie bitten, für unsere Resolution zu stimmen und nicht für die Resolution Schippel, und zwar gerade deswegen, weil Jeder für die Resolution Schippel stimmen kann. Ueber die Resolution Schippel sind wir Alle einig, in der Partei bestehen aber große Meinungsverschiedenheiten über die Zoll- und Handelspolitik. Wenn wir die Resolution Schippel annehmen, dann bleibt die Sache genau so, wie sie vorher war, dann war es absolut nicht nöthig, die Sache hier zu verhandeln. Es ist aber von großer Wichtigkeit für uns, für unsere Agitation im Lande, daß man weiß, was Partei-Ansicht ist, was Ansicht einzelner Genossen. Ueber kurz oder lang wird eine Agitation für die Schutzpolitik im Lande beginnen und da müssen wir eingriffen, ob wir

wollen oder nicht, wir werden dazu gezwungen. Da ist es aber vor Allem nöthig, daß wir einig sind, damit keine Konfusion entsteht.

Nun begreife ich ja Schippel ganz gut, wenn er sagt, wir wollen uns nicht festlegen, das wäre voreilig, denn wir wissen nicht, was die Zukunft bringt. Aber Genossen, unsere Resolution legt die Fraktion in keiner Weise fest. Vollständig einig sind wir in unserer Verwerfung der Lebensmittelzölle, und doch hat uns das nicht gehindert, den Handelsverträgen zuzustimmen, die einen Getreidezoll von 3,50 Mk. festlegten. Sie sehen, daß die grundsätzliche Festlegung die Fraktion nicht hindert, sich, wenn sie zwischen zwei Uebeln zu wählen hat, für das kleinere zu erklären.

Schippel meint weiter, der Parteitag könnte sich nicht festlegen, weil garnicht feststehe, daß die deutsche Industrie des Zollschutzes bereits entbehren könne. Nun, Genossen, was heißt das denn eigentlich, daß die deutsche Industrie des Zollschutzes entbehren kann? Nichts anderes, als daß die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig geworden ist. Daß das richtig ist — wir können unsere Resolution nur im Allgemeinen, nicht mit Bezugnahme auf einzelne Industrieen fassen — daß das im Allgemeinen richtig ist, das steht, glaube ich, für uns alle fest. Wovon hängt denn die Konkurrenz der Industrie auf dem Weltmarkt ab? Sie hängt ab von der Quantität und Qualität der Arbeit, von den Maschinen, von der Menge des Kapitals und endlich von den Rohmaterialien. In jeder dieser Beziehungen steht die deutsche Industrie auf der Höhe, und sie hat den Vortheil, ein Proletariat zu besitzen, das mit einer Bedürfnißlosigkeit, wie sie das Proletariat keines anderen Landes hat, eine Schulbildung verbindet, wie sie dank der Ueberlegenheit unseres Volksschulwesens bis in die siebziger Jahre hinein außerhalb Deutschlands nirgends zu finden ist. Auch die Fachbildung in Deutschland steht auf der Höhe. Deutschland hat tüchtige Ingenieure, die Maschinen sind vorzüglich und es fehlt nicht an Kapital. Wenn die deutsche Industrie früher auf niedriger Stufenleiter produziren mußte, so hat sich dieser Zustand längst geändert. Das deutsche Kapital findet bereits nicht mehr genug Anlagemöglichkeit in der deutschen Industrie, es sucht bereits Anlagekapital im Auslande. Auch an Rohmaterial fehlt es der deutschen Industrie nicht, sie hat Eisen, sie hat Kohlen, und wo sie das Rohmaterial aus dem eigenen Lande nicht zur Verfügung hat, da sorgt der Weltverkehr dafür. Kurz und gut, unsere Industrie, steht durchaus auf der Höhe. Auch die Praxis zeigt überall die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte; die Engländer erheben ein Wehgeschrei nach dem anderen, und Sie kennen ja die Geschichte des Wortes made in Germany (verfertigt in Deutschland). Die Befürchtungen der Engländer sind ja freilich übertrieben, aber daß die deutsche Industrie der englischen ebenbürtig ist, das steht fest. Sie kann deshalb des Schutzzolles entbehren. Schippel hat freilich gemeint, wenn dem so wäre, müßten die deutschen Industriellen die ersten sein, die diese Forderung erheben. Es ist doch aber stets der Ruhm der deutschen Sozialdemokratie gewesen, an der Spitze zu marschiren. Wir haben mit der Forderung der Abrüstung nicht gewartet, bis der Zar an der Newa sie erhob. Wir brauchen mit der Forderung des Freihandels nicht zu warten, bis der Zar an der Saar das Signal dazu giebt.

Aber auch historisch kann man den Beweis dafür führen, daß die deutsche Industrie heute des Zollschutzes entbehren kann. Wir finden bis in die siebziger Jahre hinein in allen Ländern, daß diejenigen Zweige der Produzenten, die exportiren, freihändlerisch sind, während diejenigen, die auf den inneren Markt angewiesen sind, Anhänger des Schutzzolls sind. Der Gegensatz zwischen Freihandel und Schutzzoll spaltete bis in die siebziger Jahre hinein die produzirenden Klassen in zwei Theile, namentlich die Industrie und Landwirthschaft. Die exportirenden Klassen wußten damals ganz gut, daß der Freihandel im eigenen

Lande das beste Mittel ist, um den Freihandel auch in anderen Ländern zu erzeugen, und sie brauchten diesen, um ihre Waaren in den anderen Ländern los zu werden; andererseits haben die exportirenden Klassen kein Interesse am Schutzzoll. Die exportirende Landwirthschaft kein Interesse an Textil- oder Eisenzöllen, denn sie vertheuern ihre Bedürfnisse, und die exportirende Industrie hat kein Interesse an landwirthschaftlichen Schutzzöllen, denn sie erhöhen die Preise ihrer Rohmaterialien, Wolle, Leder, Holz. Auf der anderen Seite führten sie eine Lohnsteigerung herbei durch Vertheuerung der Lebensmittel, oder wo die Arbeiter nicht in der Lage sind, die Vertheuerung der Lebensmittel durch Lohnsteigerungen wett zu machen, führen diese Schutzzölle zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung und damit zu einer Herabsetzung der Leistungsfähigkeit, auf jeden Fall also zu einer Steigerung der Produktionskosten. Das sehen wir in Deutschland und in England. Die exportirenden Agrarier waren bis in die Mitte der siebziger Jahre Freihändler, und das verdient festgenagelt zu werden. Damals, als unsere Industrie noch des Zollschutzes bedurfte, haben sie alles aufgeboten, ihn ihr vorzuenthalten. Die deutsche Industrie hat sich also ohne Schutzzoll entwickelt, zwar langsamer, als sie es sonst gethan hätte, aber sie hat sich entwickelt und sie ist zu einer Macht angewachsen; gerade zu der Zeit, wo sie exportfähig geworden war, da wo sie den Kampf auf dem Weltmarkte mit jeder Industrie aufnehmen konnte, gerade da sahen wir, daß Deutschland aus einem Freihandelsstaat ein Schutzzollstaat geworden ist. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, die nicht dadurch erklärt werden kann, daß man sagt, der Schutzzoll ist dazu bestimmt, zurückgebliebene Industrieen zu heben. Heute hat der Schutzzoll in den industriell vorgeschrittenen Staaten eine ganz andere Aufgabe. Ueber sie uns klar zu werden, ist von äußerster Wichtigkeit (sehr richtig!) und gerade das habe ich in dem sehr werthvollen historischen Exkurs vermißt, den Schippel gab. Was er uns erzählt hat, war sehr interessant, aber er hätte uns sagen müssen, wie die Dinge jetzt liegen. (Sehr richtig!) Da werden wir finden, daß der Schutzzoll in einem modernen, industriell entwickelten Staat einen ganz anderen Charakter zeigt als ehedem.

Wir müssen unterscheiden zwischen dem modernen großindustriellen Schutzzoll und dem primitiven Schutzzoll. Früher ging die schutzzöllnerische Bewegung hauptsächlich aus von der Industrie, heute wird der Anstoß gegeben von der Landwirthschaft. Früher finden wir, daß der Schutzzoll auf der einen Seite aufgewogen wurde durch den Freihandel, auf der anderen Seite finden wir, daß eine Partei freihändlerisch war, die andere schutzzöllnerisch. Heute dagegen finden wir das Merkwürdige, daß Industrie und Landwirthschaft gleich schutzzöllnerisch sind. Was bedeutet das? Der Schutzzoll in der Industrie belastet die Landwirthschaft, der Schutzzoll in der Landwirthschaft belastet die Industrie; belasten wir gleichzeitig Industrie und Landwirthschaft, so heißt das, was wir mit der einen Hand geben, nehmen wir mit der anderen Hand, kein Theil hat einen Vortheil. Beide gewinnen anscheinend nichts dabei, sondern sie verlieren. Das erscheint eigentlich als Wahnsinn, aber in dem Wahnsinn liegt Methode. Die erste Ursache des methodischen Wahnsinns ist zu suchen in dem Vordringen des Proletariats. Wenn die deutschen Agrarier Schutzzölle verlangten in dem Moment, wo die deutsche Landwirthschaft aufhörte zu exportiren, wo im Gegentheil auswärtige Lebensmittel nach Deutschland hineinkommen, so war das von ihrem Standpunkt aus gerechtfertigt. Warum trat nun aber die Industrie nicht in Gegnerschaft zu den Agrariern? Die entscheidende Ursache dafür sehe ich in dem Vordringen des Proletariats. Die industriellen Kapitalisten konnten mit dem Großgrundbesitz nicht fertig werden ohne Zuhilfenahme des Proletariats. Das Proletariat war aber bereits Ende der siebziger Jahre zu weit entwickelt, als daß die deutsche Bourgeoisie noch gewagt hätte, diesen Acheron zu bewegen gegen die Junker, sie fürchteten sich

vor dem Proletariat und zogen es vor, einen faulen Frieden mit den Junkern zu machen. Das ist die erste Ursache, warum wir gleichzeitig auf Schutzzölle für Lebensmittel und Industrieprodukte kommen. Es mußte ein Kompromiß geschlossen werden, aber die Konsequenz dieser Einführung der Lebensmittelzölle mußte wettgemacht werden, die Arbeiter mußten daran verhindert werden, Lohnsteigerungen als Kompensation für die Vertheuerung der Lebenshaltung durchzusetzen. Und so begann denn mit dem System der Lebensmittelzölle gleichzeitig die Verschärfung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Gleichzeitig mit der Schutzzoll-Aera begann die Aera des Sozialistengesetzes. (Sehr wahr!) Diesen nothwendigen Zusammenhang darf man nicht verkennen. (Sehr wahr!) Wer das eine nicht bekämpft, wird auch nie die Kraft haben, dem anderen zu Leibe zu rücken. Mit welcher Verachtung damals die Arbeiter dieses System des Schutzes der nationalen Arbeit betrachteten, beweist am besten das Wort, das Auer im Parlament brauchte, wo er dieses System einen Beutezug nannte auf die Taschen des arbeitenden Volkes (sehr gut!), ein Wort, das traf, denn der Präsident quittirte mit einem Ordnungsruf.

Aber nicht nur Zollschutz und Arbeitertrutz sind mit einander vereint, auch Lebensmittelzölle und Industriezölle. Heute bildet der Industriezoll nur das Korrelat zum Kornzoll. Wollten wir heute die Lebensmittelzölle aufheben und die Industriezölle bestehen lassen, so würden wir die Landwirthschaft schwer belasten und unsere Stellung auf dem Lande verschlechtern. (Sehr richtig!) Wer ist der Schwächere in Deutschland: die Industrie oder die Landwirthschaft? Täuschen wir uns nicht, die Landwirthschaft ist in einer sehr bedrängten Lage. (Sehr richtig!) Die Erzählungen der Freihändler von den Champagner trinkenden Landwirthen haben denselben Werth, wie von Champagner trinkenden Maurern. (Sehr richtig!) Es besteht eine Noth der Landwirthschaft, die tiefe, innere Ursachen hat, und die in der heutigen Gesellschaft nicht gehoben werden kann. Darüber sollten wir die Landwirthe nicht in Zweifel lassen. Aber es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Noth willkürlich zu steigern. Das würden wir thun, wenn wir die Industriezölle ließen. (Sehr richtig.) Es wäre ungeheuerlich, daß der Landwirthschaft der Zollschutz genommen und der deutschen Industrie, die mit der englischen konkurriren kann, der Zollschutz gewährt werden sollte. (Sehr richtig.) Wenn wir heute noch nicht so weit sein sollen, zu wissen, ob die deutsche Industrie des Zollschutzes entbehren kann, so weiß ich nicht, woher wir wissen, daß die deutsche Landwirthschaft des Zollschutzes nicht bedarf. Wenn wir der Landwirthschaft den Zollschutz verweigern, dürfen wir ihn der Industrie nicht gewähren. (Sehr richtig.)

Die Entwickelung vom Freihandel zum Schutzzoll ist nicht willkürlich. Darauf hat Schippel mit recht aufmerksam gemacht. Wenn aber dabei auf Bismarck hingewiesen wird, braucht er sich nicht zu entrüsten. Wer war es denn, der Bismarck das Verdienst zugeschrieben, das System des Schutzes der nationalen Arbeit geschaffen zu haben? Nicht seine Gegner, sondern seine Anhänger, seine Lobhudler; also ihnen wollen wir unsere Entrüstung zuwenden.

Es giebt aber noch eine andere Ursache, die möglicherweise noch wichtiger ist für die Einfuhr des Schutzzoll-Systems als die Furcht vor dem Proletariat. In den siebziger Jahren bereitete sich ein vollständiger Umschwung in der kapitalistischen Wirthschaftsordnung vor, das System der freien Konkurrenz wurde über Bord geworfen, man begann dem System des privaten Monopols zuzustreben. Das bedeutet aber nichts als die Kartellirung der privaten Industrieen, und die vollzieht sich am besten auf dem Boden des Schutzzoll-Systems. Wie der Schutzzoll früher ein Mittel war, die Konkurrenz in der Industrie zu entwickeln, ist er heute ein Mittel, das Monopol, die Kartellirung zu entwickeln. Das klassische Land der Schutzzölle und der Kartelle, Amerika, zeigt uns das am deutlichsten. Das Land des Freihandels, England, zeigt uns

das Gegentheil. Hier gelingt es nicht, Kartelle zu schaffen, nicht einmal in der großen mächtigen Kohlenindustrie. Es ist aber nicht gleichgiltig für das Proletariat, ob es einer kartellirten Industrie gegenübersteht oder nicht. Wir kommen wahrscheinlich auch unter dem Freihandel zu Kartellen, wenigstens für die bedeutendsten Industrieen, aber das Tempo ist ein anderes. (Sehr wahr!) Und es ist nicht gleichgiltig für das Proletariat, wann es mit einer großen kartellirten Unternehmerklasse zu thun bekommt, ob die Unternehmer ihren Zusammenschluß vollzogen haben, ehe das Proletariat in gewerkschaftlicher und politischer Organisation zu voller Macht gelangt ist. (Sehr richtig!) Wenn einmal die Gewerkschaften voll entwickelt sind, wenn sie eingelebt und ein fester Bestandtheil im Volksbewußtsein geworden sind, dann wird es selbst einem kartellirten Unternehmerthum schwer sein, sie zu zerschmettern. Wo sie sich aber erst mühsam entwickeln, wird es für die Arbeiter ungemein schwer, gegen die vereinigten Unternehmer aufzukommen. Der Kampf muß ein ganz anderer sein, wenn uns eine kartellirte Industrie gegenübersteht, als wenn wir es mit zerstreuten Unternehmern zu thun haben. Aber auch für die Art der industriellen Entwickelung ist die Frage, ob die konsumirende Industrie es mit einem Kartell zu thun hat oder nicht, von ausschlaggebender Bedeutung. Das erste, was ein Kartell versucht, ist, die Preise in die Höhe zu treiben, und dadurch verlieren die Arbeiter als Konsumenten. Es ist allerdings nicht nöthig, daß ein Kartell die Preise in die Höhe treibt, sie können auch vorübergehend heruntergehen, aber im Allgemeinen werden sie in die Höhe getrieben. Der nächste Weg dazu ist der, daß man die Produktion verringert, das Kartell sucht das Angebot zu verringern. Dadurch schädigt es die Arbeiter als Produzenten. Allerdings ist das nicht nothwendigerweise der Fall, denn auf der anderen Seite kann das Kartell auch als Antrieb zu einer Vermehrung der Produktion wirken, denn es wirkt als Exportprämie. Indem es seinen Mitgliedern erlaubt, den inländischen Konsumenten höhere Preise zu berechnen, giebt es ihm die Möglichkeit, im Auslande mit um so niedrigeren Preisen in Konkurrenz zu treten. Die deutschen Konsumenten müssen also zum Beispiel einen Theil des Preises deutscher Produkte, die im Auslande konsumirt werden, zahlen. In Deutschland ist das noch nicht so stark zu tage getreten, wie in anderen Ländern. Die französische Industrie geht zurück unter dem Schutzzoll, ebenso die österreichische in Folge des Eisenzolles, der eine Kartellirung der Eisenindustrie und damit eine enorme Erhöhung der Eisenpreise ermöglicht. Wir sehen also, daß die Industrie selbst kein Interesse an dem Schutzzoll hat. Wie aber der Schutzzoll mit dem Kartell auf die Arbeitsverhältnisse wirkt, zeigt das Land des Schutzzolls und der Kartelle, Amerika, am besten; Amerika ist das Land, wo die Arbeiterkoalitionen den schwersten Stand haben, wo sie am leichtesten zerstört werden. Amerika ist auch das gelobte Land jener Praktik, Arbeitswillige an der Arbeit zu hindern, jener Praktik, die meines Erachtens dem Meuchelmorde moralisch gleichkommt, die auch ich mit dem Zuchthaus belegt wissen möchte (sehr gut!), des Systems der schwarzen Listen. (Lebhafter Beifall.) Unter diesem System haben die amerikanischen Arbeiter, trotz weitester Koalitionsrechte und größter politischer Freiheit, sich vielfach gezwungen gesehen, sich geheim zu organisiren. Wir in Deutschland haben weder die politische, noch die Koalitionsfreiheit Amerikas, und wir sollen dafür sorgen, daß die deutschen Unternehmer durch den Zollschutz zusammengeschweißt werden! Genossen, daß wäre Selbstmord! (Sehr richtig!) Ich habe unlängst im „Daily Chronicle" den Bericht eines amerikanischen Fachmannes gelesen, der sich über die Arbeiterverhältnisse in der amerikanischen und in der englischen Eisenindustrie äußerte. Daraus geht hervor, daß, trotzdem die Lebenshaltung der Arbeiter im Allgemeinen in Amerika höher ist als in England und trotzdem die amerikanische Eisenindustrie unter dem Schutz des Zolles emporgeblüht ist, doch

die Arbeiter in der amerikanischen Eisenindustrie viel tiefer stehen in bezug auf Höhe des Lohnes, Arbeitszeit und Sicherheit der Arbeit als im freihändlerischen England. Ermessen wir das alles, dann haben wir durchaus keine Ursache, uns für den Schutzzoll zu begeistern und zu sagen, wir wollen uns nicht festlegen, wir wissen noch nicht, ob die deutsche Industrie heute schon so weit ist, daß sie des Schutzzolles entbehren kann.

Auf die politische Seite des Schutzzolls brauche ich nicht einzugehen, denn wir wissen ja, welche Rolle die indirekten Steuern spielen. Wir wollen nicht, daß das arbeitende Volk nicht weiß, wie viel es zu zahlen hat, wir wollen, daß der Arbeiter weiß, wie viel er dem Staate zahlt. Wir wollen nicht, daß den Konsumenten ohne Unterschied die Hauptlast der Steuern auferlegt wird, sondern wir wollen eine gerechte Vertheilung der Lasten. Und deshalb sind wir gegen indirekte Steuern. Endlich wollen wir auch, daß die Volksvertretung die Macht hat, der Regierung nur die Mittel zu bewilligen, die das Land bedarf, und wir wissen, daß die indirekten Steuern die Regierung von der Volksvertretung unabhängig machen. Es ist in den letzten 20 Jahren allmälig eine solche Vermehrung in den indirekten Steuern eingetreten, sie sind zu einer solchen Höhe gelangt, daß, wenn diese Summen durch direkte Steuern aufgebracht würden, das ganze Volk gegen die Regierung aufgebracht sein würde.

Alles das muß uns bestimmen, gegen den Schutzzoll auf das Energischste aufzutreten. Da sagt man nun, wenn wir der Industrie, jetzt, wo der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte so schwer ist, den Zollschutz entziehen, muß das die gesammte Industrie aufs höchste schädigen, eine Krisis muß hereinbrechen. Ja, das ist ein sehr ernsthafter Einwand. Darauf könnten wir uns allerdings nicht festlegen, daß wir von heute zu morgen zum Freihandel übergehen. In dem Artikel von Engels, aus dem Schippel verlesen hat — ich wünschte nur, er hätte mehr daraus verlesen — heißt es, daß der Schutzzoll sehr leicht einzuführen, aber sehr schwer wieder abzuschaffen ist. Das ist gerade das Bedenklichste am Schutzzoll. Er schafft eine Menge von Mißständen, aber er schafft auch Interessen, die es erschweren, ihn mit einem Male wieder abzuschaffen. Aber über den Weg, wie wir den Schutzzoll wieder abschaffen wollen, steht kein Wort in der Resolution, da lassen wir der Fraktion vollkommen freie Hand, da legen wir sie garnicht fest, der Weg muß sich nach den Umständen richten. Wenn uns eine Wand in den Weg kommt, dann gehen wir nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern wir gehen um die Wand herum. Aber dürfen wir deshalb, weil uns eine Wand in den Weg kommt, kein Ziel erstreben, das hinter der Wand liegt? (Sehr richtig!) Das Ziel müssen wir feststellen und das geschieht in unserer Resolution. Die Resolution Schippel aber läßt uns über dieses Ziel gänzlich im Unklaren. Die Gefahr, daß der Schutzzoll von heute zu morgen aufgehoben und damit die Industrie schwer geschädigt würde, ist nicht vorhanden. Die industrielle Bourgeoisie hat aufgehört, freihändlerisch zu sein. Ich glaube nicht, daß jemals eine Zeit kommen wird, wo wir wieder vollkommenen Freihandel haben werden. Denn, wie ich schon gesagt habe, in der Krisis, die 1873 erfolgte, ist das System der freien Konkurrenz zu Grabe getragen worden. Das System der freien Konkurrenz wird für die Industrie immer unerträglicher. Sie treibt nach dem Monopol; selbst in dem freihändlerischen England sind die Kapitalisten durchaus nicht mehr alle Freihändler, vielfach wird von ihnen der Schutzzoll gefordert; und wenn wir heute dort noch keinen Schutzzoll haben, so ist das kein Verdienst der englischen Kapitalisten, sondern der Arbeiter. Die englischen Arbeiter wollen sich in ihrer Lebenshaltung nicht herabdrücken lassen und dulden keine Lebensmittelzölle, und aus diesem Grunde überhaupt keinen Schutzzoll.

Ich habe den Zusammenhang vorher dargelegt. Mit der freihändlerischen Bourgeosie ist es dasselbe, wie mit der bürgerlichen Demokratie. Es sind

Wesen ohne Saft und Kraft. (Sehr gut!) Nur das Proletariat ist heute im Stande, dem Freihandel zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn aber das Proletariat zum Siege gelangt, dann wird es wohl gesellschaftliche Einrichtungen treffen, in denen die Frage: Freihandel oder Schutzzoll nicht mehr existirt, jedenfalls nicht mehr in der Form existirt, wie heute. (Sehr richtig.) Da aber der Freihandel nur durch ein siegreiches Proletariat durchzuführen ist, er dann aber wohl nicht mehr in Frage kommen wird, so ist es sehr leicht möglich, daß die Tage des vollkommenen Freihandels für immer gezählt sind. Aber deswegen ist die Frage, um die es sich hier handelt, doch keine Doktorfrage, ist es hier keine rein akademische Diskussion und deswegen auch keine rein akademische Resolution, wenn wir uns hier für den Freihandel und gegen den Schutzzoll aussprechen.

Nehmen wir eine andere Frage; wir fordern die progressive Einkommensteuer; diese Forderung wird vor dem Siege des Proletariats auch nie verwirklicht werden. (Sehr gut!) Ist aber das Proletariat zum Siege gelangt, dann geht mit Naturnothwendigkeit aus dem Gange der Dinge hervor, daß wir dann gesellschaftliche Zustände haben, in denen die Bedüfnisse des Gemeinwesens in anderer Weise gedeckt werden als durch die Aufbringung von Steuern. Deswegen müssen wir doch diese Forderung erheben, weil wir sie für eine sehr praktische und eine durchaus im Interesse des Volkes liegende halten. Denn dieses Ziel giebt die Richtung an, in der wir kämpfen. Ohne Ziel können wir nicht kämpfen. (Beifall.) Und wer auf das Ziel verzichtet, verzichtet damit auf den Kampf. Ohne Ziele sind wir nichts als eine Studienkommission, die sehr schätzbare Resultate erzielen kann, aber nichts Praktisches erreicht. (Beifall.) Wir brauchen ein Ziel im Großen, wir brauchen ein Ziel auch im Kleinen. Und darum, Genossen, müssen wir uns ein Ziel setzen auch in der Frage des Freihandels und des Schutzzolles, und wenn wir uns dies Ziel nicht setzen, werden uns die Verhältnisse dazu drängen. Denn die Frage des Schutzzolles ist eine, die heute alle Klassen bewegt, die immer größere Konflikte hervorruft zwischen einzelnen Klassen der Bevölkerung. In dieser Frage können wir nicht zusehen und sagen, wir wollen noch weitere Erhebungen abwarten und bis dahin die Hände in die Taschen stecken. (Sehr richtig.) Das Proletariat ist heute so stark, sein Einfluß so mächtig, daß es zu jeder großen Frage, die das Volk bewegt, Stellung nehmen und eintreten muß in den Kampf, sonst geht es zurück, sonst verliert es seine Führung im Kampfe und seinen Einfluß auf die Volksmassen. Und weil wir das wissen, weil wir vorwärts dringen müssen und nicht zurückbleiben dürfen, darum bitte ich Sie, nehmen Sie unsere Resolution an. Sie ist klar und entschieden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gottschalk-Königsberg beantragt, in der Resolution 103 den Punkt 8 zu streichen.

Singer: Ich kann dies geschäftsordnungsmäßig nicht als einen Antrag betrachten, werde aber dem Wunsche insofern gerecht werden, als ich über die einzelnen Punkte der Resolution 103 nachher getrennt abstimmen lasse.

Herbert-Stettin: Die Frage des Zollsystems ist eine derjenigen, in welcher die bisher üblichen parteigenössischen Vorstellungen irgend einer Revision bedürfen. Ich bin im Interesse der Arbeiter gegen jeden Schutzzoll. Das Volk ist die Amme, welche der großgepäppelten Industrie die Nahrung geben muß. Die Behauptung, daß das Ausland die Zölle bezahlt, ist bei den Getreidezöllen schlagend widerlegt worden. Unsere Getreidepreise sind mit geringen Schwankungen Weltmarktpreis plus Zoll. Sind wir für Industriezölle, müssen wir auch für landwirthschaftliche Zölle sein. Denn was der Industrie recht ist, ist der Landwirthschaft billig. Aber da heißt der Spruch von unserem Maxen: Ja, Bauer, das sind lauter Faxen. Der agrarische Hund beißt die industrielle Kuh! Wie sollen wir denn Landagitation betreiben,

wenn wir sagen sollen, wir sind zwar für Industriezölle, aber Euch armen Teufeln von Bauern wollen wir nichts geben. Im Interesse der Landagitation müssen wir gegen Industriezölle sein. Was für Jubel herrschte vor 20 Jahren in den Kreisen der Industriebarone, als die Zollschutz-Aera eingeleitet wurde. Aber die Lage der Arbeiter hat sich nicht verbessert. Der Hinweis auf Australien ist garnicht am Platze. Dort haben die Arbeiter volle Koalitionsfreiheit und können sich einen höheren Vortheil am Gewinn erkämpfen. Bei uns wird Zuchthaus für Jeden angedroht, der zum Streik anreizt. Genosse Schippel meinte, er wäre für Schutzzoll aus internationaler Solidarität mit den Arbeitern in unentwickelten Ländern: Danach wäre die Redensart „Schutz der nationalen Arbeit" gleichbedeutend mit Schutz des internationalen Kapitals! Bracke hat vor zwanzig Jahren Hypothesen aufgestellt, unter welchen wir für Schutzzoll seien. Es ist nun interessant, festzustellen, daß die Fraktion niemals in die Lage gekommen ist, für Schutzzoll stimmen zu müssen. Auf den verstorbenen Genossen Max Kayser kann sich Schippel doch nicht berufen. Kayser war doch auch für Silberwährung, während wir doch einmüthig für die Goldwährung eintreten. Es ist richtig, daß die Landwirthschaft früher für Freihandel war. Das war in jener Zeit, als noch Getreide exportirt wurde. Die Stellungnahme wurde sofort eine andere, als der Export aufhörte und ein starker Import erfolgte. Wer ist denn heute für Schutzzoll? Die Kanitz, Mirbach, Stumm, Kardorff u. s. w.! Die Nennung dieser Namen beweist, daß wir nicht auf jener Seite stehen dürfen. Hand in Hand mit der Schutzzollpartei geht die Reaktion. Durch das Schutzzollsystem ist der Militarismus und Marinismus zu dem geworden, was er heute ist. Mit der Schutzzollfrage hängt die Kulifrage zusammen. Auch ich will keine Kulis zulassen. Es ist aber etwas Anderes, wenn man Kulis importirt oder deren Waaren. Heute schon erhalten wir von Kulis gefertigte Waaren, ohne uns darüber aufzuregen. Warten wir doch erst ab, ob die Kulis so geschickt und so gebildet werden können, um die Waaren so herzustellen wie unsere einheimischen Arbeiter. Uebrigens hieß es vor wenigen Wochen, daß die japanischen Industriearbeiter bereits höhere Löhne verlangen. Ich betrachte den Freihandel als das Ideal der Zukunft, für welches schließlich nur noch die Arbeiter kämpfen. Bei der Subvention für den „Norddeutschen Lloyd" in Bremen hat die manchesterlichste Partei des Reichstages, die Freisinnige Vereinigung, bereits vom Protektionismus genascht. Wenn für die Bourgeoisie etwas zu holen ist, wird sie für das protektionistische System sein. Nur eine hohe Säule ist schließlich noch für Freihandel, das ist die Sozialdemokratie. Wir werden deshalb noch nicht zu Preiskämpfern für den Freihandel. Wir werden in der nächsten Zeit genug zu thun haben, Zollerhöhungen abzuwehren, welche Industrie- und Krautbarone anstreben. Wir müssen jene Elemente bekämpfen. Deshalb bitte ich Sie, die Kautsky'sche Resolution mit möglichst großer Mehrheit anzunehmen. (Beifall.)

Schoenlank: Ich glaube, es ist nöthig, darauf hinzuweisen, daß man mit dem Zitiren recht vorsichtig sein muß, und daß es überhaupt besser wäre, statt aus dem Zusammenhang gerissene Zitate anzuführen, die für ganz andere ökonomische Verhältnisse zutreffen, auf die Gegenwart hinzuweisen. Für die Schutzzollpolitik in den vierziger Jahren in Deutschland waren ganz andere Motive maßgebend als für die Bismarck'sche Zollpolitik. Damals galt es den Schutzzoll einzuführen als einen sogenannten Erziehungszoll, um die deutsche Industriekonkurrenz fähig zu machen für den Weltmarkt, also als eine Vorbereitungsstufe für den Freihandel. Aber wurde etwa im Laufe der Zeit eine Hochschutzzollpolitik eingeführt? Bewahre. Die Industrie hat sich in Deutschland entwickelt ohne Hochschutzzölle. Man weiß ja, daß die Agrarier, so lange sie exportirten, Freunde des Freihandels waren, aber in den siebziger Jahren waren für die Schutzzölle ganz andere Gründe maßgebend. In dieser

Zeit brauchte die deutsche Industrie nicht mehr den Schutzzoll als Erziehungszoll. Bedenken Sie doch, daß nach 1873, nach dem kolossalen Aufschwung der Milliardäre, nach der Gründer- und Schwindlerperiode, ein Panama hereinbrach, das sich wohl messen kann mit dem Panama in Frankreich. Die Schuldigen waren die liberalen kapitalistischen Bourgeois und die Agrarier. Ich brauche nur die Namen Hammacher und Kardorff zu nennen. Es kam der Zusammenbruch und es folgte ein Massenelend des Proletariats, wie es in dieser Schärfe noch nie zu Tage getreten war. Man wollte die Schuld abwälzen und fand plötzlich, daß der Freihandel die Ursache alles Unglücks sei. Mit dieser heuchlerischen Phrase, für die sich auch die akademischen Agenten fanden, z. B. Herr Professor Wagner, mit Hilfe dieser Phrase wollte man das deutsche Volk möglichst weißbluten, die ausländische Konkurrenz aussperren, um auf dem inländischen Markte höhere Preise diktiren zu können und zu gleicher Zeit die ausländische Konkurrenz im Auslande zu schlagen. Dadurch, daß man die deutschen Produkte zu Schleuderpreisen dort auf Kosten der Arbeiter auf den Markt wirft, wurde der Kompromiß zwischen Freihandel und Schutzzoll geschlossen, und da war allerdings Bismarck, der ein großes Verdienst um die Einführung der Schutzzoll-Aera hat, der richtige Mann, um diesen Kompromiß durchzusetzen, er, der den Junker und den Großindustriellen in einer Person vereint. Aber um das zu ermöglichen — und das ist charakteristisch für das angeblich so Revolutionäre der Schutzzoll-Politik — mußte die einzig wirklich demokratische Volksbewegung, die Sozialdemokratie, durch ein Ausnahmegesetz mundtodt gemacht, ihr ein Maulkorb angelegt werden. Das Sozialistengesetz ist nur so zu verstehen! Sozialistengesetz und Schutzzoll-System bedingen sich eins durch das andere. So revolutionär waren diese Schutzzöllner! Zum Dank für die Knebelung der Arbeiterklasse wurde das Hochschutz-System bewilligt, das im Laufe eines Jahrzehntes zu einer solchen Höhe sich auswuchs, daß es der Industrie selbst unerträglich wurde, so daß die Regierung durch die Reaktion gegen dies Prohibitivsystem gezwungen wurde, es wieder herabzusetzen. Die deutsche Industrie, die groß und stark geworden ist — lange vor den siebziger Jahren — ohne Schutzzoll, die so gefährlich geworden ist, daß man in England mit großer Besorgniß darauf hinweist, die soll mit einem mal so schwach geworden sein, daß sie ohne Schutzzoll nicht auskommt! Im Zusammenhang mit der kapitalistischen Entwickelung hat die deutsche Technik eine gradezu schwindelhafte Höhe erreicht. In den Bergwerken sind die großartigsten Anlagen vorhanden zur Erzielung eines möglichst großen Profites, aber das Kapital verwendet die moderne Technik nicht zum Arbeiterschutz (sehr wahr). Wenn je eine Industrie blühend gewesen ist und stark und dabei so zäh sich gegen jedes Zugeständniß auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes weigert, wie die deutsche, dann haben wir keinen Anlaß, diesem Industriefeudalismus neue Machtmittel in die Hand zu drücken. Die Politik dieser einseitigsten Interessenwirthschaft nöthigt uns, den Vertretern der breiten Masse, wahrlich keine Sympathie ab. Wir stehen mit Hilfe der Miquel'schen Sammlung vor der Gefahr einer Hochzollpolitik und im Zusammenhang damit steht das Geschrei nach neuen Ausnahmegesetzen. Wer hat denn sofort nach dem Attentat auf die österreichische Kaiserin an den Kaiser telegraphirt? Die Industriebarone, die Schutzzöllner waren es. Politisch stehen wir zu den schutzzöllnerischen Parteien im schärfsten Gegensatz, sie wollen den Arbeitertrutz, sie wollen die Beseitigung des Koalitionsrechtes, des Wahlrechts, sie schwärmen für Ausnahmegesetze. Schon aus diesen politischen Erwägungen heraus ist unsere Stellung gegeben. Es klingt nicht gerade schön, wenn man heute sagt, was kommt es auf etwas höhere Preise an, wo die Fleischnoth selbst schon die Philister rabiat macht. (Sehr richtig!) Wenn man der Arbeiterbewegung einen Fallstrick legen will, dann trete man nur für einen starken Schutzzoll

ein. Die Parteien, die im Innern das Koalitionsrecht zerstören, die uns das Wahlrecht nehmen wollen, das sind zugleich die Interessenten der Schutzzollpolitik, die die große Masse bis zum Weißbluten ausnutzen, die zu Schleuderpreisen mit ihren Produkten den Weltmarkt überschwemmen und darauf ausgehen, die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes zu verschlechtern. (Beifall.)

Auer: Ich weiß nicht, ob Schutzzöllner unter uns sind. Ich habe unter den bekannteren Genossen nur zwei kennen gelernt, Fr. Wilh. Fritzsche, der heute in Amerika lebt, und der leider zu früh verstorbene Kayser. Ich glaube nicht, daß Schutzzöllner unter uns in erheblicher Anzahl vorhanden sind, darum haben die Ausführungen Schoenlank's auf mich den Eindruck gemacht, als ob sie unter Benützung eines bei uns ganz populären Materials die Absicht hatten, angenehme Stimmung zu erwecken. (Heiterkeit und Beifall.) Ich bin ja gestern von Schippel auch zitirt worden. Nun, ich mache heute, wo ich glaube mehr zu wissen als früher, noch viel weniger darauf Anspruch, in diesen Fragen für eine Autorität zu gelten. Ich höre sehr gerne darüber reden, aber nichts liegt mir ferner, als selbst ein entscheidendes Urtheil fällen zu wollen. Aber ich halte mich für einen, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, praktischen Menschen und als solcher habe ich die Erfahrung gemacht, daß in der Frage, die uns heute beschäftigt, eine einseitige Stellungnahme von der Partei immer desavouirt wurde. (Sehr richtig.) Wir haben immer uns freie Hand für die gegebenen Verhältnisse gehalten, so haben wir 1876 in Gotha resolvirt, so hat Bracke seinerzeit die Erklärung im Reichstage abgegeben, die Schippel uns gestern vorgelesen hat, und sie war keineswegs das Produkt etwa der Bracke'schen Einfälle gewesen, sondern eines reiflich überlegten Fraktionsbeschlusses. In ganz gleicher Weise habe ich damals gestützt auf Anschauungen die in der Fraktion vorherrschten, meine Ausführungen in St. Gallen gemacht. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir bis jetzt immer, wenn diese Frage im Reichstag an uns herankam, unsere Stellung eingenommen. Und ich muß es gestehen, daß ich es auch heute für das Richtigere halte, wenn wir uns nicht einseitig festlegen. Eine Festlegung finde ich aber in der Kautsky'schen Resolution ausgedrückt in Nr. 3. Ich gestehe ganz offen, daß mir die Schippel'sche Resolution auch nicht genügt, sie enthält nichts, wofür wir nicht stimmen könnten, sie macht auf mich aber den Eindruck, als hätte sie in einer Volksversammlung der Schriftführer niedergeschrieben, während der Referent redete. (Heiterkeit.) Wir haben aber eine Entscheidung zu treffen, wie die Partei denkt. Ich würde durchaus für die Kautsky'sche Resolution mich aussprechen und stimmen, wenn die Ziffer 3 wegfallen würde. Darin wird gesagt, daß die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um jeden Zollschutzes entrathen zu können. Das mag vielleicht richtig sein; ich bin nicht unterrichtet genug, um das entscheiden zu können, aber ich weiß, daß unsere Parteigenossen in der praktischen Agitation mit derartigem Auftreten positiv recht schlechte Erfahrungen gemacht haben, und sie haben sich auch noch nie in der praktischen Agitation so einseitig festgelegt. (Sehr richtig.) Der Schluß der Kautsky'schen Rede ging ja auch von dieser ganz allgemein gehaltenen Formel wieder ab und erklärte, daß wir je nach den gegebenen Verhältnissen Stellung zu nehmen haben. Was hilft mir aber eine in die Luft gestellte Formel, die mich in der Praxis nachher verläßt? Ganz richtig hat Bebel gestern zu mir gesagt, es handle sich um eine grundsätzliche Stellungnahme, ohne uns für die Praxis zu binden. Na — (Heiterkeit) das ist, glaube ich, nicht die richtige Stellungnahme. Daß wir den freien Verkehr erstreben, daß wir Gegner sind der Schutzzöllner, die in so abschreckenden Farben geschildert worden sind, darüber ist ja nicht zu reden. Streichen Sie Punkt 3, so verliert die Kautsky'sche Resolution garnichts. Wir lassen dem

Gewissen derer, die Freihändler sind, vollständig Gerechtigkeit widerfahren, aber es nützt uns in der Praxis. (Beifall.)

Gottschalk-Königsberg: Der Resolution Kautsky kann ich bis auf Punkt 8 beipflichten. Ich halte es für falsch, daß die Schutzzölle der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenwirken. Worauf baut sich denn die internationale Solidarität des Proletariats auf? Auf den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit und den sich daraus ergebenden gemeinsamen Kampfesforderungen, also darauf, daß die Staatsgewalt angewendet wird zur Unterdrückung der Koalirungsbestrebungen des Proletariats, sodann darauf, daß die Arbeiter aller Länder für Schutzbestimmungen für die Arbeiter in Bezug auf Gesundheit und Leben, Arbeitszeit und Arbeitslohn, endlich für die Abschaffung der Lohnarbeit überhaupt eintreten. Eine positive Stellung zum Schutzzoll aber kann die internationale Solidarität nicht erschüttern. Im Gegentheil, sie würde eher erschüttert werden können, wenn man die besonderen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt. Wir würden damit unter Umständen sogar den kapitalistischen Gegnern eine Waffe in die Hand geben, als ob wir die berechtigten nationalen Sonderinteressen fremder Industrien unter dem Vorgeben internationaler Solidarität zu Gunsten der einheimischen Industrie vergewaltigen. Die Resolution Kautsky erklärt ja selbst weiterhin die Schutzzollpolitik nur bei Staatswesen mit entwickelter Großindustrie als unvereinbar mit den Interessen des Proletariats, besagt damit also, daß für Staaten mit rückständiger Industrie jene Politik mit diesen Interessen unvereinbar sei. Wir haben im Gegentheil alle Veranlassung, dafür Sorge zu tragen, daß in den ökonomisch rückständigen Staaten die Industrie sich höher entwickele, und sei es selbst unter der Vermittelung von Schutzzöllen. Denn eine hochentwickelte Industrie ist die Vorbedingung für die Durchdringung des Proletariats mit Klassenbewußtsein und sozialistischem Geiste, also gerade für die Kräftigung der internationalen Solidarität. Die Einwendungen des Genossen Auer theile ich im gewissen Sinne. Die Fassung dieses Punktes ist keine glückliche. Es ist sehr wahrscheinlich, daß einige, wenn auch nicht bedeutende Zweige der deutschen Industrie des Zollschutzes ohne Schädigung nicht entrathen können und ohne denselben vielleicht in ihrer Existenz gefährdet sind. Trotzdem müssen wir auch gegen derartige Schutzzölle sein, da sie zu Repressivmaßregeln führen würden, welche die proletarischen Interessen schädigten. Prüfstein für unsere Entscheidungen in dieser Frage dürfen nicht allgemeine Schlagworte sein, sondern die Ueberlegung, ob unsere Stellungnahme die Interessen der Arbeiter als Konsumenten und als Produzenten fördere, und zwar sind die proletarischen Produzenten-Interessen nicht die gleichen wie die der industriellen Kapitalisten, sondern beziehen sich nur auf die Lohnquote, auf den Lohnantheil am Produktionsergebniß, der nicht nothwendig von der Zollhöhe abhängig sei.

v. Elm: Ich bin weder Schutzzöllner noch Freihändler, wünsche deshalb nicht, daß der Parteitag sich auf eine Resolution festlegt, durch die er sich bindet. Man muß die besonderen Verhältnisse der Industrien berücksichtigen. Im Großen und Ganzen läßt sich nur das eine sagen, daß Amerika ein sehr schlechtes Beispiel gegen den Schutzzoll ist. Denn im Allgemeinen sind die Arbeiterverhältnisse in Amerika besser als in allen anderen Ländern. Die Arbeiter haben dort höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, sie geben mehr für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse aus und können sich doch noch etwas zurücklegen; ja, selbst das Lumpenproletariat ist dort besser gestellt. Bei den allerschlechtest gestellten Arbeitern betrug die Arbeitszeit nur zehn Stunden. Wir dürfen uns schon deshalb nicht festlegen, weil wir nicht wissen, wie sich die Verhältnisse später bei uns gestalten werden. Ich bin überzeugt, wenn bei uns die Einfuhr von Kulis zunimmt, werden sich unsere Arbeiter genau

so dagegen wehren, wie die amerikanischen sich gegen die Zufuhr der Chinesen gewehrt haben. So lange die Kuli-Einfuhr nur gering ist, hat das keine Bedeutung, es besteht aber die Gefahr, daß uns hierdurch einmal eine große Konkurrenz droht. Wir wissen nicht, was im Schooße der Zukunft ruht und können uns deshalb nicht festlegen, sondern müssen abwarten, bis die Dinge an uns herantreten. Der Begriff der internationalen Solidarität kann doch nicht der sein, daß die Position, die wir erreicht haben, uns durch Kuli-Arbeit wieder genommen wird. (Sehr gut!) Deshalb können wir für Punkt 8 der Kautsky'schen Resolution nicht stimmen. Legen wir uns weder für Schutzzoll, noch für Freihandel fest. (Beifall.)

Bebel: Sollte die Anschauung maßgebend werden, der von Elm am Schluß Ausdruck gegeben hat, so wäre die ganze Debatte nicht nöthig. Ich bin aber der Meinung, wir haben die Debatte veranlaßt, um uns klar über den Weg zu werden, den wir nächstens, wenn die hier erörterte Frage an uns herantritt, einzuschlagen haben. Darum kommen wir nicht herum. Es ist von verschiedenen Seiten, so von Schippel und Auer bemerkt worden, daß sie sich mit der Resolution Kautsky hauptsächlich deshalb nicht einverstanden erklären können, weil der Punkt 3 mit apodiktischer Sicherheit etwas ausspricht, wovon wir nicht überzeugt sein könnten. Ich muß bekennen, daß auch ich gestern, als Kautsky mir die Resolution zu Unterschrift vorlegte, gegen Punkt 3 Bedenken hatte; nachdem nun Kautsky im Eingang seiner heutigen Rede einen Gedanken ausgesprochen hat, der genau das ausdrückt, was ich ihm gegenüber gestern für nöthig erklärte, habe ich mit ihm nochmals Rücksprache genommen, und wir haben uns dahin verständigt, daß wir in Punkt 3 sagen, daß „im Allgemeinen“ die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um den Zollschutz entbehren zu können. Wir glauben damit einen Weg gefunden zu haben, der die verschiedenen Richtungen zu einem gemeinsamen Beschluß veranlaßt. Mit der Einfügung des Wortes „im Allgemeinen“ ist meiner Ansicht nach Alles geschehen, was geschehen konnte und geschehen muß. Denn auch ich, der ich auf dem Standpunkt der Kautsky'schen Resolution stehe, sage, es können auch im gegenwärtigen Stande der Industrie Deutschlands noch Industriezweige vorhanden sein, denen man selbst als unbedingter Freihändler einen gewissen Schutz angedeihen lassen muß. So schroff sich auch die Standpunkte Schippel und Kautsky gegenüberstehen, so ist doch das eine klar, daß wir Alle der Ueberzeugung sind, die in klassischer Form Engels 1888 in der „Neuen Zeit“ ausgesprochen hat, daß es in der That ein Stadium der wirthschaftlichen Entwickelung für jedes Land giebt, wo ein Schutzzoll nöthig ist. Niemand, weder Kautsky, noch ich, noch sonst wer, wird heute zum Beispiel sagen können, daß, wenn Rußland die ungeheuren Bedürfnisse seiner jetzt schon zahlreichen Bevölkerung in seinen noch gewaltigeren Länderkomplexe durch eine eigene große Industrie selbst befriedigen wollte, es diese entwickeln könne, ohne daß es einen Schutzzoll einführt. Ueber die Höhe kann man im einzelnen Falle streiten; es liegt in der Natur der Dinge, daß die Interessenten, um ihren Profit nach Möglichkeit zu erhöhen, versuchen werden, den Schutzzoll so hoch wie möglich zu bekommen. Ich glaube also, daß wir mit dem Einschalten der erwähnten Worte eine Verständigung gefunden haben. Man hat mir von einigen Seiten eingewendet, daß dann Thür und Thor geöffnet sein würde für Diejenigen, die auf einem schutzzöllnerischen Standpunkte stehen. Aber über das Maß des Schutzzolles, der ja nun doch, wie die Dinge in Deutschland stehen, unter allen Umständen bis zu einem gewissen Grade aufrecht erhalten bleiben wird, werden wir uns auch in unserer Fraktion, wenn die Berathung der Handelsverträge an uns herantreten wird, zu entscheiden haben. Das hat mit unserem prinzipiellen Standpunkte nichts zu thun. Ich halte es aber für nothwendig, durch die Resolution unseren grundsätzlichen Standpunkt in dieser Frage auszusprechen.

ohne daß wir der Fraktion die Möglichkeit nehmen, nach Maßgabe der Umstände im gegebenen Falle Stellung zu nehmen. Nun hat Auer eine Privatäußerung von mir angeführt. Zuerst entsann ich mich derselben garnicht und fragte mich, wo hast du das eigentlich gesagt. Hier oder in Degerloch? (Große Heiterkeit.) Auer sagte mir, hier in diesem Saale, und nachher fiel es mir auch ein. Aber ich glaube, er hat dieser meiner Bemerkung doch einen zu scharfen Ausdruck gegeben. Ich habe gesagt: Im letzten Satze ist uns vollständig freie Hand gegeben, wie wir bei der Berathung im Reichstag im einzelnen Falle entscheiden wollen und müssen. Die Richtung, in der wir unsere Maßnahmen treffen sollen, ist in den acht Punkten niedergelegt. Ich hoffe, daß, wenn die beantragte Einschaltung vorgenommen wird, Schippel seine Resolution zurückzieht.

Er hat gestern ausgeführt, daß es eine durchaus irrige Auffassung sei, daß Bismarck die Schutzzollära inaugurirt habe. Das ist bis zu einem gewissen Grade wahr. Keine Regierung, nicht einmal die russische, wäre im Stande, ein Zollsystem, wie es 1878 in Deutschland eingeführt wurde, aus eigener Kraft einzuführen, wenn nicht maßgebende Interessen hinter dem Bestreben der Regierung stehen. Und das war 1878 in hohem Grade thatsächlich der Fall. Es ist heute bereits auf verschiedene Ursachen hingewiesen worden, die damals den vollständigen Umschwung herbeigeführt haben: einmal der industrielle Zusammenbruch, der der Industrie die Empfindung brachte, daß jedes Pfund ausländischer Waare, das unter dem damaligen niedrigen Zolle eingeführt wurde, ihr eine schwere Schädigung zufügte; das zweite Moment ist, daß damals eine starke Einfuhr von Lebensmitteln aus Amerika stattfand, daß, während bisher unser Junkerthum in der Lage war, Getreide ausführen zu können, es jetzt auf einmal selbst in seiner Produktion bedrängt wurde; eine dritte sehr wichtige Thatsache aber ist, daß Bismarck damals erklärte: wir kommen auf die Dauer nicht aus, ohne die Einnahmen des Reiches zu erhöhen. Und das ging nach seiner Meinung nicht anders als durch ein System von Schutzzöllen, die auch als Finanzzölle wirken. Dieser Gedanke ist im Laufe der nächsten Jahre immer weiter gesponnen worden und die Agitation, die sich alsdann weiterer Kreise der bürgerlichen Klassen bemächtigte, war die Ursache, daß wir 1877 zu der erwähnten Gothaer Resolution kamen. Nun hat Schippel diese Resolution für sehr vernünftig erklärt. Das war sie garnicht! (Heiterkeit.) Genosse Vollmar hat doch am wenigsten Ursache zu sagen, er hätte noch keine Fehler gemacht (Heiterkeit). Wir haben alle Ursache, es einzugestehen; es wäre ja traurig, wenn wir nicht klüger würden. Je mehr wir aus der Praxis des Lebens gelernt haben, desto mehr ist auch unsere Einsicht gestiegen und das Resultat dieser Einsicht liegt ja in der Resolution Kautsky vor. Also Bismarck war der Staatsmann, der die vorhandene Strömung ausnutzte, und daß er dabei in der That eine hervorragende Rolle spielte, das giebt ja Schippel selbst zu, indem er in der Einleitung seiner Resolution von der nach dem Sturze des Fürsten Bismarck eingeleiteten Handelsvertragspolitik spricht.

Nun könnte ich eine Reihe von Ausführungen noch machen über das, was gesagt ist. Ich will aber, da ich annehme, wir haben den Boden einer Verständigung gefunden, mich dessen enthalten. Nur noch zwei Bemerkungen: Wie richtig es ist, daß unsere Industrie im Allgemeinen heute sehr wohl jedes Schutzzolles entbehren kann, beweist die Entsendung einer Studien-Deputation nach Deutschland seitens der englischen Industriellen. Weiter die Thatsache, daß auf dem internationalen Kongreß für Zollgesetzgebung in Antwerpen ein Mitglied des Cobdenklubs erklärte: „Wenn die Dinge so weiter gehen, wenn alle großen Industriestaaten ihr Schutzzollsystem aufrecht erhalten oder gar verschärfen würden, dann sei es auch England auf die Dauer unmöglich gemacht, das Freihandels-System aufrecht zu erhalten.“ Es ist eben mit der

wirthschaftlichen Freiheit wie mit den schönen Redensarten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Ebenso wenig wie die politischen halten auch die wirthschaftlichen Ideale der Bourgeoisie Stand vor den materiellen Interessen. Das ist für uns sehr lehrreich und wir als Partei müssen nothwendig eine grundsätzliche Stellung nehmen, aber auch unsere Stellung bezüglich der praktischen Bethätigung unserer Stellung im Reichstage in der Resolution zum Ausdruck bringen. Nicht gerne habe ich von Schippel das Zitat aus der „Laterne" gehört. Diese persönliche Polemik hatte mit seinen, von seinem Standpunkt vortrefflichen Ausführungen nichts zu thun. Ich hoffe, daß, nachdem ich nunmehr ein Amendement gestellt habe, wir auch in dieser Frage in voller Einigkeit auseinander gehen werden. (Lebhafter Beifall.)

Buck-Niederbarnim: Freihandel hätte nur dann Sinn, wenn alle Länder freihändlerisch wären, das ist aber keineswegs der Fall. So wird die Frage des Schutzzolles auch bei uns immer eine Interessenfrage sein. Die englischen Glasarbeiter sind aus praktischen Gründen Freihändler. Die Frage ist für uns noch nicht spruchreif. Aus Gründen der internationalen Solidarität nkönen wir uns den Import von Kuliarbeit nicht gefallen lassen.

David-Mainz: Ich glaube nicht, daß das Amendement Bebel zu Punkt 3 geeignet ist, uns mit der Resolution Kautsky zu versöhnen. Die Einschiebung der Wörter „im Allgemeinen" läßt Unklarheiten zu und bedeutet eine Verwischung. Ich glaube sogar, daß die gesammte deutsche Industrie in die Lage kommen kann, des Schutzzolles zu bedürfen und zwar der Kuliproduktion gegenüber. Der Schutzzoll kann nach zwei Richtungen hin wirken. Einmal kann eine werdende Industrie gegen die Konkurrenz von Ländern mit überlegenen Produktionsformen geschützt werden, zweitens kann eine hochstehende Industrie gegen die Konkurrenz von Ländern mit rückständigen Produktionsformen geschützt werden. (Sehr richtig.) Sehen wir nach Amerika. Da trägt der Schutzzoll durchaus den letzteren Charakter. Die Amerikaner leiden nicht an rückständiger Produktionsweise, am Mangel an Maschinen und Kapital. Sie wollen sich aber schützen gegen die Konkurrenz der Länder mit niedrigen Arbeitslöhnen. Die Amerikaner sind nicht, weil sie nicht weit genug sind, Schutzzöllner, sondern weil sie schon zu weit sind. Auch bei uns kann es in garnicht so weiter Zukunft so kommen. Die hunderte Millionen Kuli können thatsächlich in Konkurrenz mit den deutschen Arbeitern treten. Schon wird China durch den Eisenbahnbau erschlossen. Wenn das europäische Kapital sich dorthin wirft, vor allem auf Produktionszweige mit geringem konstanten und hohem variablen Kapital, dann muß diese Konkurrenz unsere Industrie in eine Nothlage bringen, dann müssen sie Schutzzölle fordern, um sich zu schützen, gegen die Kapitalisten, die nach China gehen und Kulis anwenden. Deshalb war durchaus berechtigt, was die Genossen Gottschalk, Elm und mein Vorredner gegen Absatz 8 der Resolution eingewendet haben. Unsere internationale Solidarität geht nicht soweit, daß wir unsere Fortschritte hemmen lassen durch die Rückständigkeit der Verhältnisse in fremden Ländern. (Sehr richtig!) Schwere Bedenken habe ich auch gegen die Punkte 4 und 5. Kautsky hat mit recht darauf hingewiesen, daß wir die Kartellsbildung nicht fördern wollen. Aber stellen Sie einmal die Frage so, wenn wir ein Gesetz gegen Kartellirung und Trustbildung vor uns haben, würden Sie einem solchen Gesetze zustimmen? Eine solche Zustimmung stände im Widerspruch zu dem prinzipiellen Theile unseres Programms, der die höhere zentralisirtere Produktionsform als Erscheinung der kapitalistischen Entwickelung betrachtet. Die Möglichkeit, daß uns eine Konkurrenz mit Kuli-Arbeit bevorsteht, sollte uns vor allem abhalten, uns festzulegen. Es drängt auch garnicht so mit der Entscheidung, wie Bebel annimmt. Vor der Entscheidung über die neuen Handelsverträge werden wir noch einige Parteitage haben. Die Diskussion hier ist nicht so eingehend

gewesen, in der Parteipresse hat noch keine allgemeine Diskussion über diese Frage stattgefunden, lassen Sie ruhig erst noch die Theoretiker sich auseinandersetzen. Aus den angegebenen Gründen kann ich mich weder für die Schippel'sche noch für die Kautsky'sche Resolution entscheiden. Für unsere praktische Haltung würde es genügen, wenn wir den letzten Satz der Kautsky'schen Resolution annehmen.

Heine-Berlin: Für mich ist die Kautsky'sche Resolution 103 nicht nur in Nr. 3 unannehmbar, aus den von Auer entwickelten Gründen, und auch nicht nur in Nr. 8 wegen der etwas phrasenhaften Allgemeinheit der Fassung, worüber ich v. Elm beistimme, sondern ich habe auch Bedenken gegen Nr. 2. (Heiterkeit.) Dort wird gesagt, daß bei den heutigen Machtverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im Deutschen Reiche die Industriezölle nothwendigerweise mit Lebensmittelzöllen zusammenfallen. Was soll damit gesagt sein? Doch wohl nur, daß gewisse Kreise von industriellen Schutzzöllnern bereit sind, den Agrariern als Gegenleistung Lebensmittelzölle zu verschaffen? Das ist eine Thatsache, aber was geht uns das an? Das bindet uns doch nicht, falls wir irgend einem Industriezweige einen Schutzzoll belassen wollen, nun auch unsererseits für Lebensmittelzölle einzutreten? Meint man etwa, das Eintreten für irgend welche industriellen Schutzzölle bringe uns beim Volke in den Verdacht, auch Getreidezölle bewilligen zu wollen, so haben wir es in der Hand, durch die That zu zeigen, daß für uns Industriezölle nicht mit Lebensmittelzöllen zusammenfallen. Ich halte deshalb den ganzen Punkt 2 für unnöthig. Im Uebrigen kann ich dem Schlusse, zu dem die Kautsky'sche Resolution kommt, auch beistimmen, aber ich würde es auch für das beste halten, gar keine Resolution zu fassen. Die Debatte hat die größte denkbare Einigkeit ergeben, sie hat viel zur Klärung beigetragen, Alle sind wir einig, daß die Zollkriege vermieden werden sollen, daß wir keine Lebensmittelzölle wollen, von allen Seiten ist die Möglichkeit zugegeben worden, daß wir die Schutzzölle einmal brauchen können, um unser Proletariat vor einer Unterbietung durch unredliche Konkurrenz zu schützen, und daß wir unseren Export auch vor der Aussperrung durch die Zölle anderer Länder schützen müssen. Ueber die Begründung aber gehen die Meinungen auseinander. Wozu also die Resolutionen, die durch ihre Weitschweifigkeit eine Uneinigkeit erscheinen lassen, wo im Ganzen Einigkeit herrscht. Ich bin überhaupt kein Freund dieser bandwurmartigen Resolutionen, von denen wir auf diesem Parteitage schon drei oder vier zur Welt gebracht haben. (Heiterkeit.) Und den Vorlagen nach noch drei oder vier gebären sollen. Wozu das? Wir reden über die Sache, um unsere Ansichten und die der Genossen im Lande zu klären. Das ist erreicht, zu beschließen brauchen wir da nichts. Beschlüsse faßt man vor der That, nicht früher. (Beifall.)

Vollmar: Ich stehe auf demselben Standpunkte wie Auer und werde gerade so wie er auf die theoretischen Auseinandersetzungen nicht eingehen. Ich hätte eigentlich gewünscht, daß wir zu den zwei Referenten noch einen dritten bekommen hätten. (Heiterkeit.) Denn der eine hat sich mit der Vergangenheit, der andere mit der Zukunft beschäftigt, aber für die Gegenwart ist recht wenig Fruchtbares herausgekommen. Das beste an Kautsky — ich meine nicht etwa, daß nicht alles gut war — aber das, was mir am liebsten war, das war, daß er einem Mißverständniß ein Ende gemacht hat, daß eine Aeußerung von Schippel hervorzurufen geeignet war, nämlich die Meinung, als ob zwar bei den Industriezöllen die Arbeiter sich keineswegs als reine Konsumenten betrachten dürften, sondern auch als Produzenten, daß dagegen die Sache mit bezug auf die Landwirthschaft ganz anderes sei. Das konnte so aufgefaßt werden, als ob uns die Landwirthschaft absolut gleichgiltig sei, ja als ob die Arbeiter noch eigens aufgefordert werden sollten, sich gegenüber der

Landwirthschaft ausschließlich egoistisch als Konsumenten zu fühlen. Und als ob es ein Zeichen des Fortschrittes wäre, wenn die Landwirthschaft möglichst schnell völlig verschwände. Nach meiner Ansicht ist die Situation etwas verschoben worden. Wie ist denn eigentlich die ganze Debatte entstanden? Schippel hat im vorigen Jahre in einem Referat erklärt, daß die Internationalität für ihn nicht so weit gehen könne, daß er als Sozialdemokrat beim Abschluß von Handelsverträgen sich auf den Standpunkt des absoluten Freihandels stellen könnte gegenüber von Ländern, die rücksichtslos Schutzzölle gegen uns haben. Ich stehe ganz auf demselben Standpunkt. So weit kann die Sache nicht gehen, daß wir lediglich aus Prinzipienreiterei, ohne uns irgendwie um die näheren Verhältnisse des deutschen Volkes zu kümmern, einfach ein für allemal erklären: Mögen Rußland und Amerika thun, was sie wollen, mögen sie Prohibitivzölle schaffen, wir sind einmal Freihändler und damit gut. So ist das nicht. Nun ist gesagt worden, wir wollen uns prinzipiell festlegen. Ich bin kein großer Freund von diesen Festlegereien; wir sind doch auch Politiker, und ein Politiker sollte sich ohne Noth nicht festlegen, weil er die Verhältnisse nicht alle voraussehen kann. Deshalb ist es besser, einfach abzuwarten, um zu sehen, was in Zukunft geschieht, und danach Stellung zu nehmen. Nichts hat uns zu einer derartigen Stellungnahme gezwungen, und ich glaube, es ist doch eigentlich mehr ein Bedürfniß der sehr verehrten Herren Akademiker, das auch hier wieder mitspricht. Der alte Börne hat einmal gesagt, wenn der Deutsche einen Flecken im Rock hat, dann studirt er erst Chemie, bevor er ihn herausputzt. (Heiterkeit.) Alles in der Welt muß in Deutschland im Allgemeinen und in der deutschen Sozialdemokratie im Besonderen wissenschaftlich geprüft werden. Alles muß zur Weltanschauung werden. Natürlich, Parteigenossen, da die Verhältnisse uns nicht den Gefallen thun werden, allemal den von uns gegebenen Gesetzen zu folgen, so sind wir schließlich genöthigt, hinterher, bei einer anderen Gelegenheit, eine andere wissenschaftliche Vertiefung zu machen. (Heiterkeit.) Bebel hat zuerst gemeint, mit der Gothaer Resolution sei er so wenig einverstanden, daß er sie heute für unvernünftig hält. Ich habe darauf ganz privatim gelächelt, er hat es gesehen oder gehört (Heiterkeit) und da hat er mir zugerufen, ich werde doch auch nicht Alles, was ich gelesen habe, heute für richtig halten. Gewiß, aber im Resolutionsfabriziren bin ich nie ein großer Sünder gewesen. (Große Heiterkeit.) Diese Resolutionen und diese Vertiefungen haben nämlich den großen Nachtheil, daß man alleweil die Vernünftigkeit erst hintennach einsieht. (Heiterkeit.) Was uns aber natürlich niemals hindert, sofort eine neue an die Stelle zu setzen, die dann als der Weisheit letzter Schluß gilt, wenn sie auch nur auf ein paar Jahre zutrifft. (Heiterkeit.) Ohne Noth sollen wir nichts beschließen. Es ist schon darauf hingewiesen, daß Punkt 3 der Kautsky'schen Resolution nicht so bleiben kann und er ist ja auch modifizirt worden. Auch Punkt 8 ist nach der Ansicht verschiedener Redner nicht haltbar. Nach den eigenen Auseinandersetzungen Kautsky's und Anderer ist darüber gar kein Zweifel, daß wir es nicht so hinstellen können, daß die Schutzzölle der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenwirken. Zuletzt sind dann noch einige andere Punkte bemängelt worden. Ich will nun gar keinen besonderen Vorschlag machen, aber ich muß gestehen, daß ich die Streichung jedes dieser Punkte für einen Gewinn halten würde, schon wegen der Kürze, weil dann das doch vielleicht ein wenig mehr gelesen wird als sonst. (Heiterkeit.) Am allerliebsten wäre es mir allerdings, wenn die Resolution gar nicht eingereicht wäre. Vielleicht werden einige sagen: Ja, warum redet denn der (Heiterkeit), der hat ja selbst seinen Namen darunter gesetzt. Ja, Parteigenossen, ich könnte ja sehr leicht denselben Entschuldigungsgrund anführen wie Bebel, daß ich sie nicht so genau gelesen habe, aber ich habe hauptsächlich meinen Namen darunter gesetzt,

weil ich dadurch das Recht gewinnen wollte, dem Resolutions-Ungethüm den schlimmsten Giftzahn auszuziehen. In der Resolution hat nämlich ursprünglich das Wort Freihandel in einer anderen Verbindung gestanden, so daß es scheinen konnte, als ob wir uns zur puren Freihandelspolitik erklären; das wollte ich hintertreiben und es ist mir gelungen, das Wort zu streichen und durch ein minder anstößiges zu ersetzen. Indessen die Resolution ist mal da und es liegt schließlich auch nicht viel daran, wenn sie angenommen wird. Es giebt ja viele Leute, die sich beruhigt fühlen, wenn sie etwas schwarz auf weiß mit nach Hause nehmen können. (Heiterkeit.) Aber wenn auch alle Erwägungen gestrichen werden und nur der Schlußsatz übrig bleibt, oder wenn der auch noch fiele, so würden wir doch genau so praktisch handeln, als wenn wir garnicht resolvirt hätten. (Beifall.)

Frau **Zietz**-Hamburg: Was mir an der Resolution gefällt, ist gerade das, was Vollmar nicht gefällt, nämlich der klare prinzipielle Standpunkt. Das ist ein großer Vortheil! Wir haben bei diesen wichtigen Fragen mit zu entscheiden und müssen eine klare, bestimmte Stellung nehmen, und zwar für den Freihandel gegen alle Schutzzölle, die wir bei der Höhe unserer technischen und industriellen Entwickelung nicht brauchen. Da wir aber, wie Kautsky richtig sagte, nicht mit dem Kopfe durch die Wand können und die anderen Länder nicht zur Einführung des Freihandels zwingen können, bitte ich Sie, einen diesbezüglichen Passus in die Resolution einzuschieben. Schippel sagte, eine Preiserhöhung führt auch zu einer Lohnerhöhung. Gewiß, den Versuch werden sie machen und auch mit Erfolg, aber doch nur bis zu einem gewissen Grade. Es ist viel leichter, für die Arbeiter eine Lohnerhöhung, die sie einmal durchgesetzt haben, zu vertheidigen, als eine weitere zu erringen. In Hamburg sind seit dem Zollanschluß die Löhne gestiegen, aber nicht in gleichem Schritt mit der Vertheuerung der Lebenshaltung. Ich ersuche Sie also, der Kautsky'schen Resolution zuzustimmen, aber einen Passus einzuschieben, der unsere Abgeordneten ermächtigt, gegebenenfalls unbeschadet unserer prinzipiellen Stellung, auch für Schutzzölle zu stimmen.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Baker-Harburg erklärt, er habe sich gegen die Bemerkung der Genossin Zietz wenden wollen, daß die Löhne seit dem Zollanschluß in Hamburg gestiegen seien, das sei unrichtig.

Das Schlußwort hat zunächst der Korreferent **Kautsky**: Meine Resolution ist grausam zerpflückt worden, am grausamsten von Vollmar, der selbst geholfen hat, den Bandwurm ins Leben zu rufen. (Heiterkeit.) Er fungirte freilich als Hebamme nur, um als Zahnarzt fungiren zu können, denn er hat die zoologische Entdeckung gemacht, daß der Bandwurm einen Giftzahn hat. (Große Heiterkeit.) Als tapferer Ritter Georg (große Heiterkeit) hat er den Muth gehabt, dem Bandwurm diesen Giftzahn auszuziehen (Heiterkeit), er hat das Wort Freihandel durch das Wort Verkehrsfreiheit ersetzt. Mir als Akademiker ist der Unterschied nicht klar geworden, höchstens daß Freihandel früher mit Manchesterthum zusammengeworfen wurde, also vielleicht ein traditionelles Vorurtheil besteht. Wenn also Vollmar glaubt, hierin einen Giftzahn erwischt zu haben, hat er daneben gegriffen. Dies ist übrigens erst die zweite Resolution, die ich auf einem Parteitage eingebracht habe. Ich habe also an dieser Resolutionsproduktion gar keinen Antheil. (Vollmar: Ich habe nicht von Dir geredet!) Weiter aber soll diese Resolution viel zu lang sein. Zu welchem Zwecke fassen wir denn Resolutionen und stimmen darüber ab? Um uns darüber klar zu werden, worüber wir einig sind, und um auch die Außenwelt nicht darüber im Unklaren zu lassen. Wenn das in kürzerer Form nicht erreichbar ist, muß man einen längeren Weg wählen. Wenn Vollmar diese

Resolution zu lang ist, hätte er eine kürzere einbringen sollen. Solange das nicht geschieht, muß ich wünschen, daß die lange angenommen wird.

Ich komme zur Sache selbst. Den Punkt 2 möchte Heine gestrichen haben. Ich bin nicht ganz klar, aus welchem Grunde. Oder glaubt er wirklich, daß wir heute die Lebensmittelzölle los werden? Wenn er das glaubt, so beneide ich ihn nicht um diesen Glauben. (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Bebel hat beantragt, zu sagen: „Die deutsche Industrie im Allgemeinen". Mit dieser Einschaltung bin ich vollständig einverstanden; sie ändert nichts, sondern drückt im Gegentheil etwas Selbstverständliches aus, das Diejenigen beruhigen soll, die über die Selbstverständlichkeit sich noch nicht klar geworden sind. (Bebel: Nanu!) Es ist ganz klar, daß wir nicht für jeden einzelnen Industriezweig eine besondere Zollpolitik einrichten können. Wir können nur von der Industrie und von der Landwirthschaft im Allgemeinen sprechen. Wenn wir darauf warten wollten, bis alle Industriezweige in derselben Weise lebensfähig sind, dann kommen wir überhaupt nicht zu einer Entscheidung in der Zoll- und Handelsfrage, dann müssen wir bis auf den Sankt-Nimmerleinstag warten. Das ist nicht unsere Aufgabe. Es ist von der Kulifrage gesprochen worden, die später eine neue Resolution nöthig machen würde. Sind wir heute dazu da, die Kulifrage zu lösen? Das kommt vielleicht nach 20 Jahren. Die Resolution gilt nur so lange, als die Verhältnisse gelten, unter denen sie entstanden. (Sehr richtig!) Wenn also nach 20 Jahren eine Kulifrage auftaucht, dann machen wir eine neue Resolution. (Bebel: Meinetwegen schon nach 10 Jahren!) Was aber jetzt kommt, das sind die Handelsverträge. Und wenn wir mit unserer Stellung zu den Handelsverträgen warten wollten, bis die Kulifrage gelöst ist, dann kommen wir zu spät.

Elm hat mir vorgeworfen, ich hätte die amerikanischen Verhältnisse unrichtig dargestellt, diese sprächen gerade für den Schutzzoll. Nun leugne ich durchaus nicht, daß die amerikanischen Arbeiter eine höhere Lebenshaltung haben als die deutschen. Wir wissen auch Alle, daß die achtstündige Arbeitszeit dort verbreiteter ist, die Arbeiterorganisationen weiter entwickelt sind als bei uns, das habe ich nicht bestritten. Ich habe nur auf einige Erscheinungsformen aufmerksam gemacht, die dort ganz besonders stark in die Erscheinung treten und mit den Kartellen im Zusammenhang stehen, die auf den Schutzzoll zurückzuführen sind. Woher kommt aber die höhere Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter? Vom Schutzzoll? Nein, sie kommt durch Verhältnisse, die Amerika eigenthümlich sind und die wir nicht haben. Das liegt an den Grund- und Bodenverhältnissen, die es herbeiführten, daß in Amerika ein Lumpenproletariat in dem Maße wie bei uns in Deutschland sich bisher nicht bilden konnte. Das liegt daran, daß Amerika von jeher ein freies, selbstbewußtes demokratisches Staatswesen hatte; das liegt daran, daß dort in Amerika die Landwirthschaft noch immer exportirt, billiger produzirt als bei uns, auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig ist und daß durch den Schutzzoll die Arbeiter als Konsumenten nicht geschädigt werden. Das ist ja Alles bekannt. Diesen Verhältnissen entspringt die höhere Lebenshaltung der Arbeiter. Aber was Elm durchaus nicht widerlegt hat, das ist, daß trotzdem die Lebenshaltung der Arbeiter in Amerika eine so hohe ist, sie gerade in den Industriezweigen, die vom Schutzzoll am meisten profitiren, eine niedrigere ist als in England. Hieraus sehen wir mit Deutlichkeit, daß der Schutzzoll bereits angefangen hat, die Arbeiter zu degradiren, statt ein Mittel zu sein, sie zu heben.

Dann hat David gesagt, wir müßten die Kartelle und daher auch die Schutzzölle fördern; denn die Kartelle sind eine höhere Form der Produktion, die höchstmögliche in der heutigen Gesellschaft, und wir haben die ökonomische Entwickelung zu fördern. Die Kartelle sind allerdings eine nothwendige Erscheinungsform der kapitalistischen Produktionsweise, und sie werden ohnedies

kommen, wenigstens in den leitenden Industrieen, aber daß das Kartell gerade ein Mittel ist, die industrielle Entwickelung zu fördern, bestreite ich. Das Kartell ist nichts, als ein privates Monopol. Das wichtigste Mittel aber, die Technik unter der Waarenproduktion zu entwickeln, das ist die Konkurrenz; wo der Stachel der Konkurrenz fehlt, da erschlafft auch die technische Entwickelung, da bleibt sie zurück. Da, wo die Kartelle soweit gekommen sind, daß sie mit gar keiner Konkurrenz mehr zu thun haben, entwickelt sich die Technik nicht weiter, und die allgemeine Entwickelung der Kartelle würde zu einer Stagnation der Industrie führen, also zu einem Zustande, den wir nicht herbeizuführen haben. Nun hat David weiter behauptet, und damit komme ich zu dem Punkt 8, der die meiste Anfechtung findet, den aber ich auf das Lebhafteste empfehlen und wenigstens nicht ohne Kampf preisgeben möchte (Heiterkeit). David hat also gesagt, die amerikanische Industrie bedarf des Schutzzolles, eben weil die amerikanischen Arbeiter höher gestellt sind, weil sie höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit haben, könne die amerikanische Industrie mit der deutschen nicht konkurriren. Ich freue mich des Zugeständnisses, daß die deutsche Industrie der amerikanischen überlegen ist und so eines Schutzzolles gegenüber Amerika nicht bedarf, sondern gerade umgekehrt. Ich möchte aber dieses Zugeständniß nicht zu ernst nehmen, denn die amerikanische Industrie ist thatsächlich gegenüber der deutschen konkurrenzfähig. Wenn das richtig wäre, was David gesagt hat, dann packen wir unsere nächsten Ziele nur in die Tasche. (Bebel: Sehr richtig!) Dann können wir nicht für den Achtstundentag, nicht für höhere Löhne kämpfen, denn dann schneiden wir der Industrie den Lebensfaden ab. Aber wir wissen, daß die bestbezahlte Arbeit auch die billigste, die schlechtestbezahlte Arbeit die theuerste ist, die kürzeste Arbeitszeit die leistungsfähigsten Arbeiter schafft. (Beifall.) Daß das die Industrie nicht leistungsunfähig macht, das beweist am besten das Beispiel Englands, das doch nicht auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig geworden ist. Daß die amerikanische Industrie des Schutzzolles bedürfe, weil ihre Arbeiter gut bezahlt und gut genährt sind, das weise ich auf das Allerentschiedenste zurück. (Beifall.) Nun ist gesagt worden, für den Punkt 8 können wir uns nicht begeistern, denn das Hemd liegt uns näher als der Rock. Die nationalen Interessen stehen uns höher als die internationalen; zunächst muß die Industrie des eigenen Landes gesichert werden, wir können also für den Satz nicht eintreten, der von der internationalen Solidarität spricht. So gleichgiltig möchte ich diese Worte nicht nehmen, und gerade deshalb, weil hier gegen Arbeiter anderer Länder Worte gefallen sind, die eine gewisse Feindseligkeit zeigen, gegen Arbeiter, die niedriger stehen als wir, weil hier Worte gefallen sind, die mit der internationalen Solidarität nichts zu thun haben, bitte ich Sie, diesen Punkt anzunehmen. (Beifall.) Es giebt zwei Wege, sich mit diesen wirthschaftlichen Gegenständen abzufinden: Die kapitalistische Methode ist die der Abschließung, die, daß man den Ausländer als Feind betrachtet, ihm das Leben so sauer wie möglich macht, seine Industrie niederdrückt, seine Arbeiter brodlos macht. Was bedeutet denn der Schutzzoll? Eine Exportprämie, die es dem deutschen Fabrikanten ermöglicht, auf dem Weltmarkte Schmutzkonkurrenz zu machen. (Sehr wahr!) Wenn die deutschen Arbeiter an dieser Schutzzollpolitik theilnehmen, sich zu Mitschuldigen an dieser Schmutzkonkurrenz machen wollen, so machen sie sich die anderen Arbeiter zu Feinden; wir wissen, alle diese schutzzöllnerischen Bestrebungen vertiefen die Mißlichkeiten zwischen den einzelnen Nationen. Nehmen wir daran theil, so erzürnen wir nicht nur die ausländischen Kapitalisten, sondern auch die Arbeiter gegen das deutsche Volk. Die proletarische Methode, der internationalen Konkurrenz, der Konkurrenz der tiefer stehenden Völker entgegenzuwirken, ist eine andere; sie will den Arbeitern anderer Länder, die tiefer stehen als wir, die nicht dasselbe

leisten können, die sich mehr gefallen lassen müssen als wir, helfen, auf eine höhere Stufe zu gelangen, weil dann jene Schmutzkonkurrenz aufhört, die sie uns heute machen. Nicht die Herabdrückung der Arbeiter, sondern ihre Hebung ist es, die auch in unserem eigenen wohlverstandenen Interesse liegt. Das ist die proletarische internationale Solidarität. (Lebhafter Beifall.) Wir zählen in Deutschland unter den Arbeitern so viele Italiener, Polen, Dänen u. s. w. Haben wir denn verlangt, daß diese hinausgeworfen werden, wollen wir uns abschließen? Nein, denn dann würden sie in ihr Land zurückkehren und dort die Löhne weiter herabdrücken helfen und die Schmutzkonkurrenz vermehren, nein, wir wenden uns an sie, die in Deutschland sind, suchen sie aufzuklären, zu bilden, zu heben, weil wir wissen, daß, wenn sie zurückkehren in ihr Land, sie da den Sauerteig bilden, der die Genossen dort ebenfalls hebt, auch in unserem Interesse. Und das werden wir vielleicht auch einmal thun müssen, wenn wir mit japanischen Arbeitern zu thun haben, was heute allerdings noch eine Doktorfrage ist. In Japan ist auch eine Arbeiterbewegung vorhanden, eine sozialistische Bewegung ist im Entstehen begriffen, sollen wir uns da feindlich gegenüberstellen? Nein, wir müssen sie als unsere Freunde, unsere Brüder betrachten, denen wir helfen wollen, um sie zu heben. Etwas anderes ist es natürlich, wenn wir mit solchen Arbeitern zu thun haben, die so tief stehen, daß sie überhaupt nicht zu heben sind, die gar keine Arbeiterbewegung haben, für die die internationale Solidarität auf keinen Fall existirt. Für die können wir uns allerdings nicht begeistern, und unter Umständen kann es kommen, daß, sowie einmal die Kuligefahr bedrohlich wird, wir uns gegen die chinesischen Arbeiter absperren. Ebenso kann es uns vielleicht mit den ostindischen Kulis oder den südafrikanischen Kaffern gehen. Das sind ganz andere Dinge! Aber daß wir dieses Verhalten gegen Arbeiter einschlagen, die zu heben sind, das ist ausgeschlossen. Nein! Wir müssen uns mit den Proletariern des Auslandes verbünden. Unser Schlachtruf muß bleiben: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! (Lebhafter Beifall.)

Das Schlußwort als Referent hat

Schippel: Auch in dieser Frage wird es weder Sieger noch Besiegte geben. Der Hauptstein des Anstoßes war für mich Punkt 3 der Kautsky'schen Resolution. Nachdem aber Kautsky selbst ausdrücklich erklärt hat, daß die Fraktion nicht unbedingt für den Freihandel gebunden werden soll und nach Bebel's Amendement, daß nur „im Allgemeinen" die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um des Zollschutzes entrathen zu können, bin ich bereit, meine Resolution zurückzuziehen und ich thue das hiermit. (Bravo!)

Ich bin eigentlich mit Befürchtungen nach dem Parteitag gekommen, denn ich habe doch immerhin dafür plädirt, daß wir Schutzzölle nicht so schroff abweisen sollen wie bisher. Nun wir wissen ja Alle, daß die Stimmung der deutschen Arbeiter gegen die Schutzzölle von politischen und wirthschaftlichen Verhältnissen beeinflußt worden ist, die an sich mit der Streitfrage nichts zu schaffen haben. Die Schutzzölle sind geschaffen unter der Schreckensherrschaft des Sozialistengesetzes, nachdem man die Arbeiter vorher geknebelt hatte. Und seit dieser Zeit werden Schutzzölle immer nur angesehen als ein Raubzug gegen das arbeitende Volk. Meine Befürchtungen sind nicht eingetroffen. Zweifellos hat auch der gestrige freie Nachmittag wesentlich zur Beruhigung der Gemüther beigetragen. (Heiterkeit.)

Nun hat Vollmar gemeint, die beiden Referenten hätten zu wenig über die Gegenwart gesagt. So habe ich meine Aufgabe nicht aufgefaßt. Wollte ich über die Gegenwart reden, so hätte ich eine Industrie nach der anderen hernehmen und den Weltmarkt schildern müssen. Das lag aber nicht in meiner Absicht. Ich habe nur Stimmung machen und den Genossen zurufen wollen:

„Jungens, lauft nicht so fix in den Freihandel, damit ein vernünftiger Mensch auch noch mitkommen kann!" (Heiterkeit.) Diese Absicht habe ich erreicht und damit bin ich vollkommen zufrieden. Kautsky hat in seinem Referat gesagt, unsere heutigen Schutzzölle sind anders entstanden als die früheren. Heute habe die Furcht vor den Arbeitern die Bourgeoisie den Agrariern in die Arme getrieben und daher komme es, daß wir nicht nur Industrie-, sondern auch Agrarzölle haben. Genossen! Ueberschätzen wir doch nicht unsere Macht, noch dazu in jener Zeit! Nein, die Industriellen konnten den großen inneren Markt, den ihr die Landwirthschaft unter den alten Preisverhältnissen bot, nicht verlieren, sie konnten die Landwirthschaft nicht einfach zu Grunde gehen lassen, und darum waren sie gezwungen, auch Getreidezölle zu bewilligen. Und um so viel theurer ist das Brod doch auch garnicht geworden, die Getreidepreise auf dem Weltmarkte sind so heruntergegangen, daß wir heute trotz des Zolles noch eben so billige und billigere Getreidepreise im Durchschnitt haben wie damals. Aus demselben Grunde haben wir nicht blos in Deutschland, sondern in Ländern mit ähnlicher Entwicklung Agrarzölle neben den Industriezöllen. Vollmar bedauerte, daß ich gesagt habe, gegen die Lebensmittelzölle werden wir immer kämpfen, dieser Vorwurf könnte so klingen, als ob ich gemeint habe, was aus der Landwirthschaft wird, ist uns gleichgiltig. Nein, so kann das garnicht gemeint sein. Wir werden als Arbeitervertreter immer gegen die Brodzölle kämpfen. Aber unser Verhalten ist nicht allein maßgebend. Wann werden wir denn die Lebensmittelzölle los werden? Etwa wenn die agrarische Krisis so weiter geht? Nein! Ueberschätzen wir doch nicht die Macht der Industrie! Wir werden die Kornzölle erst los werden, wenn wir lange Jahre hohe Getreidepreise gehabt haben, und wenn dann die Zölle fallen, dann ist die Landwirthschaft nicht verloren, denn dann werden andere Konkurrenzverhältnisse für Getreide auf dem Weltmarkt sein. So waren meine Worte gemeint, und ich will das hiermit ausdrücklich feststellen, damit nicht etwa behauptet wird, ich hätte gesagt, mag aus der Landwirthschaft werden was will, wir haben kein Interesse daran. Auch die Genossin Zietz befindet sich im Irrthum, wenn sie meint, ich hätte gesagt, wenn die Preise steigen, steigen auch die Löhne. Nein, soviel weiß ich auch; ich habe nur gesagt, wenn die Preise der Industrie durch Schutzzölle steigen und wenn die Produktion im Innern sich mächtig ausweitet durch das Schutzzoll-System, dann werden auch die Arbeiter mehr beschäftigt sein und dann wird auch eine Preiserhöhung sich in eine Lohnerhöhung umsetzen. Aber daß in solchen Fällen, wo eine ehemals freie Stadt in ein Zollgebiet einverleibt wurde, die Verhältnisse andere sind, ist ganz selbstverständlich und ich selbst habe oft genug gesagt, daß der Zollanschluß von Hamburg dem Hamburger Arbeiter nur geschadet hat. Nun ist gesagt worden, die Industriellen hätten den Schutzzoll nur gemacht, um die Profitrate zu steigern. Das war mir auch nichts Neues, aber wir dürfen doch nicht vergessen, daß eine Steigerung der Profitrate nicht nach Belieben möglich ist. Hätten wir eine höhere Profitrate als in England, so würde das englische Kapital in Masse zu uns hereinströmen, bei Industriezöllen ist es durchaus nicht nöthig, daß die Zölle sich unbedingt in Preiserhöhung umsetzen. Kautsky hat richtig darauf hingewiesen, wenn die Zölle Kartelle ermöglichen und wenn diese Kartelle wirkliche Monopole sind, dann kommt die große Belastung der Konsumenten. Das größte Kartell, das wir haben, ist aber das Kohlensyndikat, und wir haben keinen Kohlenzoll. Da sind eben ganz andere Verhältnisse ausschlaggebend. Ich bestreite, daß der Schutzzoll das eigentliche Mittel gewesen ist, um die Kartelle zu ermöglichen. Aehnlich liegen die Dinge beim englischen Kohlensyndikat. Dann ist es auch eine Uebertreibung, zu sagen, wenn die Schutzzölle nicht wären, hätten wir das Militär nicht. England, ein Land mit Freihandel, hat doch auch große Militärlasten, die sich von 1870—97

von 450 auf 800 Millionen gesteigert haben. Hätten wir keinen Schutzzoll, so hätten wir unser Militär auch, aber vielleicht noch viel schlechtere Steuern.

Was ferner die große Höhe betrifft, auf der die deutsche Industrie stehen soll, so fürchte ich, daß wir über die deutsche Industrie zu chauvinistisch-selbstbewußt denken. Ich warne davor, zu glauben, daß wir heute an der Spitze aller Nationen und auf der gleichen Höhe stehen wie die höchst entwickelten Länder. Deshalb habe ich Sie gewarnt, laufen Sie nicht so fix in den Freihandel hinein, wir sind noch nicht so weit.

Nachdem die Resolution Kautsky jetzt eine Aenderung erfahren hat, bitte ich Sie, dieselbe anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Die Resolution Schippel (102) ist zurückgezogen, es bleibt also nur die Resolution Kautsky (103). Zu Punkt 3 liegt das Amendement Bebel vor hinter die Worte: die deutsche Industrie einzufügen: „im Allgemeinen"; über den Wunsch der Frau Zietz kann keine Abstimmung erfolgen, da formell kein Antrag gestellt ist. Ueber die einzelnen Punkte der Resolution Kautsky wird getrennt abgestimmt. Die Abstimmung ergiebt die Annahme der Kautsky'schen Resolution in allen Punkten mit dem Amendement Bebel mit sehr großer Majorität. Punkt 3 lautet nunmehr:

„3. daß die deutsche Industrie im Allgemeinen weit genug entwickelt ist, um den Zollschutz entrathen zu können."

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

$3^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Der Generalrath der französischen Arbeiterpartei hat unsern Freund Jules Guesde hierher gesandt. Er ist in Begleitung des Genossen Matthieu hier erschienen. Ich heiße sie herzlich hier im Namen des Parteitages willkommen. (Bravo!) Viele von den Delegirten haben diesen tapferen und muthigen Vorkämpfer auf den internationalen Kongressen und auch auf unserem Parteitag in Halle zu sehen und kennen zu lernen Gelegenheit gehabt. Genosse Guesde wird wenigstens einem Theil unserer Verhandlungen hier beiwohnen. Er wird sicherlich die Ueberzeugung mit heim nehmen, daß unser brüderliches Verhältniß zu der französischen Sozialdemokratie dasselbe geblieben ist und daß wir stolz darauf sind, auch mit ihr gemeinschaftlich für die Befreiung des Proletariats kämpfen zu können! (Bravo!)

Hierauf hält **Guesde**, mit lebhaftem Beifall empfangen, folgende von Liebknecht übersetzte Ansprache: Ich komme nicht als Neuling hierher, denn ich habe schon 1890 als Abgesandter des französischen Proletariats an Ihren Berathungen in Halle theilgenommen und Ihnen damals die Grüße und Versicherungen der Solidarität des französischen Proletariats überbracht. Damals war in Deutschland der eiserne Ring des Sozialistengesetzes gebrochen, und die Bourgeoisie hoffte ganz allgemein darauf, daß die Sozialdemokratie nun, wo sie auf dem Boden des gemeinen Rechts stände, ihre revolutionäre Kraft verlieren und in sich selbst zusammenfallen würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt, die deutsche Sozialdemokratie hat zwar gestritten über diese und jene Frage, aber sie hat sich nicht entzweit; sie ist sowohl auf theoretischem Gebiet als auch auf dem Gebiet der Organisation dauernd fortgeschritten, und sie ist heute stark genug, um den Angriffen aller ihrer vereinten Gegner siegreich widerstehen zu können. Aber nicht allein in Deutschland hat die Sozialdemokratie Fortschritte gemacht. Auch in Frankreich ist seit 1890 ein Wachsthum der Bewegung zu bemerken. Die Sozialdemokratie hat in der französischen Nationalversammlung weiteren Boden gewonnen, sie hat einiger der wichtigsten

und stärksten Gemeinden Frankreichs sich bemächtigt. Und wenn auch die französischen Genossen noch nicht so weit sind wie die deutschen, wenn sie auch noch nicht so geeinigt dastehen, daß höchstens ganz unbedeutende Zwistigkeiten vorkommen können, so sind doch die dortigen Spaltungen bei weitem nicht so schlimm, als es den Anschein hat. Das Gefühl der persönlichen Gehässigkeit unter den verschiedenen Fraktionen hat sich fast vollständig verloren und es wird unzweifelhaft dahin kommen, daß eine einheitliche Organisation geschaffen wird. Und davon können Sie überzeugt sein, wenn die Einigung auch nicht heute oder morgen erzielt wird, ein Gegeneinanderhetzen der verschiedenen Fraktionen ist nicht möglich. Die französischen Genossen fühlen sich völlig eins mit den Sozialdemokraten anderer Länder; das Wort „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" ist dem französischen Proletariat in Fleisch und Blut übergegangen.

Namens der französischen Sozialisten reiche ich Euch die Hand, ich freue mich, daß die deutsche Sozialdemokratie auch auf diesem Kongreß wieder das Klassenbewußtsein betont hat und geeint dasteht gegenüber Denjenigen, welche sich angemaßt haben, die sozialistische Bewegung zu hemmen. Hoffentlich werden bald diejenigen Hindernisse, die heute noch die verschiedenen Nationen trennen, überwunden werden. Hoffentlich wird der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo die internationale Sozialdemokratie die gesammte Menschheit umfaßt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf wird der **Bericht der Beschwerdekommission** zur Verhandlung gestellt.

Berichterstatter **Hug**-Bant: Es lagen der Kommission drei Fälle vor, die sie zu prüfen hatte, und zwar Beschwerden gegen den Vorstand bezw. die Kontrolleure. Die erste Beschwerde stammt von dem Genossen Rohrlack und vom Vertrauensmann des Kreises Wittenberg-Schweinitz gegen Auer wegen seines Verhaltens bei der Stichwahl in Wittenberg-Schweinitz. Die Kommission empfiehlt, über diese Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.)

Ohne Debatte beschließt der Parteitag mit allen gegen 5 Stimmen in diesem Sinne.

Hug: Die zweite Beschwerde ist die des früheren Redakteurs der „Thüringer Tribüne", Hülle. Sie richtet sich gegen den Partei-Vorstand und die Kontrolleure und bezieht sich auf seine Nichtanstellung in Braunschweig. Die Kommission ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Vorstand das Interesse der gesammten Partei wahrgenommen hat, und bittet den Parteitag, auch über diese Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen.

Der Parteitag tritt debattelos dem Beschluß der Kommission bei.

Hug: Die dritte Angelegenheit betrifft den Streit unter den Parteigenossen in Braunschweig, womit sich schon der vorige Parteitag beschäftigen mußte. Es bestehen zur Zeit zwei Partei-Organisationen in Braunschweig. Die eine, errichtet auf Grund des Organisationsstatuts, die andere der Sozialdemokratische Arbeiterverein. Dieser letztere ist bereit, wenn gewisse Forderungen erfüllt sind, seine Sonderorganisation aufzugeben. Es ist über diese Sache hier eine Broschüre verbreitet worden, die geradezu ein Meisterstück einseitiger Darstellung ist und verdiente Parteigenossen angreift. Der Streit dreht sich hauptsächlich um den Besitz und den Einfluß auf das dortige Partei-Organ. Früher ging der Streit hauptsächlich um die Ueberführung des Besitzes des Blattes aus den Händen des jetzigen Druckers, damaligen Eigenthümers, Günther in das Eigenthum der Partei. Ein thörichter Streich Günther's war es, daß er sich gegen die Uebergabe des Blattes heftig sträubte. Obwohl das Blatt mit seinen 2300 Abonnenten wirklich keine Ueberschüsse liefern konnte, stärkte sein Verhalten die Ansicht Derer, die Günther damit in dem Besitz einer Goldgrube wähnten. Der Privatbesitz an einem Partei-Organ ist in unserer

Partei ein Nonsens, da die Parteigenossen es ja in der Hand haben, den Besitz in nichts zu verwandeln; das begriff Günther nicht. Allzu lange hat es gedauert, bevor er auf das Drängen des Partei-Vorstandes und der Kontrolleure seinen Besitz abtrat. Mit Hilfe des Vorstandes wurde das Blatt in Parteibesitz übergeführt und in dem Genossen Blos einen Verleger gefunden. Nun konnte man meinen, daß der alte Streit beendet sei, da er keine materielle Grundlage mehr habe. Allerdings scheinen die verschiedenen Befugnisse zwischen Verleger und Preßkommission nicht genau abgegrenzt worden zu sein. Jedenfalls ist es für Jeden, der Blos kennt, klar, daß er nur der Noth gehorchend nicht dem eigenen Triebe den Verlag übernahm. Alle Welt glaubte jedenfalls, daß er, als Abgeordneter über den Parteien stehend, Einigkeit erzielen würde. Das ist nun nicht der Fall gewesen. Blos that einen unglücklichen Griff, indem er als Geschäftsführer den Herrn Färber engagirte, der mehr den Beruf in sich fühlte, sich in die Redaktion zu mischen, als Geschäftsführer zu sein. Aus dieser Neigung entstand ein bitterer Streit zwischen Färber und dem Redakteur Heymann. Das Bild zeigte sich ungefähr so, die Parteikasse hat das Geld hergegeben, Blos den Namen, und die Preßkommission regierte. Das ist kein richtiger Zustand. Wie ein rother Faden zieht sich durch die Broschüre der Vorwurf, der Partei-Vorstand habe das materielle Interesse des Druckers Günther gefördert. Günther hatte einen außerordentlich hohen Druckpreis vereinbart, der Verleger konnte dabei in gutem Glauben sein und Günther hatte vorher, als er das Blatt besaß, keine Seide gesponnen, sondern Verluste gehabt; es ist also menschlich, daß er versuchte, jetzt einen anständigen Preis zu erzielen, weil er glaubte, im Parteibesitz würde das Blatt gleich einen Aufschwung auf 10 000 Abonnenten nehmen. Heute sind es aber nicht mehr als 3400. Dem Partei-Vorstand ist es gelungen, eine Ermäßigung des Druckpreises um 15 Mark täglich zu erzielen. Trotzdem wurde fortgesetzt darauf hingearbeitet, Günther den Druck zu entziehen. Diese Forderung ist auch der Kontrollkommission und auch uns zugestellt, später dann zurückgezogen worden. Der Streit setzte sich fort. Es kam dazu, daß der Redakteur Heymann allerdings in unpraktischer Weise Vorgänge bei und nach der Wahl zu einer unrichtigen Zeit in die öffentliche Diskussion brachte. Die Preßkommission nahm daraus Veranlassung, allerdings sehr unverständigerweise, Heymann seines Amtes zu entsetzen. Es wurde auch behauptet, er sei für den Posten nicht fähig. Nun muß aber berücksichtigt werden, daß Heymann der einzige Redakteur an dem täglich erscheinenden Blatte war. Das Vorgebrachte rechtfertigte nicht, ihm sein Brod zu nehmen. Eine große Anzahl von Parteigenossen hatte den Streit endlich satt. Gerstenhauer wurde beauftragt, eine Parteiversammlung einzuberufen, sagte es auch zu, that es aber dann nicht, unter Berufung auf einen früheren Beschluß, nach welchem Preßangelegenheiten nur in Versammlungen des sozialdemokratischen Arbeitervereins ihre Regelung finden sollen. Aber eine öffentliche Parteiversammlung muß die höchste Instanz sein, wenn solche Mißhelligkeiten bestehen, die die ganze Partei berühren. Die Versammlung wurde durch den Stellvertreter von Gerstenhauer einberufen, aber wegen Illegalität aufgehoben. Am 22. Juli fand dann eine dritte Versammlung, einberufen vom Landes-Vertrauensmann statt, deren Rechtmäßigkeit bestritten, von uns aber anerkannt wurde. Sie beschloß die Wiedereinsetzung des Redakteurs, die Absetzung des Vertrauensmanns Gerstenhauer, die Bildung einer neuen Preßkommission. Die Gegner von Günther und Heymann hätten in dieser Versammlung den Boden einer Verständigung finden können. Sie haben es aber nicht gethan, sondern sich in den Schmollwinkel zurückgezogen. Da sie sahen, daß sie in der Versammlung nicht die Mehrheit haben würden, thaten sie den wunderbar demokratischen Streich und beschlossen, daß, solange die Preßverhältnisse nicht geregelt seien, in dem Arbeiterverein eine Aufnahme von

Mitgliedern nicht mehr stattfinden könne. So wurde eine Dummheit nach der anderen gemacht. Endlich wäre es u. a. auch an der Zeit, die auf dem Gothaer Parteitag endgiltig erledigten Angriffe gegen Kießling wegen angeblicher Bestechung beim Bierbrauerstreik zu unterlassen. Wir sind der Meinung, daß man in jener Versammlung vom 22. Juli sich hätte verständigen müssen. Wohin soll es kommen, wenn in jedem Ort, wo Differenzen über Geschäftsfragen bestehen, aus purem Haß, Neid, Unverträglichkeit zwei oder gar drei Organisationen entstehen! Wenn die Mitglieder des Arbeitervereins der Meinung sind, daß sie im Recht sind, dann sollen sie mitarbeiten und ihren Einfluß geltend zu machen suchen. Wir wollen aber den alten bewährten Genossen den Uebertritt aus dem Verein in die andere Organisation nicht unmöglich machen und haben versucht, ihnen in unserer Resolution eine goldene Brücke zu bauen.

Heute ist eine Beschwerde eingegangen, daß in dem Bericht des Braunschweiger „Volksfreundes" über die Parteitagsverhandlungen stehe, es sei eine der bekannten Brunke'schen Lügen, daß Brunke in einer Versammlung von über 100 Genossen gewählt sei. Wir müssen auf das Entschiedenste eine solche Handlungsweise, die nicht dazu angethan ist, dem Zank ein Ende zu machen, verurtheilen. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution der Neuner-Kommission lautet:

Der Streitfall unter den Parteigenossen der Stadt Braunschweig. Von der einen Seite der Streitenden wird verlangt, der Parteitag solle den dortselbst neugegründeten Sozialdemokratischen Verein als außerhalb der Partei stehend betrachten, wie es des Näheren unter Antrag 83 ausgeführt wird; der andere Theil der Parteigenossen führt Beschwerde über den Vorstand und die Kontrollkommission, weil sie ihrem Protest gegen die Beschlüsse öffentlicher Parteiversammlungen bezw. Volksversammlungen bezüglich der Wahl von Vertrauensleuten und einer Preßkommission u. s. w. nicht stattgegeben habe. Die Kommission kam nach eingehender Prüfung des umfangreichen Materials zu dem einstimmigen Beschluß, dem Parteitag folgende Resolution vorzulegen:

„Die Berufung der Genossen Gerstenhauer und Brunke gegen die Entscheidung der Parteikontrolleure wird vom Parteitage zurückgewiesen.

Das Verhalten der Mitglieder des Partei-Vorstandes, Genossen Gerisch und Auer, war pflichtgemäß und vom Partei-Interesse vorgeschrieben, den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit entsprechend.

Die Berufung der öffentlichen Parteiversammlung vom 22. Juli dieses Jahres in Braunschweig durch den Landes-Vertrauensmann ist nicht als gegen unsere Partei-Organisation verstoßend anzusehen und sind daher auch die Beschlüsse dieser Versammlung als giltige zu betrachten. Auch sachlich erscheinen dem Parteitage diese Beschlüsse gerechtfertigt und zur Ausgleichung der bedauerlichen Differenzen geeignet.

Entsprechend diesen Feststellungen ist es Pflicht des Genossen Gerstenhauer von dem Posten eines Vertrauensmannes zurückzutreten und das Geld, das sich noch in seinen Händen befindet, seinem Nachfolger Genossen Ohlendorf auszuliefern.

Dagegen erachtet der Parteitag die Gründung und Aufrechterhaltung einer sozialdemokratischen Sonder-Organisation in Braunschweig als eine die Interessen der Partei schädigende Handlung.

Der Parteitag spricht sein Bedauern darüber aus, daß altbewährte Parteigenossen sich zu einer derartigen Maßnahme verstehen konnten, die auch durch den Umstand nicht entschuldigt werden kann, daß einzelne Vorkommnisse in der Partei in Braunschweig ihnen Grund zur berechtigten Unzufriedenheit gegeben haben.

Der Parteitag appellirt an das Pflichtgefühl der in dem neuen Verein organisirten Genossen, das denselben gebietet, in die Reihen der übrigen Genossen zurückzukehren und sich beiderseits zu bestreben, die Differenzen ist sonstiger Weise und nach demokratischen Gepflogenheiten auszugleichen."

Namens der Kontrolleure nimmt **Meister** das Wort, um die in der Broschüre des Braunschweiger Sondervereins gegen die Kontrolleure erhobenen Angriffe zu widerlegen. Der Geist der Broschüre verrathe Färber als Verfasser. Es wurden von der Kontrollkommission Dinge behauptet, die nicht der Wahrheit entsprechen. die Kontrolleure seien durchaus unparteiisch verfahren. Von Auer wird behauptet, er habe die Unwahrheit gesagt. Nun, wenn Auer jemals die Wahrheit gesprochen hat, so in dem Briefe, wo er Färber reif fürs Tollhaus erklärte. (Heiterkeit.) Das uns überwiesene Material war so reichlich, daß wir Stunden dazu gebraucht haben, es nur vorzulesen. Ich habe alles Material unparteiisch den Kontrolleuren vorgelegt und es ist reiflich geprüft worden. Wenn Färber noch Extramaterial hatte, warum hat er es uns denn nicht geschickt? Er war doch davon unterrichtet, wann die Sitzung der Kontrolleure stattfand. Es ist eine direkte Unwahrheit, wenn in der Broschüre gesagt wird: „Wie haben sich nun die Kontrolleure ihrer Aufgabe erledigt? Sind sie den Beschwerdeführern gerecht geworden? Nicht im geringsten! Ohne das Anklagematerial der Beschwerdeführer einzufordern, haben sie nach dem, was ihnen Auer vorzulegen für gut befunden hat und von dem die Ankläger keine Kenntniß erhielten, einen Urtheilsspruch gefällt. Ganz à la Prozeß Dreyfus. Nur daß dort der Angeklagte ohne Vorlegung des Anklagematerials verurtheilt, hier die Ankläger abgewiesen wurden, bevor sie ihr Anklagematerial vorlegen konnten, während den Angeklagten die Produktion aller von innen selbst bestellten Briefe, über welche sich zu äußern den Anklägern unmöglich war, da ihnen deren Kenntnißnahme vorenthalten wurde, als Rechtfertigung für ihr gewaltthätiges Vorgehen gestattet wurde." Auch das ist eine direkte Unwahrheit. Die Betreffenden haben mir nicht eine einzige Zeile in dieser Angelegenheit geschrieben, wir haben nur von Gerstenhauer und den ihm nahestehenden Personen Material bekommen. Wenn es in der Broschüre weiter heißt: „So soll namentlich ein Brief des jetzigen Geschäftsführers Stegmann, den der „listenreiche" Auer sich schreiben ließ und in dem der Vorstand aufgefordert wurde, Jemand nach Braunschweig zu delegiren, weil die Preßkommission und die interimistische Redaktion die Herausgabe eines Konkurrenzblattes beabsichtigen, als Entschuldigung für das Vorgehen der Angeklagten gedient haben," so ist auch das eine Unwahrheit. Ob Auer einen solchen Brief bekommen hat, wissen wir nicht. Jedenfalls hat ein solcher Brief uns nicht vorgelegen, er konnte also auch für unser Votum nicht maßgebend sein. Ferner steht in der Broschüre: „Und auf solch' albernen Schwindel fallen die Kontrolleure hinein!" In diesem Falle aber ist in Wahrheit Färber der Hineingefallene, ich weiß nicht, von wem er sich die Ente aufbinden ließ. Dann wird weiter die Frage aufgeworfen, ob die Kontrolleure ihre Schuldigkeit gethan haben, ob sie überhaupt ihre Schuldigkeit thun können. Und es wird gesagt: in ihrer gegenwärtigen Organisation, wonach die Kontrolleure an sechs verschiedenen durch große Entfernungen von einander getrennten Orten wohnen, ist das Institut der Kontrolleure nur das Feigenblatt des Auer'schen Absolutismus. (Heiterkeit.) Das ist wieder einmal eine Behauptung, die Färber's würdig ist, der ja mir gegenüber durch seine ganze Qualifikation völlig entschuldigt ist. (Heiterkeit.) Geradezu nichtsnutzige Motive werden den Kontrolleuren unterschoben, indem gesagt wird, ihre Funktion ist eine rein dekorative. Jedes Vierteljahr kommen sie auf höchstens 2—3 Tage nach Berlin und da sollen sie neben Erledigung einer Reihe von Parteiangelegenheiten die Parteikasse, den Vorwärtsverlag, die Buchhandlung des

Vorwärts und die anderen Parteigeschäfte revidiren. Höchstens die kalkulatorische Richtigkeit ist in diesem kurzen Zeitraum zu prüfen, ob aber die Einnahmen und Ausgaben richtig eingestellt, ob überhaupt die Bilanz richtig ist, dazu ist bei dem Umfang der Parteigeschäfte allmonatlich eine mehrtätige sachkundige Revision erforderlich. Wenn das, was hier den Kontrolleuren unterschoben wird, wahr wäre, dann wären die Kontrolleure werth, aus der Partei ausgeschlossen zu werden. (Sehr richtig!) Denn eine solche Handlung, wie sie hier uns vorgeworfen wird, würde mit Zuchthaus bestraft. In der Broschüre wird die Anstellung eines gutbesoldeten ökonomisch unabhängigen sachkundigen Revisors empfohlen. Nun, wenn ich ironisch sein wollte, so würde ich Ihnen empfehlen, den Genossen Färber für diesen Posten zu wählen. (Heiterkeit.)

Blos: Wir erklären uns mit dem Bericht einverstanden und ziehen deshalb den Antrag 83 zurück. Ich will nur auf den einen Punkt zurückkommen, der von der Anstellung Färber's spricht. Da muß ich mich allerdings schuldig bekennen, aber Sie werden es verstehen, daß, nachdem ich von Tag zu Tag auf einen tüchtigen Gewerkschaftsführer gewartet habe, es mir ähnlich gehen konnte, wie dem Mädchen, das auf die Straße ging und aus Aerger den ersten besten Menschen heirathete. (Heiterkeit.) Es ist zur stehenden Redensart geworden, daß Braunschweig ein zweites Solingen sein wird (Ruf: Noch nicht!) Nein, es wird nicht dahin kommen, wir sind auf dem Wege der Besserung. (Große Heiterkeit.) Halten Sie mich etwa für einen zweiten Schumacher? Ich betrachte das Reichstagsmandat nicht als der Güter höchstes und werde mit Freuden darauf verzichten, wenn es das Interesse der Partei erheischt. Da das aber vorläufig noch nicht nöthig ist, so thue ich es nicht. Noch eine Bemerkung: Der Berichterstatter hat sich bei der Angabe der Abonnentenzahl des Blattes um etwa 1000 geirrt. Ferner ist die gerügte Bemerkung im „Braunschweiger Volksfreund“ nicht von mir ausgegangen, sondern sie ist in Braunschweig selbst eingefügt. Ich bitte, nehmen Sie den Kommissionsantrag an.

Singer: Es liegt eine Wortmeldung des Genossen Brunke vor. Derselbe ist nicht Delegirter, ich habe aber keinen Zweifel, daß der Parteitag Alles versuchen wird, den Frieden in Braunschweig wieder herzustellen, und daß er deshalb nichts dagegen hat, wenn ich Brunke nachher das Wort ertheile. (Zustimmung.)

Agster-Pforzheim: Ich will nur dem allgemeinen Empfinden Ausdruck geben, daß solche Dinge und ihre Erörterung auf dem Parteitage besser vermieden werden. Dazu müssen, wenn nöthig, auch Mittel gefunden werden. Vielleicht hat der Vorstand bei diesem Streit sich zuerst zu reservirt verhalten. In der Broschüre ist der Passus charakteristisch, daß das Blatt früher bei 8000 Abonnenten ungeheure Ueberschüsse erzielt haben müsse. Wer Preßverhältnisse kennt, kann über eine solche Behauptung nur den Kopf schütteln. Sehr zweifelhaft erscheint es mir, daß der Streit durch die Annahme der Resolution beendet wird.

Brunke-Braunschweig: Seit Jahren haben sich die Verhältnisse in Braunschweig so zugespitzt, daß es schließlich zu den jetzigen Verhältnissen kam, doch waren wir zum Verhandeln bereit und wir werden einen schweren Stand bei unseren Genossen in Braunschweig haben, weil wir vor der Kommission alle unsere Forderungen bis auf die eine haben fallen lassen, den Redakteur Heymann seines Postens zu entheben. Aber auch darauf ist man nicht eingegangen. Redner geht nun auf die Person des Druckers Günther des Näheren ein und wirft ihm vor, jahrelang die Partei übers Ohr gehauen zu haben durch zu hohe Druckpreise und dadurch, daß er sich sein angebliches Defizit vom Partei-Vorstand beim Uebergang des Blattes in den Parteibesitz auszahlen ließ. Die Angriffe gegen die Kontrolleure in der Broschüre nimmt Redner zurück und giebt die Form der Angriffe darin als nicht gerade schön preis.

Auer sei in Braunschweig diktatorisch aufgetreten und habe in einer Versammlung gesagt: Was Ihr vorgebracht habt, ist Quatsch und das beste ist, man räumt mit Euch auf. Seinen Freunden sei nicht der dumme Gedanke gekommen, ein neues Blatt in Braunschweig herausgeben zu wollen. Dem Redakteur Heymann sei eigentlich von Anfang an gekündigt gewesen, man habe ihn gleich für nicht geeignet gehalten und gemeint, daß man für das riesige Salair eine geeignetere Kraft haben könne. Weil der Redakteur Heymann nun wußte, daß er nach der Wahl fort müsse, brachte er die ganzen alten Geschichten in der Volksversammlung vor, um der Richtung Günther zum Siege zu verhelfen.

Gerisch: Genosse Agster meint, solche Dinge blieben auf dem Parteitage besser unerörtert. Ja, Genossen, dieselbe Empfindung haben wir Alle. Wir müssen uns ja Jahr aus Jahr ein mit solchen unangenehmen Dingen beschäftigen. Solange Sie nicht den Partei-Vorstand mit größerer Machtvollkommenheit ausstatten und auch gleichzeitig ein Instrument konstruiren, durch das er die berufsmäßigen Krakehler vernünftigen Einwirkungen zugänglich machen kann, so lange werden solche Streitigkeiten nicht aufhören. Auch in Braunschweig haben wir unsere Pflicht nicht verletzt. Wir sind schon vor Jahren eingeschritten, als die Streitigkeiten im Entstehen waren. Aber wie wir mit unseren Rathschlägen angekommen sind und was man uns geantwortet, kann ich hier nicht wiederholen, die Neunerkommission ist davon unterrichtet. In der Broschüre wird uns diktatorisches Benehmen und absolutistisches Regiment vorgeworfen bei den Druckverträgen. Erst als die Verträge abgeschlossen waren, hat man sie uns mitgetheilt; aber so, daß die zwischen Günther und dem Verleger Blos vereinbarten Preise Wucherpreise waren, liegt die Sache nicht. Aber als wir sahen, wohin die Sache steuerte, haben wir eine Herabsetzung des Druckpreises um 4500 Mk. durchgesetzt. Günther war eben formell, juristisch und logisch im Recht, wenn er eine rückwirkende Kraft für die abgelaufene Zeit ablehnte und sich auf seinen Vertrag berief. Aber auch Billigkeitsgründe bestimmten uns, für die abgelaufene Zeit den höheren Betrag zu zahlen, um den Zankapfel zu beseitigen, denn Günther berief sich darauf, daß er sich bei seinen Kalkulationen auf den höheren Preis eingerichtet habe. Die Richtung Riecke-Günther-Heymann telegraphirte nach Berlin, wenn wir nicht hinkommen und der Sache ein Ende machen, ist die Gründung eines zweiten Blattes nicht zu vermeiden. Weil die uns angerufen hatten und wir Hals über Kopf hin mußten, telegraphirten wir an die Richtung Riecke; wir kamen und wurden von Heymann und Günther empfangen. Eine Tasse Kaffee, die wir mit ihnen tranken, solle schon genügt haben, uns zu bestechen! Falsche Informationen sollen wir uns haben ertheilen lassen. Ich wünschte dem Genossen Brunke, er wäre Zeuge gewesen der außerordentlichen Schmeicheleien, mit denen Auer damals den Heymann bedacht hat. Wir haben uns in der Versammlung über die Verhältnisse informirt. Heymann wurde gekündigt, weil er in die Versammlung gegangen war und die Angelegenheit klar gestellt hatte. Dadurch sei er angeblich, so entschied die Preßkommission, seinen Vorgesetzten ungehorsam gewesen. Die gewaltige Mehrheit der Braunschweiger Genossen hat, davon haben wir uns überzeugt, sich auf die Seite von Günther gestellt. Das Schönste ist, daß, als nachher auch der Arbeiterverein sich auf die Seite der Parteiversammlung stellte, auch der Arbeiterverein für Brunke nichts mehr taugte. Es ist endlich Zeit, diesem Zank ein Ende zu machen.

Ohlendorf-Braunschweig empfiehlt dringend die Annahme der Resolution der Neuner-Kommission. Die große Mehrheit der Braunschweiger Genossen steht auf dieser Seite.

Auer: Gegen die in der Broschüre und der Diskussion gegen mich gerichteten Angriffe werde ich mich nicht vertheidigen; wer mich kennt, weiß, was er von ihnen zu halten hat. Nur die eine Bemerkung will ich machen,

daß es falsch ist, daß ich Heymann für Braunschweig empfohlen habe. Ich habe auf Befragen von Blos den Heymann nur als stellunglos erwähnt, aber ausdrücklich gesagt, seine Fähigkeiten kenne ich nicht. Daß ich in der Braunschweiger Versammlung diktorisch aufgetreten sei und alles für Quatsch erklärt hätte, ist eine Phantasie von Brunke. Ich habe nur am Schlusse erklärt, ich mische mich in den Streit nicht ein, aber wenn in Braunschweig nicht in Bälde eine Verständigung erzielt würde, wenn der Streit und Zank, von dem ich in der Versammlung eine Probe hatte, weiter geführt werde, seien wir, die Vorstands-Mitglieder, nicht im Stande, es weiter zu verantworten, daß aus Parteimitteln das Defizit des „Volksfreundes" weiter gedeckt werde. Ich habe also gewissermaßen eine Höherhängung des Brodkorbes ihnen angekündigt und habe gedacht, daß sie das zur Einsicht bringen würde. Ich habe mich aber der niedersächsischen Hartnäckigkeit gegenüber gründlich geirrt. (Heiterkeit.) Sie haben nachher mit ungeschwächten Kräften den Krakehl fortgesetzt (Heiterkeit) und sind auch entschlossen, ruhig in der Weise weiter zu krakehlen. Der Hergang bei unserer Zitirung nach Braunschweig ist folgender: Von Ohlendorf erhielt ich ein Telegramm: „Heute Abend unbedingt selbst kommen, sonst zwei Blätter unvermeidlich." Diese Drohung, ein neues Blatt zu gründen, ging also von der Richtung Riecke-Günther aus. Einige Tage vorher erhielt ich einen Brief von der Richtung Brunke, darin war davon die Rede, daß, wenn die Verhältnisse in Braunschweig noch schlimmer würden als in Solingen, ich mich bei meinem Freund Günther und Heymann dafür bedanken könnte. Die Braunschweiger würden sich aber nicht so absägen lassen wie die Solinger. Diese Mittheilungen von beiden Richtungen mußten uns bestimmen, so einzugreifen, wie wir es gethan haben. Es ist kein Vergnügen, sich in solche Zänkereien zu mischen. Im Uebrigen bin ich aber überzeugt, daß die Verhältnisse in Braunschweig nicht so weit gedeihen werden wie in Solingen. Abgesehen von ein paar Leuten, denen der Krakehl ihr Element und einzige Bethätigung ihrer parteigenössischen Gesinnung ist, ist in Braunschweig alles in bester Ordnung.

Die Diskussion wird geschlossen.

Bérard erklärt, daß er die Berechnung des Druckpreises nicht übertrieben gefunden habe, und weist die Angriffe der Broschüre gegen ihn zurück.

Die Resolution der Neuner-Kommission wird angenommen.

Singer: Damit wäre die Braunschweiger Angelegenheit für diesen Parteitag erledigt. (Große Heiterkeit.) Ich möchte aber dringend bitten, daß die Braunschweiger Genossen es in der That mit diesem einen Mal genügend sein lassen (lebhafter Beifall), und ich wende mich dabei nicht an die neue, sondern an die alte Organisation mit der dringenden Bitte, entsprechend dem eben gefaßten Beschluß es den bisher in einer besonderen Organisation vereinigten Genossen, denen wir den Rath geben, zurückzukehren, diese Rückkehr nicht zu erschweren und das Ihrige zu thun, die Schwierigkeiten zu beseitigen.

Nunmehr werden die zum Punkt „**Presse**" vorliegende Anträge zur Verhandlung gestellt. Es sind dies die Anträge 45 bis einschließlich 65 und der Antrag 100. Der Antrag 46 (betreffend die Verlegung der „Gleichheit" nach Berlin) ist zurückgezogen. Die Anträge 47, 48, 56, 57, 58, 60, 63, 64 und 65 finden nicht die genügende Unterstützung.

Antrag 45 (auf Erweiterung des „Vorwärts") begründet **Voigt:** Bezüglich unserer Presse werden wir Berliner als Stiefkinder der Partei behandelt. Ich weise nur auf die Haltung des „Vorwärts" in der Frage der Landtagswahlen hin, aber auch bei allen lokalen Angelegenheiten, bei kommunalen Wahlen, bei Gewerbegerichtswahlen sind wir im Nachtheil. Hier läßt uns die Presse im Stich. Nicht etwa daß sie ihre Aufgabe nicht erfüllt, aber ihr Preis ist so hoch, daß sie nicht recht in Arbeiterkreise eindringt. Die Arbeiter lesen billigere, un-

politische Blätter. Auch für den kleinen Geschäftsmann, der einen Handelstheil haben muß, genügt unsere Presse nicht. Könnten wir in diese Kreise eindringen, so würden wir nicht nur mehr Abonnenten haben, sondern mehr Annoncen bekommen und könnten allmälig den Preis reduziren. Wir müssen doch damit rechnen, daß die Kreise, die wir gewinnen wollen, noch keine überzeugten Sozialdemokraten sind, die ein theureres Parteiblatt bezahlen, wenn sie billigere andere Blätter haben. So war z. B. bei den letzten Gewerbegerichtswahlen die Einzeichnung der Arbeitnehmer in die Listen sehr gering, woran ebenfalls die Presse mit Schuld ist. Man darf nicht nur darauf sehen, daß der Ueberschuß recht hoch ist, sondern in erster Linie müssen wir neue Anhänger gewinnen und deshalb verlangen wir per Jahr zwei vollständige Agitationsnummern in Massen-Auflage. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu.

Stadthagen: Dem Grundgedanken des Antrages schließe ich mich im Allgemeinen an. Ich glaube allerdings nicht, daß jetzt schon eine Verbilligung des „Vorwärts" möglich ist, sondern es kann sich vorläufig nur darum handeln, den Inhalt des „Vorwärts" so zu gestalten, daß dadurch recht viele Abonnenten gewonnen werden. Aber im Uebrigen ist der Antrag dringend erforderlich. Wir haben in Berlin, Teltow-Beeskow und Niederbarnim rund 250000 sozialdemokratische Wähler, aber etwas weniger als 50000 „Vorwärts"-Abonnenten. Das entspricht nicht der Stellung, die das Organ der Hauptstadt haben müßte, wenn agitatorisch gewirkt werden soll. Was an den Berliner Arbeitern liegt, zur Verbreitung des „Vorwärts" beizutragen, ist in überreichem Maße geschehen. Der Inhalt des „Vorwärts" hindert seine Verbreitung. Daran, daß der „Vorwärts" besser wird, muß auch den auswärtigen Genossen gelegen sein. Wenn Sie aus dem „Vorwärts" die Berliner Arbeiter beurtheilen wollen, so müssen Sie fast annehmen, daß die Berliner kaum vernünftige Menschen sind (Heiterkeit), geschweige denn Parteigenossen. Das ist ein derartiges verkehrtes, verzerrtes Spiegelbild, daß ich durchaus verstehe, wenn Genossen, die nicht die Zurückhaltung besitzen, die ich mir auferlegen muß, empört darüber sind, in welcher Weise Versammlungsberichte gemacht werden. Das Sachliche wird fortgelassen und der persönliche Knatsch breitgetreten. Das ist nicht die Art und Weise, wie man belehrend, agitatorisch, aufklärend wirkt, sondern die Art, wie vielleicht ein Registrator verfährt, der seiner Aufgabe nicht gewachsen ist. Ueber sehr wichtige Versammlungen, die von Tausenden besucht sind, ist oft im „Vorwärts" kein Wort zu finden. Ich weise nur auf die von 4000 Personen besuchte Frauenversammlung hin, welche Stellung zum Bürgerlichen Gesetzbuch einnehmen sollte; die bürgerlichen Zeitungen berichteten darüber ausführlich, der „Vorwärts" hatte nur die Resolution und bat mich, der ich referirt hatte, den Bericht zu machen. Ich lehnte das natürlich ab, da ich bis in die Nacht hinein und den ganzen nächsten Tag für die Partei thätig sein mußte und weil man es doch keinem Menschen zumuthen kann, daß er einen Bericht verfaßt, blos weil der „Vorwärts" keinen Berichterstatter hinschickt. In Folge dessen ist die ganze Frauenagitation, die von uns ausgehen sollte, von den bürgerlichen Frauen aufgenommen worden. Da ist es denn kein Wunder, daß die Arbeiterschaft allmälig die Berichte garnicht mehr liest. Ich kann das an einem bestimmten Fall nachweisen. Durch Zufall war während der Wahlbewegung ein Versammlungsbericht in den „Vorwärts" hineingekommen, der ganz zu Unrecht die Sozialdemokraten des sechsten Kreises als Rowdies hinstellte. Es war ein Ausschnitt aus einer bürgerlichen Zeitung, der versehentlich abgedruckt wurde. Aber kein Genosse hat sich darüber beschwert, woraus Sie ersehen können, daß die Genossen selbst während der Wahlbewegung keine Berichte mehr lesen, weil sie wissen, daß doch nichts darin steht. Sie können auch nicht sagen, man soll sich mit seinen Beschwerden an die Berliner Preßkommission wenden. Gewiß, die Kommission wird thun, was

sie thun kann, aber Sie müssen ihr auch die Möglichkeit geben und sie in ihrem Bestreben unterstützen, aus dem „Vorwärts“ ein agitatorisch wirksames Blatt zu machen. Es wird immer auf den Zusammenhang zwischen Lokalblatt und Zentralorgan hingewiesen. Dafür ein Beispiel: Im gestrigen „Vorwärts“ übt die Redaktion unter Parteinachrichten „In eigener Sache“, wozu sie zweifellos berechtigt ist, Kritik an den Angriffen, die hier auf dem Parteitage gegen den „Vorwärts“ erfolgt sind. Sie sind Ohrenzeugen gewesen, wie ich unter anderem davon sprach, daß die Frage des Koalitionsrechts längst vor dem Erlaß des Grafen Posadowsky im „Vorwärts“ hätte erörtert werden müssen. Was thut der „Vorwärts“? Er sagt, wir haben so und soviel Artikel losgelassen, er theilt seinen Lesern aber nicht mit, daß schon vor dem Erlaß ein energisches Einschreiten nöthig gewesen wäre. Wenn ich nun selbst demgegenüber hilflos bin, was soll dann ein armer Berliner Genosse thun, der nicht einmal die gewisse Rücksichtslosigkeit unter Umständen besitzt, die ich dann, wenn es mir auf die Sache ankommt, stets zu haben glaube? Ferner theilt der „Vorwärts“ in einem Artikel mit, daß er sich nicht erinnern könne, welche Worte von mir in einem Artikel gestrichen seien, da er in meinen Artikeln überhaupt viel streichen müsse. Das schreibt der „Vorwärts“ an demselben Tage, wo ich von einem derjenigen Redakteure, die nicht an einem dieser Artikel schuld sind, ersucht wurde, für eine bestimmte Gerichtsverhandlung Hilfe zu leisten, obwohl ich eben erst aus der Verhandlung komme. Ich bin dem Wunsche nachgekommen. Sie können daraus ersehen, daß es nur einer kleinen Rücksprache mit mir bedarf, um Mißverständnisse sofort klarzustellen. Also obwohl ich gebeten werde, redaktionell Hilfe zu leisten, werden doch diese inhaltlosen, persönlich verletzenden Angriffe gegen mich veröffentlicht! Ich habe mich allmälig auf dem Standpunkt gestellt, daß ich nur dann für den „Vorwärts“ schreibe, wenn ich eigens dazu aufgefordert werde. Und in welcher Weise werden die Streichungen in meinen Artikeln vorgenommen. Dafür ein Beispiel: Ich zitirte in einem Artikel das Wort des hannöverischen Königs „Damen von einer gewissen Leistungsfähigkeit und Professoren sind für Geld immer zu haben“. Am folgenden Tage lese ich dafür das Wort „Huren“. Sie sehen daraus, mit welchen Schwierigkeiten Derjenige zu kämpfen hat, der selbst aufgefordert wird, für den „Vorwärts“ zu arbeiten. Ich bringe diese Beschwerde hier vor, weil die beiden geistig bedeutendsten Redakteure des „Vorwärts“, Liebknecht und Gradnauer, hier zugegen sind. Erklären Sie sich durch den Antrag damit einverstanden, daß das Blatt nicht Privateigenthum irgend eines unbekannten Redakteurs ist, sorgen Sie dafür, daß der „Vorwärts“ agitatorisch und aufklärend wirkt nicht nur für Berlin, sondern auch für außerhalb. Und weil nach dieser Richtung hin der Antrag gestellt ist, bitte ich Sie, denselben anzunehmen. Unterstützen Sie das Streben der Preßkommission, der anti-agitatorischen Kraft des „Vorwärts“ entgegenzuwirken.

Köster-Teltow: Auf die Dauer ist der jetzige Zustand mit dem „Vorwärts“ unhaltbar. Schöneberg und die anderen Vororte werden immer größer, aber der „Vorwärts“ hat keinen Raum für uns, auch nicht für die Gemeinderaths-Sitzungen, daher die Interesselosigkeit der Wähler. Auch Liebknecht sagte, daß das Verhältniß unhaltbar sei. Leider machte er nicht den geringsten Vorschlag. Die Vororte werden eben wie Stiefkinder behandelt, das kann so nicht weiter gehen.

Gradnauer: Es ist von den Vorrednern nicht nur über den Antrag gesprochen, sondern auch zu Anträgen, die nicht unterstützt sind. Köster hat eigentlich für den Antrag 47 gesprochen. Er wünscht, daß die Vororte im „Vorwärts“ mehr berücksichtigt werden. Die Vororte werden heute bereits berücksichtigt, aber es ist vollständig unmöglich, in einem Berliner Blatte die Vororte so zu berücksichtigen, wie es die bürgerlichen Konkurrenzblätter thun. Es ist

ganz ausgeschlossen, daß im „Vorwärts" die Gemeinderaths-Sitzungen und alle lokalen Angelegenheiten der Vororte ausführlich behandelt werden. Dazu müßten sich die Genossen eigene Blätter gründen und daß das unmöglich ist, das hat das Organ für Teltow-Beeskow erwiesen. Wir sind gern bereit, die Vororte nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Stadthagen hat heute wieder eine Anzahl von Vorwürfen gegen den „Vorwärts" erhoben, die aber genau so unbegründet sind, wie die vom Dienstag. Er führt das Mißverhältniß zwischen der Zahl der Abonnenten und der Wähler auf den „Vorwärts" zurück, bedenkt aber nicht, daß dies Mißverhältniß auch an anderen Orten besteht, daß es auf andere Gründe zurückzuführen ist, nicht aber auf die Schreibweise des „Vorwärts". Dann ist er wieder auf lauter Einzelheiten eingegangen. Ich muß mich im höchsten Maße wundern, daß er den Parteitag damit behelligt; er weiß ja doch, daß wir nicht im Stande sind, sofort Rechenschaft zu geben, weil wir die Thatsachen nicht kontrolliren können. Aber selbst wenn er recht hätte, so wäre doch kein Grund vorhanden zu so allgemeinen Angriffen. Warum hat er sich nicht an die Preßkommission gewandt? Der Parteitag ist doch nicht dazu da, sich mit solchen Kleinigkeiten zu beschäftigen. Weiter hat Genosse Voigt die Frage bezüglich der Landtagswahl angeschnitten und Ausführungen gemacht, die darauf schließen lassen, daß die Berliner ein Lokalblatt wünschen. Das ist ja das, was Liebknecht neulich ausgeführt hat. Aber die Verhältnisse sind zu schwierig. Wenn es so einfach wäre, ein Lokalblatt zu begründen, so wäre das längst geschehen. Für die nächste Zukunft ist aber garnicht daran zu denken. Noch ein Wort zu dem Schlußsatze des Antrags 45. Ich warne vor einem derartigen Beschlusse, wir haben mehrfach Massenauflagen zur Agitation in Berlin herstellen lassen, aber diese Agitation hat nicht das geringste genützt. Ich weiß, daß auch aus anderen Städten ähnliche Massenauflagen hinausgeworfen sind, ohne daß ein Erfolg erzielt wurde. (Sehr richtig!) Diese Agitationsmethode ist nicht die richtige. Ich bitte Sie, den Antrag nicht anzunehmen, sondern in Erwägung des Umstandes, daß hierbei eine Fülle von technischen Fragen mitspielen, ihn dem Partei-Vorstand und der Berliner Preßkommission zur weiteren Erörterung zu überweisen.

Singer theilt mit, daß Stadthagen beantragt hat, den Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen, womit Gradnauer sich einverstanden erklärt

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Der Antrag 45 wird hierauf dem **Partei-Vorstand und der Berliner Preßkommission zur Berücksichtigung überwiesen.**

Die Anträge 49 und 50 (auf Neuherausgabe des Lux'schen Handbuches) begründet **Stelzner**-Dresden: Es handelt sich bei dieser Neuauflage in verbesserter Form um ein allgemeines Bedürfniß.

Bebel bittet, den Antrag abzulehnen, eher empfiehlt es sich, den Antrag 51 anzunehmen. Wir wissen garnicht, ob Dr. Lux in der Lage ist, fernerhin für die Partei literarisch thätig zu sein.

Die beiden Anträge 49 und 50 werden **abgelehnt.**

Antrag 51 (auf Herausgabe eines Ergänzungsheftes nach jeder Reichstagssession zum Handbuch für Wähler), der von **Mahlke**-Flensburg begründet wird, findet **Annahme.**

Zu Antrag 52 (auf Gratisherausgabe einer jährlichen Broschüre über die Thätigkeit des Reichstages) begründet **Thiele**-Halle den Zusatz, daß der Jahresbericht der Parteileitung und der Bericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion den Parteiblättern auf Verlangen als Beilage im „Vorwärts"-Format zum Selbstkostenpreise überlassen wird.

Da **Brühne**-Höchst den Antrag 52 zurückzieht, gelangt das **Thiele'sche** Amendement selbständig zur Abstimmung und Annahme.

Antrag 53 (auf Verbilligung der Broschürenliteratur) wird von **Zubeil** begründet: Wir brauchen auf dem flachen Lande 30000 Broschüren. Diese Broschüren sind gegenwärtig zu theuer, jede Agitationstour kostet uns 1000 Mk. In Folge dessen können wir nur zwei Agitationstouren im Jahre unternehmen. Soll das flache Land erobert werden, dann muß der Vorstand dafür sorgen, daß wir das Material billiger erhalten.

Kolb-Karlsruhe: Schon jetzt werden Broschüren, die sich zum Massenvertrieb eignen, billig oder zum Selbstkostenpreise abgegeben werden; der Antrag ist zu weitgehend.

Baker-Hamburg: So nett es ist, wenn der Vorstand danach trachtet, soviel Geld zusammenzubringen, als er nur kann, so muß doch dafür gesorgt werden, daß die Broschüren den Vertrauensleuten auf dem Lande so billig als möglich abgegeben werden; dadurch erleichtern wir diesen die Existenz.

Antrag 53 wird auf Antrag Baker dem Partei-Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Zubeil begründet den Antrag 54 (alle für die Landbevölkerung wichtigen Reichstagsverhandlungen in Broschürenform zur unentgeltlichen Verbreitung zu bringen): Die Klagen, daß auf dem Lande zu wenig geschehen kann, sind durchaus begründet. Von den Bauern wird uns, wenn wir hinausgehen, die Frage gestellt: Wir bekommen von Euch ja fünf Jahre lang nichts zu hören? Was thut Ihr denn eigentlich im Reichstage? Die bürgerliche Presse, die Landrathspresse verschweigt jedes Wort, das von den Sozialdemokraten im Reichstag gesprochen wird. Es müßten die wichtigen Verhandlungen, wie wir sie ja im Reichstage wieder haben werden, für unsere Agitation auf dem Lande uns zur Verfügung gestellt werden, wenn es nicht ganz unentgeltlich geschehen kann, so werden wir schon zufrieden sein müssen, wenn wir sie zum Selbstkostenpreise zur Verbreitung erhalten.

Augustin-Berlin: Der Antrag bezieht sich nicht auf alle wichtigen Reichstags-Verhandlungen, sondern nur auf die für die Landbevölkerung wichtigen. Die Landbevölkerung muß in der That von unserer Stellung eine ganz falsche Anschauung bekommen, wenn ihr, wie das geschehen ist, gesagt wird, daß wir für die Beibehaltung der Gesinde-Ordnung gestimmt haben; daß gerade das Gegentheil der Fall ist, davon erfährt sie nichts. Darum ersuche ich Sie um Annahme des Antrags.

Antrick bittet um Ablehnung des Antrags wegen der Unmöglichkeit der Durchführung. Die finanziellen Mittel, die hierzu erforderlich wären, stehen nicht zu unserer Verfügung. Wir haben in der Provinz Brandenburg den Versuch gemacht, und die Verbreitung einer einzigen Reichstags-Verhandlung hat uns 3510 Mk. Ausgaben verursacht; also wenn wir die zehn bis zwanzig wichtigen Verhandlungen, die im Jahre vorkommen, in Broschürenform ver-verbreiten würden, so würde das für die Provinz Brandenburg allein einen Kostenaufwand von zirka 60000 Mk. verursachen. Meine siebenjährigen Erfahrungen in der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg haben mich die Landarbeiter und Kleinbauern kennen gelernt, sie haben Sommer und Winter hindurch so viel zu thun, die Wohnungen sind so schlecht, die Beleuchtung so traurig, daß es unmöglich für sie ist, Broschüren zu lesen. Der Zweck würde viel besser erreicht, wenn am Schlusse der Reichstags-Session von den einzelnen Agitationskomitees ein Auszug aus den wichtigsten Verhandlungen für die Landbevölkerung veröffentlicht würde. Das ist der einzige Weg, um der ländlichen Bevölkerung klar zu machen, daß allein die sozialdemokratische Partei für ihre Interessen eintritt.

Kiesel-Berlin empfiehlt den Antrag warm. Wer jemals erfahren hat, welche Angriffe gerade auf dem platten Lande damit begründet werden, daß unsere Genossen allerlei Schandthaten im Reichstage ausgeübt haben, wovon

natürlich gar keine Rede ist, der wird die Wichtigkeit dieses Antrages einsehen. Er bietet die Mittel, die Landbevölkerung von der Thätigkeit unserer Fraktion zu unterrichten.

Antrag 54 wird abgelehnt.

Den Antrag 55 (Bebel's Broschüre über Volkswehr in Massenauflage herauszugeben) begründet **Böhle**-Straßburg damit, daß Bebel seine Broschüre in kleinerem Umfange schreiben könne.

Bebel: Ich hatte anfangs den Antrag so verstanden, als handele es sich darin um eine Ergänzung meiner Broschüre. Diese will ich sowieso eintreten lassen, einmal wegen der Erörterungen, die sich an das Manifest des Kaisers von Rußland geschlossen haben, und andererseits wegen der Angriffe, die meine Broschüre aus militärischen Kreisen seitens des Generals v. Boguslawski erfahren hat. Ich beabsichtige also nicht eine Verkleinerung, sondern eine Erweiterung meiner Broschüre. Eine Verkleinerung würde ihr ihren Werth nehmen. Was Böhle will, kann besser durch ein Flugblatt erreicht werden. Von einer unentgeltlichen Verbreitung der Broschüre kann keine Rede sein, weil sie der Parteikasse gewaltige Ausgaben auferlegen würde.

Der Antrag 55 wird abgelehnt.

Die weiteren Verhandlungen werden abgebrochen.

Schluß 7 Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 9. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer: Die von der wilden Reaktion der Regierung verfolgten und unterdrückten Sozialisten Italiens senden ihre brüderlichen Grüße dem Parteitag, dessen kraft- und muthvolle Thätigkeit ihren Anstrengungen neue Kraft giebt und ihren Glauben an den Sieg des internationalen Sozialismus verdoppelt. Unterzeichnet ist das Telegramm von Leonida Bissolati, dem Chefredakteur des „Avanti", und für die sozialistische Parlamentsfraktion von Morgari. (Bravo!) — Ich glaube im Namen des gesammten Parteitages zu sprechen, wenn ich den italienischen Genossen ausdrücklich noch den Dank für ihre Kundgebung und unsere Sympathie ausspreche. Wir werden im Laufe der weiteren Verhandlungen Gelegenheit haben, das noch weiter zu beweisen. (Lebhafter Beifall.)

Die Berathung der Anträge wird fortgesetzt.

Den Antrag 59 (auf Herausgabe eines Flugblattes gegen die Oeynhauser Rede) begründet **Heymann**-Göttingen mit dem Hinweis auf die große agitatorische Wirkung eines solchen Flugblattes. Es sei zu wünschen, daß das im „Vorwärts" an verschiedenen Stellen veröffentlichte Material zu einem umfangreichen Flugblatte zusammengestellt werde.

Frau **Kähler**-Wandsbeck bittet den Antrag abzulehnen, da die Generalkommission ein derartiges Flugblatt vorbereitet.

Gerstenberger-Niederbarnim schließt sich diesen Ausführungen an.

Der Antrag 59 wird abgelehnt.

Zur Begründung des Antrages 61 (eine Serie von Flugschriften über einzelne Fragen, wie Militarismus, Arbeiterschutz, Schule 2c. herauszugeben), führt Frau **Zietz** aus: In der Debatte ist bereits öfter hervorgehoben worden, daß in der schwarzen Ecke unseres Vaterlandes, im Rheinland, selbst Kanzel und Beichtstuhl dazu benutzt werden, uns zu verleumden. Das ist aber nicht nur in jener Gegend geschehen, sondern auch bei uns in Hamburg. Die dort verbreiteten Flugblätter strotzten von Lügen und Verleumdungen, so

daß man sich eigentlich schämen müßte, darauf zu antworten. Aber wir sagten uns, die Leute müssen ihr Publikum doch kennen. Deshalb halten wir es für nöthig, daß unserem Antrag entsprechend nicht blos zur Wahlzeit, sondern auch sonst aufklärende Flugschriften verbreitet werden, die natürlich, soweit dies angeht, zum Selbstkostenpreise abgegeben werden müßten.

Thiele-Halle macht den Vorschlag, eine fortgesetzte Serie von Zehnpfennig-Broschüren herauszugeben, die etwa jeden Monat, und wenn sie Anklang finden, vielleicht alle vierzehn Tage im Umfang von 16 Seiten erscheinen, Alles was die Partei angeht, instruktiv behandeln und so die Broschüren-Abonnenten binnen zwei oder drei Jahren für die Agitation in den Besitz eines reichhaltigen Materials nach allen Richtungen setzen. Bei einer Auflage von 6000 Abonnenten würde sich dieses Unternehmen schon halten.

Pfannkuch ersucht um Ablehnung des Antrages, es geht nicht an, schablonisiren zu wollen. Die Bedürfnisse sind in den einzelnen Kreisen verschiedenartig. Wird die Idee ausgeführt, so könnte es sich nur darum handeln, Grundlinien festzulegen, Direktiven zu geben, auf Grund deren die Genossen der einzelnen Kreise an der Hand des Materials selbst Flugblätter ausarbeiten. Wo den Genossen das nöthige Material und die Mittel gefehlt haben, ist die Parteileitung ihnen bisher in allen Fällen entgegen gekommen, so wird es auch in Zukunft am Besten sein.

Baker-Hamburg: Da jedenfalls etwas geschehen muß mit Rücksicht auf die Orte, in denen die Parteipresse noch keine große Verbreitung hat, stelle ich für den Fall der Ablehnung des Antrages 61 den Antrag, den Genossen Thiele mit der Herausgabe der Groschenbroschüren zu beauftragen. (Heiterkeit.)

Der Antrag 61 wird abgelehnt.

Singer giebt Baker anheim, seine Ueberredungskunst an Thiele persönlich zu versuchen. (Große Heiterkeit.)

Antrag 62 auf (Vermeidung, bez. Verdeutschung von Fremdwörtern) begründet

Erbert-Düsseldorf: Obwohl es ein zweifelhaftes Vergnügen sei, einen vom vorigen Parteitag abgelehnten Antrag wieder einzubringen, sei es doch nothwendig, gegen den Fremdwörtergebrauch, der die Agitation auf dem Lande erschwere, etwas zu thun.

Der Antrag 62 wird abgelehnt.

Der Antrag 100 (Herausgabe einer speziellen Landarbeiter-Broschüre) wird von **Gottschalk**-Königsberg begründet: Der ländliche Arbeiter muß durch eine geeignete Broschüre darüber aufgeklärt werden, daß die wenigen Rechte, die er besitzt, ihn von dem gnädigen Herrn noch verkümmert werden. Die Herstellung der Broschüre hat Eile; sie muß noch vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches erscheinen und darf natürlich nicht theuer sein, denn sonst verfehlt sie ihre Wirkung. Als Verfasser erscheinen mir die Genossen Bebel oder Haase als die geeignetsten Personen.

Haberland-Barmen empfiehlt, diesen Antrag dem Partei-Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bebel: Ich bitte Sie, sowohl den Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung, als auch den Antrag selbst abzulehnen. Sollte der Antrag aber doch angenommen werden, so bitte ich Sie wenigstens, meinen Namen zu streichen; einmal weil es mir an Zeit dazu mangelt und sodann, weil ich mich nicht für besonders qualifizirt hierfür halte. Das kann nur Jemand leisten, der auf dem ganzen Gebiet der neueren Gesetzgebung genau Bescheid weiß. Aber ich bin auch gegen den Antrag an sich, weil das, was er bezweckt, schon vorhanden ist. Ich erinnere an die Mitarbeit Stadthagen's im Volks-

lexikon, ich erinnere an sein „Arbeiterrecht", wo alle diese Fragen behandelt werden. Und man wird doch nicht glauben, daß die hier beantragte Broschüre etwa auf dem Lande verbreitet werden kann. Es könnte sich höchstens darum handeln, daß für die Leute, die agitatorisch oder schriftstellerisch thätig sind, die Fragen so zusammengestellt werden, daß sie sich in jedem Augenblick genau unterrichten und ihre Thätigkeit danach einrichten können. Das ist aber jetzt schon erreicht und Stadthagen wird wohl von selbst bei Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches seine Schriften entsprechend dem Stande der Gesetzgebung umändern. Deshalb ist der Antrag Gottschalk überflüssig.

Gottschalk: Genosse Bebel befindet sich im Irrthum; die Broschüre soll gerade so abgefaßt werden, daß sie allen Landarbeitern in die Hand gegeben werden kann. Daß das möglich ist, haben wir bereits durch unsere Flugblätter in Ostpreußen bewiesen.

Die Abstimmung ergiebt sowohl die Ablehnung des Antrages auf Ueberweisung zur Berücksichtigung, als auch die Ablehnung des Antrages selbst.

Zur Berathung kommt der Antrag Drechsler-Burg:

> Die Parteipresse ist verpflichtet, von Unternehmern, die mit ihren Arbeitern oder deren Organisation in Differenzen stehen, während der Dauer derselben Geschäftsempfehlungen nicht aufzunehmen.

Drechsler-Burg: Der Antrag verdankt seine Entstehung den Erfahrungen, die wir im Kampfe gegen die Schuhfabrik Tack & Co. gemacht haben. Der Parteitag ist verpflichtet, der Parteipresse in dieser Richtung Direktiven zu geben.

Schöpflin-Burgstädt steht dem Antrag sympathisch gegenüber, beantragt aber statt des Wortes „Differenzen" die Worte „Streiks" und „Sperre" zu setzen. „Differenzen" ist zu weitgehend.

Göricke-Charlottenburg giebt im Namen der Berliner Preßkommission die Erklärung ab, daß diese sich eingehend anläßlich des Tack'schen Falles mit der Angelegenheit beschäftigt habe und einstimmig zu dem Beschluß gekommen ist, die Anzeige der Berliner Filiale aufzunehmen, da — was noch jetzt von Bock bestätigt worden ist — seit vier Jahren nichts mehr für den Boykott gethan ist und so anzunehmen ist, daß er versumpft ist. Die Preßkommission hat ihren Beschluß dem Vorstand der Schuhmacher-Organisation mitgetheilt mit dem Anheimgeben, event. eine neue Sperre zu verhängen.

Baer-Krefeld ersucht um Ablehnung des Antrages, er würde zu Reibereien zwischen der Gewerkschaft und der Preßkommission bezw. der politischen Partei am Orte führen. In Krefeld hat die Preßkommission erst nach langer Zeit aus dem Protokoll des letzten Schuhmacher-Kongresses einen Einblick in den Stand der Tack'schen Angelegenheit gewinnen können. Die Redakteure der Parteiblätter werden schon selbst die nöthige Schulung und Einsicht haben, zu beurtheilen, welche Inserate sie abzulehnen haben.

Der Antrag wird mit der von Schöpflin beantragten Aenderung angenommen.

Damit sind die Anträge, die auf die Parteipresse Bezug haben, erledigt.

Es folgt die Gruppe der Anträge, die sich auf die **Agitation** beziehen. Die Anträge 32, 38, 39, 40—44, 95, 99 und 101 finden nicht die genügende Unterstützung, sie scheiden damit aus. Antrag 93 ist zurückgezogen.

Den allein übrig gebliebenen Antrag 33 (die Berichte des Vorstandes und der Fraktion 4 Wochen vor Zusammentritt des Parteitages erscheinen zu lassen) begründet

Wartenberg-Berlin: Die Berichte erscheinen bisher immer so spät, daß sie in Versammlungen nicht mehr eingehend erörtert werden konnten, der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit könnte doch wohl weit früher

veröffentlicht werden, es wäre gut, wenn der Parteitag in unserem Sinne beschließt.

Pfannkuch: Der Bericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion war ja in dem von uns herausgegebenen parlamentarischen Handbuch mit enthalten. Wenn wir über das ganze Geschäftsjahr berichten wollen, so wird es nicht möglich sein, anders als bisher zu verfahren.

Der Antrag 33 wird abgelehnt.

Nunmehr folgt die Berathung der Anträge, die sich auf **allgemeine Forderungen** beziehen (also 31, 37, 84, 87, 88, 89, 90) und der Resolutionen 97 und 105.

Bevor die Unterstützungsfrage gestellt wird, erklärt

Morawski-Berlin: Die polnischen Genossen hatten den Sticheleien einer Genossin zu großen Werth beigelegt und den Antrag 31 eingebracht. Nunmehr habe ich folgende Erklärung zu verlesen:

> Nachdem wir uns überzeugt haben, daß die selbständige Organisation und Agitation der polnischen Sozialdemokratie nach wie vor die volle Sympathie und Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie findet und ausgebrochene kleine Differenzen an dieser Thatsache nichts ändern, ziehen wir den Antrag 31 zurück.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 37, 84, 87, 88, 89, 90. Es bleiben also nur die beiden Resolutionen 97 und 105 übrig.

Die Resolution 97 (betr. den Abrüstungsvorschlag des russischen Kaisers) begründet

Bebel: Man hat sich dieser Tage darüber beschwert, daß der Parteitag lange Resolutionen faßt. Nun, die Resolutionen hängen sehr eng mit dem Gegenstand zusammen, den sie behandeln. Je nach der Natur dieses Gegenstandes ist es unmöglich, Resolutionen kurz zu fassen, wenn der Gegenstand, der behandelt wird, verschiedene Seiten der Betrachtung eröffnet. Dazu kommt noch ein anderes. Ein großer Theil unserer Parteipresse ist garnicht in der Lage, lange Verhandlungen zu bringen, da ist es sehr wünschenswerth, wenn für diese die Anschauungen der Partei in einer Resolution zusammengefaßt gebracht werden. Dasselbe gilt auch für die gegnerischen Blätter, die den Raum haben, aber ihn nicht hergeben wollen. Endlich aber können lange Resolutionen auch von dem Gesichtspunkte angebracht sein, daß man nicht große Reden zu halten braucht, unter Umständen auch gar keine, um sie zu begründen. Ich kann demnach auch, den Wünschen der Genossen, nach Hause zu kommen, Rechnung tragend, kurz sein. Der Parteitag wird mit dem Inhalt dieser Resolution einverstanden sein. Ich glaube, sie faßt Alles zusammen, was in diesem Augenblicke gesagt werden kann. Ich erkläre aber, daß ich bei näherem Nachdenken über diese Frage doch noch auf Gesichtspunkte gekommen bin, die vielleicht nicht allseitig in der Partei getheilt werden und die, wenn ich sie zum Ausdruck brächte, nothwendig größere Debatten hervorrufen würden. Ich habe mich daher entschlossen, die Sache in einer unserer Zeitschriften zu behandeln. Die Situation, die durch den Erlaß des russischen Kaisers gegeben ist, wird die Partei noch oft beschäftigen. In einem sind wir Alle einverstanden, etwas Gelegeneres wie dieser Abrüstungsvorschlag der russischen Regierung konnte der sozialdemokratischen Partei nicht kommen. Wir werden im Reichstag und bei sonstigen parlamentarischen Verhandlungen in der Lage sein, diesem Erlaß, der mehr als irgend eine Handlung einer auswärtigen Regierung in den letzten Jahrzehnten unseren Ideen förderlich ist, Ausdruck zu geben, und das soll im ausgiebigsten Maße geschehen. Ich bin aber auch der Ueberzeugung, daß, nachdem einmal dieser Gedanke durch eine Regierung in den weitesten Kreis der Oeffentlichkeit geworfen ist und ihn die anderen Regierungen

unter keinen Umständen von vornherein ablehnen können, sondern ihn, wenigstens scheinbar, ernsthaft behandeln müssen, die bloße Thatsache, möge der Ausgang der Konferenzen sein wie er wolle, für die ganze Entwickelung der militärischen Verhältnisse von großer Bedeutung sein muß.

Für den Militarismus gilt dasselbe, wie für die gesammte bürgerliche Entwickelung: Das A und O der ganzen bürgerlichen Entwickelung beruht auf der Konkurrenz; würde diese beseitigt, würde die bürgerliche Gesellschaft einer Stagnation verfallen. Genau so ist es mit dem Militarismus, er ist durch die Entwickelung, die er speziell in Europa genommen hat, wesentlich gefördert worden durch die entgegengesetzten Interessen der Mächte und die konkurrirenden Eigenschaften, die ihm inne wohnen. Diese werden auch künftig nicht ausbleiben. Daß die Frage, die die russische Regierung gestellt hat, durch die europäischen Regierungen gelöst wird, daran glauben wir nicht. Aber neben dem Umstande, daß dieser Vorschlag im höchsten Grade unsere Bestrebungen zur Bekämpfung des Militarismus unterstützt hat, hat er noch etwas Anderes erreicht. Er hat in den weitesten Kreisen der europäischen Bevölkerung, die bisher dem Glauben anhingen, daß es garnicht anders ginge, als daß die militärischen Rüstungen sich auch fernerhin so entwickeln müßten wie bisher, weil es die Sicherheit der einzelnen Staaten fordere, diesen Glauben in hohem Grade erschüttert. Millionen von Menschen sind jetzt wankend geworden, haben andere Anschauungen bekommen, und das muß nothwendig zum Ausdruck kommen in der Wirkung unserer Agitation. Das sind die Gedanken, die ich in aller Kürze aussprechen wollte.

Ich könnte mich auf die Gründe einlassen, die zu dem Vorschlag des Zaren geführt haben, müßte aber dann auf das Gebiet der hohen und höchsten Politik kommen und unterlasse es daher in diesem Augenblick.

Die Resolution 97 wird einstimmig angenommen.

Zur Begründung der Resolution 105 (betr. die Sozialistenverfolgungen in Italien und Ungarn und die Fruktifizirung des Genfer Meuchelmords) führt **Liebknecht** aus: Genossinnen! Genossen! Wir wenden uns in unserer Resolution gegen die neueste Sozialistenhatz, gegen die brutalen Verfolgungen, welche die internationale Reaktion begonnen hat, gegen das Bestreben, einen Meuchelmord, mit dem wir nichts zu thun haben und der obendrein ganz unpolitisch ist, zu reaktionären Zwecken auszunutzen. In erster Linie wenden wir uns gegen die ungarische und italienische Regierung, nicht weil sie die einzigen wären, welche betheiligt sind an dem Attentat, das jetzt gegen die internationale Sozialdemokratie in verschiedenen Ländern verübt wird, sondern blos deshalb, weil hier in der brutalsten, rohesten und niederträchtigsten Form die ganze Barbarei und Kulturfeindlichkeit des heutigen Klassenstaats zu Tage getreten ist — des Klassenstaats, der da, wo er sich von dem Proletariat in seinen Klasseninteressen bedroht glaubt, keine Grenze kennt der Willkür und Härte und Handlungen begeht, von denen man vor wenigen Jahrzehnten, ehe der Klassenkampf so heftig entbrannte, einfach geglaubt haben würde, daß sie unmöglich seien im 19. Jahrhundert. (Sehr richtig!) Auf Einzelheiten brauche ich nicht einzugehen; die ungarischen Vorkommnisse kennen Sie Alle, Sie wissen, wie man dort gegen ein geknechtetes Volk, das allmälig zum geistigen, zum politischen Leben erwacht, die brutalsten Polizeimaßregeln unter dem Jubelgeschrei aller bürgerlichen Parteien verübt. Nur über das Gebahren der italienischen Regierung noch einige Worte. Dort haben gutmüthige Schwärmer eine Zeit lang geglaubt, es sei endlich eine Monarchie gegründet worden, welche auf dem Boden der Demokratie stehe, kein anderes Interesse habe als die Interessen des Volkes. War es doch eine Monarchie von Volkes Gnaden, für die ein Garibaldi gefochten hat, für die ein Mazzini Vorkämpfer ist. Es hat sich aber sehr bald gezeigt, daß die demokratische Monarchie von Volkes Gnaden eine Utopie ist, ebenso wie es sich

in Deutschland herausgestellt hat, daß das soziale Königthum eine Utopie ist. Die Monarchie kann ebenso wenig demokratisch wie sozialistisch sein, sie ist genöthigt, die Stütze, das Werkzeug zu werden der kapitalistischen Gesellschaft, von der sie nur unter dieser Bedingung geduldet wird. Das jetzige Vorgehen der italienischen Regierung ist um so mehr zu verurtheilen, als gerade sie vor allen Dingen verantwortlich zu machen ist für das letzte Attentat und für die Ausschreitungen, die man als Anarchismus bezeichnet. Wenn es eine Regierung giebt, welche den Anarchismus groß gezogen hat, so ist es gerade die italienische (sehr richtig!), welche dem Volke jede Bildung vorenthalten hat, welche es versenkt hat in die tiefste Noth, welche der Ausbeutung Thür und Thor geöffnet und einen Steuerdruck über das Land verhängt hat, von dem wir selbst in Deutschland keinen Begriff haben, so daß das Volk in den letzten Jahren zweimal zu einer Hungerrevolution getrieben ward — Ausbrüchen, die nicht von einer Partei künstlich gemacht, nicht von Verschwörern organisirt, sondern hervorgerufen wurden durch die Verzweiflung. Wir haben im Frühling dieses Jahres jene Blutszenen gesehen, jene Metzeleien an unbewaffneten Männern, Frauen und Kindern in Mailand, Metzeleien, fast so blutig wie 1848 der furchtbare Junikampf. Aber in der Pariser Junischlacht kämpften bewaffnete Arbeiter, dort in Mailand waren es Waffenlose. Und dann diese wüsten Orgien des sogenannten Militärgerichts, das einen Mann, wie unseren Freund Turati, der Manchem von Ihnen aus früheren Kongressen bekannt ist, auf 12 Jahre ins Zuchthaus geworfen hat, weil er die ungezügelten Massen durch die sozialistische Lehre zu zügeln suchte — diese Orgien des Militärgerichts, welches eine wehrlose Frau, Frau Kulischoff zu 12 Jahren Gefängniß verurtheilt hat, blos weil sie das Evangelium des Sozialismus predigte. Um so schmachvoller ist das Vorgehen der italienischen Regierung, weil sie selbst die anarchistischen Verbrechen nicht blos indirekt, sondern auch direkt verschuldet hat. Wir haben es erfahren, daß Agenten der italienischen Polizei in der Schweiz Mord und Attentate angestiftet haben, daß sie elende Verbrecher angestellt hat, um die Sache des Anarchismus zu vertreten und dadurch dem Sozialismus Abbruch zu thun. Ich nenne die italienischen Regierungs-Lockspitzel und Regierungs-Anarchisten Santorro und Beneditto. Es ist das die alte Politik des Pariser Polizei-Präsidenten Andrieux, der in seinen Memoiren gestanden hat, er habe nach dem Grundsatz gehandelt: um zu verhindern, daß die Arbeitermassen und die Gebildeten sich dem Sozialismus zuwenden, müsse man dem Sozialismus den Anarchismus und die niederträchtigsten Verbrechen anhängen, damit das Rechtsbewußtsein und das Menschengefühl sich gegen ihn aufbäumen und damit die Massen ihm entfremdet werden. Der Versuch, den Sozialismus und den Anarchismus zusammenzuwerfen, Beides als Eins hinzustellen, wird wieder auf der ganzen Linie gemacht. Ich habe schon in der Eröffnungsrede gesagt, daß Sozialismus und Anarchismus Antipoden sind. Gestern las ich einen Leitartikel des hiesigen leitenden Blattes, der ja nur ausführt, was in Dutzenden und Dutzenden anderer Zeitungen steht, ich habe mit dieser Behauptung gelogen — wie frech ich die Unwahrheit gesprochen, habe sich durch die Annahme der Resolution über das Koalitionsrecht gezeigt. Da sehen Sie, was jene Vertreter des heutigen Klassenstaates unter Anarchismus verstehen. Daß die Arbeiter ihr Koalitionsrecht wahren wollen, daß sie das Recht, welches ihnen durch Verfassung und Reichsgesetz garantirt ist, zu vertreten entschlossen, das ist Anarchismus! Da sehen Sie, wie methodisch und wie schamlos die Verfälschung der öffentlichen Meinung betrieben wird. Ich habe in dem Parlament der deutschen Sozialisten nicht nöthig, den Unterschied zwischen Sozialismus und Anarchismus klar zu machen. Das haben wir gethan auf früheren Kongressen, namentlich in St. Gallen. Da haben wir dargelegt, wie Anarchismus und Sozialismus diametrale Gegensätze sind, wie

der Anarchismus, weit entfernt, die gleiche Wurzel zu haben wie der Sozialismus, ein Produkt ist des Kapitalismus, wie er mit Naturnothwendigkeit hervorwächst aus dem Sumpfboden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, wie er in allen seinen Erscheinungen bürgerlichen Ursprungs und Wesens ist. Der theoretische Anarchismus, der sich gegen den Staat wendet, der den Staat zerstören will, ist in der Praxis schließlich auf die Schulze-Delitzsch'schen Kleinheilrezepte gekommen. Und nicht minder reaktionär ist der praktische Anarchismus, der den Staat und die Gesellschaft mechanisch vernichten will.

Der Anarchismus ist nur möglich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, die den Kampf Aller gegen Alle entzündet und die wirthschaftliche Anarchie herbeigeführt hat. Wie kann überhaupt geglaubt werden, daß der Anarchismus, welcher ausschließt jegliche Organisation, welcher ausschließt den Klassenkampf, welcher das Individuum über die Gesammtheit stellt, welcher die Gesellschaft in ihre Atome auflösen will — wie kann Jemand, der im Besitz seiner fünf Sinne ist, sagen, daß das einerlei sei mit dem Sozialismus, der die Menschen vergesellschaften und die menschliche Gesellschaft vernünftig und gerecht organisiren will? Und der politische Mord! Alle alten und bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme haben, wenn wir hier den Tyrannenmord, den Fürstenmord herausgreifen, der jetzt ausgenutzt werden soll gegen uns, den politischen Mord gepredigt und ihn ausgeübt. (Sehr richtig!) Würde eine Statistik aufgenommen über die politischen Morde, so würden die von Fürsten verübten Morde einen sehr großen Prozentsatz ausmachen, und dabei rede ich blos von den offenen, den gewaltthätigen Morden, nicht von den Justizmorden, die ohne Zahl sind; und der Adel, die Stütze der Monarchie, welchen Prozentsatz liefert er für alle politischen Verbrechen? Und wie viel Morde gehen aus der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervor? Nicht, daß ich hier den Stab brechen will über einzelne sogenannte Verbrecher. Nur Wahnsinn, wahnsinnige Leidenschaft oder Verzweiflung kann solche Attentate erklären. Aber auf dem Boden des Sozialismus kann der Gedanke des politischen Mordes schon deshalb nicht reifen, weil wir wissen, daß das Individuum auf die Gestaltung der Dinge wohl Einfluß übt, aber keinen bestimmenden Einfluß. Wir wissen, daß die sozialistische Bewegung nicht geschaffen werden konnte durch einzelne Menschen, sondern allein durch die Verhältnisse, und daß sie deshalb auch nicht vernichtet werden kann durch einen einzelnen Menschen. Das haben wir an Bismarck gesehen, der bewaffnet war mit aller Macht der heutigen kapitalistischen Gesellschaft und der sie rücksichtslos anwandte. Er ist gescheitert mit seinem Versuch, die Sozialdemokratie zu vernichten, und elend daran zu Grunde gegangen. Wir wissen, daß, wenn ein Bismarck getödtet wäre, ein beliebiger Hinz oder Kunz sich gefunden hätte, der seine Rolle gespielt, sein Handwerk ausgeübt hätte. Wir wenden uns deshalb nicht gegen Personen, wir predigen die Vernichtung der kapitalistischen Wirthschaftsordnung, aus welchen Verbrecher wie Luccheni und Caserio hervorgegangen sind. Die Verantwortung für diese Verbrechen bürden wir der bürgerlichen Gesellschaft auf und für die jetzige internationale Hatz gegen die Sozialdemokratie, für den infamen Versuch, Sozialismus und Anarchismus zusammenzukoppeln, drücken wir unseren Feinden das Brandmal der Schande auf die Stirn, indem wir diese Resolution annehmen. Genossen, ich bitte Sie, einmüthig für sie zu stimmen. Unsere Feinde sind international verbündet und organisirt. Wir haben gegen uns die internationale heilige Allianz des Kapitalismus und aller reaktionären Parteien. Aber auch wir haben unsere heilige Allianz, wir haben die heilige Allianz des Proletariats, des internationalen Sozialismus und unsere heilige Allianz wird in dem Kampfe, den wir aufnehmen, die heilige Allianz der Reaktionäre zu Boden schmettern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Resolution 105 wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Bei Berathung des Antrags 109 (betreffend die Gehaltsfrage der Vorstandsmitglieder) weist

Singer auf den § 14 des Organisationsstatuts hin. In Halle wurde die Maximalhöhe des Gehalts der Parteibeamten auf 250 Mk. begrenzt, in Erfurt wurde mitgetheilt, daß das Gehalt auf je 50 Mk. für die beiden Vorsitzenden, auf je 250 Mk. für die beiden Sekretäre und auf 150 Mk. für den Parteikassirer bemessen worden sei. Die Verhältnisse haben sich seitdem nicht geändert mit Ausnahme des Gehalts des Kassirers. Mit diesem Amte war früher eine andere Thätigkeit verbunden, es hat sich herausgestellt, daß die Zeit des Kassirers durch sein Amt vollständig in Anspruch genommen wird, und er ist in der Zwischenzeit mit den beiden Sekretären im Gehalte gleichgestellt worden.

Meister: Meine Begründung kann sehr kurz sein, die Arbeitslast der Parteileitung hat seit 1890 sich mit dem Wachsthum der Partei bedeutend gesteigert. Auch die wirthschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert, die Kosten des Lebensunterhaltes sind gestiegen. Nicht der gesammte Vorstand soll eine Erhöhung des Gehaltes erfahren, nur der eine Sekretär und der Kassirer. Bebel und Singer haben ihr Gehalt bisher immer der Parteikasse überwiesen. Der eine Sekretär vertritt beim „Vorwärts" die Geschäfte des Vorstandes und erhält hierfür vom „Vorwärts" eine besondere Remunerirung. Für den anderen Sekretär aber und den Kassirer ist eine Gehaltserhöhung zum Ausgleich der Bezüge nothwendig. Mein Antrag spricht für sich selbst. Nehmen Sie ihn an.

Von Baker, Kimmel, Mehlhoff, Zietz geht ein genügend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung ein.

Die Frage, ob auch die nicht mit einem Mandat versehenen Delegirten in dieser Frage an der Abstimmung theilnehmen, entscheidet der Parteitag mit großer Mehrheit dahin, daß eine Einschränkung bei der Abstimmung nicht stattfindet.

Für den Antrag 109 stimmten: Albrecht, Auer, Baudert, Bauer, Bayrer, Bebel, Beims, Bérard, Berthold, Blos, Böhle, Braun-Lechhausen, Braun (Königsberg), Braune, Brecour, Brey, Brühne, Bruhns, David, Diemer, Dietrich, Dietz, Drechsler, Dreesbach, Dubber, Ehrhart, Eitzinger, Elser, Epple, Evers, Faber, Fauth, Fendrich, Fischer (Hannover), Fischer (Berlin), Fleig, Förster, Frohme, Geck, Gerlach, Geyer, Gilek, Goerke, Göller, Gottschalk, Göttgens, Greiner, Grenz, Greß, Groth, Günther, Haberland, Hauck, Hengsbach, Heilmann, Heymann (Braunschweig), Herbert, Herrmann (Wilster), Herrmann (Stuttgart), Heimann (Berlin), Hildenbrand, Hoch, Höppner, Hoffmann (Bielefeld), Horn, Jahn, Irmscher, Kaden, Kähler, Kastler, Katzenstein, Kautzky, Klaus, Kloß, Knieriem, Knoop, Kolb, Koenen, Krumm, Künzel, Lange (Leipzig), Lange (Nieder-Häslich), Leutert, Lesche, Liebknecht, Linxweiler, Lorenz, Meerfeld, Meist, Meister, Metzger, Metzner, Meyer, Misselhorn, Morawski, Müller (Darmstadt), Nitsch, Oertel, Ohlendorf, Orbel, Peterhans, Peus, Pötzsch, Postelt, Prinz, Rau, Rauch, Reißhaus, Reimers, Riedlinger, Rieke, Rosbitzki, Sachse, Schaal, Scheidemann, Scherm, Schippel, Schirmer, Schmidt (Magdeburg), Schmidt (Rotthausen), Schmidt (Lüdenscheid), Schmidt (Frankfurt), Schmitt (München), Schoenlank, Schöpflin, Schrader, Schübelin, Schulz, Schulze, Seyferth (Leipzig), Sindermann, Singer, Sommer, Spengler, Stadthagen, Stelzer, Stelzner, Stubbe, Stücklen, Südekum, Tauscher, Thate, Thiel, Thiele, Triepold, Ulrich (Stuttgart), Ulrich (Offenbach), v. Vollmar, Voß, Wecker, Werner, Weyl, Wehler, Winter, Wüstner, Wurm, Zenker, Zieschang, Zietz, Zetkin, Zink.

Gegen den Antrag stimmten: Antrick, Augustin, Baker, Baer, Baerer, Bartels, Bastian, Besching, Biedermann, Bommel, Buck, Busold, Dohle, Eberhardt, Eder, v. Elm, Erbert, Feldmann, Fritz, Gerstenberger, Grahl, Haase,

Jacob, Kiesel, Kimmel, Klees, Köster, Krause, Krüger, Lankow, Leid, Leopoldt, Lösewitz, Mahlke, Mähr, Mehlhoff, Mesch, Nätebusch, Oeben, Patzer, Pausch, Plorin, Preuß, Proß, Raub, Repp, Sassenbach, Schlegel, Scholz, Schuhmacher, Segl, Seifert (Zwickau), Staab, Steinigans, Sterr, Stolpe, Thielke, Voigt, Wartenberg, Wetzel, Zubeil.

Der Abstimmung enthielten sich: Gerisch, Pfannkuch.

Das Resultat der Abstimmung ist also Annahme des Antrags 109 mit 160 gegen 61 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

Nunmehr folgt die Berathung derjenigen Anträge, die sich mit dem **Ort und der Tagesordnung des nächsten Parteitages** beschäftigen.

Antrag 15 (die Agrarfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen) ist zurückgezogen; es bleiben also nur die Anträge, die als Orte für den nächsten Parteitag Hannover und Magdeburg in Vorschlag bringen.

Rauch-Hannover empfiehlt in warmen Worten, das geographisch günstig gelegene Hannover zu wählen.

Eine Begründung für Magdeburg wird nicht gegeben.

Der Parteitag beschließt mit großer Majorität, Hannover als Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen.

Das Ergebniß der Wahl der Parteileitung ist folgendes: Abgegeben wurden 202 Stimmzettel, von denen 13, weil mit mehr denn 7 Namen der Kontrolleure versehen, für ungiltig erklärt werden mußten. Es wurden gewählt als Vorsitzende: Bebel mit 201 und Singer mit 199 Stimmen, als Sekretäre: Auer mit 202 und Pfannkuch mit 199 Stimmen, als Kassirer: Gerisch mit 200 Stimmen. Hoffmann-Bielefeld und Lesche erhielten je 1 Stimme als Vorsitzende, Zubeil und Kunert je 1 Stimme als Kassirer.

Zu Kontrolleuren wurden gewählt: Meister mit 173, Kaden mit 122, Koenen mit 113, Metzner mit 112, Oertel mit 81, Brühne mit 80 und Frau Zetkin mit 79 Stimmen. Es erhielten außerdem Stimmen Dubber 66, Herbert 62, Geck 54, Segitz 49, Zubeil 38, Ulrich-Offenbach 36, Stadthagen 34, Kleemann 31, Wagner-Berlin 17, Frau Zietz 17, Faber-Frankfurt a. O. 16, Gerstenberger 12, Erdmann 10, Leid 7, Stücklen 6, Buck 2 und Meist, Pinkau und Scherm je 1 Stimme.

Damit ist die gesammte Tagesordnung erledigt.

Singer: Wir stehen am Schlusse unserer Arbeiten. Seinem Wunsche entsprechend, gebe ich dem Genossen Greulich das Wort.

Greulich: Ich bin seitens der anderen Gäste aus dem Auslande ersucht worden, noch einige Worte an Sie zu richten. Wir danken Ihnen zunächst für die freundliche Aufnahme, die wir bei Ihnen gefunden haben. Wir haben uns gefühlt wie zu Hause unter unseren Genossen, wir haben gesehen, daß die Sozialdemokratie Deutschlands, die Vertreterin von $2^1/_8$ Millionen Stimmen, verfügt über eine Anzahl ganz ausgezeichneter Theoretiker und Praktiker, Strategen und Taktiker, und über Offiziere und ganz vorzügliche Unteroffiziere aus der Arbeiterklasse. Die Debatten über den Bergarbeiterschutz waren für uns geradezu erhebend. Wir sahen, wie die Arbeiter selbst klar ihre Beschwerden und Wünsche hier vorbrachten. Gewiß ist es richtig, daß die Partei, soweit es sich um ganz konkrete Fragen handelt, nicht in Streit geräth, sondern daß dann in kurzer und packender Weise Alle das Gleiche, nur von verschiedenem Standpunkte aus, sagen. Wenn es in den ersten zwei Tagen bei der Debatte theoretischer und im höheren Sinne taktischer Fragen etwas hitzig zugegangen ist, so haben wir doch hier das Gleiche gefunden, was wir wo anders auch finden, sobald man auf Fragen eingeht, die nicht im unmittelbaren Gesichtskreis liegen, bei denen die Anschauungen

etwas freien Spielraum haben. Wenn die gegnerische Presse sich darüber lustig macht, so thut sie es nur, um sich selbst und die kapitalistische Gesellschaft zu betrügen.

Wenn hier über die Endziele debattirt worden ist, so ist es doch klar, daß kein einziger der einander Bekämpfenden in That und Wahrheit über diese Endziele im Zweifel war. Nur die Darstellungsweise war es, die zu einer Debatte führen konnte. Und hier, Parteigenossen, erlauben Sie mir nun, der ich nicht Theoretiker bin, der ich nicht zu den Gebenden, sondern zu den Empfangenden gehöre, eine Bemerkung. Wenn da zeitweise die Köpfe sich erhitzen und vielleicht unnöthige Angst ausgesprochen wird vor der Versumpfung, die da immer wieder als Schreckgespenst auftaucht, so will es mir scheinen, es liege auch nicht die mindeste Ursache dazu vor. (Sehr wahr!) Wir haben einerseits das große Gebäude, aufgestellt von unseren großen Meistern Marx und Engels, wir haben andererseits die Thatsache. Es ist keine Zeile im „Kapital" eine Spekulation ins Blaue hinein, sondern Alles, was darin steht, wird belegt durch wirkliche Thatsachen; und so findet denn die Theorie, wenn sie sich einmal ein wenig zu hoch hinauswagt, ihre Korrektur immer wieder in den Thatsachen, sowohl in der ökonomischen Entwickelung einerseits als andererseits in dem Denken und Wollen der Arbeiterschaft, die durch diese wirthschaftliche Entwickelung beeinflußt wird. Solange wir diesen festen Boden der arbeitenden Klasse in Deutschland haben, ist es mir garnicht darum bange, daß die theoretischen Bäume in den Himmel wachsen.

Aber, werthe Freunde, erlauben Sie mir noch eine kurze Bemerkung mehr persönlicher Natur. Ich habe mit großem Interesse und mit einer wahren Freude gesehen, wie Genosse Kautsky die angegriffenen Darlegungen des Genossen Bernstein behandelt hat. Das war sachlich vollständig auf der Höhe. Es ist aber so unter der Hand diese schöne Abhandlung so gedeutet worden, als sei sie der Anfang zu einer Absägung eines Mannes, der in seinen Darlegungen sich nicht ganz dem Boden der sonstigen Kampfstellung angepaßt hat. Werthe Genossen! Ich hoffe und ich glaube das nicht. (Sehr gut!) Ich bin der festen Ueberzeugung — wenn Sie diesen Rath und diese Meinungsäußerung von mir annehmen wollen — ich bin der festen Ueberzeugung, daß unsere Sache nur gewinnen kann durch Kritik. (Beifall.) Es ist der Gegensatz zwischen der bürgerlichen Revolution und der proletarischen revolutionären Bewegung von Karl Marx im „18. Brumaire", in jenem Buche, das ein Jeder lesen sollte, deutlich gesagt worden: Hier die bürgerliche Revolution, die die Drapirung der vergangenen Zeiten hervorholt und mit der Romantik ihre Revolution macht in der Meinung, aus der Idee heraus die Gesellschaft gestalten zu können — und da die proletarische Revolution, immer wieder von frischem anfangend, auf die Kritik zurückgehend und wenn sie zu weit geht, zurückgeworfen und genöthigt, wieder sich selbst zu kritisiren und von Neuem zu gewinnen. Sie, meine lieben Freunde, die deutsche Sozialdemokratie, hat ein großes Erbtheil angetreten von ihren großen Denkern Marx und Engels. Dieses Erbtheil dürfen Sie nicht betrachten als eine Schatzkammer, an der nicht mehr gerührt wird (sehr gut!), sondern Sie müssen sie betrachten als ein Gut, das durch alle Zeit und durch alle Veränderung der Zustände gepflegt und gemehrt und lebendig erhalten werden muß. (Beifall.) Wir haben es nicht zu thun mit Wahrheiten in letzter Instanz, sondern mit einer Wissenschaft, die nur dann Wissenschaft ist, wenn sie jeweilen mit den Thatsachen sich wieder abfindet. (Sehr gut.)

Bei der ungemein rapiden Entwickelung, in der nach jedem Jahrzehnt die Verhältnisse wieder anders vor uns treten, gilt es, mit diesen Verhältnissen sich wieder abzufinden. Und da, meine lieben Freunde, fürchte ich garnicht, daß die Endziele ins Gedränge oder in Gefahr kommen. (Beifall.) Der

Schatz, der in der Bewegung liegt, beruht ja nur zu einem Theile auf sicherem Wissen und zum größeren Theile im Wollen der Unterdrückten und im Glauben an die Zukunft. Und der Glaube steckt so fest in unseren Massen, daß keine Abhandlung ihn aus ihrem Herzen herausreißen kann. (Lebhafter Beifall.) Darum denke ich, dürfen Sie ganz ruhig sein, wenn auch einige der Herren sich ein wenig in die Haare gerathen sind — die Sache marschirt trotz alledem!

Und damit entbiete ich Ihnen meinen Glückwunsch zu dem vortrefflichen Verlaufe dieses Parteitages! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Singer: Ich kann den Schluß unserer Verhandlungen nicht besser einleiten, als wenn ich dem Vorredner, unserem wackeren Vorkämpfer Greulich, herzlich danke für die erhebenden Worte, die er an den Parteitag gerichtet hat. Er verkörpert in seiner Person einen jahrzehntelangen Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse. Und wenn er bescheiden genug gewesen ist, sich nicht in die Reihe der Theoretiker zu stellen, so wissen wir doch besser, daß auch er theoretisch der Wissenschaft des Sozialismus große Dienste geleistet hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Parteigenossen! Wir sind nunmehr am Schlusse unserer Arbeiten angelangt. Ich möchte zunächst den Stuttgarter Genossen namens des Parteitags herzlichen Dank aussprechen für die brüderliche Gastfreundschaft, die sie uns erwiesen haben (lebhafter Beifall). Dank nicht nur für das schöne, erhebende Fest, mit welchem sie den Parteitag begrüßt haben! Auch nicht nur dafür, daß sie uns Gelegenheit gegeben haben, in einer echten, rechten, gemüthlichen Weise von den Arbeiten des Parteitages einen halben Tag auszuruhen! Nein, Dank auch dafür, daß sie es verstanden haben, in so vortrefflicher Weise den Parteitag zu organisiren, Dank für die treue, arbeitsreiche Unterstützung, welche die Stuttgarter Genossen während des ganzen Parteitags geleistet haben! (Lebhafter Beifall.) Wir gehen aus Stuttgart mit der Ueberzeugung, daß so leicht kein anderer Ort im Stande gewesen ist und im Stande sein wird, uns den Aufenthalt so angenehm zu machen wie Stuttgart. (Lebhafte Zustimmung.) Und keinen anderen Ort werden wir finden, in dem uns all' das mit so gutem Humor geboten wird, wie es die Stuttgarter Genossen dank ihrer schwäbischen Natur gethan haben. Dank, unseren herzlichsten Dank dafür! (Bravo!) Und weiter danke ich auch, namens des Parteitages, denjenigen seiner Mitglieder, die in den Kommissionen gearbeitet haben. Namentlich gilt dieser Dank der Mandatsprüfungs-Kommission, deren Mitglieder im Dienste des Parteitages das schwere Opfer bringen mußten, an seinen Verhandlungen sich nicht betheiligen zu können. Wir wissen dieses Opfer zu schätzen, denn wir wissen, daß jeder einzelne von Ihnen, der durch das Vertrauen seiner Genossen hierher delegirt ist, den glühenden Wunsch hatte, nach seinem besten Wissen und Können an den Berathungen des Parteitags sich zu betheiligen; aber auch Ihre Wähler werden Ihnen Ihre Ueberwindung danken.

Und nun, Parteigenossen, würde es ja nach den eben gehörten Worten des Genossen Greulich verfehlt sein, wenn ich Sie noch mit einem langen Rückblick auf die Verhandlungen des Parteitags aufhalten würde. Ich kann mit dem Genossen Greulich sagen, daß dieser Parteitag in der Geschichte der Sozialdemokratie eine wichtige Stätte haben wird. Er hat aufklärend gewirkt, er hat aber auch bewirkt, daß, wie schon früher, eine Anzahl Hoffnungen, die auf den Zerfall und die Spaltung der Sozialdemokratie gerichtet waren, glänzend ad absurdum geführt worden sind. (Lebhafter Beifall.) Die Gegner, welche glaubten, daß die Sozialdemokratie von Stuttgart in zwei Lager getrennt zurückkehren würde, sie haben auf diesem Parteitage kennen gelernt, daß weit über alle Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen das Bewußtsein in jedem Parteigenossen lebendig ist, daß er arbeiten muß im Dienste der Gesammtpartei. (Lebhafter Beifall.) Und wie die Hoffnungen auf eine Spaltung der Partei,

so sind auch die Hoffnungen Derer getäuscht worden, die da geglaubt haben, daß der Stuttgarter Parteitag der Anfang sein werde einer Zurückentwickelung der Sozialdemokratie zu einer bürgerlichen Partei. Ich meine, unsere Debatten haben aufs Neue den Beweis geliefert, daß die sozialdemokratische Partei, vertreten durch diesen Parteitag, einig ist, und daß die Sozialdemokratie ist, was sie war, und daß sie bleibt, was sie ist. (Lebhafter Beifall.) Von Neuem haben weiter auch unsere Verhandlungen gezeigt, daß die Sozialdemokratie die Partei der proletarischen internationalen Brüderlichkeit ist. (Lebhafter Beifall.)

Ich gehe auf die einzelnen Punkte der Verhandlungen nicht ein. Ich möchte meine Worte enden mit der Aufforderung, das, was wir hier in theoretischer und praktischer Beziehung gelernt haben, das, was hier als die Meinung der Partei in Beschlüssen niedergelegt ist, und namentlich auch das, was durch die Annahme der beiden letzten Resolutionen als die einmüthige Auffassung der Partei ausgesprochen ist, nunmehr in den parteigenössischen Kreisen zu propagiren und dafür zu sorgen, daß es eindringt in die Herzen und die Köpfe der deutschen Arbeiterklasse, auf daß die Sozialdemokratie auch die Früchte dieses Parteitages erntet. (Beifall.) Wir gehen einer Zeit entgegen, in der vielleicht mehr wie sonst die Sozialdemokratie einig und geschlossen dem Ansturm der Reaktion, dem Ansturm des Kapitalismus gegenüber treten muß. Wir haben Zeiten durchgemacht, wo man mit der Peitsche des Sozialistengesetzes die sozialdemokratische Partei niederzudrücken suchte, wir haben dann eine Zeit bekommen, wo man mit dem Zuckerbrod der sogenannten Sozialreform uns zu födern glaubte; wir gehen einer Zeit entgegen, in der das Koalitionsrecht bedroht ist, in der man den Versuch machen will, durch Stockprügel auf den Magen die Arbeiter zu zwingen, sich den niedrigsten und schlechtesten Arbeits- und Lohnbedingungen zu fügen. All' das sind vergebliche Kämpfe. Wenn irgend etwas im Stande wäre, die Lebendigkeit unserer Agitation noch zu stärken, dann waren es diese auf Jagden, bei Festmählern, bei Paraden gemachten Versuche, die Forderungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wir sind alle so sehr durchdrungen von der Pflicht der Durchführung des sozialdemokratischen Programmes, so sehr durchdrungen von der ehernen Nothwendigkeit, mit der die kapitalistische Gesellschaft zu Grunde gehen muß, daß wir Alles, was wir auf dem Wege nach vorwärts der heutigen Gesellschaft abringen, nur als eine Abschlagszahlung betrachten, als eine Wegzehrung auf dem Marsche zu unserem Ziele: der Befreiung des Proletariats aus dem Doppeljoch der ökonomischen Unterdrückung und der politischen Rechtlosigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Mit dieser in Stuttgart neu befestigten Auffassung ziehen wir in unsere Kreise zurück, zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen.

Parteigenossen! Das Banner hoch!

So wie immer, so schließen wir auch diesmal unsere Verhandlungen mit dem Gelöbniß der Treue für unsere Sache, indem wir rufen: Die deutsche und die internationale Sozialdemokratie sie lebe hoch! (Stürmischer Beifall.)

Die Parteigenossen erheben sich von den Plätzen, stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeitermarseillaise.

Um 12 Uhr erklärt der Vorsitzende den Parteitag für geschlossen.

Ergebniß der Abstimmungen
über die
dem Parteitag vorgelegten Anträge.

Wortlaut sämmtlicher Anträge und Resolutionen (1—109) Seite 71.
Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.

Nicht genügend unterstützte Anträge.

Antrag **2** (S. 75). **8** (S. 162). **13** (S. 163). **29** (S. 162). **32** (S. 219). **35, 36** (S. 162). **37** (S. 220). **38, 39, 40, 41, 42, 43, 44** (S. 219). **47, 48, 56, 57, 58, 60, 63, 64, 65** (S. 212). **74, 77, 79** (S. 140). **84** (S 220). **86** Abs. 6 (S. 140). **87, 88, 89, 90** (S. 220). **95, 99, 101** (S. 219).

Erledigte Anträge.

Antrag **1, 16—27** und **85** (durch Ueberweisung an die Landtagswahl-Kommission S. 76, 116 u. 162). **5** (Stellung zum Militarismus durch Antrag 14, S. 75). **10** (Magdeburg als Parteitagsort S. 225). **34** (Solinger Streit). **78** (Einjährige Dienstzeit, bez. Milizheer S. 140).

Zurückgezogene Anträge.

Antrag **15** (Agrarfrage als Verhandlungsgegenstand des nächsten Parteitages S. 225). **31** (Polnische Organisation S. 220). **46** (Verlegung der „Gleichheit" S. 101). **52** (Gratisherausgabe einer jährlichen Broschüre über Reichstagsthätigkeit der Fraktion S. 215). **83** (Braunschweiger Streit S. 210). **86** Abs 2 und 3 (Maifeier S. 137). **93** (Sicherung der Versammlungsfreiheit S. 140). **102** (Resolution Schippel zur Zollpolitik S. 205).

Dem Partei-Vorstand überwiesene Anträge.

Antrag **45** (Erweiterung des „Vorwärts" S. 215) und **53** (Verbilligung der Broschüren S. 216).

Der Fraktion überwiesene Anträge.

Antrag **66** (Interpellation wegen der Kaiser-Rede). **67** (Dreijährige Legislaturperiode). **68** (Achtstundentag). **70** (Interpellation wegen reichsgesetzlicher Regelung der Gesindeordnung). **71** (Schutz der Kinderarbeit in der Landwirthschaft). **72** (Landarbeiterschutz). **73** (Einjährige Dienstzeit). **76** (Verschlossene Wahlurnen). **82** (Arbeiterschutzgesetzentwurf). **86** Abs. 7 (Enquete über Arbeitszeit und Arbeitslohn). **92** (Ergänzungsantrag zu § 43 der Gewerbe-Ordnung). **94** (Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen). **104** (Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechts). — Sämmtlich S. 153.

Abgelehnte Anträge.

Antrag **3 u. 4** (Erweiterung der Tagesordnung S. 76). **7** (Abhaltung der Parteitage an geographisch günstig gelegenen Orten S. 162). **11** (Veröffentlichung der Arbeiten der Agrarkommission S. 164). **12** (Ausarbeitung eines Agrarprogramms S. 165). **14** (Präzisirung der Stellung zum Militarismus S. 76). **28** (Vertretung der Berliner Preßkommission am Parteitag S. 163). **30** (Kompetenz der Kreiskonferenzen S. 163). **33** (Früheres Erscheinen der Berichte der Fraktion und des Partei-Vorstandes S. 220). **49** und **50** (Neuherausgabe des Lux'schen Handbuches S. 215). **54** (Unentgeltliche Verbreitung der für die Landbevölkerung wichtigsten Reichstagsverhandlungen S. 217). **55** (Massenverbreitung der Bebel'schen Broschüre über die Volkswehr S. 217). **59** (Flugblatt gegen die Oeynhauser Kaiser-Rede S. 217). **61** (Herausgabe von Flugblatt-Serien S. 218). **62** (Vermeidung von Fremdwörtern S. 218). **69** (Einheitliches Vereinsgesetz S. 153). **80** (Vertretung der Fraktion im Reichstagspräsidium S. 153). **81** (Einbeziehung der Person des Kaisers in die Reichstags-Debatten S. 153). **96** (Fraktionsantrag auf Aufhebung des Impfzwanges S. 163). **100** (Abfassung einer Broschüre für Landarbeiter S. 219).

Angenommene Anträge.

Antrag **6** (Aufnahme des Bergarbeiterschutzes in die Tagesordnung S. 77). **9** (Hannover als nächster Parteitagsort S. 225). **51** (Herausgabe eines Ergänzungsheftes zum Handbuch für Wähler nach jeder Session S. 215). **75** (Beschleunigung der Wahlprüfungen im Reichstag S. 153). **97** (Resolution betr. den Abrüstungsvorschlag des Zaren S. 211). **98** (S. 105). **103** (Resolution Kautsky zur Zoll- und Handelspolitik mit Amendement Bebel zu Punkt 3, S. 205). **105** (Resolution gegen die Sozialistenverfolgungen in Italien und Ungarn und gegen die Fruktifizirung des Genfer Meuchelmords S. 224). **106** (Resolution zum Koalitionsrecht S. 161). **107** (Resolution zur Frage der Landtagswahlbetheiligung in Preußen S. 162). **108** (Resolution zum Bergarbeiterschutz S. 172). **109** (Gehaltsfrage der Vorstandsmitglieder S. 225). **Maifeier-Resolution** (S. 136/7). **Anträge der Beschwerde-Kommission:** a) Abweisung der Beschwerden Rohrlack und Hülle (S. 206); b) Resolution zum Braunschweiger Streit S. 208). **Antrag Thiele-Halle** (Abgabe der Jahresberichte des Partei-Vorstandes und der Fraktion als Beilage für die Parteipresse zu den Herstellungskosten S. 215). **Antrag Drechsler-Burg** („Die Parteipresse ist verpflichtet, von Unternehmern, über deren Werkstellen Sperre verhängt oder in denen Streik ausgebrochen ist, während der Dauer derselben Geschäftsempfehlungen nicht aufzunehmen S. 219).

Druckfehlerberichtigung.

Auf Seite 54, Zeile 17 von oben ist statt Harnisch zu lesen: Haenisch; Seite 101, Zeile 13 von oben muß es statt Antrag 16 heißen: Antrag 46; Seite 162, Zeile 21 von oben muß hinter 36 noch angefügt werden: und 91; Seite 196, Zeile 22 von unten ist statt 1897 zu lesen: 1896.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Agster, A.	Stuttgart	Pforzheim-Durlach.
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	
Antrick, Otto	Berlin	Cottbus-Spremberg
Auer, Ignaz	Berlin	
Augustin, Rich.	Berlin	Berlin VI.
Baker, A.	Hamburg	Hamburg III.
Baer, Herm.	Crefeld	Crefeld.
Baerer, Heinr.	Harburg	Harburg, 17. Hannoverscher Wahlkreis.
Bartels, A.	Wernigerode	Halberstadt-Oschersleben.
Bastian, Herm.	Wilhelmsburg	17. Hannoverscher Wahlkreis
Baudert, August	Apolda	1. Sachsen-Weimar.
Bauer, Joh.	Reusa bei Plauen	23. Sächsischer Wahlkreis.
Bayrer, Karl	München	München I.
Bebel, Aug.	Berlin	
Beims, Herm.	Stuttgart	13. Hannoverscher Wahlkreis.
Bérard, R.	Hamburg	
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Worms-Heppenheim-Wimpfen
Besching, L.	Bremen	Bremen.
Biedermann, Louis	Delitzsch	Delitzsch-Bitterfeld
Bischel, A.	Dormund	Dortmund-Hörde.
Blos, Wilhelm	Stuttgart	
Bock, W.	Gotha	Gotha und Coburg.
Boehle, Bernh.	Straßburg	Straßburg-Stadt.
Bommel, Fr.	Finsterwalde	Kalau-Luckau.
Braun, Joh.	Augsburg-Lechhausen	Aichach, 3. Oberbayerischer Wahlkreis.
Braun, Otto	Königsberg	Memel.
Braune, Ernst	Dresden	4. Sächsischer Wahlkreis.
Brecour, Wilh.	Kiel	7. Schlesw.-Holst. Wahlkreis Kiel-Neumünster-Rendsburg.
Brey, Aug.	Hannover	8. Hannoverscher Wahlkreis.
Brühne, F.	Frankfurt a. M.	Frankfurt-Höchst-Usingen-Homburg.
Bruhns, Julius	Breslau	Breslau-Ost und Breslau-West, Liegnitz und Waldenburg.
Buck, W.	Stralau	Niederbarnim.
Bulmer, Hans	Würzburg	Würzburg.
Busold Heinr.	Friedberg	Friedberg-Büdingen.
Cramer, Balth.	Darmstadt	Darmstadt-Großgerau.
David, Dr. Eduard	Mombach b. Mainz	Mainz.
Diemer, Carl	Zuffenhausen	Cannstatt-Ludwigsburg-Waiblingen-Marbach.
Dietrich, Ad.	Stuttgart	1. Württembergischer Wahlkreis.
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	
Dohle, Josef	Bochum	Bochum.
Drechsler, Fr.	Burg b. Magdeburg	Jerichow I und II.
Dreesbach, Aug.	Mannheim	11. und 12. Badischer Wahlkreis
Dubber, Erdm.	Hamburg	
Eberhardt, W.	Britz	Teltow-Beeskow-Storkow.
Eder, Fr.	Karlsruhe	10. Badischer Wahlkreis.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises.
Ehrhart, Franz J.	Ludwigshafen	1. Pfälzischer Wahlkreis.
Eitzinger, Gg.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf.
v. Elm, Adolf	Hamburg	Ottensen-Pinnneberg.
Elser, Hans	Schw. Hall	11. Württembergischer Wahlkreis
Epple, Friedr.	Feuerbach	1. Württembergischer Wahlkreis
Erbert, Ernst	Düsseldorf	Düsseldorf.
Evers, J.	Hildesheim	10. Hannoverscher Wahlkreis.
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt a. O.
Fauth, Alb.	Wetzlar a. d. Lahn	Wetzlar-Altenkirchen.
Feldmann, Franz	Langenbielau	Hirschberg-Schönau und Striegau-Schweidnitz
Fendrich, A.	Offenburg	6. Badischer Wahlkreis.
Fischer, G.	Hannover	11. Hannoverscher Wahlkreis.
Fischer, Richard	Berlin	
Flaig, Fritz	Hornberg	2. Badischer Wahlkreis.
Förster, Herm.	Hamburg	
Fritz, St.	Berlin	Berlin III.
Frohme, Karl	Altona	
Ganter, Leo	Schramburg	8 Württembergischer Wahlkreis.
Geck, Adolf	Offenburg	7. Badischer Wahlkreis.
Gerisch, Albin	Berlin	
Gerlach, Ferd.	Halberstadt	Wanzleben.
Gerstenberger, E.	Weißensee	Niederbarnim.
Geyer, Fritz	Leipzig	
Gilek, Fr.	Arnstadt	Schwarzburg-Sondershausen.
Goerke Otto	Charlottenburg	Königsberg i. d. Mark.
Göller, Romanus	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Göschl, Nepomuk	München	München I.
Gottschalk, Alfred	Königsberg	Königsberg.
Göttgens, Michael	Köln-Ehrenfeld	Köln-Land.
Gradnauer, Georg	Berlin	
Greiner, Rob	Aschersleben	Calbe-Aschersleben
Grenz, Ernst	Leipzig	21 Sächsischer Wahlkreis.
Greß, Karl	München	München II.
Groth, Emil	Rostock	Schwerin-Wismar (2. Mecklenburgischer Wahlkreis).
Grahl, W	Triberg	2 Badischer Wahlkreis.
Günther, Max	Bernburg	Anhalt II.
Haase, Klara	Berlin	Berlin.
Haberland, C.	Barmen	Barmen.
Haug, F J.	Freiburg i. B.	8. Badischer Wahlkreis, Freiburg und Schopfheim-Waldshut.
Hengsbach, Clemens	Köln a Rh	Duisburg-Mühlheim.
Heuteroth, Fr.	Gevelsberg	Hagen-Schwelm.
Herbert, Fritz	Stettin	Stettin
Heilmann, Heinr.	Offenbach	Offenbach-Dieburg.
Heimann, B.	Braunschweig	2. Braunschweigischer Wahlkreis und Göttingen-Münden.
Heine, Wolfgang	Berlin	
Herrmann, Franz	Wilster	5. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis.
Herrmann, Friedr.	Stuttgart	Reutlingen-Tübingen-Rottenburg.
Heymann, Hugo	Berlin	Nienburg.
Hildenbrand, K.	Stuttgart	9. Württembergischer Wahlkreis.
Hoch, Gustav	Hanau	
Höppner, Wilhelm	Cotta bei Dresden	6. Sächsischer Wahlkreis.
Hoffmann, Franz	Chemnitz	22 Sächsischer Wahlkreis.
Hoffmann, Karl	Bielefeld	Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Bielefeld-Wiedenbrück.
Horn, Paul	Niederhaslau	19 Sächsischer Wahlkreis.
Hug, Paul	Bant	1 u. 2 Oldenburgischer u. 2. Hannoverscher Wahlkreis.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Jacob, Paul	Berlin	Berlin II.
Jahn, Heinr.	Greiz	Reuß ältere Linie.
Jetter, Alois	Wangen i. A.	Wangen-Biberach.
Irmscher, Bruno	Chemnitz	16. Sächsischer Wahlkreis.
Kaden, Aug.	Dresden	
Kähler, Wilhelmine	Wandsbeck	8. u. 10 Schleswig-Holsteinischer Wahlkr.
Kastler, W.	Heidenheim	14 Württembergischer Wahlkreis.
Katzenstein, Simon	Mainz	Alzey-Bingen
Kautsky, Karl	Berlin	15 Hannoverscher Wahlkreis.
Kiesel, Max	Berlin	Berlin VI
Kimmel, L.	Hamburg	Hamburg III.
Kittler Gust.	Heilbronn	3 Württembergischer Wahlkreis
Klaus, Xaver	Gmünd	10. Württembergischer Wahlkreis.
Klees, Wilh.	Buckau b Magdebg	Sorau-Forst.
Kloß, Karl	Stuttgart	
Knieriem, K.	München	Kolbermoor, München II, Rosenheim, Miesbach-Hausham, Traunstein.
Knoop Friedr.	Frankfurt a. M.	Frankfurt
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	10 Badischer Wahlkreis.
Köster, Herm.	Schöneberg	Teltow-Beeskow-Storkow.
Koenen	Hamburg	
Krause, Ernst	Gesau	17. Sächsischer Wahlkreis.
Krumm, Ed.	Gießen	Alsfeld-Lauterbach und 5. Nassauischer Wahlkreis
Krüger, Karl	Halle a S.	Halle a. S. (Saalkreis), Wittenberg-Schweinitz
Künzel, Jul.	Wurzen	11. Sächsischer Wahlkreis
Lange	Leipzig	12 und 13. Sächsischer Wahlkreis.
Lange, Gustav	Nieder-Häslich	6 Sächsischer Wahlkreis.
Lankow, Carl	Berlin	Berlin II.
Leid, C.	Berlin	Berlin VI.
Leutert, Paul	Apolda	Jena-Neustadt
Leopoldt, A.	Zeitz	Torgau-Liebenwerda
Lesche, Fr.	Hamburg	8. und 10 Schleswig-Holsteinischer Wahlkr
Liebknecht, Wilhelm	Berlin	
Linxweiler, Nikolaus	Elberfeld	Elberfeld-Barmen
Lorenz, Heinr.	Chemnitz	16. Sächsischer Wahlkreis.
Löscwitz, Otto	Bredow	Randow-Greifenhagen.
Luxemburg, Dr Rosa	Dresden	Neustadt u. Beuthen-Tarnowitz (Oberschl)
Mahlke. J. H.	Flensburg	Apenrade-Flensburg, 2. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis
Mähr, Hermann	Woltmershausen bei Bremen	Bremen.
Meerfeld, Jean	Köln	Köln-Stadt.
Mehlhaff, F B.	Hamburg	Hamburg II.
Meist, Karl	Köln	Lennep-Remscheid-Mettmann.
Meister, Heinrich	Hannover	
Merkowski, Franz	Berlin	Kattowitz-Zabrze.
Mesch, Anna	Berlin	Berlin.
Metzger, Wilhelm	Hamburg	
Metzner, Theodor	Berlin	
Meyer, Aug.	Stadtoldendorf	3 Braunschweigischer Wahlkreis.
Miffelhorn, E.	Celle	14. Hannoverscher Wahlkreis.
Morawski, Franz	Berlin	Posen.
Müller, Philipp	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau.
Müller, Rob.	Reichenbach i. V.	22. Sächsischer Wahlkreis.
Naetebusch	Berlin	Oberbarnim und 1. Berliner Wahlkreis.
Näther, Otto	Berlin	Wolmirstedt-Neuhaldensleben.
Naschold, L.	Calw	7 Württembergischer Wahlkreis.
Nitsch, Rich.	Magdeburg	Magdeburg.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Oebeen, Jos.	Aachen	Aachen-Stadt
Oertel, E.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf.
Ohlendorf, Fr.	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg.
Opifizius, W.	Pforzheim	Pforzheim-Durlach.
Orbel	Leipzig-Plagwitz	12. und 13. Sächsischer Wahlkreis.
Patzer, Reinh.	Delmenhorst	Oldenburg III.
Pausch, Alb.	Berlin	Berlin III.
Peterhans, Andreas	Bockenheim	Hanau-Gelnhausen Orb.
Pëus	Dessau	Brandenburg-Westhavelland.
Pfannkuch	Berlin	
Porin, Herm.	Zeitz	Zeitz-Weißenfels.
Poetzsch	Leipzig-Connewitz	12. und 13. Sächsischer Wahlkreis.
Postelt, Reinh.	Seifhennersdorf	Bautzen, Löbau-Ebersbach, 1. Sächsischer Wahlkreis.
Preuß, Fritz	Berlin	Berlin I.
Prinz, Heinr	Frankfurt a. M.	Friedberg-Büdingen.
Proß, Gottlieb	Eßlingen	4. Würtembergischer Wahlkreis.
Quarck, Dr. Max	Frankfurt	2. Hessen-Nassauischer Wahlkreis.
Rau, Andr	Mühlheim a. M.	Bensheim-Erbach und Offenburg-Dieburg.
Raub, Georg	Kaltenthal	1. Württembergischer Wahlkreis.
Rauch, Fr.	Limmer-Hannover	8. Hannoverscher Wahlkreis.
Reißhaus	Erfurt	
Reimers, W.	Schleswig	3. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis.
Repp, Georg	Ladenburg	11. Badischer Wahlkreis.
Riedlinger, Otto	Lüneburg	16. Hannoverscher Wahlkreis
Rieke, Heinrich	Braunschweig	Braunschweig-Blankenburg.
Rosbitzki, R.	Wandsbeck	8. u. 10. Schleswig-Holsteinischer Wahlkr.
Sachse, Herm.	Zwickau	
Säckler, Jos.	Schweinfurt a. M.	Schweinfurt-Haßfurt-Ebern.
Sassenbach, Joh.	Berlin	Berlin V und Priegnitz.
Schaal, H.	Wald	Solingen.
Scheef, Jakob	Ravensburg	Ravensburg-Tettnang.
Scheidemann, Ph.	Gießen	Gießen-Grüneberg-Nidda.
Scherm, Joh.	Nürnberg	Regensburg und Bayreuth, Berneck-Wunsiedel
Schippel, Max	Berlin	
Schirmer, Mich.	Göppingen	Göppingen-Gmünd.
Schlegel, Louis	Eßlingen	5 Württembergischer Wahlkreis.
Schlenker, Joh	Schwenningen	9 Württembergischer Wahlkreis.
Schmidt, Alb.	Magdeburg	
Schmidt, H.	Rotthausen	Essen a. Ruhr.
Schmidt, Karl	Lüdenscheid	Altena-Iserlohn.
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. M.	
Schmitt, Franz	München	München I und Penzberg (Oberbayern).
Schoenlank, Bruno	Leipzig	
Schöpflin, G.	Burgstädt	15. Sächsischer Wahlkreis.
Scholz, Carl	Berlin	Berlin IV.
Schrader, Chr.	Bramsche	Osnabrück (4. Hannoverscher Wahlkreis)
Schuhmacher, Carl	Mühlheim a. R.	Mühlheim-Wipperfürth.
Schulz, H	Erfurt	Erfurt-Schleusingen.
Schwartz, Th.	Lübeck	Lübeck
Schulze, E.	Cossebaude	9. Sächsischer Wahlkreis.
Segitz, Martin	Fürth	Fürth-Erlangen.
Segl. Ludwig	Mühlhausen	
Seifert, Julius	Zwickau	18. Sächsischer Wahlkreis.
Seyferth	Leipzig	12. und 13. Sächsischer Wahlkreis.
Sindermann, Carl	Dresden	Dresden-Altstadt.
Singer, Paul	Berlin	
Sommer, Karl	Weinheim	11. Badischer Wahlkreis.
Spengler, Moritz	Altenburg	Sachsen-Altenburg.
Staab, W.	Potsdam	Osthavelland.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Stein, Fr.	Limmer	9. Hannoverscher Wahlkreis
Steinigans, E.	Solingen	Solingen.
Stelzer, Paul	Dessau	Dessau-Zerbst.
Stelzner, Fr.	Dresden	Dresden-Altstadt.
Sterr, Chr.	Nürtingen	5. Württembergischer Wahlkreis.
Stolpe, Hermann	Grünberg i. Schl.	Reichenbach-Neurode, Bunzlau-Lüben, Grünberg-Freystadt.
Stubbe, H.	Hamburg	3. Hamburgischer Wahlkreis.
Schübelin, Fr.	Lörrach	4. Badischer Wahlkreis.
Stücklen, D.	Hof	Kronach-Lichtenfels, Weiden-Neustadt und Hof.
Südekum, Dr. A.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Tauscher, Leonh.	Stuttgart	Cannstatt-Ludwigsburg, Waiblingen-Marbach.
Thate, Franz	Hartha	10. Sächsischer Wahlkreis.
Thiel, Carl	Cassel	Cassel-Melsungen und Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden.
Thiele, Ad.	Halle a. S.	Mansfeld.
Thielke, Franz	Berlin	Berlin IV.
Thiepold, Carl	Cölln-Meißen	Meißen-Großenhain.
Ulrich, Gustav	Stuttgart	Bielefeld-Wiedenbrück.
Ulrich, Karl	Offenbach	
Voigt, Emil	Berlin	Berlin IV.
v. Vollmar, Georg	München	
Voß, Otto	Magdeburg	Magdeburg.
Wacker, K.	Herford i. W	Herford-Halle.
Wartenberg, Aug.	Berlin	Berlin III.
Wasner, Otto	Stuttgart	7. Württembergischer Wahlkreis.
Weyl, Dr. Herm.	Berlin	Westpriegnitz und Prenzlau-Angermünde.
Wehder, Ed.	Sonneberg	Meiningen I und II.
Wetzel, W.	Tuttlingen	9. Württembergischer Wahlkreis.
Winter, Dr. Aug.	Beuthen (Oberschl.)	Neustadt (Ob.-Schlesien), Lublinitz-Tost-Gleiwitz, Beuthen-Tarnowitz.
Wüstner, E.	Frohburg	14. Sächsischer Wahlkreis.
Wünsch, Heinr.	Görlitz	Görlitz-Lauban.
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zenker, Adolf	Minden i. W.	Minden-Lübbecke.
Zieschang, Herm.	Dohna	8. Sächsischer Wahlkreis.
Zietz, Louise	Hamburg	Hamburg I.
Zetkin, Klara	Stuttgart	
Zink, Franz	Debschwitz b. Gera	Reuß jüngere Linie.
Zubeil, Fritz	Berlin	Teltow-Beeskow-Storkow, Jüterbog-Luckenwalde.

Anwesende Gäste:

Fräulein van Anrooy, Holland.
Greulich, Arbeitersekretär, Schweiz.
Daszynski, Reichsrath, Wien.
Dr. Ellenbogen, Wien.
Jules Guesde, Paris.
Lagardelle, Paris.
Longuet jr., Paris.
Matthieu, Paris.
Milhaud, Belfort.

Sprech-Register.

Sach-Register.

Zuschriften und Telegramme.

Amsterdam. Fr. Satzenmeyer.
— Sozialisten-Bund.
Berlin. Civilberufsmusiker.
— Maschinisten und Heizer.
Beuthen O.-S. Genossen.
Budapest. Sozialdemokr Partei Ungarns.
Cöpenick. Mehrere Genossen.
Coma. Ital. Sozialisten.
Cottbus Genossen.
Dresden Genossen des 5 sächs Wahlkreises.
Hamburg Genossen des 2. Wahlkr. 68. Bez.
— Mehrere Genossen.
— Mitgliederversamml. der Schauerleute.
Hannover. Versammlung in Ricklingen.
Heidelberg. Generalversamml. des Arbeitersängerbundes.
Heidenheim. Textilarbeiter.
— Vorstand der Metallarbeiter.
Heilbronn Versammlung Gasthof zur Rose.
Höchst a. M. Mehrere Genossen.
Johanngeorgenstadt. Die Genossen.
Kaiserslautern. Genossen.
Kiel. Gaardener Genossen.
— Sozialdemokr. Verein.
Königshütte O.-S. Genossen.
Ladenburg. Filiale der Tabakarbeiter-Genossenschaft.
Lemberg. Parteivertretung der polnischen Sozialdemokratie Ostgaliziens.
London. Kommunistischer Arbeiter-Verein 49 Tattenhamstr.
— F. Leßner.
London. Sozialdemokratische Federation.
— Vorstand des auswärtigen Verbandes polnischer Sozialisten.
Madrid. Genossen.
Magdeburg. Die Handschuhmacher.
Mainz. Kreis-Vertrauensmann.
Meiningen. Genossen.
Memel. Genossen.
Millach. Slovenische und deutsche Genossen Kärntens.
Mülheim a. Rh. Genossen u. Gewerkschaftsmitglieder.
München. Mehrere Genossen.
— Zivoin Balugdgitsch.
Oderberg. Genossen der Heilstätte.
Paris. Deutscher sozialdemokrat. Leseklub.
— Redaktion der „Petit Republique".
Pforzheim. Genossen.
Petersburg. Redaktion der Zeitung „Der Arbeitergedanke".
Rixdorf-Berlin. Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands.
Rotterdam. Sozialdemokrat. Arbeiterpartei Hollands.
Sonneberg. Stiftungsfest des Arbeitervereins.
St. Johann. Versammelte Zuchthäusler in spe.
Villingen. Fritz Burger.
Weinheim. Genossen.
Winterthur. Arbeiter-Bildungsverein.
Zürich. Der Landesausschuß.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Druck von Max Bading, Berlin S.W.